

**Das Bankhaus H. Aufhäuser 1870-1938:
Netzwerkbildung und ihre Auswirkung auf die Verdrängungsbestrebungen
und „Arisierung“ im Nationalsozialismus**

INAUGURALDISSERTATION

Vom Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften

zur Erlangung eines Grades des Doktors der Philosophie

an der Technischen Universität Darmstadt

genehmigte Dissertation von

Marc Balbaschewski, M.A.

aus München

Referenten:

Prof. Dr. Jens Ivo Engels

Prof. Dr. Werner Plumpe

Einreichung: 11. Dezember 2014

Disputation: 16. April 2015

D17

Darmstadt 2015

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung

1. Die Grundidee	7
2. Der theoretisch-analytische Leitfaden	8
2.1. Das Netzwerk	13
2.1.1. Die Bestandteile des Netzwerkes	14
2.1.2. Wie Netzwerke entstehen, oder: die Kapitalformen nach Bourdieu	18
2.2. „Bankenmacht“ und Antisemitismus	22
3. Der Aufbau der Arbeit	25
4. Literatur und Quellen	27
5. Allgemeine Erläuterungen	31
6. Charakterskizzen	32
6.1. Martin Aufhäuser	32
6.2. Siegfried Aufhäuser	33

II. Aufhäuser & Scharlach / Bankhaus H. Aufhäuser, 1870-1913

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Bankenmarkt	35
2. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Juden	38
3. Das Bankhaus und seine geschäftlichen Tätigkeiten	42
4. Das Netzwerk und die Kapitalien	49
4.1. Die familiäre Vernetzung	49
4.2. Die ökonomische Vernetzung	51
4.3. Die Unternehmerfamilie Aufhäuser: ihr soziales, symbolisches und kulturelles Kapital	60
5. Netzwerk und Kapitalien: ihr Nutzen für die Bank	64
6. Kapitelfazit	67

III. Bankhaus H. Aufhäuser: Erster Weltkrieg und Weimarer Republik, 1914-1933

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Bankenmarkt	70
2. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Juden	83
3. Das Bankhaus und seine geschäftlichen Tätigkeiten	85
4. Das Netzwerk und die Kapitalien	88
4.1. Die familiäre Vernetzung	88
4.2. Die ökonomische Vernetzung	89
4.2.1. Die Interessengemeinschaft zwischen H. Aufhäuser und S. Bleichröder	89
4.2.2. Die Verbindung nach London	94
4.3. Die Unternehmerfamilie Aufhäuser: ihr soziales, symbolisches und kulturelles Kapital	95
5. Netzwerk und Kapitalien: ihr Nutzen für die Bank	99
5.1. Die Verbindungen nach London und die Kredite für München	99
5.2. Das inländische Geschäft	109
5.3. Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise: Die finanzielle Unterstützung des Bankhauses H. Aufhäuser durch S. Bleichröders und Gebr. Arnhold	112
6. Kapitelfazit	116

IV. Bankhaus H. Aufhäuser in den ersten Jahren unter dem Nationalsozialismus, 1933-1937

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	119
2. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Juden	135
3. Das Bankhaus und seine geschäftlichen Tätigkeiten	139
4. Das Netzwerk und die Kapitalien	141
5. Netzwerk und Kapitalien: ihr Nutzen für die Bank	146
5.1. Persönlich motivierte Angriffe gegen Inhaber des Bankhauses H. Aufhäuser	147
5.1.1. Die Abwehrstrategie und -maßnahmen Martin Aufhäusers gegen die persönlich motivierten Angriffe	153
5.2. Staatliche Angriffe	157
5.2.1. Fiehlers Vorgehen gegen das Bankhaus H. Aufhäuser	157

5.2.2. Der Vorstoß des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda	161
5.3. Die Strategie, aus einem jüdischen Unternehmen ein weitgehend „arisches“ zu machen	163
5.3.1. Karl Ritter von Halt als „politischer Verbindungsmann“	163
5.3.2. Die Eingaben beim Reichswirtschaftsministerium	167
5.3.3. Martin Aufhäusers Ausnahmeantrag auf Vollzug des Reichsbürgergesetzes	168
5.4. Netzwerke und Geschäfte unter nationalsozialistischer Herrschaft	184
5.4.1. Die Beziehungen zu Georg Eidenschink und die Gründung der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke-Aktiengesellschaft	184
5.4.2. Die Übernahme von jüdischen Bankkunden	188
5.4.3. Die Geschäfte mit der Reichs-Kredit-Gesellschaft	190
6. Kapitelfazit	197

V. Die „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser, 1938

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	200
2. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Juden	210
3. Das Bankhaus und seine geschäftlichen Tätigkeiten	211
4. Netzwerk und Kapitalien: ihr Nutzen für die Bank	213
5. Kapitelfazit	268

VI. Epilog

272

VII. Schlussbetrachtung

289

VIII. Anhang

1. Inhaber bzw. ab 1918 Komplementäre	299
2. Stammbaum der Familie Aufhäuser	300
3. Kennziffern des Bankhauses H. Aufhäuser	301
4. Wichtige Akteure	304
5. Finanzbegriffe	307
6. Abkürzungsverzeichnis	309
7. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	311
8. Quellen- und Literaturverzeichnis	312
 Dank	 344

I. Einleitung

1. Die Grundidee

Fluchtpunkt dieser Untersuchung bildet die „Arisierung“ des Münchener Bankhauses H. Aufhäuser im November 1938. Die zugrundeliegende Frage ist, wie es einem jüdischen Bankhaus möglich war, annähernd sechs Jahre unter nationalsozialistischer Herrschaft zu bestehen und dabei einigermaßen erträglich zu wirtschaften. Die zentrale These lautet, dass die dichte ökonomische und soziale Vernetzung der Bank bzw. ihrer Inhaber eine schnelle „Arisierung“ oder gar Liquidation durch die – keineswegs einheitlich handelnden – nationalsozialistischen Akteure verhinderte. Wesentlich waren dabei in erster Linie die Verknüpfungen des Münchener Bankhauses zu ausländischen Banken, die während des Kaiserreichs aufgebaut und in der Zeit der Weimarer Republik intensiviert worden waren. Eine Schlüsselrolle hatten dabei Banken aus der City of London inne, über die diverse Kredite liefen. Gleichzeitig gilt es zu prüfen, inwieweit neben diesen weithin bekannten Engagements auf internationaler Ebene auch die nationalen Verflechtungen für die zögerliche Haltung der Reichsleitung verantwortlich waren.

Durch diese dichte geschäftliche und personale Vernetzung erlangten die Aufhäuser-Bankiers ein hohes Maß an ökonomischer Relevanz, insbesondere in Verbindung mit ähnlich agierenden weiteren jüdischen Privatbanken. Die nationalsozialistischen Machthaber – zumindest auf Reichsebene – waren sich weitgehend bewusst, dass diese überdurchschnittlich gut vernetzten jüdischen Bankhäuser nicht aus diesen Verbindungen herausgebrochen werden konnten, ohne akut Gefahr zu laufen, eine gesamtökonomische Krise auszulösen. Eine Wirtschafts- und Finanzkrise konnte sich das nationalsozialistische Regime nicht leisten, wenn es seine Macht nicht leichtfertig wieder aufs Spiel setzen wollte. Insbesondere unter der Meinungsführerschaft des Reichswirtschaftsministers und Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht wurde aufgrund möglicher Repressalien des Auslands und der weiterhin labilen wirtschaftlichen Gesamtlage in Deutschland¹ davor gewarnt, die jüdischen Banken sofort zu liquidieren oder zu „arisieren“. Lokale Machthaber wie nicht zuletzt der Münchener Oberbürgermeister Karl Fiehler hatten jedoch von Anfang an andere Vorstellungen, wie jüdischen Banken behandelt werden sollten. Diese Friktion wird für die Betrachtung nach der sogenannten „Machtergreifung“ im Januar 1933 stets präsent sein. Die Bankinhaber wussten zumindest partiell von den lokalen sowie weiteren, teils persönlich motivierten Angriffen gegen

¹ Überzeugend gegen das angebliche „Wirtschaftswunder“ argumentierend Christoph Buchheim, Das NS-Regime und die Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3/2008 (56. Jahrgang), S. 381-413.

ihr Bankhaus. Sie verhielten sich jedoch keineswegs passiv, sondern entwickelten diverse Abwehrstrategien.

Auf die enge Vernetzung vieler jüdischer Privatbanken im In- und Ausland und die daraus resultierende Rücksichtnahme der Parteispitze und Regierungsvertretern diesen Instituten gegenüber hat insbesondere Ingo Köhler in seinem Standardwerk zur „Arisierung“ der Privatbanken bereits hingewiesen.² In dieser Arbeit soll diesem Tatbestand systematisch nachgegangen werden. Was weitgehend inexistent ist, sind Untersuchungen, die die Entwicklung der jüdischen Privatbanken über einen längeren Zeitraum beleuchten und diese auch in den oben genannten Zusammenhang setzt. Die internationalen und nationalen Verknüpfungen waren über die Jahrzehnte aufgebaut worden, wovon einige nach 1933 wirkungsmächtig wurden. Es soll daher für die Zeit des Nationalsozialismus identifiziert werden, welche Kontakte der Bankinhaber zu welchem Nutzen instrumentalisiert wurden, weshalb die Reichsleitung zunächst so zurückhaltend gegenüber den jüdischen Privatbankiers agierte und warum sich dies ab 1937/38 änderte.

2. Der theoretisch-analytische Leitfaden

Die Unternehmensgeschichtsschreibung zeichnet sich dadurch aus, dass sie „nicht durch einen einheitlichen Gegenstandsbegriff und eine einheitliche Methodologie gekennzeichnet ist.“³ Einen weithin anerkannten theoretischen Leitfaden besitzt sie dementsprechend nicht. Doch soll die Unternehmensgeschichte über eine narrative Niederschrift hinausgehen, ist es notwendig, einen theoretisch-analytischen Rahmen zu erarbeiten. Berghoffs Duktus, dass eine Unternehmensgeschichte wissenschaftlich nur fruchtbar sein kann, wenn „sie interdisziplinär und theoriegeleitet vorgeht“⁴, beschreibt die methodische Herangehensweise dieser Arbeit. Es scheint darüber hinaus generell mehr als fraglich, ob es überhaupt möglich und auch sinnvoll ist, ein Modell oder *eine* allgemeingültige Theorie zu kreieren, die die Wirtschaft im Allgemeinen und einzelne Unternehmen im Speziellen mit ihren vielfältigsten und sich

² Ingo Köhler, Die „Arisierung“ der Privatbanken im Dritten Reich. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung. München 2005, S. 113ff. Ähnlich auch Michael Stürmer/Gabriele Teichmann/Wilhelm Treue, Wägen und Wagen. Sal. Oppenheim jr. & Cie. Geschichte einer Bank und einer Familie. München 1989, S. 368, 370.

³ Werner Plumpe, Perspektiven der Unternehmensgeschichte, in: Günther Schulz u.a. (Hg.), Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. München 2005, S. 403-425, hier. S. 407. Siehe ferner Hartmut Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte. Eine themen- und theorieorientierte Einführung. Paderborn u.a. 2004, S. 7f.; Toni Pierenkemper, Unternehmensgeschichte. Eine Einführung in ihre Methoden und Ergebnisse. Stuttgart 2000, S. 25, 281.

⁴ Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte, S. 7. Siehe auch Paul Erker, Aufbruch zu neuen Paradigmen. Unternehmensgeschichte zwischen sozialgeschichtlicher und betriebswirtschaftlicher Erweiterung, in: Archiv für Sozialgeschichte 1997 (37. Jahrgang), S. 321-365, hier S. 364f.

fortlaufend verändernden Facetten erfassen kann.⁵ Der vielversprechendste Weg scheint vielmehr zu sein, sich wie in einem Baukastensystem die geeigneten Komponenten aus diversen theoretischen Leitideen und aus verschiedenen Fachrichtungen zu extrahieren – ohne jedoch ins eklektische abzugleiten.⁶ Das ist schon aus dem Grund notwendig, weil ein Unternehmen nicht autonom handeln kann, sondern das Wirken der Unternehmensleitung von externen Einflüssen wesentlich determiniert wird.⁷ Mithin ist eine ganzheitliche Betrachtung zwingend, bei der die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, in denen das Unternehmen agiert, ebenso berücksichtigt werden müssen, wie in diesem Fall auch die Stellung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Nur dadurch wird es möglich, „die Multidimensionalität historischer Prozesse“⁸ erfassen zu können. Es soll zudem vermieden werden, durch ein zu enges theoretisches Korsett den möglichen Erkenntnisgewinn zu schmälern.⁹

Die in der Unternehmensgeschichtsschreibung wiederholt zitierte und angewandte Neue Institutionenökonomik¹⁰ wird daher nur einen – relativ kleinen – Baustein bilden.¹¹ Allgemein betrachtet erscheint die Neue Institutionenökonomik mit ihrem Schwerpunkt auf der Problematik unvollständiger Verträge und asymmetrischer Informationen bzw. der Unternehmensorganisation eher für die Betrachtung von Groß- bzw. Industrieunternehmen tauglich. Es wird vonseiten der Wissenschaft zwar der Versuch unternommen, mit Hilfe der so genannten Erweiterten Neuen Institutionenökonomik informelle Netzwerke und kulturelle Aspekte in den Betrachtungshorizont mit einzubeziehen.¹² Diese Erweiterung der Neuen

⁵ Für ein vergleichbares Urteil für die Ökonomie allgemein vgl. John Kay, Die abgedrehte Wissenschaft. Financial Times Deutschland, 27.04.2009, S. 26: „Es gibt keine ökonomische Theorie von allem, und es wird sie niemals geben. [...] Verschiedene Theorien werden Licht auf verschiedene, aber jeweils spezifische Situationen werfen können.“

⁶ Siehe auch Hartmut Berghoff, Wozu Unternehmensgeschichte? Erkenntnisinteressen, Forschungsansätze und Perspektiven des Faches, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 2/2004 (49. Jahrgang), S. 131-148, hier S. 141; Ralf Ahrens, Unternehmensgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 01.11.2010, <http://docupedia.de/zg/Unternehmensgeschichte?oldid=75859> [14.12.2013], S. 4.

⁷ Vgl. auch Pierenkemper, Unternehmensgeschichte, S. 17.

⁸ Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte, S. 29. Siehe auch ebd., S. 18f.

⁹ Vgl. Plumpe, Unternehmen, S. 87; Wolfram Fischer, Unternehmensgeschichte und Wirtschaftsgeschichte. Über die Schwierigkeiten, mikro- und makroökonomische Ansätze zu vereinen, in: Hermann Kellenbenz/Hans Pohl (Hg.), Historia Sociales et Oeconomica. Stuttgart 1987, S. 61-71, hier S. 63.

¹⁰ Vgl. aus der zahlreichen Literatur zur Neuen Institutionenökonomik (NIO) insbes. Rudolf Richter/Eirik G. Furubotn: Neue Institutionenökonomik. Eine Einführung und kritische Würdigung. Tübingen ³2003; Mathias Erlei/Martin Leschke/Dirk Sauerland (Hg.), Neue Institutionenökonomik. Stuttgart ²2007; Oliver E. Williamson, Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus. Unternehmen, Märkte, Kooperationen. Tübingen 1990.

¹¹ Vgl. für eine ebenfalls kritische Beurteilung der NIO als theoretischen Leitfaden für die Darstellung einer Bankgeschichte Detlef Krause, Die Commerz- und Disconto-Bank 1870-1920/23. Bankgeschichte als Systemgeschichte. Stuttgart 2004, S. 18. Siehe auch den Versuch, die Neue Institutionenökonomik mit Hilfe von Modellbildungen zugänglich zu machen: Oliver Volckart, Institutionsökonomische Erklärungen und wirtschaftshistorischen Modelle, in: Schulz u.a. (Hg.), Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 619-637.

¹² Vgl. Adelheid von Saldern, Netzwerke und Unternehmensentwicklung im frühen 19. Jahrhundert. Das Beispiel der Schoeller-Häuser, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 2/2008 (53. Jahrgang), S. 147-176, insbes. S. 148. Siehe zudem den Versuch, mit Hilfe der Erklärungsvariablen Vertrauen und Sozialkapital den Netzwerkansatz mit der Neuen Institutionenökonomik zu verbinden, Carlotta von Bock und Polach, Neue Institutionenökonomie und Netzwerkanalyse. Theoretische und methodische Anknüpfungspunkte am Beispiel

Institutionenökonomik offenbart jedoch das Dilemma dieser Theorie: Der Rahmen ist zu eng gefasst.¹³ Das institutionenökonomische Paradigma erfasst beispielsweise auch nicht soziale und politische Dimensionen¹⁴, die nicht nur in der nationalsozialistischen Zeit von wesentlicher Bedeutung für das Wirtschaften eines Unternehmens waren. In dieser Arbeit ist die Neue Institutionenökonomik daher lediglich mit ihrem Ansatz der Beurteilung von Informationsasymmetrien interessant, d.h. dass Marktteilnehmer über einen unterschiedlichen Informationsstand verfügen und keiner von ihnen alle relevanten Informationen kennt. Dieser Umstand ist insbesondere bei der Betrachtung der Anfangsphase des Bankhauses H. Aufhäuser von Bedeutung.

Bei dieser Arbeit wird auch nicht die betriebswirtschaftliche Entwicklung des Bankhauses H. Aufhäuser im Fokus stehen. Mithin wird es primär nicht darum gehen, eine klassisch-strukturalistische Unternehmensgeschichte in Anlehnung an die Erkenntnisse Alfred Chandlers¹⁵ mit tiefergehenden Erklärungen der Kennzahlen und innerbetrieblicher Organisationsstruktur zu schreiben; Banken scheinen generell nicht in das deterministische Phasenmodell Chandlers mit dem postulierten Endpunkt Großunternehmen zu passen¹⁶. Die damit in der Regel einhergehende Trennung von Unternehmensführung und Kapitalbesitz, dem beispielsweise die Neue Institutionenökonomik mit dem Prinzipal-Agent-Ansatz¹⁷ beizukommen versucht, hat beim Bankhaus H. Aufhäuser ebenso wenig stattgefunden. Auch wenn wiederholt nicht zur Aufhäuser-Familie Gehörende Kapital in die Bank einbrachten, wurde der

des Spargelanbaus in Brandenburg, in: Christian Stegbauer (Hg.), *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie: Ein neues Paradigma in der Sozialwissenschaft*. Wiesbaden 2008, S. 429-441.

¹³ Siehe in diesem Kontext auch Werner Plumpe, Unternehmen, in: Gerold Ambrosius/Dietmar Petzina/Werner Plumpe (Hg.), *Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen*. München 2006, S. 61-94, hier S. 86: „In vielen Studien wird das generelle Problem makrotheoretischer Ansätze deutlich, die beschränkte Ausschnitte der Empirie durch geschichtsphilosophisch gerichtete Großtheorien erklären wollen: Sie geraten damit zwangsläufig in Konflikt mit aller nicht erfasster Empirie. Großtheorien können mithin den Zugriff auf mikrotheoretische Konzepte nicht ersetzen.“ In der Wirtschaftswissenschaft insgesamt ist nach der Weltwirtschaftskrise ab 2007 viel in Bewegung gekommen und etablierte Denkansätze – wie das Festhalten am unrealistischen, nicht existierenden *Homo oeconomicus* –, werden in Frage gestellt. So ist vermehrt von „Paradigmenwechsel“ oder gar der „Revolution in der Ökonomie“ (so der Titel einer Serie der Financial Times Deutschland mit renommierten Ökonomen, 15.04.2009 und Folgende) die Rede und nicht-wirtschaftliche Ansätze erfahren vermehrte Aufmerksamkeit, d.h. auch hier ist der Ansatz zu vermehrter Interdisziplinarität zu erkennen und das Vertrauen in rein statische mathematisch-theoretische Modelle schwindet zusehends. Siehe hierzu auch Georg von Wallwitz, *Odysseus und die Wiesel. Eine fröhliche Einführung in die Finanzmärkte*. München 2014, S. 23-51, insbes. S. 38.

¹⁴ Vgl. Ahrens, *Unternehmensgeschichte*, S. 3. Ralf Ahrens schreibt, dass diese vernachlässigt werden; man könnte auch behaupten, dass sie überhaupt nicht berücksichtigt werden.

¹⁵ Alfred D. Chandler, *Strategy and Structure. Chapters in History of Industrial Enterprise*. Cambridge, Mass.

²¹ 2001. Für eine konzise Auseinandersetzung mit Chandlers Thesen siehe Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte*, S. 63-73.

¹⁶ D.h. nicht, dass kleinere und mittelgroße Privatbanken nicht wachsen, doch ist es auffällig, dass sie über eine gewisse Größe nie hinausgekommen sind bzw. dies wohlmöglich auch gar nicht wollten. Eine Bank, die diesen Weg zumindest ansatzweise gegangen ist, war Sal. Oppenheim. Der kurzzeitige Erfolg ist zweifelhaft und am Ende stand die Übernahme durch die Deutsche Bank.

¹⁷ Grob gesagt geht es um das Kontrollproblem und Vorhandensein asymmetrischer Informationen zwischen den Eigentümern (Prinzipal) und den von ihnen beauftragten Managern (Agenten); im engen Zusammenhang damit steht auch die Thematik der Verfügungsrechte („property rights“), siehe als Überblick Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte*, S. 73-82; Pierenkemper, *Unternehmensgeschichte*, S. 256ff.

beherrschende Einfluss der Aufhäusers bis 1938 zu keiner Zeit in Frage gestellt und sie hielten stets die absolute Kapitalmehrheit. Dennoch können und sollen betriebswirtschaftliche Bezüge nicht unberücksichtigt bleiben, um gleichfalls das Unternehmen greifbar zu machen. Schließlich bestimmte die wirtschaftliche Entwicklung der Bank wesentlich die Handlungsoptionen der Unternehmensleitung.

Gleichwohl ist nicht die Bank als Institution, sondern die Geschäftsführung im Zentrum der Betrachtung angesiedelt. Denn eines darf nicht übersehen werden: Ist das strategische Handeln in einem Unternehmen im Normalfall darauf ausgerichtet, ökonomisch erfolgreich zu agieren¹⁸, ging es für die Aufhäusers 1938 nur noch darum, die Bank mit ausreichend Kapitaleinsatz am Leben zu erhalten und nach Möglichkeit an der Bank beteiligt zu bleiben. Für beides waren entsprechende soziale Kontakte notwendig. Damit gelangen auch sozialwissenschaftliche Überlegungen ins Blickfeld. Mag dies als ein Rückfall in die *Unternehmensgeschichtsschreibung* und die alte Traditionen Joseph A. Schumpeters¹⁹ oder Max Webers²⁰ gedeutet werden, erscheint es dennoch in diesem Fall notwendig und sinnvoll.²¹ Die operative Leitung der Bank hatten zuerst die Bankgründer und hier in erster Linie Heinrich Aufhäuser sowie nach dem Ersten Weltkrieg die persönlich haftenden Gesellschafter – die Komplementäre – inne. Das heißt, sie hafteten mit ihrem gesamten, auch privaten Vermögen für die Bank. Folglich waren sie nicht nur in alle wesentlichen Entscheidungen eingebunden, sondern waren auch operativ tätig und haben Geschäfte initiiert. Drastisch offenbarte sich die zentrale Stellung der Unternehmensleitung bei der „Arisierung“ des Bankhauses, da nach dem Ausscheiden der Aufhäuser-Bankiers dieser der geschäftliche Kollaps drohte. Wir haben es im Folgenden dennoch nicht mit einer reinen *Unternehmensgeschichtsschreibung* zu tun, sondern mit einer *Unternehmensgeschichtsschreibung* mit einem starken Fokus auf die handelnden Protagonisten: den geschäftsführenden Gesellschaftern.²²

Nachdem die Geschäftsleiter als die zentralen Akteure identifiziert wurden, soll für diese Untersuchung ein theoretisch-analytischer Leitfaden angewandt werden, der diesem Umstand Rechnung trägt: der Netzwerkansatz. Man kann generell formulieren, dass das Bankgeschäft an sich ganz wesentlich auf Netzwerken basiert: Mit ihrer Hilfe werden Kunden gewonnen, Geschäftspartner und, nicht zuletzt in Krisenzeiten, Kapital requiriert. Während der

¹⁸ Vgl. Pierenkemper, Unternehmensgeschichte, S. 284.

¹⁹ Joseph A. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmervergewinn, Kapital, Kredit, Zins und Konjunkturzyklus. Berlin ⁹1997.

²⁰ Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen ⁵2002.

²¹ Vgl. auch Ingo Köhler, Wirtschaftsbürger und Unternehmer – Zum Heiratsverhalten deutscher Privatbankiers im Übergang zum 20. Jahrhundert, in: Dieter Ziegler (Hg.), Die wirtschaftsbürgerliche Elite im 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, S. 116-143, hier S. 118; Erker, Aufbruch, S. 334: „Bis in die jüngste Zeit hinein lässt sich die Geschichte zahlreicher Unternehmen z. T. nur über die dominierende Persönlichkeit ihres Vorstandsvorsitzenden bzw. Generaldirektors wirklich begreifen und erschließen“.

²² Siehe in diesem Zusammenhang auch Ahrens, Unternehmensgeschichte, S. 3.

nationalsozialistischen Herrschaft sicherte das – so ja die Ausgangsthese – internationale Netzwerk das Fortbestehen des Bankhauses H. Aufhäuser für annähernd sechs Jahre. Für diese Jahre kann zudem hinzugefügt werden, dass das internationale Netzwerk der jüdisch-deutschen Bankiers als Ganzes auf die Außen- und letztendlich die Innenpolitik des nationalsozialistischen Regimes einwirkte. Zugleich basierte auf diesen jüdischen Netzwerken die nationalsozialistische, wirkungsmächtige These der „jüdischen Weltverschwörung“, bei der das „jüdische Finanzkapital“ der wesentliche Bestandteil war. Gleichwohl war dies keine allzu neue Sichtweise, denn wenn von Juden im Allgemeinen und jüdischen Kaufleuten im Besonderen die Rede ist, wird ihr Netzwerk als herausragendes, bis auf die Antike zurückgehendes Merkmal hervorgehoben.²³ Zugleich waren die jüdischen Bankiers nicht zuletzt durch ihre meist internationale Tätigkeit seit jeher Anfeindungen ausgesetzt, besonders in Krisenzeiten, von denen es im zu betrachtenden Zeitraum zahlreiche gab. Aus diesem Grund und um insgesamt aufzuzeigen, in welchem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld sich die Bankinhaber bewegten, wird jedem Kapitel ein Überblick über die herrschende ökonomische Situation vorangestellt sowie eine Betrachtung zur Lage der jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Letzteres ist in die These gebettet, dass diese immer wiederkehrenden Anfeindungen schließlich dazu führten, dass Teile der jüdischen Bevölkerung die gegen sie gerichteten Maßnahmen der Nationalsozialisten als ein vorübergehendes Phänomen ansahen und davon ausgingen, dass sie bei einem konformistischen Verhalten weiterhin einen Platz in der Wirtschaft und Gesellschaft haben würden. Es soll – als Nebenaspekt – gezeigt werden, wie diese Einstellung das Handeln der Aufhäuser unter der nationalsozialistischen Herrschaft wesentlich beeinflusste.

Da die evolutorischen Entwicklungspfade²⁴ bei der Netzerkennung und der Ausprägung der bourdieuschen Kapitalformen – auf die im Folgenden einzugehen sein wird – ganz wesentlich sind, kann der Untersuchungszeitraum nicht nur auf die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft beschränkt bleiben. Vielmehr gilt es nachzuzeichnen, wie sich das Aufhäuser-Beziehungsgeflecht entwickelt hat und wie es ausgestaltet war. Dies war ein Prozess, der über Jahre und Generationen verlief, weshalb als Ausgangspunkt die Gründung der Bank 1870 gewählt wurde. Und die Jahre 1870 bis 1945 waren eben nicht nur die der Weltkriege, sondern ebenso der Weltmärkte²⁵, weshalb die Betrachtung des Bankhauses über diesen Zeitraum einen weiteren heuristischen Wert gewinnt: Anhand dieser Betrachtungsweise werden die Brüche aber eben auch Kontinuitäten sichtbar. Denn – so viel sei vorweggenommen – trotz Kriege, ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Krisen und verschiedener

²³ Siehe als Überblick Mirjam Thulin, Jüdische Netzwerke, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2010-12-03; <http://ieg-ego.eu/de/threads/europaeische-netzwerke/juedische-netzwerke> [08.06.2014].

²⁴ Siehe in diesem Zusammenhang auch Pierenkemper, Unternehmensgeschichte, S. 260.

²⁵ Emily S. Rosenberg (Hg.), Weltmärkte und Weltkriege, 1870-1945. München 2012.

Regierungsformen waren viele Geschäftsbeziehungen der Aufhäuser-Bankiers, gerade auch die internationalen, sehr persistent. Konkret bedeutet das, dass das Netzwerkkonzept sich nicht nur für die Zeit nach 1933 als geeignetes Analysewerkzeug eignet. Es kann zum Beispiel auch die Phasen des Strukturwandels im Bankwesen, wie etwa die verstärkte Bankenkonzentration um die Jahrhundertwende, und die weitere Existenz des Bankhauses H. Aufhäuser erklären helfen. Oder weshalb viele Privatbankiers in der Zeit der Weimarer Republik ihre erfolgreichste Zeit erlebten.²⁶ Und nicht zuletzt kann über diesen Ansatz aufgezeigt werden, weshalb das Bankhaus H. Aufhäuser trotz aller Krisenszenarien und Unwahrscheinlichkeiten²⁷ überlebt hat und der gravierendste Einschnitt nicht infolge ökonomischer, sondern politischer Ereignisse erfolgte.

2.1. Das Netzwerk

Als theoretisch-analytischer Leitfaden soll mithin eine weitgehende Definition des Begriffs „Netzwerk“ dienen, in welchem insbesondere die Erkenntnisse Bourdieus mit eingewoben werden. Die Netzwerkforschung „ist ein noch relativ junges Wissenschaftsfeld“²⁸, dem aber in den letzten Jahren vermehrt Aufmerksamkeit zuteil geworden ist. Weitgehend unabhängig und isoliert voneinander haben sich die Soziologie²⁹ sowie die Betriebswirtschaftslehre³⁰ dieses Themas angenommen, wenngleich erste Versuche unternommen worden sind, beide Stränge zusammenzuführen³¹. Aufgrund der daraus resultierenden unterschiedlichen Ansätze und Interessen existiert keine allgemeingültige Netzwerktheorie.³² Die Institutionenökonomie hilft an dieser Stelle auch nicht weiter, denn sie erfasst mit ihrem binären Ansatz – ökonomische Koordination durch den Markt oder die Firmenhierarchie – die unterschiedlichen Netzwerkstrukturen nicht.³³

²⁶ Vgl. Morten Reitmayer, Bankiers im Kaiserreich. Sozialprofil und Habitus der deutschen Hochfinanz. Göttingen 1999, S. 42.

²⁷ Siehe in diesem Zusammenhang Werner Plumpe, Die Unwahrscheinlichkeit des Jubiläums – oder: warum Unternehmen nur historisch erklärt werden können, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1/2003, S. 143-156; Ulrike Schulz, Simson. Vom unwahrscheinlichen Überleben eines Unternehmens 1856-1993. Göttingen 2013.

²⁸ Christian Stegbauer, Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Einige Anmerkungen zu einem neuen Paradigma, in: ders. (Hg.), Netzwerkanalyse, S. 11-19, hier S. 11.

²⁹ Siehe u.a. Stegbauer (Hg.), Netzwerkanalyse; Dorothea Jansen, Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. Wiesbaden 2006; Stanley Wasserman/Katherine Faust, Social Network Analysis: Methods and Applications. Cambridge 1999.

³⁰ Siehe u.a. Jörg Sydow, Strategische Netzwerke: Evolution und Organisation. Wiesbaden 1992.

³¹ Vgl. Hartmut Berghoff/Jörg Sydow (Hg.), Unternehmerische Netzwerke: Eine historische Organisationsform mit Zukunft? Stuttgart 2007.

³² Siehe insbes. den Überblick zur Netzwerktheorie und zum Netzwerkbegriff Hartmut Berghoff/Jörg Sydow, Unternehmerische Netzwerke – Theoretische Konzepte und historische Erfahrung, in: dies. (Hg.), Unternehmerische Netzwerke, S. 9-43, hier S. 16ff.

³³ Vgl. auch Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte, S. 172.

Der Ansatz ist bewusst weit gefasst: Als Netzwerk soll für diese Arbeit die Gesamtheit der diversen personalen Verflechtungen und Kopplungen der Geschäftsleitung zu einzelnen, für das Geschäft und Überleben der Bank relevanten Akteuren bezeichnet werden. Es wird daher soweit wie möglich vermieden, von allgemeinen Kontakten zu Unternehmen und politischen Institutionen zu berichten. Vielmehr sollen die handelnden Akteure identifiziert und ihre zugeordnete Funktion für die Bankleitung beschrieben werden, d.h. den Nutzen, den sie aus dem Kontakt ziehen wollten. Denn ein Punkt ist für die Definition von Netzwerken ganz wesentlich: der Nutzen. Das heißt, dass der soziale Kontakt von Menschen zueinander im Normalfall vom Interesse gestiftet ist (Radcliffe-Brown).³⁴ Oder um es in den Worten von Pierre Bourdieu auszudrücken: "[D]as Beziehungsnetz ist das Produkt individueller oder kollektiver Investitionsstrategien, die bewusst oder unbewusst auf die Schaffung und Erhaltung von Sozialbeziehungen gerichtet sind, die früher oder später einen unmittelbaren Nutzen versprechen."³⁵ Erst wenn ein Kontakt folglich einen Nutzen produziert, ist er von Interesse und man kann von einem weiteren Knoten im Geflecht des Netzwerkes sprechen.³⁶ Dabei war das Charakteristikum der netzwerkartigen Verbindungen der Privatbankiers ihre starke personale, werthaltige Komponente. Damit hoben sie sich von vielen anderen Geschäftskontakten der Gegenseite ab und machten dadurch viele Geschäfte erst möglich. Das bedeutete zugleich, dass bei Privatbankiers der Unterschied zwischen „Geschäft“ und „Privat“ fließend war und folglich eine klare Trennung nicht angebracht ist.

2.1.1. Die Bestandteile des Netzwerkes

Die Skalierung der hier relevanten ökonomischen Kooperationsformen reicht von sporadischer, vertragsloser Zusammenarbeit bis zur Kapitalverflechtung. Ist gegenseitiges Vertrauen im Wirtschaftssystem generell von grundlegender Bedeutung, gilt dies umso mehr für lockere, vertragslose Kopplungen, die über keinen institutionalisierten Rahmen verfügten.³⁷ Für viele Privatbankiers von essentieller Bedeutung waren die Verbindungen zu Geschäftspartnern im Ausland. Diese internationalen Verbindungen des Münchener Bankhauses werden ein zentrales Element dieser Ausarbeitung bilden, da sie das Handeln der nationalsozialistischen

³⁴ Wolfgang Reinhard, *Freunde und Kreaturen. „Verflechtung“ als Konzept zur Erforschung historischer Führungsgruppen. Römische Oligarchie um 1600.* München 1979, S. 21. Siehe ferner Holzer, *Netzwerke*, S. 9-14.

³⁵ Pierre Bourdieu, *Die verborgenen Mechanismen der Macht.* Herausgegeben von Margareta Steinrücke. Hamburg 2005, S. 64.

³⁶ Vgl. auch Holzer, *Netzwerke*, S. 14: „Doch sind Reziprozitätserwartungen und Vertrauensvorschüsse einmal etabliert, können sie auch zur Grundlage dafür werden, dass soziale Beziehungen nicht nur *expressive*, sondern auch *instrumentelle* Bedeutung gewinnen können, also zur Erreichung bestimmter Ziele genutzt werden.“ (Hervorhebungen im Original).

³⁷ Vgl. Holger Siebert, *Ökonomische Analyse von Unternehmensnetzwerken*, in: Sydow (Hg.), *Management*, S. 7-27, insbes. S. 10-13; Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte*, S. 173; Jansen, *Einführung*, S. 20, 29; Holzer, *Netzwerke*, S. 13.

Reichsvertreter gegenüber jüdischen Banken wie H. Aufhäuser, das keineswegs im Einklang mit den Zielen der örtlichen Repräsentanten stand, maßgebend bestimmten.

Für das finanzielle Überleben der Privatbankiers und den Ausbau des Netzwerkes waren gleichfalls Beteiligungen an regionalen und vor allem überregionalen Emissionskonsortien sowie direkte Engagements bei Unternehmen beispielsweise in Form von Krediten sehr bedeutsam. Diese Aktivitäten gingen nicht selten einher mit einem Sitz im Kontrollgremium der betreffenden Firma; bei einer Aktiengesellschaft in Form eines Aufsichtsratssitzes, bei einer anderen Gesellschaftsform kann dies auch ein Beirat o.Ä. sein. Gerade einflussreiche Privatbankiers als „Big Linkers“³⁸ wurden aufgrund ihres Renommees und ihrer Unabhängigkeit von Unternehmen bevorzugt in Kontrollgremien berufen, selbst wenn – und gerade weil³⁹ – zwischen der Bank und der Firma keine geschäftlichen Beziehungen bestanden. Hinzu kommen konnten, gerade bei den namhaften Privatbankiers, entsprechende Posten bei Reichsinstitutionen. Martin Aufhäuser, Sohn des Bankgründers sowie sein Nachfolger, war während der Weimarer Zeit in rund 40 Aufsichtsräten vertreten. Der Münchener Privatbankier zählte damit zu den „Big Linkers“⁴⁰, mithin zur Wirtschaftselite in Deutschland.⁴¹

Weitere wichtige Knoten im Netzwerk der Privatbankiers konnten durch sozio-kulturelle Engagements entstehen. Jüdische Privatbankiers zeigten auf diesem Gebiet besondere Aktivität, was in der Wissenschaft die Vermutung aufkommen ließ, sie hätten auf diesem Weg versucht, ihre Integration in die Gesamtgesellschaft voranzutreiben. Dieser Ansatz wird mittlerweile zumindest relativiert⁴², wie insgesamt pauschalisierende Erklärungsmuster auch in diesem Fall zu kurz greifen. Die kulturellen und sozialen Engagements kamen in der Regel auch, aber bei Weitem nicht nur jüdischen Einrichtungen zu Gute. Gefördert wurden die die Moderne mitprägenden Einrichtungen wie Theater, Opernhäuser, Museen und die Kunst im Allgemeinen sowie der in den 1920er Jahren aufgekommene soziale Wohnungsbau. Finanzielle Unterstützung erfuhren ferner Krankenhäuser und Universitäten. Kennzeichnend war nicht der religiöse, sondern der lokale Bezug; es wurde in erster Linie die Heimatstadt unterstützt. Ein Filialnetz der Privatbankiers war in der Regel inexistent, was ein kulturelles

³⁸ Harald Wixforth/Dieter Ziegler, Deutsche Privatbanken und Privatbankiers im 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaften, 2/1997 (23. Jahrgang), S. 205-235, hier S. 225 und passim.

³⁹ Vgl. Wixforth/Ziegler, Deutsche Privatbanken, S. 224.

⁴⁰ In der Tabelle von Wixforth/Ziegler, Deutsche Privatbanken, S. 221, erscheint Martin Aufhäuser nicht in der Liste der *top ten*. In der erweiterten Liste von Köhler, Wirtschaftsbürger, S. 119, erscheint der Münchener Bankier unter den *top 34* und wird entsprechend als „Big Linker“ identifiziert. Siehe auch Köhler, „Arisierung“, S. 141 (Tabelle).

⁴¹ Siehe dazu auch Reinhard, Freunde, S. 19.

⁴² Vgl. zusammenfassend Rainer Liedtke, Zur mäzenatischen Praxis und zum kulturellen Selbstverständnis der jüdischen Wirtschaftselite in Deutschland: Die Hamburger Warburgs im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. in: Dieter Ziegler (Hg.), Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Göttingen 2000, S. 187-203, hier S. 200f.

Ausgreifen in andere Städte zusätzlich unattraktiv machte. Steht heutzutage hinter solchen Engagements meist ein von der Geschäftsleitung geforderter betriebswirtschaftlicher Nutzen⁴³, scheint im Betrachtungszeitraum noch ein philanthropischer Ansatz im Mittelpunkt gestanden zu haben. Das moderne Bürgertum sah es als seine Pflicht an, den sozial Schwachen zu helfen und die Bildung der Gesellschaft voranzutreiben. Auch wenn die jüdischen Bürger vom modernen Bürgertum weitgehend ausgegrenzt wurden, so haben sie doch diese „Bürgerpflichten“ internalisiert.⁴⁴ Ermöglicht wurde das besonders ausgeprägte Mäzenatentum der (jüdischen) Privatbankiers dadurch, dass sie – zumindest bis zum Ende des Kaiserreichs⁴⁵, aber wohl auch darüber hinaus – in der Spitze weit vermögender waren als beispielsweise die Bankmanager der Großbanken. Wesentlich für die Untersuchung und damit festzuhalten bleibt, dass diese lokalen Aktivitäten den Privatbankiers halfen, ihr personales Netzwerk zu erweitern, ihr Unternehmen bekannt zu machen, durch die gemeinnützigen und karitativen Engagements ihren sozialen Ruf bzw. den ihrer Bank besonders hervorzuheben und fest in der Stadt zu verankern.

Wir haben es letztendlich bei H. Aufhäuser mit Vernetzungen auf verschiedenen Ebenen zu tun: Geografisch betrachtet waren sie international, reichsübergreifend sowie rein lokal. Soziologisch gesehen bestanden reziproke, Eliten-bildende Interaktionsräume mit Bankiers und anderen Unternehmern sowie Politikern, Anwälten und weiteren Akteuren aus dem nicht-ökonomischen Feld. Letztere Gruppe war insbesondere während der Phase der „Arisierungs“-Verhandlungen von großer Wichtigkeit. Diese Kopplungen in ihrer Gesamtheit konstituierten das Aufhäuser-Netzwerk. Damit waren die Akteure der Aufhäuser-Bank zwar strukturell und sozial eingebettet („embeddedness“), was ihr Verhalten zwar prinzipiell determinierte und ihre Handlungsweise prägte, zugleich dürfen allerdings ihre individuellen Handlungsmotivationen nicht gering geschätzt werden.⁴⁶ Das offenbarte sich nicht zuletzt in diversen Krisenzeiten, wie beispielsweise während der „Arisierungs“-Phase. Diese Flexibilität ist auch sehr wichtig, damit das Netzwerk atmen kann. Damit konnten die Aufhäuser zwar weitestgehend vermeiden, in die Falle der zu engen Netzwerke zu tappen, die praktisch keinen Nutzen mehr generieren und tendenziell schädlich sein können („the weakness of strong ties“⁴⁷). Denn sie waren durch die sich stetig verändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen gezwungen,

⁴³ So auch Manager-Magazin, Der Citoyen [Friedrich von Metzler], 24.10.2014.

⁴⁴ Vgl. Liedtke, Praxis, S. 201.

⁴⁵ Reitmayer, Bankiers, S. 112 ff.

⁴⁶ Der Begriff „embennedness“ wurde von Mark Granovetter geprägt. Siehe zu dieser Thematik, die von der Soziologie unter den Begriffen „untersozialisiertes“ und „übersozialisiertes“ Akteurmodell abgehandelt wird, Jansen, Einführung, S. 15, 19f.

⁴⁷ Gernot Grabher, The Weakness of Strong Ties. The Lock-in of Regional Development in the Ruhr Area, in: ders. (Hg.), The Embedded Firm. On the Socioeconomics of Industrial Networks. London 1993, S. 255-277. Vgl. hierzu auch Hartmut Berghoff/Ingo Köhler, Redesigning a Class of its Own. Social and Human Capital Formation in the German Banking Elite, 1870-1990, in: Financial History Review 1/2007 (14. Issue), S. 63-87; Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte, S. 182 f., ders./Sydow, Netzwerke, S. 24.

sich anzupassen, d.h. das Bestehende zu überprüfen und neue Wege zu gehen. Damit einher ging ein permanentes Anpassen des Netzwerkes⁴⁸: alte Verbindungen brachen weg, neue kamen hinzu. Dadurch, dass die Aufhäuser-Bankiers diese Herausforderungen annahmen und gewillt waren, darauf zu reagieren und die richtigen Schlüsse zogen, war es ihnen möglich, zu überleben. Von besonderem Vorteil sollte vor allem während der prekären Anfangs- und „Arisierungs“-Phase zudem sein, dass die Aufhäuser-Bankiers von diversen, von der Wissenschaft als außerordentlich wertvoll identifizierten „weak ties“⁴⁹ profitierten, das heißt von nicht redundanten Verbindungen, die über das eigentliche personale Netzwerk hinausgingen.

Jedoch scheint es so, dass dieses permanente „Sich-Anpassen-Müssen“ gravierende Folgen für die Zeit nach 1933 vorzeichnete. Denn der damit verbundene Existenzkampf war (und ist) kennzeichnend für das Geschäft der Privatbankiers – mit der gefährlichen Implikation, selbst fundamentale ökonomische oder politische Strukturänderungen als „normal“ anzusehen und sie damit zu unterschätzen. Verstärkt wurde diese Fehlinterpretation sicher auch durch die „Überschätzung der Netzwerke“⁵⁰. Das bedeutet, Netzwerke sind nicht *per se* positiv, sondern können mitunter kontraproduktiv wirken. Die im Netzwerk eingebundenen Unternehmer können leicht der Illusion unterliegen, ihre außergewöhnlich gute Vernetzung, die bis in die Politik (und im Einzelfall zur Korruption) reichen kann, als die Lösung aller Probleme und immerwährend funktionierend anzusehen. Gefahren werden vielleicht erkannt, aber als nur vorübergehend angesehen. Das kann dazu führen, dass existentielle Bedrohungen des eigenen Unternehmens nicht oder nicht rechtzeitig wahrgenommen werden. So vorteilhaft das Netzwerk für die ökonomische Tätigkeit und das soziale Standing der Aufhäuser also sein konnte, wird eben auch zu zeigen sein, wie das Netzwerk zugleich die notwendige objektive Sicht auf die real existierenden Umstände unter dem nationalsozialistischen Regime vernebelte und welche Folgen dies implizierte. *Cum grano salis* galt dies auch für die britischen Bankiers und ist Kennzeichen für ein ausgeprägtes Beharrungsvermögen: Sie wollten diese lukrativen Verbindungen und die damit verbundene Verhaltenssicherheit⁵¹ zu den deutschen Bankiers auch während der Nazi-Herrschaft nicht so schnell aufgeben, weshalb es von ihnen auch zu keiner gemeinschaftlichen Aktion gegen das Terror-Regime – etwa einem Boykott – kam und die Beziehungen nach Deutschland nicht abgebrochen wurden. Damit sind wir bereits bei einem wichtigen Merkmal von Netzwerken.

⁴⁸ Vgl. allgemein Siebert, *Ökonomische Analyse*, S. 15f.

⁴⁹ Siehe hierzu Holzer, *Netzwerke*, S. 18-21; Jansen, *Einführung*, S. 29.

⁵⁰ Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte*, S. 180.

⁵¹ Vgl. allgemein Jansen, *Einführung*, S. 20, 29.

2.1.2. Wie Netzwerke entstehen, oder: die Kapitalformen nach Bourdieu

Netzwerke entstehen während eines langen Prozesses, entwickeln sich durch ein Mehr oder Weniger an Kopplungen und fallen auseinander, wenn sie ihren Zweck erfüllt haben, oder die Beziehungen nutzlos geworden sind, sie mithin keinen Nutzen mehr produzieren können. Im Folgenden soll mit Hilfe der Erkenntnisse des französischen Soziologen Pierre Bourdieu nachgezeichnet werden⁵², vor welchem Hintergrund Netzwerke entstehen können.

Netzwerke werden aus dem Feld definiert und geprägt, in denen die Individuen sozio-kulturell beheimatet sind. Der Feld-Terminus wiederum „bildet das Pendant zum Habitus-Begriff“.⁵³ In Verbindung und ständigem Austausch steht das Feld – mitunter auch als Kräftefeld, sozialer Raum oder Handlungsraum bezeichnet⁵⁴ – mit dem Habitus durch die soziale Praxis, d.h. durch die Akteursbeziehungen. Der Habitus ist hierbei die Grundlage, um an der sozialen Praxis überhaupt teilnehmen zu können und diese zu entwickeln. Habitus bezeichnet ganz allgemein gesehen „die Haltung des Individuums in der sozialen Welt, seine Disposition, seine Gewohnheiten, seine Lebensweise, seine Einstellungen und seine Wertvorstellungen.“⁵⁵ Die Aktionen des sozial Handelnden – wie eben die oben erwähnten britischen Bankiers – erfolgen vor diesem Hintergrund nicht primär aufgrund bewusster strategischer Absichten oder Regeln, sondern sind Resultat präformierter, verinnerlichter Denk- und Handlungsdispositionen.⁵⁶ Was mancher auch als Pfadabhängigkeit beschreiben mag, hat aber ebenfalls zur Folge, dass der Akteur in seiner Handlungsfreiheit eingeschränkt ist, da er sich von diesen überkommenen Verhaltensmustern nur sehr schwer trennen kann. Diese Handlungsdispositionen werden innerhalb der Familie von einer Generation zur folgenden weitertransformiert, womit sich außerdem die Existenzgrundlage des bestehenden Habitus' reproduziert. Habitus ist damit zugleich ein Klassenhabitus.⁵⁷ Und welcher sozialen Schicht ein Individuum angehört, dies hängt von der Verfügbarkeit und der Struktur seines ökonomischen, seines kulturellen, seines sozialen und seines symbolischen Kapitals ab. Diese Erweiterung des Kapitalbegriffs weit über das finanzielle hinaus eröffnet die Möglichkeit zur Definition einer funktionalen, weitgehend homogenen Gruppe, die durch einen reinen ökonomischen Kapitalbegriff nicht zu fassen wäre. Unter ökonomischem Kapital versteht Bourdieu „alle Formen des materiellen Besitzes, die in Gesellschaften mit einem entwickelten Markt und mittels Geld getauscht werden können.“⁵⁸ Er hält diese Kapitalform zugleich für die wichtigste, der alle anderen Kapitalarten zugrunde

⁵² Auch die Arbeit von Reitmayer, Bankiers, S. 16-21 greift methodisch auf die Definitionen Bourdieus zurück.

⁵³ Werner Fuchs-Heinritz/Alexandra König, Pierre Bourdieu. Eine Einführung. Konstanz 2005, S. 139.

⁵⁴ Vgl. ebd.

⁵⁵ Ebd., S. 113.

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 114.

⁵⁷ Vgl. ebd.

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 161.

liegen. Den Grundstein für ein ansehnliches ökonomisches Kapital legte Heinrich Aufhäuser mit der Gründung einer Bank. In den Folgejahren wurde ein beträchtliches Vermögen in Form von Geld, Wertpapieren und Immobilien kumuliert. Dies ebnete einerseits den Weg zur gesellschaftlichen Anerkennung, da im kapitalistischem Wirtschaftssystem – wenngleich nicht nur hier, dann aber in einer differenzierten Form – die Verfügbarkeit über das ökonomische Kapital den Habitus und letztendlich die Zugehörigkeit zur sozialen Klasse bestimmt wird. Andererseits wurde durch das ausreichend Vorhandensein dieser Kapitalform die weiteren von Bourdieu definierten Kapitalarten unterfüttert.

Zentral für die Netzwerktheorie ist dabei das soziale Kapital, dessen Begriff nicht originär von Bourdieu stammt und insbesondere von US-amerikanischen Wissenschaftlern als Synonym für den Begriff soziales Netzwerk verwandt wird. Das soziale Kapital wird gebildet aus der Gesamtheit der potenziellen oder aktuellen Ressourcen, die durch die Teilhabe am Netz sozialer Beziehungen und vor dem Hintergrund gegenseitigen Kennens und Anerkennens hervorgebracht werden. Letzteres erhöht – zumal als Mitglied in einer Gruppe, d.h. auch eines Netzwerkes – die Chance, bei außergewöhnlichen Umständen Unterstützung durch andere Mitglieder derselben Gruppe zu erhalten.⁵⁹ Die Art und der Umfang der Hilfe, die man erhalten kann, hängt dann vom Umfang des Kapitals (ökonomisch, kulturell, symbolisch) ab, das die Akteure besitzen, mit denen man in Beziehung steht⁶⁰; in unserem Fall die Mitglieder des Aufhäuser-Netzwerkes. Für die Reproduktion dieser Beziehungen „ist eine unaufhörliche *Beziehungsarbeit* in Form von ständigen Austauschakten erforderlich, durch die sich die gegenseitige Anerkennung immer wieder neu bestätigt.“⁶¹ Selbstredend werden zudem über das Sozialkapital Multiplikatoreneffekte auf das zur Verfügung stehende Kapital ausgeübt.⁶² Grundlage dieser sozialen Beziehungen bilden Freundschaften, Geschäftskontakte, Bekanntschaftsbeziehungen und Ähnliches mehr. Zum einen dient das soziale Kapital dazu, die Grundlagen zu schaffen, um ökonomisches und kulturelles Kapital zu erhalten oder zu vermehren. Zum anderen wird ein Geflecht von Abhängigkeiten und Verpflichtungen geschaffen. Sei es in einer Gruppe, einer Organisation, eines Klubs, oder dergleichen: jeder Akteur darin leistet die aufwendige Beziehungsarbeit, weil er sich einen, zunächst meist noch undefinierten Nutzen davon verspricht. Und: „Je länger und je 'selbstloser' diese Beziehungsarbeit betrieben worden ist (wobei die Uneigennützigkeit meist keineswegs kalkuliert ist), um so erfolgreicher lässt sich das Beziehungsnetz im Falle eines Falles als Ressource nutzen“. ⁶³ Nicht zuletzt kann die Beziehungsarbeit dazu führen, eine lohnende Heiratsverbindung anzubahnen, um beispielsweise eine Geschäftsverbindung zu

⁵⁹ Vgl. Fuchs-Heinritz/König, Bourdieu, S. 166ff.; Holzer, Netzwerke, S. 20ff.; Jansen, Einführung, S. 25-34.

⁶⁰ Vgl. Bourdieu, Mechanismen, S. 64.

⁶¹ Ebd., S. 67 (Hervorhebung im Original).

⁶² Vgl. ebd., S. 64.

⁶³ Fuchs-Heinritz/König, Bourdieu, S. 167. Vgl. auch Reinhard, Freunde, S. 38.

institutionalisieren. Ein ganz wesentlicher Bestandteil von Netzwerken bzw. vom sozialen Kapital ist das, was Bourdieu mit „Kreditwürdigkeit“⁶⁴ und Marcel Mauss mit dem Begriff „Gabentausch“⁶⁵ zu greifen versuchen. Für Bourdieu können Sozialkapitalbeziehungen „nur in der Praxis auf der Grundlage von materiellen und/oder symbolischen Tauschbeziehungen existieren, zu deren Aufrechterhaltung sie beitragen.“⁶⁶ Mauss sieht den Zweck der Gabe, die sich im Spannungsfeld zwischen Freiwilligkeit und Zwang, Großzügigkeit und Interesse bewegt, nicht nur als eine Gegenleistung (das natürlich auch), aber ebenso darin, „ein nutzbringendes Bündnis aufrechtzuerhalten“.⁶⁷

Das kulturelle Kapital tritt gemäß Bourdieu in drei Kristallisierungsformen auf.⁶⁸ Bücher, Kunstwerke und Musikinstrumente bilden den objektivierten Zustand des kulturellen Kapitals. Als inkorporatives kulturelles Kapital wird das bezeichnet, was allgemein hin als „Bildung“ verstanden wird, wobei ein Verinnerlichungsprozess vorausgesetzt wird und der familiäre Hintergrund und das Milieu beim Erlernen von Fähigkeiten und Fertigkeiten von entscheidendem Einfluss ist. Im institutionalisierten Zustand tritt kulturelles Kapital in Form von Bildungstitel und Abschlusszeugnissen auf. Bei einer ökonomischen Betrachtung schließt das zusätzlich das spezielle Wissen einer Person um eine Firma mit ein. Das können besondere Fertigkeiten sein, aber ebenso auch Kenntnisse über Firmenstruktur, Arbeitsabläufe, Kunden und Ähnliches. Gemein ist allen Formen, dass sie nicht immer, meist nur indirekt und sehr begrenzt in ökonomisches Kapital konvertiert werden können. Für diese Untersuchung mit ihrem Fokus auf die handelnden Protagonisten ist die Feststellung wichtig, dass kulturelles Kapital – insbesondere in inkorporierter Form – weitgehend bis vollständig personengebunden ist. Da wo kulturelles Kapital übertragbar ist, und das sind die Kapitalformen, die in der Familie generiert und weitergegeben werden, ist es „die am besten verschleierte Form der Übertragung von sozialer Macht überhaupt.“⁶⁹

Eine wichtige Funktion vor allem was das Standing einer Person in einer Gesellschaft anbelangt kommt der letzten hier zu betrachtende Kapitalsorte zu: dem symbolischen Kapital. Dabei handelt es sich im Prinzip um transformiertes Kapital der drei Kapitalgrundarten, also konvertiertes und von anderen Akteuren anerkanntes ökonomisches, kulturelles oder soziales Kapital. Symbolisches Kapital ist damit ein Zeichen der gesellschaftlichen Anerkennung und des sozialen Prestiges. Da die Sozialstruktur einer Gesellschaft in einem kapitalistischen

⁶⁴ Bourdieu, Mechanismen, S. 63.

⁶⁵ Marcel Mauss, Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. Frankfurt am Main ³1984.

⁶⁶ Bourdieu, Mechanismen, S. 63.

⁶⁷ Mauss, Gabe, S. 168, siehe ferner S. 161 und 181. Vgl. auch Wolfgang Reinhard, Lebensformen Europas. Eine historische Kulturanthropologie. München 2004, S. 269ff.

⁶⁸ Vgl. Fuchs-Heinritz/König, Bourdieu, S. 162-166.

⁶⁹ Vgl. Reitmayer, Bankiers, S. 18.

Wirtschaftssystem nicht zuletzt durch Distinktion geprägt ist, erhält das symbolische Kapital, das die unterschiedlich vorhandenen Eigenschaften erst sichtbar macht, im sozialen Interaktionsfeld eine bedeutende Position.⁷⁰ Verfügt ein Akteur über viel und von anderen Akteuren anerkanntes symbolisches Kapital, ermöglicht dies ihm, „eine bestimmte Weltsicht und Weltordnung durchzusetzen, was nichts anderes bedeutet, als dass die symbolischen Kräfteverhältnisse die Verteilung des 'materiellen Kapitals' reproduzieren, die den sozialen Raum strukturieren.“⁷¹ Es bietet aber zugleich – im negativen Sinne – die Möglichkeit, vor allem wenn man den Staat als „die Bank des symbolischen Kapitals“⁷² versteht, bestimmte soziale Gruppen aus der Gesellschaft auszuschließen.

Prestigeträchtig und ein Beweis der Solvenz waren insbesondere die Ehrentitel für Unternehmer wie „Kommerzienrat“ oder „Geheimer Kommerzienrat“, über die auch die Aufhäusers verfügten: „Die Attraktivität des Kommerzienratstitels in der Geschäftswelt lag in der Anerkennung und Bestätigung unternehmerischer Macht durch eine eingehende und formalisierte staatliche Prüfung des Kandidaten. [...] Sie konnten das „symbolische Kapital“, das der Titel darstellte, in „ökonomische Kapital“ umwandeln, da sich die Auszeichnung eines Inhabers direkt auf das Ansehen seines Unternehmens auswirkte.“⁷³ Die demonstrierte Staatsnähe, die mit der Verleihung einherging, war den Ausgezeichneten durchaus bewusst, der Titel auch gerade deshalb begehrtestens. Das bedeutet, dass das symbolische Kapital wiederum zum Türöffner für neue geschäftliche sowie gesellschaftliche Kontakte und dadurch ein Netzwerk signifikant erweitert werden konnte.

Durch das Feld lassen sich die Charakteristika des Aufhäuser-Netzwerkes, das Entstehen und der Wandel, aufzeigen. Dabei wurde das Feld gleichsam durch die intensive Vernetzung weiter Teile der Weltregionen im 19. Jahrhundert⁷⁴ wie durch die sich anschließende, im Zuge des Ersten Weltkriegs und zusätzlich durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufene Entkoppelung wesentlich definiert.⁷⁵ Es wird aufzuzeigen sein, inwieweit es den Aufhäuser-Bankiers gelang, mit Hilfe ihres Netzwerkes aus der weltwirtschaftlichen Entflechtung sogar positive Effekte zu generieren und den Grundstein für ihre relative lange Existenz während der

⁷⁰ Vgl. auch ebd., S. 19.

⁷¹ Ebd.

⁷² Vgl. Fuchs-Heinritz/König, Bourdieu, S. 171.

⁷³ Reitmayer, Bankiers, S. 68f.

⁷⁴ Gerade das 19. Jahrhundert war „eine Zeit der Netzbildung in der Weltwirtschaft“ (S. 1047), und das galt für den Handel wie auch für das internationale Zusammenwirken im Zusammenhang mit dem Goldstandard und auf den globalen Finanzmärkten, vgl. Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. München 2009, S. 1029-1055; Osterhammel wählte für das Kapitel bezeichnenderweise die Überschrift „Netze“ (unter das zusätzlich noch Verkehr und Kommunikation fällt). Siehe ferner Jeffrey A. Frieden, Global Capitalism. Its Fall and Rise in the Twentieth Century. New York 2007, S. 28-55.

⁷⁵ Als Überblick: Jürgen Osterhammel/Niels P. Petersson, Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen. München 2003, S. 63-83.

nationalsozialistischen Zeit zu legen. Bestätigt werden dabei auch Beobachtungen der Migrationsforschung, die feststellt, dass Wanderungen soziale Interaktionen verdichten, Individuen und Kollektive vernetzen und ökonomische Strukturen verändern.⁷⁶ Um es in den Kategorien Bourdieus auszudrücken: Feld ist der Ort, in dem die oben genannten Kapitalformen zum Einsatz gelangen. Die Position, die ein Akteur darin einnimmt, wird vom Umfang und der Struktur seines Kapitals definiert. Entsprechend ihrer Stellung im Feld, sind Akteure entweder bereit, die im Feld bestehenden Kräfteverhältnisse zu bewahren, oder sie möchten diese verändern. Das heißt, dass im Feld ein permanenter Konkurrenzkampf vorherrscht.⁷⁷ Der Antisemitismus war hierbei der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Kräfte einigen konnten, die das herrschende wirtschaftliche, gesellschaftliche und letztendlich politische System ändern wollten. Das gefährliche für die deutschen Juden war, dass der Antisemitismus seit dem Kaiserreich über die altbekannten antijüdischen Reflexe hinausging. Er erhielt nun einen pseudowissenschaftlichen Anstrich und neueste Erkenntnisse der Genetik (Rassenlehre) wurden als „Beweis“ der Andersartigkeit der Juden herangezogen. Darauf wird im Laufe der Arbeit noch zurückzukommen sein, wie insgesamt der Antisemitismus ein fortwährender Begleiter dieser Untersuchung sein wird.

Über das Konzept des Habitus' wiederum lassen sich die unterschiedlichen Lebensumstände und Sozialisationsinstanzen der Aufhäuser-Bankiers beleuchten. Mit Hilfe der Kapitalformen soll schließlich aufgezeigt werden, wie sich ein Mehr an diesen Kapitalformen positiv, eine Reduktion negativ bemerkbar machte. Der heuristische Wert der Erkenntnisse Bourdieus liegt darin, die soziale Position der Aufhäuser-Bankiers und ihre Handlungsdispositionen zu verschiedenen Zeiten aufzeigen zu können. Denn: Die „Arisierung“ des Bankhauses kann nicht alleine ökonomisch erklärt werden, sondern es war ebenso ein gesellschaftlicher und letztendlich politischer Vorgang. Dessen Wurzeln reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück; wobei nicht einem deterministischen Antisemitismus à la Goldhagen das Wort geredet werden soll.

2.2. „Bankenmacht“ und Antisemitismus

Der erste gravierende Strukturwandel im Bankenbereich ist im ausgehenden 19. Jahrhundert unübersehbar. Aus ihren angestammten Tätigkeitsfeldern, das Wechsel-, Kontokorrent- und Wertpapiergeschäft, wurden die Privatbanken heraus gedrängt und marginalisiert. Sie mussten sich neue Geschäftsfelder suchen bzw. bestehende, für sie lukrative Nischen ausbauen.⁷⁸

⁷⁶ Vgl. Jochen Oltmer, Globale Migration. Geschichte und Gegenwart. Bonn 2012 (BpB), S. 15.

⁷⁷ Vgl. Fuchs-Heinritz/König, Bourdieu, S. 140f.; Reitmayer, Bankiers, S. 19f.

⁷⁸ Siehe als Übersicht die Beiträge in Der Privatbankier. Nischenstrategie in Geschichte und Gegenwart, in: Bankhistorisches Archiv. Zeitschrift zur Bankengeschichte, Beiheft 41 (2003).

Dennoch ist zu beobachten, dass eine, wenn nicht die „Blütezeit der Netzwerkspezialisten“ – damit sind die Privatbankiers gemeint – in der Zeit der Weimarer Republik zu verorten ist.⁷⁹ Der in der Wissenschaft oftmals zitierte „Niedergang der Privatbankiers“ ist daher unzulässig pauschal⁸⁰ und letztendlich irreführend. Weiterhin prominent vertreten blieben die Privatbankiers beispielsweise in den Aufsichtsräten. Diese informellen Netzwerke werden einerseits „in der soziologischen Forschung als *eine* entscheidende Ursache sozialer Kohäsion von Macht- und Einflusseliten herausgestellt“.⁸¹ Andererseits ist in der Forschung umstritten, inwieweit diese Ämter dazu beitragen können, das Sozialkapital signifikant zu erhöhen und damit die Basis für den weiteren Ausbau des Netzwerkes zu legen.⁸² Es ist zudem darauf hingewiesen worden, dass die Einflussmöglichkeit via dieser Mandate, d.h. die Möglichkeit, Macht auszuüben und Entwicklungen in eine gewünschte Richtung zu lenken, begrenzt war.⁸³ Dennoch bieten diese Aufsichtsratsmandate aufschlussreiche Hinweise: Mit Hilfe eines speziellen Aufsichtsratsvorsitzes bei der Obpacher AG lässt sich nachzeichnen, dass die Aufhäuser-Bankiers durchaus willens und fähig waren, Macht mittels dieses Mandats auszuüben und wie Betroffene dieser Maßnahmen die antisemitische Ideologie der Nationalsozialisten auszunutzen gedachten.

Die heute wie damals gestellte Frage nach der „Macht der Banken“ wurde hauptsächlich im Zusammenhang mit Rudolf Hilferdings, an die Theorie von Karl Marx orientierten Schrift „Das Finanzkapital“ von 1910 geführt.⁸⁴ Die Machtposition der Banken wurde in erster Linie mit den Abhängigkeiten von Unternehmen von langfristigen Bankkrediten und den oftmals einhergehenden vielfältigen Aufsichtsratsposten der kreditgebenden Institute begründet. Die jüdischen Privatbankiers müssen dabei als ein wichtiger Bestandteil dieser Auseinandersetzung gesehen werden. Da prominente Privatbankiers und Bankvorstände, die ja nach der Bankenmacht-These angeblich ein Großteil der deutschen Wirtschaft kontrollierten, jüdisch bzw. jüdischen Ursprungs waren, gab dem bis weit ins deutsche Bürgertum verbreiteten Vorurteil vom „raffenden“ und „gierigen“, das Weltfinanzsystem beherrschenden

⁷⁹ Vgl. Morten Reitmayer, Der Strukturwandel im Bankwesen und seine Folgen für die Geschäftstätigkeit der Privatbankiers im Deutschen Reich bis 1914, in: Bankhistorisches Archiv. Zeitschrift zur Bankengeschichte, Beiheft 41 (2003), S. 11-26, hier S. 26.

⁸⁰ Ähnliche Urteile bei Keith Ulrich, Aufstieg und Fall der Privatbankiers. Die wirtschaftliche Bedeutung von 1918 bis 1938. Frankfurt a.M. 1998, S. 29; Wixforth/Ziegler, Privatbanken, S. 219.

⁸¹ Martin Fiedler/Bernhard Lorentz, Kontinuitäten in den Netzwerkbeziehungen der deutschen Wirtschaftselite zwischen Weltwirtschaftskrise und 1950. Eine quantitative und qualitative Analyse, in: Volker R. Berghahn/Stefan Unger/Dieter Ziegler (Hg.), Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität. Essen 2003, S. 51-74, hier S. 51 (Hervorhebung im Original).

⁸² Vgl. Holzer, Netzwerke, S. 69, 105.

⁸³ Vgl. Volker Wellhöner, Großbanken und Großindustrie im Kaiserreich. Göttingen 1989, S. 246f. und passim; Dieter Ziegler, Die Aufsichtsräte der deutschen Aktiengesellschaften in den zwanziger Jahren. Eine empirische Untersuchung zum Problem der „Bankenmacht“, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 2/1998 (43. Jahrgang), S. 194-215. Siehe in diesem Zusammenhang auch Karoline Krenn, Von der „Macht der Banken“ zur Leitidee des deutschen Produktionsregimes, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 1/2008 (53. Jahrgang), S. 70-99, hier S. 82ff.

⁸⁴ Vgl. Wellhöner, Großbanken, S. 25-52.

Juden und damit dem Antisemitismus – der auch latent trotz diverser Liberalisierungsmaßnahmen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik stets präsent war – weiteren Auftrieb. Verstärkt wurde das durch den Umstand, dass viele Juden in weiteren Bereichen der Wirtschaft, aber ebenso als Anwälte, Journalisten oder Künstler prominente Stellen mit entsprechender Außenwirkung innehatten und dies als jüdische Überrepräsentation wahrgenommen wurde.⁸⁵ Ist dieser Umstand wesentlich für antisemitische Tendenzen, ging er jedoch weitgehend an der Realität vorbei: Selbst im Handel, wo Juden stark überproportional vertreten waren (56%), entsprach dies 1907 nur gut 6% aller Beschäftigten in diesem Bereich.⁸⁶ Ferner muss berücksichtigt werden, dass der jüdische Bevölkerungsanteil während des Kaiserreichs durchweg bei lediglich rund 1% lag und in den folgenden Jahren weiter abnahm.⁸⁷ Mit dem Gründungsboom im Zuge des Reichsgründungsprozesses gingen auch die Zahl und der Einfluss der jüdischen Bankiers durch die Etablierung und Verselbstständigung der Aktienbanken sowie durch das Aufkommen der Volksbanken und Sparkassen massiv zurück.⁸⁸ Symptomatisch scheint hierfür das Erlöschen der deutschen Rothschild-Linie 1901 zu stehen.

Entscheidend scheint aber zu sein, dass – wie so oft, wenn Neid und Missgunst herrschen – nicht die Fakten zählten, sondern das subjektive Empfinden. Mithin darf jenseits aller Machtfrage-Diskussion die Außenwirkung dieser Mandats- und damit die vermeintliche Machtfülle der jüdischen Bankiers in der Öffentlichkeit nicht gering geschätzt werden. Die Posten bedeuteten nicht zuletzt wichtiges symbolisches Kapital, das von den Bankiers selbst, wie auch von den Medien nach außen getragen wurde. Bezeichnend ist hierfür ein Porträt Martin Aufhäusers, dem Sohn des Bankgründers und damaligen Senior-Chef von H. Aufhäuser, aus den 1920er Jahren in der Zeitschrift „Europas Volkswirtschaft in Wort und Bild“, in dem ein großes Foto von ihm und dem Bankhaus abgebildet war, ein kurzer Text über die Geschichte der Bank, aber alle 38 Aufsichtsratsmandate aufgelistet wurden.⁸⁹ So bestand auch die erste – und für längere Zeit einzige – reichsweite Maßnahme der nationalsozialistischen Machthaber gegen jüdische Bankiers darin, sie aus den Aufsichtsratsgremien der Aktiengesellschaften zu verdrängen.⁹⁰

⁸⁵ Siehe als Überblick Arno Herzig, Jüdische Geschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 2005 (BpB), S. 191-197.

⁸⁶ Vgl. Monika Richarz, Berufliche und soziale Struktur, in: Steven M. Lowenstein u.a. (Hg.), Deutsch-jüdische Geschichte der Neuzeit (Band 3). München 2000, S. 39-68, hier S. 41.

⁸⁷ Monika Richarz, Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung, in: Lowenstein u.a. (Hg.), Deutsch-jüdische Geschichte (Band 3), S. 13-38, hier S. 13. Selbst wenn es viele Konvertiten und (offiziell) vom jüdischen Glauben Abgefallene gab, konnte die jüdische Bevölkerung dennoch nicht annähernd mit dem immensen Bevölkerungswachstum in dieser Zeit mithalten, vgl. ebd. (Tabelle).

⁸⁸ Siehe auch Richarz, Berufliche und soziale Struktur, S. 52f. Bereits 1895 lag die Zahl der jüdischen Bankinhaber und Bankdirektoren bei nur noch 38%, im Reichsanleihekonsortium betrug der Anteil jüdischer Banken rund ein Drittel.

⁸⁹ Europas Volkswirtschaft in Wort und Bild, o.D. (Kopie im Bayerischen Wirtschaftsarchiv (BWA), F 20/363).

⁹⁰ Für eine quantitative Bewertung siehe Köhler, „Arisierung“, S. 134-152.

3. Der Aufbau der Arbeit

Im ersten Abschnitt soll die Entwicklung des Bankhauses H. Aufhäuser von der Gründung 1870 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges geschildert werden. Bereits in diesem ersten Abschnitt werden die ersten Netzerkbildungen ersichtlich. Dabei gelang es dem Bankgründer Heinrich Aufhäuser, sehr unterschiedliche Verbindungen aufzubauen, schon bestehende Netzwerke für sich zu nutzen und die Bank trotz auftretender Wirtschafts- und Banken Krisen fest in München zu etablieren.

Der erste Schnitt erfolgt zum Ersten Weltkrieg, denn es erfolgten durchgreifende Ereignisse in der Geschäftsführung und -ausrichtung von H. Aufhäuser. Diese Einteilung ist daher den Fakten geschuldet, passt sich aber fließend in die Periodisierung des so genannten „langen 19. Jahrhunderts“⁹¹ an. Auch die in der Wissenschaft wiederholt thematisierte Bankkonzentration⁹², wenngleich bereits viele Jahre zuvor einsetzend, wirkte sich erst nach dem Krieg tatsächlich auf das Bankhaus H. Aufhäuser aus.

Die Jahre der Weimarer Republik waren für das Münchener Bankhaus in der Tat – so problematisch dieser Begriff auch ist⁹³ – die „Goldenen Zwanziger“ und in diese Periode fallen die wesentlichen Kopplungen, die das Überleben der Bank in den Jahren 1933-38 sicherten. Es ist zugleich die Zeit der Finanz- und Weltwirtschaftskrise ab 1929, dessen Auswirkungen selbstredend auch das Münchener Bankhaus belasteten, wenngleich weniger stark als beispielsweise die Aktienbanken. In diesem Zusammenhang sollen auch die diversen ökonomischen Maßnahmen thematisiert werden, da diese geeignet waren, eine fatale Grundhaltung zu entfalten.

Das Kapitel über die Jahre 1933 bis 1937 ist gekennzeichnet durch den Überlebenskampf der Bank bzw. seiner Gesellschafter vor dem Hintergrund politischer und ökonomischer Repressalien, der vor allem mit Hilfe des bestehenden Netzwerkes vorerst erfolgreich geführt werden konnte. Die Bankinhaber entwickelten dabei eine vielfältige, der jeweiligen Situation angepasste Strategie. Diese Zeit ist gleichzeitig durch den Versuch der Anpassung seitens der Bankiers gekennzeichnet, was dazu führte, dass sie ihre Dienste – etwa bei der

⁹¹ Siehe hierzu insbesondere Jürgen Kocka, Das lange 19. Jahrhundert. Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft. Stuttgart 2001 sowie auch Osterhammel, Verwandlung, S. 84-102.

⁹² Vgl. Klaus A. Donaubaue, Privatbankiers und Bankkonzentration in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1932 unter besonderer Berücksichtigung der Übernahmen und Kommanditierungen der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank und der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank. Frankfurt a. M. 1988; Manfred Pohl, Konzentration im deutschen Bankwesen 1848-1980. Frankfurt a. M. 1982; ders., Entstehung und Entwicklung des Universalbankensystems. Konzentration und Krise als wichtige Faktoren. Frankfurt a.M. 1986

⁹³ Vgl. etwa Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik. München 72009, S. 95.

Kapitalbeschaffung für die Gründung von reichsinitiierten Unternehmen – auch dem nationalsozialistischen Regime zur Verfügung stellten. Kurz beleuchtet werden soll an dieser Stelle auch das Phänomen, dass jüdische Privatbankiers nach den Nürnberger Rassengesetzen von 1935 ihre Kunden und Angestellten auf befreundete, überregional und insbesondere international ausgerichtete jüdische Bankhäuser übertrugen, da diesen offenbar eine höhere Überlebenschance zugebilligt wurde.⁹⁴ Dieser Vorgang ist auch beim Bankhaus H. Aufhäuser als aufnehmende Bank zu beobachten.

Die „Arisierung“ der Bank im November 1938 ist ein gesonderter Abschnitt gewidmet, da dieser Fall durch einige Besonderheiten gekennzeichnet ist. Das lag nicht nur daran, dass das Bankhaus H. Aufhäuser „hinsichtlich des Größenvolumens des Besitztransfers weitaus bedeutendste und aufgrund einer starken Einflussnahme der Partei- und Regierungsbehörden wohl auch spektakulärste ‚Arisierung‘ innerhalb des Münchner Privatbankwesens“⁹⁵ war. Die Verhandlungen zur Übertragung des Instituts entfalteten daher auch eine besondere Dramatik, mit dem existenziellen, lebensbedrohenden Höhepunkt in und unmittelbar nach der Reichspogromnacht. Nicht mehr das Eingebundensein in einem großen Netzwerk versprach den größten Schutz vor nationalsozialistischen Repressalien, sondern nun waren konkrete, vor allem nicht-ökonomische Kontakte etwa in die Reichministerien und örtlichen Behörden wesentlich. Denn es galt nun nicht mehr, den Status Quo von H. Aufhäuser möglichst zu erhalten, sondern die Überführung der Bank so zu gestalten, dass sie im weitgehenden Interesse der Bankinhaber vorstättenging.

Nur am Rande, aber dennoch nicht unerwähnt soll die Zeit von 1939 bis Kriegsende bleiben. Es soll daher in einem Epilog zumindest in groben Zügen dargelegt werden, wie eine „arisierte“ Bank in den Folgejahren wirtschaftlich überlebt und wie sie agiert hat. Dies soll insbesondere vor der Fragestellung geschehen, was mit dem ursprünglichen Aufhäuser-Netzwerk nach der Übertragung geschehen ist und inwieweit ein neues Netzwerk wirkungsmächtig wurde. Das nunmehr umfirmierte Bankhaus Seiler & Co. zählte immerhin zu den bedeutendsten im Reich und konnte bis Kriegsende sehr profitabel wirtschaften. Und das – so die überlieferte Firmen-Erzählung –, ohne in Rüstungsgeschäfte verwickelt gewesen zu sein; dies gilt es zu hinterfragen. Auffallend ist in jedem Fall, dass einige Personen, die in Verbindung zum Bankhaus standen, zumindest im Dunstkreis des deutschen Widerstands anzusiedeln sind, mit den entsprechenden Folgen nach dem Hitler-Attentat im Juli 1944. Im Epilog wird auch das

⁹⁴ So auch die Einschätzung bei Köhler, „Arisierung“, S. 321f. Siehe ferner Eckart Kleßmann, M.M. Warburg & CO. Die Geschichte eines Bankhauses. Hamburg 1998, S. 92.

⁹⁵ Köhler, „Arisierung“, S. 366.

Thema „Wiedergutmachung“ behandelt, um einerseits das Thema abzurunden und andererseits makroökonomische Einzelstudien hierzu kaum vorhanden sind.⁹⁶

In der Schlussbetrachtung werden die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung dargelegt. Da die einzelnen Kapitel mit jeweils einem eigenen Fazit versehen sind, liegt an dieser Stelle der Fokus auf übergreifende, im besten Fall generalisierbare Erkenntnisse dieser Untersuchung.

4. Literatur und Quellen

Die Literatur zu den Privatbankiers ist ambivalent zu beurteilen; dies gilt für jüdische wie nicht-jüdische Institute, wobei an dieser Stelle hauptsächlich erstere von Interesse sind. Neben Festschriften und Auftragsarbeiten, die an dieser Stelle nicht aufgezählt werden müssen, aber mitunter durchaus ernst zu nehmen sind⁹⁷, existieren diverse wissenschaftliche Untersuchungen. Diese konzentrieren sich aber sehr stark auf zwei Privatbanken: M.M. Warburg & CO. (Hamburg)⁹⁸ sowie Sal. Oppenheim (Köln)⁹⁹, letzteres ist in den 1930er Jahren gleichwohl nur bedingt als jüdische Privatbank anzusehen. Für die größte jüdische Bank der 1920/30er Jahre, Mendelssohn & Co. (Berlin), liegt beispielsweise überhaupt keine Monographie vor, sondern lediglich ein Buch über die Familie Mendelssohn.¹⁰⁰ Über weitere bedeutende jüdische Privatbanken ist ebenfalls sehr wenig bekannt, wie etwa zum Bankhaus J. Dreyfus & Co. (Frankfurt a.M./Berlin) nur eine schmale, 45-seitige Publikation existiert¹⁰¹, beim Berliner Bankhaus S. Bleichröder die geschichtliche Betrachtung nach dem Tod von Gerson Bleichröder (1893), dem Hausbankier Otto von Bismarcks, nahezu inexistent ist¹⁰². Die Rothschild-Bankiers können zwar als sehr gut erforscht gelten¹⁰³ und Rainer Liedtke wählte für seine Untersuchung ebenfalls den Netzwerkansatz¹⁰⁴, doch sind diese Arbeiten nur bedingt für diese Ausarbeitung von Nutzen, da die deutsche Rothschild-Line eben 1901 erloschen ist.

⁹⁶ Vgl. auch Köhler, „Arisierung“, S. 31. Seit seiner Einschätzung hat sich daran nichts geändert.

⁹⁷ Apologetische Arbeiten, wie sie früher gängig waren, stoßen heutzutage auf große Widerstände, wenngleich sie weiterhin anzutreffen sind, vgl. als Übersicht Toni Pierenkemper, „Moderne“ Unternehmensgeschichte auf vertrauten (Irr-)Wegen?, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 1/2012 (57. Jahrgang), S. 70-85, insbes. S. 80-84.

⁹⁸ Kleßmann, M.M. Warburg & CO.; Gabriele Hoffmann, Max M. Warburg. Hamburg 2009; Eduard Rosenbaum/A. J. Sherman, Das Bankhaus M.M. Warburg & Co. Hamburg 1982. Nur sehr bedingt geeignet: Ron Chernow, Die Warburgs. Odyssee einer Familie. Berlin 1994.

⁹⁹ Stürmer, Wägen; Wilhelm Treue, Das Schicksal des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. im Dritten Reich. Wiesbaden 1983; ferner die Literaturliste unter https://www.oppenheim.de/dede/unternehmen_geschichte/literatur.htm [20.08.2014].

¹⁰⁰ Julius H. Schoeps, Das Erbe der Mendelssohns. Biographie einer Familie. Frankfurt a.M. 2010. Hinzu kommen diverse Artikel in einschlägigen Sammelbänden.

¹⁰¹ Rudolf M. Heilbrunn, Das Bankhaus J. Dreyfus & Co. Frankfurt a.M. – Berlin, 1868-1939. O.O. 1962.

¹⁰² Fritz Stern, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder. Hamburg 2000.

¹⁰³ Jüngst Niall Ferguson, The House of Rothschild. The World's Banker 1849-1999. London 2000.

¹⁰⁴ Rainer Liedtke, N M Rothschild & Sons. Kommunikationswege im europäischen Bankenwesen im 19. Jahrhundert. Köln u.a. 2006.

Lediglich für Frankfurt am Main wurde sich die Mühe gemacht, wenigstens ein kleines „Büchlein“ mit einer Übersicht und kurzen Darstellung der jüdischen Privatbanken zu erstellen.¹⁰⁵ Die (jüdischen) Privatbankiers wurden bisher mithin sehr selektiv untersucht und oft fehlt ein konkreter analytischer Leitfaden, dem über einen längeren Zeitraum nachgegangen wird.

Ein sehr langer Betrachtungszeitraum wurde mit der dreibändigen „Deutschen Bankengeschichte“¹⁰⁶ gewählt. Diese ist trotz ihres Alters auch heute noch mit Gewinn zu lesen, wenngleich die große Publikationswelle der Großbanken ab den 1990er Jahren einige wichtige Erkenntnisse erst noch liefern sollte. Von dieser Überblicksdarstellung abgesehen ist den meisten Arbeiten, die das Thema „Privatbankiers“ behandeln, eigen, dass sie einen eng umfassten Zeitrahmen besitzen. Die wichtige Arbeit von Ingo Köhler über die „Arisierung“ der Privatbanken behandelt in der Hauptsache die Zeit der „Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung“. Keith Ulrichs Dissertation ist immerhin von der Erkenntnis geleitet, dass die Zeit der Weimarer Republik mit einbezogen werden muss, um den „Aufstieg und Fall der Privatbankiers“ angemessen beurteilen zu können. Dies ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass die Zeit von 1918-1933 und das Wirken der Privatbankiers bisher nur sehr stiefmütterlich behandelt wurden – und auch jüngere Publikationen diesem interessanten und grundlegenden Zeitraum wenig Beachtung schenken¹⁰⁷. Eine wichtige Fragestellung ist für Ulrich, „ob den Privatbankiers im Bereich der Kapitalvermittlung aufgrund ihrer ausgezeichneten Auslandskontakte eine führende Stellung im deutschen Bankwesen zukam“ (S. 3). Zwar bilanziert er, „dass die Privatbankiers bei der Vermittlung von Auslandskapitalien eine zentrale Rolle für die deutsche Wirtschaft spielten. Auf der Basis zahlreicher Kooperationen und Interessengemeinschaften zwischen in- und ausländischen Privatbankhäusern gelang es, ein internationales Netzwerk zu knüpfen und für die Transformation von Kapitalien nutzbar zu machen.“ (S. 356). Ulrich wählt jedoch mehr einen betriebswirtschaftlichen Ansatz, d.h. er untersucht dabei nicht systematisch, wie sich das auf die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik auswirkte, die internationale Dimension findet kaum Berücksichtigung; vor allem Letzteres gilt auch für Köhlers Arbeit. Eine Verknüpfung von nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, antisemitischen Maßnahmen (reichsweit und lokal), internationaler Politik und die darauf basierenden Abwehrstrategien der jüdischen Privatbankiers, wie sie in dieser Arbeit angestrebt wird, findet daher bei Ulrich nicht und bei Köhler nur ansatzweise statt; was nicht zuletzt den Ausrichtungen der Untersuchungen geschuldet ist und daher kein Vorwurf sein kann. Eine Fallstudie über „[n]ationalsozialistische

¹⁰⁵ Hans-Dieter Kirchholtes, Jüdische Privatbanken in Frankfurt am Main. Frankfurt a.M. 2¹⁹⁸⁹.

¹⁰⁶ Institut für bankhistorische Forschung (Hg.), Deutsche Bankengeschichte. Band 1-3, Frankfurt a.M. 1982-1983.

¹⁰⁷ Carl-Ludwig Holtfrerich, Finanzplatz Frankfurt. Von der mittelalterlichen Messestadt zum europäischen Bankenzentrum. München 1999.

„Judenpolitik“ und jüdische Selbstbehauptung vor dem Novemberpogrom“ liefert Simone Lässig¹⁰⁸, die auch deshalb interessant ist, da sie die Dresdner Privatbankiers Arnhold betrifft, die in dieser Arbeit eine Rolle spielen werden. Einen fundierten Überblick über die „Bankenpolitik im Dritten Reich“ liefert Christopher Kopper.¹⁰⁹ Nicht nur was die „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser anbelangt, sind die Studien von Köhler und Ulrich allerdings detaillierter und zuverlässiger, als das Werk Koppers.

Insgesamt erfährt die „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser breite Aufmerksamkeit in der Wissenschaft und sie findet in allen einschlägigen Publikationen Berücksichtigung.¹¹⁰ Zudem wurde anlässlich des 125-jährigen Bestehens der Bank 1995 eine Festschrift vom Bayerischen Wirtschaftsarchiv herausgebracht¹¹¹, die alle wesentlichen Stationen behandelt, jedoch aufgrund des fehlenden Anmerkungsapparats und des relativ schmalen Umfangs nur bedingt wissenschaftlichen Ansprüchen genügt bzw. lediglich einen Einstieg in die Materie bieten kann. Gleiches gilt für die 2010 verfasste Chronik über Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA¹¹², wie das 1998 aus der Fusion der Banken Georg Hauck & Sohn (Frankfurt a.M.) und H. Aufhäuser hervorgegangene Kreditinstitut nunmehr firmiert. Eine weitere Literaturdiskussion findet, wenn es notwendig erscheint, im Text statt.

Grundlage dieser Publikationen ist der umfangreiche Bestand des Bankhauses H. Aufhäuser beim Bayerischen Wirtschaftsarchiv (München), wohin die historischen Dokumente Mitte der 1990er Jahre ausgelagert und erschlossen wurden. Sehr informativ ist die sogenannte Fischer-Chronik, die ebenfalls im Archiv lagert und 1970 vom Prokuristen Anton Fischer erstellt worden ist. Interessant ist, dass er detaillierte Geschäftszahlen anführt, wohingegen im Archiv der Bestand der überlieferten Geschäftsberichte erhebliche Lücken gerade in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufweist. Im ersten Kapitel wurde auf die Original-Geschäftsberichte zurück gegriffen, weshalb sich die dort angeführten Zahlen mitunter von denen in der Fischer-Chronik unterscheiden. Von Relevanz sind die ebenfalls beim Bayerischen Wirtschaftsarchiv lagernden Akten der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, die von Reichsstellen

¹⁰⁸ Simone Lässig, Nationalsozialistische „Judenpolitik“ und jüdische Selbstbehauptung vor dem Novemberpogrom: Das Beispiel der Dresdner Bankiersfamilie Arnhold, in: Reiner Pommerin (Hg.), Dresden unterm Hakenkreuz. Köln 1998, S. 129-191.

¹⁰⁹ Christopher Kopper, Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im „Dritten Reich“ 1933-1939. Bonn 1995. Er schreibt jedoch stets vom Bankhaus „S. Aufhäuser“.

¹¹⁰ Neben den bereits erwähnten Publikationen findet noch bei Harold James, Verbandspolitik im Nationalsozialismus. Von der Interessen zur Wirtschaftsgruppe: Der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes 1932-1945. München/Zürich 2001 eine längere Abhandlung der Situation des Bankhauses H. Aufhäuser während der nationalsozialistischen Zeit statt.

¹¹¹ Eva Moser/Richard Winkler, Wegmarken. 125 Jahre Bankhaus H. Aufhäuser. München 1995.

¹¹² Hauck & Aufhäuser Privatbankiers (Hg.), Unabhängig – Persönlich – Unternehmerisch. Eine Chronik von Hauck & Aufhäuser Privatbankiers seit 1796. Frankfurt a.M. o.D. [2010]. Erste Forschungsergebnisse dieser Arbeit sind in diese Publikation eingeflossen, wenn auch beispielsweise die Funktion Georg Eidenschinks – einem Münchener Bankier, der bei der „Arisierung“ von H. Aufhäuser in Erscheinung treten wird – nicht korrekt wiedergegeben wird.

in Sachen Aufhäuser wiederholt um Stellungnahmen gebeten wurde. Die „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser wie auch im Zusammenhang mit den Abwehrstrategien der Inhabern stehenden Vorgänge haben ihren Niederschlag bei den Reichsbehörden gefunden, weshalb auch das Bundesarchiv in Berlin konsultiert wurde. Für die oben angedeutete gerichtliche Auseinandersetzung wie auch für Fragen der „Arisierung“ und Wiedergutmachung wurde auf Bestände des Bayerischen Hauptstaatsarchivs zurückgegriffen. Im Privatarchiv des Bankhauses M.M. Warburg & CO (Hamburg) wurden Dokumente eingesehen, die die beginnende Kooperation zwischen beiden Bankhäusern aufzeigen. Zu den Verhandlungen zwischen Vertretern von M.M. Warburg und H. Aufhäuser im Zusammenhang mit Paul Reusch konnten keine Materialien aufgespürt werden; wobei sich das Archiv zurzeit des Besuchs noch im Aufbau befand. Dazu wurden für einzelne Themen weitere Archive hinzugezogen, wie das Münchener Stadtarchiv, das Archiv der Max-Planck-Gesellschaft und das Archiv des Bundesverbandes deutscher Banken (beide Berlin). Der Besuch des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (Berlin) brachte leider nicht den erhofften tieferen Erkenntnisgewinn, der über die in den Quellen-Editionen publizierten Dokumente hinausgeht.

Das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsarchiv (Köln) verfügt zwar über einen umfangreichen Nachlass des Industriellen Paul Reusch, der bei der „Arisierung“ von H. Aufhäuser als Kommanditist im Gespräch war, jedoch fanden diese Verhandlungen keinen Niederschlag in den überlieferten Dokumenten. Des Weiteren wurde das Rothschild-Archiv konsultiert, um über die Verbindung des Münchener Bankhauses nach Madrid Informationen zu erhalten, doch auch hier fanden die Vorgänge offenbar keinen Beleg in den vorhandenen Akten. Das Bankhaus Lazard Brother & Co. wurde ebenfalls um Unterstützung angefragt, jedoch besitzt die Bank kein Unternehmensarchiv und für die relevanten Jahre von 1928-1938 liegen nach Auskunft der Bank keine Dokumente mehr vor. Einen gewissen Ersatz bietet die Publikation von David Kynaston zur City of London¹¹³, der auch wiederholt die Geschäftsleitung der Lazard-Bank zitiert. Auf den Besuch anderer britischer Banken wurde verzichtet, da wichtige Dokumente bei H. Aufhäuser erhalten sind und der (finanzielle) Aufwand zum möglichen Erkenntnisgewinn voraussichtlich nicht im Verhältnis gestanden hätte. Gänzlich ergebnislos blieb der Besuch des Staatsarchivs München, wo die Gerichtsverhandlung im Zusammenhang mit der Aufhäuser-Beteiligung an dem Unternehmen Obpacher 1934 nicht belegt ist.

¹¹³ David Kynaston, *The City of London. Volume III: Illusions of Gold 1914-1945*. London 2000.

5. Allgemeine Erläuterungen

Die Bezeichnung „Privatbank“ wird in dieser Arbeit als Synonym für „Privatbankiers“ verwendet.¹¹⁴ Das hier zu untersuchende Bankhaus H. Aufhäuser sowie die einzubeziehenden Privatbanken sind durch folgende Wesensmerkmale gekennzeichnet: unternehmerische Unabhängigkeit, Entscheidungsfreiheit und unbeschränkte Haftung der Gesellschafter¹¹⁵. Die großen „Aktienbanken“ werden als solche oder als „Großbanken“ tituliert. Zudem haben wir es mit drei Firmennamen für eine Bank zu tun: Aufhäuser & Scharlach (1870-1893), H. Aufhäuser (1894-1938, nach 1954) und Seiler & Co. (1938-1954). Um klar die Perioden zu kennzeichnen, sollen die Firmenbezeichnungen zum jeweils entsprechenden Zeitpunkt zur Anwendung kommen. Eine Ausnahme bildet die Zeit nach 1945: Auch wenn noch nicht offiziell, so soll dennoch die Bezeichnung „H. Aufhäuser“ benutzt werden. Damit soll vor allem die neue Situation der Bank kenntlich gemacht werden; zudem musste Seiler nach Kriegsende die Bank verlassen. Wird ein längerer, überschneidender Zeitraum betrachtet, wird der Einfachheit halber „H. Aufhäuser“ verwandt.

Der Autor ist sich der Problematik bei der Verwendung der Begriffe „Arisierung“, „Arier“ u.Ä. bewusst. Der Terminus ist jedoch fachlich gerechtfertigt, da eine Übertragung der jüdischen Bank an einen „Arier“ stattgefunden hat. Zudem hat er sich als Fachbegriff in der Wissenschaft durchgesetzt und soll daher die entsprechende Verwendung finden.¹¹⁶ Diese Ausführungen gelten analog für weitere Begriffe, die von den Nationalsozialisten geprägt wurden, und als problematisch zu werten sind. Um dies kenntlich zu machen, werden diese Begriffe mit Anführungszeichen versehen. Da die „Wiedergutmachung“ kein zentrales Element dieser Ausarbeitung ist, sei an dieser Stelle auf die begrifflichen Hinweise bei Ingo Köhler verwiesen.¹¹⁷

Auch wenn im Folgenden wiederholt von „Juden“ die Rede sein wird, sollte man sich stets vergegenwärtigen, dass keine monolithische jüdische Einheit bestand: Es gab (ultra-)orthodoxe, liberale, konvertierte und in Mischehe lebende Juden, Zionisten und deutsche Nationalisten, reiche und arme, etablierte und zugereiste, deutsche und ausländische. Gemäß ihrem unterschiedlichen Habitus wurden sie differenziert von der Bevölkerungsmehrheit angesehen und behandelt. Hinzu und daraus resultierend kamen nach außen demonstrierte

¹¹⁴ Vgl. zur Begriffsdefinition Ulrich, Aufstieg, S. 7 ff.; Wixforth/Ziegler, Privatbanken, S. 209-212; Köhler, „Arisierung“, S. 14-17. Da die hier zu untersuchenden Privatbanken eine sehr homogene Gruppe bildeten, erscheint eine weitergehende Begriffspräzisierung nicht notwendig.

¹¹⁵ Vgl. die sehr ähnliche Definition bei Ulrich, Aufstieg, S. 9. Auch die im Laufe der Arbeit noch darzulegende Beteiligung des Bankhauses S. Bleichröder an H. Aufhäuser, die das Geschäft von H. Aufhäuser ergänzte aber nicht beherrschte, änderte hieran nichts.

¹¹⁶ Köhler, „Arisierung“, S. 38f. hat das Wesentliche hierzu bereits zusammengetragen.

¹¹⁷ Vgl. ebd., S. 39-42.

innerjüdische Abgrenzungen, wie zum Beispiel etablierte Juden gegenüber Ostjuden¹¹⁸; gehorchend der vielfach zu beobachteten Verhaltensweise, sich nach unten abzusondern, um „oben“ (scheinbar) dazuzugehören. Der Einfachheit halber wird im Folgenden dennoch meist der Begriff „Juden“ verwendet.

Es wäre ebenfalls korrekter, „Großbritannien“ und „britisch“ zu schreiben, jedoch soll im Folgenden – wie bei anderen Arbeiten ebenfalls geläufig¹¹⁹ – „England“ und „englisch“ als entsprechende Synonyme verwandt werden. Ähnlich verhält es sich mit den Begriffen „London“ und „City (of London)“; Letzteres war und ist noch heute eine eigenständige Rechtseinheit innerhalb Londons.¹²⁰

Hingewiesen sei an dieser Stelle auch auf die Informationen im Anhang: eine Liste der Geschäftsleiter, ein Stammbaum der Familie Aufhäuser, eine Kurzdarstellung der wichtigsten Protagonisten, eine Erläuterung von Finanzbegriffen, eine Übersicht der Kennzahlen sowie ein Abkürzungsverzeichnis.

6. Charakterskizzen

Der Arbeit vorangestellt seien Charakterskizzen von zwei Protagonisten: Martin und Siegfried Aufhäuser. Beide waren Söhne des Bankgründers Heinrich Aufhäuser sowie Komplementäre während der nationalsozialistischen Zeit. Es existieren keine Selbstzeugnisse oder Ähnliches, weshalb man auf die sehr spärlichen Auskünfte und Hinweise angewiesen ist.¹²¹

6.1. Martin Aufhäuser

1875 in München geboren, war Martin Aufhäuser frühzeitig auf die Übernahme der Bank vorbereitet worden. Nach Abitur, Lehrzeit bei in- und ausländischen Banken wurde er 1901 als Teilhaber aufgenommen und leitete mit seinem Vater die Bank. Ob ihm eine Berufswahl

¹¹⁸ Gleichzeitig waren andere Juden wegen der „Ursprünglichkeit“ ihrer Glaubensgenossen aus dem Osten fasziniert, vgl. Volkov, Juden, S. 59.

¹¹⁹ Siehe beispielsweise Margit Schulte Beerbühl, Deutsche Kaufleute in London. Welthandel und Einbürgerung (1600-1818). München 2007, insbes. S. 24.

¹²⁰ Vgl. Andreas Fahrmeir, Ehrbare Spekulanten. Stadtverfassung, Wirtschaft und Politik in der City of London (1688-1900). München 2003, insbes. S. 288.

¹²¹ Die Skizzen über Martin und Siegfried Aufhäuser stützen sich vor allem auf die Hinweise bei Moser/Winkler, Wegmarken, insbes. S. 60f. sowie auf ein Gespräch mit Judy Aufhäuser (13.11.2011), der Ehefrau von Martin Aufhäuser, einem Enkel von Martin Aufhäuser. Siehe generell auch Werner M. Loyal, We were Europeans. A Personal History of a Turbulent Century. Jerusalem 2010, insbes. Kapitel 5.

gelassen worden war, muss ungeklärt bleiben, womöglich konnte er sich auch gar nichts anderes vorstellen, als wie sein Vater Bankiers zu werden. Man kann wohl ohne Übertreibung feststellen, dass er auch ganz darin aufgegangen und es für ihn eine Berufung war. Die Bank erlebte unter ihm seine mit Abstand erfolgreichste Zeit und er war weit über München hinaus ein angesehener Privatbankiers, der zudem den Ehrentitel eines „Geheimen Kommerzienrats“ verliehen bekommen hatte. Zugleich nahm er die gesellschaftliche Verantwortung an, die sein Beruf mit sich brachte, weshalb er und seine Frau sich für diverse soziale und karitative Einrichtungen einsetzten. So wurde den Mitarbeitern eigens ein Erholungsheim in Hartheim vor den Toren Münchens erbaut. Er scheint ein typisches Beispiel für das „Herr-im-Haus-Prinzip“ gewesen zu sein: Das Bankhaus durchaus hart und streng führend, gleichzeitig aber für die Mitarbeiter ein hohes Maß an Verantwortung tragend, vor allem in Notzeiten. Dabei zeigte er sich vollkommen apolitisch, was sogar soweit ging, dass er einem beim Hitler-Putsch 1923 getöteten Nationalsozialisten das Begräbnis bezahlte und die Eltern auf seine Kosten anreisen ließ. Auch in den Folgejahren beschäftigte er mehrere NSDAP-Parteimitglieder, wobei er sicher nicht deren Meinung teilte und auch sonst keine nationalistische Tendenz bei ihm zu erkennen ist.

Martin Aufhäuser wusste dabei neben der Arbeit auch das Leben zu genießen: Seine alljährlichen Faschingspartys waren weithin bekannt und er war ein passionierter Zigarrenraucher. Er war vollends in die Gesellschaft integriert und es musste ihm wie ein Schock vorgekommen sein, als er mehr und mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurde, bis er mit der Einlieferung in das Konzentrationslager (KZ) und durch die Verhöre der Gestapo wie ein Krimineller behandelt wurde. Zuvor ein vitaler, tatkräftiger Bankier, wurde aus ihm innerhalb kürzester Zeit ein physisch und psychisch kranker, gebrochener Mann. Er dürfte bis zu seinem Tod 1944 kaum wirklich verstanden haben, wie aus dem allseits respektierten, erfolgreichen Bankier mit Villa und Familie jemand gemacht wurde, dessen Hab und Gut man wegnahm und den man wie einen Schwerverbrecher aus dem Land, seinem Heimat- und Vaterland gejagt hat.

6.2. Siegfried Aufhäuser

Siegfried Aufhäusers Wirken in der Bank liegt weitgehend im Dunkeln, über ihn persönlich ist ebenfalls fast nichts bekannt, was auch daran liegt, dass er erst sehr spät und nach seiner Zeit in Deutschland geheiratet und auch keine Nachkommen hinterlassen hat. Relativ gesichert ist, dass sein Verhältnis zu seinem Vater problematisch war, weshalb er es auch vorzog, in London Karriere zu machen. Die innerfamiliären Schwierigkeiten mögen daher gerührt haben, dass

Siegfried Aufhäuser offenbar eher der gesellige Feingeist als der berechnende Bankier war. Dazu passt auch, dass er nach seiner Rückkehr infolge des Ersten Weltkriegs ein Junggesellen-Appartement in der Münchener Innenstadt bewohnte und Kontakt zur High Society hielt, beispielsweise zum Ideengeber des Deutschen Museums in München, Oskar von Miller. In diesem Zusammenhang ist auch seine Tätigkeit als Schwedischer Generalkonsul zu sehen, die er rund 20 Jahre ausübte. So scheint auch seine Haupttätigkeit beim Bankhaus H. Aufhäuser der Aufbau und die Pflege von Geschäftsbeziehungen gewesen zu sein; heute würde man sagen: das Netzwerken. Das operative Geschäft scheint dann sein Bruder übernommen zu haben. So ist auch auffallend, dass Siegfried Aufhäuser in der Phase der „Arisierung“ 1938, wo es um das Knüpfen von Kontakten ging, auf einmal sehr präsent war, wohingegen er in den Jahren zuvor in den Dokumenten praktisch keine Erwähnung gefunden hatte.

II. Aufhäuser & Scharlach / Bankhaus H. Aufhäuser, 1870-1913

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Bankenmarkt

Deutschland hatte sich innerhalb kürzester Zeit von einem agrarisch geprägten Land zu einer der führenden Industrienationen entwickelt, das den Welthandel zusammen mit Großbritannien und den USA entscheidend gestaltete. Prägend hierfür war der bereits seit dem Ende der 1860er Jahre bestehende Wirtschaftsaufschwung, der durch die neue Aktienrechtsnovelle vom Juni 1870¹²², die die Gründung von Aktiengesellschaften und damit von Großbetrieben wesentlich erleichterte, und die Proklamation des Deutschen Reichs 1871, mit dem nicht nur ein (in weiten Teilen bereits bestehender) einheitlicher Wirtschaftsraum, sondern nun auch ein fester politischer Rahmen geschaffen wurde, im so genannten „Gründungsboom“ mündete. Es gab reichlich liquides und anlagesuchendes Kapital – in welchem Maß die Kriegskontribution Frankreichs dazu beitrug, ist in der Wissenschaft umstritten¹²³ –, hunderte Firmen drängten an die Börsen, deren Marktkapitalisierung schließlich höher lag, als die aller bisher notierten Unternehmen in Preußen¹²⁴; zwischen 1870 und 1872 wurden alleine über 100 Aktienbanken gegründet¹²⁵. Die Durchschnittskurse stiegen bis 1872 auf 197%, die Dividenden auf 15,1% und die Renditen auf 7,7% – Werte, die in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr erreicht werden sollten.¹²⁶ Der Bankensektor in Gänze expandierte in dieser Zeit, nicht zuletzt durch die Neugründungen der Aktienbanken (u.a. Deutsche Bank, Commerz- und Disconto-Bank, Dresdner Bank) und kurbelte die Kreditschöpfung an. In Politik und Wirtschaft schien sich die Leitideen des Liberalismus¹²⁷ durchgesetzt zu haben.

¹²² Die Aktienrechtsnovelle vom 11.06.1870 hatte das Konzessionssystem beseitigt und damit die Gründung von Aktiengesellschaften entscheidend begünstigt, vgl. u.a. Rainer Gömmel, Entstehung und Entwicklung der Effektenbörsen im 19. Jahrhundert bis 1914, in: Hans Pohl (Hg.), Deutsche Börsengeschichte. Frankfurt a.M. 1992, S. 133-207, hier S. 153.

¹²³ Vgl. Gömmel, Entstehung, S. 153f.; Knut Borchardt, Währung und Wirtschaft, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975. Frankfurt a.M. 1976, S. 3-55, hier S. 29.

¹²⁴ Tilly, Zollverein, S. 80 gibt die Neugründungen von Aktienunternehmen zwischen 1870 und 1873 mit 857 an, Rolf Walter, Wirtschaftsgeschichte. Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart. Köln u.a. 2003, S. 109 (insbes. Tabelle) und Gömmel, Entstehung, S. 153 beziffern sie von 1871-1873 mit 928. Zwischen diesen Zahlen oszillieren die Angaben in der Wissenschaft.

¹²⁵ Karl Erich Born, Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1977, S. 157 nennt eine Zahl von 107, die in vielen späteren Arbeiten Verwendung findet. Manfred Pohl, Festigung und Ausdehnung des deutschen Bankwesens zwischen 1870-1914, in: Institut für bankhistorische Forschung (Hg.), Deutsche Bankengeschichte (Band 2). Frankfurt a.M. 1982, S. 223-351, hier S. 226 gibt die Zahl mit (wohl zu hohen) 170 an; jedoch beziffert er in seiner Arbeit Entstehung und Entwicklung des Universalbankensystems. Konzentration und Krise als wichtige Faktoren. Frankfurt a.M. 1986, S. 35 die Zahl im Zeitraum 1870-1873 mit „zwischen 100 und 130“.

¹²⁶ Deutsche Bundesbank (Hg.), Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876-1975. Frankfurt a.M. 1976, S. 294 (Tabelle 2.01). Für die ersten Jahre siehe ferner Markus Baltzer, Der Berliner Kapitalmarkt nach der Gründung 1871. Gründerzeit, internationale Finanzmarktintegration und der Einfluss der Makroökonomie. Berlin 2007, S. 17-25.

¹²⁷ Vgl. u.a. Dieter Ziegler, Das Zeitalter der Industrialisierung 1815-1914, in: Michael North (Hg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick. München 2005, S. 197-286, hier S. 262-268; Borchardt, Währung, S. 29f.; Tilly, Zollverein, S. 81.

Der Boom währte jedoch nur kurze Zeit. Ausgehend vom Börsenplatz in Wien, wo sich ein riesiger Spekulationsmarkt entwickelt hatte¹²⁸, brachen im Oktober 1873 auch in Berlin die Aktienkurse massiv ein; aufgebaute Überkapazitäten und Überschuldungen wurden sichtbar. Aufgedeckt wurden zugleich Betrugereien, darunter ein spektakulärer Fall in München (Dachauer Bank).¹²⁹ Was folgte war die oft beschriebene und hier nicht im einzelnen auszuführende allgemeine Börsen- und gesamtwirtschaftliche „Gründerkrise“ mit einer großen Anzahl an Unternehmensinsolvenzen, darunter etlichen Banken¹³⁰, einem dramatischen Abfall des Preisniveaus und einer fallenden, bis 1894/95 stagnierenden bzw. nur leicht steigenden Wirtschaftsleistung.¹³¹ In den Folgejahren bis zum Ersten Weltkrieg konnten im Reich zwar wieder ordentliche Wachstumszahlen erzielt werden und die Zeit war weiterhin durch eine hochgradige und sich noch verstärkende Verzahnung zwischen den Volkswirtschaften gekennzeichnet. Dass dem trotz der weitgehenden Abkehr des Kaiserreichs und der USA vom Freihandel seit dem späten 19. Jahrhundert durch eine umfangreiche Schutzzollpolitik so war, lag nicht zuletzt an der engen Vernetzung der Finanzmärkte sowie der Währungen durch den dominierenden Goldstandard.¹³² Langfristig von weitreichender Bedeutung war jedoch, dass der Liberalismus im Reich nach seiner nur kurzen Blütezeit zunächst auf politischer und folgend auf wirtschaftlicher Ebene diskreditiert war. Deutschland beschritt in der Folge bereits sehr früh den Weg zu einem (modernen) Interventionsstaat. Charakteristisch für das deutsche Kaiserreich waren daher einerseits die politische Rückständigkeit und andererseits die wirtschaftliche Modernität.¹³³

Besonderes Augenmerk soll allerdings nicht auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland als Ganzes gelegt werden, sondern auf die in Bayern bzw. München, da das Bankhaus H. Aufhäuser bis zum Ersten Weltkrieg ein regionales Unternehmen war, auch wenn sein

¹²⁸ Vgl. Gömmel, Entstehung, S. 154f.

¹²⁹ Vgl. Rainer Gömmel, Der Aufstieg zum führenden bayerischen Finanzplatz (1860er Jahre bis 1914), in: Hans Pohl (Hg.), Geschichte des Finanzplatzes München. München 2007, S. 91-140, hier S. 95.

¹³⁰ Vgl. Gömmel, Entstehung, S. 155; ähnlich Born, Geld, S. 157. Wiederum mit anderen Zahlen Pohl, Entwicklung, S. 226.

¹³¹ Der von Hans Rosenberg geprägte Begriff der „Großen Depression“ wurde bereits von ihm selbst aufgrund der in diesem Zeitraum weiterhin leicht wachsenden Gesamtwirtschaft relativiert, vgl. Rosenberg, Große Depression, insbes. S. 27ff. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914. München 2008, S. 548 empfiehlt die Verwendung des Begriffs „Große Deflation“, „denn der säkulare Deflationstrend des 19. Jahrhunderts führte in jenen Jahrzehnten zu einem besonders markanten Abfall der Preise, Gewinne und Renditen, die weithin als wichtige Parameter des wirtschaftlichen Erfolges angesehen wurden.“ Die insgesamt positive gesamtwirtschaftliche Leistung betonend Borchardt, Währung, S. 20-33.

¹³² Vgl. Frieden, Global Capitalism, S. 16-50, insbes. S. 16 u. 47; Rolf Walter, Geschichte der Weltwirtschaft. Eine Einführung. Köln u.a. 2006, S. 191-194; Cornelius Torp, Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860-1914. Göttingen 2005, S. 39-42, 325-330. Beim Goldstandard garantiert die einheimische Notenbank den Umtausch der Währung in Gold zu einem festen Kurs; damit soll die Geldmenge begrenzt bleiben und die Währung stabil gehalten werden. Inherent ist dem System ein regelmäßiger Austausch von Gold zwischen den verschiedenen Währungen. In der Realität – wie auch im Reich – liegt meist keine vollständige Deckung (Goldkernwährung) vor.

¹³³ Vgl. Ziegler, Zeitalter, S. 268; Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa. Berlin 1967, S. 62-78.

Netzwerk weit darüber hinaus reichte. Angetrieben durch den eingangs beschriebenen Aufschwung der deutschen Wirtschaft und der 1868 nun auch in Bayern eingeführten Gewerbefreiheit erlebte München einen enormen Wohlstandsschub.¹³⁴ War München zu Beginn des Jahrhunderts ein Regionalzentrum ohne große wirtschaftliche Bedeutung, konnte die Stadt an der Isar ab der zweiten Jahrhunderthälfte ursprünglich wesentlich wirtschaftsstärkere Städte wie Augsburg oder Nürnberg zügig ein- und schließlich überholen.¹³⁵ Damit einher ging ein Wandel des Münchener Stadtbildes, in dem sich nun auch Großindustrie und Exportgewerbe endgültig etablierten. Die enorme Entwicklungsgeschwindigkeit Münchens, der Verstädterungsprozess – der gleichzeitig im gesamten Reich vonstattenging – mit seinen Auswirkungen im Bereich der Verwaltung, Infrastruktur und dem gesellschaftlichen Zusammenleben im Allgemeinen lässt sich auch am Bevölkerungswachstum ablesen: Lebten 1871 im damaligen Burgfriedensbereich knapp 170.000 Einwohner, war die Bevölkerung bis 1914 auf fast das Vierfache gestiegen.¹³⁶

Mit der steigenden Einwohnerzahl und der fortschreitenden Industrialisierung einher ging die Nachfrage nach Bankdienstleistungen. Die Stadt prosperierte und in der Folge nahm die Zahl der Wohlhabenden zu, auf die sich das Bankhaus Aufhäuser & Scharlach ganz in der Tradition der Privatbankiers von Anfang an spezialisiert hatte. So zählten rund sieben bis acht Prozent der Einwohner Münchens zur Oberschicht und etwa 35 bis 40 Prozent zur Mittelschicht, darunter potenzielle Kunden für das neue Münchener Bankhaus wie Kaufleute, Unternehmer, finanzstarke Privatisers und Hausbesitzer.¹³⁷ In *nuce* zeigte sich, dass in der Zeit nach der Reichsgründung bis etwa zur Jahrhundertwende in München Weniges etabliert war und neue Geschäftsverbindungen sich erst entwickeln mussten. Insbesondere die mittelgroßen Handels- und Industrieunternehmen waren in den Städten auf die Privatbanken vor Ort angewiesen.¹³⁸ Die Großbanken expandierten erst relativ spät in die bayerische Hauptstadt, die Sparkassen und Kreditgenossenschaften waren mit ihrem noch eingeschränkten Dienstleistungsangebot für sie uninteressant.

Am Beispiel München lässt sich auch der forcierte Konzentrationsprozess im Bankensektor verdeutlichen: Von den 1865 ursprünglich 23 Privatbanken waren 30 Jahre später sieben

¹³⁴ Vgl. Richard H. Tilly, Vom Zollverein zum Industriestaat. Die wirtschaftlich-soziale Entwicklung Deutschlands 1834 bis 1914. München 1990, S. 80; Richard Bauer, Geschichte Münchens. München 2008, S. 126f.

¹³⁵ Vgl. Magarete Wagner-Braun, Münchens Finanzgewerbe zwischen Staatswirtschaft und Industrialisierung, in: Hans Pohl (Hg.), Geschichte des Finanzplatzes München. München 2007, S. 41-89, hier S. 46ff; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 14-17.

¹³⁶ Vgl. insgesamt Elisabeth Angermaier, München als süddeutsche Metropole – Die Organisation des Großstadtbaus 1870-1914, in: Richard Bauer (Hg.), Geschichte der Stadt München. München 1992, S. 307-335, zur Einwohnerentwicklung S. 308.

¹³⁷ Siehe hierzu auch Andreas Heusler, Das Braune Haus. Wie München zur „Hauptstadt der Bewegung“ wurde. München 2008, S. 23f.

¹³⁸ Vgl. Born, Geld, S. 330.

weiterhin tätig, 1920 lediglich drei. Betrug zum Höhepunkt 1890 die Zahl der Privatbanken in München insgesamt 82, war 1920 ihr Bestand bis auf 48 abgesunken. Dies zeugt von einer außergewöhnlich starken Fluktuation im Münchener Bankenmarkt.¹³⁹ Insbesondere zwei seit 1870 ansässigen Privatbanken von Rang war es vergönnt, sich in München durchzusetzen¹⁴⁰: H. Aufhäuser und Merck Finck & Co.¹⁴¹ Während H. Aufhäuser jedoch zunächst auf das traditionelle Privatbankgeschäft, d.h. die Vermögensverwaltung wohlhabender Kunden, fixiert war, stellte sich Merck Finck & Co. von Anfang an wesentlich breiter auf und besaß den „Charakter einer Universalbank“¹⁴²; mit einer Kapitalausstattung von 1,6 Mio. Gulden (1873) zählte es zu den größeren Banken in München. Beide Institute unterhielten gleichwohl seit frühester Zeit geschäftliche Beziehungen¹⁴³, die Banken waren folglich kooperativ verbunden. Dies sollte sich, wie an anderer Stelle zu zeigen sein wird, in der Zeit nach 1933 ändern.

2. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Juden

Dem gewohnten Reflex folgend führte die ökonomische Krise nach 1873, gepaart mit einem übersteigerten Nationalismus, zu einer Zunahme der Feindschaft gegen Juden. Mussten Juden doch seit jeher für (eigene) ökonomische Fehlleistungen herhalten; nicht nur in Deutschland.¹⁴⁴ Breitenwirksam erschienen ab Mitte der 1870er Jahre in christlichen Journalen sowie in der auflagenstarken Familienzeitschrift „Gartenlaube“ („Die soziale Frage ist die Judenfrage“) antisemitische Artikel, die insbesondere die jüdischen Börsianer und „Gründungsschwindler“ wie insgesamt den „jüdischen Wirtschaftsliberalismus“ angriffen. Juden wurden als vermeintliche Hauptrepräsentanten des Liberalismus‘ für die Betrugereien und Exzesse an den Börsen verantwortlich gemacht, begründet mit ihrem angeblich ihrem Wesen unterstellten, quasi inhärenten Eigenschaften Geiz und Habsucht¹⁴⁵. Es ist unbestreitbar, dass die deutschen

¹³⁹ Vgl. Klaus A. Donaubauer, Privatbankiers und Bankenkonzentration in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1932 unter besonderer Berücksichtigung der Übernahmen und Kommanditierungen der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank und der Bayerischen Disconto- und Wechselbank. Frankfurt a.M. 1988, S. 14.

¹⁴⁰ Vgl. auch Rudolf Baur, Geschichte und Bedeutung der Börse zu München 1829-1952. München 1953, S. 46.

¹⁴¹ Das Bankhaus wurde 1870 unter dem Namen Merck, Christian & Co gegründet und firmierte 1879 um in Merck Finck & Co, vgl. http://www.merckfinck.de/lenya/mfweb/live/ueberuns/Geschichte/Historie_Download.pdf [27.03.2010].

¹⁴² Gömmel, Aufstieg, S. 98.

¹⁴³ BWA, F 20/381 (Bilanzen 1874, 1876ff.).

¹⁴⁴ Vgl. zum Folgenden Helmut Berding, Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1988; Herzig, Jüdische Geschichte; Shulamit Volkov, Die Juden in Deutschland 1780-1918. München 1994; Werner Jochmann, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945. Hamburg 1988; sowie insbesondere für den internationalen Vergleich Werner Bergmann, Geschichte des Antisemitismus. München 2004. Siehe auch den bewertenden Überblick bei Martin Vogt, Gibt es einen deutschen Antisemitismus?, in: Wolfgang Michalka/Martin Vogt (Hg.), Judenemanzipation und Antisemitismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Tagungsband. Eggingen 2003, S. 9-38.

¹⁴⁵ Vgl. beispielsweise Herzig, Jüdische Geschichte, S. 167; Vogt, Antisemitismus, S. 15f.

Juden die Zeitumstände für sich genutzt haben.¹⁴⁶ Generell können an dieser Stelle die Erkenntnisse Bourdieus zur Illustration der jüdischen Wege ins Bürgertum – den Weg, den der Bankgründer Heinrich Aufhäuser ebenfalls gegangen ist – herangezogen werden.¹⁴⁷ Gerade das Gebilde des Bürgertums war jedoch dadurch definiert, dass es nur bestimmte Personen und Gruppen ein- und folglich andere ausschloss.¹⁴⁸ Diese Exklusion betraf nicht zuletzt die Bürger jüdischen Glaubens, so akkulturiert¹⁴⁹ sie auch sein mochten. Viele Juden ließen sich daher taufen, traten also aus einer Gemeinschaft aus, um einer anderen, diskriminierenden beizutreten, mit dem Ziel, selbst nicht mehr benachteiligt zu werden.

Stellvertretend für die antijüdische Hetze gegen Bankiers seien die „Neue-Ära-Artikel“ des konservativen Politikers Franz Perrot in der Kreuzzeitung 1875 angeführt, die sich gegen die Ära Bleichröder-Camphausen-Delbrück wandten. Gerson (von) Bleichröder war der jüdische Bankier Otto von Bismarcks, der großen politischen Einfluss hatte sowie in relativ kurzer Zeit zu ungeheurem Vermögen gelangte.¹⁵⁰ Es verwundert daher nicht, dass Bleichröder ein beliebtes Angriffsziel antisemitischer Schmähungen war, er damit den angeblich intriganten und raffenden Juden ein prominentes Gesicht verlieh. So führte Perrot aus, was unter Konservativen als weit verbreitete Meinung gelten kann: „Der klägliche Missstand der neudeutschen Wirtschaftspolitik hat als seinen intellektuellen Urheber Bismarcks *spiritus familiaris* Bleichröder. Dieser regierende Bankier ist selbstverständlich Jude, wie auch die ganze nationalliberale Ära Bismarcks eine Bankierpolitik von und für Juden betreibt.“¹⁵¹ Gerson (von) Bleichröder hielt – anders als seine Kinder – bis zum Schluss an seinem jüdischen Glauben fest, ohne als tief religiös bezeichnet werden zu können. Bereits an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass sich die Wege der Bankhäuser S. Bleichröder und H. Aufhäuser 1918 kreuzen werden. Dies ist umso bemerkenswerter wenn man berücksichtigt, dass S. Bleichröder zur Bismarcks-Zeit eine der größten und einflussreichsten Bank in Deutschland war, H. Aufhäuser hingegen lediglich ein kleines Regionalinstitut. Ein Hinweis auf die dramatischen Änderungen in der Bankenlandschaft in dieser Zeitspanne.

¹⁴⁶ Gleichzeitig sei daran erinnert, dass in ihrer absoluten Zahl weit mehr Nicht-Juden von der Phase des Liberalismus' profitierten – nur etwa ein Prozent der deutschen Bevölkerung war jüdischen Glaubens, Richarz, Entwicklung, S. 13. 1880 waren bei einer Gesamtbevölkerung von 45,23 Mio. Einwohnern rund 562.000 jüdischen Glaubens, 1910 waren es sogar nur noch 0,95%.

¹⁴⁷ Vgl. Simone Lässig, Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert. Göttingen 2004, insbesondere S. 26-34.

¹⁴⁸ Siehe als Überblick antisemitischer Aktionen seitens des Bürgertums Gunilla Budde, Blütezeit des Bürgertums. Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Darmstadt 2009, S. 115-120, zum Antisemitismus in der Hochfinanz Reitmayer, Bankiers, S. 176-193.

¹⁴⁹ Zur Problematik dieses Begriffs siehe Lässig, Jüdische Wege, S. 20.

¹⁵⁰ Vgl. Stern, Gold.

¹⁵¹ Zitiert nach Stern, Gold, S. 691 (kursiv im Original). Siehe ferner die dortigen weiteren Ausführungen (S. 680-732) sowie Volkov, Juden, S. 47f.

Dieser sogenannte „moderne Antisemitismus“¹⁵² zeichnete sich durch seine vermeintliche Wissenschaftlichkeit aus. Neueste Erkenntnisse beispielsweise der Biologie und der Genetik¹⁵³ wurden herangezogen, um die vermeintliche Überlegenheit der „arischen“ Rasse zu belegen. Durch publikumswirksame und pseudo-wissenschaftliche Werke des Journalisten Wilhelm Marr, der 1879 den Terminus „Antisemitismus“ der breiten Öffentlichkeit bekannt machte, des Hof- und Dompredigers Adolf Stöcker sowie des Schriftstellers und Kulturphilosophen Houston Stewart Chamberlain, um nur einige prominente Vertreter dieses modernen Antisemitismus zu nennen, wurden die neuen „Erkenntnisse“ im Reich verbreitet. Das Gefährliche an dem modernen Antisemitismus war, dass er von breiten Teilen der Mittelschicht getragen wurde. Hierzu zählte auch und im besonderem Maße das Bildungsbürgertum, das an den Universitäten durch antisemitische Ausführungen eines Heinrich von Treitschkes („Die Juden sind unser Unglück“) oder eines Eugen Dührings („Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Culturfrage“) langfristig, generationsübergreifend indoktriniert wurde.¹⁵⁴ Letztendlich ging es den Antisemiten um eine Revision der soeben erreichten rechtlichen Gleichstellung der Juden und ihrer Emanzipation sowie um eine Eingrenzung ihres Handlungsspielraums. Vieles, was in den 1930er Jahren Realität werden sollte, wurde gedanklich in dieser Zeit vorbereitet.

Zudem gab es diverse Kräfte, die das liberal-kapitalistische Wirtschaftssystem in seiner Gesamtheit bekämpften, unabhängig von der religiösen Zugehörigkeit seiner Protagonisten. Wie insgesamt die Zeit, die gemeinhin als „Moderne“ bezeichnet wird, viele überforderte und verunsicherte – besonders dramatisch in Deutschland: „Die Reibungsflächen zwischen traditionellen und modernen Orientierungen waren hier größer, die Konfliktpotentiale vielfältiger, die Veränderungserfahrungen intensiver.“¹⁵⁵ Das Antisymbol der Zeit waren Juden: Es war ein Minimalkonsens, einfach und altbewährt, unter dem sich die verschiedensten religiösen und politischen Strömungen zusammenfinden konnten.¹⁵⁶

In letzter Konsequenz musste diese Gleichsetzung des Liberalismus' mit dem Vorwurf der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die Juden und der weltweiten Herrschaft des „Finanzjudentums“ zu einem Angriff auf einen modernen, demokratischen Staat mit seinen

¹⁵² Vgl. zum Begriff Berding, Moderner Antisemitismus, S. 85f.

¹⁵³ Hier war insbesondere das vierbändige Werk von J. Arthur de Gobineau „Essai sur l'inégalité des races humaines“ aus den 1850er Jahren von maßgeblichem Einfluss, später auch vermischt mit dem Ansatz Charles Darwins „survival of the fittest“ zum „Rassenkampf“, vgl. Bergmann, Geschichte, S. 49f; Herzig, Jüdische Geschichte, S. 184, S. 190f.

¹⁵⁴ Vgl. Budde, Blütezeit, S. 117f.; Herzig, Jüdische Geschichte, S. 191; Berding, Moderner Antisemitismus, S. 111-120 (studentische Organisationen); Jochmann, Gesellschaftskrise, S. 13-29; Kampe, Entstehung, insbes. S. 103: „Der [maßgeblich von studentischen Aktivitäten zum Durchbruch gelangte] 'gesellschaftliche Antisemitismus' wurde als Chiffre für ‚Die Judenfeindlichkeit der guten Gesellschaft.‘“ Siehe in diesem Zusammenhang auch den sogenannten „Berliner Antisemitismusstreit“.

¹⁵⁵ Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München 2014, S. 42. Siehe auch die dortigen weiteren Ausführungen.

¹⁵⁶ Es wurden auch antisemitische Parteien gegründet, doch blieben diese aufgrund politischer Richtungskämpfe bedeutungslos, vgl. insbesondere Berding, Moderner Antisemitismus, S. 86-110.

Werten wie Freiheit und Gleichheit führen. Diese große Auseinandersetzung – gleichzeitig die Frage nach der Stellung der Juden in der Gesellschaft („die Judenfrage“) – blieb dem Kaiserreich erspart. Politisch ließ sich der Antisemitismus nicht durchsetzen und noch gab es mutige Personen des öffentlichen Lebens wie den Althistoriker Theodor Mommsen, die sich der antisemitischen Hetze entgegenstellten.¹⁵⁷ Doch der moderne Antisemitismus blieb durch seine stetige Präsenz in Politik und Gesellschaft, zum Beispiel in Vereinen, ein Begleiter der Sozialisation der Menschen¹⁵⁸ seit Mitte der 1870er Jahre. Das Bewusstsein für eine soziale und kulturelle, durch vermeintlich „wissenschaftliche“ Theorien und historischen „Argumenten“ legitimierte Volksbewegung, deren politischen, sozialen und ökonomischen Interessengegensätze sich im Kampf gegen das Judentum als Symbol der von ihnen verachteten Moderne nivellierten¹⁵⁹ war geweckt und wurde nicht zuletzt an den Hochschulen kultiviert.

Antijüdische Ressentiments waren gerade in München weit verbreitet und die ansässige Bürgerschaft versuchte vehement – weitgehend unterstützt vom Magistrat – jüdische Fabrikanten oder Händler aus der Stadt fernzuhalten. München muss daher im 19. Jahrhundert „eine wichtige Rolle in der Geschichte des Antisemitismus zuerkannt werden.“¹⁶⁰ Auch die rechtliche Gleichstellung vermochte es nicht, diese antisemitischen Vorurteile aufzubrechen. Hier machte sich der Umstand bemerkbar, dass speziell in der bayerischen Hauptstadt besonders strenge Regularien geherrscht hatten, die das jüdische Leben massiv beeinträchtigt und damit ihre Sonderrolle im besonderen Maße hervorgehoben hatte. Dies wurde dadurch ermöglicht, dass die jüdische Emanzipation in Deutschland eine staatlich-bürokratisch verordnete war und damit jedes Land die Geschwindigkeit hatte selbst definieren können. Deutsche Juden hatten in München mit seiner römisch-katholisch geprägten Bevölkerung – und zuzeiten des sogenannten Kulturkampfes „Zentrum des publizistischen Widerstandes“ – also auch nach der *de-jure*-Gleichstellung faktisch, d.h. im alltäglichen Leben „einen besonders schweren Stand.“¹⁶¹

¹⁵⁷ Zum politischen Antisemitismus vgl. insbes. Berding, *Moderner Antisemitismus*, S. 86-110. Festzuhalten bleibt, dass die Parteien keine ihrer Ziele durchsetzen konnten, sie es aber u.a. schafften, „die Judenfrage“ und die antijüdische Hetze in der Gesellschaft präsent zu halten sowie ihr Gedankengut in Vereine und Verbände hineinzutragen. Zu Mommsen u.a. Budde, *Blütezeit*, S. 117.

¹⁵⁸ Siehe hierzu auch Bourdieu: *Die Sozialisation sei „Vergangenes, das im Aktuellen weiterlebt und sich bis in die Zukunft hinein zu verlängern trachtet“*, Fuchs-Heinritz/König, Bourdieu, S. 136.

¹⁵⁹ Vgl. auch Bergmann, *Geschichte*, S. 42f.

¹⁶⁰ Marcus Pyka, *Das Werden einer großstädtischen Gemeinde (1848-1892)*, in: Richard Bauer/Michael Brenner (Hg.), *Jüdisches München. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. München 2006, S. 89-109, hier S. 93. Siehe auch Herzig, *Jüdische Geschichte*, S. 182f.

¹⁶¹ Pyka, *Werden*, S. 95, s. auch S. 106. Siehe in diesem Zusammenhang auch die zeitgenössischen Aufzeichnungen bei Budde, *Blütezeit*, S. 116 und S. 119.

3. Das Bankhaus und seine geschäftlichen Tätigkeiten

„Unterm Heutigen eröffnen wir am hiesigen Platze ein Bank- und Wechselgeschäft und empfehlen uns im Ein- und Verkaufe aller Sorten Staats- & Industrie-Papiere, Actien, Loose etc., sowie in Umwechslung aller Geldsorten und sichern streng reelle Bedienung zu. Aufhäuser & Scharlach, Nr. 12 Ecke Schöffler- und Windenmachergasse.“¹⁶² Zehn Tage nach der Anmeldung ihres Bankgeschäftes am 14. Mai 1870 versuchten Heinrich (Hirsch) Aufhäuser und Samuel Scharlach mit dieser Anzeige in den „Münchener Neuesten Nachrichten“, auf sich aufmerksam zu machen. Die Gründer wollten die sich bietende günstige ökonomische und politische Konstellation um 1870 nutzen und gingen ins Risiko. Die Eigenkapitalausstattung im ersten Geschäftsjahr betrug lediglich 14.414 Gulden, von denen 13.000 von Samuel Scharlach stammten.¹⁶³ Über Scharlach ist nur sehr wenig überliefert, aber offensichtlich war er lediglich stiller Finanzier, ohne sich aktiv ins Geschäft einzubringen.¹⁶⁴ Zunächst konzentrierte sich Aufhäuser & Scharlach auf den Eigenhandel und das Geschäft mit Privatkunden, vornämlich auf das Effektenkommissionsgeschäft, also den An- und Verkauf von Wertpapieren auf Rechnung Dritter, das problemlos mit einer dünnen Eigenkapitalausstattung ausgeführt werden konnte.¹⁶⁵ Diese Ausrichtung dürfte aber vor allem einen geschäftsstrategischen Hintergrund gehabt haben: München verfügte zwar über ein funktionierendes Bankensystem, die 1830 gegründete Börse fristete aber „jahrzehntelang ein Kümmerdasein.“¹⁶⁶ Daran hatte sich bis in die 1860er Jahre nichts Wesentliches geändert. Daher bot das Börsengeschäft für ihn einen nicht zu unterschätzenden Vorteil: Wenn nicht *first mover*, so bot sich ihm ein Geschäftsfeld, bei dem es in seiner Region noch keine große Konkurrenz gab, das Potenzial und die sich entwickelnde Dynamik von vielen nicht erkannt wurde.¹⁶⁷ Aufhäuser konnte sich auf den Wertpapierhandel spezialisieren, wohingegen größere Banken in München wie Merck Finck & Co. das kapitalintensive Finanzierungsgeschäft betrieben. Größere regionale Banken und

¹⁶² Zitiert nach Moser/Winkler, Wegmarken, S. 25.

¹⁶³ BWA, F 20/381; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 30, S. 45.

¹⁶⁴ Samuel Scharlach wurde 1841 in Bibergau geboren und starb 1912 in Bozen. Polizeilich in München gemeldet war Scharlach von Mai 1870 bis 1908. Vgl. BWA, F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche, S. 13). Es ist nicht gesichert, ob Samuel Scharlach Kaufmann und nur stiller Kapitalgeber – so die Vermutung von Moser/Winkler, Wegmarken, S. 29f. und Hoppenstedt –, oder selbst Bankier war, so Eugen Szkolny, *Memoirs of Dr. Eugen Szkolny* (<http://www.alemannia-judaica.de/images/Images%20Bayern/OBERNDOERFFER-family.htm>) [3.5.2009]. Scharlachs Beruf wurde polizeilich als „Geschäftsteilhaber“ angegeben, im Adressbuch war er als „Bankier“ hinterlegt, vgl. BWA, F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 13. Es war zur damaligen Zeit durchaus üblich, mit einem finanzkräftigen Kaufmann eine Partnerschaft auf Zeit einzugehen und diesen dann bei entsprechender Ertragslage auszuzahlen, vgl. Michael Schäfer, *Familienunternehmen und Unternehmerfamilien. Zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der sächsischen Unternehmer 1850-1940*. München 2007, S. 223.

¹⁶⁵ BWA, F 20/381; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 48; Gömmel, *Aufstieg*, S. 99. Das Bankhaus betrieb zudem bis zur Einführung der Mark 1876 – in Bayern als letztes Land – und auch darüber hinaus im begrenztem Umfang das Sortengeschäft sowie vor allem nach der Jahrhundertwende das Wechseldiskontgeschäft.

¹⁶⁶ Gömmel, *Aufstieg*, S. 91.

¹⁶⁷ Vgl. mit ähnlichen Gedankengängen, bezogen auf Industrieunternehmen Alfred D. Chandler, *Scale and Scope. The Dynamics of Industrial Capitalism*. Cambridge/London 1990, S. 599, 601.

insbesondere die Berliner Aktienbanken zog es erst sehr viel später in die Provinz. Bis dahin wurden die Privatbankiers vor Ort als zweckdienliche Partner angesehen. Gömmel hat in seiner Arbeit über den Finanzplatz Münchens der 1860er Jahre bis 1914 die „sehr wichtige“ Rolle einer kleineren Privatbank für die Entwicklung des Münchener Kapitalmarktes am Beispiel von Aufhäuser & Scharlach aufgezeigt.¹⁶⁸ Sie waren das Bindeglied zwischen dem wohlhabenden, anlagesuchenden Publikum und den Industriegeschäft betreibenden Großbanken, die dies anfänglich überwiegend über die Ausgabe von Wertpapieren in Form von Aktien oder Anleihen abwickelten.

Die geschäftliche Ausrichtung auf das Effektingeschäft zahlte sich zunächst aus. Dem Bankhaus war es gelungen, bereits im ersten (Rumpf-) Geschäftsjahr einen Gewinn von rund 5.000 Gulden zu erzielen und diesen auf knapp 45.200 Gulden (1872) sowie das Eigenkapital um das Achtfache zu steigern.¹⁶⁹ Begünstigt wurde dieser beeindruckende Start durch Ereignisse an den Börsen wie eingangs beschrieben. So hatte sich die Aktiensparquote im Zeitraum 1870-1872 von 1,55 Prozent auf über neun Prozent versechsfacht.¹⁷⁰ Nach der Jahrhundertwende – also erst nach der massiven Verschärfung ein Teil der Börsengeschäfte durch das Börsengesetz von 1896¹⁷¹ – betrieb H. Aufhäuser zudem im relativ großen Stil das Termingeschäft¹⁷². Darauf lässt der Bilanzposten „Schuldige Effekten“ schließen, die regelmäßig im unteren sechsstelligen Bereich lagen.¹⁷³ Dieser Schwenk zum Terminhandel lässt sich dadurch erklären, dass die Einschusspflicht für Termingeschäfte nur 5% betrug, für Kassageschäfte 25-50%.¹⁷⁴ Das Bankhaus H. Aufhäuser hatte nicht genug Kapital, um ausschließlich das Kassageschäft betreiben zu können und musste zumindest teilweise auf den nun stark reglementierten Terminhandel ausweichen. Auch dies führte zu den erhöhten Lombardkrediten des Bankhauses zu dieser Zeit, auf die noch einzugehen sein wird.

In den ersten Jahren betrug der Kundenkreis von Aufhäuser & Scharlach relativ konstant um die 30 Personen.¹⁷⁵ Der rechnerische Durchschnitt der einzelnen Depots lag in der Anfangszeit

¹⁶⁸ Gömmel, Aufstieg, S. 98ff.

¹⁶⁹ BWA, F 20/381; Moser/Winkler, S. 49f. sowie die Berechnungen bei Gömmel, Aufstieg, S. 99.

¹⁷⁰ Vgl. Baltzer, Berliner Kapitalmarkt, S. 16. Im Tiefpunkt 1878 betrug die Quote dann nur noch 0,11 Prozent. Wenngleich Baltzer selbst seine ermittelte Aktiensparquote als „grobe(n) Indikator“ bezeichnet, scheint die Tendenz doch eindeutig gewesen zu sein. Siehe auch Rosenberg, Große Depression, S. 41.

¹⁷¹ Vgl. Gömmel, Entstehung, S. 176f.; Pohl, Entstehung, S. 18, 23.

¹⁷² Vgl. auch Baur, Geschichte, S. 99f. mit dem auf Berichte des Münchener Handelsvereins basierenden Hinweis, dass der Terminhandel an der Münchener Börse „seit 1900 praktisch nicht mehr vorhanden (war)“. Was bedeuten würde, dass H. Aufhäuser diese Geschäfte an anderen Börsen getätigt hat, oder eine der ganz wenigen war.

¹⁷³ BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 17; ebd., F 20/381 (Bilanz 1896 und folgende Bilanzen).

¹⁷⁴ Vgl. Klaus Schlegelmilch, Die Entwicklung des Privatbankiergewerbes seit 1900 unter besonderer Berücksichtigung der Liquidationsursachen. Frankfurt a. M. 1964, S. 21. 1908 erfolgte eine Revision des Börsengesetzes, insbesondere hinsichtlich des Terminhandel, vgl. ebd., S. 22.

¹⁷⁵ BWA, F 20/381 (diverse Bilanzen). In den Bilanzen wird erst ab 1872 der Posten „Depots“ gesondert angeführt. Für das Folgende siehe ebenda.

bei knapp 1.000 Gulden, schwankte aber von wenigen Hundert bis zu 8.000 Gulden. Man kann daher davon ausgehen, dass die Kunden zumindest in den ersten Jahren nur einen Teil ihres Vermögens dem Bankhaus anvertrauten, um damit Wertpapiere zu erwerben. Viele Kunden waren – nimmt man die Namen als Indiz – jüdischen Ursprungs und stammten vor allem aus dem Großraum München. Entsprechend dem Standort der Bank im sogenannten Kreuzviertel, wo sich seit dem 17. Jahrhundert bevorzugt der Adel niederließ¹⁷⁶, gehörten aber auch etliche alte Adelsgeschlechter zum Kundenstamm.¹⁷⁷ Auffallend ist ebenso die relativ hohe Anzahl an weiblichen Kunden¹⁷⁸, womöglich wohlhabende Witwen. Darüber hinaus vertrauten Offiziere bis zum Generalsrang ihr Vermögen Aufhäuser & Scharlach an. Betreut wurden die Kunden zumindest in der Anfangszeit ausschließlich von Heinrich Aufhäuser, Angestellte gab es offensichtlich erst seit 1882.¹⁷⁹

Ab ca. 1890 begann Heinrich Aufhäuser, das Bankhaus auf ein zweites Standbein neben dem Wertpapierhandel zu stellen. War das Kreditgeschäft zu Beginn kaum ausgeprägt gewesen und in Form der Pfandbeleihung getätigt worden, sollte sich dies nun ändern: Das Firmenkundengeschäft gewann immer mehr an Bedeutung, um bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs zur tragenden Säule zu werden. Ein paar Kennzahlen sollen den Wandel von einem auf das Effektenkommissionsgeschäft fokussierten Bankhaus zu einem umsatzstarken Kreditinstitut veranschaulichen.¹⁸⁰ Gemessen an der Bilanzsumme hatte noch 1889 der Wertpapierhandel fast 50 Prozent, das Kreditgeschäft knapp 20 Prozent ausgemacht. Zehn Jahre später drehte sich das Verhältnis auf ca. 25 zu 50. Bis 1914 erreichten die Forderungen ein Volumen von 7,2 Mio. Mark, was einem Anteil von über 70 Prozent an der Bilanzsumme entsprach. Diese drastische Verschiebung in der Bilanz führte zu massiven Schwierigkeiten bei der Aktiv-Passiv-Steuerung. Um die Passivseite zu stärken, behalf sich Heinrich Aufhäuser zunächst damit, Wertpapiere in Höhe von rund 121.000 bzw. 97.500 Mark zu reportieren.¹⁸¹ Dies konnte aber keine dauerhafte Lösung darstellen, um die kapitalseitige Fundierung des Bankhauses zu gewährleisten. Als 1892 das Eigenkapital durch die Auszahlung Scharlachs halbiert werden musste, wurde die Stärkung der Passivseite umso akuter. Die Erhöhung der Kundeneinlagen (Depositen) von 62.000 Mark (1897) auf 2,4 Mio. Mark (1913) war zwar

¹⁷⁶ Moser/Winkler, Wegmarken, S. 33.

¹⁷⁷ So beispielsweise Rittmeister von Reitzenst, Freiherr von Pechmann (ein von Pechmann war seit 1898 Direktor der Bayerischen Handelsbank – aufgrund des fehlenden Vornamens ist jedoch nicht bekannt, ob er der Kunde war; auch eine Freifrau von Pechmann wird angeführt), Graf von Maldeghem, Albert Freiherr von Reitzenstein, Karl Freiherr von Reitzenstein, von Schacky, Walther Freiherr von Sternbach, Baron von Crailsheim, Ludwig Graf von Bothmer sowie Franziska Freifrau von Hardenberg, Leonie Freifrau von Steffens und Baronin von Ditzfurth. Weitere interessante Kunden waren Königlicher Rittmeister A. Mainz, Kammermusiker Seifert, Regierungsrat Vilg. Wobei viele dieser Kunden erst zur Jahrhundertwende in der Bilanz erscheinen, BWA, F 20/381.

¹⁷⁸ Diese machten beispielsweise 1905 unter den „Kreditoren“ nach Abzug der Banken sogar weit über die Hälfte aus, ebd.

¹⁷⁹ Ab diesem Zeitpunkt wird ein Posten „Salaire“ in der Bilanz ausgewiesen, ebd.

¹⁸⁰ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 52f.; BWA, F 20/381 (Bilanzen 1889, 1892, 1897, 1899).

¹⁸¹ Ebd. (Bilanzen 1891, 1893); ebd., F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 71f.

beeindruckend, reichte aber dennoch bei weitem nicht aus. Da auch das Eigenkapital (Kapitaleinsatz und Reserven) nur sukzessive auf zuletzt 1,85 Mio. Mark (1913) gesteigert werden konnte, mussten die Fremdmittel deutlich erhöht werden. In Ermangelung einer familiären Ressource geschah dies in Form von Bankkrediten: Sie stiegen von 88.000 (1897) auf 4,4 Mio. Mark (1913). Die insbesondere durch den Ausbau des Kreditgeschäfts bedingte rapide geschäftliche Expansion machte sich auch in der Bilanzsumme bemerkbar: Sie wuchs von einer halben Million Mark im Jahr 1897 auf über zehn Millionen Mark 1913 – das entspricht einer Steigerung von 2.000 Prozent (bei einer weitestgehend stabilen Währung).¹⁸² Gleichwohl blieb H. Aufhäuser auch damit ein vergleichsweise kleines Bankhaus.¹⁸³

Der geschäftliche Strategiewechsel lässt sich mikro- und makroökonomisch erklären.¹⁸⁴ Mikroökonomisch betrachtet wollte Heinrich Aufhäuser sich vermutlich von der schwer zu kalkulierenden Entwicklung an den Börsen und des daraus resultierenden schwankenden – und mitunter sehr mäßigen – Gewinns unabhängiger machen. Der Münchener Börsenhandel war in dieser Periode wiederholt durch „Geschäftslosigkeit“¹⁸⁵ gekennzeichnet. Nicht zuletzt machte sich dies beim Gewinn bemerkbar, der in den Jahren 1874 bis 1878 nur zwischen etwa 14.000 und maximal 28.000 Gulden bzw. Mark lag. In den Jahren 1879 bis 1886 konnte der Gewinn zwar bis auf rund 53.000 Mark gesteigert werden, bewegte sich zumeist aber deutlich darunter und Einbrüche blieben nicht aus (17.000 Mark im Jahr 1882). 1887 setzte eine erneute Börsenkrise ein, die vor allem Auslandswerte betraf (Zahlungskrise in Argentinien) und den Gewinn von Aufhäuser & Scharlach auf 26.800 Mark absinken ließ, und ab 1890 war das Börsengeschäft insgesamt von Stagnation geprägt, mit erheblich zurückgehenden Börsenumsätzen bis 1894.¹⁸⁶ Das Bankhaus blieb damit zwar in den Jahren nach der Krise stets profitabel. Die Bildung von Reserven für Krisen-Zeiten oder Investitionen war damit aber nur sehr begrenzt und das auch erst ab 1905 überhaupt möglich.¹⁸⁷ Wenn man zusätzlich berücksichtigt, dass der Gewinn zwischen Heinrich Aufhäuser und Samuel Scharlach paritätisch geteilt wurde, ließ sich damit ein dem Habitus eines angesehenen Privatbankiers

¹⁸² Ebd., F 20/381 (diverse Bilanzen).

¹⁸³ Ebd., F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 2f. Sal. Oppenheims Bilanzsumme beispielsweise betrug 1913 rund 80 Mio. RM, das Eigenkapital ca. 18 Mio. Mark, vgl. Stürmer/Teichmann/Treue, Wägen, Anhang; Ulrich, Aufstieg, S. 42. Die Bilanzsumme der Deutschen Bank belief sich auf über 2,2 Mrd. Mark, das Aktienkapital auf 200 Mio. Mark, vgl. <http://www.bankgeschichte.de/de/content/792.html> [07.09.2014]. Siehe auch Ulrich, Aufstieg, S. 24.

¹⁸⁴ Schriftliches hierzu ist z.B. seitens Heinrich Aufhäuser nicht überliefert.

¹⁸⁵ Baur, Geschichte, S. 101.

¹⁸⁶ BWA, F 20/381 (entsprechende Bilanzen); Baur, Geschichte, S. 101f. Insgesamt gingen im Zeitraum 1886-1895 die Notierungen an den deutschen Börsen zurück, wobei vor allem bei ausländischen Werten ein signifikanter Einbruch zu verzeichnen war, vgl. M. Pohl, Festigung, S. 235. Siehe ferner Stürmer/Teichmann/Treue, Wägen, S. 242.

¹⁸⁷ Die Reserven von H. Aufhäuser beliefen sich noch 1913 auf lediglich 250 TMark, BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 2.

angemessener Lebensstil nur schwerlich finanzieren.¹⁸⁸ Es wurde jedoch von der Öffentlichkeit erwartet, dass der „Bankherr“ (Achtenberg) eine Persönlichkeit der Präsentation ist „und der gleichzeitig auch Auge und Herz, aber auch eine offene Hand und Zeit für andere als für seine Bank hat.“¹⁸⁹ Morten Reitmayer sieht sogar das große Privatvermögen der Privatbankiers als die primäre Grundlage ihres Ansehens überhaupt an.¹⁹⁰ Gleichwohl hatte sich Heinrich Aufhäuser trotz seines in den Anfangsjahren noch sehr überschaubaren ökonomischen Kapitals einen guten Ruf erarbeitet und wichtige soziale Kontakte aufgebaut. Dies steht vordergründig im gewissen Gegensatz zum Paradigma Bourdieus, dass das ökonomische Kapital die Voraussetzung für die weiteren Kapitalsorten sei, findet aber seine Erklärung in der Ausbildungsstätte von Heinrich Aufhäuser, auf die noch einzugehen sein wird.

Bei der Verlagerung des Geschäftsschwerpunktes ist zudem der Umstand nicht zu unterschätzen, dass Heinrich Aufhäuser zwei Söhne¹⁹¹ hatte, um deren Zukunft er sich Gedanken machte. Zumindest der Werdegang seines ältesten Sohnes Martin zeigt deutlich, dass die Übergabe des Bankhauses an die nachfolgende Generation ein Ziel von Heinrich Aufhäuser war, d.h. der Vollzug des Übergangs von einem Besitzer- zu einem Familienunternehmen. Wenn das Bankhaus aber in dieser für die Privatbankiers schwierigen Phase auf Dauer unabhängig bleiben und die ökonomische Lebensgrundlage der Familie Aufhäuser bilden sollte, musste die Bank mehr Gewinn erwirtschaften. In diesem Zusammenhang ist auch die Auszahlung Scharlachs zu sehen – nach der Trennung blieb das eingesetzte und erwirtschaftete Kapital vollständig im Besitz der Familie.

Die Unabhängigkeit und letztendlich die Existenz des Bankhauses H. Aufhäuser wurde auch von den Ereignissen auf makroökonomischer Ebene bedroht, da die Konkurrenz insbesondere durch die Aktien- und Regionalbanken und den aufkommenden Sparkassen und

¹⁸⁸ Manager der Aktienbanken, deren Einkommen und Vermögen im generellen Vergleich zu den Privatbankiers nur einen Bruchteil ausmachten, besaßen in den 1880er Jahren ein Jahreseinkommen von zumeist über 100.000 Mark. Ihr Vermögen lag im Schnitt bei rund 4 Mio. Mark (1900-1914). Sehr reiche Privatbankiers kamen auf Vermögen von 43 bis 76 Mio. Mark, im Schnitt von knapp 15 Mio. Mark (1900-1914, 42 Privatbankiers), vgl. Reitmayer, Bankiers, S. 122ff. Mit diesen Werten konnte Heinrich Aufhäuser bei weitem nicht mithalten, aber auch in Vergleich zu anderen Einkommen der gehobenen Schicht ist seins eher durchschnittlich zu nennen: So verdiente in München in den 1870er Jahren ein Professor an der Akademie der Bildenden Künste ca. 4.000 Mark im Jahr, ein Ministerialrat bereits rund 6.500 Mark, eine Kgl. Kammersängerin schon knapp 26.000 Mark, und ein selbständiger Notar über 30.000 Mark, vgl. Dietrich O. A. Klose/Franziska Jungmann-Stadler, Königlich Bayerisches Geld. Zahlungsmittel und Finanzen im Königreich Bayern 1806-1918. München 2006, S. 108. Ein weiterer Vergleich: Den beiden Seniorchefs von Oppenheim wurde im Krisenjahr 1900 eine Entnahme aus dem laufenden Geschäft von „nur“ 400.000 Mark erlaubt. Vgl. Stürmer/Teichmann/Treue, Wägen, S. 263, siehe auch S. 238.

¹⁸⁹ Erich Achtenberg, Frankfurter Bankherren. Frankfurt a.M. 1971, S. 7f. (Zitat S. 8).

¹⁹⁰ Reitmayer, Bankiers, 148.

¹⁹¹ Er hatte auch noch drei Töchter: Bertha (*1874), Anna Emma (*1878), Cäcilie (*1885), BWA, F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 7.

Kreditgenossenschaften merklich zunahm.¹⁹² Zuerst die großen regionalen Banken, folgend die Berliner Aktienbanken, weiteten ihr Filialnetz kontinuierlich aus, häufig durch die Übernahme in der Provinz tätiger Privatbanken, oder den Auf- bzw. Ausbau von Interessengemeinschaften mit ihnen.¹⁹³ Indem diese Institute ihr Dienstleistungsportfolio massiv ausweiteten, traten sie in direkte Konkurrenz zu Privatbanken wie H. Aufhäuser. So forcierte beispielsweise die Deutsche Bank, die ursprünglich mit dem Ziel der internationalen Handelsfinanzierung gegründet worden war, seit Mitte der 1870er Jahre das Inlandsgeschäft, was auch mit dem kontinuierlichen Ausbau des Depositengeschäfts verbunden war.¹⁹⁴

Mit dem Ausbau des Filialnetzes hatte sich ferner die oben beschriebene Partnerschaft zwischen den Groß- und den unabhängigen Privatbanken in der Provinz zumindest in Teilen aufgelöst, denn die Bedeutung der Privatbankiers bei der Platzierung der Emissionen und bei der Gewährleistung der Liquidität an den (kleineren) Börsen ging merklich zurück.¹⁹⁵ Hinzu kam, dass das anlagesuchende Publikum nach dem *Crash* an der Börse insbesondere Aktien gegenüber sehr reserviert gegenüberstand. Was die Aktien zusätzlich unattraktiv erscheinen ließ war der Umstand, dass viele Unternehmen ihre zuvor teils üppig ausgeschütteten Dividendenzahlungen reduzierten oder sie komplett strichen – „eine bis dahin völlig neue Erfahrung“¹⁹⁶. Die Börsenkrise nach 1873 trug damit ihren Teil dazu bei, dass der Kapitalmarkt als Intermediär der Kapitalbeschaffung für die Industriefinanzierung wohl bis in die Mitte der 1890er Jahre wesentlich an Bedeutung verlor.¹⁹⁷ Zudem wurde bei der Kapitalbeschaffung der Anleihe den Vorzug vor der Aktie gegeben, die in der Regel für den Anleger risikoärmer, aber damit auch rendite- und für die Banken margenschwächer ist. Da für Aktienbanken damit kaum lukrative Konsortialgeschäfte initiiert werden konnten, gingen sie dann schließlich noch dazu über, das

¹⁹² Vgl. M. Pohl, Entstehung, S. 18, 23; ders., Festigung, S. 271-277; ders., Konzentration im deutschen Bankwesen (1848-1980). Frankfurt a.M. 1982, S. 200, S. 248; Donaubauer, Privatbankiers, S. 31-37, 54-79; Tilly, Geld, S. 107f. Wie oben bereits vermerkt, erreichte 1890 in München auch das Privatbankwesen seinen nummerischen Höhepunkt.

¹⁹³ Die Deutsche Bank errichtete beispielsweise 1892 als vierte Inlandsfiliale die „Bayerische Filiale der Deutschen Bank“, vgl. Manfred Pohl/Angelika Raab-Rebentisch, Calendarium Deutsche Bank 1870-2002. München/Zürich 2002, S. 23.

¹⁹⁴ Lothar Gall, Die Deutsche Bank von ihrer Gründung bis zum Ersten Weltkrieg 1870-1914, in: ders. u.a. (Hg.), Die Deutsche Bank 1870-1995. München 1995, S. 1-135, hier S. 31f. Siehe auch Geschäftsbericht der Deutschen Bank 1894, S. 4: „Unsere Geschäftsbasis wird stetig breiter, der Ausfall in einzelnen Geschäftszweigen wird durch die Zunahme in anderen Geschäftszweigen ausgeglichen.“ Der zu der Zeit pessimistische Grundton ist jedoch nicht zu übersehen, denn es folgt: „Wir können allerdings nicht die Erwartung hegen, außergewöhnliche Gewinne zu erzielen“.

¹⁹⁵ Aktienbanken gingen ferner dazu über, Industrieunternehmen vermehrt Kontokorrentkredite einzuräumen bzw. weitere Formen kurzfristiger Kredite zu gewähren. Zudem behielten Großbanken aus strategischen Gründen, zur Kurspflege und nicht zuletzt im Zuge der Konzentrationsbewegung in der Industrie bedeutende Aktienpakete in den eigenen Büchern, vgl. Gall, Deutsche Bank, S. 32f., 39.

¹⁹⁶ Baltzer, Berliner Kapitalmarkt, S. 19. Siehe allgemein auch Rosenberg, Große Depression, S. 41-45.

¹⁹⁷ Vgl. Harald Wixforth, Industriekredit und Kapitalmarktfinanzierung zwischen Reichgründung und Weltwirtschaftskrise, in: Bankhistorisches Archiv. Zeitschrift zur Bankengeschichte, Beiheft 40 (2002), S. 15-38, hier S. 21.

Börsenkommissionsgeschäft, das ursprüngliche Kerngeschäftsfeld von Aufhäuser & Scharlach, auszubauen.¹⁹⁸

Die Geschäftsverlagerung von H. Aufhäuser war auch vor dem Hintergrund konsequent, dass bereits die Steuergesetzgebung der 1880er Jahre den Wertpapierhandel merklich verteuerte.¹⁹⁹ Mit dem Börsengesetz von 1896 wurde der Wertpapierhandel schließlich stärker als je zuvor reglementiert.²⁰⁰ Das Börsengesetz wird vielfach als Grund für einen weiteren Schub im Bankenkonzentrationsprozess angesehen²⁰¹, da viele kleinere Privatbanken das nötige Kapital nicht aufbringen konnten. Zudem führte die Besteuerung der Wertpapiertransaktionen dazu, dass die Großbanken ihre Skaleneffekte einsetzen konnten: Durch ihren immer größer werdenden Kundenkreis konnten sie steuerfreien internen Handel betreiben, die Provisionsgebühren weit unter denen der Privatbankiers senken und über ihre ausländischen Filialen überdies das Wertpapiergeschäft vor allem zur weniger regulierten Londoner Börse verlagern.²⁰² Mit anderen Worten: Die Privatbanken waren kostenseitig nicht konkurrenzfähig. Einerseits war dies für Heinrich Aufhäuser nur ein sekundäres Problem, da seine wohlhabende Kundschaft sicher andere Anforderungen wie gehobenen Service und Diskretion für dringlicher hielt, andererseits gingen die Besteuerungen wiederum zu Lasten der Margen, d.h. letztendlich des Gewinns.

Allgemein betrachtet wurde damit das Geschäftsmodell der Privatbanken und mithin ihre Existenz von mehreren Seiten angegriffen.²⁰³ Gleichwohl war dies ein schleichender Prozess. Lokale wie überregional bedeutende Kreditinstitute betrieben auch weiterhin Geschäfte mit

¹⁹⁸ Jüdel, Erfahrung, S. 108.

¹⁹⁹ Vgl. Gömmel, Entstehung, S. 156f., S. 160, S. 166-169; Caroline Fohlin, *Finance Capitalism and Germany's Rise to Industrial Power*. Cambridge u.a. 2007, S. 233-254; Pohl, Entstehung, S. 23, S. 29.

²⁰⁰ Vgl. u.a. Christoph Wetzel, *Die Auswirkungen des Reichsbankgesetzes von 1896 auf die Effektenbörsen im Deutschen Reich*, insbesondere auf die Berliner Fondsbörse. Münster 1996; Schlegelmilch, Entwicklung, S. 19-23; Gömmel, Entstehung, S. 177. Das Gesetz trat zum 01.01.1897 in Kraft, Teile allerdings bereits im Laufe des Jahres 1896.

²⁰¹ Vgl. u.a. Pohl, Entstehung, S. 23, 29. Siehe auch zur zeitlichen Abgrenzung, jedoch mit Schwerpunkt auf den Konjunkturverlauf Donaubauer, *Privatbankiers*, S. 54ff. Siehe relativierend Fohlin, *Finance Capitalism*, S. 248. Allgemein M. Pohl, Festigung, S. 271-292.

²⁰² Vgl. Schlegelmilch, Entwicklung, S. 20, S. 22; Fohlin, *Finance Capitalism*, S. 233f. Die Provinzbanken waren ferner bis 1894 durch eine mögliche Doppelbesteuerung ihrer durch Berliner Banken ausgeführten Aufträge benachteiligt. Siehe zum internen Handel und seinen „großen bleibenden Nachteil“ für die Münchener Börse ferner Baur, *Geschichte*, S. 47. Die restriktive Börsengesetzgebung der Jahre 1896-1908 führte auch dazu, dass ein beträchtlicher Anteil des Börsengeschäfts von Deutschland (und auch Frankreich, wo die Situation ähnlich war) nach London abwanderte (die Deutsche Bank beispielsweise verlagerte als Reaktion einen Teil ihres internationalen Wertpapierhandels nach London) und dies zur finanziellen Vorherrschaft der City in Europa beitrug, vgl. Leslie Hannah, *London as the Global Market for Corporate Securities before 1914*, in: Laure Quennouëlle-Corre/Youssef Cassis (Hg.), *Financial Centres and International Capital Flows in the Nineteenth and Twentieth Centuries*. New York 2011, S. 126-160, hier S. 133; Richard Tilly, *Die Entwicklung der europäischen Wertpapierbörsen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert: Eine vergleichende Betrachtung*, in: Christoph Maria Merki (Hg.), *Europas Finanzzentren. Geschichte und Bedeutung im 20. Jahrhundert*. Frankfurt a.M./New York 2005, S. 223-244, hier S. 232.

²⁰³ Siehe als Überblick Ulrich, *Aufstieg*, S. 16-29.

dem Münchener Bankhaus.²⁰⁴ Das Bankhaus H. Aufhäuser hatte im Gegensatz zu Privatbanken beispielsweise im Ruhrgebiet zudem den Vorteil, dass München für Großbanken erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts interessant wurde. Nichtsdestotrotz musste sich dieser Prozess der Marginalisierung der Privatbanken mittel- bis langfristig auch auf H. Aufhäuser auswirken. Bei genauer Situationsanalyse war die Entwicklung allerdings vergleichsweise gut zu antizipieren, d.h. die Privatbanken hatte die Möglichkeit, darauf zu reagieren. Heinrich Aufhäuser tat dies mit dem Ausbau des Kreditgeschäfts.

Im Folgenden soll dargelegt werden, wie die Bank den Wertpapierhandel erfolgreich betreiben konnte, für das man eine wohlhabende Kundschaft, Informationen über lohnende Investments sowie Kooperationspartner für die Abwicklung benötigte. Zudem gilt es zu erklären, wie die kapitalschwache Bank die Krise von 1873 wirtschaftlich überleben und später die Neuausrichtung zu einem Kreditinstitut vollziehen konnte, wofür erhebliche Kapitalmittel unabdingbare Voraussetzung waren. Als Erklärungsmuster sollen die Vernetzung des Münchener Bankhauses und die zur Verfügung stehenden Kapitalien dienen. In Ergänzung soll kurz untersucht werden, ob sich der aufkommende moderne Antisemitismus bereits in dieser Phase auf die Bank bzw. die Familie Aufhäuser auswirkte.

4. Das Netzwerk und die Kapitalien

4.1. Die familiäre Vernetzung

Für das Effektenkommissionsgeschäft sind Kontakte zu wohlhabenden Personen wesentlich, für die Vertrauen, Diskretion und Erfahrung entscheidende Kriterien bilden. Heinrich Aufhäuser konnte diesen Anforderungen, gepaart mit den notwendigen Beziehungen, durch seinen Werdegang entsprechen.

Mit gerade 13 Jahren hatte er 1855 seine Geburtsstadt Hainsfarth verlassen und in München eine Lehre bei der 1830 gegründeten Bank J. N. Oberndoerffer angefangen. Heinrichs Vater Moses Löw Aufhäuser hatte den Handel mit Pelzfellen betrieben, wie allgemein die (fliegende) Handelstätigkeit unter den Juden in Deutschland vor der Emanzipation stark verbreitet war.²⁰⁵ Es war der Vater, der Heinrich Aufhäuser die Chance für ein verheißungsvolleres Leben als

²⁰⁴ Diese erscheinen auch in den 1880er und 1890er Jahren mit teils hohen Posten in den Bilanzen, BWA, F 20/381.

²⁰⁵ Steven M. Lowenstein, Anfänge der Integration 1780-1871, in: Marion Kaplan (Hg.), Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945. München 2003, S. 126-224, hier S. 172.

das eigene eröffnen wollte.²⁰⁶ Die Zeit war – insbesondere für die deutschen Juden – eine günstige. So wird „das mittlere und späte 19. Jahrhundert [als] eine Epoche bemerkenswerter sozialer Mobilität und Aufstiegschancen“²⁰⁷ bezeichnet und festgestellt, dass keine andere Sozialgruppe außer den Juden „in dieser Zeit einen derartig dramatischen und erfolgreichen Verbürgerungsprozess [durchlief].“²⁰⁸ Es ist davon auszugehen, dass die verwandtschaftlichen Beziehungen von Heinrichs Mutter wesentlich für seinen Werdegang waren. Moses Aufhäuser hatte 1838 Cäcilie Oberndorffer²⁰⁹ geheiratet, wohl eine entfernte Verwandte der Familie des Münchener Bankgründers Joel Nathan Oberndorffer.²¹⁰ Wenngleich die letzte Gewissheit fehlt, so sprechen doch diverse Indizien dafür, dass es diese verwandtschaftlichen Gegebenheiten waren, die Heinrich Aufhäuser nach München führten. Da viele Juden beispielsweise aufgrund der restriktiven Ansiedlungsbedingungen gezwungen waren, fern des Heimatortes ihre Existenz aufzubauen, führte dies dazu, dass Familienmitglieder weit zerstreut lebten. Gleichzeitig konnten sich daraus „enge familiäre Netzwerke“ herausbilden, die „soziale und ökonomische Relevanz erlangten.“²¹¹ Lässig sieht die Mobilität für die Mehrheit der Juden sogar als Teil ihres Habitus', was auch die Bereitschaft erhöhte, anderen Verwandten oder Bekannten in einer neuen Umgebung zu helfen.²¹² Dies gelte auch für Verwandte von Freunden.

Dass Heinrich Aufhäuser ausgerechnet nach München ging, ist ein weiterer Hinweis für die essentielle Bedeutung der verwandtschaftlichen Beziehung. Hainsfarth war ein kleiner, jüdisch geprägter Ort unweit der Stadt Oettingen mit etwas über 1.000 Einwohnern.²¹³ Als Heinrich Aufhäuser 1855 seinen Heimatort verließ, war dies inmitten der oft als *take off* bezeichneten Periode (ca. 1848-1871) der deutschen Industrialisierung²¹⁴ mit der Folge eine der größten

²⁰⁶ Moser/Winkler, Wegmarken, S. 27f.

²⁰⁷ Lowenstein, Anfänge, S. 184. Siehe auch mit Bezug auf München Hendrikje Kilian, Die jüdische Gemeinde in München 1813-1871. Eine Großstadtgemeinde im Zeitalter der Emanzipation. München 1989, S. 50-54 sowie Fritz Stern, Der Traum vom Frieden und die Versuchung der Macht. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. München 2006, S. 130f.

²⁰⁸ Lässig, Jüdische Wege, S. 13.

²⁰⁹ Der Vorname ist nicht gesichert, möglich sind auch die Namen Cilli (Zilli) und Otili, BWA, F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 5.

²¹⁰ Die Argumentationskette bei Köhler, Wirtschaftsbürger, S. 121f., geht in dieselbe Richtung, ist aufgrund seiner angegebenen Quelle (Moser/Winkler) aber nicht stringent: Cäcilie hieß nicht Oberndorffer, sondern schrieb sich Oberndorffer und folglich war Joel N. Oberndorffer auch nicht der Großvater von Heinrich Aufhäuser (Moser/Winkler, S. 27f.; Szkolny, Memoirs), auch wenn es häufig vorkam, dass Verwandte ihren Nachnamen unterschiedlich schrieben. Eine aufwendige Recherche von Hoppenstedt konnte keine verwandtschaftliche Beziehung belegen, sondern ebenfalls nur vermuten, BWA, F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 5f.

²¹¹ Lässig, Wege, S. 45. Vgl. auch insgesamt Köhler, Wirtschaftsbürger, mit der in obiger Anmerkung angebrachten Einschränkung.

²¹² Lässig, Wege, S. 45.

²¹³ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 25-28. Im 19. Jahrhundert beheimatete Hainsfarth angeblich die größte jüdische Gemeinde in Schwaben, vgl. <http://www.hainsfarth.de/geschichte/geschichte.html>; siehe auch http://www.alemannia-judaica.de/hainsfarth_synagoge.htm#Zur%20Geschichte%20der%20j%FCdischen%20Gemeinde [beide 16.12.2009]; s.a. Kilian, Jüdische Gemeinde, S. 53.

²¹⁴ Vgl. beispielsweise Tilly, Zollverein, S. 49-58; Ziegler, Zeitalter, S. 197 und passim.

Binnenmigrationen der deutschen Geschichte. Üblich war eine Nahwanderung, d.h. man ging bevorzugt vom Lande in ein kleineres Regionalzentrum und von dort erst in die Großstadt.²¹⁵ Heinrich Aufhäuser zog es jedoch nicht zuerst in die nächstgelegene Regionalstadt, sondern er machte sich direkt ins rund 160 Kilometer entfernte München auf. Zudem lag dazwischen Augsburg, die damals ebenbürtige Finanzstadt: Sie wäre sprichwörtlich die naheliegendere Option gewesen. Es spricht also Vieles dafür, dass auch Heinrich Aufhäuser nur vor dem Hintergrund der verwandtschaftlichen Unterstützung den Schritt wagte, nach München zu gehen.

Heinrich Aufhäuser wurde nach der Lehre von J. N. Oberndoerffer übernommen und es wurde ihm in den folgenden Jahren die verantwortungsvolle Stelle des „Cassierers“ anvertraut. Begünstigt wurde das womöglich dadurch, dass die beiden Partner der Bank, Senior-Chef Samson Oberndoerffer und Max Ritter von Wilmersdoerffer, Sohn bzw. Schwiegersohn des 1845 verstorbenen Johan N. Oberndoerffer, Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft waren und Wilmersdoerffer das Amt des Vorstands der Israelitischen Münchener Kultusgemeinde bekleidete. In dieser jüdischen Gemeinde fand der junge, von zu Hause getrennte Heinrich Aufhäuser früh Halt und Kontakte.²¹⁶ Die jüdische Gemeinde Münchens war mit rund 1.200 Mitgliedern (1855)²¹⁷ überschaubar und man dürfte sich untereinander gekannt haben. Zum Senior der Bank pflegte Heinrich Aufhäuser offensichtlich insgesamt sehr gute Beziehungen.²¹⁸ Auch dies ein Hinweis darauf, dass Heinrich Aufhäuser als (erweitertes) Familienmitglied angesehen wurde.

4.2. Die ökonomische Vernetzung

Die Situation in München stellte sich noch um 1860 grob skizziert wie folgt dar: „Neben einem für damalige Verhältnisse zumindest in institutioneller Hinsicht kompletten Bankensystem stand ein weniger ausgebautes Versicherungswesen und eine gänzlich unterentwickelte Börse.“²¹⁹ Von den in München zu der Zeit ansässigen Banken war J. N. Oberndoerffer eine der renommiertesten. Sie spielte eine bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben Münchens und hatte

²¹⁵ Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914. München 2008, S. 504; Ziegler, Zeitalter, S. 219. Siehe allgemein Tilly, Zollverein, S. 130-152.

²¹⁶ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 28.

²¹⁷ Vgl. ebd.

²¹⁸ Vgl. Eugen Szkolny, Memoirs. Diese Quelle steht zwar „nur“ im Internet und ist schwer nachzuprüfen. Soweit es die Familie Aufhäuser betrifft – und damit nachprüfbar ist – erweist sie sich jedoch als weitgehend zuverlässig. Szkolny vermerkt, dass die Anekdoten über Samson (Schamsche) Oberndoerffer, die Karl Fuerstenberg (Berliner Handelsgesellschaft) zugeschrieben werden, ursprünglich von Heinrich Aufhäuser stammen sollen.

²¹⁹ Gömmel, Aufstieg, S. 92.

eine weitgehend wohlhabende Kundschaft, hinzu kamen Geschäfte für den bayerischen Königshof.²²⁰ Heinrich Aufhäuser blieb 15 Jahre beim Bankhaus Oberndoerffer. Er bekam durch seine Position als „Cassierer“ und der Kundenstruktur der Bank Kontakte zur Elite Münchens. Es ist anzunehmen, dass ein Teil dieser Kunden auch Heinrich Aufhäuser und seiner neu gegründeten Bank ihr Geld anvertrauten, ansonsten hätte er das Wagnis der Selbstständigkeit vor dem Hintergrund seiner sicheren und angesehenen Stelle bei Oberndoerffer wohl kaum auf sich genommen.²²¹ Dafür spricht auch die Ausrichtung von Aufhäuser & Scharlach auf das Effektenkommissionsgeschäft und damit auf ein vermögendes, anlagesuchendes Klientel. Um dies professionell anbieten zu können, d.h. mit einer entsprechenden, möglichst internationalen Auswahl an Wertpapieren, müssen zwei Voraussetzungen gegeben sein: verlässliche Informationen über lukrative Investments sowie Kooperationspartner, um die Transaktionen abwickeln zu können. Mit anderen Worten: Notwendig ist ein umfangreiches, möglichst internationales und gut funktionierendes Netzwerk. Was die Angelegenheit im Vergleich zu etlichen anderen Privatbanken von vorneherein diffiziler gestaltete war der Umstand, dass Heinrich Aufhäuser auf kein eigenes familiales Netzwerk zurückgreifen konnte. Das konnte er jedoch dadurch kompensieren, dass es ihm offensichtlich möglich war, bereits während seiner Zeit bei J. N. Oberndoerffer wichtige soziale, geschäftsdienliche Kontakte herzustellen.²²²

Bereits ab dem Gründungsjahr 1870 wurden mit dem zu dieser Zeit unangefochten bedeutendsten Kreditinstitut²²³, der Disconto-Gesellschaft, Geschäfte getätigt. Die Berliner Großbank taucht in den Bilanzen sowohl unter den Posten „Kreditoren“ wie unter „Debitoren“ auf. Beide Positionen basierten offensichtlich auf offenen Effektingeschäften.²²⁴ Die für beide Banken vorteilhafte Geschäftsbeziehung stellte sich offenbar wie folgt dar: Heinrich Aufhäuser benötigte die Großbank, um über sie an der Berliner Börse, der wichtigsten im Reich, Wertpapiere zu kaufen. Die Disconto-Gesellschaft ihrerseits nutzte Aufhäuser & Scharlach und seine Verbindungen, um beispielsweise ein rumänisches Wertpapier (wohl in Österreich) über das Münchener Bankhaus zu erwerben.²²⁵ Beide Banken konnten für ihre Dienste jeweils Provisionszahlungen beanspruchen. Die Disconto-Gesellschaft beschloss erst zur Jahrhundertwende, allmählich ein eigenes Filialnetz aufzubauen.²²⁶ Davor bediente man sich offenbar Banken vor Ort, oder deutschen Banken mit guten Auslandsverbindungen als Kooperationspartner für das Effektingeschäft. Die Disconto-Gesellschaft tauchte in den

²²⁰ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 28; Münchener Abendblatt, 19.1.1965 (Nr. 15), S. 15. Siehe allgemein Kilian, Jüdische Gemeinde, S. 57-61.

²²¹ So auch die Vermutung bei Moser/Winkler, Wegmarken, S. 47f.

²²² Es kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass Kontakte auch auf Scharlach zurückgingen, erscheint aber eher unwahrscheinlich.

²²³ Vgl. beispielsweise http://www.bankgeschichte.de/04_16a.html [14.02.2010].

²²⁴ So auch BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 33f.; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 45.

²²⁵ BWA, F 20/381 (Bilanz 1870).

²²⁶ Vgl. http://www.bankgeschichte.de/04_16a.html [14.02.2010].

folgenden Jahren regelmäßig in den Bilanzen der Münchener Bank auf – nach dem Aufbau eines eigenen Filialnetzes dann aber überhaupt nicht mehr. Dieses Beispiel lässt sich in ähnlicher Weise auf weitere Geschäftsbeziehungen von Aufhäuser & Scharlach übertragen und bestätigt die oben gemachten Aussagen.

Auch nach Frankfurt am Main, dem zweitwichtigsten Finanzplatz im Reich, bestanden von Anbeginn diverse Kontakte. Für Aufhäuser & Scharlach waren die Verbindungen nach Frankfurt für eine international ausgerichtete Vermögensverwaltung von großer Wichtigkeit. An der Frankfurter Börse lag der Anteil an ausländischen Wertpapieren mit 30 Prozent rund doppelt so hoch wie an der Münchener Börse, wo beispielsweise 1880 lediglich acht ausländische Aktien erworben werden konnten (und lediglich 30 inländische).²²⁷ Ab den 1860er Jahren hatte sich die Frankfurter Börse zum wichtigsten Handelsplatz von US-amerikanischen Wertpapieren in Kontinentaleuropa entwickelt.²²⁸ Effekte, die auch in den Bilanzen von Aufhäuser & Scharlach auftauchten und über Frankfurter Bankinstitute bezogen wurden.²²⁹ Dem Münchener Bankhaus kam dabei gewiss die traditionelle Orientierung der Frankfurter Börse in den süddeutschen Raum und nach Österreich zugute. Frankfurt gelang es nach der Annexion durch Preußen, die Guldenwährung der Stadt beizubehalten und blieb so währungspolitisch im süddeutschen Währungsraum bis zur Einführung der Mark 1876 eingebunden.²³⁰ Aufhäuser & Scharlach verfügte bereits seit Anfang an über feste Beziehungen beispielsweise zu den Frankfurter Bankhäusern L.A. Hahn und B. Berle.²³¹ Ein weiterer wichtiger Kontakt nach Frankfurt offenbart eine interessante Variante der Nutzbarmachung eines bereits bestehenden familialen Netzwerkes: Es war Heinrich Aufhäuser gelungen, Kontakt zur Familie Weisweiler herzustellen und dieses familiale, internationale Kommunikations- und Transaktionsnetz für seine Bank zu instrumentalisieren. Die Weisweillers hatten ein Bankgeschäft in Frankfurt am Main eröffnet und Nachfahren siedelten im 19. Jahrhundert nach Österreich, Paris und Madrid über.²³² Wie die Beziehung Heinrich Aufhäusers zur Weisweiler-Familie zustande kam, lässt sich nicht mehr rekonstruieren.

²²⁷ Vgl. Gömmel, Aufstieg, S. 129f.

²²⁸ Vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Finanzplatz Frankfurt. Von der mittelalterlichen Messestadt zum europäischen Bankenzentrum. München 1999, S. 152, S. 206f.; Gömmel, Aufstieg, S. 130.

²²⁹ BWA, F 20/381 (Bilanz 1870 und folgende Bilanzen).

²³⁰ Vgl. Holtfrerich, Finanzplatz, S. 203, 207.

²³¹ BWA, F 20/381. Siehe allgemein zum Bankhaus L.A. Hahn Achterberg, Frankfurter Bankherren, S. 55-72. Anton Hahn von der Bank L.A. Hahn war u.a. im Gründungskonsortium des Frankfurter Bankvereins (1871); mit einem Aktienkapital von 36 Mio. Mark mehr als doppelt so groß wie die Deutsche Bank bei ihrer Gründung (15 Mio. Mark), vgl. Holtfrerich, Finanzplatz, S. 202. B. Berle tätigte Bank- und Wechselgeschäfte und residierte am Roßmarkt 1, vgl. Adress-Buch von Frankfurt a.M., 1877. Herausgegeben von Georg Friedrich Krug. Frankfurt a.M. 1877, S. 33 (dort „B. Berlé“) [Ich danke Silja Kaduk für das Aufstöbern dieses Buchs]. Weitere Informationen konnten nicht ermittelt werden. Für das Bankhaus Aufhäuser & Scharlach war die Verbindung zu B. Berle eine der bedeutendsten überhaupt, da der Name in den folgenden Jahren mit diversen Positionen in den Bilanzen geführt wurde.

²³² Vgl. http://www.hrb.at/bzt/doc/zgt/b16/presse/ranshofen-wertheimer_kohr.html; http://de.wikipedia.org/wiki/Daniel_Bernhard_Weisweiler [beide 09.03.2010].

Zumindest Daniel Bernard Weisweiler (1814-1892), Sohn eines Frankfurter Wechselmaklers und seit 1835 spanischer Agent für die Rothschilds in Madrid, verfügte als Generalkonsul von Maximilian II Joseph von Bayern über eine feste Bindung nach München. Da das Bankhaus Oberndorffer bekanntlich Geschäfte für das bayerische Königshaus tätigte, ein möglicher Anknüpfungspunkt.²³³ Es wurden bereits 1870 zwei spanische Papiere in der Bilanz von Aufhäuser & Scharlach gelistet, die einen Stücke wurden überwiegend über Frankfurt bezogen (B. Berle), bei den anderen fehlt die Bezugsquelle.²³⁴ Gleichwohl dürfte Heinrich Aufhäuser solche Papiere nicht ohne vorherige Informationen ins Portefeuille geholt haben. Ob er seine Empfehlungen direkt aus Spanien, oder von anderswo erhielt, ist aus der Bilanz nicht herauszulesen.²³⁵ Festzuhalten bleibt, dass Aufhäuser & Scharlach über die Familie Weisweiler wichtige Kontakte zu den Finanzplätzen Frankfurt am Main, Österreich und Paris (sowie eventuell Madrid) herstellen konnte: Namentlich die Bank Morpurgo & Weisweiler in Frankfurt am Main²³⁶, das gleichnamige Institut in Voralberg, Wollheim & Weisweiler in Wien²³⁷ und – etwas später – das Bankhaus Charles Weisweiler in Paris wurden in den Büchern angeführt²³⁸.

Eine ähnliche Rolle scheint die Familie Neuman für einen weiteren, ersten Kontakt nach Paris gespielt zu haben. Seit Bestehen verfügte Aufhäuser & Scharlach über Kontakte zu Hirsch & Neuman aus Konstanz; wie insgesamt zu diversen bayerischen Banken außerhalb Münchens Geschäftsbeziehungen bestanden, man mithin auch von einem kleinen regionalen Bankennetzwerk sprechen kann.²³⁹ Wurden bereits in den ersten Bilanzen französische Wertpapier gelistet, erschien seit 1882 zudem die Bank I.O. Neuman. Diese war in Paris ansässig, Aufhäuser & Scharlach verfügte also spätestens ab diesen Zeitpunkt über eine konkrete Anlaufstelle an einem weiteren wichtigen europäischen Finanzplatz.

Dass zwei jüdische Familien – Weisweiler und Neuman²⁴⁰ – ein wichtiges Bindungsglied im Aufhäuser-Netzwerk bildeten, sollte vom religiösen Standpunkt her allerdings nicht

²³³ Darüber hinaus war Daniel B. Weisweiler Konsul von Kaiser Franz II, vgl. ebd.

²³⁴ BWA, F 20/381 (Bilanzen 1870, 1872, 1873).

²³⁵ Wie insgesamt die Bilanz nur teilweise Auskunft über die Geschäftsverbindungen zu anderen Banken gibt, da diese insbesondere in den Anfangsjahren nur bei noch offenen Wertpapiergeschäften zum Bilanzstichtag Erwähnung fanden.

²³⁶ BWA, F 20/381 (Bilanz 1870 und folgende Bilanzen). Siehe auch <http://forum.ahnenforschung.net/showthread.php?t=15984&page=3> (Adress- und Geschäftshandbuch Frankfurt am Main 1868/69) [09.03.2010]. Das Bankhaus Morpurgo & Weisweiler war 1872 wiederum an der Umwandlung des Bankhauses L.A. Hahn in die Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank AG beteiligt, vgl. Achterberg, Frankfurter Bankherren, S. 62; Kirchholtes, Jüdische Privatbanken, S. 47f.

²³⁷ BWA, F 20/381 (Bilanz 1870 sowie folgende Bilanzen).

²³⁸ Ebd. Wieso dieser Kontakt nach Paris im Vergleich zu den anderen wesentlich später zustande kam, konnte nicht ermittelt werden.

²³⁹ Ebd.

²⁴⁰ Da über die Bank bzw. die Familie Neuman nichts bekannt ist, ist die jüdische Abstammung nicht gesichert, aber aufgrund des Namens zu vermuten.

überbewertet werden. Der gemeinsame jüdische Glaube machte die Kontaktaufnahme vielleicht einfacher, aber dass die Beziehungen ins Ausland zustande kamen, dürfte eher der Tatsache geschuldet gewesen sein, dass jüdische Bankhäuser respektive ihre Familienmitglieder oft ins Ausland gingen, um dort eine weitere Bank (-Filiale) zu eröffnen. Die Rothschilds sind hierfür ein prominentes Beispiel, aber eben kein singuläres. Diese Familien-Netzwerke bzw. die internationalen Verbindungen im Allgemeinen waren ja gerade der strategische Vorteil der jüdischen Unternehmer gegenüber nicht-jüdischen und führten dazu, dass Juden in besonderem Maße in internationalen Handels- und Geldgeschäften tätig waren.²⁴¹ Diese weitverzweigten Kommunikationsnetze ließen sich wiederum von interessierten Kreisen als Verschwörung des Weltfinanzjudentums diffamieren und für antisemitische Hetze instrumentalisieren. Im Falle Aufhäuser & Scharlach ist jedoch nicht zu erkennen, dass das Bankhaus unter der antisemitischen Stimmung seit der Wirtschaftskrise gelitten hätte. Der Kundenstamm konnte in den ersten Jahren konstant gehalten und bis zur Jahrhundertwende signifikant ausgebaut werden. Weder der katholische Frauenbund noch diverse Offiziere und Mitglieder des Hochadels wollten auf die Dienste der jüdischen Bank verzichten.²⁴² Was den Juden seitens der Antisemiten zum Vorwurf gemacht wurde, nahm man selbst gern in Anspruch: exzellente Verbindungen und ein damit zusammenhängendes ausgezeichnetes Informations- und Transaktionssystem. Vielfach, und man kann davon ausgehen auch bei den Aufhäuser-Kunden, wurde darüber hinaus zwischen „guten“ und „schlechten“ Juden unterschieden²⁴³; was wiederum die Tendenz innerhalb der jüdischen Religionsgemeinschaft verstärkte, sich nach unten hin abzugrenzen. So lässt sich beobachten, dass Geschäftsleute, die durchaus zu antisemitischen Äußerungen neigten, Juden, mit denen sie in Beziehung standen, sie also kannten, von ihren Bemerkungen ausnahmen.²⁴⁴

Wie wenig die religiöse Zugehörigkeit beim Aufbau des Aufhäuser-Netzwerkes von Bedeutung war zeigte ferner, dass es Heinrich Aufhäuser auch jenseits jüdischer Familienverbänden gelungen war, ein weitverzweigtes, internationales Bankennetzwerk aufzubauen (siehe auch Abb. 1). In Paris hatte das Münchener Bankhaus neben Weisweiler und I.O. Neuman Kontakte

²⁴¹ Vgl. auch Werner E. Mosse, *Jewish Entrepreneurship in Germany 1820-1935*, in: ders./Hans Pohl (Hg.), *Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Zeitschrift für Unternehmensgeschichte*, Beiheft 64 (1992), S. 54-66, hier S. 59, S. 62f.

²⁴² BWA, F 20/381 (diverse Bilanzen).

²⁴³ Vgl. auch Reitmayer, *Bankiers*, S. 193.

²⁴⁴ Wäre zur Untermauerung dieser Feststellung weitere Feldforschung nötig, gibt es doch Hinweise. So beispielsweise beim Großindustriellen Hugo Stinnes, vgl. Gerald D. Feldman, *Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870-1924*. München 1998, S. 628f., S. 766f. Zudem bemerkenswert: Stinnes deutet den Antisemitismus den Bankiers gegenüber „als Neid und Missgunst einer Rasse und Mitbürgern gegenüber, die durch Talent und früher ausgeübten Zwang zweifellos überlegene kaufmännisch wirtschaftliche Eigenschaften besitzen, d.h. der Antisemitismus dieser Art ist weiter nichts als Konkurrenzneid gegenüber überlegenen Wettbewerbern.“ (S. 766f.). Siehe auch die Feststellung Reitmayers, dass in der Hochfinanz die Judenfeindschaft wenig verbreitet war, „am ehesten noch bei denjenigen nicht-jüdischen Manager-Bankiers, die aus Beamtenfamilien stammten beziehungsweise aus der Beamtenlaufbahn in die Spitze einer Großbank übertraten, welche die Ressentiments ihrer Herkunftsmilieus mitbrachten und nur wenig beruflichen Umgang mit Juden hatten.“

zur Crédit Lyonnais, in London zu Anglo Foreign Banking, A.O. Uhlmann & Co., Links Uhlman & Co, Wagner & Co., in Rom zu Schmitt & Cie, in Österreich neben den bereits genannten zur Anglo- sterreichischen Bank, Franco- sterreichischen Bank, zu Jacques Weiss, Roth & Nemschitz und Mercurbank²⁴⁵ sowie in der Schweiz zur Basler Handelsbank. Wobei diese weiteren Verbindungen ins Ausland – insbesondere nach London – vielfach erst ab den 1880er Jahren aufgebaut wurden (die sich in den 1880er und insbesondere ab 1890er Jahren verschlechternden deutsch-englischen Beziehungen²⁴⁶ wirkten sich damit nicht störend auf die Verbindungen nach London und das Geschäft aus).

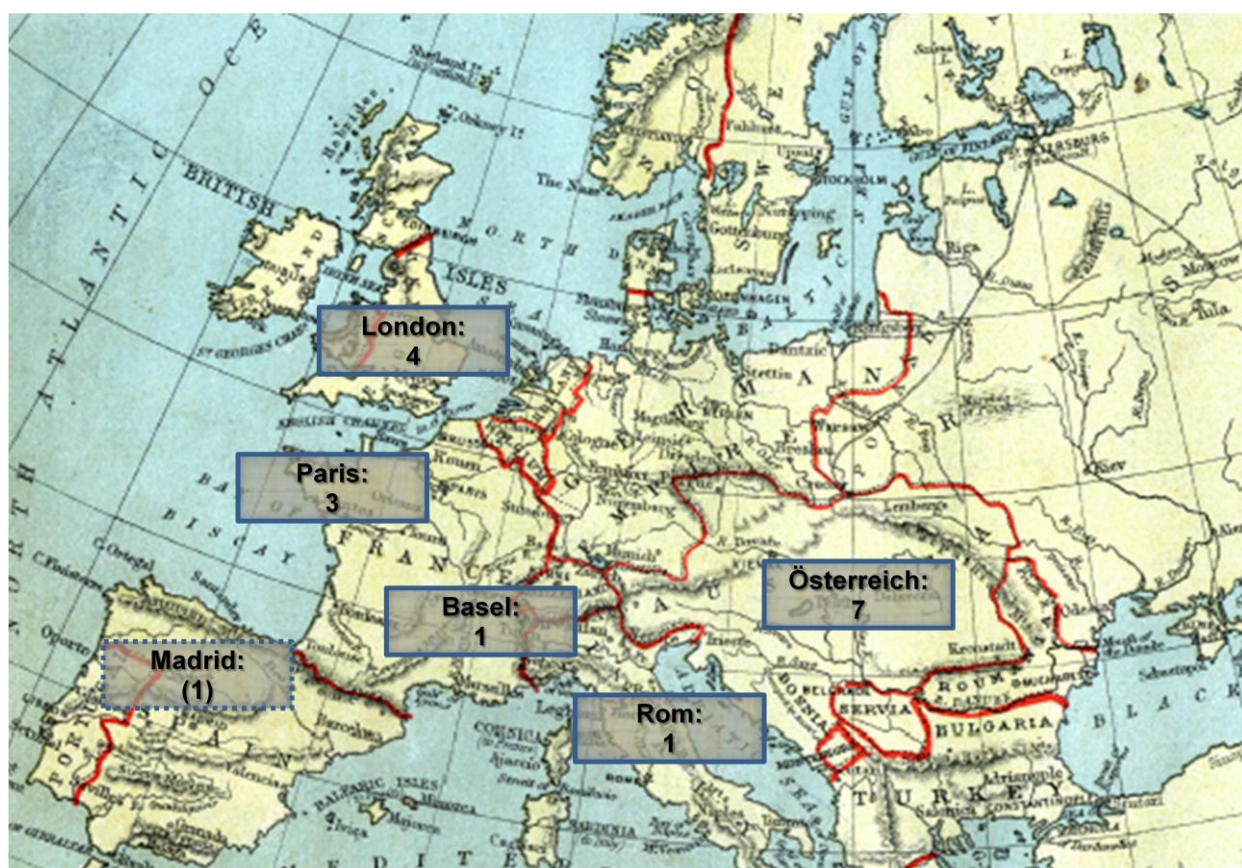


Abb. 1: Gesicherte Bankverbindungen des Bankhauses H. Aufhäuser ins Ausland während des Kaiserreichs; Madrid ist nicht gesichert.
Eigene Darstellung, Europakarte von 1888.

Aber auch zu diversen deutschen Aktienbanken sowie weiteren nationalen Privatbanken pflegte das Münchener Bankhaus mitunter Jahrzehnte andauernde Kontakte. Zu erwähnen sind neben der bereits oben genannten Disconto-Gesellschaft noch die Deutsche Bank (Berlin), Darmstädter Bank (Berlin und Frankfurt), Dresdner Bank (Berlin), Mitteldeutsche

²⁴⁵ Ab 1877 erschien in der Bilanz wiederholt „Aufhäuser & Liebman in Wien“. Aufgrund der vorliegenden Unterlagen ist nicht einzuordnen, wobei es sich dabei handelte. Möglich ist eine familiäre Verbindung. Es ist jedoch auch nicht vollkommen auszuschließen, dass es eine Niederlassung war, BWA, F 20/381 (diverse Bilanzen).

²⁴⁶ Vgl. beispielsweise Gregor Schöllgen, Das Zeitalter des Imperialismus. München ³1994, S. 68-73.

Creditbank (Berlin und Frankfurt), Arons & Walter (Berlin), Gebr. Gutman (Berlin), Bank für Handel und Industrie (Frankfurt), Gebr. Gutmann (Augsburg), H. Morgenroth (Bamberg), Gebr. Arnhold (Dresden), M. Auerbach (Karlsruhe) und Pfälzer Bank (Ludwigshafen). Eine süd-östliche Fokussierung ist unverkennbar, das für viele Banken wichtige Ruhrgebiet sowie Hamburg als wichtiger Welthandelsplatz spielten keine Rolle. Auf regionaler Ebene hatte das Münchener Bankhaus schließlich bis spätestens zur Jahrhundertwende zu allen wesentlichen bayerischen Banken Geschäftsbeziehungen aufgebaut: Bayerische Vereinsbank, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank („Hypo-Bank“), Bayerische Notenbank, Königliche Filialbank und zur Bayerische Bodencredit Anstalt.

Aufhäuser & Scharlach war damit seit Anbeginn gut in die nationalen und internationalen Finanzmärkte integriert. In einer Zeit, als die Telegrafenvorbindung das schnellste Kommunikationsmittel bedeutete, und an professionelle Wertpapieranalysen noch lange nicht zu denken war, war man – insbesondere bei einer Geschäftsausrichtung wie Aufhäuser & Scharlach – auf die Informationen vor Ort über erfolgsversprechende Investments an den jeweiligen Börsen angewiesen. Denn das Prinzip der Diversifikation, d.h. die Streuung der Assets, um Klumpenrisiken zu vermeiden, war Heinrich Aufhäuser bekannt, war er doch sichtbar bemüht, seinen Kunden verschiedene Anlageklassen aus unterschiedlichen Ländern anzubieten. Die Kontakte zu den oben genannten Banken konnte beides bieten: wichtige Marktinformationen und einen Partner, um die Geschäfte abwickeln zu können. Dass eine Bank eine andere mit diesen Informationen versorgte, war damals nichts Ungewöhnliches.²⁴⁷ Da die jeweiligen Banken an verschiedenen in- und ausländischen Orten präsent waren, kam man sich geschäftlich nicht in die Quere, beide konnten durch die Kooperation aber profitieren. Und Großbanken begrüßten den Umstand, mit den Privatbankiers Geschäftspartner zu haben, die den liquiden Handel mit den Titeln gewährleisteten und mit ihren Kundenkontakten maßgeblich halfen, Emissionen am Markt zu platzieren.²⁴⁸ Heinrich Aufhäuser seinerseits erhielt wichtige Informationen für die Zusammenstellung der Portfolios seiner Kunden und den Eigenhandel. Folglich tauchen bereits in den ersten Bilanzen neben Staatsobligationen und Pfandbriefen aus Bayern sowie Bundesschatzanweisungen Anleihen aus Österreich-Ungarn, Rumänien, Spanien, Ägypten und den USA auf. Hinzu kamen diverse Loose (u.a. Brüssel, Madrid, Mailand) sowie Aktien insbesondere von Eisenbahnen, etwa aus Bayern, Österreich-Ungarn und Oregon/USA.²⁴⁹ Die Kooperationspartner konnten hoffen, dass eine gute Empfehlung zum Kauf des Wertpapiers führte und damit von Aufhäuser & Scharlach eine

²⁴⁷ Markus Dahlem, Die Professionalisierung des Bankbetriebs. Studien zur institutionellen Strukturen deutsche Banken im Kaiserreich 1871-1914. Essen 2009, S. 233f.

²⁴⁸ Als konkretes Beispiel: Es tauchen Aktien der Gisel(l)abahn (Salzburg-Tirol) in der Bilanz von 1873 auf, die im November 1872 erst die Konzession zum Bau erhielt, mithin Aufhäuser & Scharlach wohl zu den Erstzeichnern zählte, vgl. BWA, F 20/381; <http://de.wikipedia.org/wiki/Salzburg-Tiroler-Bahn> [19.04.2010].

²⁴⁹ BWA, F 20/381 (Bilanz 1870 und folgende Bilanzen). Siehe auch Moser/Winkler, Wegmarken, S. 48f.

Provision fällig wurde. Das Problem der Informationsasymmetrie dürfte für Heinrich Aufhäuser jedoch insbesondere bei einem neuen Kontakt, den er beispielsweise noch nicht aus seiner Zeit bei J. N. Oberndoerffer kannte, erheblich gewesen sein. Erhielt er eine Kaufempfehlung vielleicht nur, weil die Bank Provision verdienen wollte, oder sie sogar im Emissionskonsortium saß, wovon er nichts wusste? Aufhäuser konnte diese Schwierigkeiten einerseits dadurch zumindest versuchen zu minimieren, indem er sich von mehreren Seiten Informationen zu einem Rat einholte. Dies erhöhte zwar die Transaktionskosten, ließ aber Aufhäuser zugleich flexibler und präziser agieren. Konnte oder wollte der Münchener Privatbankier keine weiteren Informationen einholen, war er andererseits auf das vertrauenswürdige Tun seines Counterparts angewiesen. Mittelfristig wirkte der „Erfolg“ bzw. „Misserfolg“ der Empfehlungen sicher als Regulativ: Stellten sich die gemachten Kaufempfehlungen allzu oft als Fehlinvestitionen heraus, dürfte dies auch das Ende der Kooperation bedeutet haben.

Man kann die Netzerkennung von Aufhäuser & Scharlach in seiner Gesamtheit als Mittel zur Senkung der Transaktionskosten im Sinne der Neuen Institutionenökonomik sehen. Zugleich muss jedoch beachtet werden, dass es nicht nur um eine Kostenreduktion ging, sondern diese Verbindungen im In- und Ausland eine *conditio qua sine non* für das Münchener Bankhaus waren. Nur dadurch waren ein effektiver Wertpapierhandel und eine zweckmäßige Vermögensverwaltung möglich. Aufhäuser & Scharlach hatte weder die personellen, logistischen noch finanziellen Ressourcen, um an den wichtigsten nationalen wie internationalen Börsenplätzen selbst präsent zu sein. Die Netzerkennung war die einzig adäquate Möglichkeit, um das Geschäft mit den gegebenen Ressourcen profitabel gestalten zu können. Anders als zum Paradebeispiel Rothschild²⁵⁰, oder – in kleinerer Dimension – zu Weisweiller, war es Aufhäuser & Scharlach nicht möglich, ein familiales Netzwerk aufzubauen. Dies musste aber nicht zwangsläufig zum Nachteil gereichen. Wenn erst einmal etabliert, hat ein weitverzweigtes, nicht-familiales Netzwerk gegenüber einem familialen auch seine Vorteile. Familiennetze waren zwar meist, gerade in Krisensituationen, beständiger als nicht-familiale. Dies führte aber in der Regel auch dazu, dass in finanzielle Not geratenen Verwandten aus familiärer Verbundenheit entgegen betriebswirtschaftlicher Logik doch unterstützt wurden. Das wiederum barg erhebliche Risiken für die eigenen Finanzen und die eigene Reputation.²⁵¹ Wichtiger war noch, dass man – die nötigen Kontakte vorausgesetzt – in der Auswahl der Korrespondenzverbindungen, personell wie geografisch, wesentlich flexibler

²⁵⁰ Vgl. Ferguson, House of Rothschild, insbesondere S. 112-118; Rainer Liedtke, Im Auftrag der Banken – Agenten als Träger europaweiter Kommunikationsnetze für den Kapitalverkehr im 19. Jahrhundert, in: Ralf Roth (Hg.), Städte im europäischen Raum. Verkehr, Kommunikation und Urbanität im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2009, S. 157-186.

²⁵¹ Vgl. Ferguson, House of Rothschild, S. 461-507; Saldern, Netzwerkökonomie, S. 266-269.

war als bei Familiennetzwerken.²⁵² So hatte das Bankhaus Aufhäuser & Scharlach zumindest an den für ihn anfänglich wichtigsten Finanzplätzen Frankfurt am Main, Berlin und in Wien mehr als eine Bank, mit der es Geschäfte tätigte. Es ist sogar davon auszugehen, dass Privatbankiers es bewusst vermieden, exklusive Verbindungen einzugehen, um verschiedene Informationsquellen und Transaktionsmöglichkeiten zur Auswahl zu haben.²⁵³

Das hohe Maß an Flexibilität zeigte sich nach der Krise von 1873. Die vormals so bedeutende Verknüpfung zur Familie Weisweiller spielte fortan keine besondere Rolle mehr, wobei der konkrete Anlass nicht überliefert ist. In Wien besaß Aufhäuser & Scharlach aber Ersatz in der 1864 mit britischem Kapital gegründeten Anglo-Österreichischen Bank, kurz Anglobank.²⁵⁴ Die Anglobank war stark im Münchener Bankenmarkt engagiert, zum Beispiel bei der Gründung der Bayerischen Vereinsbank²⁵⁵, und sie war bei Gründungen von Industrie- und Eisenbahnunternehmen beteiligt, hielt jedoch deren Aktien kaum im eigenen Bestand. Als zweite wichtige Verbindung für Aufhäuser & Scharlach fungierte in Wien ferner die diesmal mit französischem Kapital gegründete Franco-Österreichische Bank. Diese war auch im Münchener Bankenmarkt aktiv, so beispielsweise bei der Gründung der Bayerischen Handelsbank. Die bereits beschriebene Kooperation scheint auch in diesen beiden Fällen Anwendung gefunden zu haben: Hier die kleine Bank auf der Suche nach lukrativen Anlagen und entsprechenden Informationen, dort das große Emissionshaus, das die Aktien platzieren musste. So wurden in der Bilanz unter den Effekten seit 1870 regelmäßig Aktien der Bayerische Vereinsbank geführt sowie ein Wertpapier der Bayerischen Handelsbank mit dem Zusatz „in Wien lagernd“.²⁵⁶

²⁵² Dies gilt auch für den Fall, dass sich die Familienmitglieder vor Ort ein Netzwerk aus diversen Banken aufgebaut haben, da diese Fähigkeit ja nicht auf familiäre Netzwerke beschränkt war.

²⁵³ Vgl. das Beispiel bei Dahlem, Professionalisierung, S. 215.

²⁵⁴ Vgl. zum Folgenden Herbert Matis/Fritz Weber, Bankensysteme und Bankenkonzentration von den 1850er Jahren bis 1918: Kaisertum Österreich – Donaumonarchie, in: Hans Pohl (Hg.): Europäische Bankengeschichte. Frankfurt a.M. 1993, S. 316-332, hier S. 325; P.L. Cottrell, London financiers and Austria, 1863-75: The Anglo-Austrian Bank, in: Business History 11 (1969), S. 107-119; Ferguson, House of Rothschild, S. 607. Die Anglobank wurde bereits in der ersten Aufhäuser-Bilanz unter den Effekten aufgeführt, jedoch mit dem Zusatz „schuldig“, BWA, F 20/381. Die Anglobank war eng mit dem Namen David Weisweiller verbunden, vgl. Carsten Burhop, Die Kreditbanken in der Gründerzeit. Frankfurt am Main 2004, S. 99.

²⁵⁵ Vgl. Gömmel, Aufstieg, S. 96.

²⁵⁶ BWA, F 20/381 (Bilanz 1870 und folgende Bilanzen).

4.3. Die Unternehmerfamilie Aufhäuser: ihr soziales, symbolisches und kulturelles Kapital

Bereits 1876, also gerade sechs Jahre nach seiner Selbstständigkeit, wurde Heinrich Aufhäuser in den Vorstand der Münchener Börse gewählt. Träger der Börse war der 1869 gegründete Münchener Handelsverein, eine freie Vereinigung Münchener Geschäftsleute.²⁵⁷ Mit der neuen Trägerschaft begann der eigentliche Aufschwung der Börse. Der Handelsverein hatte eine große Machtfülle, büßte diese aber in Folge des neuen Börsengesetzes von 1896 weitgehend ein, da die bisher private Börse fortan der Landesregierung unterstellt war. Dessen ungeachtet wählte der Vorstand des Münchener Handelsvereins den Börsenvorstand, der aus den Mitgliedern des Handelsvereins entstammte. Heinrich Aufhäusers Wahl in den Börsenvorstand und die Berufung in den Vorstand des Münchener Handelsvereins 1899 waren weitere Indizien dafür, welche herausragende Bedeutung dem Bankhaus für den Wirtschaftsstandort im Allgemeinen und den Münchener Börsenhandel im Speziellen zukam. Über diese Positionen war es Heinrich Aufhäuser zudem möglich, wichtige soziale Kontakte zu knüpfen und solche zu pflegen. Besonders auf jüdischer Seite konnte Heinrich Aufhäuser seine gesellschaftliche Stellung weiter vergrößern, nachdem er 1892 in den Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde gewählt worden war. Ehrenamtlich engagierte er sich in diversen Ausschüssen, vor allem die Verbesserung der beruflichen Chancen bedürftiger Gemeindemitglieder stand für ihn dabei im Mittelpunkt.²⁵⁸

Sein gesellschaftliches wie wirtschaftliches Renommee konnte Heinrich Aufhäuser nach der Auszahlung Scharlachs 1892²⁵⁹ wesentlich erweitern, da die Bank ab 1894 nur noch seinen Namen trug: H. Aufhäuser²⁶⁰. 1897 ging Heinrich Aufhäuser ferner dazu über, neue Räume für die expandierende Bank zu erwerben. Er kaufte für 160.000 Mark das Haus in der Löwengrube 20 – ganz in der Nähe seines alten Bankgeschäfts. Er ließ das Gebäude von der renommierten Baufirma Stöhr aufwendig, nach Stilelementen der Neurenaissance renovieren und zog 1899²⁶¹ in die neuen Geschäftsräume. Dies widerspricht nicht den vorher gemachten Aussagen der nur bedingt verfügbaren finanziellen Ressourcen Heinrich Aufhäusers, denn er scheint die Kauf- und Renovierungskosten zumindest partiell dadurch finanziert zu haben, dass er nur einen Teil

²⁵⁷ Vgl. zum Folgenden Baur, Geschichte, S. 98, 170ff.; Gömmel, Entstehung, S. 187f.

²⁵⁸ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 31.

²⁵⁹ Aufhäuser hatte Scharlach bis 1892 nach und nach ausbezahlt, was gleichzeitig die bereits erwähnte Halbierung des Kapitalkontos auf knapp 290.000 Mark zur Folge hatte, BWA, F 20/381; ebd., F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 72; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 30. Siehe auch BWA, F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 27f. mit offensichtlich falschen Daten (1891 bzw. 1895).

²⁶⁰ Auf zeitgenössischen Fotos am Gebäude war „H. Aufhäuser Bankgeschäft“ angebracht (vgl. Abb. 2; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 51), dennoch wird im Folgenden das gebräuchliche „Bankhaus H. Aufhäuser“ verwandt werden.

²⁶¹ Leicht abweichende Daten wiederum bei BWA, F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 28. Vgl. hierzu wie zum Folgenden Moser/Winkler, Wegmarken, S. 36f. Siehe auch BWA, F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 29f.

des Erdgeschosses für sich nutzte und das restliche Erdgeschoss sowie die weiteren vier Stockwerke vermietete.²⁶² Ein wichtiger Schritt zur Übergabe der Bank an die folgende Generation und damit die Begründung eines Familienunternehmens²⁶³, vollzog Heinrich Aufhäuser durch die Aufnahme seines 26-jährigen Sohnes Martin als Teilhaber im Jahr 1901²⁶⁴; er selbst blieb zumindest bis 1914 jedoch Senior-Chef und damit die maßgebliche Person in der Bank²⁶⁵. Martin Aufhäuser war offenbar bewusst auf die Tätigkeit in der väterlichen Bank vorbereitet worden, auch wenn nur rudimentäre Kenntnisse darüber vorliegen. Nach dem Abitur war er, entsprechend der weit verbreiteten, bis heute vorzufindenden Tradition, bei einer anderen Privatbank in Frankfurt a.M. in die Lehre gegangen. Nach seiner Ausbildung, die er womöglich auch bei anderen (ausländischen) Banken fortsetzte, stieg er bei der Bank seines Vaters ein.

Der Werdegang von Siegfried Aufhäuser liest sich zu Anfang ähnlich: Dieser gelangte nach der Schulzeit und seinem Militärdienst zunächst nach Berlin, um seine Ausbildung zum Bankiers anzubahnen. Von dort siedelte er 1901 nach London über, wo seine eigentliche Bankierslaufbahn begann. Das Datum scheint auch einen Bruch zum väterlichen Bankhaus bedeutete zu haben, denn es ist bekanntlich das Jahr, als sein Bruder bei H. Aufhäuser als Teilhaber einstieg. Dies lag wohl daran, dass laut Überlieferung Siegfried Aufhäuser sich mit seinem Vater nur leidlich gut verstanden hat.²⁶⁶ Symbolträchtig erscheint dabei ein Bild aus etwa dieser Zeit: Heinrich Aufhäuser steht mit seinem Sohn Martin auf der Stufe zum Bankhaus, sein Sohn Siegfried steht leicht abseits daneben (siehe Abb.2).

²⁶² Unter anderem an den Zahnarzt Seiner Königlichen Hoheit Philip von Bourbon, vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 36f. (dort ist von drei Stockwerken die Rede). Siehe auch BWA, F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 29f. Siehe ferner die Bilder etwa zur Jahrhundertwende, Stadtarchiv München (StadtAM), Pett 1-2079 bis 2081 (Fotos Georg Pettendorfer (1858-1945)). Untermieter waren demnach auch J. Weg's Nachf. Ausstattungsgeschäft bzw. Georg Lang sel. Erben und Benno Marstaller Hofsattler (die beiden letztgenannten Firmen existieren noch heute).

²⁶³ Definition folgend den Ausführungen bei Schäfer, Familienunternehmen, S. 16, 78, 100, 145, 225.

²⁶⁴ Nach BWA, F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 27f. trat Martin Aufhäuser zum 1.10.1900 dem Bankhaus bei. Laut Moser/Winkler, Wegmarken, S. 55 wurde er 1901 als Teilhaber aufgenommen. Martin Aufhäuser war evtl. bereits ab 1891 zumindest teilweise in der Bank tätig gewesen, da erst 16-jährig womöglich als Auszubildender, BWA, F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 27.

²⁶⁵ Ab 1904 wurde Martin Aufhäuser zwar paritätisch am Gewinn beteiligt (zuvor 60:40, bei einer vierprozentigen Verzinsung der Guthaben), die Bilanz wurde aber zunächst weiterhin nur von Heinrich Aufhäuser unterzeichnet. Ab 1914 zeichnete Martin Aufhäuser die Bilanz alleine ab, ebd., F 20/381.

²⁶⁶ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 61. Zu den zuvor und folgend genannten Daten siehe ebd.



Abb. 2: Heinrich Aufhäuser mit seinen Söhnen Martin und Siegfried (v.l.n.r.) vor dem Bankhaus in der Löwengrube, um 1905 (BWA, F 20).

Es gibt nämlich keinen Hinweis darauf, dass Siegfried Aufhäuser nach London übersiedelte, um als Art Statthalter von H. Aufhäuser in London zu fungieren oder gar eine Dependence als Nukleus einer weltweiten Vernetzungen *à la* Rothschild zu eröffnen.²⁶⁷ Die Bilanzen zeigten darüber hinaus kein Anziehen des Aufhäuser-Geschäfts mit der City. 1906 erwarb Siegfried Aufhäuser schließlich die englische Staatsbürgerschaft.²⁶⁸ Dies allein ist allerdings noch kein Indiz für eine beabsichtigte permanente Übersiedlung. Alleine aus beruflichen Gründen war eine Einbürgerung sinnvoll, brachte sie doch erhebliche Privilegien gegenüber Ausländern mit sich.²⁶⁹ Der persönliche Kontakt nach München – und hier vor allem wohl zu seinem Bruder – riss überdies nie ab, der Weg zum Bankhaus H. Aufhäuser blieb damit stets eine Option²⁷⁰.

Um diese Ausbildungen seiner Söhne zu ermöglichen und vor allem Martin Aufhäuser auf seine Aufgabe als zukünftigen Bankinhaber vorzubereiten, musste entsprechendes

²⁶⁷ Siehe in diesem Zusammenhang auch Schulte Beerbühl, *Deutsche Kaufleute*, S. 93f.

²⁶⁸ Bei Moser/Winkler, *Wegmarken*, S. 61 steht, dass er 1907 die englische Staatsbürgerschaft erworben habe und dies wurde in anderen Publikationen übernommen. In einer eidesstattlichen Erklärung Siegfried Aufhäusers nach dem Krieg hat er jedoch angegeben, dass er durch Naturalisation am 19.10.1906 die britische Staatsbürgerschaft erlangte, BWA, F 20/43, Eidesstattliche Erklärung S. Aufhäuser, 23.10.1946 (dt. Übersetzung).

²⁶⁹ Vgl. Schulte Beerbühl, *Deutsche Kaufleute*, S. 42f., 62, 77, 101; Fahrmeir, *Ehrbare Spekulanten*, S. 288, 290f.

²⁷⁰ Siegfried Aufhäuser hielt bei H. Aufhäuser weiterhin ein kleines Kapitalkonto, in das sein Vater unregelmäßig einzahlte und das gleichfalls mit vier Prozent verzinst wurde. 1905 erscheint er zudem unter den Kreditoren, BWA, F 20/381 (diverse Bilanzen). Wenn das Foto (Abb. 1) richtig datiert ist, dann zeigt dies auch, dass er nach München zu Besuch kam; die Kontobewegung von 1905 spricht dafür.

ökonomisches und soziales Kapital vorhanden gewesen sein. Ökonomisches Kapital, damit die Söhne Martin und Siegfried die höhere Schule besuchen und anschließend bei einer befreundeten Bank in die Lehre gehen konnten, die in der Regel unbezahlt war. Das soziale Kapital wiederum machte die Ausbildung bei einer anderen Privatbank erst möglich. Durch diese Unterstützung der Eltern war es beiden möglich, kulturelles Kapital nicht nur in Form ihrer Herkunft und Erziehung, sondern ebenfalls in Form von Bildungstiteln und (Auslands-) Erfahrungen zu sammeln. Gleichzeitig wurde der Grundstein dafür gelegt, dass beide Brüder soziales Kapital anhäufen und die Basis für ein eigenes Netzwerk legen konnten. Insbesondere die Verbindungen nach Großbritannien, die Siegfried Aufhäuser in seiner Zeit in London intensiviert, sollten für die 1920er und 1930er Jahre von entscheidender Bedeutung werden.

Das Prestige und Renommee der Aufhäusers spiegelte sich nicht zuletzt in ihrem Heiratsverhalten wider. Ende 1872 war Heinrich Aufhäuser von der Stadt München das Bürger- und Heimatrecht zugestanden worden, eine Voraussetzung, um eine Münchener Bürgerstochter heiraten zu können.²⁷¹ Das Heiratsverhalten folgte bei Heinrich wie später bei Martin Aufhäuser zumindest teilweise dem gängigen Muster vieler Familienunternehmer. Dem liegt der Umstand zugrunde, dass bei einer Personengesellschaft der „Privatmensch“ nicht vom „Unternehmer“ zu trennen ist.²⁷² Heinrich Aufhäuser heiratete 1873 Rosalie Berliner (1850-1924), Tochter des Münchener und jüdischen Großhändlers Anton Berliner. Heinrichs Schwiegervater war zwar bereits seit 1872 Kunde der Bank, doch war die Geschäftsbeziehung offensichtlich wenig ausgeprägt und eher sporadisch.²⁷³ Heinrich Aufhäuser trat darüber hinaus über die Schwiegermutter, Caroline Oberndorffer, in verwandtschaftliche und in begrenzte wirtschaftliche Beziehungen zur Familie seiner Ausbildungsstätte.²⁷⁴

Martin Aufhäuser wiederum heiratete im Januar 1901 Auguste Ortlieb, die Tochter des jüdischen Wiener Holzgroßhändlers Louis Ortlieb.²⁷⁵ München galt als wichtiger Handelsplatz für Holz und das Bankhaus H. Aufhäuser war eng mit diesem Gewerbebezweig verbunden.²⁷⁶ Wenngleich durch diese Heiraten geschäftliche Verbindungen institutionalisiert wurden, kann dennoch nicht bestätigt werden, dass das Heiratsverhalten der Aufhäuser an geschäftlichen

²⁷¹ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 30f.; BWA, F20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 7.

²⁷² Vgl. auch Köhler, Wirtschaftsbürger, S. 116.

²⁷³ Bereits ab 1876 erschien der Name Anton Berliner nicht mehr in den Bilanzen, BWA, F 20/381. Ab 1905 wurde ein Dr. Max Berliner in den Büchern verzeichnet, bei dem mögliche verwandtschaftliche Beziehungen zu Anton Berliner nicht ermittelt werden konnten.

²⁷⁴ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 30. Inwieweit diese Heirat „direkt finanziell relevant“ wurde und die Mitgift dazu führte, dass Aufhäuser Scharlach ausbezahlen konnte, wie Köhler, Wirtschaftsbürger, S. 122 ausführt, ist zweifelhaft – immerhin lagen zwischen beiden Ereignissen 20 Jahre. Caroline Oberndorffer erschien mit kleinen Positionen unter den Kreditoren der Bank H. Aufhäuser, vgl. BWA, F 20/381 (Bilanz 1893 und folgende Bilanzen).

²⁷⁵ Ebd., F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 9; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 55.

²⁷⁶ Vgl. ebd.; BWA, F 20/381 (beispielsweise Bilanz 1905: Louis Ortlieb (Kreditor), dort auch ein Richard Ortlieb (Debitor)).

Interessen ausgerichtet war und dazu diente, die wirtschaftliche Basis der Bank zu erweitern²⁷⁷. Die geschäftliche Verbindung zur Familie Ortlieb war vom Volumen her mitunter beachtlich²⁷⁸, sie besaß aber zu keiner Zeit eine überragende Relevanz. Insbesondere waren familiäre finanzielle Ressourcen bei der Überwindung von Krisen und den Expansionsbestrebungen der Bank nicht zu erkennen. Wenig spricht folglich dafür, dass bei Heinrich und Martin Aufhäusers Vermählungen ökonomische Interessen maßgeblich oder gar primär bestimmend waren. Auch die Hochzeiten der Töchter von Heinrich Aufhäuser Bertha mit dem Bankier August Heilbronner bzw. Anna Emma mit dem Rechtsanwalt Moses (Moritz) Schlesinger folgten keinem bzw. nur einem sehr begrenzten wirtschaftlichen Interesse.²⁷⁹ Vielmehr dürften die sozialen Kontakte für die Partnerwahl wesentlich gewesen sein, die nun einmal in einem bestimmten Milieu stattfanden und den natürlichen „Heiratsmarkt“ bildeten.²⁸⁰

5. Netzwerk und Kapitalien: ihr Nutzen für die Bank

Das Augenmerk soll darauf gerichtet werden zu ergründen, wie Aufhäuser & Scharlach trotz ausgesprochen dünner Eigenkapitalausstattung die äußerst prekäre Phase in Folge der Krise nach 1873, als eine der wenigen Privatbanken in München überhaupt, überstehen konnte.

Wesentlich war, dass das Bankgeschäft von Aufhäuser & Scharlach von Anfang an florierte, was sich auch an der von 44.000 (1870) auf 131.000 (1872) Gulden angeschwollenen Bilanzsumme offenbarte.²⁸¹ Der Gewinn verneunfachte sich auf 45.000 Gulden und das Eigenkapital konnte in diesem Zeitraum von 14.400 Gulden auf 51.000 Gulden gesteigert werden. Heinrich Aufhäuser hatte ein Geschäftsmodell entwickelt, das sich tragfähig zeigte und

²⁷⁷ So die Ausführungen bei Köhler, Wirtschaftsbürger, S. 120: Das Heiratsverhalten und damit die Ausrichtung der Familienpolitik an geschäftlichen Interessen könne demnach bis in den Übergang zum 20. Jahrhundert "als einer der elementaren Eckpunkte einer Wirtschaftsorganisation gelten, die das Medium der verwandtschaftlichen und gesellschaftlichen Interaktion als zentrale Wegbereiter zur Festigung und Vergrößerung der wirtschaftlichen Basis von (Familien-)Unternehmen nutzt." Siehe in diesem Zusammenhang auch Schäfer, Familienunternehmen, S. 224.

²⁷⁸ BWA, F 20/381 (diverse Bilanzen).

²⁷⁹ BWA, F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 7. Lediglich Schlesinger wird seit 1899 in den Bilanzen geführt, ebd., F 20/381. Der bekannte jüdische Jurist Rudolf Berthold Schlesinger, ein Sohn von Moses Schlesinger, war von 1934-1938 Syndikus bei H. Aufhäuser, vgl. Friedrich K. Juenger, Schlesinger's Influence on the Development of American Law, in: Marcus Lutter/Ernst C. Stiefel/Michael H. Hoeflich (Hg.), Der Einfluss deutscher Emigranten auf die Rechtsentwicklung in den USA und in Deutschland. Tübingen 1993, S. 255-266, hier S. 255; <http://www.lawschool.cornell.edu/alumni/foralumni/classnotes/upload/Fall2001Forum.pdf> [22.06.2010].

²⁸⁰ Ähnlich Schäfer, Familienunternehmen, S. 225.

²⁸¹ Zum Folgenden BWA, F 20/381 (entsprechende Bilanzen); wenngleich das erste kein volles Rechnungsjahr war. Dort auch die folgenden Zahlen. Siehe ferner ebd., F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 2; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 45-53, Gömmel, Aufstieg, S. 98ff.

mit dem sich gut wirtschaften ließ.²⁸² Allerdings musste für die Münchener Bank die dramatische Baisse an den Börsen 1873 – einige Wertpapiere wurden aufgrund ihrer niedrigen Bewertung erst gar nicht mehr in die Aufhäuser-Bilanz aufgenommen²⁸³ – massive Auswirkungen haben: Die einseitige Ausrichtung auf den Effektenhandel machte sich in der Krise negativ bemerkbar. Das Bankhaus verfügte über keine weiteren nennenswerten Geschäftsfelder, die den Einbruch im Wertpapierhandel hätten kompensieren können. Entsprechend betrug der Verlust 1873 rund 24.800 Gulden, bei einem Eigenkapital von knapp 117.400 Gulden; dieses musste im Jahr darauf um annähernd 30 Prozent reduziert werden. Die Krise war folglich für das Bankhaus ernst, ohne frisches Kapital nur schwer zu meistern gewesen. Im Vergleich zu vielen anderen Privatbanken in ökonomischen Notlagen war die Situation eine andere, da der in diesen Fällen vielfach zu beobachtende Rückgriff auf die Verwandtschaft als finanzielle Ressource ausfiel.²⁸⁴ Aufhäuser & Scharlach war damit auf Darlehen von Banken angewiesen. Die Voraussetzungen hierfür waren relativ ungünstig: Die Bank war gerade seit drei Jahre am Markt tätig und besaß eine dünne Eigenkapitalausstattung. Daher ist es umso beachtenswerter, dass Aufhäuser & Scharlach in der prekären Situation von der Reservebank einen Kredit in Höhe von 41.000 Gulden erhielt.²⁸⁵

Für die Gewährung des Darlehens dürfte die Bedeutung des Bankhauses Aufhäuser & Scharlach für den Münchener Kapitalmarkt wesentlich gewesen sein. Großbanken waren am Wertpapierhandel weitgehend nicht interessiert und sahen – wie gezeigt – die Privatbankiers als notwendige Kooperationspartner. Daher „ist auf die grundsätzliche Bedeutung eines auf den Effektenhandel spezialisierten Privatbankiers [wie Aufhäuser] hinzuweisen: Er [Aufhäuser] mobilisierte Kapital, insbesondere für die einheimische Wirtschaft und den Staat.“²⁸⁶ Die Bedeutung wuchs nach 1873 sogar noch: Privatbankiers wie Aufhäuser waren es, die den Umsatz an der Münchener Börse nach der Gründerkrise und während der Zeit der schwierigen wirtschaftlichen Lage bestimmten.²⁸⁷ Es war daher für den Münchener Kapitalmarkt „sehr wichtig, dass ein Privatbankier wie Aufhäuser in den 1870er Jahren genügend Eigenkapital hatte, um diese Börsenflaute [nach 1873] zu überstehen und ein sogar deutlich wachsendes

²⁸² Das an dieser Stelle oft verwendete Wort „Nische“ wird in dieser Arbeit weitgehend vermieden, da ihm eine negative Konnotation innewohnt. Dies erscheint allerdings nicht angebracht, da es sich um eine von Kunden und der Geschäftswelt durchaus gewünschte Spezialisierung handelt, die in anderen Wirtschaftsbereichen ebenfalls anzutreffen ist.

²⁸³ BWA, F 20/381; ebd., F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 71.

²⁸⁴ Vgl. Köhler, Wirtschaftsbürger, S. 124f.; Schäfer, Familienunternehmen, S. 223. So konstatierte auch etwa Max Weber: „[M]it wenigen Tausenden von Verwandten hergeliehenen Kapitals wurde in manchen mir bekannten Fällen der ganze Revolutionierungs-Prozess ins Werk gesetzt“, Max Weber, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Vollständige Ausgabe, herausgegeben und eingeleitet von Dirk Kaesler. München ²2006, S. 89 (S. 53 im Original).

²⁸⁵ BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 71. Dies hatte auch zur Folge, dass der Posten „Creditores“ (47.400 Gulden) den der „Debitores“ (7.800 Gulden) um etwa das Sechsfache überstieg, ebd., F 20/381 (Bilanz 1873). Der Kredit war nur ein kurzfristiger Überbrückungskredit, der in zwei Raten bereits bis Februar wieder fällig und getilgt wurde.

²⁸⁶ Gömmel, Aufstieg, S. 100.

²⁸⁷ Vgl. ebd., S. 98ff., 129.

Eigengeschäft zu betreiben.²⁸⁸ War das Bankhaus Aufhäuser & Scharlach von seiner Bilanzsumme ein kleines Institut, war es an der Münchener Börse doch ein wichtiger *Player* im obigen Sinne. Diese systemische Relevanz des neuen Bankhauses für den Münchener Kapitalmarkt wurde offensichtlich frühzeitig von wichtigen Marktteilnehmern anerkannt. In diesem Kontext gesehen, war der Übergangskredit der Reservebank an Aufhäuser & Scharlach plausibel und rational. Nicht nur, aber ebenfalls in diesem Zusammenhang ist die Verleihung des Ehrentitels „Königlich Bayerischer Kommerzienrats“ an Heinrich Aufhäuser im Jahre 1914 zu sehen: Er erhielt diese Auszeichnung in „Anerkennung seiner Verdienste um die heimische Wirtschaft“²⁸⁹.

In den folgenden Jahren erhielt Aufhäuser & Scharlach weitere Lombardkredite.²⁹⁰ Das Institut nahm 1882 einen Kredit der Hypo-Bank in Höhe von 30.000 Mark in Anspruch. Dies stützt die Beobachtung Spenkuchs, dass sich mit der Hypo-Bank die Münchener Kredit- und Handelsverhältnisse verbesserten „und gewissermaßen der Grundstein wurde, auf dem sich das ganze Münchener Bankwesen aufbaute.“²⁹¹ 1898 folgten Kredite der Königlichen Filialbank, wiederum der Hypo-Bank, der Mitteldeutschen Creditbank, der Deutschen Bank und ausländischer Banken, die ab 1910 stellenweise auf Millionenbeträge anstiegen²⁹². Diese Kredite waren allerdings keine Stützungsaktionen mehr, das Gegenteil war der Fall: Das Eigenkapital hielt nicht Schritt mit der überaus positiven Geschäftsentwicklung. Das Dilemma war, dass die Bank bis 1902 über keine Kundeneinlagen verfügte, die Kapitalausstattung prekär blieb und, wie bereits erwähnt, Reserven erst ab 1905 gebildet werden konnten. Der finanzielle Spielraum blieb damit über die Jahre hinweg sehr eingeschränkt, da die Bank über kein eigenes Kapital zum Arbeiten verfügte. Die Notwendigkeit, Kredite aufzunehmen, machte sich bereits in den dürtigen gesamtwirtschaftlichen Aufschwungsphasen der Jahre 1879 bis 1895²⁹³ bemerkbar. In den Jahren bis 1914 mit einer enormen gesamtwirtschaftlichen Leistungssteigerung und einem Anziehen der Aktienkurse²⁹⁴ sowie durch den massiven Ausbau des Kreditgeschäfts wurden diese Schwierigkeiten erst recht virulent. Ein weiterer Hinweis auf das anerkannte Renommee, das sich Aufhäuser & Scharlach erarbeitet hatte und seine Bedeutung für den Finanzplatz München, war, dass es der Bank anscheinend problemlos möglich war, von Banken Kredite zur eigenen geschäftlichen Expansion zu erhalten und die

²⁸⁸ Gömmel, Aufstieg, S. 100.

²⁸⁹ Zitat nach Moser/Winkler, Wegmarken, S. 31.

²⁹⁰ BWA, F20/381 (diverse Bilanzen); ebd., F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 72f.

²⁹¹ Georg Spenkuch, Zur Geschichte der Münchener Börse. Leipzig 1908, S. 31. Es gab zudem eine stillschweigende, gegenseitige Rücksichtnahme zwischen der Königlichen Bank und der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, dass die Staatsbank ausschließlich im Norden Bayerns und die Hypo-Bank im Süden Bayerns tätig sein sollten, die sogenannte „bayerische Bankgeometrie“, vgl. Baur, Geschichte, S. 39f.

²⁹² Millionenkredite wurden bereitgestellt von der Königlichen Filialbank, der Hypo-Bank und der Deutschen Bank, BWA, F 20/381 (diverse Bilanzen); ebd., F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 72.

²⁹³ Vgl. Wehler, Gesellschaftsgeschichte (Band 3), S. 567-595.

²⁹⁴ Vgl. ebd., S. 595-612; Baltzer, Kapitalmarkt, S. 18 (Tabelle), S. 21 (Tabellen).

Bankverbindungen ab 1898 sogar noch erheblich auszubauen – nicht nur quantitativ, sondern auch geografisch: Die überwiegende Anzahl der deutschen Kreditinstitute, die H. Aufhäuser ab dieser Zeit Darlehen gewährten, hatten ihren Hauptsitz nicht in München. Dies galt für die Deutsche Bank, die Mitteldeutsche Creditbank und die Filiale der Königlichen Bank²⁹⁵ sowie vor allem für die neu hinzugekommenen Banken im Ausland. Auf diese Weise war das Münchener Bankhaus frühzeitig in ein weitverzweigtes Bankennetzwerk eingebunden. Dass Aufhäuser & Scharlach Kredite in diesen Größenordnungen, insbesondere in Relation zum Eigenkapital, zugestanden bekam, lag auch darin begründet, dass sich zumindest Heinrich Aufhäuser – über Samuel Scharlach ist zu wenig bekannt, um es beurteilen zu können – ein hohes Maß an Sozialkapital, d.h. belastbare Beziehungen zu den kreditgebenden Banken aufgebaut hatte.

6. Kapitelfazit

Es gehört zu den sozio-kulturellen Bedingungen der klassischen Modernisierungstheorie, dass eine Gesellschaft auf den Weg in die Moderne „auf gut ausgebildetes, mobiles, flexibles und leistungsbewusstes Personal angewiesen (ist). Voraussetzung wie auch Folgen waren und sind also Persönlichkeiten, die Modernisierungsanforderungen standhalten und diese verstärken“.²⁹⁶ Dieser Tatbestand galt vor allem für viele deutsche Juden im Allgemeinen und schon fast mustergültig für Heinrich Aufhäuser im Speziellen. Sie nutzten ihre Chancen und konnten mit dem bestehenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen System – je mehr dieses dem Liberalismus verbunden war desto eher – sehr auskömmlich leben.

Es waren mit großer Wahrscheinlichkeit die verwandtschaftlichen Kontakte nach München, die das *Entre Billet* für die Lehre Heinrich Aufhäusers beim Bankhaus Oberndorffer und damit die Basis für seine erfolgreiche Bankierstätigkeit bildeten. Ohne diesen Grundstein ist sein weiterer Werdegang kaum vorstellbar. Beim renommierten Haus lernte er nicht nur das Bankgeschäft, sondern machte ebenfalls Bekanntschaft mit der gehobenen Münchener Gesellschaft, dem Kundenkreis für sein späteres eigenes Bankhaus. Von seiner Ausbildungsstätte brachte Heinrich Aufhäuser wohl auch seine ersten Kontakte zu anderen Banken mit, die er in den folgenden Jahren erheblich ausbauen konnte. Begünstigt wurde dies bis etwa in die 1890er Jahre dadurch, dass die Großbanken die Privatbankiers vor Ort für ihre Geschäfte benötigten. Diese Kontakte sowie die erarbeitete Relevanz des Bankhauses für den Finanzplatz München

²⁹⁵ Die Deutsche Bank konnte zur Jahrhundertwende die Disconto-Gesellschaft als größte deutsche Bank ablösen und die Mitteldeutsche Creditbank zählte zu den neun Berliner Großbanken, wenngleich sie eher zu den Provinzbanken zu zählen ist, vgl. Manfred Pohl, Festigung, S. 288; Gall, Deutsche Bank, S. 16, 24. Siehe ferner Baur, Geschichte, S. 43f.

²⁹⁶ Nina Degele/Christian Dries, Modernisierungstheorie. München 2005, S. 17, Kapitel 3.

und die erworbenen Kapitalien führten dazu, dass das Bankhaus Kredite erhielt, um einerseits die Krise von 1873 relativ unbeschadet zu überstehen,²⁹⁷ andererseits ermöglichten sie die notwendige Neuausrichtung des Bankgeschäftes. Doch auch das bisher erworbene Vertrauens- wie das symbolische Kapital trugen das ihre hierzu bei. Das Vertrauenskapital basierte in der Hauptsache auf dem bisher erwirtschafteten ökonomischen Kapital, präziser: auf dem erfolgreichen Geschäft. Die Bank hatte als eine der wenigen die schwere Krise nach 1873 überstanden und erwirtschaftete keine übermäßigen, aber dennoch solide Gewinne, auch in schwierigen wirtschaftlichen Situationen. Dies musste das Vertrauenskapital erhöhen, eine wesentliche Voraussetzung, um überhaupt Kredite gewährt zu bekommen. Ferner hatte Heinrich Aufhäuser durch seine Ämter seine Reputation weiter ausbauen können. Hinzuzuzählen ist zudem die teils prominente Kundschaft der Bank, die ihrerseits wiederum soziale Kontakte pflegte, also ihr eigenes Beziehungsgeflecht besaß. Dies wiederum wirkte sich auf das Feld, den sozialen Raum aus, in dem sich Heinrich Aufhäuser bewegte und auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung, die er vor allem in München innehatte, d.h. sein symbolisches Kapital. In dieselbe Zeit wie die Neuausrichtung des Bankgeschäfts fiel auch der Übergang von einem Besitz- zu einem Familienunternehmen. Zunächst wurde jedoch nur der älteste Sohn von Heinrich Aufhäuser in die Bank aufgenommen. Den jüngeren zog es nach London.

Kennzeichnend für Heinrich Aufhäusers informelles, eben nicht-familiales Netzwerk war ein hohes Maß an Flexibilität. Es gab einen Kern von Banken, mit denen er praktisch von Anfang an zusammenarbeitete. Darüber hinaus existierte eine Vielzahl von Instituten, mit denen er nur eine Zeit lang zusammenarbeitete und je nach Bedarf Geschäfte tätigte.²⁹⁸ So benötigte Heinrich Aufhäuser beispielsweise für den Wertpapierhandel mitunter andere Banken, als später für das Kreditgeschäft. Vor allem in der Anfangsphase der Bank bewährte sich die Methode, dass sich Heinrich Aufhäuser an bestehende Familiennetzwerke andockte und für sich zu instrumentalisieren wusste. Das darf allerdings nicht dahingehend missverstanden werden, dass er diese Netzwerke ausnutzte, denn jeder konnte seinen (finanziellen) Nutzen daraus ziehen.

Es gibt weitere wichtige Punkte, die es lohnt festzuhalten, da sie in späteren Jahren ihre besondere Relevanz offenbarten. Das gilt in erster Linie für den modernen Antisemitismus. Die maßgeblichen Handelnden des Nationalsozialismus' durchliefen ihre Sozialisation im Kaiserreich, wo die Hetze gegen Juden in den Hochschulen und den Vereinen kultiviert wurde.

²⁹⁷ Siehe generell hierzu Malte Kluck, Netzwerkcharakteristika und Sozialkapital als Erfolgsfaktoren bei Unternehmensgründungen. Duisburg 2010.

²⁹⁸ Wobei natürlich das Ende der Zusammenarbeit auch von der Gegenseite ausgesprochen werden konnte. Da kein institutionalisierter Rahmen, konnte jeder praktisch jederzeit die Kooperation beenden.

In dieser Zeit wurde zudem die verhängnisvolle Symbiose vom dumpfen Antisemitismus und pseudo-wissenschaftlichem Anspruch geschaffen: Man konnte die Andersartigkeit der Juden nun „beweisen“. Radau- und bürgerliche Antisemiten konnten sich zu gegebener Zeit und unter bestimmten Umständen relativ problemlos in ihrem gemeinsamen Ziel vereinen.

Die Krise von 1873 und der verstärkte Antisemitismus setzten zugleich ein weiteres fatales Signal. Juden konnten in späteren Jahren zu der Überzeugung gelangen, dass die Hetze gegen sie nur ein vorübergehendes Phänomen sei und wieder abflaue. Es betraf auch nicht alle Juden, Heinrich Aufhäuser beispielsweise litt, wenn überhaupt, nur sehr marginal unter dem Antisemitismus des Kaiserreichs. Dass der Liberalismus erst wirtschaftlich, dann politisch an Bedeutung verlor, konnten (jüdische) Unternehmer bedauern, aber auch unter den neuen Verhältnissen ließ es sich auskömmlich wirtschaften. Die Börsengesetzgebung und die sich insgesamt geänderten Rahmenbedingungen machten für Heinrich Aufhäuser das Geschäftsleben nicht einfach, viele andere Privatbanken verloren in dieser Zeit ihre Unabhängigkeit, oder musste das Bankgeschäft ganz aufgeben. Doch der Bankgründer zeigte sich flexibel und entschlossen genug, um diese Phase nicht zuletzt mithilfe seines aufgebauten Bankennetzwerkes zu überstehen. Mehr noch: Heinrich Aufhäuser erlebte nach 1900 seine ökonomisch erfolgreichsten Jahre²⁹⁹. Die Bewältigung dieser sehr schwierigen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Phase konnte mithin die Meinung verstärken, dass Krisen ein wiederkehrendes und vorübergehendes Phänomen wären³⁰⁰, die bei genügender Anpassung und Flexibilität zu meistern sind. Die nächste Krise, die es zu bewältigen galt, folgte im Sommer 1914: Der Erste Weltkrieg war ausgebrochen.

²⁹⁹ BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 9f.

³⁰⁰ In Bezug auf Wirtschaftskrisen siehe in diesem Zusammenhang Werner Plumpe, Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart. München ³2012, der deutlich macht, dass Krisen dem kapitalistischen System immanent sind und „Wirtschaftskrisen [...] ein zentrales Moment des ökonomischen Strukturwandels [sind]“ (S. 116).

III. Bankhaus H. Aufhäuser: Erster Weltkrieg und Weimarer Republik, 1914-1933

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Bankenmarkt

Die Periode von 1914 bis 1933 zeitigte für die deutsche Bevölkerung Ereignisse, die teils langanhaltende, generationenübergreifende Traumata hinterließen. Am Anbeginn stand der Erste Weltkrieg mit seiner ungeheuren Intensität und Vernichtung von Mensch, Material und Natur.³⁰¹ Die Entbehrungen und Existenzkämpfe betrafen dabei nicht nur die Soldaten an der Front, sondern ebenfalls die zivile Bevölkerung – die sogenannte „Heimatfront“. Dies resultierte nicht zuletzt aus der Tatsache, dass die politische und militärische Führung nur für einen kurzen Krieg gerüstet war. Doch selbst für eine kurze militärische Auseinandersetzung waren die vorhandenen finanziellen Mittel nicht ausreichend.³⁰² In Deutschland, wenn auch nicht nur hier, begann mit der Kriegswirtschaft³⁰³ daher die Zeit der verstärkten Bemühungen des Staates, durch Interventionen die Wirtschaft zu lenken.³⁰⁴ Auch nach dem Krieg wurde dieser Staatsdirigismus weitgehend beibehalten, diesmal insbesondere mit dem Ziel, das Volkseinkommen in eine vom jeweils regierenden politischen Lager beabsichtigte Richtung zu steuern. Die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft geschahen dabei entweder indirekt durch diverse Interventions- und Lenkungsmaßnahmen, oder direkt durch den Ausbau von staatseigenen Betrieben und Banken³⁰⁵.

Der Krieg und seine (sozialpolitischen) Folgen führten darüber hinaus zu stark gestiegenen Staatsausgaben, die finanziert werden mussten. Dies wurde dadurch erheblich erschwert, dass die ökonomische Entwicklung in Deutschland durch Krisen und weitgehende Stagnation

³⁰¹ Das, was oft unter dem Schlagwort „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (George F. Kennan) betitelt wird. Siehe dazu kritisch: Aribert Reimann: Der Erste Weltkrieg – Urkatastrophe oder Katalysator?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 29-30/2004, S. 30-38.

³⁰² Zur Diskussion der Kriegsfinanzierung (Steuererhöhung, Ausgabe von Inlandsanleihen oder Auslandsverschuldung) siehe Gerald D. Feldman, *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation*. New York/Oxford 1997, S. 37-51; Hans-Peter Ullmann, *Der deutsche Steuerstaat. Geschichte der öffentlichen Finanzen*. München 2005, S. 88-96.

³⁰³ Wie im vorherigen Kapitel dargelegt, war der klassische Liberalismus bereits in Folge der Krise von 1873 in weiten Teilen der Bevölkerung in Misskredit geraten, mithin liegen die Wurzeln des modernen Interventionismus im Kaiserreich. Zur vollen Entfaltung kam er aber erst im Zuge des Krieges, wobei auch in der Zwischenkriegszeit der Diskurs um die richtige Wirtschaftstheorie anhielt, vgl. Ziegler, *Zeitalter*, S. 268-285; Knut Borchardt, *Anerkennung und Versagen. Ein Jahrhundert wechselnder Einschätzungen von Rolle und Leistung der Volkswirtschaftslehre in Deutschland*, in: Reinhard Spree (Hg.), *Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert*. München 2001, S. 200-222, insbesondere S. 210-218. Für die Zeit nach dem Krieg siehe Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Band 4: *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949*. München 2008, S. 268-271.

³⁰⁴ Klassisches Beispiel für ein konkretes Modell, um die Kriegswirtschaft in einem bestimmten Teilbereich zu kontrollieren und zu verwalten war die von Walther Rathenau und Wichard v. Moellendorff (beide AEG) konzipierte Kriegsrohstoffabteilung. Sie sollte dann auch eine Blaupause für ähnliche Vorhaben im Zweiten Weltkrieg bilden, vgl. Wolfgang Michalka, *Kriegsrohstoffbewirtschaftung*, Walther Rathenau und die „kommende Wirtschaft“, in: ders. (Hg.), *Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*. München/Zürich 1994, S. 485-505.

³⁰⁵ Es wurde im bzw. nach dem Krieg die Reichs-Kredit-Gesellschaft und die Deutsche Golddiskontbank gegründet und die kommunalen Sparkassen und Girozentralen erheblich ausgeweitet, auch in ihrer Geschäftstätigkeit, sowie die Deutsche Girozentrale als Zentralinstitut der Girozentralen gegründet, vgl. Born, *Geld*, S. 464-467.

gekennzeichnet war: Der wirtschaftlichen Belebung nach dem Krieg folgte eine Zeit der extremen Geldentwertung („Hyperinflation“) ab 1922. Nach der Stabilisierung der Währung schlossen sich ab 1924 Jahre des Wachstums an, die jedoch insgesamt betrachtet auch nur mäßig ausfielen und lediglich bis zum Ausbruch der Weltwirtschafts- und Finanzkrise 1929 anhielten. Da die Steuereinnahmen dadurch nicht mit den gestiegenen Staatsausgaben Schritt halten konnten, wurden diese überwiegend über die Ausgabe von Schatzwechseln, Schatzanweisungen und Schuldverschreibungen im großen Umfang finanziert³⁰⁶. Der Geld- und Kapitalmarkt wurde dadurch vom Staat stark in Anspruch genommen. Die Situation verschärfte sich durch die Reichsfinanzreform von Matthias Erzberger (Zentrum) 1919/1920 erheblich. Dem Reichsfinanzminister gelang es zwar, dem Reich die absolute Finanzhoheit zu sichern, dies ging aber gleichzeitig zu Lasten der Länder und Gemeinden.³⁰⁷ Diese wurden nun – in Umkehrung der Verhältnisse während des Kaiserreichs – zum Bittsteller des Reichs. Die Länder waren fortan finanzpolitisch weitestgehend entmachtet und die Gemeinden in ihren Finanzierungsquellen drastisch beschränkt. Winkler sieht hierhin sogar „einer der Hauptursachen der finanziellen Labilität Deutschlands in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre.“³⁰⁸ Viele Städte finanzierten daher große städtische Projekte über das Ausland, wobei Privatbankiers als wichtige Intermediäre fungierten, wie noch zu zeigen sein wird.

Dadurch, dass die deutsche Kriegsfinanzierung auf Anleihen und Geldschöpfung basierte, womit die Begleichung der Schuld auf die Zukunft verschoben wurde, staute sich zugleich ein beträchtliches Inflationspotenzial auf³⁰⁹, mit sehr weitreichenden Auswirkungen auf die finanzielle und finanzpolitische Situation in Deutschland.³¹⁰ Die Geldentwertung hatte in ihrer Anfangsphase unbestreitbar positive Effekte und half beispielsweise, die Arbeitslosenrate niedrig zu halten und die Umstellung auf die Friedenswirtschaft wie insgesamt den

³⁰⁶ Vgl. Heinz Haller, Die Rolle der Staatsfinanzen für den Inflationsprozess, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), Währung, S. 115-155.

³⁰⁷ Vgl. insbesondere Ullmann, Steuerstaat, S. 114-123.

³⁰⁸ Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Band 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reichs bis zum Untergang der Weimarer Republik. München 2000, S. 408.

³⁰⁹ Der Bargeldumlauf (ohne Giralgeld) hatte sich von 6,6 (1913) auf über 33 Mrd. Mark (1918) erhöht. Auch die Großhandelspreise (trotz staatlich festgelegter Obergrenzen) sowie der Außenwert der Mark hatten sich dramatisch verschlechtert. Verschärft wurde die Lage durch die territorialen und wirtschaftlichen Verluste infolge des Versailler Vertrags, die Demobilmachung, die erhöhten Transferzahlungen, das Defizit der Reichsbahn und die Reparationsleistungen, vgl. u.a. Ullmann, Steuerstaat, S. 95, 98f. Die zeitgenössischen Wissenschaftler (und Politiker) wurden vom Phänomen „Kaufkraftschwund der Mark“ relativ unvorbereitet überrascht, da sie noch in geldtheoretischen Kategorien der Goldwährung verhaftet waren. Es wurden dann zwei Erklärungsversuche für die Geldentwertung entwickelt, die „Zahlungsbilanztheorie“ (Geldentwertung hauptsächlich wegen der Defizite in der deutschen Leistungsbilanz im ausländischen Wirtschaftsverkehr, verschärft durch die Reparationsleistungen. Ein Vertreter dieser Theorie war der spätere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht) und die umkehrende Kausalkette urteilende „Inflationstheorie“ (Ursache des Kaufkraftschwunds aufgrund der Geldmengenerhöhung infolge der Staatsverschuldung), vgl. Fritz Bläich, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise. München 1990, S. 47. Siehe ferner Feldman, Disorder, S. 7-11, 399-406. Wie unschwer zu erkennen, wird hier auf Basis der „Inflationstheorie“ argumentiert.

³¹⁰ Vgl. u.a. Ullmann, Steuerstaat, S. 93. Im selben Jahr wurden erstmals eine allgemeine Umsatzsteuer eingeführt und eine Kriegsgewinnsteuer für Kapitalgesellschaften. 1917 folgten weitere Steuern, ohne dass diese Maßnahmen jedoch große finanzielle Wirkungen entfalteten, vgl. ebd., S. 92f.

Wiederaufbau zu beschleunigen. Wenn wir uns der Entwicklung des Bankenmarktes widmen, werden wir uns aber die durch die Inflation erzeugten negativen Folgen ansehen müssen, da sie für die Finanzwelt von wesentlicher Bedeutung waren, wie sie insgesamt durch ihre sozialen und daraus resultierenden politischen Implikationen die Existenz der Weimarer Republik gefährdeten. Zu beachten gilt ferner, dass die Hyperinflation bis in die jüngste Vergangenheit als das Schreckensbild aller deutschen Zentralbanken schlechthin gilt. So beeinflusste sie beispielsweise auch die Geldpolitik der Reichsbank entscheidend, die unter allen Umständen eine Wiederholung dieses Szenarios verhindern wollte.³¹¹ Dies ist ein Erklärungsmuster – neben weiteren Faktoren wie Goldbindung der Reichsmark, Kapitalflucht und Reparationsfrage – weshalb das Reichsbankdirektorium in der Weltwirtschaftskrise einen prononciert restriktiven geldpolitischen Kurs fuhr und die Leitzinsen zeitweise sogar anhob.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte zugleich das Ende der von freien Kapital-, Personen- und Warenverkehrs geprägtem Weltwirtschaft markiert. Die internationale Arbeitsteilung war abrupt unterbrochen und auch nach dem Krieg nur sehr rudimentär wieder aufgenommen worden. Mit dem Krieg hatte der internationale Goldstandard ebenfalls sein vorläufiges Ende gefunden. Da viele Zeitgenossen den Goldstandard ursächlich für die prosperierende wirtschaftliche Phase vor 1914 hielten, sollte der Goldstandard in der Zwischenkriegszeit vielerorts wieder eingeführt werden – nun unter gänzlich anderen, folgend desillusionierenden Umständen. Europa als Ganzes hatte in Folge des Krieges durch die Vernichtung von Ressourcen und Menschen sowie durch politische Unzulänglichkeiten in der Nachkriegszeit – zu nennen sind insbesondere der Versailler Vertrag und die Reparationsregelung – seine politische und ökonomische Vormachtstellung in der Welt verloren. Vershoben hatte sich auch die Finanzstruktur: Die mächtigen westeuropäischen Staaten, vorher bedeutende Kapitalexporthoren, waren fortan Länder mit immensen Auslandsschulden, seien es Kriegsschulden wie Großbritannien und Frankreich, seien es Reparationslasten wie Deutschland. Die Vereinigten Staaten wurden zum Großgläubiger der europäischen Staaten und endgültig die potenziell bedeutendste Weltmacht.³¹² Politisch füllten die USA diese Rolle jedoch zu keiner Zeit wirklich aus, wirtschaftlich nur sehr bedingt³¹³. Die US-amerikanischen Regierungen waren überdies bis in die 1930er Jahre nicht bereit, bei den interalliierten Kriegsschulden Abstriche hinzunehmen, welche die Spirale aus Reparationszahlungen Deutschlands und den eng damit zusammenhängenden alliierten

³¹¹ Auch die Wirtschaftswissenschaft war sich diesbezüglich weitgehend einig, vgl. insgesamt Blaich, Schwarze Freitag, S. 94f. Diese Erfahrungen erklären bis heute ein gutes Stück weit die unterschiedlichen geldpolitischen Ansätze der Bundesbank respektive der Europäischen Zentralbank und der Federal Reserve (System), deren Paranoia die Depression der 1930er Jahre ist.

³¹² Aufgrund dieser Vormacht entwickelte Hitler in dieser Zeit seine dezidierte Frontstellung gegen die USA, vgl. Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. Bonn 2007 (BpB), S. 30ff.

³¹³ Siehe auch die Einschätzungen bei Plumpe, Wirtschaftskrisen, S. 73, 91.

Zahlungsverpflichtungen hätte durchbrechen und das politische Klima hätte entgiften können. Das – noch relativ neue – Federal Reserve System als Zentralbankordnung der USA konnte oder wollte auch nie die Rolle annehmen, wie es zuvor die britische Zentralbank, die Bank of England, als ausgleichender Faktor ausgefüllt hatte. Die Folge war ein weitgehendes politisches wie finanzwirtschaftliches Machtvakuum in Europa und darüber hinaus eine Zeit ohne lenkenden, dominierenden Staat (oder einer bestimmenden Zentralbank), wie es in der Geschichte selten ist. Zusätzlich erschwert wurde die Suche nach einer neuen, allgemein akzeptierten Weltordnung durch den verbreiteten Unwillen der europäischen Staaten sowie der USA zu umfassenden Kompromissen. Nicht unähnlich zur Situation in Deutschland selbst: Die politische und ökonomische Ordnung des Kaiserreichs war zugrunde gegangen, auf eine neue konnten sich die nunmehrigen Machthaber faktisch nicht einigen; die Weimarer Verfassung war nicht identitätsstiftend und wurde nicht nur von radikalen Kräften weitgehend abgelehnt. Dies waren nur einige Faktoren, die insgesamt dazu führten, dass die Zwischenkriegszeit eine beispiellos unruhige, labile Periode war, mit extremen politischen und ökonomischen Ausschlägen sowie einem internationalem Umfeld, das mehr durch Konfrontation als Kompromissbereitschaft gekennzeichnet war.

Die Geschäftsbanken standen während des Krieges ganz „im Dienste der Kriegsfinanzierung“³¹⁴. Andere Tätigkeitsbereiche der Banken erfuhren dagegen sehr starke Einschränkungen bzw. kamen vollständig zum Erliegen. Dazu zählte beispielsweise das internationale Geschäft. Der Devisenhandel wurde erst nach 1916 wieder erlaubt, und auch nur ausgewählten Instituten. Einen Rückgang verzeichnete ferner das Emissionsgeschäft, da die Börsen fast während der gesamten Kriegsjahre geschlossen blieben. Zwei Merkmale, schon vor dem Krieg zu beobachten, setzten sich nach 1918 in besonderem Maße fort: Zum einen weiteten – trotz weiter bestehender rechtlicher Unterschiede gemäß der Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankwesens – die Aktienbanken, Genossenschaftsbanken und öffentlich-rechtlichen Institute die von ihnen angebotenen Bankgeschäfte in Richtung Universalbanken immer weiter aus.³¹⁵ Zum anderen hielt der Konzentrationsprozess im Bankgewerbe unvermindert an und verstärkte sich eher noch. Insgesamt waren zwischen 1913 und 1925 180 Privatbanken in Großbanken aufgegangen. Dieser Prozess begünstigte die Aktienbanken und ging vor allem zu Lasten der Provinzbanken und der Privatbankiers. Die Bankenstruktur erfuhr dadurch eine nachhaltige Veränderung: Die Großbanken waren nun in allen ökonomisch wichtigen Städten vertreten.³¹⁶ Viele Privatbanken reagierten darauf mit verstärkten Kooperationen, Zusammenschlüssen und Interessengemeinschaften. Die Fusionswelle

³¹⁴ Karl Erich Born, Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zum Ende der Weimarer Republik (1914-1933), in: Institut für bankhistorische Forschung (Hg.), Deutsche Bankengeschichte, Band 3. Frankfurt am Main 1983, S. 15-146, hier S. 29 (Kapitelüberschrift). Für das Folgende vgl. ebd., S. 29-32.

³¹⁵ Vgl. Born, Geld, S. 467f.

³¹⁶ Vgl. Ulrich, Aufstieg, S. 59ff.; Born, Beginn, S. 31. Besaß beispielsweise die Deutsche Bank 1900 gerade sechs Filialen, waren es 1924 bereits 142, vgl. Ulrich, Aufstieg, S. 60.

erfasste aber auch die Großbanken selbst. Dies entsprach durchaus dem in der Weimarer Republik vorherrschendem Axiom der Etablierung von großen Trusts und Kartellen.³¹⁷ Die Deutsche Nationalbank – gerade selbst durch eine Fusion entstanden – und die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) schlossen sich 1922 zur Darmstädter und Nationalbank zusammen („Danatbank“). 1929 wurde die Mitteldeutsche Creditbank von der Commerz- und Privatbank übernommen. Im selben Jahr, ebenfalls noch vor dem New Yorker Börsenkrach, kam es zur Fusion der Deutschen Bank mit der Disconto-Gesellschaft. Das Institut nannte sich bis 1937 Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft und war mit Abstand die größte Bank in Deutschland.³¹⁸ Angesichts ihres damit auf der einen Seite noch weiter gestiegenen Gewichts im deutschen Bankensystems und ihrer auf der anderen Seite schlechten Finanzausstattung führte das auch zur mäßigen Investitionstätigkeit der Unternehmen und verschärfte so die labile ökonomische Situation in Deutschland.³¹⁹

Trotz der vordergründig ungünstigen Ausgangssituation für die Privatbanken, wurde unmittelbar nach dem Krieg (und seither bis in die Gegenwart immer mal wieder) die Renaissance bzw. die „Wiedergeburt des Privatbankierstandes“³²⁰ verkündet. Die großen Privatbankhäuser konnten durch die Kriegs- und Inflationszeit ihre Stellung in den 1920er Jahren sogar „relativ verbessern“ und „erlebten eine relative Stärkung“.³²¹ Dies rührte vor allem daher, dass das Effekten- und Konsortialgeschäft nach dem Krieg einen Aufholprozess durchlief, wovon die darauf spezialisierten Privatbankiers profitierten.³²² Eine große Anzahl an Unternehmen wurde neu gegründet und bestehende mussten ihr Eigenkapital nach dem Krieg erhöhen. Dieser Trend verstärkte sich nach der Stabilisierung der deutschen Währung 1923/24 noch, nachdem die Hyperinflation das Eigenkapital vieler Unternehmen aufgezehrt hatte und für Neuinvestitionen wieder erhöht werden musste. Gleichzeitig gelang es vielen Privatbankiers, die durch Inflation dezimierten Einlagen von Privatkunden durch die Intensivierung des Unternehmensgeschäfts zu kompensieren. Den Privatbanken kam dabei zugute, dass die Großbanken sich auf die großen Industrieunternehmen sowie Trusts konzentrierten und die mittelgroßen und kleinen, meist lokal verwurzelten Unternehmen weiterhin weitestgehend den Privatbankiers und anderen Instituten überließen.³²³

³¹⁷ Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (Band 4), S. 57, 264-268. Zu der damit verbundenen „tiefgreifende[n] Formveränderung des Kapitalismus“, die auch wiederholt mit dem Schlagwort „Organisierter Kapitalismus“ (R. Hilferding) beschrieben wird, vgl. Jürgen Kocka, Geschichte des Kapitalismus. München 2013, S. 84-92 (Zitat S. 90).

³¹⁸ Vgl. Born, Geld, S. 456-462.

³¹⁹ Vgl. Born, Beginn, S. 31f., 49, 75, 77.

³²⁰ Donaubauer, Privatbankiers, S. 52. Dies scheint meist der Fall zu sein, wenn in Folge von Finanzkrisen Tugenden des „ehrbaren Kaufmanns“ wie Verlässlichkeit und Berechenbarkeit gesucht werden, die am ehesten bei den Privatbankiers – die zumeist aus Kaufleuten hervorgingen – vermutet werden.

³²¹ Ulrich, Aufstieg, S. 66, 68. Siehe auch Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (Band 4), S. 500.

³²² Vgl. Ulrich, Aufstieg, S. 51f.

³²³ Vgl. ebd., S. 47f.; Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936. Stuttgart 1988, S. 144ff., wobei Letzterer in seiner Aufzählung unverständlicherweise die Privatbankiers nicht anführt.

Da für Unternehmen (und Kommunen) das notwendige Kapital auf dem einheimischen Markt aufgrund der Nachwirkungen der Inflation nur in sehr begrenztem Umfang zur Verfügung stand, bildete der Weg etwa zu den führenden Finanzplätzen in New York und London eine Alternative. Damit eröffnete sich für eine Reihe von Privatbankiers als Intermediäre ein ausgesprochen lukrativer Markt, da sie vielfach exzellente Verbindungen zu ausländischen Partnerbanken aufwiesen, die auch über die Qualität der Auslandsverbindungen der Großbanken hinausgingen.³²⁴ Diese waren nach Ausbruch des Krieges im Ausland enteignet und ihre Niederlassungen geschlossen worden. Die Aktienbanken verloren damit zunächst einmal ihre Auslandsverbindung und mussten sie mühsam wieder aufbauen. Die Kontakte der Privatbankiers basierten dagegen auf (langjährigen) persönlichen Beziehungen, oftmals waren die Inhaber der Partnerbanken in New York oder London deutschen Ursprungs und hatten Verwandte in Deutschland, die oftmals selbst Bankiers waren. Daher konnten diese Kontakte nach dem Krieg meist relativ rasch wieder hergestellt werden; wobei selbstredend der Profitgedanke der ausländischen Bankiers als ein wichtiger Motivationsfaktor stets mit zu berücksichtigen ist. Hinzu kam so etwas wie ein gemeinsamer Berufsethos, bestehend u.a. aus gegenseitigem Vertrauen und Respekt, der zu einem ausgeprägten Gemeinschaftsgefühl führte.³²⁵

Doch nicht nur das produzierende Gewerbe, sondern auch die Banken selbst stockten über Auslandskredite ihr Eigenkapital auf. Die starke Fixierung der deutschen Banken auf die ausländischen Finanzmärkte hatte jedoch ihre Schattenseite,³²⁶ da die ausländischen Fremdmittel dadurch ein starkes Gewicht erhielten und insbesondere nach 1928 überwiegend nur kurzfristig gewährt wurden.³²⁷ Der überwiegende Teil dieser kurzfristigen Kredite stammte aus den USA und – mit etwas Abstand – Großbritannien. Insbesondere Banken nahmen dieses Geld als Intermediäre auf und reichten es an Unternehmen und öffentliche Körperschaften weiter, wie bereits Zeitgenossen feststellen konnten.³²⁸ Dieses System funktionierte solange,

³²⁴ Siehe zum Folgenden auch Ulrich, Aufstieg, S. 105-131, insbes. S. 116.

³²⁵ Vgl. das Interview mit dem ehemaligen Privatbankiers Michael Hauck, der dieses Gemeinschaftsgefühl zwar auf etwa die 1960/70er Jahre bezog, sich das aber genauso auf die Zwischenkriegszeit übertragen lässt, Börsen-Zeitung, Im Interview: Michael Hauck, 10.07.2012. Allgemein Birgit Wörner, Frankfurter Bankiers, Kaufleute und Industrielle: Werte, Lebensstil und Lebenspraxis 1870 bis 1930. Frankfurt a.M. u.a. 2011.

³²⁶ Vgl. für die Aktienbanken Born, Geld, S. 462ff.; Johannes Bähr/Bernd Rudolph, 1931 – Finanzkrisen – 2008. München/Zürich 2011, S. 51-58; Isabel Schnabel, The German Twin Crisis of 1931, in: Sonderforschungsbereich 504, Working Paper Series, Nr. 02-48 (2002), S. 9f. sowie unter Einschluss der Privatbankiers (insbes. Sal. Oppenheim) Ulrich, Aufstieg, S. 40-48. Siehe auch Albert Fischer, Münchens Finanzinstitute in Kriegs- und Krisenzeiten, in: Hans Pohl (Hg.), Geschichte des Finanzplatzes München. München 2007, S. 141-184, hier S. 143.

³²⁷ Siehe hierzu zusätzlich James, Deutschland, S. 142. Die Commerzbank erkannte frühzeitig die sich dadurch ergebenden Risiken und kommunizierte das offen in ihrem Geschäftsbericht 1925, vgl. Bähr/Rudolph, 1931, S. 53.

³²⁸ Vgl. James, Deutschland, S. 142 (Tabelle XIII). Siehe ferner Frankfurter Zeitung, 1. Mittagsblatt, 2.11.1928, S. 3; 2. Mittagsblatt, 18.11.1928, S. 3. So beobachtete auch das Statistische Reichsamt seit 1928 eine „Verschiebung des Schwergewichts von den langfristigen nach den mittel- und kurzfristigen Schuldarten in der Neuverschuldung“, Statistisches Reichsamt (Bearb.), Die öffentliche Verschuldung im Deutschen Reich am

wie die Geldzufuhr aus dem Ausland anhielt. Dies war umso wichtiger, als die Banken im großen Stil Fristentransformationen vornahmen, d.h. nominell kurzfristige Auslandsgelder langfristig gebunden ausliehen.³²⁹ Nicht nur, dass etwa ab 1928 zuerst der ausländische Kapital-, in der Folge der Weltwirtschaftskrise ab Oktober 1929 zusätzlich der Geldstrom abbriss, er kehrte sich sogar um, d.h. Gelder flossen aus Deutschland ab, womit die Reichsbank erhebliche Reserven verlor und die Reichsmark in Bedrängnis geriet.³³⁰ Dies war vor allem nach der Reichstagswahl 1930 der Fall, bei der die NSDAP zur zweitgrößten Fraktion avancierte, und die ausländischen Gläubiger innerhalb von sechs Wochen 700 Mio. RM zurückforderten und die Reichsbank Gold und Devisen in ähnlicher Größenordnung zur Verfügung stellen musste.³³¹ Die Kredit- und Währungssituation blieb durch weitere ökonomische Krisen prekär, schien sich aber ab Ende Mai 1931 zu stabilisieren. In dieser Situation machte die deutsche Regierung den Fehler, aus innen- und machtpolitischen Gründen eine außenpolitische Initiative in der Reparationsfrage zu starten.³³² In vollkommener Missachtung der modernen Informationsflüsse glaubte Reichskanzler Brüning (Zentrum), seinen Vorstoß in Deutschland anders verkaufen zu können, als gegenüber dem Ausland.³³³ Zudem verkannte der Reichsminister der Finanzen, Hermann Dietrich (Deutsche Staatspartei (DDP)), in der entscheidenden Kabinettsitzung die Funktion eines Großteils der nach Deutschland vergebenen kurzfristigen Kredite³³⁴, die nur dazu dienten, eine möglichst hohe Rendite zu erzielen und auch den Namen „hot money“ tragen. Der Investor wollte sich ja

31.3.1928 und am 31.12.1929. Berlin 1930, S. 325. Born spricht daher zu Recht von einem unteralimentierten Kapitalmarkt nach 1918 und einem überalimentierten internationalen Geldmarkt, Born, Geld, S. 434.

³²⁹ Siehe auch James, Deutschland, S. 288; Bähr/Rudolph, 1931, S. 33ff. Die Banken verstießen damit gegen die sogenannte „goldene Bankenregel“, nach der eine fristenkongruente Finanzierung stattfinden solle. In der Wissenschaft ist strittig, ob die Aktienbanken letztendlich im Bewusstsein ihrer Größe und dass der Staat sie retten werde (too big to fail) unverhältnismäßige Risiken eingegangen seien, so Schnabel, German Twin Crisis, S. 13ff.; siehe dagegen Bähr/Rudolph, 1931, S. 46-68; James, Deutschland, S. 148f.

³³⁰ Zu beachten gilt dabei, dass die Reichsbank per Gesetz verpflichtet war, für die im Umlauf befindlichen Banknoten mindestens 40% in Gold oder Goldwährungs-Devisen als Deckung zu halten, vgl. u.a. Blaich, Schwarze Freitag, S. 50f. Siehe ferner Harold James, The Reichsbank and Public Finance in Germany 1924-1933: A Study of the Politics of Economics during the Great Depression. Frankfurt a.M. 1985, S. 28f., 220 sowie die Grafik bei Bähr/Rudolph, 1931, S. 17.

³³¹ Inwieweit der Zusammenbruch der österreichischen Großbank Creditanstalt (CA) im Mai 1931 zur Verschärfung der Lage im Reich beitrug, ist in der Wissenschaft umstritten, dürfte aber gering gewesen sein, vgl. Bähr/Rudolph, 1931, S. 37; James, Reichsbank, S. 185f. Im Frühjahr 1931 geriet zudem der Karstadt-Konzern in Zahlungsschwierigkeiten und die Nordstern-Versicherung schrieb hohe Verluste, vgl. zusammenfassend Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Stuttgart 2008, S. 428f.

³³² Siehe hierzu auch Büttner, Weimar, S. 428f. Zur Brünings Deflations- und Parallelpolitik siehe ferner Blaich, Schwarze Freitag, S. 91-106.

³³³ Akten der Reichskanzlei (AdR), Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I und II, Band 2: 01.03.1931-10.10.1931. Boppard a.Rh. 1982, Besprechung vom 07.05.1931, S. 1058f.: „Zusammenfassend könne er [Brüning] sagen, dass zwei Dinge nötig seien: innerpolitisch sei nötig, dass bei Erlass der Notverordnung im Volk der Eindruck erweckt werde, dass die Revision [der Reparationsfrage] schon eingeleitet sei; im Ausland dagegen müsse der Eindruck erweckt werden, dass wir alle Anstrengungen machen, um den Plan [Young-Plan] zu erfüllen. Der ganze Fragenkomplex müsse in Bewegung gehalten werden bis Anfang 1932.“

³³⁴ AdR, Kabinette Brüning (Bd. 2), Besprechung vom 07.05.1931, S. 1057: „Die Gefahr des Abziehens kurzfristiger Schulden schlage er [Dietrich] nicht allzu hoch an. Deutschland schulde dem Ausland rund 12 Milliarden. Aus diesem Grunde könnte dem Ausland nichts daran gelegen sein, uns zahlungsunfähig zu machen, weil das Ausland sonst von uns gar nichts erhalten werde.“ Zur Verschuldung siehe auch James, Deutschland, S. 142; Bähr/Rudolph, 1931, S. 32ff.

gerade nicht langfristig binden und die Option offen halten, sein Geld bei Risiken schnell wieder abziehen. Er schien auch nicht mit ins Kalkül einbezogen zu haben, dass nur wenige Jahre zuvor ausländische Investoren infolge der Hyperinflation 1922/23 massive Verluste in Deutschland verzeichnet hatten.³³⁵ In erster Linie US-Investoren waren nach der Stabilisierung der deutschen Währung – unter maßgeblicher Vermittlung deutscher Privatbankiers³³⁶ – zwar wieder zurückgekehrt, doch war dies in erster Linie mangelnden lukrativen Alternativen in den USA selbst sowie eine durch zurückfließende ausländische Kriegskredite ausgelöste Geldschwemme geschuldet und musste nicht von Dauer sein. Bankgrößen wie John P. Morgan hegten sogar starke Antipathien gegen Deutschland, er bezeichnete sich selbst als „aus Überzeugung anti-deutsch“³³⁷. Und er hatte zudem deutlich zu verstehen gegeben: „Kredit ist Vertrauen, und Vertrauen wird nur in zäher, fairer, jahrelanger Arbeit erworben; das gelte jetzt besonders für Deutschland.“³³⁸

Dieses Vertrauen in den Willen der deutschen Reichsregierungen insbesondere seine Reparationsverpflichtungen nachkommen zu wollen, nahm bereits spätestens ab Ende 1928 nicht nur auf US-amerikanischer Seiten immer weiter ab. Dies war umso problematischer, als die deutschen Reparationsleistungen ein zentrales Element der internationalen Finanzbeziehungen darstellten. Das mangelnde Vertrauen offenbarte sich ja gerade darin, dass ab diesem Zeitraum verstärkt kurzfristiges Geld nach Deutschland geflossen war, das eben schnell wieder abgezogen werden konnte.³³⁹ Reichsbankpräsident Hans Luther (parteilos) und das Reichswirtschaftsministerium erkannten die Gefahren eines solchen Vorstoßes vor dem Hintergrund der Verschuldungsproblematik und warnten daher vor der Aktion.³⁴⁰ Verhindern konnten sie den „Tributaufruf“ vom 6. Juni 1931 nicht³⁴¹, der wohl entscheidend zur Verschärfung der deutschen Bankenkrise vom Juli 1931 beitrug³⁴².

³³⁵ Carl-Ludwig Holtfrerich, Amerikanischer Kapitalexport und Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft 1919-1923 im Vergleich zu 1924-1929, in: Michael Stürmer (Hg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Königstein/Ts. 1985, S. 131-157, hier S. 150 geht von einem Verlust des Auslandes infolge der Inflation in Gesamthöhe von sieben bis acht Mrd. GM aus, wobei der Anteil der US-Amerikaner bei rund zehn Prozent lag. Siehe insgesamt auch Stephen A. Schuker, American „Reparations“ to Germany, 1919-1933. Implications for the Third-World Debt Crisis. Princeton N.J. 1988.

³³⁶ Unter Vermittlung u.a. der Banken M.M. Warburg und Lazard Speyer-Ellissen konnte im Dezember 1923 für neun Ruhrstädte ein Kredit in Höhe von einer halben Mio. USD organisiert werden, der nur teilweise gedeckt war und „im Übrigen als Freundschaftshilfe“ angesehen wurde. Doch auch die „Freundschaftshilfe“ hatte ihre Grenzen, vgl. hierzu Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP), Serie A: 1918-1925, Band IX: 16. November 1923 bis 6. April 1924. Göttingen 1991, Dok. 51, Der Botschafter in Washington Wiedfeldt an das Auswärtige Amt, 12.12.1923, Zitat S. 123.

³³⁷ ADAP, Serie A: 1918-1925, Band XI: 5. August bis 31. Dezember 1924. Göttingen 1993, Dok. 233, Der Botschafter in Washington Wiedfeldt an das Auswärtige Amt, 15.12.1924, S. 582.

³³⁸ ADAP, Serie A, Band XI, Dok. 233, Der Botschafter in Washington Wiedfeldt an das Auswärtige Amt, 15.12.1924, S. 585.

³³⁹ Siehe auch Bähr/Rudolph, 1931, S. 51-58.

³⁴⁰ Trendelenburg (StS im Reichsministerium für Wirtschaft) ließ Brüning wissen, „dass sich aus der kurzfristigen Verschuldung ungeheure Schwierigkeiten ergäben. Man solle nur an die Erfahrung des Monats April denken. Seitdem habe sich die Situation noch verschlechtert. Darum müsse vor allen Dingen davor gewarnt werden, einen Schritt zu tun, der nach der Meinung unserer Gläubiger zur Unzeit erfolge. Deutschland müsse seine Kapitallage verbessern. Heute bestehe unser Kapital in Kurzfristigkeit. Eine

Es spricht viel dafür, dass die Zeitgenossen im Sommer 1931 mit einer Doppelkrise zu kämpfen hatten, d.h. einer Währungs- und einer Bankenkrise, die ihre Ursachen weitgehend unabhängig voneinander hatten, sich in der Folge aber gegenseitig verstärkten.³⁴³ Durch den Abzug von Krediten vor allem aufgrund des Tributaufrufs und alarmierender Meldungen über den Reichshaushalt hatte die Reichsbank massiv an Devisen verloren, wodurch die Reichsmark stark unter Druck geriet und die Gold- und Devisendeckung am 30. Juni 1931 mit 40,1%³⁴⁴ nur noch minimal über der vorgeschriebenen Grenze lag. Dadurch war die Reichsbank gezwungen, ihre anfänglich durchgeführten Stützungsaktionen extrem zurückzufahren, da sie den Geldumlauf begrenzen musste. Die Banken waren dadurch nicht mehr in der Lage, sich durch die Rediskontierung von Wechseln bei der Notenbank rezufinanzieren. Damit fiel die Reichsbank als finaler Kreditgeber („lender of last resort“) praktisch schon aus, bevor Anfang Juli die Bankenkrise dramatische Ausmaße annahm. Ausgelöst durch die Schieflage des Unternehmens Norddeutsche Wollkämmerei & Kammgarnspinnerei („Nordwolle“) waren zuerst die Danat- und anschließend ebenfalls die Dresdner Bank, die erhebliche Kredite an die Firma vergeben hatten, in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Damit waren zwei der drei größten deutschen Kreditinstitute zumindest illiquide.³⁴⁵ Als am 5. Juli erste Gerüchte zur kritischen Lage der Danatbank aufgekommen waren, setzte ein panikartiger Abzug von Geldern ein, der schnell auch auf andere Banken übergriff. Die Reichsregierung sah sich daher genötigt, für den 14. und 15. Juli Bankfeiertage auszurufen, bei denen die Kreditinstitute geschlossen blieben. Zugleich wurde

langfristige Anleihe werde nur gegen politische Bedingungen zu haben sein und sei also aus diesem Grund unmöglich. Kein Arrangement dürfe sich auf die Reparationszahlung beschränken“, AdR, Kabinette Brüning (Bd. 2), Besprechung vom 30.05.1931, S. 1047f. Zu Luther ebd. sowie die oben genannte Sitzung vom 07.05. Siehe ferner Büttner, Weimar, S. 429.

³⁴¹ In dem über eine Notverordnung vorgebrachten Aufruf wurde festgestellt, dass das deutsche Volk seine äußersten Anstrengungen unternommen habe, die Lasten des verlorenen Krieges abzutragen, dies sei aber fortan nicht mehr möglich: „Die Grenze dessen, was wir unserem Volk an Entbehrungen aufzuerlegen mögen, ist erreicht!“, zitiert nach Büttner, Weimar, S. 429.

³⁴² Siehe zur Bankenkrise klassisch Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise: Finanzen und Politik. München 1967 sowie aktuell Bähr/Rudolph, 1931. Je nach Autoren werden die Faktoren, die zur Bankenkrise führten, unterschiedlich gewichtet, weshalb in der Wissenschaft auch keine Einigkeit über die Hauptursache der Bankenkrise herrscht. Dies erscheint fast logisch, da allen großen Krisen immanent zu sein scheint, dass mehrere Faktoren zu diesen führen, weshalb eine Gewichtung einerseits strittig, andererseits zu einem gewissen Grad auch entbehrlich wird, da Krisen nur bei Berücksichtigung aller Umstände vollumfänglich erklärt werden können.

³⁴³ Insbesondere Isabel Schnabel macht auf diese Doppelkrise aufmerksam, die plausibel erscheint, vgl. Schnabel, German Twin Crisis. Zur Kapitalflucht Gottfried Haberler, Die Weltwirtschaft und das internationale Währungssystem in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975. Frankfurt a.M. 1976, S. 205-248, hier S. 216f. Wobei Harold James die Meinung vertritt, dass der erste große Abzug an Krediten aus Deutschland selbst kam, die massiv Geld über das Ausland im Reich investiert hätten. Der Kreditabzug etwa der US-Amerikaner sei erst im Juli erfolgt, vgl. James, Reichsbank, S. 187f., James, Deutschland, S. 289-294.

³⁴⁴ Vgl. James, Deutschland, S. 300. Der Satz konnte in den folgenden Tagen nur geringfügig verbessert werden. Die Reserven der Reichsbank hatten bereits 1930 lediglich 18% der kurzfristigen Auslandsschulden gedeckt, vgl. Schnabel, German Twin Crisis, S. 16.

³⁴⁵ Bereits Anfang Juli hatte die Landesbank der Rheinprovinz ihre Zahlungen einstellen müssen und die Bremer Schröder Bank war in Schieflage geraten, vgl. Bähr/Rudolph, 1931, S. 72, 75f. Ob die Danatbank lediglich zahlungsunfähig oder doch insolvent war, konnte nie aufgeklärt werden, vgl. ebd., S. 75. Es sollen an dieser Stelle nicht alle Details der Bankenkrise dargestellt werden, die in den einschlägigen Arbeiten nachzulesen sind.

der Geschäftsverkehr bis Anfang August auf das Nötigste beschränkt, die Börsen blieben bis September geschlossen. Die Wiedereröffnung der Bankhäuser war nur durch Garantien seitens der Reichsregierung möglich sowie durch Kapitalzuschüsse an die notleidenden Aktienbanken, die die Krise in der Hauptsache betrafen und damit teilverstaatlicht wurden.³⁴⁶

Mitte Juli hatte die Reichsbank bereits den Eintausch der Reichsmark in Gold ausgesetzt und Kapitalkontrollen eingeführt; der Goldstandard und der freie Devisenverkehr waren damit ausgehebelt, um die Devisen- und damit die Kapitalflucht zu unterbinden.³⁴⁷ Die Verordnung vom 15. Juli 1931³⁴⁸ bestimmte, dass ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung „nur von oder durch Vermittlung der Reichsbank erworben und nur an die Reichsbank oder durch ihre Vermittlung abgegeben werden dürfen“. Die Notenbank konnte die Befugnis des An- und Verkaufs jedoch an Kreditinstitute übertragen. Es folgten in rascher Reihenfolge weitere Verordnungen, sodass letztendlich auch der Devisenbesitz nur noch der Reichsbank vorbehalten blieb. Wer Devisen für Auslandsgeschäfte benötigte, musste einen Antrag bei der Devisenbewirtschaftungsstelle stellen. Diese wurden gemeinsam von den Reichsbankzweigstellen und den Landesfinanzämtern gebildet.³⁴⁹ Im Rahmen der Devisenbewirtschaftung und der noch darzulegenden Stillhaltung wurde es den ausländischen Kreditinstituten überlassen, welche deutschen Banken für sie die Devisen-Registerkonten führen sollten. Zu diesen 34 *selected banks* zählten neun jüdische Kreditinstitute, unter anderem H. Aufhäuser, S. Bleichröder, Gebr. Arnhold und M.M. Warburg.³⁵⁰ Die wichtige Stellung dieser Banken wurde dadurch nochmals hervorgehoben – und die Wege der vier Banken bzw. ihrer Inhaber sollte sich in den kommenden Jahren wiederholt kreuzen.

Aufgrund der prekären Lage in Deutschland wurde auch wieder die Frage der deutschen Reparationszahlungen virulent. Diese machten gleichwohl nur einen Teil der deutschen Auslandsschulden aus, denn auch Unternehmen und öffentliche Körperschaften hatten beträchtliche kurz-, mittel- und langfristige Schulden im Ausland angehäuft.³⁵¹ Erheblich in Bewegung gekommen war die Reparationsfrage zur Mitte des Jahres 1931 und nach einem Besuch einer deutschen Delegation unter Brüning in London und Chequers vom 5. bis 9.

³⁴⁶ Siehe die Tabelle mit der Eigentümerstruktur der Aktienbanken bei ebd., S. 102. Zu den Stützungsmaßnahmen anderer Banken siehe ebd., S. 104-108

³⁴⁷ Der Goldstandard blieb Geschichte, der freie Kapitalverkehr wurde erst weit nach dem Krieg wieder eingeführt.

³⁴⁸ RGBI 1931 (I), S. 366ff.

³⁴⁹ Vgl. Born, Bankenkrise, S. 120f.

³⁵⁰ Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA AA), R 117161, List of selected Banks to be given to the Trustee under Clause 10; Köhler, „Arisierung“, S. 228 (insbes. Fn. 103).

³⁵¹ Die kommerziellen Auslandsschulden betrugen ca. 25,6 Mio. RM, bei einer Nettoverschuldung im Ausland in Höhe von knapp 16 Mio. RM, vgl. Born, Bankenkrise, S. 18.

Juni.³⁵² Premierminister Ramsay MacDonald³⁵³ (Labour Party) und die meisten seiner Kabinettsmitglieder zeigten viel Verständnis für die deutsche Lage und man kann in gewisser Weise von einer „britisch-deutsche(n) Allianz gegen den Young-Plan“³⁵⁴ sprechen.

Auch die US-Regierung begann sich 1931 zum ersten Mal ernsthaft mit dem Problemkreis deutsche Reparationszahlungen und interalliierte Schulden zu befassen. Das Ergebnis war die Verkündung des nach dem US-Präsidenten Hoover (Republikaner) benannten Moratoriums am 20. Juni 1931, das alle politischen Auslandsschulden umfasste, d.h. die deutschen Reparationszahlungen sowie die interalliierten Schulden.³⁵⁵ Dabei war zu beobachten, dass sowohl die US-Administration wie die britische Regierung dem Druck der Bankiers ausgesetzt waren, die um ihre Auslandsinvestments fürchteten; wobei die britischen Institutsleiter wesentlich direkter agierten.³⁵⁶ Die *special relationship* zwischen den beiden Mächten hatte trotz bestehender Divergenzen mithin weiterhin bestand, denn beide hatten ein gemeinsames Interesse an einer konzertierten Aktion und einem geregelterm Verfahren bei der abzusehenden Zahlungsunfähigkeit Deutschlands, um ihre dortigen finanziellen sowie ihre allgemeinen wirtschaftlichen Interessen so weit wie möglich durchzusetzen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass auch die USA in einer schweren Depression steckten und sie durch das

³⁵² Vgl. hierzu insbesondere die quellennahen Ausführungen bei Hermann Graml, Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher. München 2001, S. 113-167, zum Englandbesuch S. 129-132.

³⁵³ Ramsay MacDonald regierte von 1929-1931 in einer Minderheitsregierung. Nicht zuletzt aufgrund des rigiden Sparkurses kam es 1931-1935 zu einer *national coalition*, wiederum unter einem Premierminister MacDonald, diesmal gestützt auch auf liberale und konservative Minister, bei der jedoch ein Großteil der Labour-Abgeordneten in die Opposition ging, vgl. Walther L. Bernecker, Europa zwischen den Weltkriegen 1914-1945. Stuttgart 2002, S. 169ff.; Michael Meister, Kleine Geschichte Englands. Stuttgart 2002 (BpB), S. 443f.

³⁵⁴ So die entsprechende Kapitelüberschrift bei Graml, Stresemann. Der Young-Plan regelte seit 1929/30 die deutschen Reparationszahlungen. Im Zuge dessen war die so genannte „Young-Anleihe“ über 351 Mio. USD (1,47 Mrd. RM) aufgelegt und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) für die daraus resultierenden internationalen Transaktionen gegründet worden, vgl. Born, Geld, S. 406-410.

³⁵⁵ Diese Forderungen waren bis Ende Juni 1932 gestundet („Freijahr“), die Juni-Rate von 1931 musste jedoch noch bezahlt werden, was durch einen 100-Mio.-USD-Rediskontkredit ermöglicht worden war. In der Literatur weitgehend unberücksichtigt bleibt der Umstand, dass das Hoover-Moratorium im US-Kongress erst noch angenommen werden musste, dies konnte nicht vor dem Jahreswechsel geschehen. Bis dahin war seitens der US-Regierung eine Aktion in Richtung Reparationsfrage absolut unerwünscht, vgl. ADAP 1918-1945, Serie B: 1925-1933, Band XVIII: 01.07.-15.10.1932. Göttingen 1982, Dok. 142, Botschafter in Washington von Prittwitz und Gaffron an das Auswärtige Amt, 21.08.1931; ebd., Dok. 163, Runderlass des Auswärtigen Amts, 30.08.1931. Damit wurde die Lösung der Reparations- wie insgesamt der Schuldenfrage hinausgezögert und wertvolle Zeit ging hier möglicherweise verloren. Infolge des, wenn auch nie in Kraft getretenen, aber dennoch handlungsleitenden Lausanner Abkommens vom Juli 1932 wurden alle kriegsbedingten Schulden schließlich gestrichen, vgl. mit aktuellem Bezug Heike Knortz, Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Eine Einführung in Ökonomie und Gesellschaft der ersten Deutschen Republik. Göttingen 2010, S. 113f.

³⁵⁶ Vgl. Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1914-1936. Stuttgart 1988, S. 379. Rund 39% und damit die meisten der Auslandskredite kamen aus den USA (Stand Ende 1930), es folgten die Niederlande (18%), Großbritannien (15%), Schweiz (13%) und Frankreich (5%), vgl. Born, Bankenkrise, S. 18. Siehe hinsichtlich der britischen Bankiers als Überblick Klaus Jaitner, Deutschland, Brüning und die Formulierung der britischen Außenpolitik. Mai 1930 bis Juni 1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4/1980 (28. Jahrgang), S. 440-486, hier S. 461f. Siehe in diesem Zusammenhang auch Otmar Escher, Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Bremen 1931 und der Fall Schröderbank. Frankfurt a.M. 1988, S. 239-248, 296f. mit der Beschreibung eines Falls, bei dem britische und US-amerikanische Banken massiv für die Rettung der Schröderbank durch das Reich eintraten, die erhebliche Auslandsschulden hatte.

Moratorium sowie dem anschließenden Stillhalteabkommen ihr eigenes, angeschlagenes Kreditsystem schützen und eine weitere Eskalation der Weltwirtschafts- und Finanzkrise verhindern wollten.³⁵⁷ Dabei gilt es zu beachten, dass das Moratorium, das ein Jahr lief, getrennt zu sehen ist vom Stillhalteabkommen, welches auch erst noch ausgehandelt werden musste.

Hierzu hatten sich u.a. auf britischer und US-amerikanischer Seite Gläubigerkomitees gebildet. Diese vertraten die Interessen 16 Londoner und 19 US-amerikanischer Banken. Die Verhandlungen vom Juli 1931 in London zwischen Vertretern der Gläubiger und des Deutschen Reichs offenbarten, dass ein neuer Auslandskredit für Deutschland nicht zu erreichen war.³⁵⁸ Erschwert wurde die Lage dadurch, dass die Bank of England selbst mit Währungsproblemen zu kämpfen hatte.³⁵⁹ Damit war die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands nicht mehr abzuwenden und die Lösung konnte nur sein, mit den Gläubigern ein Stillhalteabkommen zumindest für die kurzfristigen Kredite auszuhandeln.³⁶⁰ Das nach ihrem Vorsitzenden Albert H. Wiggin (Chase National Bank) benannte Komitee stellte acht Mrd. RM kurzfristiger deutscher Auslandsschulden fest – spätere Erhebungen offenbarten, dass es eher 13 Mrd. RM waren –, die für die kommenden sechs Monaten lediglich zur Hälfte durch Gold- und Devisen gedeckt waren. Der Layton-Bericht³⁶¹ schlug auf Grund dieses Befundes eine Stillhaltevereinbarung vor. Daraufhin begannen am 14. August 1931 in Basel (Schweiz) die Stillhalteverhandlungen zwischen den Repräsentanten der deutschen Schuldner- und den ausländischen Gläubigerbanken.

Gemäß den Bestimmungen der Londoner Empfehlungen wurden daraufhin am 19. August 1931 in Basel die Konditionen der internationalen Stillhaltung niedergelegt.³⁶² Die Bankgläubiger aus Großbritannien, den USA, Frankreich, der Schweiz und den Niederlanden sowie aus sechs weiteren Staaten verpflichteten sich, die kurzfristigen kommerziellen Schulden

³⁵⁷ Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland, 1921-1932. Düsseldorf 1970, S. 502. Die britische Regierung war in dieser Angelegenheit ganz auf US-amerikanischer Linie, versuchte aber mehr noch als die US-Administration, durch die Forderung von politischen Zugeständnissen an die österreichische Regierung (vor allem Aufgabe der geplanten, von den Alliierten vehement bekämpften deutsch-österreichischen Zollunion und Reduzierung der Militärausgaben) Frankreich mit ins Boot zu holen und eine einheitliche Linie der Alliierten herzustellen, vgl. Jaitner, Deutschland, S. 462, 464.

³⁵⁸ Vgl. u.a. Born, Beginn, S. 125.

³⁵⁹ Vgl. ADAP, Serie B: 1925-1933, Band XVIII: 1. Juli bis 15. Oktober 1931. Göttingen 1981, Dok. 150, Clemens Lammers an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Bülow, 25.08.1931 (als Anlage Notiz über Besuch Walter Laytons in Berlin am 22./23.08.).

³⁶⁰ Vgl. insgesamt Born, Beginn, S. 125-128. Es wurde zudem 1930 in Folge des Young-Plans die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) gegründet, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands im Zusammenhang mit den Reparationsleistungen zu gewährleisten (der Transferschutz war abgeschafft worden) sowie die Zusammenarbeit der Nationalbanken und die Wechselkursstabilität zu fördern.

³⁶¹ Auf Empfehlung der Londoner Konferenz vom Juli 1931 wurde von der BIZ ein Sachverständigenausschuss bestellt, der die Kreditlage Deutschlands untersuchen sollte. Der darauf fußende Bericht wurde auch Layton-Bericht genannt, nach dem britischen Vorsitzenden Sir Walter Thomas Layton, Direktor der National Mutual Assurance Society und Herausgeber des „Economist“. Dieser Ausschuss hatte das Wiggin Komitee mit der oben genannten Untersuchung beauftragt.

³⁶² Vgl. Bernd J. Wendt, Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933-39. Düsseldorf 1971, S. 68f.

Deutschlands zunächst für sechs (später zwölf) Monate zu stunden. Entsprechend der deutschen Zahlungsfähigkeit konnten kleine Summen abgezogen werden, ansonsten sollten die Kreditlinien offengehalten bleiben, d.h. Kredite sollten von den deutschen Schuldnern weiterhin revolving in Anspruch genommen werden können. Beglichen werden mussten jedoch die Zinsen der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Zunächst nicht unter die Stillhaltung fielen die kurzfristigen öffentlichen Schulden. Dies änderte sich bei der ersten Verlängerung der Stillhaltung im Frühjahr 1932, wodurch auch die kurzfristigen Auslandsschulden der deutschen Städte von 50 Mio. RM gestundet wurden. Die Zinsen mussten zu einem auf sechs Prozent reduzierten Satz weiterhin transferiert werden. Beide Stillhaltungen wurden stetig verlängert und galten bis zum Kriegsausbruch. Da die langfristigen Auslandsverbindlichkeiten des Reichs erst nach 1933 neu verhandelt wurden, wird die Thematik im kommenden Kapitel behandelt werden.

In Deutschland wurde gleichzeitig Maßnahmen ergriffen, um die Bankenkrise zu überwinden. Eine davon war die Gründung eines Überweisungsverbandes unter der Führung der Deutschen Golddiskontbank als Haftungsgemeinschaft am 18. Juli 1931, um den weitegehend brach liegenden Überweisungs- und Abrechnungsverkehr wieder in Gang zu setzen. An diesem Garantiefonds mit einer Gesamthöhe von 5,75 Mio. RM waren alle wesentlichen deutsche Banken beteiligt, die Privatbankiers hielten 42% der Anteile³⁶³; ein Ausdruck ihrer weiterhin relativ großen Bedeutung. Das Bankhaus H. Aufhäuser hatte sich ebenfalls daran beteiligt, wenngleich nur mit dem kleinstmöglichen Beitrag von 50.000 RM.³⁶⁴ Diese Art der Solidarität hatte jedoch seine Grenzen. Die Privatbankiers führten wiederholt Beschwerde bei der Reichsregierung, dass sie praktisch keinerlei Hilfe erhielten sowie durch die Garantien und staatlichen Stützungsaktionen für die Großbanken zudem Einlagen verlören.³⁶⁵ Denn die Großbanken betrieben aktiv Werbung mit den Staatsgarantien und Kunden zogen daraufhin ihr Geld von den Privatbankiers ab; ein Einlagensicherungsfonds o.Ä. war damals inexistent. Viele kleinere und mittlere Privatbankiers mussten Konkurs anmelden, größere Privatbankhäuser reagierten wiederum mit verstärkten Bemühungen um Kooperationen, die nicht selten in eine Fusion mündeten. Es gab auch Bestrebungen zur Bildung einer Zentralgenossenschaft für Privatbanken, die jedoch erfolglos blieben. Einzelne Privatbankhäuser suchten dagegen eine enge Zusammenarbeit mit einer Großbank.³⁶⁶ Insgesamt gesehen veränderte sich die

³⁶³ Ulrich, Aufstieg, S. 214, 215 (Tabelle).

³⁶⁴ Martin Aufhäuser saß im Aufsichtsrat der Golddiskontbank und konnte sich alleine schon aufgrund dieser Tatsache einer Beteiligung seines Bankhauses kaum versagen.

³⁶⁵ Vgl. Ulrich, Aufstieg, S. 233, siehe auch S. 240.

³⁶⁶ Vgl. ebd., S. 232f. So diskutierten die Frankfurter Privatbankhäuser Gebr. Bethmann, Jacob S.H. Stern, Lincoln Menny Oppenheimer und Georg Hauck & Sohn über eine enge Kooperation sowie eine Zusammenarbeit mit der Berliner Handels-Gesellschaft (BHG); neben der Reichs-Kredit-Gesellschaft (RKG) die einzige Berliner Großbank, die keiner staatlichen Kapitalrekonstruktion bedurfte. Auffallend ist, dass sowohl die BHG wie die RKG kein Filialnetz besaßen, vgl. Ulrich, Aufstieg, S. 219; Harald Wixforth, Expansion durch „Arisierung“? – Die Geschäftsausweitung der Reichs-Kredit-Gesellschaft in die „Provinz“, in:

Bankenlandschaft in der Zeit der Weimarer Republik erheblich: Die Zahl der Berliner Großbanken reduzierte sich von acht auf fünf³⁶⁷ und diese waren seit der Bankenkrise weitgehend verstaatlicht. Die Anzahl der Provinzbanken ging von 67 (1925) auf 39 (1933) zurück, die der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten von 620 auf 377. Zudem existierten lediglich noch 709 Privatbanken – nach 1.406 im Jahr 1925. Die Sparkassen und diversen Kreditgenossenschaften hatten kaum Veränderungen zu verzeichnen und konnten ihre Stellung weiter ausbauen.³⁶⁸

2. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Juden

Nach dem verloren gegangenen Ersten Weltkrieg war die erste parlamentarische Demokratie auf deutschem Boden ins Leben gerufen worden. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik verlief jedoch nicht ohne Blutvergießen und Gewalt, was auch die Familie Aufhäuser als Repräsentanten des Bürgertums zu spüren bekam.³⁶⁹ Die Weimarer Reichsverfassung war in vielerlei Hinsicht ein Kompromissprodukt divergierender Interessen. Dies zeigte sich auch im Grundrechtskatalog, der kein geschlossenes Gesellschaftsbild oder gesellschaftspolitisches Programm verfolgte;³⁷⁰ damit auch kein sozialistisches, was lange vom Bürgertum befürchtet worden war. Im Gegenteil: Viele verfassungs- und gesellschaftspolitische Leitvorstellungen des bürgerlichen Liberalismus fanden Eingang in die neue Verfassung. Parteigänger der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) waren maßgeblich an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligt, die Partei, die auch die größte Wählerschaft unter den deutschen Juden hatte³⁷¹. Die Weimarer Verfassung gewährte den deutschen Juden die rechtliche, wirtschaftliche und politische Gleichstellung. Die gesellschaftliche Gleichstellung aller Staatsbürger geriet jedoch „zur Farce“³⁷² und blieb Gegenstand der öffentlichen Diskussion, die

Bankhistorisches Archiv. Banking and Finance in Historical Perspective, 1/2009 (35. Jahrgang), S. 1-24, hier S. 4f. Eine enge Kooperation mit den Banken in der Provinz war daher essentiell und die Hilfe etwa der BHG damit auch in ihrem Interesse. Siehe auch Escher, Wirtschafts- und Finanzkrise, S. 296.

³⁶⁷ Es wurde die Danatbank und die Dresdner Bank, die Commerz- und Privatbank mit dem Bremer Bankverein fusioniert. Der Staat war direkt bzw. indirekt maßgeblich an diesen Banken beteiligt, an der ebenfalls kurz zuvor fusionierten Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft wurden rund 35% gehalten, vgl. Born, Geld, S. 499f.; Bähr/Rudolph, 1931, S.102.

³⁶⁸ Vgl. Deutsche Bundesbank (Hg.), Deutsches Geld- und Bankwesen, S. 74-123. In der Literatur gibt es hierzu unterschiedliche Angaben, die Tendenz ist aber einheitlich.

³⁶⁹ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 69. Nach der Ermordung Kurt Eisners (USPD) hatte die neue revolutionäre Regierung „Waffendurchsuchungen in Bürgerhäusern“ angeordnet. Nachdem bei der Durchsuchung der Aufhäuser-Villa keine Waffen gefunden wurden, requirierten die Revolutionäre Wertgegenstände.

³⁷⁰ Vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 20.

³⁷¹ Vgl. Avraham Barkai, Politische Orientierung und Krisenbewusstsein, in: Michael A. Meyer (Hg.), Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit 1918-1945, Band 4. München 2000, S. 102-124, hier S. 107; je nach Berechnung haben die Hälfte bis zu zwei Drittel der deutschen Juden die DDP gewählt.

³⁷² Martin Liepach, Das Krisenbewusstsein des jüdischen Bürgertum in den Goldenen Zwanzigern, in: Andreas Gotzmann/Rainer Liedtke/Till van Rahden (Hg.), Juden, Bürger, Deutsche. Zur Geschichte von Vielfalt und Differenz 1800-1933. Tübingen 2001, S. 395-417, hier S. 401, dort auch das Zitat des jüdischen Bankiers

in der an Krisen reichen Weimarer Zeit wiederholt zu Agitationen und Polemiken führte. Neuartig war dabei, dass mit antisemitischen Stereotypen gleichzeitig das bestehende politische System infrage gestellt wurde.³⁷³ Damit einher ging ein Angriff auf Werte, die das Selbstverständnis des jüdischen Bürgertums ausmachten. Die jüdische Bevölkerung nahm diese Stimmung und Veränderungen auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet sehr wohl wahr, die zunehmend auf ihre Exklusion hinarbeitete.³⁷⁴

Dies lag nicht zuletzt daran, dass unmittelbar nach dem verlorenen Krieg jüdische Revolutionsführer an exponierten Stellen agitierten, was den gegenrevolutionären Kräften und den Verschwörungstheoretikern das willkommene Bild der „jüdisch-bolschewistischen Gefahr“³⁷⁵ bzw. in Verbindung mit den revolutionären Ereignissen in Sowjet-Russland, bei der ebenfalls jüdische Agitatoren prominent vertreten waren, der jüdischen Weltrevolution heraufbeschwören ließ. Vor allem in der Anfangsphase der Republik hatten ferner prominente deutsche Juden prominente Positionen inne.³⁷⁶ Dies führte schnell dazu, dass von nationalistischer Seite im Einklang mit der Dolchstoß-Legende die „jüdischen Novemberverräter“³⁷⁷ angeprangert und die neue Staatsform als „Weimarer Judenrepublik“³⁷⁸ diffamiert werden konnten – wenngleich beides jeglicher Grundlage entbehrte. Insbesondere München galt infolge der Revolution und Räterepublik als „Sammelbecken für chauvinistische, revisionistische und antisemitische Gruppierungen“³⁷⁹, ohne deren Hilfe, die bis in die gesellschaftliche und politische Elite Münchens reichte, der Aufstieg Hitler nicht möglich gewesen wäre.³⁸⁰

Entgegen der selektiven Wahrnehmung einer jüdischen Omnipräsenz nahm die Zahl der Juden in Deutschland nach dem Krieg ab.³⁸¹ Viele Juden sahen sich zudem durch die Inflation besonders hart getroffen und auch öffentlich wurde in den 1920er Jahren von der

Rudolf Kaulla aus seinem 1928 erschienenen Buchs: „Die Juden haben das Gefühl, dass ihre Gleichberechtigung im Deutschen Reich, trotzdem sie nun so lange schon besteht und gesetzliche Geltung besitzt, doch noch dauernd gefährdet sei und fortgesetzt von ihnen neu erworben werden müsse“.

³⁷³ Vgl. Liepach, Krisenbewusstsein, S. 408.

³⁷⁴ Vgl. ebd., S. 417.

³⁷⁵ Avraham Barkai, Jüdisches Leben in seiner Umwelt, in: Meyer (Hg.), Deutsch-jüdische Geschichte, Band 4, S. 50-73, hier S. 51.

³⁷⁶ Siehe hierzu auch das NSDAP-Parteiprogramm von 1920, Gottfried Feder (Hg.), Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken von Dipl.-Ing. Gottfried Feder. München ⁴⁰1930: „[...] der großen Zersetzer und Zerstörer, der Juden und Freimaurer, sichtbar an den wichtigsten Stellen oder unsichtbar hinter den Kulissen als Drahtzieher der Puppen [...] oder unverhüllt als Jakob Goldschmidt, Warburg, Wassermann, Levy u.a., die das deutsche Volk mit Presse und Zinspeitsche verblöden und ausbeuten“ (S. 26). Es wurden auch die Bereiche Literatur, Theater, Kino, Radio etc. angeführt.

³⁷⁷ Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (Band 4), S. 467.

³⁷⁸ Barkai, Jüdisches Leben, S. 51. Siehe ferner Mendes-Flohr, Schatten, S. 28f.

³⁷⁹ Heike Specht, Zerbrechlicher Erfolg (1918-1933), in: Richard Bauer/Michael Brenner (Hg.), Jüdisches München. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2006, S. 137-160, hier S. 138.

³⁸⁰ Vgl. Large, Hitlers München, insbesondere S. 194-204.

³⁸¹ Vgl. Arthur Prinz, Juden im Deutschen Wirtschaftsleben. Soziale und wirtschaftliche Struktur im Wandel 1850-1914. Tübingen 1984, S. 189. Für 1933 wird die Zahl der in Deutschland lebenden Juden mit 500.000 angegeben.

ökonomischen Krise der Juden gesprochen.³⁸² Gerade im Bankgewerbe waren immer weniger Juden tätig: besaßen sie 1882 noch einen Anteil von knapp 22%, waren es 1925 lediglich 3,84%. Dabei machten sich bereits erste antisemitische Tendenzen bemerkbar, denn viele Unternehmen wollten keine jüdischen Angestellten.³⁸³ Ob man allerdings pauschal urteilen kann, dass sie damit auch ihren wirtschaftlichen Einfluss eingebüßt hätten und „ihre so gerühmte Anpassungsfähigkeit“³⁸⁴ sich nicht bewährt hätte, scheint zumindest zweifelhaft und dürfte für das Bankwesen insgesamt nicht zutreffen³⁸⁵. Insbesondere kann dieses Urteil für die Privatbankiers ausdrücklich nicht bestätigt werden, da sie weiterhin eine große Flexibilität an den Tag legten und insbesondere in der vergleichsweise stabilen Phase von 1924 bis zur Weltwirtschaftskrise vielfach von der liberalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung der Weimarer Republik profitieren konnten – wie das Bankhaus H. Aufhäuser.

3. Das Bankhaus und seine geschäftlichen Tätigkeiten

Der Begriff der „Goldenen Zwanziger“ ist von der jüngeren Forschung stark relativiert worden, gerade was die wirtschaftliche Entwicklung anbelangt.³⁸⁶ Wie viele andere Privatbanken erlebte das Bankhaus H. Aufhäuser dennoch gerade in dieser Phase seine erfolgreichsten Jahre. In Anlehnung an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ab Mitte der 1920er Jahre haben wir es auch keineswegs mit einer „Scheinblüte“ zu tun. Das Bankhaus stand vielmehr auf einer sehr soliden Basis mit einer erfolversprechenden langfristigen Perspektive.

Der Erste Weltkrieg hatte beim Münchener Bankhaus keine negativen Spuren hinterlassen. Nach einem kurzen Einbruch 1914 konnte die Bilanzsumme, die 1913 erstmals über zehn Mio. RM gelegen hatte, bis 1918 mit über 22 Mio. RM mehr als verdoppelt werden.³⁸⁷ In der Bilanz lassen sich Krieg und Krisen nur an wenigen Stellen herauslesen. So war der Überschuss, der im letzten Friedensjahr noch 256.000 RM betragen hatte, 1915 bis auf 71.000 RM zurückgegangen. Auffällig ist das Jahr 1917, dem Todesjahr Heinrich Aufhäusers. Der Bestand an Wertpapieren, der 1915 wohl in Folge der Kriegsanleihen sprunghaft gestiegen war³⁸⁸,

³⁸² Liepach, Krisenbewusstsein, S. 413; Prinz, Juden, S. 189.

³⁸³ Vgl. ebd., S. 133f.; Liepach, Krisenbewusstsein, S. 410f. Das galt auch für Beamte.

³⁸⁴ Prinz, Juden, S. 189.

³⁸⁵ So auch Detlef Krause, Jüdische Traditionslinien in der Commerzbank von ihrer Gründung im Jahr 1870 bis zur Mitte der Weimarer Republik, in: Ludolf Herbst/Thomas Weihe (Hg.), Die Commerzbank und die Juden 1933-1945. München 2004, S. 20-42, hier S. 42.

³⁸⁶ Eberhard Kolb beispielsweise sieht diesen Begriff aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Dauermisere nur auf das geistig-künstlerische Schaffen beschränkt, vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 95.

³⁸⁷ Vgl. zum Folgenden wenn nicht anders angegeben BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 3f., 11f.

³⁸⁸ Hatte der Wertpapierbestand 1914, wie etwa in den Jahren zuvor, 204 TRM betragen, stieg dieser 1915 auf über 1,2 Mio. RM. Da in dieser Zeit zwei Kriegsanleihen begeben worden sind, andere Wertpapiere praktisch nicht gehandelt wurden, kann die einzig plausible Erklärung nur sein, dass H. Aufhäuser für den Eigenbestand bzw. seine Kunden diese Anleihen im Depot hielt. Siehe hierzu auch Johannes Bähr/Axel Drecoll/Bernhard

reduzierte sich nun von über 1,1 Mio. RM auf 236.000 RM. Dies dürfte der Kapitalauseinandersetzung aufgrund des Todes von Heinrich Aufhäuser geschuldet gewesen sein: Seine Frau Rosalie erhielt ihren Anteil an der Bank ausbezahlt. In der Folge musste das Eigenkapital um rund 41% herabgesetzt werden³⁸⁹. Dennoch konnte auch 1917 der Gewinn um über 51% zum Vorjahr gesteigert, auch die Reserven konnten erheblich gestärkt werden. Im ersten Friedensjahr 1919 wuchs der Gewinn exorbitant auf eine Mio. RM, was noch nicht der aufkommenden Inflation zugerechnet werden kann. Hauptsächlich hierfür dürften die Belebung des wiedereröffneten Börsenhandels und die steigenden Aktienkurse gewesen sein.

Die Inflationszeit hatte nur sehr geringfügige Auswirkungen auf die Entwicklung des Bankhauses. Nach erheblichem personellen Mehraufwand verursacht durch die immer schneller voranschreitende Geldentwertung und einer aufgeblähten Bilanz betrug nach der Währungsstabilisierung das Eigenkapital 3,845 Mio. Mark – über Zweidrittel mehr als 1918 und doppelt so viel wie vor dem Krieg. Über die Gründe wird noch zurückzukommen sein. Insgesamt folgte für das Bankhaus in der Zeit von 1924 bis 1928 eine rasante Entwicklung³⁹⁰: Die Bilanzsumme verfünffachte sich und betrug 1928 zum ersten Mal über 100 Mio. RM. Die Kundeneinlagen stiegen von 6,5 auf 23,3 Mio. RM, die Bankeneinlagen von 4,7 auf 58 Mio. Auch die Aktivseite entwickelte sich entsprechend: Der Wertpapierbestand stieg von knapp drei auf annähernd elf Mio. RM (ohne Eigenbestand), die Debitoren von 10,3 auf 82 Mio. RM. Die Gewinne der Jahre 1926 bis 1928 lagen sehr konstant bei rund 0,62 Mio. RM. Die Erträge wurden hauptsächlich durch Zins- und Wertpapiergeschäfte erwirtschaftet. Lagen 1924 die Zinserträge fast drei Mal so hoch wie der Erträge aus Wertpapiergeschäften, kehrte sich dies ab 1926 um und das Verhältnis lag bis 1928 bei etwa 1:2. Erträge wurde darüber hinaus mit dem Sorten- und Wechselgeschäft sowie mit Zinsscheinen erwirtschaftet. Ein weiterer Posten, der bereits vor dem Krieg – wenn auch nur mit kleinen Beträgen – geführt wurde, entwickelte sich zum dritten Standbein: das Konsortialgeschäft. Den höchsten Wert erreichte dies interessanterweise 1929 mit 0,63 Mio. RM und damit annähernd die Erträge des Zins- und Provisionsgeschäfts (jeweils ca. 0,8 Mio. RM). Wohlgemerkt, dieser Aufschwung, „der seinesgleichen suchte“³⁹¹ und höchstens noch von ähnlich ausgerichteten Privatbankiers wie H.

Gotto, Die Geschichte der Bayern LB. München/Zürich 2009, S. 56. Zugleich eröffnete sich den Sparkassen durch ihr Engagement in Kriegsanleihen ein neues Geschäftsfeld: das Effektenkommissions- sowie das Depotgeschäft, vgl. ebd. S. 58. Damit traten sie in direkte Konkurrenz zu den Privatbanken. Siehe zur Konkurrenzsituation auch Wixforth/Ziegler, Deutsche Privatbanken, S. 226.

³⁸⁹ In Zahlen: von 1,656 (1916) auf 0,97 Mio. RM (1917).

³⁹⁰ Siehe auch Fischer, Münchens Finanzinstitute, S. 173.

³⁹¹ Fischer, Münchens Finanzinstitute, S. 173. Die Entwicklung der Berliner Großbanken stellt sich wesentlich schlechter dar: Die kulminierte Bilanzsumme halbierte sich 1924 im Vergleich zu 1913 und konnte bis 1929 etwa nur verdreifacht werden (bei jedoch durch Fusion nominal zwei Großbanken weniger), das kulminierte Eigenkapital erfuhr keine vergleichbare Steigerung. Die Bilanzsumme von 1924 (ohne Privatbankiers und Postinstitute) konnte erst 1936 wieder erreicht werden, das Eigenkapital nie. Die Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Banken war dem in etwa ähnlich, sehr dramatisch war der Absturz der Provinzbanken mit

Aufhäuser erreicht wurde³⁹², fand vor dem Hintergrund einer wachstumsarmen Gesamtwirtschaft statt.

Der wirtschaftliche Abschwung setzt 1929 allmählich ein, nahm dann im Verlauf der Jahre 1930 und 1931 wie oben dargelegt dramatische Formen an. Das machte sich in der Bilanzsumme von H. Aufhäuser bemerkbar, die keine 30 Mio. RM mehr betrug, sich im Vergleich zu 1928 also um mehr als zwei Drittel reduziert hatte. Das Kreditgeschäft stürzte von knapp 73 auf unter 23 Mio. RM ab, die Wertpapierbestände reduzierten sich um über die Hälfte. Das Eigenkapital musste 1931 auf drei Mio. RM herabgesetzt, konnte dann aber bis 1933 konstant gehalten werden. Eine Entwicklung fällt jedoch positiv ins Auge: Die Spareinlagen erhöhten sich (stichtagsbezogen) im Jahr 1931, also inmitten der Bankenkrise; im Vergleich zu 1930 sogar um mehr als 50%.³⁹³ Und dies, obwohl die Großbanken bekanntlich von der Reichsregierung bzw. (indirekt) der Reichsbank gestützt wurden und damit die Einlagen finanziell abgedeckt waren. Der oben dargelegte Vorwurf seitens der Privatbankiers, sie hätten Einlagen an die Großbanken verloren, war demzufolge mehr Propaganda als Realität. Die Kunden vertrauten offensichtlich dem unabhängigen, in eigener Haftung stehenden Privatbankier mehr, als den in die Schlagzeilen geratenen Aktienbanken.³⁹⁴

1929 konnte nur noch ein minimaler Gewinn von 16.000 RM ausgewiesen werden, von 1930 bis 1933 überhaupt kein positives Ergebnis mehr.³⁹⁵ Wertpapiere und Kredite mussten in Millionenhöhe abgeschrieben werden. Schwere finanzielle Verluste erlitt das Bankhaus H. Aufhäuser während der Wirtschaftskrise durch seine einzige Industriebeteiligung.³⁹⁶ Der genaue Zeitpunkt konnte nicht rekonstruiert werden, aber ungefähr um 1925 hatte sich das Bankhaus an der Obpacher AG beteiligt, ein 1867 in München gegründeter Buch- und Kunstverlag.³⁹⁷ 1888 erfolgte die Umwandlung in eine AG (Lithographisch-artistische Anstalt München, vorm. Gebrüder Obpacher AG), es schloss sich die Umbenennung in Druckerei und Kartonagenfabrik, vorm. Gebrüder Obpacher AG an. Über den Anteil der Obpacher-Beteiligung

Filialnetz. Für die Privatbankiers insgesamt liegt eine solche Auswertung nicht vor, vgl. Deutsche Bundesbank (Hg.), Geld, S. 74-81, 118f.

³⁹² Siehe dazu Wixforth/Ziegler, Privatbanken, S. 219-229 sowie die diversen Hinweise bei Ulrich, Aufstieg, Kapitel 4.

³⁹³ Die Zahlenreihe (in Mio. RM): 3,897 (1928), 4,665 (1929), 3,751 (1930), 5,660 (1931), 5,799 (1932). Ab 1931 fielen jedoch aufgrund ihrer eigenen finanziellen Schwierigkeiten die Einlagen anderer Banken komplett weg, im Jahr 1930 hatten diese immerhin noch 31 Mio. RM betragen.

³⁹⁴ Dieses Phänomen war auch während der Subprime-Krise 2007/8 zu beobachten. Das Bankhaus Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA erhielt innerhalb kurzer Zeit sehr viele Kundengelder, sodass die Bilanzsumme sich von 2,2 auf fast 3 Mrd. EUR erhöhte und daraufhin keine Tagesgelder mehr angenommen wurden, Interview mit Raimund Hilbert (Leiter Treasury), 18.11.2014.

³⁹⁵ In der Fischer-Chronik werden für diese Jahre keine Ergebnisse ausgewiesen, BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 12.

³⁹⁶ Vgl. zum Folgenden wenn nicht anders angegeben ebd., F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947.

³⁹⁷ http://marjorie-wiki.org/wiki/Gebr%C3%BCder_Obpacher_Lithographisch-artistische_Anstalt [28.11.2011]

an den finanziellen Verlusten von H. Aufhäuser infolge der Wirtschaftskrise gingen die Meinungen nach 1945 auseinander, aber er war auf jeden Fall beträchtlich. Angeblich waren es 4,5 Mio. RM in fünf Jahren, die durch dieses Engagement verloren gegangen sein sollen.³⁹⁸ Es hat den Anschein, als sei dieser Fall wiederum ein Beispiel dafür, dass eine Bank sich an einem Unternehmen beteiligt, durch finanzielle Zuschüsse versucht, zu retten was bei objektiver Betrachtung nicht mehr zu retten ist, und schlimmstenfalls die eigene Existenz gefährdet. Dieses Muster ist bei Nordwolle und Danatbank und damit dem Auslöser der Bankenkrise 1931 zu erkennen. Ein weiteres Beispiel diesmal auf Privatbankiers-Ebene ist das Hamburger Bankhaus M.M. Warburg und sein Engagement bei der Rudolf Karstadt AG, die 1931 kurz vor dem Bankrott stand.³⁹⁹

Die Wirtschafts- und Bankenkrise trafen das Bankhaus H. Aufhäuser folglich hart, die Situation stellte sich jedoch nicht als unmittelbar existenzgefährdend dar.⁴⁰⁰ Um jedoch Liquiditätsschwierigkeiten zu überbrücken, war das Bankhaus auf Unterstützung von außen angewiesen. Mit Hilfe des nach 1918 weiter ausgebauten Aufhäuser-Netzwerks konnte dieser Engpass überwunden werden.

4. Das Netzwerk und die Kapitalien

4.1. Die familiäre Vernetzung

Mit dem Tod Heinrich Aufhäusers 1917 war einerseits ein wichtiger Bezugspunkt des Bankhauses verloren gegangen. Andererseits war das Bankhaus so gefestigt und der Übergang an die folgende Generation frühzeitig eingeleitet worden, dass der Verlust des Bankgründers keine gravierenden Auswirkungen für das Kreditinstitut hatte. Dies mag auch daran gelegen haben, dass das „Familien-Netzwerk“ nach der Bankgründung auf den allerengsten Familien-Kreis beschränkt blieb: Heinrich Aufhäuser und seine beiden Söhne,

³⁹⁸ BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947. Friedrich W. Seiler, der spätere „Ariseur“ von H. Aufhäuser, sah demnach die Beteiligung als Hauptgrund für die auch 1938 weiterhin bestandene finanzielle Misere der Bank.

³⁹⁹ Vgl. Hoffmann, Max M. Warburg, S. 131ff.; Ulrich, Aufstieg, S. 223f. Gab James P. Warburg, erfolgreicher Bankiers in New York, M.M. Warburg verloren und verweigerte zunächst jede Hilfe, halfen Paul und Felix ihrem Bruder Max mit knapp acht Mio. USD aus der Notlage. James Warburg erzwang jedoch ein enges Zusammengehen mit der Berliner Handels-Gesellschaft. Karstadt gelang damit das Phänomen, zu unterschiedlichen Perioden die beiden bedeutendsten Privatbanken ihrer jeweiligen Zeit in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten zu stürzen – und dabei selbst zu überleben: 1931 M.M. Warburg und 2009 Sal. Oppenheim im Zusammenhang mit ihren Engagements bei der Arcandor AG (Karstadt) und der Großaktionärin Madeleine Schickedanz. Zu den Schwierigkeiten zweier Privatbanken mit Schwerpunkt Kreditvermittlung über das Ausland, A. Levy und S. Hirschland (ebenfalls verlustreiches Karstadt-Engagement), siehe ebd., S. 225-231.

⁴⁰⁰ So auch Fischer, Münchens Finanzinstitute, S. 174; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 82.

wobei zunächst nur Martin Aufhäuser in die Bank eingetreten war. Von einem regelrechten „Familien-Netzwerk“ kann daher kaum die Rede sein. Mithin existierte kein Netzwerk von Familien-Mitgliedern, das für den Betrieb der Bank von Belang gewesen wäre, wie dies beispielsweise bei den Rothschilds der Fall gewesen war und der Tod eines Familien-Mitgliedes von existenzieller Bedeutung sein konnte. In der Weimarer Republik gewann die Beziehung zwischen den beiden Brüdern immer mehr an Bedeutung, da Siegfried Aufhäuser wichtige Kapitalien in die Bank einbrachte.

4.2. Die ökonomische Vernetzung

Wie oben gezeigt, waren die 1920er Jahre für das Bankhaus H. Aufhäuser sehr erfolgreiche Jahre. Basis hierfür war die Nutzung des von Martin und Siegfried aufgebauten Netzwerks, das zwar auf dem ihres Vaters aufbaute, aber um bedeutende Inhalte erweitert worden war. Teile dieser Verflechtungen bildeten sodann auch die essentiellen Stränge für den Fortbestand der Bank nach 1933. Es wird sich im weiteren Verlauf der Arbeit aber auch zeigen, dass manche Verbindung, die beispielsweise während der Bankenkrise von großer Wichtigkeit war, während der nationalsozialistischen Zeit keine Rolle mehr spielen wird.

4.2.1. Die Interessengemeinschaft zwischen H. Aufhäuser und S. Bleichröder

Noch vor Kriegsende unterzeichneten am 18. März 1918 die Bankhäuser S. Bleichröder und H. Aufhäuser eine vertraglich basierte Interessensgemeinschaft.⁴⁰¹ Mit Wirkung zum 1. April beteiligte sich das Berliner am Münchener Kreditinstitut, das fortan vollständig „Bankhaus H. Aufhäuser, Kommandite von S. Bleichröder in Berlin“ hieß.⁴⁰² Vielsagend ist die Ausführung hierzu im Vertrag: Das Münchener Bankhaus werde sich dieses Zusatzes „bedienen“. Martin Aufhäuser wollte damit aus dem Prestige von S. Bleichröder Kapital schlagen. Dies rührte hauptsächlich aus der Zeit Gerson von Bleichröders, die eng mit dem Namen des Reichskanzlers Otto von Bismarck und den entsprechenden Finanzierungstätigkeiten verbunden gewesen war. Der Aufstieg Gerson von Bleichröders zum reichsten und vor allem einflussreichsten Bankier in Deutschland war entscheidend durch Netzwerkbildung beeinflusst

⁴⁰¹ Siehe zum Folgenden, wenn nicht anders vermerkt, BWA, F 20/12 und F 20/13. Es sei vermerkt, dass außer den Verträgen praktisch keine Unterlagen über diese Verbindung vorliegen, über die Hintergründe und Motivation beider Seiten mithin wiederum ein „Indizienbeweis“ geführt werden muss.

⁴⁰² Entsprechend war die Rechtsform der Bank von einer Offenen Handelsgesellschaft (OHG) in eine Kommanditgesellschaft (KG) mit Komplementären geändert worden.

worden.⁴⁰³ Es war aber gleichzeitig die Beschaffenheit dieses Netzwerkes, das die Verwundbarkeit des Berliner Bankhauses offenbarte, da es sehr stark auf ein Individuum konzentriert war. Das heißt, es war nicht institutionalisiert, mithin nicht unternehmensbezogen. Ändert sich bei diesen Beziehungen die Lebenssituation einer zentralen Person, beispielsweise durch Tod, dann bricht die Verbindung ersatzlos weg.

So auf zweierlei Art geschehen beim Bankhaus S. Bleichröder. Zum einen verlor Gerson Bleichröder nach dem Ausscheiden Bismarcks als Reichskanzler im Jahr 1890 eine essentielle Informationsquelle. Zudem wurde er angreifbar, denn er sah sich nach dem Abgang Bismarcks vermehrten Offensiven gegen seinen Einfluss und sein Prestige ausgesetzt.⁴⁰⁴ Die Kontakte der Familien Bleichröder und Bismarck wurden zwar nach dem Tod der beiden Protagonisten bis in die 1930er Jahre aufrechterhalten⁴⁰⁵, die aber wesentlich wichtigere Verbindung zur Reichsregierung war von Seiten der Bleichröder-Familie offenbar vollkommen abhanden gekommen. Ähnlich rasant ließ zum anderen nach dem Tod Gerson von Bleichröders 1893 der vormals sehr intensive und für beide Seiten ertragreiche Kontakt zu den Rothschilds nach.⁴⁰⁶ Dies hatte nicht zuletzt an den drei Söhnen Gerson von Bleichröders gelegen, die insgesamt sehr wenig Ehrgeiz verspürt hatten, das Erbe ihres Vaters bzw. Großvaters und damit das Familienunternehmen ernsthaft fortzuführen. Der durch die Anzahl der Söhne mögliche und von Gerson von Bleichröder offenbar auch angestrebte Aufbau einer Bankdynastie war damit frühzeitig missraten.⁴⁰⁷ Es zeigte sich auch hier wieder, dass die Phase vom Übergang der zweiten zur dritten Generation eine sehr kritische ist und viele Unternehmen daran scheitern.

Der Tod Gerson von Bleichröders und das Desinteresse der Nachkommen am Bankgeschäft bedeutete jedoch keineswegs das Ende des Bankhauses, leitete aber den allmählichen Niedergang des Familienunternehmens ein. Denn der Abstieg hatte anfänglich nicht das Bankhaus selbst getroffen, sondern in erster Linie die Familie Bleichröder, die weitestgehend durch eine andere ersetzt wurde. Die Familie Schwabach war noch zu Zeiten Gerson von Bleichröders in die Bank aufgenommen worden. Sie konnte durch ihr eigenes weitläufiges Netzwerk manches kompensieren, was durch den Tod Gerson von Bleichröder und den Abgang Bismarcks an Kontakten verloren gegangen war. Für den hier zu untersuchenden Zeitraum war speziell Paul von Schwabach die maßgebliche Person in der Bank. Er war 1896 als 29-Jähriger (wieder) in das Bankhaus eingetreten und hatte 1898 nach dem Tod seines Vaters und Senior-Chefs Julius Schwabach, der bereits seit 1847 in der Bank tätig gewesen

⁴⁰³ Vgl. insbes. mit diesem Fokus Liedtke, N M Rothschild & Sons, S. 206-242.

⁴⁰⁴ Vgl. Boris Barth, Die deutsche Hochfinanz und die Imperialismen. Banken und Außenpolitik vor 1914. Stuttgart 1995, insbes. S. 102f.

⁴⁰⁵ Vgl. Stern, Gold, S. 748f.

⁴⁰⁶ Vgl. Liedtke, N M Rothschild & Sons, S. 237. Siehe in diesem Zusammenhang die Ausführungen bei Stern, Gold, S. 669-675, 746, 751.

⁴⁰⁷ Immerhin waren bis in die 1930er Jahre hinein Mitglieder der Bleichröder-Familie an der Bank beteiligt.

war, für die kommenden drei Jahrzehnte die Leitung der Bank inne. Paul von Schwabach war 1907 nobilitiert worden und er hatte in den höchsten gesellschaftlichen Kreisen verkehrt, die bis Kaiser Wilhelm II reichten. Während der Weimarer Republik hatte er „gute Beziehungen zu Männern von Macht und Bedeutung“⁴⁰⁸ gepflegt, darunter zu Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrum). Paul von Schwabach war jüdischer Abstammung, war aber der evangelischen Kirche beigetreten und er schien dem Judentum keinerlei Bedeutung beigemessen zu haben. Er war dadurch wohl auch erheblich weniger als Gerson von Bleichröder offenen wie verdeckten antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt und offenbar mehr in der bürgerlichen Gesellschaft integriert gewesen als dieser.

Das Bankhaus S. Bleichröder hatte mithin seit Ende des 19. Jahrhunderts an Einfluss und Glanz eingebüßt, es zählte aber auch Anfang des 20. Jahrhunderts noch zu den renommierten Bankadressen und genoss diverse Privilegien. Bei deutsch-französischen Finanztransaktionen in der Vorkriegszeit hatte S. Bleichröder beispielsweise eine führende Position eingenommen.⁴⁰⁹ Das Berliner Bankhaus war zudem weiterhin Mitglied im Reichsanleihe- und Preußenkonsortium und zählte zu den „Big Linkers“: S. Bleichröder war gemäß einer Liste vom November 1930 in annähernd 100 Aufsichtsräten vertreten.⁴¹⁰ Doch es war eben nicht mehr die Familie Bleichröder, die in der Bank die Macht besaß, sondern die Familie Schwabach. Paul von Schwabach war damit die Aufgabe zugefallen – nicht zuletzt aufgrund des sich auflösenden Bleichröder-Netzwerkes – das Berliner Bankhaus neu auszurichten.

Der Krieg ließ die Suche nach neuen Geschäftsfeldern noch dringlicher werden. Paul von Schwabach erklärte es 1921 bei einer Veranstaltung folgendermaßen: „[E]s wurde mir bald vollkommen deutlich, dass es [nach 1914] so nicht weiterging. Emissionen und, was damit zusammenhing, [sic] waren damit zur Unmöglichkeit geworden. Wollten wir unseres Namens in der Finanzwelt nicht verlustig gehen, so mussten andere Wege eingeschlagen werden. Es galt, eine Art von Umstellung [...] auf das laufende Geschäft, und es galt, dieserhalb [sic] auch im Inneren manches zu organisieren und zu reorganisieren.“⁴¹¹ Schwabach zog daraus die Konsequenzen und wollte das ehemals auf das internationale Geschäft fokussierte Bankhaus nun auf den Heimatmarkt ausrichten: „Wir [S. Bleichröder] arbeiten jetzt als deutsche Bankiers [!] und sitzen im Übrigen still abwartend, ob sich uns das Ausland wieder so nähern wird, dass wir wie ehemals international tätig sein können.“⁴¹² Der beste Weg, um das bisher vernachlässigte Inlandsgeschäft – das von Schwabach oben genannte „laufende Geschäft“ – zu beleben, war ein Partner, der exzellent in einer aufstrebenden Region vernetzt war und dem

⁴⁰⁸ Stern, Gold, S. 750.

⁴⁰⁹ Vgl. ebd., S. 747.

⁴¹⁰ BWA, F 20/12.

⁴¹¹ Paul von Schwabach, Aus meinen Akten. Berlin 1927, Ansprache zum 1. Januar 1921 (S. 388).

⁴¹² Ebd. (S. 389). Hervorhebung von MB.

Berliner Bankhaus Handel zuführen konnte. Das Bankhaus H. Aufhäuser konnte beides vorweisen.

Aber auch Martin Aufhäuser hatte gute Gründe, sich einen Geschäftspartner zu suchen. Sein Vater war 1917 gestorben und er leitete die Bank alleine. Der Tod Heinrich Aufhäusers hatte wie gesehen eine Kapitalauseinandersetzung nach sich gezogen. Um die Eigenmittel zügig wieder aufzufüllen, war Martin Aufhäuser zwar nicht zwingend auf externes Kapital angewiesen, denn er war in der Lage, bereits ein Jahr später seine Kapitaleinlage zu erhöhen. Ein solventer Partner war in diesen unsicheren Zeiten aber eine wichtige Stütze und nach außen ein Zeichen der Solidität. Das Bankhaus S. Bleichröder zahlte eine Vermögenseinlage von einer Mio. Mark, womit das eingezahlte Kapital insgesamt 2,5 Mio. Mark betrug, so viel wie niemals zuvor. Bestimmende Person im Bankhaus H. Aufhäuser blieb aber weiterhin Martin Aufhäuser, der mit einer Kommanditeinlage von 1,5 Mio. Mark⁴¹³ am Kreditinstitut beteiligt war. Er erhielt eine zehnpromzentige Verzinsung auf seine Einlage, ein Praecipuum von 50.000 Mark und partizipierte mit 75% am Reingewinn (oder Verlust). Die Verzinsung der Bleichröder-Einlage betrug dagegen lediglich fünf Prozent, der Gewinnanteil lag bei 25%. Der Verlustanteil war entsprechend, jedoch nur in maximaler Höhe der Kommanditeinlage. Die Rollen waren nach der Währungsstabilisierung 1924 noch klarer verteilt: Der Kapitalanteil von S. Bleichröder sank auf 0,75 Mio. RM, Martin Aufhäusers Anteil betrug fortan 2,025 Mio. RM.⁴¹⁴ Diese Verbindung besaß zudem einen exklusiven Charakter: H. Aufhäuser durfte sich an keiner weiteren Bank beteiligen, für S. Bleichröder blieb diese Bestimmung auf München beschränkt.

Aus geschäftsdienlicher Sicht erschien diese Verbindung aus dem Grund angebracht, dass beide Banken sich bedingt durch den Krieg genötigt sahen, neue Geschäftsfelder zu erschließen. Hierüber gibt der Vertrag Auskunft, der über die Jahre diverse Modifikationen erfuhr – und dadurch die sich ändernden Rahmenbedingungen widerspiegelt.⁴¹⁵

Aufschlussreich ist diese Bedingung: „Die Firma H. Aufhäuser verpflichtet sich, im Bankhaus S. Bleichröder ihre hauptsächliche Berliner Bankverbindung zu sehen“. Es wurde also bestimmt, dass das Münchener Bankhaus seine Wertpapierkommissionsgeschäfte am wichtigsten Börsenplatz in Deutschland über S. Bleichröder laufen lassen sollte. Dies zielte auf den reichen Kundenstamm von H. Aufhäuser, an dem S. Bleichröder mit Provisionserträgen partizipieren

⁴¹³ In der Fischer-Chronik (S. 87) wird der Kapitalanteil Martin Aufhäusers mit 1,25 Mio. Mark beziffert, BWA, F 20/384.

⁴¹⁴ Während der Inflation musste das Eigenkapital auf 15 bzw. 50 Mio. Mark erhöht werden (1922 bzw. 1923). Neben den im Text erwähnten Anteilen hielten ab 1924 noch die beiden Komplementäre Siegfried Aufhäuser und Emil Kraemer jeweils 0,535 Mio. RM. Nach der Kapitalherabsetzung 1931 sahen die Anteile wie folgt aus: Martin Aufhäuser 1,623 Mio. RM, Siegfried Aufhäuser und Emil Kraemer 0,366 Mio. RM, S. Bleichröder 0,644 Mio. RM, BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 87.

⁴¹⁵ Der Vertrag wie die folgenden Verträge finden sich in BWA, F 20/13 bzw. F 20/12 (Abschriften). Sofern nicht anders angegeben, wird im Folgenden darauf Bezug genommen.

wollte. Sieht man sich die reinen Zahlen an, scheinen die Absichten hier weitgehend erfüllt worden zu sein.⁴¹⁶ Betrug das Wertpapieraktiva vor dem Krieg meist nur einen niedrigen sechsstelligen Betrag, waren es 1918 bereits knapp eine, 1921 rund 35 Mio. Mark; selbst wenn man die Inflation berücksichtigt eine enorme Steigerung. Auch nach der Stabilisierung der Währung fiel dieser Wert nie unter die zwei-Millionen-Marke und erreichte 1928 mit über zehn Mio. RM seinen Höhepunkt. Die Wertpapiererträge entwickelten sich entsprechend: von rund 200.000 Mark (1913) auf zwei Mio. RM (1926). Am Eigenhandel war insbesondere S. Bleichröder nicht interessiert, im Gegenteil: „Reine Spekulationsgeschäfte für eigene Rechnung der Kommanditgesellschaft, also solche Geschäfte, die ausschließlich dem Spiel an der Börse dienen, sollen grundsätzlich ausgeschlossen sein.“⁴¹⁷ Das Geschäft, das in den Anfangsjahren die Hauptstütze des Münchener Bankhauses gebildet hatte, war fortan untersagt.

Ganz auf S. Bleichröder wollte sich H. Aufhäuser allerdings nicht festlegen lassen und sich eine gewisse Autonomie bewahren. Denn in „Ausnahmefällen“ konnte es andere Berliner Bankhäuser konsultieren, „wie sich eben solches in einem größeren Betriebe naturgemäß ergeben muss“; im restlichen Deutschland waren die Münchener ohnehin vollkommen frei in der Auswahl. Damit trat deutlich die wiederholt anzutreffende Strategie von H. Aufhäuser zu Tage, an einem wichtigen Handelsplatz möglichst mehr als über ein Bankhaus als Geschäftspartner zu verfügen. Im Gegenzug verpflichtete sich S. Bleichröder, H. Aufhäuser Konsortialbeteiligungen einzuräumen sowie nach Möglichkeit als Zeichnungs- und Zahlstelle bei Emissionen zu nennen. Zudem erklärte sich das Bankhaus bei Hinterlegung entsprechender Wertpapiere bereit, H. Aufhäuser einen Kredit in Höhe von bis zu fünf Mio. Mark zu gewähren. Diese potenzielle Kapitalspritze bot dem Münchener Bankhaus eine gewisse finanzielle Sicherheit. Das Berliner Bankhaus behielt sich aber auch bestimmte Kontrollfunktionen vor: ungedeckte Kredit in Höhe von über 100.000 Mark und gedeckte Kredite von über 500.000 Mark mussten von diesem genehmigt werden. Ferner konnten jederzeit die Bücher und weitere Unterlagen der Gesellschaft eingesehen werden.

Die Dauer des Vertrages wurde zunächst bis Ende 1922 festgesetzt. Danach sollte sich die Vertragsdauer automatisch um fünf Jahre verlängern, wenn nicht eine der beiden Parteien den Kontrakt aufkündigte. S. Bleichröder bedingte sich jedoch ein Sonderkündigungsrecht aus, sollte „in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren die fünf Prozent Zinsen auf das Gesellschaftskapital nicht verdient [werden], oder wenn sich das Gesellschaftskapital in einem

⁴¹⁶ Siehe zum Folgenden BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 2f., 10f.

⁴¹⁷ Siehe hierzu auch Schwabach, Akten, Ansprache zum 1. Januar 1921 (S. 389f.): „[D]ie heute vielfach beobachtete Spielerei und Jobberei trägt keinen Keim der Entwicklung in sich, es sei denn einen Krankheitskeim, oder vielmehr, das ganze [sic] ist eine Krankheitserscheinung an unserem leider ungesunden nationalen Körper und wird hoffentlich wieder vergehen wie so manches andere.“ Solange er Chef des Hauses S. Bleichröder sei, solle kein Geschäft in seinem Namen getätigt werden, „das der Würde dieses Namens nicht entspreche.“

Jahre durch Verluste um wenigstens zwanzig Prozent vermindert [hat]⁴¹⁸. Doch davon war man zunächst weit entfernt und bereits vor dem Auslaufen des Vertrags wurde im April 1922 die Verbindung Bleichröder-Aufhäuser weiter gefestigt: „Um die engen geschäftlichen Beziehungen zwischen den Firmen S. Bleichröder und H. Aufhäuser sowie das freundschaftliche Verhältnis zwischen ihren Inhabern nach Außen [sic] in Erscheinung treten zu lassen, ist beschlossen worden, dass Herr Martin Aufhäuser als Mitinhaber in die Firma S. Bleichröder aufgenommen werde.“⁴¹⁹ Gleichzeitig trat Ernst Kritzler, Teilhaber des Bankhauses S. Bleichröder, als Komplementär bei H. Aufhäuser ein. Die Beziehung wurde dadurch weiter institutionalisiert. Zumindest anfänglich war diese Interessengemeinschaft damit aus Sicht von S. Bleichröder wohl keineswegs „unbefriedigend“, wie Fritz Stern sie insgesamt bezeichnet.⁴²⁰ Diese Überkreuzbeteiligung hatte darüber hinaus keine direkten Auswirkungen, denn mit ihr waren keinerlei Rechte und Pflichten verbunden – die Möglichkeit des Einspruchs gegen eine mögliche Änderung der Rechtsform oder die Aufnahme neuer Sozien wurde Martin Aufhäuser beispielsweise sogar ausdrücklich verwehrt –, eine Einlage wurde ebenfalls nicht geleistet.

Eine Konzernstruktur war dadurch jedoch nicht entstanden und nicht beabsichtigt. Vielmehr suchten beide Seiten eine strategische Allianz – definiert als „jede netzwerkartige Kooperation, solange sie für einen der Partner von strategischer Bedeutung ist“⁴²¹ – als Antwort auf den Konzentrationsprozess im Bankgewerbe und die sich weiter verschärfende Konkurrenzsituation. Beide Privatbanken versuchten, über dieses institutionalisierte Netzwerk neue Geschäftsfelder zu erschließen bzw. alte auszubauen. Und dies anfänglich sichtbar mit Erfolg.

4.2.2. Die Verbindung nach London

Bereits im ersten Vertrag zwischen S. Bleichröder und H. Aufhäuser 1918 war eine mögliche Beteiligung Siegfried Aufhäusers am Münchener Bankhaus als Option offen gehalten worden. Nach Ausbruch des Krieges entging er – da britischer Staatsbürgerschaft – zwar der Internierung. Da ihm der Zugang zur Londoner Börse nunmehr verwehrt war, wurde ihm allerdings ein wesentlicher Teil seiner Existenzgrundlage entzogen.⁴²² Siegfried Aufhäuser

⁴¹⁸ Im Krisenjahr 1931 wurde das Gesellschaftskapital von S. Bleichröder wohl nicht zuletzt vor diesem Hintergrund „nur“ um rund 14% reduziert. Die Anteile von Siegfried Aufhäuser und Emil Kraemer wurden um mehr als 30% herabgesetzt, die von Martin Aufhäuser um knapp 20%, BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 87.

⁴¹⁹ BWA, F 20/13. Der Beschluss stammte vom 23.12.1921, im Handelsregister eingetragen und damit effektiv wirksam wurde er am 28.4.1922.

⁴²⁰ Vgl. Stern, Gold, S. 752.

⁴²¹ Berghoff/Sydow, Netzwerke, S. 34.

⁴²² Vgl. zum Folgenden Moser/Winkler, Wegmarken, S. 61f.

verließ daraufhin London und ging ins neutrale Stockholm. Zur Bank seines Vaters wollte er zu dessen Lebzeiten offensichtlich nicht; vorstellbar ist auch, dass er als nunmehr britischer Staatsbürger deutsche Repressalien befürchtete. Gleichwohl hatte er auch während seiner Zeit im Ausland nie die Verbindung nach München gänzlich abreißen lassen⁴²³ und war von 1905 und 1906 sogar am Gewinn der Bank beteiligt gewesen⁴²⁴. Doch London war seine neue Heimat geworden und er hatte in der City diverse Kontakte aufbauen können. Diese waren immerhin so belastbar, dass sie die Kriegszeit überstanden und wieder reaktiviert werden konnten. Als Siegfried Aufhäuser mit 44 Jahren schließlich zum 1. Januar 1921 als persönlich haftender Gesellschaft bei H. Aufhäuser eintrat, konnte er damit als wichtiges Asset Kontakte zu den namhaftesten Londoner Banken einbringen: J. Henry Schröder & Co., Kleinwort, Sons & Co., Lazard Brothers & Co., Coutts & Co. Letzteres Bankhaus war 1692 gegründet worden und führte die Konten der englischen Königsfamilie. In den 1920er Jahren konnten die Beziehungen zu Coutts so weit ausgebaut werden, dass H. Aufhäuser für Mitglieder der Royals tätig werden durfte, wenn sie in Deutschland weilten.⁴²⁵ Damit war das Münchener Bankhaus in gewisser Weise in die Fußstapfen der Rothschilds getreten, die im 19. Jahrhundert für die Reisen der königlichen Familienmitglieder in Deutschland die finanzielle Logistik übernommen hatten.⁴²⁶ Welche zentrale Bedeutung die Verbindungen nach London für den weiteren Werdegang des Bankhauses H. Aufhäuser in den kommenden Jahren zukamen, wird im Laufe dieser Arbeit deutlich werden.

4.3. Die Unternehmerfamilie Aufhäuser: ihr soziales, symbolisches und kulturelles Kapital

Nachdem das Bankhaus H. Aufhäuser das Konsortialgeschäft intensiviert hatte, ging dies nicht selten mit einem Sitz im Aufsichtsrat einher. Wobei geschäftliche Beziehungen aber nicht immer Grundvoraussetzung waren, um bei einem Unternehmen einen Posten im Kontrollgremium zu übernehmen.⁴²⁷ Denn einflussreiche Privatbankiers als „Big Linkers“ wurden von Unternehmen oft gerade wegen ihrer Unabhängigkeit bevorzugt in Kontrollgremien berufen. Das soziale sowie das symbolische Kapital in Form ihres Renommees waren dabei die maßgeblichen Kriterien. Martin Aufhäuser saß 1928 in rund 40 Aufsichtsräten, darunter bei der Rheinischen Automobilbau AG, der Berliner Silva Holz-AG, der Kölner Holz-AG Gebrüder

⁴²³ Siegfried Aufhäuser wohnte seit 1901 in London. Es existiert aber ein Bild von ca. 1905 (siehe Abb. 2) mit Siegfried und Martin Aufhäuser sowie ihrem Vater vor dem Bankhaus, vgl. Moser/Winkler, S. 51, 61.

⁴²⁴ BWA, F 20/381 (Bilanzen 1905, 1906); ebd., F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 86.

⁴²⁵ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 61f.

⁴²⁶ Vgl. Ferguson, House of Rothschild, S. 37f.; Liedtke, N M Rothschild & Sons, S. 144, siehe zur Logistik auch ebd., S. 142f.

⁴²⁷ Vgl. Wixforth/Ziegler, Privatbanken, S. 224.

Rosenberg, der Union Holz AG in Bratislava. Über seinen Schwiegervater, dem Holzgroßhändler Louis Ortlieb, war eine vertiefte Verbindung zur Holzindustrie in Osteuropa entstanden.⁴²⁸ Diese Beziehungen führten wohl auch dazu, dass H. Aufhäuser bei der Aktienemission von einem Dutzend ungarischer Eisenbahngesellschaften („Lokalbahnen“) beteiligt war. Für die Verwaltung der entsprechenden Aktien war 1925 speziell für diesen Zweck die N.V. Centrale Bank voor Spoorwegen in Amsterdam gegründet worden. Größter Anteilseigner mit 34,4 Prozent war die sogenannte Gruppe Aufhäuser, zu der auch Hardy & Co., Berlin, S. Bleichröder sowie die Schweizer Bankgesellschaft, Zürich gehörte.⁴²⁹ Hardy & Co. und S. Bleichröder werden für das Bankhaus H. Aufhäuser bei der Überwindung der Liquiditätsschwierigkeiten im Folge der Bankenkrise 1931 eine zentrale Rolle einnehmen.

In München hatte Martin Aufhäuser Aufsichtsratssitze u.a. bei der Hackerbräu AG, der Löwenbräu AG sowie der Bayerischen Rückversicherung AG inne.⁴³⁰ Auch der Komplementär Emil Kraemer war 1932 noch in mindestens elf Aufsichtsräten⁴³¹ vertreten. Die beiden Privatbankiers zählten damit zu den „Big Linkers“⁴³². Martin Aufhäuser hatte sich aber weit über die Grenzen Münchens hinaus einen hervorragenden Ruf erarbeitet, wodurch er für Mandate bei Reichsinstitutionen in Frage kam. So wurde er in den Aufsichtsrat der neu gegründeten Deutschen Golddiskontbank (zuerst „Goldnotenbank“) berufen.⁴³³ Diese Tochtergesellschaft der Reichsbank war im Zuge der Währungsstabilisierung 1924 gegründet worden und sollte insbesondere den deutschen Außenhandel fördern.⁴³⁴ Die Einlagen für das Grundkapital wurden in Pfund Sterling geleistet, auch die Aktien sollten ursprünglich an ausländische Kreditinstitute verkauft werden, um Devisen nach Deutschland zu leiten. Es zeigt sich mithin eine stark internationale Ausrichtung der Golddiskontbank, insbesondere nach Großbritannien. Wohl wissend um die starken Bindungen des Bankhauses H. Aufhäuser zur City wurde Martin Aufhäuser in den ersten Aufsichtsrat berufen. Geplant war, die Golddiskontbank zeitnah wieder aufzulösen, sie erhielt jedoch im Laufe der Zeit neue Aufgaben und spielte bei der Bankenkrise sowie während der nationalsozialistischen Zeit eine bedeutende Rolle. Das Bankhaus H. Aufhäuser war zudem im prestigeträchtigen Reichsanleihe-Konsortium vertreten, das für die Unterbringungen der Reichsanleihen auf dem Kapitalmarkt zu sorgen hatte. Dabei garantierte

⁴²⁸ Vgl. BWA, F20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 9; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 55f.

⁴²⁹ BWA, K1, XXI 16b, 19a. Akt, Fall 30. Weitere Gründungsmitglieder waren: Dresdner Bank (22,8%), Ungarische Allgemeine Creditbank, Budapest (22,8%) sowie Comp. Belge de Chemises de Fer et d'Entreprises S.A., Brüssel (20%).

⁴³⁰ Vgl. Moser/Winkler Wegmarken, S. 74f.

⁴³¹ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 141 (Tabelle). Laut dieser Tabelle saß Martin Aufhäuser 1932 nur noch in zehn Aufsichtsräten. Die meisten Sitze hatte Paul H. v. Schwabach mit 29 inne.

⁴³² In der Tabelle von Wixforth/Ziegler, Privatbanken, S. 221, erscheint Martin Aufhäuser nicht in der Liste der *top ten*. In der erweiterten Liste von Köhler, Wirtschaftsbürger, S. 119, erscheint der Münchener Bankier unter den *top 34* und wird entsprechend als „Big Linker“ identifiziert. Siehe auch Köhler, „Arisierung“, S. 141 (Tabelle).

⁴³³ Siehe Moser/Winkler, Wegmarken, S. 71.

⁴³⁴ Siehe zur Golddiskontbank Rudolf Haus, Die Deutsche Golddiskontbank. Köln 1959.

das Konsortium die Abnahme des gesamten Anleihebetrags und sorgte dafür, dass es dann beim Publikum untergebracht wurde.⁴³⁵ Ab Ende der 1920er Jahre hatte das Bankhaus zudem einen intensiven Kontakt zum Münchener Magistrat aufgebaut. Die Stadt führte schließlich ein Konto bei H. Aufhäuser und das Bankhaus war Zahlstelle für Münchener Anleihen – auch dies bot neben dem ökonomischen einen symbolischen Nutzen, der natürlich wiederum zu einem betriebswirtschaftlichen Vorteil genutzt werden konnte.

In München waren die Komplementäre des Bankhauses H. Aufhäuser auf mehreren Ebenen sehr gut vernetzt.⁴³⁶ Martin Aufhäuser war seit 1927 Handelsrichter und er gehörte dem Vorstand der Bayerischen Wertpapierbörse sowie des Münchener Handelsvereins an – beide Positionen hatte bekanntlich schon sein Vater innegehabt. Auch ansonsten engagierte sich Martin Aufhäuser für die Belange der Stadt sowie für gemeinnützige und karitative Einrichtungen: Den Ausbau des Schwabinger Krankenhauses unterstützte er ebenso mit erheblichen finanziellen Mitteln, wie die Universität München und er half den Tierpark Hellabrunn vor dem Verfall zu retten. Außerdem gründete er zusammen mit der Bayerischen Gemeindebank, den Baufirmen Heilmann & Littmann und Karl Stöhr⁴³⁷ sowie mit Unterstützung des Bauunternehmers Leonhard Moll die – heute noch bestehende – Gemeinnützige Wohnungsfürsorge AG (GEWOFAG), die die dramatische Wohnungsnot in München lindern helfen und Wohnungen auch für ärmere Bevölkerungsschichten erschwinglich machen sollte. Für seine Verdienste wurde Martin Aufhäuser 1926 der Titel eines „Geheimen Kommerzienrates“ verliehen. Mit diesem Titel wurden „die hervorragendsten bayerischen geschäftsführenden Großindustriellen und Großkaufleute“⁴³⁸ geehrt. Auch seine Frau Auguste betätigte sich für wohltätige Zwecke, so zum Beispiel für die „Prinzessin-Ludwig-Kinderheim-Stiftung“. Im kulturellen Bereich fiel Martin Aufhäuser als Kunst- und Buchsammler auf. So konnte er unter anderem Bilder von L. Cranach d. Ä., H. A. Lier und T. le Feubure sein Eigen nennen.⁴³⁹ In eine etwas andere Richtung gehend, aber aufgrund ihrer Breitenwirkung nicht minder erwähnenswert waren die jährlichen prachtvollen Faschingsbälle des Bankhauses im Münchener Hotel Union.⁴⁴⁰

⁴³⁵ Vgl. Born, Geld, S. 330f.

⁴³⁶ Vgl. zum Folgenden Moser/Winkler Wegmarken, S. 56-62, 79.

⁴³⁷ Der Architekt und Baumeister Karl Stöhr hatte mit seiner 1885 gegründeten Baufirma Stöhr den ersten Umbau des Bankhauses in der Löwengrube 20 kurz vor der Jahrhundertwende vorgenommen gehabt, vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 36. Mit den beiden anderen genannten Unternehmen war das Bankhaus geschäftlich verbunden.

⁴³⁸ Zitiert nach Moser/Winkler, Wegmarken, S. 59.

⁴³⁹ Siehe hierzu insgesamt Heidi Thiede, Martin Aufhäuser und seine Kunstsammlung. Die Akte: „ehemalige Judenbesitz – Wiedergutmachungsakt“, in: Münchner Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur, 2/2012 (6. Jahrgang), S. 95-104.

⁴⁴⁰ Specht, Erfolg, S. 157.

Siegfried Aufhäuser war im Gegensatz zu seinem geschäftigen Bruder von lebenslustiger Natur, gepaart mit einem großen Charme.⁴⁴¹ Seine Verflechtungen basierten scheinbar weniger auf seine Tätigkeit als Bankier, sondern wohl mehr auf privaten Kontakten. So war er beispielsweise gut mit Oskar von Miller befreundet, dem Initiator des Deutschen Museums. Gleichwohl hatte auch Siegfried Aufhäuser ein prestigeträchtiges Amt inne: Er war seit 1922 Königlich Schwedischer Generalkonsul. Siegfried Aufhäuser zählte mithin zur gesellschaftlichen Elite Münchens, zur Wirtschaftselite kann man ihn allerdings nur sehr bedingt und höchstens in Verbindungen mit seinen Kontakten nach London zählen. Seine Tätigkeit in der Bank bleibt insgesamt sehr diffus, da er in den Akten fast keine Erwähnung findet.

Während Siegfried Aufhäuser in einer Jungessellenwohnung am Maximiliansplatz wohnte, residierten sein Bruder und dessen Familie im Prominentenviertel Bogenhausen. Kurz vor dem Tod seines Vaters hatte Martin Aufhäuser im Juli 1917 die 1907 erbaute Villa an der Maria-Theresia-Straße 28 erworben. Für das 2.290 Quadratmeter große Grundstück hatte Martin Aufhäuser 385.000 Mark bezahlt, Vorbesitzer war der 1915 gestorbene Schriftsteller Josef Ruederer.⁴⁴² Die Nachbarschaft der Familie Aufhäuser besaß klangvolle Namen: der Bildhauer Adolf von Hildebrand, Brauereibesitzer Georg Pschorr, Physik-Nobelpreisträger Wilhelm Conrad Röntgen, Chemie-Nobelpreisträger Richard Willstätter und Max Littmann, um nur einige wenige zu nennen. Letzterer war ein bekannter Architekt, der das Stadtbild Münchens nachhaltig geprägt hat. Zusammen mit Jakob Heilmann war er Gesellschafter der 1892 umfirmierten Baufirma Heilmann & Littmann, die schnell zur größten in Süddeutschland wurde. Bekannte Projekte waren das Hofbräuhaus, das Prinzregententheater, die Warenhäuser Tietz und Oberpollinger sowie außerhalb Münchens beispielsweise das Großherzogliche Hoftheater in Weimar und das Stadttheater in Posen.⁴⁴³ Die Baufirma Heilmann & Littmann unterhielt enge Geschäftsbeziehungen zum Bankhaus und Martin Aufhäuser saß zeitweilig im Aufsichtsrat des Unternehmens. Auch weitere prominente Namen Bogenhausens waren Kunden der Bank, was auch unterstreicht, dass weiterhin das traditionelle Privatkundengeschäft gepflegt wurde: So nahmen die Familie des Schriftstellers Thomas Mann und der Musikwissenschaftler Alfred Einstein, ein entfernter Verwandter des Physikers Albert Einsteins, die Vermögensverwaltung der Privatbank in Anspruch.

⁴⁴¹ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 61f.; Judy Aufhauser, Gespräch, 13.07.2011.

⁴⁴² Vgl. Dorle Gribl, Prominenz in Bogenhausen. Villen und ihre berühmten Bewohner. München 2009, S. 15. Zu den folgenden Namen siehe die entsprechenden Einträge in ebd. Von den 80 im Buch ausgewählten Prominenten, haben alleine zehn in der Maria-Theresia-Straße gewohnt.

⁴⁴³ Vgl. ebd., S. 154ff. Siehe auch Elisabeth Angermair, Eine selbstbewusste Minderheit (1892-1918), in: Bauer/Brenner (Hg.), Jüdisches München, S. 110-136, hier S. 128f.

Die drei persönlich haftenden Gesellschafter des Bankhauses, Martin und Siegfried Aufhäuser sowie Emil Kraemer⁴⁴⁴, gehörten aufgrund ihrer angehäuften Kapitalien zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Elite Münchens und weit darüber hinaus.⁴⁴⁵ Wolfgang Reinhard traf zur Struktur von Eliten die treffende Feststellung: „Führungsgruppen sind nicht in erster Linie durch gleiche soziale Daten ihrer Mitglieder konstituiert, sondern durch die soziale Verflechtung dieser Mitglieder, weil dadurch Interaktion ermöglicht, begünstigt, kanalisiert wird.“⁴⁴⁶ Darauf soll im Folgenden näher eingegangen werden.

5. Netzwerk und Kapitalien: ihr Nutzen für die Bank

5.1. Die Verbindungen nach London und die Kredite für München

Die bayerische Hauptstadt unter ihrem Oberbürgermeister Karl Scharnagl (BVP) betrieb eine aktive Wirtschaftspolitik, bei der die Förderung der städtischen Energiewirtschaft eine zentrale Rolle spielte. Hierfür waren beträchtliche finanzielle Mittel notwendig: Der mittelfristige Kapitalbedarf der Elektrizitätswerke (1924-1930) betrug enorme 117 Mio. Mark. Diese Mittel konnten durch die Einnahmen der Werke nicht annähernd aufgebracht werden und überstiegen die stark begrenzten fiskalischen Möglichkeiten der Stadt bei Weitem. Der Münchener Magistrat entschied sich dennoch zu diesem Investitionsprogramm, das, wenn einmal gestartet, nur noch schwerlich zurückgefahren oder gar gestoppt werden konnte.⁴⁴⁷

1925 hatte München zu diesem Zweck eine Anleihe über rund 32,3 Mio. RM in den USA aufgenommen. Dies entsprach der weit verbreiteten Tendenz deutscher Kommunen (und Industrieunternehmen), bevorzugt in New York Kapital aufzunehmen. Die Aufnahme einer Auslandsanleihe war vor dem Hintergrund konsequent, dass in den USA ein kapitalkräftiges und anlagesuchendes Publikum vorhanden war sowie die Zinsen weit unter dem Niveau in Deutschland lagen. Die München-Anleihe emittierte die New Yorker Bank Harris, Forbes & Co und es wurde festgelegt, dass bei einer erneuten Auslandsanleihe dieses Institut als präferierter Partner anzusehen sei. Die Frage einer neuen Auslandsanleihe trat 1928 auf, als die Elektrizitätswerke für das Rechnungsjahr 1929 einen Kapitalbedarf von 30 Mio. RM

⁴⁴⁴ Emil Kraemer lässt sich aufgrund seiner Aufsichtsratssitze mit gewissem Recht zur Wirtschaftselite zählen, ob er auch gesellschaftlich hierzu zählte, lässt sich aufgrund der kaum überlieferten Unterlagen über ihn nicht feststellen. Dieser Sachverhalt ist für diese Arbeit gleichwohl nicht von besonderer Relevanz.

⁴⁴⁵ Zur Elitenbildung unter den deutschen Juden siehe Werner E. Mosse, *The German-Jewish Economic Élite 1820-1935. A Socio-cultural Profile*. Oxford 1989.

⁴⁴⁶ Reinhard, *Freunde*, S. 19. Wobei „Verflechtung“ bei Reinhard die Bedeutung von „Netzwerk“ hat, er diesen Begriff jedoch (damals) weitgehend ablehnte, vgl. ebd.

⁴⁴⁷ Vgl. zum Folgenden ausführlich und mit den entsprechenden Nachweisen Marc Balbaschewski, *Die Pfund-Anleihe Münchens 1928. Kommunale Verschuldung, internationaler Kapitalmarkt und Politik*, in: *Bankhistorisches Archiv. Banking and Finance in Historical Perspective*, 1/2007 (33. Jahrgang), S. 3-37.

angemeldet hatten. Die Unterbringung einer Anleihe in diesem Umfang war auf dem Inlandsmarkt unter für die Stadt annehmbaren Bedingungen weiterhin nicht möglich.⁴⁴⁸ Die Reichsregierung beanspruchte den nationalen Markt für sich selbst und absorbierte das wenige anlagesuchende Kapital, denn es war für das Reich aufgrund des Artikels 248 Versailler Vertrag⁴⁴⁹ praktisch unmöglich, Auslandsanleihen aufzunehmen. Es war daher auch ein „Wunsch“⁴⁵⁰ der Reichsregierung, dass die Städte ihr Kapital im Ausland beschaffen sollten. Doch die Konkurrenz war nicht nur auf dem inländischen Kapitalmarkt groß: Nachdem Reichsbankpräsident Schacht über die „Beratungsstelle für Auslandskredite“⁴⁵¹ ab September 1927 alle Auslandsanleihen der Kommunen boykottiert hatte⁴⁵², hatten sich ein Jahr später Anträge von 235 Städten angehäuft.

Wie vereinbart wandte sich der Münchener Magistrat wegen einer erneuten Auslandsanleihe an Harris, Forbes & Co. Frederico Stallworth von der Berliner Niederlassung der Bank stellte im September 1928 einen Auszahlungskurs von 85 Prozent für eine deutsche Anleihe in den USA in Aussicht. Dies war den Stadtvertretern jedoch zu wenig, sie strebten Konditionen ähnlich der Kölner Auslandsanleihe zur selben Zeit an, die einen Emissionskurs von real 90,5 Prozent hatte und mit einem Zinssatz von sechs Prozent ausgestattet war – allerdings war die Anleihe in London emittiert worden. Als wie gefährdet im Ausland Anlagen in Deutschland vor dem Hintergrund der vorrangig zu bezahlenden Reparationsschulden angesehen wurden, wurde

⁴⁴⁸ München hatte 1927 von einer Inlandsanleihe in Höhe von fünf Mio. RM mit einem sechsprozentigen Coupon bis 1930 nur 1,6 Mio. RM unterbringen können, Landeshauptstadt München, Verwaltungsbericht 1930-1923 (01.04.1930-31.03.1933), S. 22; Heinrich Baumann, Der Kommunalkredit seit der Währungsstabilisierung mit Berücksichtigung des Kredits der Stadt München. Regensburg o.J. [1934], S. 19. Siehe auch Reichsbank, Verwaltungsbericht 1928, S. 7: „Der deutsche Kapitalmarkt blieb während des ganzen Jahres aufs höchste [sic] angespannt.“

⁴⁴⁹ Art. 248: „[...] haften der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reichs und der deutschen Staaten an erster Stelle für die Bezahlung der Kosten der Wiedergutmachung und aller anderen Lasten“, Reichsgesetzblatt 1919, S. 1053-1071. Der Reparationsagent Parker Gilbert machte wiederholt deutlich, dass damit auch die Länder erstrangig in der Haftung waren und sprach sich gerade 1928 vehement gegen Auslandsanleihen der Länder aus, ADAP, Serie B: 1925-1933, Bd. VIII: 01. Januar bis 30. April 1928. Göttingen 1976, Dok. 241, Runderlass des Reichsministers des Auswärtigen Stresemann, 18.04.1928. Folglich stand auch den Ländern nur der wenig ergiebige inländische Finanzmarkt zur Verfügung.

⁴⁵⁰ AdR, Weimarer Republik. Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2: 29. Januar 1927 bis 29. Juni 1928. Boppard a. Rh. 1988, Dok. 457, Bericht des Reichsbankpräsidenten über die Lage der Reichsbank und über Fragen der Finanz- und Währungspolitik, 13.04.1928. Zitat von StS im RFM, Johannes Popitz, S. 1413. Siehe auch Reichsbank, Verwaltungsbericht 1928, S. 7. Siehe auch James, Reichsbank, S. 52.

⁴⁵¹ Die „Beratungsstelle für Auslandskredite“, die beim Reichsfinanzministerium angesiedelt war, dem aber u.a. auch ein Vertreter der Reichsbank angehörte, hatte formaljuristisch nur beratenden Charakter, entschied aber de facto, ob eine Stadt eine Auslandsanleihe aufnehmen durfte oder nicht, in welcher Höhe und zu welchen Konditionen. Letztendlich wurden von den 235 Anträgen nur die von fünf Städten genehmigt, darunter München. Zur Beratungsstelle siehe als Überblick James, Deutschland, S. 102ff.

⁴⁵² Dies führte zu dem bereits von Zeitgenossen ersichtlichen Umstand, dass dadurch die eigentlich von Schacht vehement bekämpfte kurzfristige Verschuldung im Ausland zunahm. Denn die Städte verschuldeten sich über kurz- bis mittelfristige Schuldtitel bei den Banken, die sich wiederum meist kurzfristig über das Ausland refinanzierten – gegen die Schacht keinerlei Handhabe besaß. Siehe in diesem Zusammenhang auch die weithin bekannte „Bochumer-Rede“ Schachts vom 18. November 1927, Auszugsweise in Herbert Michaelis (Hg.), Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung, Bd. 6: Die Weimarer Republik. Die Wende der Nachkriegspolitik, 1924-1928. Rapallo, Dawesplan, Genf. Berlin 1960, S. 225.

1928 den Kreditsuchenden wieder ins Gedächtnis zurückgerufen. Deutschland musste ab diesem Jahr zum ersten Mal die „Normalannuität“ zahlen und eine von der Reichsregierung bewusst herbeigeführte Transferkrise, um sich der Reparationslasten zu entledigen, lag im Bereich des Möglichen und wurde öffentlich diskutiert. Weitere politische Faktoren sowie das geänderte Anlageverhalten der US-Amerikaner aufgrund gestiegener US-Zinsen führten dazu, dass im Gegensatz zum ersten Halbjahr 1928 im zweiten an der Wall Street keine deutschen Anleihen mehr unterzubringen waren. Der Strom des US-Kapitals nach Deutschland war demnach schon vor dem Börsencrash im Oktober 1929 versiegt.⁴⁵³

Die City bot sich als Alternative an – die nach dem Weltkrieg von New York auf den zweiten Platz verdrängte internationale Finanzmetropole. Dagegen sprach, dass sich Großbritannien in den Jahren zuvor mit finanziellen Engagements in Deutschland merklich zurückgehalten hatte, was nicht nur der mangelnden Kapitalbildung im Land geschuldet war. Ein wesentliches Element bildete auch das Konkurrenzdenken. Ein Teil der Londoner Finanzwelt, unterstützt von Handels- und Industrieunternehmen, wollte Deutschland kein Kapital verleihen, um die deutsche Industrie nicht in die Lage zu versetzen, „nach Abstoß der Reparationsschulden der britischen Industrie eine erbitterte und erfolgreiche Konkurrenz auf den Weltmärkten zu machen.“⁴⁵⁴ Daher – wobei überdies sozio-kulturelle Gründe hinzugezählt werden müssen – gelangt britisches Geld und Kapital bevorzugt in die Dominien und Kolonien, die im Einflussgebiet der britischen Krone lagen. Die Investitionen der Engländer war mithin stark politisch und binnenwirtschaftlich motiviert; nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Einflussnahme der britischen Regierungen.

Für ein Ausweichen nach London sprach das politische Umfeld des Jahres 1928. Der konservative britische Premierminister Stanley Baldwin hielt im Oktober das erste Mal nach dem Krieg „friendship with Germany“⁴⁵⁵ für möglich. Es mehrten sich insgesamt die Stimmen derjenigen in England, die eine enge Kooperation mit Deutschland anstrebten, mit expliziter Speerspitze gegen die USA. Es waren in erster Linie weltwirtschaftliche Differenzen, die die Beziehungen zwischen den beiden Staaten erheblich belasteten.⁴⁵⁶ Friedrich von Prittwitz und Gaffron, deutscher Botschafter in Washington, konstatierte in diesem Zusammenhang im November 1928: „Hierher gehört vor allen Dingen der wachsende weltwirtschaftliche

⁴⁵³ Siehe zur diesbezüglichen Diskussion nach den Gründen Theo Balderston, *Economics and Politics in the Weimar Republic*. Cambridge 2002, S. 82f.; Gottfried Niedhardt, *Die Außenpolitik der Weimarer Republik*. München ²2006, S. 59ff.

⁴⁵⁴ ADAP, Serie A: 1918-1925, Band VII: 1. Januar bis 31. Mai 1923. Göttingen 1989, Dok. 241, Die Botschaft in London an das Auswärtige Amt, 17.5.1923, hier S. 592.

⁴⁵⁵ Documents on British Foreign Policy (DBFP), 1919-1939, Series 1A, 5 (1928), Doc. 195, 27.10.1928.

⁴⁵⁶ Man darf jedoch nicht soweit gehen zu glauben, dass ein kompletter Bruch zwischen den beiden Staaten bevorstand. Siehe dazu u.a. die Ausführungen des deutschen Botschafters in den USA, ADAP, Serie B: 1925-1933, Bd. X: 1. September bis 31. Dezember 1928. Göttingen 1977, Dok. 160, Der Botschafter in Washington v. Prittwitz und Gaffron an das AA, 26.11.1928.

Konkurrenzkampf zwischen den angelsächsischen Mächten, für den das Ringen der New Yorker und Londoner Börse um die Vorherrschaft auf dem internationalen Geldmarkt eines der deutlichsten Symptome ist.“⁴⁵⁷ Das Versiegen des US-Kapitalexports bot nun zweierlei Chancen: Britische Banken konnten hoffen, auf einem Geschäftsfeld wieder konkurrenzfähig zu sein, das in den letzten Jahren von New York dominiert worden war⁴⁵⁸ und deutsche Privatbankiers mit guten Beziehungen nach London konnten als Vermittler tätig werden.

Wie der Kontakt zwischen den Stadtvertretern und Aufhäuser-Bankiers zustande gekommen war, konnte nicht rekonstruiert werden; vorherige geschäftliche Beziehungen hatten keine bestanden. Martin Aufhäuser jedenfalls versprach dem Münchener Finanzreferenten Andreas Pfeiffer am 6. Oktober 1928, eine Anleihe in England zu einem ähnlichen Kurs wie die Stadt Köln organisieren zu können. Über die entsprechenden Kontakte zu den großen Londoner Banken verfügten die Bankiers in erster Linie durch Siegfried Aufhäuser. Harris, Forbes & Co. bemühte sich aber auch weiterhin um das Geschäft und hielt einen Auszahlungskurs von 90 Prozent in London für realistisch. Gleichzeitig hatte Scharnagl noch die wichtigste Hausbank der Stadt, die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, um Vermittlung in London gebeten. Hans Remshard von der Hypo-Bank und die Aufhäuser-Bankiers kontaktierten dabei ohne es zunächst zu wissen dieselbe Bank.⁴⁵⁹ Der Vorschlag von Martin Aufhäuser, der immerhin auch im Aufsichtsrat der Hypo-Bank saß, sich am besten zusammenzutun und ein gemeinsames Angebot einzuholen, wurde von Remshard mit der Begründung abgelehnt, dass man sich die Provision dann teilen müsse, was er nicht wollte. Daraufhin wandte sich Martin Aufhäuser an ein weiteres Londoner Institut: Lazard Brothers & Co.⁴⁶⁰ Es hatte sich wiederum ausgezahlt, dass die Aufhäuser stets bemüht waren, dass ihr Netzwerk vor Ort möglichst aus mehr als einer Partnerbank bestand.

Bemerkenswert ist, dass Lazard über keinerlei Erfahrung mit deutschen Auslandsanleihen verfügte. Das Kerngeschäft der Bank war das Wechselgeschäft, das einträglichere, zugleich risikoreichere Emissionsgeschäft ausländischer Schuldtitel spielte nur eine untergeordnete Rolle. Dabei hatte die Bank zudem schlechte Erfahrungen mit einer Anleihe an die Stadt Riga gemacht, die wiederholt in Zahlungsverzug geraten war. Lazard neigte mithin zur Indifferenz im

⁴⁵⁷ Ebd.

⁴⁵⁸ Siehe in diesem Zusammenhang auch die klare zeitgenössische Einschätzung: „Die jetzt zutage tretende Anleihebereitschaft englischer Finanziers resultiert weniger aus vorhandenen und anlagebedürftigen Kapitalüberschüssen der englischen Wirtschaft, als vielmehr aus dem Wunsch, die im Augenblick gegebene Gelegenheit zu benutzen, um das zurzeit von New York in der internationalen Finanz freigegebenen Gebiete zu besetzen.“ Sparkasse. Zeitschrift für das Sparkassen- und kommunale Bankwesen, 48 (1928), S. 434.

⁴⁵⁹ Ein Name der Londoner Bank wird in den vorliegenden Akten nicht genannt.

⁴⁶⁰ Drei Brüder hatten 1848 in New Orleans/USA Lazard Frères & Co. gegründet. Es folgte 1852 die Gründung von Lazard Frères & Cie. in Paris/Frankreich. 1870 wurde von den drei Brüdern Lazard Brothers & Co. in London/Groß-Britannien ins Leben gerufen, seit 1905 eine eigenständige Bank. Seit 2000 sind die Häuser unter einem Dach vereint, vgl. William D. Cohan, The last Tycoons. The Secret Story of Lazard Frères & Co. New York 2007, Chapter 2; <http://www.lazard.com/AboutLazard/History.aspx> [18.09.2010].

Sinne Luhmanns: Durch Vertrauen wurden gewisse, in diesem Fall negative Entwicklungsmöglichkeiten bei der Betrachtung der Situation ausgeschlossen, die das Handeln nicht irritieren sollten.⁴⁶¹ Verstärkt wurde dieses Ausblenden womöglich dadurch, dass offenbar auch die britische Regierung ein Interesse am Zustandekommen dieser Anleihe besaß. Die Verbindungen von Lazard reichten zu den höchsten Regierungsstellen, weshalb man eine politische Motivation bei der Gewährung und Konditionierung der München-Anleihe relativ hoch ansiedeln kann. Britische Regierungen und die Bank of England mischten sich teils massiv in die Investitionstätigkeiten der englischen Investoren und Londoner Banken ein, insbesondere wenn es sich um Auslandsanleihen handelte.⁴⁶² Darüber hinaus begann Lazard zur selben Zeit, in Polen aktiv zu werden, was ebenfalls für eine größer angelegte strategische Vorgehensweise spricht. Schillernde Figur bei Lazard Brothers war der Senior der Bank, Sir Robert Kindersley, von Zeitgenossen auch „The God of the City“⁴⁶³ tituiert. Er war zugleich langjähriges Direktoriums-Mitglied der Bank of England. Der energische Kindersley, „[who] would do anything that was in the rules“, wurde kongenial ergänzt durch den eher intellektuellen Partner Robert Brand, „who combined a wide range of interests and correspondents with a sure business touch“. David Kynaston sieht Lazard Brothers in der Nachkriegszeit als eine von zwei aufstrebenden *merchant banks*.

Vor dem Hintergrund der relativen Unerfahrenheit Lazards was Auslandsanleihen in Deutschland betraf, war das Bankhaus insbesondere auf Informationen und die Hilfe der Münchener Bank angewiesen. Nur H. Aufhäuser konnte den asymmetrischen Wissensstand zwischen der Stadt und ihrer finanziellen Situation auf der einen Seite sowie dem Londoner Bankhaus auf der anderen Seite einigermaßen objektiv angleichen und die Komplexität soweit reduzieren, dass für die britische Bank ein Handeln rational erschien. Wobei auch in diesem Fall naturgemäß absolute Information nicht zu erreichen war. Nebenbei vermerkt sei auch, dass das Begeben einer Anleihe an sich für eine Bank als ein Faktor zur Reduktion von Transaktionskosten und finanzieller Risiken anzusehen ist.⁴⁶⁴ Stellt bei einem Darlehen die Bank das Kapital zur Verfügung, sind es bei einer Anleihe in der Regel diverse private und institutionelle Investoren. Gleichwohl geht eine Bank bei der Emission einer Anleihe ein nicht zu unterschätzendes Risiko ein, denn sie hat etwas Wesentliches zu verlieren: ihr Renommee und das Vertrauen der Anleger bzw. Kunden. Wie weitgehend die englischen den Münchener Bankiers vertrauten zeigte sich darin, dass Lazard zu dieser Zeit die einzige Bank in England war, die eine Platzierung einer deutschen Anleihe in London anstrebte. Zur selben Zeit bemühten sich Breslau, Hannover und die Deutsche Girozentrale vergebens um eine

⁴⁶¹ Vgl. Niklas Luhmann, Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart 2009, S. 30.

⁴⁶² Siehe die diversen Hinweise bei Kynaston, City of London (Vol. III), S. 81 und passim.

⁴⁶³ Ebd., S. 73. Für die folgenden Zitate siehe ebd.

⁴⁶⁴ Vgl. etwa Paul Krugman/Robin Wells, Volkswirtschaftslehre. Stuttgart 2010, S. 832.

Auslandsanleihe in London. Scharnagl hatte sich bei Lazard sogar persönlich für Hannover eingesetzt. Doch offensichtlich wurde von den Lazard-Bankiers das Risiko als zu hoch eingeschätzt, da abzusehen war, dass das Bankhaus H. Aufhäuser sicher nicht die Informationsasymmetrien derart angleichen konnte wie im Falle Münchens und auch die Einwirkungsmöglichkeiten auf den Magistrat in Hannover nicht zuletzt aufgrund der Entfernung begrenzt war.⁴⁶⁵ An der Attraktivität der Isar-Metropole als Investitionsziel konnte es nicht gelegen haben: Die bayerische Hauptstadt galt als eine der höchst verschuldeten im Reich und in der Öffentlichkeit wurde wiederholt über „Münchens Niedergang“⁴⁶⁶ diskutiert; dies dürfte auch Lazard nicht entgangen sein. Was ein Engagement in München zu einem zusätzlichen Risiko machte war die Tatsache, dass die Stadt außer seinen Vermögenswerten keine weitere Sicherheit bieten konnte. Insbesondere der wichtige Rückgriff auf zusätzliche Steuerquellen war den Kommunen durch die Finanzreform genommen, wie insgesamt der Zugriff auf die Steuerquellen sehr eingeschränkt war. München erhob zudem bereits die höchst mögliche Steuerumlage.

Die Beziehungen des Münchener Magistrats zu Stallforth von Harris, Forbes & Co sowie die Kontakte Remshard von der Hypo-Bank nach London reichten nicht aus, um ein konkurrenzfähiges Angebot anbieten bzw. vermitteln zu können. Stallforth teilte den Stadtverantwortlichen schlicht mit, dass nach seinen Informationen der Kurs der Kölner Pfund-Anleihe nicht erreichbar wäre, Harris, Forbes & Co. daher kein Angebot einreichen werde. Remshard ließ aus London telegrafisch mitteilen, dass seine Verhandlungspartner einen Termin vor Anfang 1929 für ungünstig hielten. Die Gefahren einer Anleihe-Platzierung wurden von beiden Londoner Banken mithin höher eingeschätzt, als der mögliche Profit. Lazard war damit die einzige Londoner Bank, die Ende 1928 das Wagnis einging, eine deutsche Anleihe in Großbritannien zu emittieren. Das war gewiss dem persönlichen, vertrauensvollen Kontakt zum Bankhaus H. Aufhäuser, aber womöglich ebenso dem Konkurrenzkampf der Banken in London geschuldet. Dies führte dazu, dass eine erhebliche Reduktion der Transaktionskosten in Form eines niedrigen, dem Markt eigentlich nicht entsprechenden Zinses erzielt werden konnte. Die Effizienz der netzwerkartigen Interaktion, basierenden auf dem sozialen Kapital der Aufhäuser-Bankiers, führte zu einer direkten Problemlösung für eine dritte Partei, der Stadt München. Lazard war darüber hinaus bereit, dem Magistrat ein Konto in London einzurichten, über das sie „verschiedene Erledigungen“⁴⁶⁷ tätigen konnte. Ein weiterer Hinweis darauf, dass das

⁴⁶⁵ An mangelnden Ressourcen scheint es nicht gelegen zu haben, da – wie erwähnt – zur selben Zeit Lazard in Polen aktiv war.

⁴⁶⁶ Frankfurter Zeitung, Dr. Erich Trotz: „Untergang Münchens – Untergang Süddeutschlands“, 1. Mittagsblatt, 3.11.1928, im Artikel: „Zeitungsartikel auf Zeitungsartikel über Münchens Niedergang.“ Ferner Landeshauptstadt München, Verwaltungsbericht 1927-1929 (1. April 1927-31. März 1930), S. 1: „Die Rufe vom 'Niedergang Münchens' wollen nicht verstummen.“

⁴⁶⁷ StadtAM, Film 701/1, Stadtrats-Sitzung, 04.12.1928. Um was für Erledigungen es sich dabei handelte, wurde an dieser Stelle nicht definiert.

britische Finanzinstitut eine längerfristige strategische Planung verfolgte; Harris, Forbes & Co. hatte ein solches Konto damals nicht eingerichtet.

Der Anleihevertrag wurde Ende November 1928 von Scharnagl und seinem Finanzreferenten Pfeiffer in London unterzeichnet. Siegfried und Martin Aufhäuser hatten zuvor noch die letzten Modalitäten sowie die Anforderungen der Beratungsstelle für Auslandskredite mit Lazard abgeklärt gehabt. Die Anleihe hatte ein Volumen von 1,625 Mio. Pfund Sterling (rund 30 Mio. RM), einen Zinsfuß von sechs Prozent, bei einer Laufzeit von 25 Jahren. Bei einem effektiven Auszahlungskurs von 90 Prozent lag die Gesamtbelastung bei 7,26 Prozent. Für die herrschenden Umstände wurde dies allgemein als „außerordentlich günstig“⁴⁶⁸ bewertet. Das Bankhaus H. Aufhäuser selbst erzielte keinen unmittelbaren finanziellen Vorteil durch die Vermittlungstätigkeit. Die Inhaber hatten auf eine Provision verzichtet und nur darum gebeten, dass die Stadt ein Konto eröffnet, über welches die Abwicklung der Anleihe erfolgen sollte. Sie strebten nicht den direkten, sondern den indirekten Profit aus dieser Angelegenheit an. Dadurch, dass die Zahlungen nach Großbritannien über H. Aufhäuser liefen, band das Bankhaus die Stadt an sich. Zudem war der erste Kontakt zur Stadtverwaltung hergestellt und man konnte auf Anschlussaufträge hoffen. Last not least war es für das Prestige des Bankhauses bedeutend, dass es nun ein Konto der Stadt führen konnte und für die Tilgung der Anleihe verantwortlich war.

Weniger günstig entwickelte sich die Anleihe-Emission für Lazard und der Ausspruch Luhmanns sollte sich für sie bewahrheiten: „Vertrauen bleibt ein Wagnis.“⁴⁶⁹ Das Handeln der Londoner Bank zeitigte für sie – abgesehen vom Provisionserlös – keinen Erfolg; Lazard emittierte auf absehbare Zeit auch keine weitere Auslands-Anleihe. Es offenbarte sich sehr schnell, dass die anderen Londoner Banken, die den Zeitpunkt für die Emission einer deutschen Anleihe in Großbritannien für ungünstig hielten, die herrschende Lage an den Finanzmärkten realistisch eingeschätzt hatten. Denn die Anleihe konnte in Großbritannien nicht vollumfänglich untergebracht werden. Die Konditionen der Münchener Pfund-Anleihe hatten nicht der Risikoeinschätzung des britischen Anlagepublikums entsprochen – sie war zu teuer, d.h. der Risikoaufschlag in Form des Zinses war zu gering. Um die Münchener Anleihe dennoch unterzubringen, entschied sich Lazard, mittels Zertifikaten 300.000 Pfund Sterling der Anleihe über die Amsterdamsche Bank in den Niederlanden aufzulegen. Amsterdam galt nach dem Krieg als Einfallstor für ausländisches Kapital nach Deutschland und auf diesem Weg konnte zumindest die Anleihe vollumfänglich Erlöst werden. Damit war auch deutlich geworden, dass London nur sehr bedingt die Lücke ausfüllen konnte, die New York hinterlassen hatte.

⁴⁶⁸ Ebd., Stadtrats-Sitzung, 20.11.1928.

⁴⁶⁹ Luhmann, Vertrauen, S. 31.

Gerade Kindersley als Direktoriumsmitglied der Bank of England musste um die Risiken gewusst haben. Nicht zuletzt Schachts Agitationen gegen deutsche Auslandsanleihen insbesondere der Kommunen waren in London auf großen Widerhall gestoßen, unterstützt durch seinen Intimus Montagu Norman, Gouverneur der englischen Notenbank von 1920 bis 1944.

Die nächste Unannehmlichkeit für alle Beteiligten folgte bereits im Februar 1929. Die kurzzeitige Erholung am deutschen Kapitalmarkt hatten die Münchener Stadtverantwortlichen genutzt, um eine inländische Anleihe von 20 Mio. RM zu emittieren. Trotz Verbot seitens des Reichsministeriums der Finanzen wurde diese vorgebliche „Inlands“-Anleihe auch im Ausland vertrieben, darunter in London; es war also weiterhin nicht möglich, eine solche Summe alleine im Inland aufzunehmen. Unerfreulich wurde diese Angelegenheit für Lazard Brothers einerseits dadurch, dass der Kurs der Münchener Pfund-Anleihe erheblich unter Druck geriet.

Andererseits war vereinbart worden, dass die Stadt bis sechs Monate nach Vertragsabschluss keine weiteren Pfund- oder Reichsmark-Anleihen in London emittieren dürfe. Dies brachte die Münchener Stadtvertreter wie auch Martin Aufhäuser in Bedrängnis. Der Bankier geriet nicht zuletzt dadurch in Erklärungsnot, dass er für diese Vereinbarung in der Verantwortung stand, da er diese – die kein Bestandteil des Vertrags war – den Stadtverantwortlichen überbracht hatte und er durch seine Vermittlerrolle insgesamt für die Pfund-Anleihe gerade zu stehen hatte. Was die Angelegenheit für ihn nicht einfacher machte war der Umstand, dass er im Konsortium der neuen München-Anleihe saß. Womit sich ebenfalls zeigte, dass der Gabentausch auch an dieser Stelle funktioniert hat, denn vorher war H. Aufhäuser an keinem Konsortium für Münchener Stadtanleihen beteiligt gewesen. Da Martin Aufhäuser derart in der Verpflichtung gegenüber Lazard stand, ist davon auszugehen, dass er über die Vorgehensweise, die Anleihe auch im Ausland zu vertreiben, nicht informiert war.

Um die jetzt entstandene unschöne Situation zumindest abzumildern, entschloss sich der Stadtrat, dem Bankhaus Lazard Brothers 50.000 Pfund Sterling für Stützungskäufe zur Verfügung zu stellen. Die Stadt wollte sich in London nicht den Weg für eine mögliche weitere Anleihe versperren und sie sah die Aktion zudem als Maßnahme, um eine geschäftliche Schädigung des Bankhauses H. Aufhäuser vermeiden zu helfen. Vehementen Gegner von Stützungskäufen war Karl Fiehler (NSDAP), dem späteren Nachfolger Scharnagls als Oberbürgermeister Münchens. Er nutzte die Debatte im Stadtrat, um gegen die angebliche Bankenmacht und das Judentum zu polemisieren. Den Banken – aus Lazard Brothers wurde „Gebrüder Lazarus“⁴⁷⁰ um augenscheinlich eine jüdische Verbindung herzustellen, die es

⁴⁷⁰ StadtAM Film 702/11, Haushaltsausschuss-Sitzung, 18.03.1929. Scharnagl stellte in der Sitzung sofort klar, dass die Inhaber der Bank keine Juden seien (was man positiv oder auch negativ werten mag). Die folgenden Zitate finden sich ebd.

aktuell jedoch nicht gab – warf er „Schiebung“ und eigene Bereicherung vor. Seine Intention war klar: Er setzte die Tätigkeit jüdischer Bankiers mit Korruption gleich. Beachtenswert ist das Verhalten Pfeiffers. Er setzte den antijüdischen Tiraden Fiehlers nichts entgegen und stützte ihn eher noch mit seiner Aussage: „Aber das Geld haben sie [die Juden]“. ⁴⁷¹

Die Pfund-Anleihe von 1928 war nicht der einzige ausländische Kredit, den H. Aufhäuser an München vermittelte. Infolge der Weltwirtschaftskrise und den daraus resultierenden Steuerausfällen war die Stadt 1931 in Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Aufgrund der prekären Lage auf dem inländischen Geldmarkt und den sehr hohen Zinssätzen ⁴⁷², war ein Inlandskredit für die Stadt praktisch nicht realisierbar. Wissend um die exzellenten Verbindungen des Bankhauses H. Aufhäuser zu den Londoner Banken, wandte sich der Magistrat wiederum an Martin Aufhäuser. Die Privatbankiers wandten sich an das Bankhaus Kleinwort, Sons & Co. ⁴⁷³ Die Bank war „one of the two leading acceptance houses in London.“ ⁴⁷⁴ Mit Abstand größter Gewinnbringer der Bank war die Abteilung, die die Kreditvergabe nach Deutschland organisierte. Dabei wurde – das Problem mangelnder Liquidität der City gleichfalls offenbarend – über Frankreich beispielsweise für zwei Prozent kurzfristiges Geld geliehen und für bis zu acht Prozent langfristig an deutsche Unternehmen und Kommunen weitergereicht. ⁴⁷⁵ Zu den Kreditkunden der Bank zählten Thyssen, Siemens, Stinnes, IG Farben und Krupp. Aufkommende Warnungen über die Risiken dieses Geschäfts wurden von den Kleinwort-Partnern ignoriert. Mit dem abnehmenden US-Geschäft sah man sich eher noch genötigt, dass ertragsreiche, aber eben auch entsprechend riskante Deutschland-Geschäft weiter zu forcieren. H. Aufhäuser hatte in Kleinwort Sons & Co. einen Partner gefunden, der in dieser prekären weltwirtschaftlichen Situation der notleidenden Stadt München einen Kredit von zwei Mio. RM gewährte. Das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen den englischen und deutschen Bankiers dürfte – wiederum neben dem Profitgedanken – wesentlich für das Zustandekommen des Kreditgeschäfts gewesen sein.

⁴⁷¹ Pfeiffer trat später der NSDAP bei und blieb auch unter Fiehler Finanzreferent. Ein nicht untypisches Verhalten im Staatsapparat.

⁴⁷² Die Reichsbank hatte den Diskontsatz 1931 mehrfach geändert: Zu Anfang des Jahres betrug er 4%, wurde im Sommer in drei Schritten schnell auf 10% angehoben und stieg in der Spitze (kurzzeitig) bis auf 15%, der damals noch wichtige Lombardsatz bis auf 20%, vgl. Born, Bankenkrise, S. 119; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (Band 4), S. 262.

⁴⁷³ Die Ursprünge des Bankhauses reichen bis 1786 in Holstein zurück, seit 1855 in London ansässig und es firmierte seit 1884 unter dem Namen Kleinwort, Sons & Co. Im hier maßgeblichen Zeitraum waren Herman und Sir Alexander Kleinwort die maßgeblichen Partner der Bank (Robert war 1929 gestorben, hinzu kamen 1926 noch die beiden Söhne Alexanders Ernest und Cyril, die bereits keine deutsche Erziehung mehr genossen haben), beide wurden nach Karlsruhe zur Schule geschickt „to perfect their German“, vgl. Jehanne Wake, Kleinwort Benson. The History of Two Families in Banking. Oxford 1997 (Zitat S. 107). Die Verbindungen nach Deutschland waren also gegeben, was sich auch auf der Ebene von zahlreichen deutschen Bankvolontären im Londoner Bankhaus zeigte (S. 111).

⁴⁷⁴ Vgl. zum Folgenden ebd., S. 223ff., 243, 247.

⁴⁷⁵ Siehe hierzu ferner Kynaston, City of London (Vol. III), S. 223. Der Goldstandard des Pfunds begünstigte diese Vorgehensweise zusätzlich.

Sowohl Lazard Brothers wie auch Kleinwort, Sons gerieten infolge der Finanzkrise in schwerste Bedrängnis. Am 14. Juli 1931 suchte Kindersley von Lazard den englischen Notenbank-Chef Norman auf und erbat dringende finanzielle Unterstützung – die Bank stand vor der Insolvenz. Allerdings war die Bankenkrise in Deutschland nur indirekter Auslöser für die Liquiditätsschwierigkeiten Lazards, vielmehr standen Betrugereien der Brüsseler Niederlassung von sechs Mio. Pfund Sterling im Mittelpunkt. Da infolge eines Zusammenbruch Lazards eine Panik in der City befürchtet wurde, erhielt das Institut von der Bank of England einen Kredit von 3,5 Mio. Pfund Sterling. Die Situation wurde so diskret zwischen Norman und Kindersley abgewickelt, dass sie erst 1967 publik wurde.⁴⁷⁶ Im Gegensatz zu Lazard wirkte sich die deutsche Bankenkrise direkt auf Kleinwort, Sons aus.⁴⁷⁷ Norman hatte zuvor in einer Mischung aus gut gemeintem Rat und großem Druck auf die City-Banken eingewirkt, ihre Kredite nicht aus Deutschland abzuziehen, was diese größtenteils befolgten. Der Gouverneur der Bank of England hielt in seinem Tagebuch noch am 10. Juni 1931 fest, dass Investments in Deutschland langfristig gesehen „a good bet“ seien.⁴⁷⁸ Dies war nicht nur Zweckoptimismus, sondern es sah im Juni in der Tat so aus, als würde sich die Situation in Deutschland stabilisieren. Doch gerade einmal ein paar Wochen später brach die Bankenkrise in Deutschland aus, in deren Folge die kurzfristigen Auslandskredite eingefroren wurden. Kleinwort, Sons hatte in Deutschland ausstehende Akzepte⁴⁷⁹ von 5,8 Mio. Pfund Sterling (das entsprach einem Drittel aller ausstehenden Akzepte), hinzu kamen 6,2 Mio. Pfund Sterling an weiteren Ausständen, die nun nicht mehr zu realisieren waren. Das entsprach annähernd vier Mal des von den Partnern eingezahlten Kapitals der Bank. Da die ausländischen Bankgläubiger nervös wurden und ihr Geld von den britischen Banken zurückforderten, drohte Instituten wie Kleinwort, Sons die Insolvenz.⁴⁸⁰ Anders als bei Lazard, lehnte Norman jegliche finanzielle Hilfe der Notenbank für Kleinwort, Sons mit der Begründung ab, sie wäre nicht systemrelevant, d.h. ein Zusammenbruch Kleinworts hätte keine negativen Auswirkungen auf das englische Bankensystem. Maßgeblich dürfte bei dieser Entscheidung ebenfalls gewesen sein, dass die finanziellen Ressourcen der Bank of England begrenzt waren und auch die persönlichen Beziehungen offensichtlich nicht an die Qualität wie zwischen Norman und Kindersley heranreichte. Kleinwort, Sons wurde schließlich von der Westminster Bank gerettet. Wie auch das Londoner Bankhaus J. Henry Schröder & Co., das ebenfalls sehr stark mit Krediten in Deutschland engagiert war, von dieser Bank finanzielle Unterstützung erhielt. Es war dann auch an Frank Tiarks von J. Henry Schröder, bei den deutsch-britischen

⁴⁷⁶ Vgl. ebd., S. 227ff.

⁴⁷⁷ Vgl. Wake, Kleinwort Benson, S. 242-245.

⁴⁷⁸ Vgl. ebd., S. 243.

⁴⁷⁹ Die hier angewandten Akzeptkredite waren Rembourskredite, die zur kurzfristigen Finanzierung des Außenhandels dienten. Das Geschäft sah vereinfacht so aus, dass zum Beispiel ein englischer Exporteur (oder seine Hausbank) einen Wechsel auf H. Aufhäuser gezogen hatte. Dadurch hatte der deutsche Importeur einen Kredit erhalten, der auf Pfund lautete. Diesen Kredit musste er nach einer bestimmten Zeit wieder zurückzahlen.

⁴⁸⁰ Vgl. Wake, Kleinwort Benson, S. 243.

Stillhalteverhandlungen den Vorsitz der wesentlichen Komitees zu führen. So beim so genannten Sieben-Männer-Ausschuss am Anfang der Verhandlungen, beim Sachverständigen-Ausschuss⁴⁸¹ in Basel – auch als Tiarks-Komitee bezeichnet – und schließlich bei den jährlich stattfindenden Verhandlungen hinsichtlich der Verlängerung des Stillhalteabkommens.⁴⁸² Das Bankhaus J. Henry Schröder & Co. war selbstredend ebenso eine von 16 Londoner Banken, die im britischen Gläubigerkomitee zur Regelung der Auslandsschulden vertreten war, wie auch Kleinwort, Sons & Co.⁴⁸³

5.2. Das inländische Geschäft

Die Inhaber des Bankhauses H. Aufhäuser verfügten nicht nur über hervorragende Auslandskontakte, sondern waren auch in Deutschland und hier speziell in München gut vernetzt. Das soziale Kapital konnte in einen ökonomischen Nutzen transformiert werden, da insbesondere nach der Inflationszeit viele Unternehmen frisches Kapital benötigten. Das Münchener Bankhaus, das bereits zur Jahrhundertwende das Kreditgeschäft ausgebaut hatte, konnte sich nun infolge dieser gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf das Unternehmergeschäft fokussieren. Dies konnte einerseits durch die Gewährung von Krediten geschehen – direkt, oder durch die Vermittlung von Auslandskrediten –, oder andererseits durch die Begleitung eines Börsengangs bzw. bei einer Umfirmierung in eine Aktiengesellschaft.⁴⁸⁴ Lässt sich nicht mehr jede einzelne Geschäftsbeziehung des Bankhauses nachvollziehen, lassen sich dennoch für alle drei genannten Vorgänge Beispiele anführen.⁴⁸⁵

Gerade auf kulturellem Gebiet waren die 1920er Jahre eine sehr ereignisreiche Zeit mit vielen Innovationen, nicht zuletzt im Bereich der Unterhaltung. München avancierte dabei neben Berlin zur wichtigsten Filmmetropole. Zu den größten Studios im Lande zählten die Stuart-Webbs-Ateliers der Orbis-Film AG, die in Grünwald beheimatet waren. Orbis-Film wurde 1921 durch ein Konsortium unter der Führung des Bankhauses H. Aufhäusers, welche die

⁴⁸¹ Dabei war es technisch so geregelt, dass beim Sachverständigen-Ausschuss die Bankvertreter unmittelbar miteinander verhandelten, die generelle Durchführung des Auftrags der Londoner Konferenz oblag dem Wiggins-Komitee, wobei die Beschlüsse des Sachverständigen-Ausschusses übernommen wurden, AdR, Kabinette Brüning I/II (Band 2), Dok. 522, Vermerk des Ministerialrats Vogels über eine Reparationsbesprechung im Reichsfinanzministerium, 26.10.1931.

⁴⁸² Ebd., Dok. 414, Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Reichskabinetts, 28.07.1931; siehe ferner ebd., Dok. 444, Ministerbesprechung, 16.08.1931; Kynaston, City of London (Vol. III), S. 229.

⁴⁸³ Vgl. Escher, Wirtschafts- und Finanzkrise, S. 239f. (insbes. Fn. 384).

⁴⁸⁴ Siehe hierzu auch Friedrich-Wilhelm Henning, Börsenkrisen und Börsengesetzgebung von 1914 bis 1945 in Deutschland, in: Hans Pohl (Hg.), Deutsche Börsengeschichte. Frankfurt a.M. 1992, S. 209-290, hier S. 258f.

⁴⁸⁵ Siehe zum Folgenden Moser/Winkler, Wegmarken, S. 72-78.

Stammaktien übernommen hatten, als Aktiengesellschaft gegründet. Ein weiterer Bereich, der von den vermehrten kulturellen Aktivitäten profitierte, waren die Druckereien. Eine der führenden in Deutschland war die Meisenbach, Riffarth & Co. Diese Druckerei hatte 1881 zum ersten Mal das Rasterdruckverfahren angewandt und damit die Möglichkeit geschaffen, Fotografien und Lettern unmittelbar zusammen zu drucken. 1923 begleitete H. Aufhäuser die Überführung der Druckerei Meisenbach, Riffarth & Co. in eine Aktiengesellschaft. Doch nicht nur eher neuere, innovative Unternehmen wurden von der Bank unterstützt, sondern ebenfalls alteingesessene. Bereits 1922 hatte das Münchener Bankhaus die Herd- und Ofenfabrik Friedrich Wamsler bei der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft begleitet. Auch zu diversen Münchener Brauereien bestanden enge und langjährige Beziehungen, so zum Beispiel zu Löwenbräu. Doch war H. Aufhäuser keineswegs auf örtliche Unternehmen beschränkt. Als Beispiel für ein national bedeutsames industrielles Engagement sticht die IG Farbenindustrie heraus. Die IG Farben war aus dem Zusammenschluss der wichtigsten deutschen chemischen Unternehmen hervorgegangen, darunter Bayer, AGFA, Hoechst sowie BASF als aufnehmende Gesellschaft. Damit war eines der größten und bedeutendsten Unternehmen weltweit entstanden. Das Bankhaus H. Aufhäuser saß 1925 im Gründungskonsortium und begleitete somit den größten Börsengang während der Weimarer Zeit. Der Sitz der IG Farben war in Frankfurt, weshalb auch hier die Börseneinführung vonstattenging und belegt – im Zusammenspiel mit der Einbindung H. Aufhäusers –, dass die Frankfurter Börse weiterhin eine wichtige Funktion für den südwestdeutschen Raum innehatte.⁴⁸⁶ Als Mitglied des Konsortiums war auch in den Folgejahren sehr viel Geld zu verdienen, denn die Kapitalerhöhungen waren erheblich und damit auch die Provisionszahlungen an die Banken.

Das Bankhaus H. Aufhäuser war darüber hinaus in größeren Konsortien vertreten, die Auslandskredite für Unternehmen vermittelten. Dass sich bei Metakrediten mehrere Privatbanken bzw. Privatbanken mit Provinzinstituten oder Berliner Großbanken zusammentaten, war weit verbreitet und aus betriebswirtschaftlicher Sicht sinnvoll, da dadurch das Risiko gestreut werden konnte.⁴⁸⁷ Da die Banken in der Regel mit mehreren Partnerbanken in Verbindung standen und die einzelnen Institute ihrerseits über unterschiedliche Kontakten verfügten, konnten damit die diversen Netzwerke operativ sehr effektiv eingesetzt werden. So wurde unter der Führung der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt (ADCA) beispielsweise der Firma Küttner AG in Pirna (Erzgebirge)⁴⁸⁸ mehrere Auslandskreditlinien in Form von Akzeptkrediten zur Verfügung gestellt. Die ADCA hatte ihren Sitz in Leipzig und entwickelte

⁴⁸⁶ Vgl. Henning, Börsenkrisen, S. 253.

⁴⁸⁷ Vgl. auch Ulrich, Aufstieg, S. 127f.

⁴⁸⁸ Die Küttner AG war 1820 in Sehma gegründet worden und die Firma hatte 1908/09 im nahe gelegenen Pirna ein bedeutendes Kunstseidenwerk errichtet, vgl. Klaus Müller, Die Unternehmerfamilie Küttner. Begründer einer langen Industriegeschichte in Pirna, in: Erlpeter, 11/2003, S. 4-6.

sich in der Zwischenkriegszeit zur unangefochtenen größten deutschen Provinzbank.⁴⁸⁹ Die ADCA, die Simon Hirschland Bank (Essen), eine der bedeutendsten Privatbank im Ruhrgebiet und maßgeblich am Aufbau des dortigen Bergbaus beteiligt gewesen, und H. Aufhäuser stellten der Firma Küttner mindestens 22 Kreditlinien zu Verfügung und dies bei über einem Dutzend verschiedener Auslandsbanken.⁴⁹⁰ Die Firma Küttner war 1927 in finanzielle Schwierigkeiten geraten, in deren Verlauf, nicht zuletzt durch die involvierten Banken erzwungen, die OHG in eine AG umgewandelt wurde und das oben beschriebene Bankenkonsortium unter der Führung der ADCA Anfang der 1930er Jahre die Aktienmehrheit übernahm. Die Küttner AG arbeitete von 1927 bis 1933 ohne Gewinn und in Folge der Weltwirtschaftskrise stand die Firma kurz vor der Schließung, nachdem bereits einzelne Anlagen stillgelegt werden mussten. Beachtenswert ist, dass in dieser sehr prekären mikro- wie makroökonomischen Lage die drei Banken Auslandskreditlinien in diesem Umfang beschaffen konnten. Das Bankhaus H. Aufhäuser konnte der Firma Küttner folgende Kredite vermitteln: In London bei Kleinwort, Sons & Co. insgesamt 22.500 Pfund, bei Goldman, Sachs & Co. in New York im Ganzen 50.000 USD, bei der Schweizerischen Bankgesellschaft, Zürich, 125.000 SFr sowie in Paris bei den Kreditinstituten Chase Bank 490.000 Fr, Société Générale 180.000 Fr und Banque Française d'Acceptations 592.625 Fr.⁴⁹¹ Das Bankennetzwerk der Aufhäuser-Bankiers reichte mithin weit über London hinaus – wenngleich sie die einzigen in diesem Konsortium waren, die auch über die City Geld vermittelten – und es gelang ihnen, in vier zentralen Finanzmetropolen Geld für ein notleidendes Unternehmen bereitzustellen. Es ist nicht in jedem Fall ersichtlich, ab wann diese Gelder abgerufen wurden. Die erstmalige Inanspruchnahme des von H. Aufhäuser vermittelten Goldman Sachs-Kredits erfolgte am 7. Januar 1929.⁴⁹²

Dies bestätigt die eingangs gemachte Aussage, dass seit Ende 1928 kein Kapital mehr nach Deutschland floss, dafür aber im besonderen Maße kurzfristige Kredite. Doch auch diese Quelle war nicht von Dauer und versiegte mit Ausbruch der Bankenkrise 1931. Es ist daher anzunehmen, dass H. Aufhäuser nach Frankreich – dem zu dieser Zeit liquidesten Finanzplatz⁴⁹³ – und die Schweiz auswich, nachdem über New York und London nicht das Geld

⁴⁸⁹ Siehe auch Köhler, „Arisierung“, S. 281-292: Die ADCA musste während der Weltwirtschaftskrise selbst saniert und von staatlicher Seite gestützt werden. Das Kreditinstitut gehörte anschließend zu den aktivsten „Ariseuren“. Der weitere Konzentrationsprozess nach 1932/33 ging nun mithin nicht mehr zu Lasten der Regionalbanken, sondern wurde aktiv von ihnen gestaltet. Dieser Prozess, der unter dem Motto „Ausbau durch Zusammenschlüsse“ in der Fachpresse seinen Niederschlag fand, korrespondierte mit der NS-Bankenpolitik mit ihren Ressentiments gegenüber den (Berliner) Großbanken.

⁴⁹⁰ Vgl. BAB, R 2501/9371, ADCA an Deutsche Reichsbank, Abteilung für Auslandsschulden, 07.(08.)05.1934 (Anhang).

⁴⁹¹ Ebd.

⁴⁹² Ebd., Seiler & Co. an Deutsche Reichsbank, Abteilung für Auslandsschulden, 28.06.1940.

⁴⁹³ Vgl. zeitgenössisch die Mitteilung der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a.M. u.a., herausgegeben v.d. IHK Frankfurt a.M.-Hanau, Dezember 1928, S. 472. Ferner Kindleberger, Weltwirtschaftskrise, S. 120;

im benötigten Umfang beschafft werden konnte. Denn die oben erwähnte Banque Française d'Acceptations war erst im Dezember 1929 gegründet worden.⁴⁹⁴ Das heißt, dass der Kredit dieser Bank frühestens rund ein Jahr nach dem Goldman-Sachs-Kredit aufgenommen worden sein konnte. Die Banque Française d'Acceptations war von den wesentlichen französischen Banken – mit Unterstützung der französischen Notenbank, der Banque de France – sowie in Partnerschaft zweier belgischer Banken mit dem ausdrücklichen Ziel in Leben gerufen worden, den in Frankreich wenig etablierten Markt für Akzeptkredite zu beleben. Das Beispiel zeigt erneut, wie flexibel und weitläufig das Aufhäuser-Netzwerk war: Das Bankhaus verfügte über valide Kontakte zu den wichtigsten internationalen Finanzplätzen und konnte dort die dringend notwendigen Kredite für die Firma Küttner vermitteln.

5.3. Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise: Die finanzielle Unterstützung des Bankhauses H. Aufhäuser durch S. Bleichröders und Gebr. Arnhold

Infolge der Bankenkrise im Sommer 1931 war das Bankhaus H. Aufhäuser in Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Verschärft wurde die Lage dadurch, dass die Bank diversen Unternehmen – zum Teil auch Einzelkaufmännern – Akzeptkredite gewährt hatte⁴⁹⁵, wovon ein Großteil auch noch nach der Wirtschaftskrise gebilligt worden war. Da viele Unternehmen aufgrund der ökonomischen Situation ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen konnten, führte dies im Zuge der Bankenkrise dazu, dass das Bankhaus H. Aufhäuser selbst in Liquiditätsschwierigkeiten geriet. Um diese zu lösen, wurden zunächst Reserven aufgelöst. Als das nicht ausreichte, begannen die Aufhäuser-Bankiers Ende 1931 zusätzlich damit, Akzeptkredite bei S. Bleichröder diskontieren zu lassen. Die Berliner Bank war durch die Finanzkrise jedoch selbst stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Ob S. Bleichröder nur noch über ein Kapital von 250.000 RM verfügte, wie es der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Carl Goetz, später behauptete⁴⁹⁶, sei dahingestellt, da keine konkreten Daten über die wirtschaftlichen Verhältnisse überliefert sind. Fakt ist, dass S. Bleichröder und Gebr. Arnhold⁴⁹⁷

Youssef Cassis, *Capitals of Capital. The Rise and Fall of International Financial Centres 1780-2009*. Cambridge 2010, S. 169-173.

⁴⁹⁴ Vgl. Cassis, *Capitals*, S. 169f.

⁴⁹⁵ Vgl. zum Folgenden wenn nicht anders angegeben BWA, F 20/11.

⁴⁹⁶ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 52 Fn. 29. Diese Schätzung machte Goetz vor den Nürnberger Prozessen und muss vor dem Hintergrund der späteren „Arisierung“ von S. Bleichröder (zusammen mit Gebr. Arnhold) durch die Dresdner Bank/Hardy & Co. gesehen werden.

⁴⁹⁷ Das Bankhaus war 1864 in Dresden gegründet worden und hatte sich zur Jahrhundertwende zu einem im Deutschen Reich führenden Privatbankhaus entwickelt. Der Bedeutung des Finanz- und Bankenmarkt Berlins entsprechend verlagerte das Bankhaus seinen Schwerpunkt in die Hauptstadt und firmierte ab 1921 unter der Bezeichnung „Gebr. Arnhold, Dresden-Berlin“. Die Bank verfügte über ein internationales Netz an Tochtergesellschaften und Bankbeteiligungen (New York, Amsterdam, Wien, Zürich), vgl. Dieter Ziegler, *Die Dresdner Bank und die deutschen Juden. Die Dresdner Bank im Dritten Reich*, Band 2. München 2006, S. 135 (Beitrag von Ingo Köhler); Köhler, „Arisierung“, S. 208f.

am 22. Juni 1931 und damit bereits vor der Bankenkrise im Juli ein Kooperationsabkommen "zwecks enger Zusammenarbeit im Ausland und Inland"⁴⁹⁸ abgeschlossen hatten. Ein wesentlicher Bestandteil der Interessengemeinschaft bildete nach Auskunft eines Nachfahrens der Schwabach-Familie ein „Stützungskredit“ Arnholds an S. Bleichröder in Höhe von drei Mio. RM, der ein stilles Beteiligungsverhältnis begründete.⁴⁹⁹ Das deckt sich mit der zeitgenössischen Wahrnehmung in der Presse, dass Gebr. Arnhold als das solidere Bankhaus und der stärkere Partner der Interessengemeinschaft wahrgenommen wurde.⁵⁰⁰ Es ist daher wahrscheinlich, dass erst durch diese Interessengemeinschaft S. Bleichröder in die Lage versetzt wurde, das Bankhaus H. Aufhäuser mit Liquidität zu versorgen.

Die Münchener Bank spielte infolgedessen in mehrerer Hinsicht beim Zustandekommen dieser Interessengemeinschaft eine wichtige Rolle. Den Repräsentanten von S. Bleichröder dürfte bewusst geworden sein, dass das Bankhaus H. Aufhäuser durch seine finanziellen Belastungen – vornehmlich durch die Obpacher-Beteiligung – als ertragreicher Kooperationspartner für die kommende Zeit weitestgehend ausfallen würde. Die Berliner Bank war darüber hinaus vor allem dem Bankhaus H. Aufhäuser gegenüber mit Kreditzusagen von bis zu fünf Mio. RM vertraglich verpflichtet. *Last not least* musste S. Bleichröder bei einer eventuellen Schieflage der Münchener Bank um seine eigene Reputation und im schlimmsten Fall um seine eigene Existenz fürchten. Die Suche Bleichröders nach einem solventen Partner war vor diesem Hintergrund eine rationale Entscheidung. Das Zusammengehen der beiden Kreditinstitute kam nicht zuletzt dem Bankhauses H. Aufhäuser zugute, weshalb Martin Aufhäuser stark in die Verhandlungen eingebunden und eventuell sogar dessen Initiator war.⁵⁰¹ So erklärte sich Gebr. Arnhold bereit, dem Bankhaus H. Aufhäuser bei Bedarf „einen längerfristigen Blankokredit [!] zu gewähren“. Dies war ein sehr weitreichendes Entgegenkommen, welches das Dresdner Bankhaus sicher nicht getätigt hätte, wenn es nicht an die Zukunft und Solvenz des Münchener Bankhauses geglaubt hätte. Angemerkt sei noch, dass die Interessengemeinschaft zwischen S. Bleichröder und Gebr. Arnhold keineswegs die zwischen S. Bleichröder und H. Aufhäuser ablöste, sondern beide bis 1938 bestehen blieben. Lediglich Ernst Kritzler war bereits 1931 sowohl bei H. Aufhäuser wie bei S. Bleichröder ausgeschieden, die personelle Verflechtung zwischen der Münchener und der Berliner Bank war damit ein Stück weit gelockert worden.

⁴⁹⁸ Tagebucheintrag von Hans Arnhold (22.06.1931), zitiert nach Ziegler, *Dresdner Bank*, S. 137; Köhler, „Arisierung“, S. 208.

⁴⁹⁹ Vgl. Ziegler, *Dresdner Bank*, S. 137.

⁵⁰⁰ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 209.

⁵⁰¹ Siehe hierzu Moser/Winkler, *Wegmarken*, S. 67f. Für das folgende Zitat siehe ebd., S. 68 [Hervorhebung durch MB]. Das Bankhaus H. Aufhäuser tätigte zumindest ein Teil seines Arbitrage-Geschäfts in Renten über einen Vertreter der Arnhold-Bank in New York, Stiftung Warburg-Archiv (SWA), Akt H. Aufhäuser, Abschrift Notiz Max Warburg, 08.11.1932.

Zunächst unterstützte S. Bleichröder wie vertraglich vereinbart das Bankhaus H. Aufhäuser weiter. Anfang 1933 war die Berliner Privatbank aber offensichtlich an die Grenzen seiner finanziellen Ressourcen angelangt, denn fortan diskontierten hauptsächlich weitere Banken die von H. Aufhäuser zuvor gewährten Akzeptkredite: die Reichsbank 450.245 RM, die Diskont-Kompagnie 705.000 RM, die Berliner Handelsgesellschaft 100.000 RM und Hardy & Co. ebenfalls 100.000 RM. Insgesamt hatten diese Banken damit neben den 1,5 Mio. RM von S. Bleichröder dem Münchener Bankhaus noch zusätzlich knapp 1,36 Mio. RM als Kredit gewährt. Erstaunlich ist, dass H. Aufhäuser von Hardy & Co. Wechsel diskontiert bekam, da die Berliner Privatbank selbst in großen finanziellen Schwierigkeiten steckte und nur durch eine Kapitalbeteiligung der Dresdner Bank gerettet werden konnte.⁵⁰² Durch die Diskontierung bzw. Bevorschussung der Akzepte erhielt H. Aufhäuser in rund zweieinhalb Jahren annähernd drei Mio. RM an liquiden Mitteln. Wie an anderer Stelle bereits erwähnt, war darüber hinaus das Eigenkapital herabgesetzt worden. Das Bankhaus musste mithin umfangreiche Aktiva mobilisieren, um zahlungsfähig zu bleiben.⁵⁰³ Technisch wurde es derart gehandhabt, dass H. Aufhäuser die entsprechenden Sicherheiten über einen dazwischen geschalteten Treuhänder an die diskontierenden Banken abtrat. Allerdings war nicht jeder vom Bankhaus H. Aufhäuser gewährte Kredit gedeckt, sondern vielfach blanko vergeben worden – also ohne Sicherheiten, auf reiner Vertrauensbasis. Dies galt vor allem für in München ansässige Kleinstbetriebe. Beispielhaft seien die Anmerkungen Martin Aufhäusers an S. Bleichröder hinsichtlich des Kredits an das Antiquariat Jacques Rosenthal zitiert; das Geschäft hatte ausstehende Schulden von immerhin 100.000 RM: „Als eine hochsolide und reiche Firma allgemein bekannt und gilt als das bedeutendste Unternehmen seiner Art auf dem Kontinent. Inhaber ist Herr Dr. Erwin Rosenthal, das einzige Kind des als Kommanditist beteiligten früheren Inhaber Jacques Rosenthal. Der Kredit ist blanko gewährt. Die Firma gehört zu meinen angenehmsten Verbindungen.“ Der Kredit war demzufolge lediglich aufgrund des sozialen Kapitals (bestehende Geschäftsverbindung) und des symbolischen Kapitals (Prestige, auch: Hinweis auf Familienunternehmen) des Antiquariats bereitgestellt worden.⁵⁰⁴

Ein weiterer interessanter Fall ist der ebenso von H. Aufhäuser an S. Bleichröder weitergereichte Akzeptkredit der Münchener Tierpark AG (Hellabrunn). Der Tierpark Hellabrunn war 1911 gegründet worden, geriet aber in Folge der Wirtschaftskrise in finanzielle Schwierigkeiten. Um den Zoologischen Garten zu retten, war 1929 die Münchener Tierpark AG ins Leben gerufen worden. Martin Aufhäuser war Aktionär und saß im Aufsichtsrat. Das

⁵⁰² Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 52.

⁵⁰³ Zum Vergleich: Hardy & Co. (Berlin) musste bei einer Bilanzsumme von 155,1 Mio. RM (1931) wohl rund 24 Mio. RM seiner Aktiva liquidieren, vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 52 Fn. 30.

⁵⁰⁴ Siehe in diesem Zusammenhang auch Luhman, Vertrauen, S. 48: „Vertrauenswürdig ist, wer bei dem bleibt, was er bewusst oder unbewusst über sich selbst mitgeteilt hat. [...] Jeder Handelnde wird von seinen Zuschauern nicht nur als Kausalprozess, als Verwandler von Ursache und Wirkung erlebt, sondern im Interesse einer generalisierenden Kontrolle dieses Prozesses zugleich als Symbolkomplex.“

Bankhaus H. Aufhäuser hatte dem Tierpark einen Akzeptkredit über 30.000 RM gewährt, der im Oktober 1931 an S. Bleichröder weiterreicht wurde. Bemerkenswert ist, dass der hoch angesehene Stadtrat Josef Humar⁵⁰⁵ für die Hälfte des Kredits persönlich bürgte, er auch noch weitere Bürgschaften für den Tierpark geleistet hat. Humar saß ebenfalls im Aufsichtsrat der Tierpark AG. Auffallend ist, dass sowohl Martin Aufhäuser wie der Stadtrat sich für den sozialen Wohnungsbau engagierten. Humar auf Verbandsebene und durch die Gründung einer entsprechenden Bank, Martin Aufhäuser wie gesehen als Mitinitiator bei der Gründung der GEWOFAG.⁵⁰⁶ Es ist daher gut vorstellbar, dass auch der Aufhäuser-Kontakt zum Münchener Magistrat hinsichtlich des Zustandekommens der Pfund-Anleihe auf die – wie Martin Aufhäuser sie 1931 bezeichnete – „sehr wertvolle Verbindung“ zu Humar zurückzuführen war.

Um das Zusammenspiel Bleichröder-Aufhäuser während der Bankenkrise insgesamt einordnen zu können, sei auf einen ähnlichen Fall verwiesen. So hat beispielsweise zwischen den beiden Kölner Privatbanken Sal. Oppenheim und A. Levy seit 1922 ebenfalls eine Interessengemeinschaft bestanden.⁵⁰⁷ A. Levy hatte beträchtliche Engagements in Auslandsvaluta und geriet nach 1929 in erhebliche Schieflage. Zusätzlich erschwert wurde die Situation 1932 durch den Tod Louis Hagens, die vertraglich auch eine Änderung der Gesellschaftsform vorsah. Ein Umstand, der die Fragilität eines mittelgroßen Unternehmens beim Ausscheiden einer prägenden Persönlichkeit aufdeckte. Um den Konkurs von A. Levy zu verhindern und „das gesunde Bankhaus Oppenheim gegen Gerüchte und Haftungen zu immunisieren“, entschloss sich die Sal. Oppenheim zur monetären Hilfe. Im Vergleich zu H. Aufhäuser war A. Levy in einer wesentlich schlechteren finanziellen Situation, denn die Bank bewegte sich in den nächsten Jahren hart am Rande der Insolvenz. Um eine vollkommene Illiquidität abzuwenden, wurden wie im Falle Aufhäusers bei Banken Wechsel zum Rediskont eingereicht und die Deutsche Bank gewährte gegen Verpfändung von Effekten zusätzlich einen Kredit von zwei Mio. RM. Resultat war dennoch eine stille Liquidation A. Levys in Einvernehmen mit der Reichsbank, an dessen Ende 1935 eine Fusion mit Sal. Oppenheim stand.

Sieht man sich alleine diese beiden Beispiele an, bei der zwei renommierte Privatbanken involviert waren, kommt man kaum umhin festzustellen, dass die Lage auch der großen Privatbanken insgesamt dramatischer gewesen sein dürfte, als Zeitgenossen wohl bekannt war und damit der Nachwelt überliefert wurde. In einer Zeit, in der die Zentralbank anders als bei

⁵⁰⁵ Siehe zu Humar: http://www.homebank.de/etc/medialib/i210m0182/pdf/ueber_uns.Par.0032.File.tmp/Interview_Humar.pdf [03.11.2010] Humar war u.a. 1908 Gründer der Bank für Haus- und Grundbesitz in München e.Gen.m.b.H. (heute Hausbank München) sowie Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates gewesen. Er war zudem Vorsitzender der Deutschen Haus- und Grundbesitzer-Verbände. Seit 1974 gibt es ein Josef-Humar-Institut.

⁵⁰⁶ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 57f.

⁵⁰⁷ Vgl. zum Folgenden Stürmer/Teichmann/Treue, Wägen, S. 361-365, Zitat S. 363; Ulrich, Aufstieg, S. 224-229.

aktuellen Finanzkrisen die Banken nicht mit Liquidität geschwemmt hat und die Regierung nur den Großbanken substanzielle Hilfe hat zukommen lassen, waren für die Überwindung der finanziellen Engpässe die verschieden ausgestalteten Netzwerke der Privatbanken von entscheidender Bedeutung: lose (Frankfurter Bankiers⁵⁰⁸), familiale (M.M. Warburg⁵⁰⁹), oder institutionalisierte wie im Falle Sal. Oppenheim oder H. Aufhäuser. Im Gegensatz zu den Großbanken wird deutlich, dass der gemeinsame Berufsstand bzw. -ethos höher bewertet wurde, als der Konkurrenzgedanke. Verweigten Großbanken untereinander finanzielle Hilfeleistungen wie im Falle der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft der Danatbank⁵¹⁰ und mussten durch den Staat gerettet werden, halfen sich Privatbankiers diskret hinter den Kulissen. Ein Eigeninteresse war dabei sicher nicht abzusprechen, denn drohte einer prominenten Privatbank die Insolvenz, musste ein Run auf die eigene befürchtet werden. Dies umso mehr, wenn zwischen zwei Banken eine Interessengemeinschaft bestand; ein Negativum einer derartigen Allianz. Wichtig war auch das Vertrauen der in finanziellen Schwierigkeiten geratenen Bank gegenüber den Wettbewerbern. Das heißt, sich anderen Privatbankiers mit seiner Not anzuvertrauen und die damit verbundene Erwartung, dass diese die Situation nicht zu ihren Gunsten ausnutzen, sondern im Gegenteil Hilfe gewähren werden. So gesehen waren diese losen, alleine über den gemeinsamen Berufsethos und/oder über personale Kontakte geknüpften Beziehungen relevanter für das Überleben eines Unternehmens, als manche familiale Verbindung, da selbst bei bestehender Verwandtschaft nicht per se mit finanzieller Unterstützung gerechnet werden konnte, wie das Beispiel Warburg zeigte.

6. Kapitelfazit

Auf den ersten Blick widersprüchlich, wurde trotz der vermeintlichen Omnipräsenz der Großbanken und ihrer Marktmacht gerade in der Zeit der Weimarer Republik bei den Privatbankiers quantitativ ein Niveau erreicht, das es vorher nicht gab und nachher nie mehr erreicht werden sollte. Es waren nun nicht nur die wenigen großen und bekannten Namen wie Warburg, Bleichröder oder Oppenheim, die zu den „Big Linkers“ gehörten, sondern eben auch Bankhäuser wie H. Aufhäuser, Gebr. Arnhold, Simon Hirschland, Delbrück, Schickler & Co, Hardy & Co., Dreyfuß & Co., I.H. Stein, A. Levy, Lazard Speyer-Ellissen und weitere. Die Auslandsverbindungen der Privatbanken, an deren Qualität auch die Großbanken nicht

⁵⁰⁸ Michael Hauck (ehemaliger persönlich haftender Gesellschafter von Georg Hauck & Sohn) bemerkte gegenüber dem Autor, dass in der Weltwirtschaftskrise eine bedeutende Frankfurter Privatbank durch die diskrete Hilfe anderer Frankfurter Privatbanken gerettet worden sei, ohne den Namen der betreffenden Bank nennen zu wollen, Gespräch mit Michael Hauck [o.D.].

⁵⁰⁹ Siehe die oben gemachten Ausführungen im Zusammenhang mit der Bankenkrise.

⁵¹⁰ Vgl. u.a. Gerald D. Feldman, Die Deutsche Bank vom Ersten Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise 1914-1933, in: Gall u.a. (Hg.), Deutsche Bank, S. 138-314, hier S. 271ff., 293-314.

heranreichten, waren eine wesentliche Ursache dafür. Dadurch war es den Privatbankiers möglich, als wichtige Intermediäre für Unternehmen und Kommunen mit ihren Kreditwünschen zu den ausländischen Banken zu fungieren. Von großer Bedeutung war für das Bankhaus H. Aufhäuser die von Siegrfried Aufhäuser aufgebauten Verbindungen nach London. Dadurch war es dem Institut möglich, für die Stadt München eine millionenschwere Pfund-Anleihe sowie weitere Kredite in der City zu vermitteln. Begünstigt wurde diese Entwicklung dadurch, dass zunächst der Kapital- und später der Geldmarkt in New York für Deutschland verschlossen waren. Das Aufhäuser-Netzwerk reichte gleichwohl weit über die Kontakte in Großbritannien hinaus, wie bei den Krediten für die Küttner AG zu sehen war.

Die verheerenden Auswirkungen erst der Wirtschafts- folgend der Finanzkrise brachte die Problematik der Auslandsschulden der westlichen Staaten auf die internationale Agenda. Die deutschen Auslandskredite wurden damit zum Gegenstand diverser, sich in ihrer Gesamtheit über Jahre hinziehender Verhandlungen mit den Gläubigern; aus Provisorien wurden schließlich Dauerregelungen, die gleichwohl regelmäßig erneuert werden mussten. Bereits auf dem Weg zu den Stillhalteverhandlungen wurde offenbar, dass divergente Akzentuierungen bei den alliierten Regierungen existierten. So wurde beispielsweise in britischen Memoranden hervorgehoben, dass es bei einer Regelung hauptsächlich darum gehen müsste, das Vertrauen zu Deutschland wiederherzustellen. Nur so könne dessen finanzielle Stabilität gewährleistet werden, „die im Interesse der ganzen Welt ist“. ⁵¹¹ Nicht alle beteiligten Staaten wollten dem jedoch vorbehaltlos folgen. Mit Theodore Roosevelt (Demokraten) kam in den USA 1933 ein Präsident an die Macht, der den Bankiers der Wall Street weitgehende Verachtung entgegenbrachte und für ihre Investments in Übersee keinerlei Interesse zeigte. Für Frankreich stand weiterhin die Sicherheitskomponente im Zentrum der Deutschlandpolitik und war daher wie stets bemüht, möglichst den Status quo zu erhalten. Es war folglich an der britischen Regierung, die Gespräche mit Deutschland am Laufen zu halten. ⁵¹² Dabei hatte Tiarks von der Schröder-Bank, die in enger Verbindung zum Bankhaus H. Aufhäuser stand, auf englischer Seite bei den regelmäßig stattfindenden Stillhalteverhandlungen eine Schlüsselposition inne. Diese divergierenden Interessen der Gläubigerländer sollten bis zum Zweiten Weltkrieg weitgehend handlungsleitend bleiben.

Durch die Stillhaltung und die noch darzustellenden Maßnahmen für die langfristigen deutschen Auslandsverbindlichkeiten erhielten die deutschen Auslandskredite darüber hinaus eine gänzlich neue Dimension, die für das Bankhaus H. Aufhäuser in den kommenden Jahren von ganz wesentlicher Bedeutung wurde: Das bilaterale Gläubiger-Schuldner-Verhältnis war zu

⁵¹¹ So der Wortlaut einer Empfehlung einer Ministerkonferenz, zitiert nach Wendt, *Economic Appeasement*, S. 68.

⁵¹² Vgl. Jaitner, *Deutschland*, S. 468.

einem Bestandteil der internationalen Politik geworden. Damit war dies ein weltpolitisches Faktum, das auch die nationalsozialistische Reichsführung zu beachten hatte, zumindest solange es ihre Macht noch konsolidieren musste und ein Krieg nicht unmittelbar bevorstand. Dies galt innenpolitisch auch für die staatlichen Maßnahmen, die infolge der Weltwirtschafts- und Finanzkrise ergriffen worden waren. Dazu zählten zum Beispiel die Devisenbewirtschaftung und das erst 1934 verabschiedete, aber weitgehend davor formulierte Kreditwesengesetz (KWG). Das heißt, dass auf ökonomischem Gebiet viele Anpassungen vorgenommen worden waren, denen schon vor der Machtübernahme Hitlers insgesamt eine antilibérale Tendenz eigen war. Damit ließen sie sich leicht für noch weitergehende Maßnahmen instrumentalisieren, ohne dass ein eklatanter Bruch im Wirtschaftssystem offenkundig wurde. Dieser Umstand der scheinbaren „Normalität“ des Pfades auch unter nationalsozialistischer Regie musste sich auf die Wahrnehmung der deutsch-jüdischen Bankiers gegenüber dem Terror-Regime auswirken. Hinzu kam ein weiterer Punkt, der insbesondere in der Bankenkrise offenkundig wurde: Die Solidarität unter den Privatbankiers war sehr stark ausgeprägt. Und dies nicht nur im Falle einer bestehenden Interessengemeinschaft wie beispielsweise zwischen S. Bleichröder und H. Aufhäuser, sondern weit darüber hinaus. Dieser an sich positive Aspekt kann durchaus negative Folgen zeitigen, wie noch zu sehen sein wird.

Die Weimarer Zeit offenbarte noch ein Weiteres. Ob Krieg, Revolution, Räterepublik oder Wirtschaftskrise: In jeder dieser Notlagen kam es zu antisemitischen Agitationen und teils pogromartigen Übergriffen. Der Antisemitismus blieb damit auch während der gesamten Weimarer Republik stets präsent. Die Gefahr, dass dieser "bei Bedarf" als Klammer instrumentalisiert wird, um an sich divergierende Interessensblöcke zu überbrücken, wurde desto größer, je mehr die Wirtschaftskrise zur Verelendung breiter Bevölkerungsschichten führte.

IV. Bankhaus H. Aufhäuser in den ersten Jahren unter dem Nationalsozialismus, 1933-1937

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Maßgebliche nationalsozialistische Ideologen wie Otto Wagener und Gottfried Feder hatten bereits in den 1920er Jahre extrem antikapitalistische und antisemitische Maßnahmen vertreten, die unter anderem die Entfernung der deutschen Juden aus dem Wirtschaftssystem vorsahen.⁵¹³ Das NSDAP-Programm verband überwiegend soziale Forderungen der Arbeiterschaft sowie Ziele der völkischen Bewegung und war in den meisten Punkten sehr allgemein gehalten.⁵¹⁴ Zentrale Stellungen im Programm nahmen wirtschaftspolitische Themen ein, was alleine daran deutlich wird, dass die einzigen beiden Schlagworte des 25 Punkte umfassenden, bis 1945 gültigen Programms der NSDAP von 1920, die fett hervorgehoben waren, „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ sowie „Brechung der Zinsknechtschaft“⁵¹⁵ lauteten. Wobei Ersteres als die „Gesinnung des Programms“ und Letzteres als das „Herzstück des Nationalsozialismus“ bezeichnet wurde, womit gleichzeitig die soziale Frage gelöst werden könne. Ein auch von Hitler viel beachteter Kommentar zum Parteiprogramm stammte von Alfred Rosenberg, der – ähnlich wie Feder – die ökonomischen Probleme im Reich hauptsächlich den Banken anlastete, die wiederum ein Teil der weltweiten jüdischen Verschwörung seien.⁵¹⁶ Da dieser „Weltkapitalismus“ wie auch der Marxismus in einer Hand, nämlich in der von Juden läge, wurde dieses Netzwerk zum einen als „ein angesagter Macht- und Kulturkampf an alle Völker Europas“⁵¹⁷ gesehen. Damit wurde der „Kampf gegen das internationale Finanz- und Leihkapital [...] zum wichtigsten Programmpunkte des Kampfes der deutschen Nation um ihre Unabhängigkeit und Freiheit“.⁵¹⁸ Zum anderen wurde damit der inhärente Gegensatz zwischen Kapitalismus und Marxismus nivelliert und die NSDAP konnte sich dadurch darüber hinaus als angebliche Partei der Mitte profilieren, als völkische Partei

⁵¹³ Vgl. zum Folgenden allgemein Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945. Frankfurt a.M. 1988, insbes. Kap. 1; Jäger, Geschichte, S. 175-192; pointiert Gerold Ambrosius, Von Kriegswirtschaft zu Kriegswirtschaft (1914-1945), in: Michael North (Hg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick. München ²2005, S. 287-355, hier S. 331-335; Albert Fischer, Jüdische Privatbanken im „Dritten Reich“, in: Scripta Mercaturae. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 1-2/1994 (28. Jahrgang), S. 1-54, hier S. 5ff.; ders., Münchens Finanzinstitute, S. 174.

⁵¹⁴ Siehe zum Folgenden Feder (Hg.), Programm der NSDAP.

⁵¹⁵ War damit anfänglich die Abschaffung des Zinses gemeint, wurde daraus später lediglich eine Zinssenkung, vgl. Ulrich, Aufstieg, S. 245. Gleichwohl galt eine „Sabotage der Zinssenkungsbestrebungen der Reichregierung“ als Grund für den Entzug der Berechtigung zur Fortführung der Bankgeschäfte, vgl. Wandel, Deutsche Bankwesen, S. 154.

⁵¹⁶ Vgl. Ernst Piper, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe. München 2007, S. 66-70, 74f.; Ulrich, Aufstieg, S. 244f.

⁵¹⁷ Piper, Rosenberg, S. 67. Für das Folgende s. ebd., S. 67f. Siehe auch Ulrich, Aufstieg, S. 244.

⁵¹⁸ Feder (Hg.), Programm der NSDAP, S. 30.

jenseits der großen Ideologien Kapitalismus und Sozialismus; dies machte die NSDAP gerade in den Augen manch konservativer Unternehmensführer interessant⁵¹⁹.

Diese Interpretation hatte noch eine zusätzliche weitreichende Folge: Die Wirtschafts- wurde zur Rassenfrage. Um die Wirtschaftskrise zu überwinden und um eine neue zu vermeiden, mussten die Repräsentanten des für die Wirtschaft schädlichen „raffenden Kapitals“ (Feder), die in erster Linie als Juden identifiziert wurden, aus dem Wirtschaftsleben entfernt werden. Der Antisemitismus wurde damit zum „gefühlsmäßigen Unterbau“ der nationalsozialistischen Bewegung, womit jeder Nationalsozialist Antisemit sei.⁵²⁰ Insbesondere auf regional-lokaler Ebene war diese Sichtweise für viele Parteimitglieder handlungsleitend. Daran änderte sich auch nichts, nachdem im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches 1934 und der weitgehenden Entmachtung Feders und Wageners⁵²¹ diese sozialrevolutionäre Sichtweise der praktischen Wirtschaftspolitik der Reichsführung untergeordnet wurde. Denn es blieben die oben angeführten Schlagworte, die für politische Zwecke instrumentalisiert werden konnten und in der politischen Diskussion stets präsent blieben.

Die reichsweite Umsetzung dieser Leitideen stand gleichwohl auf einem anderen Blatt, denn diese lag zunächst bei Praktikern wie dem Reichsbankpräsidenten und -wirtschaftsminister Schacht und insgesamt bei der Ministerialbürokratie, die zwar auch das bestehende ökonomisch-soziale Gesellschaftssystem ändern wollten, aber eben nicht so radikal wie die linken Parteigänger und zudem nicht auf dem Weg einer Revolution, sondern über eine evolutionäre Weiterentwicklung.⁵²² Auch für Hitler waren andere Ziele maßgeblicher, als das dogmatische Festhalten an diesem bald als „unabänderlich“ titulierte Parteiprogramm, das in der Wirtschaftspolitik aufgrund seiner Vagheit weiten Raum zur Interpretation bot. Dies galt ebenso für das „Sofortprogramm“ von 1932, das Hitler nach nur wenigen Wochen unter nicht ganz geklärten Umständen offiziell einstampfen ließ⁵²³, sowie das anschließende „Wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP“ vom selben Jahr, welche für die praktische Wirtschaftsordnung nur von marginaler Bedeutung waren. Auch Hitler war Realist genug, um zu wissen, dass er auf die Gesundung und dem Mitwirken der Wirtschaft angewiesen war, um das kurzfristige Ziel der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und das alles übergeordnete Ziel der

⁵¹⁹ Siehe auf Kurt Schmitt, Generaldirektor der Allianz 1921-1933 und anschließend Reichswirtschaftsminister, bezogen Gerald D. Feldman, Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933-1945. München 2001, S. 86.

⁵²⁰ Feder, Programm der NSDAP, S. 30.

⁵²¹ Wagener wurde nach der Entlassung als Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung (WPA) zum Stab des Führers z.b.V. beordert und war ab April 1933 für zwei Monate Reichskommissar für die Wirtschaft – alles Posten ohne nennenswerten Einfluss. Feder blieb zwar als Wirtschaftsexperte weiterhin der NSDAP verbunden, wurde aber schließlich 1936 auf eine Professur abgeschoben, vgl. Wolfgang Benz u.a. (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München 2001, S. 834, S. 890.

⁵²² Siehe insgesamt hierzu Barkai, Wirtschaftssystem, S. 112-125; Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich. München 2003, S. 216.

⁵²³ Vgl. Barkai, Wirtschaftssystem, S. 44f.

Wiederaufrüstung realisieren zu können. Bereits das „Aufbauprogramm“ war die Antwort auf Kritik seitens Großunternehmerkreise am „Sofortprogramm“, mithin noch vor der Machtergreifung war Hitler auf die Großunternehmer zugegangen, um sie für sich zu gewinnen.⁵²⁴ Allerdings darf hier Hitlers Entgegenkommen nicht überstrapaziert werden und hatte seine Grenzen dort, wo es seinen Rüstungsplänen zuwiderlief.

Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten war in weiten Teilen eklektisch. Die einzelnen Maßnahmen waren meist keine originären Ideen der neuen Machthaber, sondern basierten oftmals auf bereits Bekannten.⁵²⁵ Die Kontinuitäten sind umso offenkundiger, wenn man sich die Maßnahmen vor Augen führt, die während des Ersten Weltkrieges getroffen worden waren. Damals wie in den 1930er Jahren ging es darum, den Zustand der „Wehrhaftmachung“ bzw. „Kriegsfähigkeit“ Deutschlands herzustellen. Ein wesentliches Element gilt es dabei zu beachten: den Zeitfaktor. Der Umbau des Wirtschaftssystems fand nicht unmittelbar statt, sondern dies war ein Prozess, der sich über Jahre hinzog und zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Dynamiken aufwies. Die Eingriffe erfolgten meist nicht direkt sondern über diverse Lenkungsmechanismen wie der Zuteilung von Rohstoffen und Devisen.⁵²⁶ Die Privatwirtschaft und die Vertragsfreiheit hatten mithin weiterhin ihren Platz in der nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung.⁵²⁷ Es gab bis 1938 auch keine gesetzlichen Maßnahmen, die jüdische Unternehmer im Vergleich zu nicht-jüdischen schlechter stellte oder ihnen Beschränkungen auf ökonomischen Gebiet auferlegten; dass lokale Machthaber das mitunter unterliefen steht auf einem anderen Blatt. Alles in allem konnten sich eben auch jüdische Unternehmer, Bankiers wie Nicht-Bankiers, mit der Wirtschaftsordnung unter dem Nationalsozialismus anfangs arrangieren, da marktwirtschaftliche Elemente weiterhin Bestand hatten.

Die Maßnahmen der nationalsozialistischen Machthaber zeitigten auch vordergründig Erfolge, weshalb die neue Wirtschaftsordnung von Zeitgenossen trotz aller Reglementierungen und weiterhin bestehender Unzulänglichkeiten zumindest anfänglich meist sehr positiv

⁵²⁴ Siehe dazu auch Rheinisch Westfälisches Wirtschaftsarchiv (RWWA), 130-240-3, P. Reusch an H. Schacht 27.07.1932.

⁵²⁵ Siehe in diesem Zusammenhang Barkai, Wirtschaftssystem, S. 64: „[...] waren die wirtschaftstheoretischen Neuerungen der Reformen keine spezifisch deutsche Erscheinung, sondern ein Teil der durch die weltwirtschaftlichen Entwicklungen und Krisen verursachten Umwälzung orthodoxer Wirtschafts- und Geldtheorien, deren Ansätze damals in vielen Ländern gleichzeitig auftauchten. Ausschlaggebend für die Entwicklung in Deutschland war jedoch, dass die unorthodoxen Theorien der Reformen von einer massenstarken politischen Partei aufgegriffen und in deren Wirtschaftsprogramm integriert wurde.“

⁵²⁶ Dieses Nebeneinander von Dirigismus und Marktwirtschaft macht es den Wissenschaftlern heutzutage weiterhin schwer, dieser Wirtschaftsordnung einen Namen zu geben bzw. sie angemessen zu klassifizieren.

⁵²⁷ Dies war auch im NSDAP-Parteiprogramm festgeschrieben: „Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an, und stellt es unter staatlichen Schutz“, um zugleich die späteren Enteignungen durch den Zusatz zu ermöglichen „– und zwar das ehrlich erworbene und erarbeitete Eigentum“, Feder (Hg.), Programm der NSDAP, S. 48. Das durch Bank- bzw. insbesondere Zinsgeschäft erworbene Eigentum zählte ja gerade nicht zum ehrlich erworbenen.

aufgenommen wurde. Das Millionenheer an Arbeitslosen war bis 1937 abgebaut und es bestand fortan sogar ein Fachkräftemangel. In der Bevölkerung erlangte das Regime dadurch einen enormen Popularitäts- und Legitimationsschub.⁵²⁸ Darüber hinaus empfanden viele deutsche Unternehmer die Phase insbesondere nach 1934 (Röhm-Putsch) im Vergleich zur meist unsteten Zeit während der Weimarer Republik als wohltuend ruhig, die ihnen endlich Planungssicherheit bot. Dies ist, was Firmeninhaber von einer Regierung vor allem fordern.⁵²⁹ Was auch ihre, den überwiegenden Teil der bürgerlichen Gesellschaft einschließende Gleichgültigkeit gegenüber den nicht zu übersehenden Defiziten der nationalsozialistischen Herrschaft – insbesondere was ihre jüdischen Geschäftspartnern anbelangt – nicht entschuldigen, aber ein gutes Stück weit erklären kann.⁵³⁰

Antisemitische Maßnahmen ließen sich für große Teile der nicht-jüdischen Bevölkerung vor diesem Hintergrund als hinnehmbar erscheinen. Dabei gilt es ferner zu berücksichtigen, dass Deutschland mit seinen rassenhygienischen und antisemitischen Gesetzen keineswegs alleine in der Welt stand und die Handhabung der „Judenfrage“ in vielen Ländern als diskussionswürdig galt. Für andere faschistischen Bewegungen und Regimes, die es durchaus zahlreich gab, hatte Deutschland damit einen Vorbildcharakter erlangt. Flankiert wurde dies durch den propagandistischen und von Hitler selbst vorgetragenen angeblichen Friedenswillen⁵³¹: Die Reichsführung wäre nur darauf bedacht, die nationale Einheit und Handlungsfähigkeit wiederherzustellen – was auch einer weit verbreiteten Wahrnehmung im Ausland entsprach.⁵³² Was von vielen ausländischen Unternehmern und bis in die Regierungen der demokratischen Staaten hinein besonders goutiert wurde, war die streng anti-bolschewistische Stoßrichtung des nationalsozialistischen Regimes. Dies bildete auch für einige Briten, Lord Londonderry sei hier als Repräsentant dieser Richtung genannt⁵³³, eine Basis der Zusammenarbeit mit dem Reich.

⁵²⁸ Vgl. Hildebrand, Dritte Reich, S. 10; Wandel, Deutsche Bankengeschichte, S. 157f.; Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler. Frankfurt a.M. 2002, S. 34-44.

⁵²⁹ Zur politischen Stabilität und Planungssicherheit als Voraussetzung für Investitionen und ein langfristiges Wirtschaftswachstum siehe Krugman/Wells, Volkswirtschaftslehre, S. 801f. Ferner RWWA, 130-236-2, P. Reusch an H. Luther, 17.06.1933.

⁵³⁰ Siehe in diesem Zusammenhang Georg Solmssen an Franz Urbig, 09.04.1933, abgedruckt in: Harald James/Martin L. Müller (Hg.), Georg Solmssen. Ein deutscher Bankier. Briefe aus einem halben Jahrhundert 1900-1956. München 2012, S. 356-358; Joachim Scholtyseck, Die deutschen Eliten im Jahr 1933. War Widerstand möglich?, in: Andreas Wirsching, Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft. Göttingen 2009, S. 110-131, hier S. 113-116; Sebastian Haffner, Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick. München 1987, S. 218-222. Allgemein Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939. München 2000, S. 54-86.

⁵³¹ Siehe dazu auch den sarkastischen Kommentar im TIME Magazine anlässlich Hitlers Rede auf dem Nürnberger Parteitag 1935: „Indicating that for the present he will not try to seize Memel from Lithuania, Orator Hitler characteristically waved his olive branch: 'There can be only one yardstick for our conduct, our great, unshakable love for peace!', TIME Magazine, Little Man, Big Doings, 23.09.1935.

⁵³² Vgl. Raphael, Imperiale Gewalt, S. 211ff.

⁵³³ Siehe Ian Kershaw, Hitlers Freunde in England. Lord Londonderry und der Weg in den Krieg. München 2005.

Zudem konnten leicht Kontinuitäten in der Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten konstruiert werden, da viele Maßnahmen bereits vor 1933 in die Wege geleitet worden waren und die neuen Machthaber diese lediglich weiterentwickelten⁵³⁴; selbst wenn diese Imagination gerade für jüdische Unternehmer nur dazu diente, sich selbst zu vergewissern und die nationalsozialistische Herrschaft als ein vorübergehendes Phänomen anzusehen.⁵³⁵ Es gab gleichwohl auch unter den Bankiers warnende Stimmen, die den Ernst der Lage frühzeitig erkannten. Anlass zur Sorge bereitete das Anfang April 1933 verabschiedete „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“⁵³⁶, das die Entfernung u.a. der Juden aus dem Beamtenverhältnis vorsah. Es ging in seiner Wirkung jedoch weit darüber hinaus, da es von vielen Unternehmen zum Anlass genommen wurde, Juden aus dem Betrieb oder Aufsichtsrat zu entfernen. Georg Solmssen von der Deutschen Bank urteilte bereits unmittelbar nach Verabschiedung des Gesetzes: „Ich fürchte, wir stehen erst am Anfang einer Entwicklung, welche zielbewusst, nach wohlangelegtem Plane auf wirtschaftliche und moralische Vernichtung aller in Deutschland lebenden Angehörigen der jüdischen Rasse, und zwar völlig unterschiedslos, gerichtet ist.“⁵³⁷ Wer die Zeichen der Zeit sehen wollte, vermochte also durchaus das Unheil kommen sehen.

In der Wissenschaft kursieren verschiedene Stufenmodelle, mit deren Hilfe die jeweils bestehenden Wirtschaftsverhältnisse im Nationalsozialismus eingeordnet werden sollen.⁵³⁸ Womit gleichzeitig deutlich wird, dass in der Zeit von 1933 bis 1945 unterschiedliche Bedingungen zum Wirtschaften herrschten. Für diese Untersuchung interessant sind die ersten beiden Phasen, welche den hier zu behandelnden Zeitraum abdecken. Die erste Periode wird meist als „Ära Schacht“ bezeichnet.⁵³⁹ Schacht wurde Mitte März 1933 von Hitler erneut zum Reichsbankpräsidenten ernannt und im Juli 1934 Nachfolger von Kurt Schmitt als Reichswirtschaftsminister; vom Mai 1935 bis November 1937 war er zudem Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft. Standen beim „Neuen Plan“ von 1934

⁵³⁴ Siehe dazu auch Barkai, Wirtschaftssystem, S. 24f.

⁵³⁵ Siehe etwa die Erinnerungen von Max M. Warburg, Aus meinen Aufzeichnungen. Glückstadt 1952, S. 147.

⁵³⁶ RGBl 1933 (I), S. 175. Siehe ferner Götz Aly u.a. (Hg.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945 (VEJ), Band 1: Deutsches Reich 1933-1937. München 2008, Dok. 32, Erste Verordnung zu Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, 11.04.1933; Friedländer, Dritte Reich, S. 40, 45f.

⁵³⁷ Georg Solmssen an Franz Urbig, 09.04.1933, abgedruckt in: James/Müller (Hg.), Georg Solmssen, S. 356-358 (Zitat S. 357). Siehe auch Warburg, Aufzeichnungen, S. 147 (Carl Melchior). Einen „wohlangelegten Plan“ gab es gleichwohl nicht.

⁵³⁸ Vgl. als Überblick Hildebrand, Dritte Reich, S. 209-221. Wobei es meist darum geht, das Verhältnis zwischen Großindustrie und Staat zu beurteilen, mithin mittelständische Unternehmen und Privatbankiers weitgehend unberücksichtigt bleiben.

⁵³⁹ Damit korrespondiert die Tatsache, dass Schacht in der Auslandspresse u.a. als „Führer No. 2“ (New York Times Magazine, 1935) neben Hitler und als „Wirtschaftsdiktator“ (Baseler Nachrichten, 1934) mit einer enormen Machtfülle betitelt wurde, vgl. Albert Fischer, Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenfrage“. Köln u.a. 1995, S. 9.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit⁵⁴⁰ und damit letztendlich die (innenpolitische) Legitimierung des nationalsozialistischen Regimes sowie der Beginn der Aufrüstung im Mittelpunkt, wurden die Rüstungsvorhaben wie auch die Autarkiebestrebungen infolge des Vierjahresplans von 1936, der die zweite wirtschaftspolitische Phase einläutete, vehement forciert. Diesem Versuch, sich möglichst unabhängig von Importen zu machen⁵⁴¹ – der ideell mit der kontinentalen Lebensraum-Ideologie korrespondierte⁵⁴² – waren jedoch natürliche Grenzen gesetzt. Hitler hatte sicher nur rudimentäre Kenntnisse über das Funktionieren einer Volkswirtschaft.⁵⁴³ Eines sah er jedoch ganz klar und war für ihn handlungsleitend: Die essentielle Abhängigkeit Deutschlands von der Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, da sie in Deutschland nicht vorhanden waren, zum Großteil nicht bzw. noch nicht im ausreichendem Maße durch Substitution ersetzt werden konnten und zwangsläufig importiert werden mussten.⁵⁴⁴ Aus der Denkschrift Hitlers zum Vierjahresplan 1936 liest sich das folgendermaßen: „Dass das deutsche Volk in seiner Ernährung [aufgrund des erhöhten Wohlstands⁵⁴⁵] steigend von der Einfuhr abhängig sein wird, desgleichen aber auch gewisse Rohstoffe unter allen Umständen wenigstens teilweise aus dem Auslande beziehen muss, ist mit allen Mitteln auf die Ermöglichung dieser Einfuhr hinzuarbeiten.“ Um diese, vor allem für die Rüstungsindustrie lebensnotwendigen Importe sicherzustellen, mussten einerseits die entsprechenden ausländischen Märkte offen gehalten werden und andererseits die notwendigen Devisen bzw. Kreditrahmen beispielsweise in Form von Akzeptkrediten zur

⁵⁴⁰ In der Forschung ist umstritten, inwieweit den frühen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereits eine getarnte Aufrüstung, mithin eine bewusste Rüstungskonjunktur innewohnte (prominent vertreten durch Gerold Ambrosius, Antipode war vor allem Christoph Buchheim), vgl. zu dieser Diskussion zusammenfassend Hildebrand, Dritte Reich, S. 210. In der Kabinettsitzung am 9.2.1933 äußerte sich Hitler schon früh sehr eindeutig hierzu: „Bei der Prüfung der Anträge der Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften auf Zuweisung von Mitteln im Rahmen des Sofortprogramms müssten alle Arbeiten ausgeschieden werden, die nicht unbedingt notwendig seien. Für die Wiederaufrüstung Deutschlands seien Milliardenbeträge erforderlich. [...] Die Zukunft Deutschlands hänge ausschließlich und allein vom Wiederaufbau der Wehrmacht ab. Alle anderen Aufgaben müssten hinter der Aufgabe der Wiederaufrüstung zurücktreten. Das 500-Millionen-Programm sei das größte seiner Art und besonders geeignet, den Interessen der Wiederaufrüstung dienstbar gemacht zu werden. Es ermögliche am ehesten die Tarnung der Arbeiten für die Verbesserung der Landesverteidigung. Auf diese Tarnung müsse man gerade in der nächsten Zukunft besonders Wert legen“, AdR, Regierung Hitler 1933-1938. Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Band 1: 30.01. bis 31.08.1933. Boppard a.Rh. 1983, Dok. 19, Sitzung des Ausschusses der Reichsregierung für Arbeitsbeschaffung, 09.02.1933, S. 62.

⁵⁴¹ Innenpolitisch fanden diesen Bestrebungen generell wenig Widerstand entgegen, da infolge der Weltwirtschaftskrise die liberale Wirtschaftsordnung wiederum in die Defensive geraten war: „Eine Woge des Antikapitalismus verschiedenster Herkunft und Form vereinigte sich mit neomerkantilistischem Autarkiegedanken, das gebieterisch auf die Revision der bisherigen weltwirtschaftlichen Prinzipien drängte“, Dietmar Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan. Stuttgart 1968, S. 20.

⁵⁴² Vgl. hierzu auch Punkt 6 der Denkschrift Hitlers zum Vierjahresplan: „Die endgültige Lösung [hinsichtlich der fehlenden Lebensmittel und Rohstoffe] liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes. Es ist die Aufgabe der politischen Führung, diese Frage dereinst zu lösen.“ Wilhelm Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2/1955 (3. Jahrgang), S. 184-210, hier S. 206.

⁵⁴³ Vgl. beispielsweise die Einschätzung bei Treue, Hitlers Denkschrift, S. 199.

⁵⁴⁴ Vgl. Petzina, Autarkiepolitik, S. 30-35; Tooze, Ökonomie, S. 143; Ambrosius, Kriegswirtschaft, S. 337f. Zum Ansteigen des Volkseinkommens ab 1932 siehe die Tabelle B.1 im Anhang bei Albrecht Ritschl, Deutschlands Krise und Konjunktur 1924-1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre. Berlin 2002.

⁵⁴⁵ Siehe dazu auch Petzina, Autarkiepolitik, S. 18, 34.

Verfügung stehen, um die Einfuhren bezahlen zu können. Dies war keineswegs trivial, denn viele Staaten hatten infolge der Weltwirtschaftskrise ihre Märkte massiv abgeschottet und Deutschland blieb nach wie vor weitgehend vom internationalen Geld- und Kapitalmarkt abgeschnitten. Der Versuch, die Devisen durch eine Exportförderung zu erzielen, blieb weitgehend wirkungslos.⁵⁴⁶ Sowohl Schachts „Neuer Plan“ wie der Vierjahresplan waren ja der Versuch einer Antwort auf die Entflechtung der Weltwirtschaft.⁵⁴⁷ Ein wesentliches Ziel der Autarkiebestrebungen war daher, die „Devisen einzusparen, um sie jenen Erfordernissen zuzulenken, die unter allen Umständen ihre Deckung nur durch Import erfahren können.“⁵⁴⁸ Es wird damit deutlich, dass das Regime auch noch 1936 weit von einer autonomen Selbstversorgung entfernt war („Es sind jetzt fast 4 kostbare Jahre vergangen“) und weiterhin auf ausländische Märkte sowie Devisen dringend angewiesen war. Trotz eines radikalen Grundkonzepts ist daher nicht zu verkennen, dass die neuen Machthaber sehr vorsichtig bei der Umgestaltung der Wirtschafts- und Rechtsordnung vorgingen: Radikale Umstrukturierung wie im politischen und kulturellen Bereich fand in dieser Schnelle und Konsequenz auf ökonomischem Gebiet nicht statt.⁵⁴⁹ Letztendlich blieb die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik zumindest bis zum Ausbruch des Krieges dadurch bestimmt, dass ideologische Denkart mit pragmatischen abgewogen wurden – und im Zweifel wurde dem pragmatischen Vorgehen der Vorzug gegeben.⁵⁵⁰

Diese Abhängigkeit des Deutschen Reichs von ausländischem Kapital und Importen musste zudem seine Auswirkungen auf die deutsche Außenpolitik haben. Die Richtung der deutschen Außenpolitik in der Anfangszeit hat der Reichsminister des Auswärtigen, Konstantin Freiherr von Neurath, in der Kabinettsitzung am 7. April 1933 klar umrissen und sie stand vollkommen im Einklang mit Hitlers Vorgehen: „Es ergibt sich als Schlussfolgerung [des bisher Gesagten], dass außenpolitische Konflikte so lange zu vermeiden sind, bis wir [Deutschland] völlig erstarkt sind. Wir werden unsere politische Tätigkeit zunächst auf wirtschaftliche Fragen zu konzentrieren haben, um unter allen Umständen kriegerische Verwicklungen zu entgehen, denen wir zur Zeit nicht gewachsen sind. [...] Durch eine Erklärung, dass die Zielsetzung

⁵⁴⁶ Vgl. Michael Ebi, Export um jeden Preis. Die Deutsche Exportförderung von 1932-1938. Stuttgart 2004.

⁵⁴⁷ Vgl. allgemein Petzina, Autarkiepolitik, S. 15-23.

⁵⁴⁸ Treue, Hitlers Denkschrift, S. 208 (Hervorhebung im Original). Für das folgende Zitat s. ebd., S. 210.

⁵⁴⁹ Wirtschaftshistoriker wie beispielsweise Adam Tooze heben den Bruch der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik mit der vorherigen hervor, vor allem nach Schachts Neuem Plan, Tooze, Ökonomie, S. 135. Er scheint jedoch den Zeitfaktor zu missachten, der Bruch ist erst mit der Kriegswirtschaft zu konstatieren; viele Maßnahmen des Schacht-Plans stammten noch von den Präsidialkabinetten. Zudem sei darauf hingewiesen, dass großen ökonomischen Krisen geradezu inhärent ist, dass die Frage nach dem „richtigen“ Wirtschaftssystem, mithin das bestehende zur Disposition gestellt wird. Die USA beispielsweise besaßen nach dem „New Deal“ einen gänzlich anderen Charakter als Ende der 1920er Jahre, nicht zuletzt auf dem Bankensektor (Glass-Steagall Act 1933). Auch Großbritannien nahm diverse Anpassungen vor, wie z.B. mit der Aufgabe des Goldstandards. Der Unterschied zu Deutschland lag darin, dass die Anpassungen im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung vorgenommen wurden. Siehe zur Diskussion Hildebrand, Dritte Reich, S. 209-214.

⁵⁵⁰ Siehe auch Friedländer, Dritte Reich, S. 83; Jaeger, Geschichte, S. 182, 185.

unserer Politik ausschließlich auf wirtschaftliche und finanzielle Fragen gerichtet ist, können wir eine Auflösung der Front erreichen, die sich jetzt aus Besorgnis vor überraschenden Aktionen Deutschlands gegen uns zusammengeschlossen hat. Wir müssen daher vor jeder provokatorischen Kundgebung hüten und eine enge Zusammenarbeit mit England und Italien anstreben.“⁵⁵¹ Das offenbart ein zumindest in Teilen gemeinsames Vorgehen zwischen den alten Eliten im Auswärtigen Amt und Hitler, wenngleich einige Diplomaten mitunter andere Mittel und Methoden bevorzugt hätten.⁵⁵² Hitlers Fokus in den ersten Jahren lag uneingeschränkt auf Großbritannien, oder wie es Bernd Jürgen Wendt pointiert formuliert hat: „Alles, was geplant und getan wurde, geschah im Blick auf England.“⁵⁵³ Erst als Hitler ab etwa Ende 1937 zu realisieren begann, dass London für ein – wie auch immer ausgestaltetes – Bündnis nicht zu haben war, wandte er sich verstärkt Italien und Japan zu. Sie waren und blieben jedoch nur zweite Wahl.

Man kann Hitler vorwerfen, dass er an ein „realitätsfremdes England-Bild gefesselt“⁵⁵⁴ gewesen war. Doch darf man dabei nicht geringschätzen, dass er sehr genau wusste, dass seine Expansionspläne, selbst wenn sie nur Osteuropa betrafen, nur schwerlich gegen das Inselreich durchzusetzen waren. Hitler hatte aus der Niederlage des Ersten Weltkriegs seine Lehren gezogen und dazu gehörte insbesondere, England vom Festland fernzuhalten. Es ist daher nachvollziehbar, dass er so lange wie möglich alles daran setzte, entweder eine Allianz mit England zu schmieden, oder zumindest auf einen Interessensausgleich hinzuarbeiten, der ihm freie Hand in Osteuropa ließ. Hitler konnte das Flottenabkommen mit Großbritannien von 1935 oder die Passivität der britischen Regierung während der Rheinlandbesetzung 1936 als positive Signale der britischen Regierungen⁵⁵⁵ deuten. Hitler soll im Oktober 1936 seinen neuen Botschafter und späteren Außenminister Joachim von Ribbentrop nach London gesandt haben mit der Aufforderung: „Ribbentrop, bringen Sie mir das englische Bündnis!“⁵⁵⁶ Hitler sah dabei nicht bzw. wollte es nicht sehen, dass die britische Regierung an einem solchen Bündnis keinerlei Interesse hatte, sondern vielmehr das Ziel verfolgte, Deutschland (wieder) in ein

⁵⁵¹ AdR, Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Dok. 93, Ministerbesprechung, 07.04.1933, S. 318; siehe ferner zu Hitlers Konzept Josef Henke, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939. Boppard a.Rh. 1973, S. 35-107; Hermann Graml, Hitler und England. Ein Essay zur nationalsozialistischen Außenpolitik 1920 bis 1940. München 2010, S. 33-68.

⁵⁵² Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten um Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2010 (LpB), S. 31-42.

⁵⁵³ Bernd J. Wendt, Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes. München 2019, S. 106.

⁵⁵⁴ Graml, Hitler, S. 52.

⁵⁵⁵ In Großbritannien herrschte von 1931-1940 eine *national government*, zuerst unter Ramsay MacDonald (National Labour Party), ab Juni 1935 unter Stanley Baldwin (Conservative Party) und schließlich ab Mai 1937 unter Neville Chamberlain (Conservative Party), vgl. Franz-Josef Brüggemeier, Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert. München 2010, S. 162-191; Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914-1945. Bonn 2011 (BpB), S. 755-768.

⁵⁵⁶ Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart u.a. 1980, S. 51. Wobei man wissen muss, dass Ribbentrop anti-englisch eingestellt war und mehr in Richtung Japan tendierte, vgl. Graml, Hitler, S. 72f.

multilaterales, internationales Sicherheitssystem einzubinden.⁵⁵⁷ Der Austritt des Reichs aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz im Oktober 1933 zeugte vom Gegenteil, d.h. dass Hitler diese Bindungen gerade abstreifen wollte. Die deutsch-englischen Beziehungen beruhten nach 1933 daher auf „mehrfache Missverständnisse auf beiden Seiten“⁵⁵⁸.

Bei der Bewertung der Haltung Londons muss die Situation in Großbritannien selbst mit ins Kalkül gezogen werden. Fundamental war, dass die Herrschaftspraxis zur Kontrolle des Empires, die auf einer schmalen Machtbasis in den Kolonien ruhte, voraussetzte, dass weitere Belastungen außerhalb der Kolonien so gering wie möglich gehalten werden mussten.⁵⁵⁹ Die britische Regierung versuchte entsprechend, die Situation in Europa zu stabilisieren, was sich auch in einem Entgegenkommen deutscher Interesse manifestierte – und von den nationalsozialistischen Machthabern und insbesondere von Hitler als Zeichen für ein deutsch-englisches Zusammengehen fehlinterpretiert wurde.

Für die sogenannte Appeasement-Politik der britischen Regierung, die unterschiedlich rezipiert wird⁵⁶⁰, gab es daher plausible Gründe. Diese beruhte jedoch nicht nur auf politischen, sondern auch auf wirtschaftlichen Gründen, weshalb diese britische Vorgehensweise meist in Verbindung mit dem „economic appeasement“ gesehen wird. Betrachtet man die Interessen der britischen Regierung und der City, relativiert sich auch die in der Wissenschaft wiederholt aufgeworfene Frage über den Einfluss, den die Banken gegenüber den politischen Entscheidungsträgern auszuüben im Stande waren.⁵⁶¹ In ihren Hauptzielen waren sie sich, insbesondere was die Zeit bis etwa 1937 anbetraf, im Ergebnis deckungsgleich, weshalb die britische Regierung den Argumenten der Finanzwelt wesentlich aufgeschlossener gegenüberstand als die US-amerikanische. Der US-Präsident Roosevelt empfand, wie bereits kurz angedeutet, eine tiefe Abneigung gegenüber den Wall-Street-Bankiers. Nicht unähnlich den Meinungen im Reich hielt er sie für übelste Spekulanten auf Kosten anderer. Ein besonderes Dorn im Auge war ihm die Bank J. P. Morgan, die ihm auch zu anglophil war, wollte er sich doch unabhängiger von europäischer Politik machen. Bankiers wie John („Jack“) Morgan wiederum hegte eine besondere Abscheu gegen den als Sozialisten beschimpften

⁵⁵⁷ Graml, Hitler, S. 61.

⁵⁵⁸ Ebd., S. 52.

⁵⁵⁹ Siehe hierzu pointiert Peter Wende, Vom Inselreich zum Weltreich. Anmerkungen zum Aufstieg und zur Struktur des Britischen Empire, in: Herfried Münkler (Hg.), Zeitschrift für Weltgeschichte. Interdisziplinäre Perspektiven, 2/2010 (11. Jahrgang), S. 109-123, hier S. 118. Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen zeigten, dass dieser Ansatz seine Berechtigung hatte, das Empire mit einem geschwächten Mutterland so nicht mehr zu halten war.

⁵⁶⁰ Siehe hierzu als Überblick Frank McDonough, Hitler, Chamberlain and Appeasement. Cambridge ⁹2011 sowie jüngst differenziert beurteilend Brüggemeier, Geschichte Großbritanniens, S. 183-191; Winkler, Geschichte, S. 755-768.

⁵⁶¹ Wendt (Economic Appeasement, S 90f. und passim) und James (Deutschland, S. 384-389) stufen den Einfluss höher ein als etwa Forbes (London Banks, insbes. S. 585f.) oder Gustav Schmidt, England in der Krise: Grundzüge und Grundlagen der britischen Appeasement-Politik 1930-1937. Opladen 1981, insbes. S. 29.

Präsidenten der *Democrats*. Eine gemeinsame Basis wie in London war damit nicht gegeben, trotzdem auch die Morgan-Bankers insbesondere die finanzielle Appeasement-Politik der britischen Regierung ablehnten. Bezeichnend, dass der Londoner Zweig der Bank, Morgan, Grenfell & Co., der britischen Appeasement-Politik positive Seiten abgewinnen konnte und weiterhin Geschäfte mit Deutschland tätigte.⁵⁶²

Hitler und seine Ideologen verfügten wie gesehen über einen, wenngleich lediglich rudimentär ausgebildeten wirtschaftspolitischen Entwurf. Zwei Ziele waren dabei deutlich formuliert: die Entfernung der deutschen Juden aus dem Wirtschaftsleben und die Beseitigung bzw. Verstaatlichung der Privatbanken. Damit bildeten die jüdischen Privatbankiers für die neuen Machthaber *per se* ein Angriffspunkt *par excellence*. Dennoch war es vielen von ihnen möglich, sechs Jahre unter dem nationalsozialistischen Regime zu wirtschaften. Denn es offenbarte sich unmittelbar nach der Machtergreifung, dass politische Ziele wie Verstaatlichung des Bankwesens und die sofortige ökonomische Ausschaltung der Juden nur mit der Folge hätten umgesetzt werden können, dass die Wirtschaft erheblichen Schaden genommen hätte; die Ziele spürbare Reduzierung der Arbeitslosigkeit und Aufrüstung wären mithin kaum realisierbar gewesen. Die Privatbanken, die gerade während der Weltwirtschaftskrise viele Unternehmen mit Krediten am Leben gehalten hatten, wären als (laufende) Kreditgeber ausgefallen, mithin wären viele Unternehmen stark von der Insolvenz bedroht gewesen. Auch eine angeordnete „Arisierung“ hätte in den Anfangsjahren ein kaum zu kalkulierendes Risiko dargestellt, da geeignete „Arisiere“ erst hätten gefunden werden müssen und mit den jüdischen Inhabern und Angestellten enormes Wissen und insbesondere Geschäftsbeziehungen abrupt die Bank verlassen hätten. Deutsche Juden blieben damit nach wie vor im ökonomischen und damit im gesellschaftlichen Raum präsent und ein für den Wirtschaftskreislauf notwendiges Element.⁵⁶³ Hitler und andere Nationalsozialisten waren sich durchaus bewusst, dass die Wirtschaft die wichtige Funktion besitzt, viele politische Ziele überhaupt erst realisierbar machen zu können. Wir haben es folglich mit konfliktären Zielen zu tun, mit der Folge, dass aus Opportunitätsgründen die Beseitigung der Juden aus der deutschen Wirtschaft zunächst hinten angestellt wurde.⁵⁶⁴ Mit anderen Worten: Die restlose Ausschaltung der jüdischen

⁵⁶² Vgl. ADAP, Serie C: 1933-1937, Band I,2: 16. Mai bis 14. Oktober 1933. Göttingen 1971, Dok. 386, Der Regierende Bürgermeister von Hamburg Krogmann an den Reichsminister des Auswärtigen Freiherrn von Neurath, 01.08.1933 (der Brief ging auch an Hitler); David S. Landes, *Die Macht der Familie. Wirtschaftsdynastien in der Weltgeschichte*. München 2008, S. 152f., 158f., 162f.; James, *Deutschland*, S. 388f.

⁵⁶³ Siehe hierzu auch RWWA, 130-251-2, Dr. Blank (RWM) an P. Reusch, 23.04.1934: „Vertraulich ist in der gleichen Sitzung zum Ausdruck gekommen, dass alle Parteistellen und alle amtlichen Stellen angehalten werden sollen, die Juden in ihrer Betätigung im Wirtschaftsleben, insbesondere auch im Export, nicht zu behindern. Wenn man auch die Juden aus allen öffentlichen und halböffentlichen Ämtern, freien Berufen usw. habe ausschließen müssen, so hätten sie doch im Bereich der Wirtschaft eine wichtige Funktion zu erfüllen, in der sie nicht gestört werden dürfen.“

⁵⁶⁴ Siehe auch Friedländer, *Dritte Reich*, S. 144. Einen interessanten Vergleich bietet die Türkei: Nach dem Friedensvertrag von Lausanne 1923 kam es zur Zwangsumsiedlung von 1,5 Mio. Griechen aus der Türkei, die 130.000 in Istanbul lebenden Griechen wurden davon ausgenommen, da sie „das wirtschaftliche Rückgrat der

Privatbankiers vom deutschen Wirtschaftssystem war ein von Hitler und den nationalsozialistischen Ideologen besonders erstrebenswertes, in den ersten Jahren an der Macht jedoch kein realisierbares Ziel.

Doch sehen wir uns zunächst die bankpolitischen Maßnahmen nach der Machtergreifung an. Als eine der ersten Entscheidungen wurde Hans Luther im März 1933 als Reichspräsident aus dem Amt gedrängt, „unter Verweis auf seine fehlende Identifikation mit den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der neuen Regierung“⁵⁶⁵. Am 17. März 1933 erhielt Schacht seine Ernennungsurkunde. Dass drei deutsche Juden des achtköpfigen Generalrats der Reichsbank diese – wohlgernekt zusammen mit Hitler – unterzeichneten⁵⁶⁶, zeigte ihre weiterhin bestehende relative Machtposition. Darüber hinaus wurde an ideologischen Punkten wie der allgemeinen Zinssenkung und der Verstaatlichung des gesamten Kreditwesens sowie einer Staatsaufsicht über die Banken und des Devisenverkehrs festgehalten.⁵⁶⁷ Diese Forderungen waren zu dieser Zeit jedoch alles andere als radikal: Die Aktien der Großbanken waren seit der Bankenkrise bereits mit einem Anteil von bis zu 90% in Staatshand, über eine staatliche Bankenaufsicht wurde seit der Wirtschaftskrise der 1870er Jahre öffentlich diskutiert und die Reglementierung des Devisenverkehrs war seit dem Ersten Weltkrieg die Regel, nicht die Ausnahme gewesen.

Wie ist die Rolle des Reichsbankpräsidenten Schacht im nationalsozialistischen System einzuschätzen?⁵⁶⁸ Versuchte er sich nach dem Krieg schließlich als jemand darzustellen, der schützend die Hand über die deutschen Juden gehalten habe und – wie viele andere insbesondere Konservative ebenfalls behaupteten – Schlimmeres verhindern wollte.⁵⁶⁹ Hitler

Türkei“ bildeten, vgl. Loukas Lymeropoulos, Kurze Geschichte Griechenlands, in: APuZ 35-37/2012 (62. Jahrgang), S. 23-30, hier S. 25.

⁵⁶⁵ Köhler, „Arisierung“, S. 64f.; Kopper, Marktwirtschaft, S. 67-70. Schachts Bemerkung, er habe das Amt des Reichsbankpräsidenten „[n]icht aus persönlichem Ehrgeiz“, sondern „allein aus dem brennenden Interesse für die Wohlfahrt der breiten Massen unseres Volkes“ angenommen, erscheint reichlich apologetisch, Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens. Bad Wörishofen 1953, S. 383.

⁵⁶⁶ Vgl. Fischer, Schacht, S. 127f. Die drei jüdischen Bankiers waren Oscar Wassermann (Deutsche Bank) sowie Franz von Mendelsohn und Max M. Warburg von den gleichnamigen Banken, siehe auch die Fotokopie in Schacht, 76 Jahre, zwischen S. 440 u. 441. Nach dem „Gesetz zur Änderung des Bankgesetzes von 1924“ vom 27.10.1933 wurde der Reichsbankpräsident fortan vom Führer und Reichskanzler ernannt, vgl. Wandel, Deutsches Bankwesen, S. 154.

⁵⁶⁷ Vgl. Barkai, Wirtschaftssystem, S. 48.

⁵⁶⁸ Für eine sehr kritische Sicht siehe Fischer, Schacht, insbes. S. 126-174. Die Biographie über Schacht von Christopher Kopper, Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier. München/Wien 2006 bietet interessante Details, es fehlt ihr mitunter jedoch an kritischer Distanz und beurteilt Schachts Rolle im Nationalsozialismus teils verharmlosend. Kopper verortet den Bruch zwischen Schacht und Hitler auch erst ab 1936 (S. 306-331), davor habe er den Reichsbankpräsidenten „fachlich“ und „persönlich“ geschätzt (S. 308). Fischer hingegen sieht Schacht von Anfang an nur als ein nützliches Werkzeug von Hitler und Göring – und das wohl zu recht. Eine ausgewogene Beurteilung Schachts aufgrund des damaligen Literaturstands bietet Joachim Scholtz, Hjalmar Schacht. Opportunistischer Weltgänger zwischen Nationalsozialismus und Widerstand – anstelle einer Rezension, in: Bankhistorisches Archiv. Zeitschrift zur Bankengeschichte, 1/1999 (25. Jahrgang), S. 38-46.

⁵⁶⁹ Schacht: „Und dann war es für mich fast peinlich, als ich [vor dem Internationalen Militärgerichtshof] aussagen musste, wieviel ich für die Juden getan hatte, peinlich deshalb, weil für derart Verfolgte einzutreten

benötigte Schacht mit seinem Netzwerk, vor allem die exzellenten Beziehungen zum englischen Notenbankchef Norman, und seinem Renommee, um ausländische Bankiers sowie Regierungen und um im Inland die jüdischen und kritischen „arischen“ Bankiers zu beschwichtigen. Oder, wie es Hitler ausdrückte, um das internationale Finanzjudentum zu „bescheißen“⁵⁷⁰. Die Persönlichkeit Schachts sowie die starke Stellung der Zentralbank seit der Bankenkrise begünstigten ferner, dass das Bankgewerbe sich den Vorgaben der Reichsbankführung auch nach 1933 relativ problemlos anpasste.⁵⁷¹ Schacht war daher für Hitler die ideale Besetzung und er half an maßgeblicher Stelle mit, das Ansehen Deutschlands im Ausland und den Mythos der politischen Kontinuität aufrechtzuerhalten. Wenn Schacht einschritt und gegen wilde Ausschreitungen protestierte, ist dies ausschließlich vor dem Hintergrund zu sehen, dass er nicht den Erfolg seiner Wirtschaftspolitik, mithin seine Stellung als Minister und Reichsbankpräsident gefährdet sehen wollte.⁵⁷² Mit seiner angeblich „schützenden Hand“ hatte das nichts zu tun. Schützenswert war ihm lediglich das private Bankgewerbe in seiner Gesamtheit, wovon die jüdischen Bankiers noch ein überaus wichtiger Bestandteil waren.

Die Weichen für die Einbindung des Bankwesens in das nationalsozialistische Wirtschaftssystem wurden bereits in den Anfangsjahren 1933/34 gestellt. Diese sodann implementierten ordnungspolitischen Rahmenbedingungen – zu nennen wäre in erster Linie das KWG – beruhten jedoch auf den Reglementierungsbedarf aufgrund der Erfahrungen infolge der Bankenkrise von 1931⁵⁷³ und hatten zumindest bis Kriegsende Bestand. An dieser Stelle sei nur auf die wichtigsten, für diese Arbeit relevanten Maßnahmen hingewiesen. War für die kurzfristigen deutschen Auslandsschulden mit den Stillhalteabkommen eine mehr oder weniger dauerhafte Lösung gefunden, wurde erst zum 1. Juli 1933 mit dem „Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland“ (09.06.1933) eine für die mittel- und

im Grunde nichts anderes ist, als die Pflicht eines anständigen Mannes“, Schacht, 76 Jahre, S. 590. Siehe in diesem Zusammenhang auch die ältere Arbeit von Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf ²1979, S. 172f. Zur angeblich „schützenden Hand“ passt allerdings nicht, dass Schacht sich an „Arisierungen“ beteiligte (vgl. Christopher Kopper: Neue Widersprüche im Leben einer widersprüchlichen Persönlichkeit, in: Deutsches Historisches Institut Moskau, Bulletin Nr. 2/2008, S. 28-36; dass Kopper abschließend noch vom „korrekten Ehrenmann wie Schacht“ (S. 36) schreibt, passt zur oben gemachten Aussage) und er sich nach dem Krieg – im vollen Bewusstsein der Gräueltaten – im rechtsextremistischen Umfeld bewegte (http://de.wikipedia.org/wiki/Hjalmar_Schacht [29.07.2012]).

⁵⁷⁰ Zitiert bei Fischer, Schacht, S. 127.

⁵⁷¹ Vgl. Eckhard Wandel, Das deutsche Bankwesen im Dritten Reich (1933-1945), in: IbF (Hg.), Deutsche Bankengeschichte (Band 3), S. 149- 203, hier S. 149.

⁵⁷² Siehe auch das Fazit bei Fischer, Schacht, S. 223-225. Entlarvend auch die Darstellungen Schachts in seiner Biographie, da die erwähnten Hilfestellungen gegenüber Juden stets wirtschaftlicher Natur waren, d.h. wegen der Devisen- und Arbeitslosenlage, siehe Schacht, 76 Jahre, S. 438, 445-450, 589f. Die Ansprache vor seinen „Büroburschen“ ändert daran nichts, da keine entsprechende Tat folgte, vgl. ebd., S. 493f. Die erwähnte Auswanderungsanleihe (S. 481f.) war offensichtlich eine Idee von Max Warburg (Friedländer, Dritte Reich, S. 188f.) und nicht von ihm, wie in seiner Biografie suggeriert.

⁵⁷³ Vgl. zum Folgenden Wandel, Deutsche Bankwesen, S. 147-156; Kopper, Marktwirtschaft, S. 51-125; siehe auch Johannes Bähr, Modernes Bankrecht und dirigistische Kapitallenkung, in: Dieter Gosewinkel (Hg.), Wirtschaftskontrolle und Recht in der nationalsozialistischen Diktatur. Frankfurt a.M. 2005, S. 199-223, hier S. 199.

langfristigen Auslandsschulden in Kraft gesetzt: Der Zins- und Schuldendienst musste an die Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden gezahlt werden. Gelangte am Anfang noch zumindest ein größerer Teil der Zahlungen an die Gläubiger – zum Beispiel über die bekannten „Scrips“ – wurde der Transfer immer weiter eingeschränkt und mit Ausbruch des Krieges gänzlich eingestellt.⁵⁷⁴ Mit Großbritannien bestand seit 1934 ein Regierungs- und seit 1938 ein Transferabkommen, unter dem ein gewisser Bartransfer unter verbesserten Konditionen möglich war. Diese Bestimmungen führten dazu, dass – wie bei den zuvor angeführten Stillhalteabkommen – das Gläubiger-Schuldner-Verhältnis aufgehoben wurde und die deutschen Schulden Bestandteil der internationalen Politik und damit der multi- und vor allem bilateralen Verhandlungen wurden.

Das Bankhaus H. Aufhäuser war beispielsweise durch die vermittelten Kleinwort-Kredite wie durch die Lazard-Anleihe für die Stadt München sowohl bei den Regelungen für die kurz- wie für die langfristigen deutschen Auslandsschulden involviert. Die Konversionskassen-Regelung führte zudem dazu, dass alleine im Rahmen der Münchener Pfund-Anleihe fast sechs Mio. RM einbehalten, d.h. nicht an die Gläubiger weitergereicht und vermutlich für Kriegszwecke verwandt wurden. Aber vor allem konnte dadurch ein erheblicher Abfluss der dringend benötigten Devisen aus dem Reich verhindert werden. Ebenfalls im Zusammenhang mit der Devisenknappheit ist das „Gesetz gegen Verrat der deutschen Volkswirtschaft“⁵⁷⁵ (13.06.1933) zur selben Zeit zu sehen, wonach im Ausland befindliche vermögenssteuerpflichtige Werte anzuzeigen sowie Devisen über 200 RM der Reichsbank anzubieten waren. Auch dies ein Zeichen für die prekäre Devisenlage des Reichs. Anzeigepflichtig waren zudem ausländische Wertpapiere und Beteiligungen. Der Staat kam auf diese Weise nicht nur an Devisen, sondern erhielt gleichzeitig einen annähernd vollständigen Überblick über die in jüdischer Hand befindlichen ausländischen Vermögenswerte und Devisenbestände.

Ebenfalls im Sommer 1933 ließ Hitler verlautbaren, dass er im Einvernehmen mit der Reichsbank und der Bankenaufsichtsbehörde eine Enquête ins Leben gerufen habe⁵⁷⁶, um über Maßnahmen zu beraten, damit Zahlungsschwierigkeiten der Banken wie 1931 vermieden werden könnten. Im September 1933 tagte erstmals der „Untersuchungsausschuss für das Bankwesen“. Vertreten waren nicht nur verschiedene Ministerien und Behörden, sondern auch Männer von Praxis und Wissenschaft kamen zu Wort. Die Ergebnisse von Ende 1933 müssen an dieser Stelle nicht im Detail wiedergegeben werden. Festzuhalten bleibt, dass das Bankwesen keine grundlegende Änderung erfuhr, d.h. auch die privaten Kreditinstitute ihre

⁵⁷⁴ Vgl. zum Folgenden und mit näheren Angaben Marc Balbaschewski, Münchens Pfund-Anleihe von 1928. Devisenbewirtschaftung, das Londoner Schuldenabkommen und die Kontroverse um die Erstattung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Bankhistorisches Archiv. Banking and Finance in Historical Perspective, 1/2010 (36. Jahrgang), S. 28-60, insbes. S. 35ff.

⁵⁷⁵ RGBI, 1933 (I), S. 360-363.

⁵⁷⁶ Köhler, „Arisierung“, S. 64-73.

Existenzberechtigung bestätigt bekamen. Das zeigt sich gerade bei den Aktienbanken: In mehreren Etappen zog sich der Staat bis Ende 1937 aus diesen wieder vollständig zurück. Zugleich wurde bei der Reichsbank eine Banken-Aufsicht eingerichtet, die vom „Reichskommissar“ und das „Aufsichtsamt für das Kreditwesen“ mit weitreichenden Befugnissen ausgeübt wurde. In den folgenden Jahren wurden diese aufsichtsrechtlichen Bestimmungen von den nationalsozialistischen Machthabern durch Gesetzgebung und Verordnungen immer mehr von ihrem ursprünglichen Ziel – Vermeidung einer Krise wie 1931 und Erhaltung eines funktionsfähigen Bankwesens – entrückt und zu einem Instrument der nationalsozialistischen Wirtschaftslenkung⁵⁷⁷, um zunächst die Aufrüstung und folgend die Entfernung der jüdischen Bankiers zu forcieren.

Was eine spürbare Änderung erfuhr war angesichts der Präferenz der nationalsozialistischen Machtergreifung von bilateralen Abkommen die regionale Ausrichtung des deutschen Außenhandels. Nicht zuletzt aufgrund von Verrechnungsabkommen („Clearings“) verlagerte sich die deutsche Ausfuhr zu den rohstoffproduzierenden Staaten.⁵⁷⁸ Davon profitierten beispielsweise die Länder Südosteuropas. Parallel dazu nahm – analog der politischen Beziehungen und Bedeutung für die nationalsozialistische Führung – der deutsche Handel mit den USA dramatisch ab⁵⁷⁹, der mit Großbritannien blieb trotz Schwankungen jedoch weiterhin relativ stabil.⁵⁸⁰ Massive Auswirkungen auf die deutschen Importe hatte stets die Devisenlage im Reich⁵⁸¹, wobei die Gold- und Devisenreserven der Reichsbank bis zum Ausbruch des Krieges desaströs blieben. Der Vierjahresplan 1936 wurde ja gerade aus diesem Grund ins Leben gerufen und markierte fernerhin den Machtverlust Schachts gegenüber Hermann Göring (ab Frühjahr 1936 Rohstoff- und Devisenkommissar), weil das Reichsbankdirektorium aufgrund

⁵⁷⁷ Vgl. Wandel, Deutsche Bankwesen, S. 154.

⁵⁷⁸ Sören Dengg, Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und Schachts „Neuer Plan“. Zum Verhältnis von Außen- und Außenwirtschaftspolitik in der Übergangsphase von der Weimarer Republik zum Dritten Reich (1929-1934). Frankfurt a.M. 1986, S. 334-361, 409-417.

⁵⁷⁹ Betrag der deutsche Import aus den USA 1927 noch 14,6% der Gesamteinfuhr, waren es 1935 nur noch 5,8%; die deutsche Ausfuhr reduzierte sich von 7,2 auf 4,0%, vgl. Dengg, Deutschlands Austritt, S. 358 Fn. 174.

⁵⁸⁰ Der Import aus Großbritannien betrug 1927 6,8%, 1935 6,2%, vgl. Dengg, Deutschlands Austritt, S. 361 Fn. 184. Der Anteil Deutschlands am britischen Gesamtexport (ohne Re-Export) wuchs von 12,3% (1934) auf 17,5% (1935). Dies verdeutlicht die (steigende) Bedeutung des Reichs für die britische Wirtschaft. Rechnet man die sicher beträchtlichen Re-Exporte aus dem Empire hinzu, ohne eine konkrete Zahl vorliegen zu haben, steigt die Rolle Deutschlands noch weiter, siehe zu den Zahlen Wendt, Economic Appeasement, Tabelle S. 295.

⁵⁸¹ So war aufgrund der dramatischen Devisenlage 1934 der deutsch-englische Handel fast zum Erliegen gekommen, vgl. Wendt, Economic Appeasement, S.172; siehe zur Entwicklung des deutschen Devisenbestandes Dengg, Deutschlands Austritt, S. 362-370. Die Auslandsforderungen (inkl. Devisen) und der Goldbestand lagen seit 1934 unter den Auslandsverbindlichkeiten, besonders dramatisch war die Situation 1936, vgl. Deutsche Bundesbank (Hg.), Deutsches Geld- und Bankwesen, S. 329 (Tabelle 2.01). Siehe jedoch auch den geheimen Goldschatz Schachts, vgl. Ralf Banken, Die deutsche Goldreserven- und Devisenpolitik 1933-1939 in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1/2003, S. 49-78, hier S. 50-53.

der prekären Devisensituation die Einfuhren drosseln wollte, was für Hitler nicht in Frage kam, da es die Aufrüstung zu gefährden drohte.⁵⁸²

Das große Gewicht der britischen Wirtschaft und ihrer Kolonien für die deutsche Wirtschaft sowie die permanente Devisenkrise im Reich hatten zur Folge, dass den offenen Kreditlinien der deutschen Institute bei Londoner Banken – die ein Bestandteil der Stillhalteabkommen waren – eine essentielle Bedeutung für die deutsche Wirtschaft zukam, selbst wenn das der deutschen Politik der Reduzierung der Auslandsschulden zuwiderlief.⁵⁸³ Die Schlüsselrolle Großbritanniens für Hitler besaß daher nicht nur eine politische, sondern auch eine ökonomische Komponente. Denn ohne genügend verfügbare Devisen konnten die notwendigen Importe nur über Kredite vorfinanziert werden. Dies umso mehr, nachdem der Welthandel aufgrund der überwiegend abgeschotteten Märkte weitgehend brach lag und damit deutsche Ausfuhren zur Erlangung von Devisen keine reelle Alternative darstellten. Die City beheimatete den weltgrößten Devisenmarkt, das britische Pfund war für finanzielle und geschäftliche Transaktionen die wichtigste Währung; was nicht zuletzt den umfangreichen englischen Kolonien geschuldet war. Dabei darf auch nicht übersehen werden, dass New York zwar in der Zwischenkriegszeit zum größten Kapitalmarkt aufgestiegen war, die englischen Banken den Geldmarkt aber weiterhin dominierten. Kein anderer Finanzplatz verfügte über ein so weltumspannendes Beziehungsnetz wie die City.⁵⁸⁴ Über die erforderlichen und vor allem belastbaren Kreditlinien in der City verfügten im Reich in erster Linie Privatbankiers – und davon war rund die Hälfte noch 1935 in jüdischer Hand.⁵⁸⁵ Die fünf größten Privatbanken waren allesamt jüdisch, die zudem für 14 Prozent der deutschen Auslandskredite verantwortlich zeichneten.⁵⁸⁶

Die nationalsozialistischen Machthaber waren daher auf die jüdischen Privatbankiers und ihre Auslandsverbindungen angewiesen.⁵⁸⁷ Mögliche internationale Reaktionen auf antisemitische Ausschreitungen beunruhigten Hitler deshalb und die unsichere ökonomische Situation im Reich bildete in den Anfangsjahren einen wesentlichen Faktor seiner Handlungen.⁵⁸⁸ Denn diese permanent im Raum stehenden Repressalien hätten die primären Zielen der Nationalsozialisten – die wirkungsvolle Reduzierung der Arbeitslosigkeit und damit die

⁵⁸² Vgl. Banken, Goldreserven- und Devisenpolitik, insbes. S. 71 Fn. 81; Dengg, Deutschlands Austritt, S. 415ff.

⁵⁸³ Vgl. Dengg, Deutschlands Austritt, S. 364.

⁵⁸⁴ Vgl. Ronald C. Michie, Der Aufstieg der City of London als Finanzplatz: Vom Inlandsgeschäft zum Offshore-Zentrum?, in: Christoph Maria Merki (Hg.), Europas Finanzzentren. Geschichte und Bedeutung im 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 2005, S. 23-51, hier S. 28ff.

⁵⁸⁵ Einer Schätzung des Frankfurter Volksblatts vom 11.02.1938 zur Folge hatte es 1935 noch „über 400“ jüdische Privatbankiers gegeben (Kopper, Marktwirtschaft, S. 255), bei einem Gesamtbestand von 915 (Deutsche Bundesbank (Hg.), Deutsches Geld- und Bankwesen, S. 118 (Tabelle 1.23)).

⁵⁸⁶ Köhler, „Arisierung“, S. 113.

⁵⁸⁷ Siehe auch Lässig, „Judenpolitik“, S. 146f.

⁵⁸⁸ Vgl. Friedländer, Dritte Reich, S. 83.

Stabilisierung ihres Systems sowie der notwendige Import von Rohstoffen für ihre Aufrüstungsbemühungen – akut gefährdet. Welche verheerenden Folgen ein abrupter Abzug von Krediten haben kann, war erst wenige Jahre zuvor den Machthabern drastisch vor Augen geführt worden. Schachts Reichswirtschaftsministerium versuchte auch wiederholt, andere Ressorts und lokale Behörden für die gegebene Situation zu sensibilisieren und entsprechend zu beeinflussen.⁵⁸⁹

Exemplarisch verdeutlicht dies ein Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums an den Reichsminister der Justiz, Franz Gürtner.⁵⁹⁰ Hintergrund bildete ein mögliches juristisches Vorgehen gegen Kurt Sieveking vom Bankhaus M.M. Warburg & Co. Das Reichswirtschaftsministerium machte darauf aufmerksam, dass die Hamburger Privatbank über weitreichende Beziehungen ins Ausland verfüge und aufgrund der „ungünstigen Devisenlage“ ließe sich das Ministerium „die Pflege dieser Auslandsbeziehungen besonders angelegen sein.“ Daher müsse man „den größten Wert darauf legen, dass die Geschäftshäuser, die mit dem Ausland arbeiten, nicht dadurch in ihrer geschäftlichen Tätigkeit gestört werden, dass man es wertvollen Arbeitskräften unmöglich macht, die dauernde Beratung von Firmen, wenn sie sich in jüdischen Händen befinden, zu übernehmen.“⁵⁹¹ Zudem wies das Reichswirtschaftsministerium darauf hin, dass ein Vorgehen gegen Sieveking „dem Ausland nicht unbekannt bleiben und von unserer Konkurrenz zum Schaden unseres Außenhandels ausgenutzt würde“. Der Satz: „Die Gesichtspunkte der Rassenfrage sollten im Kampf um die Erhaltung und Pflege unserer Auslandsbeziehungen hinter den materiellen Gesichtspunkten treten“ spiegelte zwar sicher eine weit verbreitete Haltung im Reichswirtschaftsministeriums wider, wurde aber offensichtlich von übergeordneter Stelle als zu brisant empfunden und folglich gestrichen. Im Ganzen wird in dem Schriftstück eine klare Linie zwischen der prekären Devisenlage und der Wichtigkeit der Auslandsbeziehungen der jüdischen Privatbanken, der Notwendigkeit ihrer ungehinderten Tätigkeit sowie der Angst vor Repressalien des Auslandes gezogen. Diese Erkenntnis kann als eine wesentliche Richtlinie für das Handeln des Reichswirtschaftsministeriums – wie auch der ebenfalls unter Schacht stehenden Reichsbank – in den folgenden Jahren angesehen werden und war aus taktisch-pragmatischen Gründen auch von Hitler zunächst gedeckt.⁵⁹²

Die Angriffe der nationalsozialistischen Ideologen auf das private Bankwesen konnten mithin vorerst als abgewiesen angesehen werden, da pragmatische Erwägungen eindeutig im Vordergrund standen. Die jüdischen Privatbankiers konnten daher der berechtigten Hoffnung

⁵⁸⁹ Siehe insbesondere die diversen Schriftstücke im Akt BAB, R 3101/15514.

⁵⁹⁰ BAB, R 3101/15514, Der Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister (Kohler) an den Herrn Reichsminister der Justiz (Gürtner), 07.09.1936 [wohl ein Entwurf, jedoch nicht als solcher gekennzeichnet]; folgende Zitate ebd.

⁵⁹¹ Die Passage „wenn sie [...] Händen befinden“ wurde für „jüdischen Firmen“ handschriftlich nachgetragen.

⁵⁹² Siehe wegen Hitlers Haltung auch Friedländer, Dritte Reich, S. 83, 132.

anhängen, dass sie trotz aller antisemitischen Agitationen weiterhin ihren Platz in dieser Wirtschaftsordnung besitzen würden; der Name „Bank“ und „Bankiers“ war sogar erstmals rechtlich geschützt worden.⁵⁹³ Diese Vorstellung konnte aufgrund ihrer vor allem ausländischen Netzwerke verstärkt werden, was ihnen den Eindruck vermittelte, sie seien ökonomisch relevant, sie sich vielleicht sogar für unentbehrlich hielten. So gesehen war dies ein Fall von *weakness of strong ties*. Die jüdischen Bankiers zogen einen wichtigen Aspekt offenbar nicht in ihr Kalkül mit ein: Gerade diese internationalen Netzwerke waren integraler Bestandteil der antisemitischen Weltverschwörungs-Theorien.⁵⁹⁴ Wir haben es folglich mit zweierlei Autosuggestionen zu tun. Die der jüdischen Weltverschwörung auf Seiten der Nationalsozialisten und die der „es wird schon nicht so schlimm werden, da wir gebraucht werden“ auf Seiten der deutschen Bankiers.⁵⁹⁵ Aber je näher ein Krieg im Bereich des möglichen bzw. gewollten rückte, umso dringlicher mussten aus Sicht der Nationalsozialisten diese vermeintlich gefährlichen Bewohner als Bestandteil des „Weltjudentums“ entmachtet und aus Deutschland entfernt werden.

2. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Juden

Wie bereits im wirtschaftlichen Bereich zu beobachten, gab es auch im politischen und gesellschaftlichen keinen Masterplan, wie mit den deutschen Juden zu verfahren sei. Einziger Fixpunkt war zunächst der Judenhass – die Ausgestaltung und das Endergebnis blieben zunächst offen: „Der Vernichtungsprozess war eine Schritt für Schritt erfolgende Operation“.⁵⁹⁶ Diese Einzelmaßnahmen waren nicht zuletzt von den Reaktionen der ausländischen Regierungen auf die Aktionen der Nationalsozialisten abhängig. Die jüdische Gemeinde in Deutschland mit seinen rund 500.000 Mitgliedern, das entsprach noch nicht einmal 0,8 Prozent der Gesamtbevölkerung von über 65 Mio.⁵⁹⁷, war zwar numerisch geringfügig, gleichwohl stand Deutschland international unter besonderer Beobachtung, wie die Jüdische Rundschau treffend kommentierte: „Auch ein nationalsozialistisch regiertes Deutschland kann die Verschlungenheit der internationalen Beziehungen nicht ignorieren.“⁵⁹⁸ Die Reichsführung um Hitler war sich

⁵⁹³ Vgl. Ulrich, Aufstieg, S. 269.

⁵⁹⁴ Siehe in diesem Zusammenhang die gerade bei Nationalsozialisten beliebte (und gefälschte) Weltverschwörungstheorie *à la* „Die Protokolle der Weisen von Zion“, vgl. Wolfgang Benz, Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung. München 2007; Piper, Rosenberg, S. 72-75.

⁵⁹⁵ In Anlehnung an ebd., S. 16.

⁵⁹⁶ Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Band 1. Frankfurt a.M. 1999, S. 56. Siehe auch Friedländer, Dritte Reich, S. 15.

⁵⁹⁷ VEJ, Band 1, S. 29; eigene Berechnung.

⁵⁹⁸ Ebd., Dok. 1, Jüdische Rundschau vom 31.01.1933. Schon frühzeitig wurden Maßnahmen getroffen, um Juden aus den sozialen und kulturellen Einrichtungen fernzuhalten. Es fing bereits im Sommer 1933 mit Verboten der Schwimmbadbenutzung an, ging in der Folge über Ausgrenzung aus der öffentlichen Wohlfahrt und kulturellen Stätten bis zur Isolierung von Juden in den Krankenhäusern und der Behandlung nur noch von Notfällen, vgl. u.a. Barkai, Etappen, S. 217f., 239.

dessen sehr bewusst und agierte in den ersten Jahren entsprechend vorsichtig. Die antijüdischen Aktionen wurden nur *peu à peu*, quasi in für die ausländischen Regierungen erträglichen Dosen, verschärft. Die Maßnahmen mussten auch derart sein, dass keine Massenflucht entstehen würde. Wenn alle jüdischen Ärzte, Rechtsanwälte sowie insbesondere die Unternehmer schlagartig das Land verlassen hätten, wäre das Sozial- und Wirtschaftssystem zusammengebrochen.⁵⁹⁹ In den ersten Jahren führte die Auswanderung zudem zu einem nicht unerheblichen Abfluss von Devisen.⁶⁰⁰ Hitler wollte die Juden aus Deutschland raus haben, der Zeitpunkt dafür war jedoch noch nicht gegeben. Erst wenn Deutschland politisch, ökonomisch und militärisch soweit gefestigt sein würde, dass deutsche Juden nicht mehr benötigt würden und von ausländischen Staaten keine empfindlichen Repressalien zu erwarten wären – sei es, weil sie aufgrund der nationalsozialistischen Maßnahmen nicht mehr greifen würden, sei es, weil die Regierungen keine Gegenmaßnahmen ergreifen konnten oder wollten –, war der Zeitpunkt gekommen. Der Autarkieplan war der (außen-)wirtschaftliche Weg dorthin, die schwachen Reaktionen der ausländischen Regierungen auf die Rheinlandbesetzung, die deutsche Wiederbewaffnung und Ähnliches der militärische und (außen-)politische.

In den Anfangsjahren waren es die Reichsbehörden, die die deutschen Juden vor dem Mob und den lokalen antisemitischen Maßnahmen schützten. Dies gipfelte in der populären, zugleich das eigene Gewissen beruhigende Äußerung: „Wenn das der Führer wüsste!“⁶⁰¹ Nach dem so genannten „Judenboykott“ am 1. April 1933 blieb es auf Reichsebene in Hinsicht auf antijüdische Maßnahmen relativ ruhig, da das Ausland scharf protestierte und auch ein Großteil der deutschen Bevölkerung dieser Aktion passiv bis ablehnend gegenüberstand.⁶⁰² Für viele SA-Mitglieder, Bürgermeister, NSDAP-Ortsgruppenleiter und weiteren lokalen Politikern blieb es jedoch zu ruhig, weshalb sie das Handeln selbst in die Hand nahmen.⁶⁰³ Dies konnte von der Zerstörung jüdischer Geschäfte – zum Teil auch von der Konkurrenz angestachelt – über die Verteilung antisemitischer Flugblätter („Schämt Euch, wenn Ihr bisher noch jüdische Geschäfte besucht habt, und lasst es hinfort bleiben!“) und lokalen antijüdischen Verordnungen bis hin zu pogromartigen Ausschreitungen reichen.⁶⁰⁴ Mit diesen Aktionen kamen sie aus den oben genannten Gründen in Konflikt mit der Reichsführung. Im September 1933 hatte das Reichwirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Reichspropagandaministerium vor einer

⁵⁹⁹ Siehe in diesem Zusammenhang auch Friedländer, Dritte Reich, S. 222.

⁶⁰⁰ PA AA, R 117161, Der Reichswirtschaftsminister an das Auswärtige Amt [AA], 08.06.1933. Nach dieser Aufstellung hatten sich die bewilligten Devisen für Auswanderungen von Januar bis Mai (nur bis 20.05.) 1933 praktisch verdreifacht und betrugen alleine im Mai rund 1 Mio. RM; ferner VEJ, Band 1, Dok. 194, Material für H. Schacht über künftige Belastung der Wirtschaft infolge der jüdischen Emigration, 07.09.1935.

⁶⁰¹ Vgl. Haffner, Anmerkungen, S. 43f.

⁶⁰² Vgl. Friedländer, Dritte Reich, S. 34f.

⁶⁰³ VEJ, Band 1, Dok. 3, 6, 11-13, 15, 16, 23, 31, 47, 76, 93, 99, 112-114, 118, 134, 138, 143, 147, 152, 168, 169 (Zitat), 176, 180, 193, 216, 218, 245, 260, 262, 270.

⁶⁰⁴ Siehe die diversen Belege im Akt Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA), Staatskanzlei (StK), 5340; ebd., 6730; ebd., 6411.

Unterscheidung zwischen „arischen“ und „nicht-arischen“ Firmen gewarnt, da sie „notwendig zu erheblichen Störungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus führen“⁶⁰⁵. Diese Richtlinie galt bis Ende 1937 und sie stand vollkommen im Einklang mit Hitlers Haltung, bei der auch die herausgehobene Stellung der jüdischen Banken deutlich hervorgeht: So wies er die Reichstatthalter an, antisemitische Interventionen zu unterbinden, da das Reich „im jetzigen Moment keine Bankenkrise brauchen [könne], sie würde dem wirtschaftlichen Wiederaufbau den Todesstoß versetzen; daran würde alles andere auch scheitern.“⁶⁰⁶ Noch im April 1937 sah sich Hitler zur Zurückhaltung gezwungen: „[D]ieses Problem der Kennzeichnung [von jüdischen Geschäften] wird seit zwei, drei Jahren fortgesetzt erwogen und wird eines Tages so oder so natürlich auch durchgeführt. Denn: das Endziel unserer ganzen Politik ist uns ja allen ganz klar. Es handelt sich bei mir immer nur darum, keinen Schritt zu machen, den ich vielleicht wieder zurück machen muss, und keinen Schritt zu machen, der uns schadet. Wissen Sie, ich gehe immer an die äußerste Grenze des Wagnisses, aber auch nicht darüber hinaus. [...] Ich will ja nicht gleich einen Gegner mit Gewalt zum Kampf fordern, ich sage nicht: 'Kampf!', weil ich kämpfen will, sondern ich sage: 'Ich will dich vernichten! Und jetzt, Klugheit hilf mir, dich so in die Ecke hineinzumanövrieren, dass du zu keinem Stoß kommst, und dann kriegst du den Stoß ins Herz hinein.'“⁶⁰⁷

Nicht zuletzt, um dem lokalen Druck nachzukommen und ihn zugleich zu kanalisieren, wurden diverse antijüdischen Gesetze erlassen. Zuerst traf es mit dem bereits erwähnten „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 eine Gruppe, die man offenbar als erstes für entbehrlich hielt: die jüdischen Beamten. War hier bereits eine erste Definition getroffen worden, wer „Nicht-Arier“ war und damit aus der Volksgemeinschaft⁶⁰⁸ ausgeschlossen gehörte, sollten die sogenannten Nürnberger Gesetze das weiter präzisieren.⁶⁰⁹ Der Hintergrund, vor dem die Gesetze beschlossen wurden, lohnt eine nähere Betrachtung. In New York hatten im Juli 1935 Teilnehmer einer anti-nationalsozialistischen Demonstration die Hakenkreuzflagge des Schnell dampfers „Bremen“ entfernt und

⁶⁰⁵ BayHStA, Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe (MHIG) 6411, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft (Abt. für Handel, Industrie und Gewerbe, Stocker) an Regierungen u.a., 05.10.1933 (Abdruck).

⁶⁰⁶ AdR, Regierung Hitler 1933-1938. Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Band 2: 12.09.1933 bis 27.08.1934. Boppard a.Rh. 1983, Dok. 320, Reichsstatthalterkonferenz, 22.03.1934, S. 1197f. Fn. 3.

⁶⁰⁷ Vgl. VEJ, Band 1, Dok. 227, Adolf Hitler erläutert Industrie und Gewerbe NSDAP-Kreisleitern in der Eliteschule NS-Ordensburg Vogelsang am 29. April 1937 sein taktisches Vorgehen gegenüber den Juden, 29.04.1937.

⁶⁰⁸ Siehe zum Themenkomplex „Volksgemeinschaft“ Michael Wildt, Geschichte des Nationalsozialismus. Göttingen 2008 (ZpB), insbes. S. 113-131, sowie zum diesbezüglichen Forschungsstand den Sammelband von Frank Bajohr/Michael Wildt (Hg.), Volksgemeinschaft: Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. Frankfurt a.M. 2009.

⁶⁰⁹ So hatte es auch zu einigen Irritationen im Ausland geführt, dass die bisherige Diskriminierung potenziell auch andere Volksgruppen betraf, vgl. u.a. VEJ, Band 1, Dok. 146, Besprechung beim Stab des Stellvertreters des Führers in München über eine „besondere Judengesetzgebung, 20.12.1934.

anschließend in den Hudson River geworfen.⁶¹⁰ Der New Yorker Richter Louis B. Brodsky sprach fünf der sechs Angeklagten frei. Dass Brodsky – der jüdischer Abstammung war – bei der Urteilsbegründung die Hakenkreuzflagge als eine „pirate flag“ bezeichnete⁶¹¹, erzürnte die nationalsozialistische Führung. Goebbels hetzte die Presse auf und er notierte in sein Tagebuch: „Führer ganz groß in Fahrt.“⁶¹² Die US-Regierungen sah sich bereits beim Zwischenfall mit einer deutschen Protestnote konfrontiert und sandte nach dem Urteilsspruch eine Note des Bedauerns („regret“) an die Reichsregierung.⁶¹³ Die teilweise von der historischen Forschung festgestellte Spontanität bei der Formulierung der Nürnberger Gesetze erscheint vor diesem Hintergrund in einem ganz anderen Licht. Denn die Erörterung dieser Art antijüdischer Gesetzesvorhaben kann bis zumindest Ende 1934 zurückverfolgt werden.⁶¹⁴ Mit seinem ausgeprägten Gespür, eine Situation für seine Zwecke dienstbar zu machen, erkannte Hitler die sich bietende Chance, um die antijüdischen Maßnahmen wieder ein Stück voranzutreiben – auch vor dem Hintergrund der lokalen antijüdischen Hetze –, ohne von den durch diese Vorkommnisse in die Defensive geratenen ausländischen Regierungen schwerwiegende Repressionen befürchten zu müssen. Ein Muster, das wiederholt angewandt wurde.

Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 bestanden aus drei Teilen⁶¹⁵: das „Reichsflaggengesetz“, das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ („Blutschutzgesetz“); relevant sind an dieser Stelle die beiden Letztgenannten. Beim Reichsbürgergesetz wurde zwischen Staatsangehörigen und Reichsbürgern unterschieden. Deutschen Juden wurden ihre politischen Rechte entzogen und waren fortan Staatsangehörige, jedoch keine Reichsbürger. Die seit 1871 intensivierte staatsbürgerliche Integration der deutschen Juden wurde damit wieder rückgängig gemacht.⁶¹⁶ Als Staatsangehöriger gehörten sie dem „Schutzverband des Deutschen Reichs“ an, sofern sie sich diesem „besonders verpflichtet“ fühlten. Reichsbürger konnte „nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes [sein], der durch sein Verhalten beweist, dass er gewillt ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.“ Das „Blutschutzgesetz“ regelte bzw.

⁶¹⁰ Vgl. Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung. München 1998, S. 102. Longerich schreibt von „Arbeitern“, die die Flagge entfernt hätten. Erwähnenswert ist jedoch, dass sie Teilnehmer einer größeren anti-nationalsozialistischen Demonstration waren, vgl. ADAP, Serie C: 1933-1937: Band IV, 1: 1. April bis 13. September 1935. Göttingen 1975, Dok. 237, Botschaftsrat Leitner (Washington) an das AA, 31.07.1935, S. 506 Fn. 3. Siehe auch http://de.wikipedia.org/wiki/Flagge_Deutschlands#cite_ref-9 [25.04.2011].

⁶¹¹ Vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/Louis_B._Brodsky [28.04.2011]; Longerich, Politik, S. 102; Hans Mommsen, Auschwitz, 17 Juli 1942. Der Weg zur europäischen „Endlösung der Judenfrage“. München 2002, S. 41.

⁶¹² Elke Fröhlich (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I, Band 3/1 (April 1934 bis Februar 1936). München 2005, S. 290 (Eintrag v. 09.09.1935).

⁶¹³ Der US-Außenminister Cordell Hull sandte infolge einer deutschen Protestnote der Reichsregierung am 1.8.1935 eine Note des Bedauerns, vgl. ADAP, Band IV, 1, Dok. 237, Botschaftsrat Leitner (Washington) an das AA, 31.07.1935, S. 506 Fn. 3; TIME Magazine, Little Man, Big Doings, 23.09.1935.

⁶¹⁴ Vgl. Longerich, Politik, S. 102ff.; Mommsen, Auschwitz, S. 45.

⁶¹⁵ RGBI 1935 (I), S. 1146.

⁶¹⁶ Vgl. auch Longerich, Politik, S. 105.

verbot das intime Verhältnis zwischen Juden und „Ariern“; es wurde der Straftatbestand der „Rassenschande“⁶¹⁷ eingeführt. Nicht von ungefähr verkündete das Leipziger Reichsgericht 1936 in einem auf den neuen Gesetzen beruhenden Urteil den „bürgerlichen Tod“ der deutschen Juden.⁶¹⁸ Nach der bereits weit vorangeschrittenen gesellschaftlichen Ausgrenzung waren sie nach 1935 nun auch de jure Menschen zweiter Klasse.⁶¹⁹ Selbst wenn bei Weitem nicht alles ausformuliert war – wer überhaupt Jude war, wurde erst im November 1935 in einer ergänzenden Verordnung genau festgelegt, die nun auch weithin offenbarte, dass die „Judenfrage“ rassisch und nicht über die Religion definiert wurde⁶²⁰ – waren die Nürnberger Gesetze doch ein wichtiger Schritt zur Sekretion der Juden und ihrer Isolation.⁶²¹ Die Stigmatisierung der Juden als „art- und blutsfremd“⁶²², der Ausschluss aus der „Volksgemeinschaft“ per Gesetz, konnte nicht ohne Konsequenz auf das gesellschaftliche und sogar das private Zusammenleben zwischen Juden und Nicht-Juden bleiben.

Bei den Vorbereitungen zu den Nürnberger Gesetzen und insbesondere in den Folgejahren zeigte sich bereits, dass nun auch zwischen den einzelnen Institutionen „ein breiter, inhaltlicher Konsens“⁶²³ herrschte: NSDAP, Ministerialbürokratie, Gestapo und SD bewegten sich – trotz weiterhin bestehender Reibungen – fortan koordinierter als zuvor auf dem Weg zu ihrem gemeinsamen Ziel, der „restlosen Ausschaltung des Juden aus der deutschen Lebensgemeinschaft“⁶²⁴. Die Vorgehensweise erscheint von nun an strukturierter, da nicht zuletzt mehr zentralisiert als zuvor. Reichsweite gesetzliche Maßnahmen zur Ausschaltung der jüdischen Unternehmer aus der deutschen Wirtschaft standen fortan zwar ganz oben auf der politischen Agenda, waren aber bis 1937 weiterhin nicht beschlossen worden.⁶²⁵

3. Das Bankhaus und seine geschäftlichen Tätigkeiten

Die Bankgeschäfte standen in den ersten Jahren unter nationalsozialistischer Herrschaft noch ganz im Zeichen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise. Hatte die Bilanzsumme von H. Aufhäuser 1928 noch über 100 Mio. RM betragen, lag sie nun konstant unter 30 Mio. RM. Hielt sich der Rückgang bei den Kreditoren von 23,3 Mio. RM (1928) auf 17,6 Mio. RM (1937) noch

⁶¹⁷ Vgl. Ludolf Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Frankfurt a.M. 1996, S. 158f.

⁶¹⁸ VEJ, Band 1, S. 45f.

⁶¹⁹ Vgl. Alexander Brakel, Der Holocaust. Judenverfolgung und Völkermord. Berlin-Brandenburg 2008 (ZpB), S. 31; Longerich, Politik, S. 106.

⁶²⁰ Vgl. u.a. zur Debatte, wer zu den Juden zu gehören habe und die pragmatische Lösung Hitlers zusammenfassend VEJ, Band 1, S. 46.

⁶²¹ Vgl. Longerich, Politik, S. 111.

⁶²² Herbst, Deutschland, S. 151.

⁶²³ Wildt, Geschichte, S. 116. Wie meist bei den (wenigen) Gesetzen unter dem Nationalsozialismus, bildeten die Nürnberger Gesetze einen schwammigen Rahmen, der durch entsprechende Verordnungen im Stillen ausgestaltet wurde.

⁶²⁴ VEJ, Band 1, S. 44.

⁶²⁵ Longerich, Politik, S. 112.

im Rahmen, brachen die Debitoren im selben Zeitraum dramatisch von 82 Mio. RM auf unter 14 Mio. RM ein, dies bedeutete einen Rückgang um 83 Prozent. Der Wertpapierbestand betrug 1937 nur noch ein Fünftel dessen von 1928, die Erträge aus dem Wertpapiergeschäft brachen alleine im Vergleich zum Vorjahr um 55 Prozent auf nur noch 380 TRM ein. Auch das Zinsgeschäft gab erheblich nach, sodass 1937 nur noch Erträge von 314 TRM erzielt werden konnten; 1928 waren es noch 804 TRM gewesen. Alleine aus diesen wenigen Zahlen wird bereits ersichtlich, warum es der Bank in der Zeit von 1929 bis 1937 kaum gelang, einen nennenswerten Gewinn zu erzielen. Es konnte nur in den Jahren 1929, 1935 und 1936 ein kleiner Überschuss zwischen 16 und 70 TRM erwirtschaftet werden.⁶²⁶ Beachtlich ist für das Jahr 1937 der starke Anstieg der Erträge aus dem ansonsten fast brachliegenden Konsortialgeschäft, die im Vergleich zu 1936 um mehr als das Doppelte auf 207 TRM zulegen konnten. Doch selbst dieses Geschäft, auf das noch zurückzukommen sein wird, konnte nicht verhindern, dass ein Verlust von 169 TRM ausgewiesen werden musste.

Die großen Ertragsquellen der 1920er Jahre – das Zins-, Wertpapier-, Außenhandels- und Konsortialgeschäft – waren seit der Weltwirtschaftskrise erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden und konnten in den 1930er Jahren nicht gesteigert werden; sie bewegten sich über die Jahre praktisch auf demselben niedrigen Niveau.⁶²⁷ Dies betraf zunächst alle Banken, denn das Börsengeschäft und der Kapitalmarkt waren stark reglementiert und die Vergabe von Krediten war dadurch gehemmt, dass die Firmen durch das Anleihestockgesetz von 1934 in die Lage versetzt werden sollten, ihre Investitionen zum Großteil selbst zu finanzieren.⁶²⁸ Gleichwohl ist festzustellen, dass jüdische Banken mit ihrer vielfach zu beobachtenden Spezialisierung auf das Außenhandels- und Kreditgeschäft besonders unter diesen Umständen zu leiden hatten und sich insgesamt schlechter als die „arischen“ Banken entwickelten.⁶²⁹ Kritisch wurde die Lage dadurch, dass es den Bankinhabern von H. Aufhäuser nicht gelang bzw. gelingen konnte, neue Ertragsquellen zu erschließen. Eins der wenigen Geschäftsfelder, das kräftig wuchs, waren die Spareinlagen, die jedoch hauptsächlich den Sparkassen zugutekamen und für die jüdischen Privatbanken mehr oder weniger verschlossen blieben. Die ebenfalls schwächelnden Großbanken behelfen sich vermehrt mit der Übernahme von Instituten in der Region, nicht zuletzt von (jüdischen) Privatbanken. Wenn auch *de jure* eine Schlechterstellung jüdischer gegenüber nichtjüdischen Banken nicht gegeben war, war es *de facto* ausgeschlossen, dass eine „nichtarische“ Bank ein anderes Kreditinstitut übernehmen

⁶²⁶ Vgl. BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 13.

⁶²⁷ Vgl. Karin Lehmann, Wandlungen der Industriefinanzierung mit Anleihen in Deutschland (1923/24-1938/39). Stuttgart 1996, insbes. S. 158-240.

⁶²⁸ Mit dem Anleihestockgesetz wurde die maximale Dividendenausschüttung auf in der Regel sechs Prozent begrenzt, vgl. Christopher Kopper, Kreditlenkung im nationalsozialistischen Deutschland, in: Manfred Köhler/Keith Ulrich (Hg.), Banken, Konjunktur und Politik. Beiträge zur Geschichte deutscher Banken im 19. und 20. Jahrhundert. Essen 1995, S. 117-128.

⁶²⁹ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 125-130; Ulrich, Aufstieg, S. 270-308.

konnte. Damit war insgesamt eine Perspektive, die ganz wesentlich für das Überleben der Privatbanken verantwortlich war, nicht mehr gegeben: die schnelle Antizipation der Gegebenheiten und die Flexibilität, darauf zu reagieren und das Geschäft nötigenfalls neu auszurichten.

Zusätzlich verschärft wurde die Situation dadurch, dass viele jüdische Banken ihren Kundenstamm nicht halten konnten. An erster Stelle wären die jüdische Kunden zu nennen, die auswanderten und folglich ihre Konten soweit wie möglich auflösten; aufgrund der Devisenzwangswirtschaft konnten die Emigranten zwar nicht alle Gelder transferieren und mussten auf Sperrkonten zurückbleiben. Die Bank konnte mit diesen Geldern allerdings auch nicht arbeiten, gleichzeitig verursachten die Sperrkonten Mühsal durch Anfragen sowie Maßnahmen der Inhaber und Behörden. Zum anderen lösten „arische“ Kunden ihre Geschäftsbeziehungen zu jüdischen Banken, da sie sich keiner Repressalien der Behörden und vor allem der NSDAP aussetzen wollten.⁶³⁰ Dass H. Aufhäuser dennoch sechs Jahre unter nationalsozialistischer Herrschaft wirtschaften konnte, lag im wirtschaftlichen Beziehungsgeflecht, in welches das Bankhaus eingebunden war, und in den den Gesellschaftern zur Verfügung stehenden Kapitalien begründet.

4. Das Netzwerk und die Kapitalien

Das lange erarbeitete Renommee der Bankinhaber und ihrer Bank, was untrennbar zusammenhing, wurde nach 1933 von mehreren Seiten in Frage gestellt. Schwer wog an erster Stelle die durch die Agitationen der Nationalsozialisten hervorgerufene Stigmatisierung als „Jude“ bzw. jüdisch. Dies hatte nicht nur gesellschaftliche Konsequenzen, sondern – meist damit im Einklang – auch wirtschaftliche. Die Aufhäuser-Bankiers haben keine Erinnerungen oder Ähnliches hinterlassen, wie beispielsweise Max M. Warburg⁶³¹ oder Adolf Arnhold⁶³². Aufgrund des verwandten Habitus' sowie der Parallelen im Lebenslauf und mit Hilfe der spärlichen Aufhäuser-Überlieferungen, dürften sich dennoch zuverlässige Aussagen treffen lassen. Im Zentrum der Betrachtung soll dabei Martin Aufhäuser stehen, was zweierlei Gründe hat. Zum einen war er der Senior-Chef der Bank und er war es, der bei den verschiedenen Resistenz-Strategien in Erscheinung trat, auch wenn anzunehmen ist, dass er sie mit seinen Partnern abgesprochen hat. Diese Vorgehensweise hat zum anderen auch ganz praktische Gründe, denn über Kraemer und Siegfried Aufhäuser sind gerade für diese Zeit keine aussagekräftigen Unterlagen überliefert.

⁶³⁰ Siehe allgemein zu den Diskriminierungen Köhler, „Arisierung“, S. 110-134.

⁶³¹ Warburg, Aufzeichnungen.

⁶³² Vgl. Lässig, „Judenpolitik“. Zudem hatte Elise („Lisa“) Arnhold, die Frau von Heinrich Arnhold, Tagebuch geführt, welches gute Einblicke in das gesellschaftliche Leben gibt, vgl. ebd.

Max Warburg stand sicher repräsentativ für viele jüdische Privatbankiers mit seiner Aussage, er wäre entschlossen, seine Bank „wie eine Festung zu verteidigen“⁶³³. Es waren vor allem die Seniors der Banken, die nicht gewillt waren, kampflös aufzugeben. Sicherlich schwang dabei auch die empfundene Pflicht – gegenüber den Gründern wie der kommenden Generation – mit, die ererbte Bank und die aufgebaute Tradition unbedingt weiterführen zu müssen.

Entsprechend war Martin Aufhäusers ältester Sohn Walter in die Bank eingetreten und für die Übernahme der Bankgeschäfte vorbereitet worden.⁶³⁴ Es gab durchaus andere Meinungen innerhalb der Familien, die für eine Aufgabe der Bank und die gesicherte Auswanderung plädierten.⁶³⁵ Wenn auch die Frauen bei ihren Männern blieben, sind jüngere Familienmitglieder doch meist frühzeitig ausgewandert. Sie waren vorwiegend gut ausgebildet, standen im Gegensatz zu ihren Vätern am Anfang ihrer Karriere und hatten gute Kontakte ins Ausland, um dort eine Zukunft aufzubauen. Martin Aufhäusers jüngster Sohn Robert und dessen Schwester Anna Emma zogen nach London und Walter Aufhäuser Anfang 1937 nach Kanada. Der Familienverband – eines der Stärken und quasi „Markenzeichen“ der jüdischen Privatbankiers – hatte sich damit zusehends aufgelöst. Wenn schon die potenziellen Nachfolger der Bank das Land verließen, war das für sich genommen bereits ein fatales Zeichen, nach innen wie nach außen.

Auf eine Schwächung der Bank bzw. ihres Ansehens zielten auch die persönlichen, noch dazulegenden Attacken gegen die Bankinhaber. Das Vorgehen dürfte die Bankinhaber psychisch unter starken Druck gesetzt haben, denn sie wurden als Betrüger und dergleichen verunglimpft: Ihr Ruf als ehrbare Privatbankiers stand zur Diskussion und damit das Wertvollste, was ein Kaufmann als Vertrauensvorschuss zu bieten hat. Mithin wurde versucht, ihnen symbolisches und damit soziales Kapital zu entziehen. Es ist daher davon auszugehen, dass sie durch diese persönlichen, direkt auf ihre eigene Integrität zielenden Angriffe innerlich aufgezehrt wurden; mehr, als die allgemeinen antisemitischen Agitationen hätten vermögen können.⁶³⁶ Wie sehr diese Diffamierungen die jüdischen Bankiers auch physisch belasteten, zeigt sich auch darin, dass beispielsweise Heinrich Arnhold im Zuge von schändlichen Gerichtsverhandlungen einen leichten Schlaganfall erlitt und ein hervorragender Bankiers wie Carl Melchior vom Bankhaus M.M. Warburg, der das Unglück sehr frühzeitig hat kommen

⁶³³ Warburg, Aufzeichnungen, S. 147; Eckart Kleßmann, M.M. Warburg & CO. Die Geschichte eines Bankhauses. Hamburg 1998; ähnlich auch Lässig, „Judenpolitik“, S. 146f.; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 86f.

⁶³⁴ Vgl. Unterschriftenverzeichnis von 1936, abgedruckt bei Moser/Winkler, Wegmarken, S. 86. Wann Walter Aufhäuser in die Bank eingetreten war, ließ sich nicht feststellen. Immerhin war er mit spätestens 31 Jahren Gesamtprokurist.

⁶³⁵ Vgl. Warburg, Aufzeichnungen, S. 147; Lässig, „Judenpolitik“, S. 146. Generell Konrad Kwiet, Gehen oder bleiben? Die deutschen Juden am Wendepunkt, in: Walter H. Pehle (Hg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord. Frankfurt a.M. 1999, S. 132-145, zu den Hemmnissen einer Auswanderung insbes. der Älteren siehe ebd., S. 134.

⁶³⁶ Vgl. auch Lässig, „Judenpolitik“, S. 158f.

sehen, sich aufrieb und im Dezember 1933 mit 62 Jahren einen tödlichen Herzanfall erlitt.⁶³⁷ In der unmittelbaren Verwandtschaft von Martin Aufhäuser kam es ebenfalls zu einem tragischen Ereignis: seine Schwester hatte vor lauter Verzweiflung Selbstmord begangen; der Zeitpunkt ist allerdings unklar.⁶³⁸ Auch Martin Aufhäuser sollte Deutschland 1939 nach mehreren Herzanfällen als menschliches Wrack verlassen, bis ihn 1944 eine Herzattacke mit 68 Jahren aus dem Leben riss.

Doch das symbolische Kapital wurde nicht nur durch zweifelhafte Gerichtsverfahren angegriffen. Zur Disposition standen beispielsweise auch die diversen Mitgliedschaften und Mandate. So verloren beispielsweise alle drei Bankinhaber nach und nach ihre Aufsichtsratsposten. Damit einher ging nicht nur ein Verlust an Renommee, sondern es wurde ebenfalls die Möglichkeit der Einflussnahme auf ein Unternehmen und die Kontrolle desselbigen wesentlich eingeschränkt. Aber vor allem ging soziales Kapital verloren.⁶³⁹ Die damit verbundene Funktion der Informationsbeschaffung und -verwertung, hier vor allem die Anbahnung von Geschäften, kam immer mehr zum Erliegen, bis sie praktisch inexistent war. Brachte die Bekanntschaft mit jüdischen Privatbankiers vor 1933 für viele Unternehmer geschäftliche Vorteile, war nun genau das Gegenteil der Fall: Wurde man mit einem Juden zusammen gesehen, oder machte gar Geschäfte mit ihm, drohten Repressalien von meist lokalen Eliten. Die jüdischen Privatbankiers wurden aus ihrem angestammten Netzwerk hinausgedrängt. Dies führte dazu, dass es – von wenigen Ausnahmen abgesehen, wo noch das jüdische Kapital benötigt wurde, wie bei der Gründung der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke – zur Herausbildung von zwei Typen von Netzwerken kam, deren Schnittmenge immer mehr Richtung Null tendierte: rein jüdische und rein „arische“. Spielte die Religionszugehörigkeit bei Geschäftsbeziehungen vor der Machtergreifung wenn überhaupt nur eine untergeordnete Rolle, kam ihr durch die von den Nationalsozialisten vehement aufgeworfene „Judenfrage“ fortan eine überragende Bedeutung zu.

⁶³⁷ Vgl. Warburg, Aufzeichnungen, S. 147; Kleßmann, M.M. Warburg, S. 89f. Am selben Tag wie Melchior war auch der Teilhaber Aby S. Warburg mit 69 Jahren gestorben.

⁶³⁸ Gemäß einem Stammbaum starb Berta Heilbronner (geb. Aufhäuser) 1933 (siehe auch den Stammbaum im Anhang). Laut Aussage von Judy Aufhäuser (2011), der Ehefrau des Enkels von Martin Aufhäuser, hatte seine Schwester sich umgebracht, nachdem er ins KZ eingeliefert worden war, also 1938, vgl. Süddeutsche Zeitung, Monika Maier-Albang, Eine Reise in die Vergangenheit, 19.07.2011. Im Münchener Gedenkbuch wird sie nicht geführt, vgl. Stadtarchiv München (Hg.), Biographisches Gedenkbuch der Münchner Juden 1933-1945, Band 1, München 2003.

⁶³⁹ Siehe hierzu auch die Beschreibungen von Warburg, Aufzeichnungen, S. 148: „Verkehr mit Juden war unratsam. Freunde, die mit mir gingen oder grüßten, erhielten 'Warnungen'. In früheren Jahren Zeiten, sobald ich an der Börse erschienen war, kamen viele auf mich zu; jetzt wurde ich immer mehr gemieden. [...] Wir fühlten uns in zunehmendem Masse [sic] isoliert.“ Möglich, dass dies teilweise auf die Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gemünzt war, auf die noch zurückzukommen sein wird, vgl. Rüdiger Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Band 1. Göttingen 2007, S. 410 Fn. 104.

Martin Aufhäuser liefert aber auch den beachtenswerten Fall, dass von jüdischer Seite aktiv eine Mitgliedschaft bei einer Institution beendet wurde. Mitte Januar 1928 war der Bankenseniormartin vom Gründungs-Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft (KWG), Adolf von Harnack (1911-1930), aufgefordert worden, Mitglied zu werden.⁶⁴⁰ Nach seiner Einwilligung und der Bestätigung durch den Senat der KWG war Martin Aufhäuser im Februar 1928 Mitglied geworden. Dies entsprach dem „Networking“ in der Ära von Friedrich Glum, dem Generalsekretär der KWG von 1920-1937.⁶⁴¹ Es spiegelte auch die damalige Stellung von Martin Aufhäuser wider. Denn Glum versuchte, die örtliche Honoratiorenenschaft als Multiplikatoren der KWG zu mobilisieren, und dies seit den 1920er Jahren verstärkt auch außerhalb Berlins. Damit wurde die KWG eng mit der finanzkräftigen und einflussreichen Oberschicht der deutschen Wirtschaftselite verflochten. Wenngleich nicht so vehement disputiert wie andernorts, wurde auch in der KWG nach 1933 die „Judenfrage“ gestellt.⁶⁴² Dadurch wurde die Frage drängend, was mit den jüdischen Mitgliedern geschehen solle. Hierbei gab es unterschiedliche Vorgehensweisen.

Martin Aufhäuser ließ die KWG über seinen Personalchef, Ritter von Halt, wissen, dass er von der Mitgliedsliste gestrichen werden wolle, er mithin seinen Austritt aus der KWG erkläre.⁶⁴³ Eine Begründung wurde zunächst nicht mitgeliefert, Hinweise gibt aber die anschließende Korrespondenz. Martin Aufhäuser, diesmal persönlich, teilte der KWG mit, diese solle in seiner Austrittserklärung „lediglich den Ausdruck einer prinzipiellen Einstellung erblicken, welche mir die Zeitlage aufzwang.“⁶⁴⁴ Anlass war wohl das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Sah die Generalverwaltung um Glum durch das Gesetz keinen Handlungsbedarf – wobei auch hier die persönlichen Beziehungen und die internationalen Verflechtungen der Wissenschaftler sie bis zu einem gewissen Grad vor antisemitischen schützten⁶⁴⁵ –, waren einzelne Kaiser-Wilhelm-Institute (KWI) frühzeitig tätig geworden und gingen vor dem Hintergrund des Anfang April erlassenen Gesetzes gegen jüdische Mitarbeiter vor; obwohl die KWI wie die KWG keine staatlichen Behörden waren und das Gesetz eigentlich hätte gar nicht angewandt werden müssen.⁶⁴⁶ Das ähnliche Verhaltensmuster bei Unternehmen, die sich zügig von jüdischen Aufsichtsratsmitgliedern im vorausseilenden Gehorsam trennten, ist nicht zu übersehen.

⁶⁴⁰ Max-Planck-Gesellschaft-Archiv (MPG-Archiv), Abt. II, Rep. 1A, M. Aufhäuser an A. v. Harnack, 21.01.1928.

⁶⁴¹ Vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (Band 1), S. 138-173, insbes. S. 171f.

⁶⁴² Vgl. ebd., Kapitel 6.

⁶⁴³ MPG-Archiv, Abt. II, Rep. 1A, H. Aufhäuser (Ritter v. Halt) an den Präsidenten der KWG [M. Planck], 10.05.1933.

⁶⁴⁴ Ebd., M. Aufhäuser an den Präsidenten der KWG [M. Planck], 18.05.1933.

⁶⁴⁵ Vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (Band 1), S. 372; Reinhard Rürup, Wissenschaft und Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus: Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: Hartmut Berghoff/Jürgen Kocka/Dieter Ziegler (Hg.), Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Österreichs und Deutschlands. Im Gedenken an Gerald D. Feldman. München 2010, S. 245-252, hier insbes. S. 249.

⁶⁴⁶ Vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (Band 1), S. 372-378.

Gleichwohl hatte gleichzeitig das Reichsinnenministerium damit begonnen, Druck auf die KWG auszuüben. Das Ministerium wollte Ende April alle „nicht-arischen“ Mitarbeiter genannt haben und diese sollten in den Ruhestand versetzt werden. Dieses Vorgehen wurde, da die KWG nicht zuletzt von staatlicher Finanzierung abhing, sogleich durch Glum und Planck in die Wege geleitet. Das war der Hintergrund, vor dem Martin Aufhäuser seinen Rücktritt bekannt gab. Dies sollte wohl von ihm ein Zeichen gegen die verstärkten antisemitischen Maßnahmen sein und verdeutlicht, dass er diese sehr wohl wahrnahm und dagegen aufbegehrte. Er gab symbolisches Kapital zurück und belohnte sich selbst mit Selbstachtung. Äußerst beachtenswert ist die Reaktion der KWG auf das Austrittsgesuch: Die KWG lehnte es ab. Planck persönlich schrieb dem Privatbankier und bat ihn, seine Austrittserklärung rückgängig zu machen.⁶⁴⁷ Dies ist nicht nur vor dem Hintergrund des oben Dargelegten bemerkenswert, sondern vor allem, weil Warburg, seit 1912 Förderndes Mitglied, bereits 1933 von der KWG-Leitung zur unerwünschten Person erklärt worden war, mit der man sich besser nicht zeigte.⁶⁴⁸ Es hatte daher eine besondere Dreistigkeit, wenn Planck parallel dazu Martin Aufhäuser wissen ließ, „dass die ungestörte Fortführung der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft im Sinne ihrer Begründer auch in Zukunft nach den zwischen Präsidium und der Regierung geführten Verhandlungen voll gewährleistet ist.“⁶⁴⁹ Martin Aufhäuser ließ dieses Schreiben Plancks offenbar unbeantwortet und trat im September 1933 endgültig aus, oder wie er es ausdrückte: „Als Nichtarier [...] vermag ich nicht anders zu handeln“.⁶⁵⁰

Insgesamt war das Verhalten der KWG gegenüber seinen jüdischen Mitgliedern ambivalent. Man kommt aber kaum umhin festzustellen, dass die Generalverwaltung solange wie möglich das Kapital der jüdischen Mitglieder anzapfen, den sozialen Kontakt aber tunlichst vermeiden wollte. Was Rüdiger Hachtmann für die jüdischen Mäzene feststellte, galt sicher auch für die Fördernden Mitglieder: „Jüdische Mäzene waren aus der Perspektive der Generalverwaltung eine Art Goldesel, die 1933 bzw. spätestens 1938 ihre Schuldigkeit getan hatten.“⁶⁵¹

⁶⁴⁷ MPG-Archiv, Abt. II, Rep. 1A, Der Präsident [M. Planck] an M. Aufhäuser, 16.05.1933 (Kopie). Das Schreiben wurde zudem auf Wiedervorlage am 30.05. gelegt, Planck war die Angelegenheit daher durchaus ernst. Bemerkenswert ist, dass der Brief Plancks am selben Tag abgesandt wurde, als er Hitler seinen Antrittsbesuch abstattete, vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (Band 1), S. 381-387. Dort versuchte sich Planck für Fritz Haber einzusetzen, der am 30.04. sein Abschiedsgesuch eingereicht hatte. Seine Argumentation, wenn auch erst Jahre später aufgezeichnet, ist bezeichnend: Es gäbe schließlich verschiedenartige Juden, „für die Menschheit wertvolle und wertlose, unter ersteren alte Familien mit bester deutscher Kultur, und dass man doch Unterschiede machen müsse.“ Würden die „wertvollen Juden“ auswandern, käme das einer Selbstverstümmelung gleich (S. 383f.).

⁶⁴⁸ Vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (Band 1), S. 410.

⁶⁴⁹ MPG-Archiv, Abt. II, Rep. 1A, M. Planck an M. Aufhäuser, 30.06.1933.

⁶⁵⁰ Ebd., M. Aufhäuser an den Präsidenten der KWG [M. Planck], 16.09.1933. Wie zwei Tage zuvor von der KWG aufgefordert, sandte er auch das Mitgliedsabzeichen zurück.

⁶⁵¹ Vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement (Band 1), S. 414.

Was Martin Aufhäuser staatlicherseits am symbolischen Kapital blieb, war das Titular des Geheimen Kommerzienrats.⁶⁵² Dieses ist ihm nie aberkannt worden und selbst bei offiziellen Schreiben nach 1933 ist er auch stets mit diesem Titel adressiert worden. Auch wenn die Nationalsozialisten ihm diese Ehrerbietung noch zugestanden, brachte dieser Titel allerdings keinerlei Prestigegewinn mehr, da sein Jüdischsein alles überstrahlte. Für die essentiellen Kapitalien einer Bank – Vertrauen und Renommee – war unter nationalsozialistischer Herrschaft für jüdische Institute kein Markt mehr vorhanden, ihr Handelswert tendierte gegen Null. Das ehemals weitverzweigte und wertvolle Beziehungsgeflecht, das von den Aufhäusers über Jahrzehnte aufgebaut worden war, zeigte gravierende Auflösungserscheinungen. Ein Nachfolger für das Familienunternehmen war infolge der Auswanderungen von Walter und Robert Aufhäuser nicht mehr in Sicht. Nach der Erosion der genannten Kapitalien war den Bankinhabern die Geschäftsbasis weitgehend entzogen worden, unter den genannten Umständen eine Fortführung der Bank nicht mehr realistisch. Erschwerend hinzu kam – wenn wohl auch nicht von ausschlaggebender Bedeutung –, dass das Bankhaus H. Aufhäuser durch die Bankenkrise sowie des Obpacher-Engagements auch finanziell angegriffen war.

5. Netzwerk und Kapitalien: ihr Nutzen für die Bank

Auf kommunaler Ebene entwickelte sich die bayerische Landeshauptstadt nach der Machtergreifung Hitlers rasch zum Zentrum polizeilicher und antisemitischer Gewalt. Deutlich wurde dies nicht zuletzt durch die handelnden Personen: Heinrich Himmler, Reichsführer der SS seit 1929, wurde zum Polizeipräsidenten seiner Geburtsstadt bestellt. Reinhard Heydrich, Leiter des Sicherheitsdienstes Reichsführer-SS, wurde im Windschatten Himmlers bei der Münchener Kriminalpolizei zum Leiter des politischen Referats der Abteilung VI ernannt. Himmler und Heydrich sollten sich in den folgenden Jahren zu den Hauptprotagonisten der Judenverfolgung entwickeln. Es war auch Heydrich, der in seiner Funktion als Leiter des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) 1941 von Göring mit der „Endlösung der Judenfrage“ beauftragt werden sollte und folgerichtig im Januar 1942 die entsprechende Wannsee-Konferenz leitete.⁶⁵³ Wenngleich der antijüdische Terror nicht nur in München weit verbreitet war, kann man durchaus von der bayerischen Hauptstadt als Art „Exerzierplatz“⁶⁵⁴ sprechen – es war kein Zufall, dass bereits im März 1933 in Dachau bei München eins der ersten KZ mit Vorbildcharakter errichtet wurde. Weitere Hauptakteure der antijüdischen Hetze in München waren Karl Fiehler als Oberbürgermeister sowie der Kreistagspräsident von Oberbayern und NSDAP-Fraktionsvorsitzende des Münchener Stadtrats Christian Weber. Sie waren „alte

⁶⁵² Auch Siegfried Aufhäuser war weiterhin Schwedischer Generalkonsul.

⁶⁵³ Peter Hanke, Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945. München 1967, S. 81; Benz, Enzyklopädie, S. 845f.

⁶⁵⁴ Hanke, Geschichte, S. 82.

Kämpfer“, d.h. Beteiligte des gescheiterten Hitlerputsches von 1923, Weber blieb sogar einer der ganz wenigen Duzfreunde Hitlers⁶⁵⁵.

Die ersten Angriffe gegen das Bankhaus H. Aufhäuser gingen jedoch aufgrund der dargelegten politischen und wirtschaftlichen Rücksichtsmaßnahmen nicht von Reichsstellen aus. Die Konsequenz dieser pragmatisch-taktischen Vorgehensweise war, dass jüdische Banken vom Boykott am 1. April 1933 explizit ausgenommen waren.⁶⁵⁶ Nach dem Boykott verlangte Schacht von Hitlers Staatskanzlei darüber hinaus, dass Banken von jedweden Eingriffen zu verschonen seien, da über ihre internationalen Verbindungen dringend benötigte Außenhandelskredite und Devisen vermittelt werden. Da dies sich mit Hitlers Vorgehen deckte, besaßen die jüdischen Privatbankiers von Seiten des Reichs einen gewissen Bestandsschutz.⁶⁵⁷ Die lokalen Amtsträger drangsalierten daher schon früh jüdische Geschäftsinhaber beispielsweise von Kaufhäusern, schreckten aber vor Maßnahmen gegen jüdische Bankiers zunächst zurück, um nicht auf Konfrontationskurs zur Reichsführung zu geraten und die eigene Machtposition zu gefährden. Gleichwohl sahen sich die Inhaber des Bankhauses H. Aufhäuser beizeiten Attacken seitens Privatpersonen ausgesetzt, die versuchten, die Zeitumstände zu nutzen und daraus auf Kosten des jüdischen Kreditinstituts einen Vorteil zu ziehen.

5.1. Persönlich motivierte Angriffe gegen Inhaber des Bankhauses H. Aufhäuser

Ein Angriffspunkt bildete die Beteiligung des Bankhauses H. Aufhäuser an der Obpacher AG. Der Fall zog sich über mehrere Monate hin und wurde auch vor Gericht ausgetragen. Es ist nicht der Platz, um die Angelegenheit im Detail nachzuzeichnen. Von Interesse ist an dieser Stelle vor allem die Motivation der Widersacher und wie die nationalsozialistischen Stellen darauf reagierten.

Zum Hintergrund: Das Bankhaus H. Aufhäuser war mit hohen Kreditsummen bei den beiden Kunstdruckfirmen Obpacher AG und Meisenbach Riffarth & Co. AG engagiert, an Obpacher

⁶⁵⁵ Thomas Martin, Aspekte der politischen Biographie eines lokalen NS-Funktionärs. Der Fall Christian Weber, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, 1994 (54. Jahrgang), S. 435-484, hier S. 445; Markus Schiefer, Vom 'Blauen Bock' in die Residenz – Christian Weber, in: Marita Krauss (Hg.), Rechte Karrieren in München. Von der Weimarer Zeit bis in die Nachkriegsjahre. München 2010, S. 152-165. Siehe insgesamt auch Heusler, Braune Haus, S. 181-201.

⁶⁵⁶ Offenbar wurden dennoch jüdische Bankiers durch lokale Akteure schikaniert, vgl. Fischer, Jüdische Privatbanken, S. 7f.

⁶⁵⁷ Vgl. Fischer, Jüdische Privatbanken, S. 9ff.; Araham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943. Frankfurt a.M. 1988, S. 87; Hoffmann, Warburg, S. 144f. Siehe auch Schacht, 76 Jahre, S. 404: „[...] solange ich das Wirtschaftsministerium verwaltete, habe ich jeden Juden vor ungesetzlichen wirtschaftlichen Schädigungen durch die Partei bewahrt.“ Wichtig sind die Adjektive „ungesetzlichen“ und „wirtschaftlichen“, denn nur darauf kam es ihm wirklich an.

war das Bankhaus darüber hinaus bekanntlich direkt beteiligt.⁶⁵⁸ Bei der Generalversammlung 1932 von Obpacher wurden von den anwesenden rund 1,2 Mio. Aktien knapp 500.000 durch H. Aufhäuser vertreten (wobei wahrscheinlich ist, dass die Bank für einen Teil der Aktien als Depotbank fungierte).⁶⁵⁹ In beiden Firmen stellte H. Aufhäuser mit ihrem Komplementär Emil Kraemer zeitweise jeweils den Vorsitzenden des Aufsichtsrats.⁶⁶⁰ Die bestehende Interessengemeinschaft mit der Meisenbach Riffarth war Ende 1929 aufgelöst worden⁶⁶¹, wobei Obpacher einen Teil des Meisenbach-Betriebs in München erwarb. Beide Firmen gerieten Ende der 1920er Jahre in finanzielle Schwierigkeiten – bei Meisenbach Riffarth trugen wohl zudem verwickelte familiäre Verhältnisse zum Niedergang der Firma bei⁶⁶² – und wurden durch erhebliche finanzielle Mittel von H. Aufhäuser gestützt. Dadurch, dass Obpacher der Krise mit umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen und der Erschließung neuer Märkte wie beispielsweise England 1931 zu begegnen suchte, entstand die größte und vielseitigste Kunstdruckerei auf dem europäischen Kontinent mit 1.200 Beschäftigten.⁶⁶³ In Zeiten der Interessengemeinschaft war Jakob Wochinger im Vorstand sowohl von Obpacher wie Meisenbach Riffarth vertreten gewesen. Er war mit der ältesten Tochter von August Meisenbach verheiratet, dem Seniorchef und Sohn des Gründers Georg Meisenbach. Als August Meisenbach im Dezember 1922 gestorben war, hatte Jakob Wochinger die Leitung der Firma Meisenbach Riffarth übernommen.

Die Vorstandsvorsitzenden von Obpacher waren 1927 (Wochinger) bzw. Anfang der 1930er Jahre (Kurt Adami) vom Aufsichtsrat entlassen worden. Sie hatten wohl eine Mitschuld an der Misere getragen⁶⁶⁴, wenngleich sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gerade für die Druckindustrie als extrem schwierig darstellten⁶⁶⁵. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung hatte Wochinger nun seine Chance gesehen, das Bankhaus H. Aufhäuser anzuschwärzen und sein vermutliches Missmanagement im Nachhinein reinzuwaschen. Mit

⁶⁵⁸ Im April 1929 musste aufgrund der hohen Verluste das Grundkapital der Obpacher AG von 1,8 Mio. RM auf 360 TRM herabgesetzt werden, der Verlust im Jahr 1928 betrug über 1,4 Mio. RM, BWA, V5/V219, Obpacher, Bericht Geschäftsjahr 1928. Der Handel mit Obpacher-Aktien wurde im Dezember 1932 von der Münchener Börse eingestellt, ebd., Münchener Börse, Bekanntmachung vom 12.12.1932.

⁶⁵⁹ BWA, V5/V219, Obpacher, Generalversammlungsprotokoll vom 25.10.1932.

⁶⁶⁰ Auch Ernst Kritzler, der bekanntlich Teilhaber bei den Bankhäusern S. Bleichröder und H. Aufhäuser war, saß ebenfalls jahrelang im AR, ebd., diverse Schriftstücke.

⁶⁶¹ Frankfurter Zeitung, 11.11.1929.

⁶⁶² Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA), MHIG 8125, Schreiben J. Wochinger an DAF, Gau München-Oberbayern, 07.09.1934, als Anlage von J. Wochinger an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, 18.09.1934, dort S. 2ff.

⁶⁶³ BWA, V5/V219, Obpacher, Bericht Geschäftsjahr 1928; ebd., Obpacher, Bericht Geschäftsjahr 1930; Dorothea Peters, Kunstverlage, in: Ernst Fischer/Stephan Füssel (Hg.), Geschichte des Deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Band 2/1: Die Weimarer Republik 1918-1933. München 2007, S. 463-508, hier S. 470.

⁶⁶⁴ Obpacher galt wohl gemeinhin als „schlecht geführtes Unternehmen“ (Sachverständiger Kastl), BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947 (1. Verhandlungstag), S. 54.

⁶⁶⁵ Vgl. Reinhard Wittmann, Hundert Jahre Buchkultur in München. München 1993, S. 122-125; Fischer, Geschichte, S. 470f.; BWA, V5/V219, Obpacher, Bericht Geschäftsjahr 1928; ebd., Obpacher, Bericht Geschäftsjahr 1927.

Eingaben an die Deutsche Arbeitsfront (DAF) und das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft⁶⁶⁶ im September 1934 versuchte er – unter Verweis seiner Mitgliedschaft bei der DAF wie in der NSDAP – sich der antisemitischen Ideologie der neuen Machthaber zunutze zu machen. So ließ er die Arbeitsfront wissen, dass seine Entlassung ein „Musterbeispiel“ wäre, „in welcher unverantwortlicher, planmäßiger, ja geradezu provozierender Weise, nach wie vor gewisse jüdische Bankkreise und ihre Hintermänner ihren unheilvollen, existenzvernichtenden Einfluss in der Privatwirtschaft ausüben, in dessen Auswirkung deutsche Volksgenossen als Opfer eines rücksichtslos geübten wirtschaftsschädlichen jüdisch-kapitalistischen Faustrechtes einem traurigen Schicksal der Verarmung und Verelendung erbarmungslos überantwortet werden.“⁶⁶⁷ Sich als „arisches“ Opfer des angeblich jüdisch dominierten Finanzkapitals darstellend, warf er Kraemer als Aufsichtsratsvorsitzenden von Meisenbach & Riffarth vor, ihn durch „jüdisch meisterlich gedrehten Verträge“⁶⁶⁸ aus dem Vorstand und die Familie Meisenbach-Wochinger in die Armut gedrängt zu haben. Was Wochinger besonders ärgerte war, dass die Entlassung aus dem Vorstand am 1. April 1933 geschah, „also zu einer Zeit, in der man die Juden im neuen Staat allenthalben aus Staat- und Wirtschaftsstellen entfernt hat“.⁶⁶⁹ Nach neun langatmigen Seiten diffamierender Anschuldigungen gegen das Bankhaus H. Aufhäuser im Allgemeinen und Kraemer im Besonderen kam Wochinger zu seinem eigentlichen Anliegen: Die DAF sollte ihren Einfluss dahingehend geltend machen, dass er seinen Vorstandsposten wiederbekomme. Wochingers Schlussbemerkung: „Der Jude Krämer [sic] i. Fa. A. Aufhäuser [sic] hat sich in wiederholten, mir bekannten Fällen unzweifelhaft als Volks- und Wirtschaftsschädling und als artwidriges, asoziales Element größten Formats gezeigt, dessen Unschädlichmachung dringend im Interesse der Allgemeinheit gelegen ist.“⁶⁷⁰

Auf einem geistigen Nährboden wie diesem, voller Rachegelüste und antisemitischer Stereotype, konnte die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung weidlich gedeihen.

Wochinger beschäftigte mit seinem Anliegen auch die Gerichte: Er hatte im Frühjahr 1934 gegen die Vorstandsvorsitzenden von Obpacher sowie Meisenbach Riffarth und gegen die maßgeblichen (jüdischen) Aufsichtsräte dieser Unternehmen Anzeige erstattet.⁶⁷¹ Unter den Beschuldigten war auch Kraemer, wobei Wochinger noch deutlich hervorhob, dass auch die anderen Teilhaber des Bankhauses H. Aufhäuser Juden seien. Die Anzeige lautete auf Betrug,

⁶⁶⁶ BayHStA, MHIG 8125, Schreiben J. Wochinger an DAF, Gau München-Oberbayern, 07.09.1934, als Anlage von J. Wochinger an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, 18.09.1934.

⁶⁶⁷ Ebd. Das „jüdische Bankkreise“ wurde vom Empfänger doppelt unterstrichen.

⁶⁶⁸ Ebd. Weiter hieß es: „Nur ein jüdisches Gehirn vermochte die wahren Absichten, die hinter den getätigten Verträgen verschleiert lagen, der Erkenntnis im Augenblick der Unterschriftsabgabe seitens der Familie Meisenbach-Wochinger in diese Form zu bringen!“

⁶⁶⁹ Ebd. (Unterstreichungen im Original).

⁶⁷⁰ An einer anderen Stelle des Briefes hieß es ferner, dass er (Wochinger) auf weitere Tatsachen hinweisen kann, „in denen Krämer [sic] bezüglich der von ihm geübten Geschäfts- und Berufsmoral längst als Volks- und Wirtschaftsschädling erkannt ist“, ebd. (Unterstreichungen im Original).

⁶⁷¹ Ebd. (Unterstreichungen im Original).

aktienrechtliche Untreue und Bilanzverschleierung. Nach der Voruntersuchung wurde ab Juli 1934 ein Verfahren eingeleitet, bei dem Geschäftsbücher, Korrespondenzen und weiteres Material beschlagnahmt wurden. Damit nicht genug, schrieb Wochinger im September 1934 noch an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft.⁶⁷² Er wollte, dass die Beschuldigten nicht nur strafrechtlich belangt werden, sondern verlangte das Einschreiten der Aufsichtsbehörde gegen dieses „Musterbeispiel wirtschaftlicher Unverantwortlichkeit und bankmäßigen Eigennutzes“, das auf „Verfehlungen gegen die grundlegenden Prinzipien von Anstand, Sitte und Wirtschaftsmoral“ basiere. Als „Arier“, NSDAP- und DAF-Mitglied ging er offensichtlich davon aus, dass gegen die Vorstände und jüdischen Aufsichtsräte vorgegangen werden würde. Letztere glaubte er wohl als mehr oder weniger Rechtlose unter nunmehriger nationalsozialistischer Herrschaft. Er nahm nicht wahr, dass die jüdischen Bankiers von der nationalsozialistischen Führung zur Erreichung ihrer Ziele weiterhin dringend benötigt wurden. Eine sichtbare Diskriminierung beispielsweise per Gesetz oder Verordnung hatte daher bis dahin nicht stattgefunden.

Der Nachfolger von Wochinger als Vorstandsvorsitzender von Obpacher, Kurt Adami, war ebenfalls bestrebt, die antisemitische Politik des Regimes für sich zu instrumentalisieren. Adami war 1934 von Kraemers Nachfolger als Aufsichtsratsvorsitzender, Schramm, entlassen worden, nachdem Obpacher weiterhin hohe Verluste geschrieben hatte.⁶⁷³ Diese in der Wirtschaft gängige Praxis griff Adami nun an. Aufschlussreich ist, dass Adami seine Beschwerde nicht gegen den „Arier“ Schramm führte, der ihn schließlich entlassen hatte, sondern gegen das jüdische Bankhaus H. Aufhäuser, das er offensichtlich hinter seiner Entlassung vermutete. Noch Ende 1933 hatte Adami der Bank herzlichst für die finanzielle Unterstützung Obpachers während der schweren Zeit infolge der Weltwirtschaftskrise gedankt. Die von Adami vorgebrachte antijüdisch-verschwörerische Argumentation haben wir bereits bei Wochinger gesehen und muss nicht nochmals wiedergegeben werden.

Ein weiterer Name wurde von den Denunzianten wiederholt aufgegriffen: Baron Theodor von Cramer-Klett jr. Sein Vater, Theodor (von) Cramer-Klett, war Begründer des Nürnberger Zweigs der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.G. (M.A.N.).⁶⁷⁴ Dieser hatte zudem als Wegbereiter bzw. Mitbegründer von Merck, Christian & Co., der Süddeutschen Bodencreditbank sowie der Münchener Rückversicherung den Aufstieg Münchens zum

⁶⁷² Ebd., J. Wochinger an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, 18.09.1934. Es folgte Ende September ein erneutes Schreiben mit weiteren „Beweisen“ gegen Kraemer an die DAF, ebd., Schreiben J. Wochinger an Deutsche Arbeitsfront, Bezirksleitung Bayern, 27.09.1934 bzw. im Oktober und November an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, ebd., J. Wochinger an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, 04.10.1934; ebd., J. Wochinger an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, 02.11.1934.

⁶⁷³ Siehe hier wie zum Folgenden ebd., H. Aufhäuser (M. Aufhäuser) an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft (Micheler), 20.06.1936.

⁶⁷⁴ Vgl. zum Folgenden Johannes Bähr, Die M.A.N.: Vorgeschichte, Entstehung und Aufstieg (1840-1920), in: ders./Ralf Banken/Thomas Fleming, Die MAN. Eine deutsche Industriegeschichte. München 2008, S. 132-227.

wichtigsten bayerischen Finanzplatz entscheidend geprägt.⁶⁷⁵ Bei seinem Ableben 1884, galt er als der reichste Mann in Bayern. Es war an seinem einzigen Sohn, das Erbe weiterzuführen. Nachdem der 1874 geborene Baron volljährig geworden war, hatte er den Verkauf der Maschinenbau-Actien-Gesellschaft Nürnberg eingeleitet. In der Folge kam es 1898 zur Fusion mit der Maschinenfabrik Augsburg zur M.A.N. Cramer-Klett wurde Aufsichtsratsvorsitzender dieses Unternehmens, das 1921 von der Gutehoffnungshütte (GHH) übernommen wurde. Vorstandsvorsitzender der GHH war Paul Reusch, der bei der „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser noch in Erscheinung treten wird. Theodor von Cramer-Klett trat von seinem Posten ab, entfremdete sich von Reusch und zog sich vollständig aus dem Unternehmen zurück. Cramer-Klett war damit Anfang der 1920er Jahre ein reicher Privatier mit einem Schloss in Hohenaschau, das sein Vater gekauft hatte, um in den erblichen Adelsstand aufsteigen zu können. Ein wichtiger Lebensmittelpunkt für beide war zudem München.

Zumindest einen Teil seines Vermögens hatte der jüngere Cramer-Klett dem Bankhaus H. Aufhäuser anvertraut. Im Zuge der Hyperinflation hatte er offenbar einen Großteil seines Vermögens verloren; was letztendlich 1942 dazu führte, dass sein Sohn das geerbte Schloss aus finanziellen Gründen verkaufen musste.⁶⁷⁶ Dieser finanzielle Abstieg der Familie Cramer-Klett war der Öffentlichkeit nicht verborgen geblieben. Wochinger führte den Fall Cramer-Klett in seinen Beschuldigungen gegen H. Aufhäuser ebenso an wie das von ihm hinzugezogene NSDAP-Mitglied Max Schleich, ein Versicherungsagent aus Hohenaschau, von dem Wochinger „wertvolle Aufschlüsse“ erhalten hatte.⁶⁷⁷ Ging es Wochinger um eine weitere Schädigung Kraemers – der überhaupt nicht der Vermögensverwalter von Cramer-Klett war, dies war Martin Aufhäuser –, ist das Motiv Schleichs nicht ersichtlich. Womöglich war dies eine konzertierte Aktion der beiden NSDAP-Mitglieder, um den Druck auf die Staatsanwaltschaft und damit auf das jüdische Bankhaus zu erhöhen. Dem Bankhaus H. Aufhäuser im Allgemeinen bzw. Kraemer im Speziellen wurde vorgeworfen, dass Cramer-Klett durch Obpacher-Transaktionen ein großer finanzieller Schaden entstanden war; im Raum stand eine Summe von 240.000 RM. Aufgrund der Anschuldigungen Schleichs, die wohl lediglich auf Hörensagen beruhten, wurde ebenfalls 1934 ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren gegen das Bankhaus H. Aufhäuser eingeleitet.

⁶⁷⁵ Vgl. Gömmel, Aufstieg, S. 97f., 114, 140. Cramer-Klett verfügte auch über fundierte Bankkenntnisse: Er hatte bei der Prager Bank Leopold Lämle eine Banklehre absolviert und war in leitender Tätigkeit bei einem Genfer Bankhaus beschäftigt gewesen, vgl. ebd., S. 114; <http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=2682> [17.03.2012].

⁶⁷⁶ Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_von_Cramer-Klett_junior [17.03.2012]. Theodor von Cramer-Klett war 1938 gestorben.

⁶⁷⁷ BayHStA, MHIG 8125, J. Wochinger an DAF, Gau München-Oberbayern, 07.09.1934; ebd., H. Aufhäuser (M. Aufhäuser) an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft (Micheler), 20.06.1936; ebd., J. Wochinger an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, 04.10.1934.

Gemein war den Angriffen Wochingers, Schleichs und Adamis, die sich in der Hauptsache gegen Kraemer richteten, dass versucht wurde, aus den Zeitumständen, mithin der antisemitischen Ausrichtung der NSDAP, Kapital zu schlagen. Die Motive waren dabei unterschiedlich. Wochinger und Adami ging es in der Hauptsache darum, auf Kosten Kraemers ihre Reputation wiederherzustellen und sich dadurch auch wieder in ihr altes Unternehmen einzuklagen. Schleichs Motivation muss unklar bleiben, womöglich wollte er einem Parteifreund zur Seite springen. Es ist darüber hinaus davon auszugehen, dass es ihnen mittels Denunziation darum ging, den Ruf des jüdischen Bankhauses anzugreifen, um diesem letztendlich die Wirtschaftsgrundlage zu entziehen. Wer mochte schon sein Vermögen bei einer Bank anlegen oder mit ihr Geschäfte tätigen, gegen das mehrere staatsanwaltliche Ermittlungen liefen?

Erwähnt sei noch eine besonders perfide Eingabe einer Frau Namens Elisabeth Bernhard an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft Ende 1935, die ebenfalls den offenbar weit verbreiteten Zeitgeist widerspiegelt.⁶⁷⁸ Die Eidgenössische Bank (Schweiz) hatte Aktien im Wert von insgesamt 39.000 Schweizer Franken verkauft gehabt. Der Auftrag hierzu hatte offensichtlich von der Besitzerin selbst gestammt und das Bankhaus H. Aufhäuser, das die Schweizer Wertpapiere nicht im eigenen Bestand führte, hatte die Order an die Eidgenössische Bank weitergegeben. Der Fall weist zwei Besonderheiten auf: Zum einen war die Beschwerdeführerin überhaupt nicht die Eigentümerin der veräußerten Aktien, also nicht die direkte vermeintlich Geschädigte. Die Wertpapiere hatten einer Frau Namens Anastasia Bernhard gehört, augenscheinlich eine enge Verwandte der Beschwerdeführerin. Zum anderen lag der Verkauf der Aktien ganze 17 Jahre zurück, er hatte im ersten Halbjahr 1918 stattgefunden. Darüber hinaus hatte die Beschwerdeführerin keinen Grund ihres Begehrens kund getan; sie wollte offensichtlich die herrschenden antisemitischen Umstände nutzen, um sich auf Kosten von Juden zu bereichern.

Das zeigt, dass schon frühzeitig Personen aus opportunistischen Motiven versuchten, den Zeitgeist auszunutzen. Die hier angeführten Beispiele sind im Duktus oder in der Sache mitunter als extrem zu bezeichnen, doch lässt sich nicht verleugnen, dass durch den propagierten Antisemitismus sich eine Dynamik entwickelte, bei der sich viele „Arier“ bereichern wollten.⁶⁷⁹ Das reichte vom Hamsterkauf des Hausrats auswanderungswilliger

⁶⁷⁸ BayHStA, MHIG 8125, Der Reichskommissar für das Kreditwesen (Ernst) an E. Bernhard, 18.12.1935. Siehe hierzu auch die Ausführungen bei Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub. Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Bonn 2005 (BpB).

⁶⁷⁹ Vgl. Christoph Kreutzmüller, Ausverkauf. Die Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit in Berlin 1930-1945. Berlin 2012, S. 218-241; Aly, Hitlers Volksstaat. Götz Aly vertritt die These, dass diese Bereicherungen staatlich gewollt waren, um vor allem das Wohlbefinden der Bevölkerung zu erlangen; dazu prägte er den Begriff „Gefälligkeitsdiktatur“. An dieser Stelle sei lediglich auf die heftige diesbezügliche Diskussion hingewiesen, aktuell zusammengefasst unter http://de.wikipedia.org/wiki/Hitlers_Volksstaat [14.01.2014].

Juden über Plünderungen bis schließlich zu „Arisierung“ von Unternehmen, bei der sich Käufer bei der IHK um geeignete Objekte regelrecht bewarben.⁶⁸⁰ Wir werden bei der „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser nochmals auf dieses Thema zurückkommen.

Doch noch waren die jüdischen Bankinhaber keineswegs so wehr- und schutzlos, wie Wochinger und die anderen glaubten. Dadurch war es ihnen möglich, und hier in erster Linie Martin Aufhäuser als Senior-Chef der Bank, eine Abwehrstrategie zu entwickeln und Aktionen gegen diese Anschuldigungen zu initiieren.

5.1.1. Die Abwehrstrategie und -maßnahmen Martin Aufhäusers gegen die persönlich motivierten Angriffe

Der Reichskommissar für das Kreditwesen, Friedrich Ernst, der vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft hinzugezogen worden war, informierte das Bankhaus H. Aufhäuser über Wochingers Anschuldigungen. Wobei dieser Vorgang an sich bemerkenswert ist, da der Chef der Aufsichtsbehörde die jüdischen Bankinhaber frühzeitig über einen Angriff eines „Arier“ informierte und ihnen damit die Möglichkeit gab, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Martin Aufhäuser tat dies, indem er sich an das Bayerische Wirtschaftsministerium wandte.⁶⁸¹ Er machte in seinem Schreiben zunächst auf die generelle Problematik aufmerksam, dass auch treue Kunden Bedenken dahingehend hätten, ob ihre Beziehungen zu einem jüdischen Bankhaus nicht die Missbilligung von offizieller Seite hervorrufe. Aus diesem Grund seien bereits wichtige Geschäftsverbindungen gelöst worden. Wohl wissend um die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung von der Kapitalkraft in jüdischen Händen machte Martin Aufhäuser darauf aufmerksam, dass damit auch die Platzierungsmöglichkeiten der Bank für öffentliche Anleihen beeinträchtigt werden könnten. Dabei muss man wissen, dass das Bankhaus H. Aufhäuser weiterhin im exklusiven Reichsanleihe-Konsortium vertreten war und dadurch dazu beitrug, dass diese Anleihen bei den Investoren untergebracht wurden. Mit einem weiteren Argument versuchte er – im Rahmen seiner Möglichkeiten – das Bayerische Wirtschaftsministerium unter Druck zu setzen: Seine Bank habe „mehrere tausend Kunden“, darunter seien eine „erhebliche Anzahl“ gewerblicher Unternehmen in ganz Deutschland.⁶⁸² Martin Aufhäuser listete über 20 Firmen auf, denen seine Bank Kredite von 100.000 bis zu über

⁶⁸⁰ Siehe die diversen Belege in BWA, K1, XXI 16a, 3. Akt. Die IHK gab dann auch Hilfestellung, wo am besten nach geeigneten Objekten zu suchen sei und wie eine „Arisierung“ vorstatten zu gehen habe, so IHK München an Hans Mengele, 03.11.1938.

⁶⁸¹ BayHStA, MHIG 8125, H. Aufhäuser (M. Aufhäuser) an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft (Micheler), 20.06.1936.

⁶⁸² Ebd. Es fällt auf, dass Martin Aufhäuser nur neun Tage nach seiner ersten Eingabe diese Ergänzung versandte. Man hat den Eindruck, als ob ihn jemand darauf hingewiesen habe, die oben angeführten Zusammenhänge – Kredite an gewerbliche Unternehmen und Arbeitsplätze – nochmals besonders hervorzuheben.

eine Mio. RM gewährt hat. Diese Firmen hätten allesamt eine „größere Belegschaft und Geschäftsausdehnung“. Die Stoßrichtung war eindeutig: Das Überleben der Unternehmen hänge sehr stark von ihm und seiner Bank ab, nur durch die Kredite wäre die weitere geschäftliche Tätigkeit der Firmen möglich. Sollte H. Aufhäuser durch die antisemitischen Maßnahmen und den Verlust der Kundschaft in Schwierigkeiten geraten, wären diese Firmen selbst in Gefahr und damit eine große Anzahl von Arbeitsplätzen. Und um darüber hinaus noch seine Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zu demonstrieren, die ja nach offizieller Lesart besonders den Mittelstand fördern wollte⁶⁸³, fügte Martin Aufhäuser als Schlussbemerkung hinzu, dass sich seine Bank insbesondere „auch die Unterstützung des gewerblichen Mittelstandes und der der Arbeitsbeschaffung dienenden Betriebe zur Aufgabe gemacht [hat].“

Mit anderen Worten: Martin Aufhäuser versuchte zwar auf der einen Seite, das Regime unter Druck zu setzen. Auf der anderen Seite war er aber auch bereit, seine Bank in den Dienst des Regimes zu stellen. Er tat dies nicht aus freien Stücken, sondern er sah sich wohl gezwungen, so zu handeln. Sein primäres Ziel war zweifelsohne der Erhalt des Bankhauses und die Fortführung des Erbes seines Vaters. Dafür war er gewillt, mit diesem bereits in Ansätzen zu erkennenden Terrorregime ein Stück weit zusammenzuarbeiten. Aus individuell rationaler Unternehmersicht ist sein Verhalten nachvollziehbar.⁶⁸⁴ Martin Aufhäuser stand mit seiner Haltung auch nicht alleine, sondern sie darf als weitverbreitet bezeichnet werden. So sah sich das Bankhaus Gebr. Arnhold in Dresden frühzeitig seitens des Gauleiters und Reichsstatthalters Martin Mutschmann Bemühungen ausgesetzt, das Bankhaus notfalls mit ungesetzlichen Mitteln zu entfernen.⁶⁸⁵ Um die Existenz ihres Unternehmens zu sichern, bekundeten auch die Inhaber des Bankhauses Gebr. Arnhold ihre Bereitschaft, „dem Aufrufe und dem Willen der Reichsregierung, den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands mit allen Kräften und allen geeignet erscheinenden Mitteln zu fördern, zum Siege zu verhelfen.“⁶⁸⁶ Dies war keiner nur nach außen getragenen notwendigen Anpassung geschuldet, sondern man glaubte in der Tat, dass trotz aller antisemitischen Tendenzen jüdische Privatbankiers „bleiben und womöglich unserem der wirtschaftlichen Wiedererstarkung Deutschlands dienenden Berufe nachgehen [könnten]“, so Adolf Arnhold.

Inwieweit die Eingaben Martin Aufhäusers zu Aktionen seitens des Bayerischen Wirtschaftsministeriums führten, lässt sich *ex post* schwer einschätzen. Zumindest ist nicht

⁶⁸³ So sah das Parteiprogramm der Nationalsozialisten von 1920 die „Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung“ vor, Feder (Hg.), Programm, S. 20.

⁶⁸⁴ Siehe in diesem Zusammenhang auch Voigt, Institutionenökonomik, S. 39.

⁶⁸⁵ Vgl. Köhler, „Arisierung“, insbes. S. 209; Lässig, „Judenpolitik“, insbes. S. 152f.

⁶⁸⁶ Die Dienste unseres Hauses. Überreicht vom Bankhaus Gebr. Arnhold Dresden-Berlin, Dresden ²1934, S. 4, zitiert nach Lässig, „Judenpolitik“, S. 147. Das folgende Zitat aus den Lebenserinnerungen von Arnhold (Vorwort) ebd. Ähnlich auch Max M. Warburg, vgl. Hoffmann, Warburg, S. 141.

überliefert, dass das Ministerium versuchte hat, auf die Staatsanwaltschaft einzuwirken bzw. sich mit ihr in Verbindung zu setzen. In jedem Fall ist festzustellen, dass die Justiz im Aufhäuser-Fall bürokratisch korrekt ihrer Arbeit nachging und dieses Verhalten den Fortbestand der Bank sichern half. Zu beachten gilt dabei, dass der Rechtsrahmen sich seit 1933 zwar geändert hatte und es die „Nicht-Arier“ diskriminierende Gesetze und Verordnungen erlassen wurden, dennoch bestand die Rechtsgrundlage der Weimarer Republik weiterhin fort.⁶⁸⁷ Vonseiten der Reichsführung wurde versucht, die „Judenpolitik“ durch zahlreiche Einzelregelungen zu gestalten. Dies machte es zum einen komplizierter und zum anderen zog sich die rechtliche Diskriminierung der Juden in die Länge. Damit gab es zunächst auch kein Gesetz o.Ä., dass die Juden vor Gericht *per se* schlechter stellte als „Arier“. So ist bei den Ermittlungen im Wochinger-Aufhäuser-Fall zu beobachten, dass die Justiz sich an die geltenden Gesetze hielt und Kraemer bzw. das Bankhaus H. Aufhäuser seitens der Ermittlungsbehörden nicht diskriminiert wurden: Das von Wochinger angestrebte Verfahren gegen die ehemals und teils aktuellen Handelnden von Obpacher und Meisenbach, Riffarth wurde nach Abschluss der Voruntersuchungen Anfang 1935 vom zuständigen Gericht und auf Antrag der Oberstaatsanwaltschaft rechtskräftig eingestellt.⁶⁸⁸ Auch das von Schleich angestrebte Verfahren wurde, so Martin Aufhäuser, im Einvernehmen der Beteiligten „wegen des völlig einwandfreien Verhaltens“ von H. Aufhäuser „ohne weiteres eingestellt“. ⁶⁸⁹ Dabei hatte auch der vermeintlich geschädigte Cramer-Klett offenbar klargestellt, dass er von der Bank mitnichten unreell behandelt worden war.

Wenngleich das kein Einzelfall war und andere Gerichte sich ähnlich verhielten⁶⁹⁰, lassen sich diese Fälle wohl dennoch nicht verallgemeinern, denn es bestand vor allem in den Anfangsjahren vielerorts eine Diskrepanz zwischen dem ideologischen Anspruch der Nationalsozialisten und den bestehenden Rechtsbestimmungen.⁶⁹¹ Es hing daher offenbar vom Willen und den Möglichkeiten der Parteigrößen vor Ort ab, inwieweit die Justiz noch weitgehend unabhängig und objektiv handelte, oder ob sie mehr den Vorgaben der

⁶⁸⁷ BayHStA, StK, 6411, Reichsminister der Justiz (Gürtner) an Oberlandesgerichtspräsidenten in Köln, 14.03.1936; Ralph Angermund, „Recht ist, was dem Volke nutzt.“ Zum Niedergang von Recht und Justiz im Dritten Reich, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft. Bonn 1992 (BpB), S. 57-75, argumentiert zwar, dass die Justiz oft uneingeschränkt im Sinne der nationalsozialistischen Politik gehandelt hätte (S. 61), er hebt jedoch an anderer Stelle selbst hervor, dass sich bei Angehörigen der oberen Mittelschicht häufig ein anderes Verhalten gezeigt hätte (S. 64). Dazu auch passend die Aussagen der NSDAP und Gestapo, dass die Justiz „verbürgerlicht“ und „reaktionär“ geurteilt hätte (S. 61).

⁶⁸⁸ BayHStA, MHIG 8125, Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft an Reichskommissar für das Kreditwesen (Ernst), 06.03.1935 (darin Abdruck Oberstaatsanwalt beim Landgerichte München I (Jaenicke) an den Generalstaatsanwalt bei dem Oberlandesgerichte München; die weiteren im Schreiben vom 06.03. angeführten Beilagen sind nicht enthalten); ebd., Aufhäuser (M. Aufhäuser) an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft (Micheler), 20.06.1936. Siehe in diesem Zusammenhang auch Köhler, „Arisierung“, S. 115.

⁶⁸⁹ BayHStA, MHIG 8125, H. Aufhäuser (M. Aufhäuser) an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft (Micheler), 20.06.1936.

⁶⁹⁰ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 115.

⁶⁹¹ Vgl. Angermund, „Recht“, S. 60f.

Parteigenossen befolgte. Bei einem Gerichtsprozess – der interessanterweise ebenfalls 1934 stattfand – im direkten Einflussgebiet des besagten Gauleiters Mutschmann gegen das Bankhaus Gebr. Arnhold in Dresden ist jedenfalls zu beobachten, dass die Staatsanwaltschaft sich nicht scheute, rechtsstaatliche Prinzipien über Bord zu werfen, um entsprechend den nationalsozialistischen Vorstellungen handeln zu können.⁶⁹² Dieses Vorgehen widersprach jedoch dem Vorgehen der wirtschaftsorientierten Stellen im Reich, wie einerseits die permanenten Auseinandersetzungen zwischen Schacht und Mutschmann demonstrierten. Andererseits zeigt es sich ferner an der Reaktion des Reichskommissariats für das Kreditwesen auf die Anschuldigungen Wochingers gegen Kraemer bzw. das Bankhaus H. Aufhäuser.⁶⁹³ Der zuständige Sachbearbeiter des Reichskommissariats, den Micheler vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft im Sommer 1936 besuchte, war über die Angriffe Wochingers, Adamis und Schleichs „sehr gut unterrichtet“. Doch dieser unterstützte diese Diffamierungsversuche keineswegs, sondern zeigte sich vielmehr verwundert, „dass sich die bayerischen Stellen die Verdrehungen und Verleumdungen dieser Leute gefallen ließen.“ Auch die Reaktion des Reichskommissars Ernst selbst auf die Beschwerde der Münchenerin Bernhard wegen des Wertpapiergeschäfts von 1918 spiegelt diese Haltung wider: Er lehnte die Beschwerde rundweg ab.⁶⁹⁴

Die Behörden, die für wirtschaftliche Angelegenheiten zuständig waren, funktionierten mithin Ende 1935 anders, als die Frau aus München wie auch Wochinger, Adami und Schleich es sich vorgestellt hatten: Eine generelle Diskriminierung von Juden hatte auf ökonomischen Gebiet bis zu diesem Zeitpunkt eben noch nicht stattgefunden. Hinzu kam, dass Ernst um die Wichtigkeit der jüdischen Bankiers für die deutsche Wirtschaft wusste, speziell die Privatbankiers mit Auslandskontakten.⁶⁹⁵ Eine ungeordnete Beseitigung dieser wichtigen Säule der Finanzwelt konnte er daher nicht gutheißen. Wenngleich Martin Aufhäuser gleich nach Bekanntgabe der Bestrebungen Wochingers in Aktion trat, hätte es daher eigentlich keiner besonderen Abwehrmaßnahmen seinerseits bedurft, da die Bank von ihrem Netzwerk in seiner Gesamtheit profitierte und damit von den wirtschaftlich orientierten Reichsstellen geschützt wurde. Er konnte die Ansicht dieser Behörden bestenfalls mit seinen Argumenten weiter stützen.

⁶⁹² Vgl. Lässig, „Judenpolitik“, S. 156ff. Möglich, dass Wochinger durch diesen Prozess zu seinem Schritt ermuntert wurde, auch bei Gebr. Arnhold ging es um eine Beteiligung der Bank und ein sanierungsbedürftiges Unternehmen (Sachsenwerk).

⁶⁹³ BayHStA, MHIG 8125, Vermerk Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft (Micheler), 02.07.1936. Folgende Zitate ebd.

⁶⁹⁴ Ebd., Der Reichskommissar für das Kreditwesen (Ernst) an Elisabeth Bernhard, 18.12.1935.

⁶⁹⁵ BWA, K1, XXI/16, 79. Akt, Der Reichskommissar für das Kreditwesen (Ernst) an IHK München, 30.11.1937. Ernst wurde 1941 selbst persönlich haftender Gesellschafter der 1712 gegründeten Privatbank Delbrück, Schickler & Co., vgl. Ralf Ahrens, Die Dresdner Bank 1945-1957. Konsequenzen und Kontinuitäten nach dem Ende des NS-Regimes. München 2007, S. 147.

5.2. Staatliche Angriffe

5.2.1. Fiehlers Vorgehen gegen das Bankhaus H. Aufhäuser

Münchens Oberbürgermeister Fiehler versuchte über die Indienstnahme verschiedener Institutionen auf lokaler wie auf Reichsebene, jüdische Unternehmer vom Wirtschaftsleben auszuschließen, beispielsweise durch ihren Ausschluss von öffentlichen Aufträgen⁶⁹⁶. Er war nicht der Einzige, der diese Bestrebungen hegte, jedoch hatten seine Aktionen dadurch besonderes Gewicht, dass er Leiter des NSDAP-Hauptamtes für Kommunalpolitik war und über diese Funktion die antisemitischen Angriffe zusammen mit anderen Kommunalpolitikern lenken und koordinieren konnte.⁶⁹⁷ Für die jüdische Bevölkerung verschärfend hinzu kam, dass Hitler 1935 München die Ehrenbezeichnung „Hauptstadt der Bewegung“ verlieh. Der gescheiterte Hitlerputsch und die jährlichen, pompösen Inszenierungen hierzu sowie die Tatsache, dass die Parteizentrale der NSDAP ihren Sitz in München hatte, konnten als Argument dienen. Der Wert dieser Bezeichnung wird in der Wissenschaft unterschiedlich beurteilt.⁶⁹⁸ Fiehler jedenfalls extrahierte für sich aus dieser Auszeichnung eine Sonderstellung Münchens im Reich.⁶⁹⁹ Umso mehr sah er sich dadurch unter parteiinternem und öffentlichem Druck gesetzt, die Geschäftsbeziehungen zum jüdischen Bankhaus H. Aufhäuser abubrechen bzw. abbrechen zu müssen, „gerade als Leiter der Hauptstadt der Bewegung“ mochte er sich „einer Kritik nicht gern aussetzen“⁷⁰⁰.

Hinzu kamen persönliche Aversionen Fiehlers gegen Banken bzw. das Bankgeschäft an sich: „Im ganzen deutschen Reich sollte das einmal durchdringen, dass wir nicht auf die Banken angewiesen sind, sondern umgekehrt. Die Banken sind darauf angewiesen, dass wir den Zins überhaupt noch bezahlen können. Wenn wir ihn nicht mehr bezahlen können, stehen die Banken still.“⁷⁰¹ Wie der NSDAP-Ideologe Feder⁷⁰² und womöglich von ihm beeinflusst sah auch Fiehler die Hauptaufgabe der Banken in der Kreditvergabe – aber eben offenbar ohne Zinsen. Nach seiner Interpretation hätten sich insbesondere jüdische Banken nicht der Kreditversorgung zur Aufgabe gemacht, sondern sich dem Spiel an der Börse hingegeben und

⁶⁹⁶ Vgl. Hanke, Geschichte, S. 123, 126.

⁶⁹⁷ Vgl. Wolf Gruner, Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1/2000 (48. Jahrgang), S. 75-126, insbes. S. 94-98.

⁶⁹⁸ Die Diskussion zusammenfassend Heusler, Braune Haus, S. 201-217, siehe ferner S. 217-235.

⁶⁹⁹ Wie ernst Fiehler diese Bezeichnung nahm, mag man auch daran ermessen, dass er im Briefkopf „Der Oberbürgermeister der Hauptstadt der Bewegung“ führte, „München“ wurde nicht mehr erwähnt.

⁷⁰⁰ BAB, R 3101/15514, K. Fiehler an F. Wiedemann, 04.02.1937. Siehe zu dem Sachverhalt insgesamt auch Ulrich, Aufstieg, S. 349f.

⁷⁰¹ StadtAM, Film 702/11, Haushaltsausschuss-Sitzung (geheim), 12.04.1929 [im Artikel des BA habe ich fälschlicherweise das Datum 18.03.1929 angegeben].

⁷⁰² Vgl. Feder, Programm, S. 22, 37ff.; Fiehler verwendete auch das Vokabular des Parteiprogramms („Wucher“, „Schieber“); siehe ferner Gottfried Feder, Kampf gegen die Hochfinanz. München 1933, insbes. S. 21f., 51f., 55, 95; Fischer, Jüdische Privatbanken, S. 5ff.

dies noch in betrügerischer Art und Weise.⁷⁰³ Eine Behauptung, die bei näherer Betrachtung wiederum nicht standhält, insbesondere in dieser Verallgemeinerung. Beim Bankhaus H. Aufhäuser war bekanntlich das reine Spekulationsgeschäfte aufgrund des Vertrags mit S. Bleichröder sogar ausdrücklich verboten. Auch das „Gehirn“ der Deutschen Bank, Oscar Wassermann, aus einer angesehenen jüdischen Bankiersfamilie entstammend, hatte auf dem Bankierstag 1925 zu bedenken gegeben, dass es nicht Aufgabe des Bankiers sein könne, zu spekulieren.⁷⁰⁴ Es waren wie gesehen im großen Umfang jüdische Privatbankiers, die nach der Inflation über ihre personalen Kontakte ins Ausland massenhaft Kredite ins Land geholt und damit wesentlich dazu beigetragen hatten, dass die deutschen Unternehmen und Kommunen überhaupt mit Kapital und Geld in annähernd ausreichendem Maße versorgt werden konnten. Diese für die deutsche Wirtschaft sehr nützlichen Netzwerke der jüdischen Bankiers sodann als Teil einer das Reich gefährdenden Weltverschwörung („Weltfinanzjudentum“) zu verunglimpfen, macht die ganze Angelegenheit mehr als abstrus. Dessen ungeachtet war es Fiehlers Ziel, die jüdischen Bankiers aus Deutschland zu vertreiben.

Fiehler verstand die Beschlüsse des Nürnberger Reichsparteitags von 1935 als Signal, um gegen „nicht-arische“ Banken vorzugehen. Er wandte sich an die Reichsführung, um auszuloten, welche Aussichten bestünden, die jüdischen Bankiers aus dem öffentlichen Anleihegeschäft herauszudrängen und bestehende Beziehungen zu beenden.⁷⁰⁵ Wilhelm Keppler als „Beauftragter für Wirtschaftsfragen“ lehnte Fiehlers Vorhaben jedoch ab. Ausschlaggebend waren in diesem Fall innenpolitische Argumente. Der Emissionsprospekt für die neue Reichsschatzanweisung war von vielen jüdischen Banken unterschrieben worden, darunter auch vom Bankhaus H. Aufhäuser. Dies habe, so Keppler, in der Öffentlichkeit für „großes Aufsehen“ gesorgt. Schachts Kalkül – wie von Keppler sicher zu Recht vermutet – wäre gewesen, hierdurch jüdisches Geld in die Zeichnung der Schatzanweisung zu lenken. Keppler war sich auch bewusst, dass ein entsprechender Vorstoß Fiehlers vom Reichsbankpräsidenten nicht goutiert werden würde „und die Diskussion über den Gegensatz zwischen Präsident Schacht und der Partei erneut anfinge.“ Was einen erneuten Vorstoß Fiehlers offen ließ, war Kepplers Hinweis, dass er nur „den augenblicklichen Zeitpunkt“ für

⁷⁰³ Für Fiehler siehe StadtAM, Film 702/11, Haushaltsausschuss-Sitzung (geheim), 12.04.1929. Wobei Feder die Geldleihe prinzipiell dem Staat überlassen wollte, vgl. Feder, Kampf, S. 60

⁷⁰⁴ Vgl. Feldman, Deutsche Bank, S. 224. Zugleich erkannte er aber die wichtige wirtschaftliche Funktion der Spekulation an. Siehe hierzu auch jüngst diesen Aspekt betonend Plumpe, Wirtschaftskrisen, insbes. S. 11-14.

⁷⁰⁵ BAB, R 3101/15514, W. Keppler an Philipp Bouhler, 23.09.1935 (Abschrift als Anlage des Schreibens K. Fiehler an F. Wiedemann, 04.02.1937). Folgende Zitate ebd. Dass es darum ging, die „jüdischen Privatbankiers aus dem öffentlichen Anleihegeschäft zu verdrängen, indem er dort alle kommunalen Anleihen kündigte“, steht so nicht in dem von Ulrich ebenfalls herangezogenen Schreiben Kepplers, Ulrich, Aufstieg, S. 320; ähnlich auch Kopper, Bankenpolitik, S. 238. Es wäre auch unlogisch gewesen, wenn er einen Vorschlag gemacht hätte und diesen mit der Reichsführung absprechen wollte, aber zuvor bereits alle Anleihen gekündigt hätte, was rein rechtlich auch nicht möglich war.

„ungeeignet“ hielt. Kepplers Rat an den Münchener Oberbürgermeister war, dass er die Verbindungen der Stadt zu jüdischen Banken „nach Möglichkeit“ einschränken solle.

Anfang 1937 – ein besonderer Anlass ist nicht erkennbar – sah Fiehler die Zeit gekommen, um einen erneuten Vorstoß zu wagen. Er stellte eine offizielle Anfrage beim Stab des Führers Fritz Wiedemann, unter welchen Umständen er die bestehenden Geschäftsbeziehungen zur – wie er es nannte – „jüdisch beeinflussten“ Bayerischen Vereinsbank in München und zu H. Aufhäuser abbrechen könne.⁷⁰⁶ Der jüdische Einfluss bei der Bayerischen Vereinsbank war allerdings schon begrenzt: Das jüdische Bankhaus Mendelssohn hielt über das Haus in Amsterdam elf Prozent des Aktienkapitals und hatte zu der Zeit nur noch einen Sitz im 18-köpfigen Aufsichtsrat. Das Vorgehen Fiehlers gegen die Bayerische Vereinsbank ist daher als besonders perfide zu beurteilen. Die Bank galt, wie er selbst richtig feststellte, „nach den geltenden Bestimmungen als arisch“ und damit bestand keinerlei rechtlicher Grund für Fiehlers Vorstoß. Zumal die Stadt hinsichtlich ihres Geldbedarfs nach seiner eigenen Darstellung sogar Nachteile zu befürchten hatte. Für Fiehler genügte es, dass die Bank angeblich unter jüdischem Einfluss stand und nach außen als solche wahrgenommen wurde.⁷⁰⁷ Bei der Darstellung des Bankhauses H. Aufhäuser verschwieg der Münchener Oberbürgermeister nicht die bestehenden vertraglichen Bindungen mit ihr. Dazu zählten die inländischen Inhaberschuldverschreibungen, bei denen H. Aufhäuser als Zahlstelle genannt wurde, die Pfund-Anleihe von 1928 und die Kredite von Kleinwort, Sons & Co. sowie der damit über das jüdische Bankhaus laufende Schuldendienst. Nicht zu unterschätzen sind neben der Lazard-Anleihe die Kleinwort-Kredite, denn diese fielen unter das Kreditabkommen über deutsche öffentliche Schuldner und damit bestand eine vertragliche Bindung mit dem Ausland, bei der H. Aufhäuser damit eine wesentliche Rolle innehatte.

Wie bereits bei seinem ersuchten Versuch, wagte es Fiehler nicht, ohne Rücksprache mit der obersten Reichsführung die Geschäftsbeziehungen zu den beiden Banken abzubrechen.⁷⁰⁸ Der Oberbürgermeister sah sich vermehrt in der sehr unkomfortablen Situation zwischen Szylla und Charybdis: Einerseits wollte er der (vermeintlichen) Kritik seitens der Partei durch den Abbruch der bestehenden Beziehungen zu H. Aufhäuser (und der Bayerischen Vereinsbank) entgegenwirken, andererseits „aber den zuständigen Reichs- und Parteistellen keine Ungelegenheiten bereiten“⁷⁰⁹, die im Schreiben Kepplers von 1935 zum Ausdruck gekommen

⁷⁰⁶ BAB, R 3101/15514, K. Fiehler an F. Wiedemann, 04.02.1937.

⁷⁰⁷ Vgl. Franz Steffan, Bayerische Vereinsbank 1869-1969. Eine Regionalbank im Wandel eines Jahrhunderts. Würzburg 1969, S. 284-289; BAB, R 3101/15514, K. Fiehler an F. Wiedemann, 04.02.1937.

⁷⁰⁸ Die Bayerische Vereinsbank spielte in der weiteren Korrespondenz keine Rolle mehr. Sie war jedoch ab 1938 verstärkten Angriffen u.a. seitens Görings ausgesetzt und es endete mit dem Verkauf des Aktienpaketes der GHH und dem Ausscheiden Reuschs aus dem Aufsichtsrat Anfang 1938; vgl. Steffan, Bayerische Vereinsbank, S. 284-289; Bähr, MAN, S. 295.

⁷⁰⁹ BAB, R 3101/15514, K. Fiehler an F. Wiedemann, 04.02.1937. Folgende Zitate ebd.

waren. Wiedemann sollte für Fiehler abklären, ob er „die vertraglichen Abmachungen mit dem jüdischen Bankhaus H. Aufhäuser, die aus der Zeit vor der Machtergreifung stammen, ohne Rücksicht auf die allenfalls dadurch veranlassten Erörterungen, insbesondere im Ausland, abbrechen soll“. An dieser Stelle spiegelt sich die ganze Verlegenheit der Nationalsozialisten in den Anfangsjahren zwischen ideologischem Wollen und der Grenzen des Möglichen exemplarisch wider. Auch Fiehler war sich mithin bewusst, dass sein Vorstoß in erster Linie aus außenpolitischen Erwägungen scheitern könnte; der kausale Bezug wurde von ihm explizit hergestellt.

Um Fiehlers Anliegen beurteilen zu können, wandte sich Wiedemann an das Reichswirtschaftsministerium und bat um Stellungnahme, „1.) wieweit das Bankhaus Aufhäuser noch als jüdisch bezeichnet werden kann, 2.) ob die Verbindung der Stadt München mit dem Bankhaus Aufhäuser überhaupt gelöst werden kann.“ Auch wenn das „noch“ in der ersten Frage irritiert, bedarf sie keiner weiteren Erläuterung, da das Bankhaus inhaberseitig keinerlei Änderung erfahren hatte und damit weiterhin rein jüdisch war. Die zweite berührte dagegen Fragen von prinzipieller Natur. Das Reichswirtschaftsministerium wiederum wandte sich direkt an die Stadt München, um Klarheit über die Anleiheverträge und den Zahlstellen zu erhalten. Dass die Adjutantur des Führers die Angelegenheit sehr ernst nahm verdeutlicht ein Schreiben Wiedemanns, in dem er rund drei Wochen nach seiner Anfrage das Ministerium an die Angelegenheit erinnerte.⁷¹⁰ Nachdem das Reichswirtschaftsministerium die notwendigen Informationen aus der bayerischen Landeshauptstadt erhalten hatte, bezog es schließlich klar Position.⁷¹¹ Die Stadt München wäre „sowohl auf Grund der Anleiheverträge als auch auf Grund der in den Verkehr gebrachten Schuldverschreibungen rechtlich verpflichtet, sich bei der Einlösung der Zinsscheine und der ausgelosten Anleihestücke des Bankhauses H. Aufhäuser zu bedienen.“ Das Ministerium sehe daher „keine Möglichkeit, wie sich in legaler Weise die Hauptstadt der Bewegung dieser Verpflichtung entziehen könnte.“ Das Ministerium stellte unmissverständlich fest, dass das im Übrigen für alle jüdischen Bankhäuser gelte, die als Zahlstelle von Münchener Anleihen angegeben seien.⁷¹² Das Reichswirtschaftsministerium machte ferner darauf aufmerksam, dass die vertraglichen Vereinbarungen auch mit jüdischen Bankhäusern vor dem Hintergrund eingehalten werden müssten, um den Anlegern – eben auch für künftige Anleiheemissionen – Rechtssicherheit und das notwendige Vertrauen in solche Geschäfte zu bieten. Die Vorgehensweise und Darlegung des Reichswirtschaftsministeriums liefert Indizien, dass es nicht *per se* gegen eine Diskriminierung jüdischer Bankhäuser einschritt. Wichtig war dem Ministerium in der Hauptsache, dass der

⁷¹⁰ Ebd., F. Wiedemann an RWM, 15.03.1937. Das RWM wartete noch auf die Antwort aus München, ebd., Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister an F. Wiedemann, 18.03.1937.

⁷¹¹ Ebd., Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister an Wiedemann, 24.03.1937. Folgende Zitate ebd.

⁷¹² Fiehler hatte seine Anfrage in einem Schreiben an das RWM nunmehr auf alle jüdischen Bankhäuser, die als Zahlstelle von Münchener Stadtanleihen genannt waren, erweitert gehabt, ebd., K. Fiehler an RWM, 15.03.1937.

Abbruch der Geschäftsbeziehungen legal vonstatten vorzugehen hatte und die ausländischen Verpflichtungen bzw. Rückwirkungen berücksichtigt werden mussten.⁷¹³ Das Reichswirtschaftsministerium wie die Reichskanzlei konnten aus den Eingangs genannten Gründen einem solchen kapitalen Rechtsbruch – wie das Reichswirtschaftsministerium dezidiert festgestellt hatte, hätte ein Abbruch der Beziehungen der Stadt München zum Bankhaus H. Aufhäuser nichts anderes bedeutet – nicht zustimmen. Damit war auch der zweite Angriff Fiehlers auf das Bankhaus H. Aufhäuser ins Leere gelaufen.⁷¹⁴

5.2.2. Der Vorstoß des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda

Kaum war diese Angelegenheit für das Bankhaus H. Aufhäuser überstanden, wobei unklar bleiben muss, inwieweit die Eigentümer von diesem Vorgang Kenntnis erhielten, startete Josef Goebbels' Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda von im Juni 1937 einen Anlauf gegen jüdische Banken⁷¹⁵ – und untergrub damit das oben erwähnte gemeinsame Vorgehen mit Schacht. Wie im bereits vorgenannten Fall schaltete auch der Reichsausschuss für Fremdenverkehr, der „im Auftrage“ des Reichspropagandaministeriums handelte, das Reichswirtschaftsministerium als Fachorgan ein. Der Reichsausschuss übersandte diesem eine Liste mit Banken, die Reiseverkehrssonderkonten verwalten durften (*selected banks*), d.h. sie führten die Geldebuchungen beim Reiseverkehr von der Insel nach Deutschland und *vice versa* durch. Dies war ein sehr exklusiver Kreis, dem nur 32 Banken im gesamten Reichsgebiet angehörten, davon einige Niederlassungen ausländischer Banken. Zu den diese Sonderkonten-führenden Instituten gehörten acht jüdische Privatbanken: Gebr. Arnhold, H. Aufhäuser, S. Bleichröder, J. Dreyfus & Co., Simon Hirschland, Anton Kohn, Mendelssohn & Co. und M.M. Warburg & Co.⁷¹⁶ Die größten noch verbliebenen jüdischen Privatbanken waren an dieser Stelle aufgelistet. Die Verbindungen untereinander waren vielfältig, wie das Beispiel H. Aufhäuser zeigt: Die engen Beziehungen zu Gebr. Arnhold und S. Bleichröder wurden bereits beschrieben. Zum Bankhaus Simon Hirschland bestanden zumindest familiäre

⁷¹³ Siehe hierzu ebenfalls ebd., Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister, Vermerk, 24.03.1937.

⁷¹⁴ Ein Antwortschreiben F. Wiedemanns an K. Fiehler konnte nicht ermittelt werden. Im Mai belehrte das RWM die Kommunen, dass sie sich legal aus den vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den jüdischen Banken entledigen könnten. Dabei wurde Fiehler explizit auf das Bankhaus H. Aufhäuser hingewiesen. Er solle versuchen, die Bank „zu einem Verzicht seiner Ansprüche aus den Kreditverträgen zu bewegen. Ein solcher Verzicht dürfte auch dem wohlverstandenen Interesse des Bankhauses entsprechen“, RWM an K. Fiehler, 13.05.1938, zitiert nach Fischer, Jüdische Privatbanken, S. 26 Fn. 92.

⁷¹⁵ BAB, R 3101/15514, Reichsausschuss für Fremdenverkehr an den Reichs- und Preußischen Wirtschaftsminister, 08.06.1937 (mit Begleitschreiben und Verzeichnis der Banken). Folgendes Zitat ebd. Siehe auch Ulrich, Aufstieg, S. 321; Köhler, „Arisierung“, S. 228, insbes. Fn. 103. Köhler erwähnt jedoch nicht, dass die Initiative vom Reichspropagandaministerium ausging.

⁷¹⁶ Anggeführt und als jüdisches Bankhaus gekennzeichnet wurde auch Sal. Oppenheim jr. & Cie. Gleichwohl es weiterhin Angriffen ausgesetzt war – nicht zuletzt von Baron Schröder –, kann das Kölner Bankhaus spätestens seit 1936 nicht mehr als jüdisch betrachtet werden, vgl. Treue, Das Schicksal des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. im Dritten Reich. Wiesbaden 1983, S. 13-18, Stürmer u.a., Wägen, S. 368f., 379, 389 (Abb.).

Beziehungen, denn einer der beiden Söhne von Martin Aufhäuser, Walter, hatte in die Familie Hirschland eingeheiratet. Die für das Jahr 1938 bedeutende Rolle Max Warburgs für das Münchener Bankhaus wird im anschließenden Kapitel dargelegt.

Eine konkrete Forderung wurde vom Reichsausschuss für Fremdenverkehr respektive dem Reichspropagandaministerium mit dem Schreiben nicht erhoben, man wollte lediglich „auf diesen Umstand besonders hinweisen.“ Eine Abschrift bekamen auch die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung und das Reichsbankdirektorium. Letzteres erkannte die Intuition der Anfrage sehr wohl und erklärte, man könne „in keiner Weise gegen die bestehenden Verhältnisse einschreiten“. ⁷¹⁷ Argumentiert wurde, dass die in der Liste genannten Institute, insbesondere die jüdischen, „von den ausländischen Bankenausschüssen zu Führung von Registerkonten ausgewählt worden sind.“ ⁷¹⁸ Was die Angelegenheit aus Sicht der Reichsbank besonders brisant machte, war der Umstand, dass viele dieser ausländischen Banken deutsche Stillhaltekredite betreuten. Deshalb müsse, so das Reichsbank-Direktorium, es ihnen überlassen bleiben, wo sie ihre Konten in Deutschland führen lassen möchten. Würde die Reichsregierung mit „irgendwelchen einschränkenden Maßnahmen“ diese Befugnisse und Rechte der Gläubigerbanken einschränken, würde diese nach „bisherigen Erfahrung schärfsten Widerspruch finden“ und womöglich „sogar das Weiterbestehen der Stillhaltung gefährden.“ Die Reichsbank fürchtete also um einen abrupten Abzug der ausländischen Kredite und damit um eine weitere Verschärfung der ohnehin prekären Devisenlage, mit seinen negativen Rückwirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation. Die Angelegenheit wurde dann vom Reichspropagandaministerium auch nicht mehr weiterverfolgt.

Es zeigte aber wiederum, dass lokale Behörden bzw. Einzelpersonen sowie Reichsstellen mit der bestehenden Situation unzufrieden waren und die jüdischen Banken nun endgültig aus dem Wirtschaftsleben beseitigen wollten. Insbesondere das Reichswirtschaftsministerium und die Reichsbank – beide unter dem Einfluss Schachts stehend – wandten sich mit ökonomischen Argumenten gegen diese Bestrebungen und konnten sie zunächst abwehren. Auch an dieser Stelle profitierte das Bankhaus H. Aufhäuser wieder davon, dass es ein wichtiger Bestandteil eines für die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik essenziell angesehenen Netzwerkes war. Abwehrmaßnahmen der jüdischen Bankinhaber waren daher nicht von Nöten, sie wussten von diesen Bestrebungen Fiehlers und der Reichsbehörden wahrscheinlich nicht einmal etwas. Nichtsdestotrotz waren sie offensichtlich nicht so naiv zu glauben, dass nicht noch schwierigere Zeiten als bisher bevorstehen würden, denn insbesondere Martin Aufhäuser begann, diverse Abwehrstrategien zu entwickeln.

⁷¹⁷ BAB, R 3101/15514, Reichsbank-Direktorium an Reichs- und Preußischen Wirtschaftsminister, 11.06.1937 (Abschrift).

⁷¹⁸ Ebd.

5.3. Die Strategie, aus einem jüdischen Unternehmen ein weitgehend „arisches“ zu machen

Die folgenden Maßnahmen hatten ganz offensichtlich zum Ziel, das jüdische beim Bankhaus so weit wie möglich in den Hintergrund treten und es so weit wie möglich als „arisches“ Unternehmen erscheinen zu lassen.

5.3.1. Karl Ritter von Halt als „politischer Verbindungsmann“

Das Bankhaus H. Aufhäuser beschäftigte mehrere „Bankbeamte“, wie die Angestellten damals hießen, mit NSDAP-Parteibuch. Darunter waren einige mit reichsweiten Funktionen. So war der Vertrauensratsvorsitzende der Bank, Rudolf Schüssler, zugleich Reichsleiter für Hirnverletzte.⁷¹⁹ Von weit größerer Bedeutung war aber ein anderes Parteimitglied: Karl Ritter von Halt. Dieser war von 1923 bis Ende 1935 Personalchef des Bankhauses H. Aufhäuser und zuletzt Generalbevollmächtigter⁷²⁰. Er hatte zwar eine Banklehre abgeschlossen – bei der Deutschen Bank in München – und war anschließend in der Effektenabteilung tätig gewesen, dennoch kann man ihn kaum als Finanzexperten ansehen.⁷²¹ Bezeichnend ist, dass er seine erste Promotion mit einem finanzwissenschaftlichen Thema abgebrochen hatte und 1922 eine eher sportbezogene Arbeit zum Abschluss brachte.⁷²² Er verfügte aber über andere für die Bank vorteilhafte Kapitalien bzw. Eigenschaften: Er war „Arier“, ein bekannter deutscher Sportler (u.a. fünfmaliger Deutscher Meister im Zehnkampf), ein hochdekorierter Veteran des Ersten Weltkriegs und daraufhin mit der bayerischen Ritterwürde ausgezeichnet worden, aber vor allem war er NSDAP- und SA-Mitglied⁷²³ sowie ein anerkannter Sportfunktionär mit Kontakten zu den höchsten nationalsozialistischen Machthabern. Ritter von Halt war seit 1931 1. Vorsitzender der „Deutschen Sportbehörde für Athletik“ und namentlich war er IOC-Mitglied und Präsident des Organisationskomitees Olympische Winterspiele. In dieser Funktion organisierte er die Spiele 1936 in Garmisch-Partenkirchen, hielt die Eröffnungsrede und

⁷¹⁹ BayHStA, MHIG 8125, Vermerk Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft (Micheler), 02.07.1936; BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 103. Schüssler war Jahrgang 1893 und von April 1923 bis März 1945 in der Bank tätig.

⁷²⁰ Die Ausführung bei Heimerzheim, dass er „stellvertretender“ Generalbevollmächtigter gewesen sei, findet in den Akten keine Bestätigung, Peter Heimerzheim, Karl Ritter von Halt – Leben zwischen Sport und Politik. Sankt Augustin 1999, S.123.

⁷²¹ Ebd., S. 20, 30.

⁷²² Er wechselte von „Preisbildung und Preisbewegung am Markte der Dividendenpapiere von 1911-1920“ zu „Die Pflege der Leibesübungen an Hochschulen. Ein Beitrag zur regenerativen Bevölkerungspolitik“, vgl. ebd., S. 57f.

⁷²³ Ritter von Halt war im Mai 1933 der NSDAP beitreten, vgl. ebd., S. 93; James, Deutsche Bank, S. 342 Fn. 60.

hofierte bei dieser Gelegenheit Hitler und weitere Parteigrößen.⁷²⁴ Jene Olympischen Spiele (die Sommerspiele fanden im selben Jahr in Berlin statt) also, die den jüdischen Bürgern eine gewisse Ruhephase bei der Verfolgung brachte, um das Ausland nicht zu verschrecken und einen möglichen Boykott hauptsächlich der US-Amerikaner zu vermeiden.⁷²⁵ Ritter von Halt war mithin ein prominentes Parteimitglied und eine Person, mit der man sich schmücken und den politischen Anpassungsdruck entgegenwirken konnte.⁷²⁶ Zudem stand für ihn nicht die Partei im Vordergrund, sondern der Sport, obgleich er durchaus bestrebt war, beides zu verquicken.⁷²⁷ Er war also keiner, bei dem zu befürchten war, dass er sich aktiv in die Unternehmensgeschäfte und -politik einmischen würde.

Zu Halts engen Bekanntschaften zählte der Reichsstatthalter in Bayern, Franz Xaver Ritter von Epp⁷²⁸. Nach der Machtergreifung reaktivierte von Halt im März 1933 seinen Kontakt zu seinem ehemaligen Regimentskommandeur, um sich über die Haltung der neuen Machthaber hinsichtlich der bürgerlichen Sportverbände zu orientieren.⁷²⁹ Die „Deutsche Turnerschaft“ hatte sich der neuen Situation schnell angepasst und zügig Juden und Marxisten ausgeschlossen. Ritter von Halt wollte mit seinem „Deutschen Reichsausschuss für Leibesübungen“ (DRAfL) nicht ins Hintertreffen geraten und suchte daher das Gespräch mit von Epp, um einen Bestandsschutz für die bürgerlichen Sportverbände zu erreichen; was ihm auch gelang und seinen Weg in die nationalsozialistische Bewegung ebnete. Der Wert des von Epp zugesicherten Bestandsschutzes sei aufgrund seiner begrenzten Macht⁷³⁰ dahingestellt. Deutlich tritt dessen ungeachtet jedoch zutage, dass von Halt über gute Kontakte zu den neuen Machthabern verfügte und diese auch aktivierte, um zumindest nominell einen Bestandsschutz für einen ihm wichtigen Bereich zu erlangen. Daher stellt sich die Frage, ob er auch seine Kontakte einsetzen würde, um ebenfalls eine Art Bestandsschutz für seinen jüdischen Arbeitgeber zu erreichen.

⁷²⁴ Siehe auch die Fotos unter

http://members.gaponline.de/alouis.schwarzmueller/ns_zeit_1936_olympiade_text/06_ritter_von_halt.htm [06.10.2012]

⁷²⁵ Heimerzheim, Karl Ritter von Halt, S. 109-115; Alexander Emmerich, Olympia 1936. Trügerischer Glanz eines mörderischen Systems. Köln 2011, S. 96f.

⁷²⁶ Siehe auch die eidesstattliche Erklärung von Oswald Rösler nach dem Krieg (Vorstandsmitglied ab 1933, Vorstandssprecher Deutsche Bank 1942-1945, wo Halt ab 1936 tätig war): „Herr Halt sollte die Interessen der Bank im Kampf gegen die Partei und deren Gliederungen vertreten“, ebd., S. 123.

⁷²⁷ Vgl. ebd., S. 124; James, Deutsche Bank, S. 343.

⁷²⁸ Siehe zu Epp jüngst Bernhard Grau, Steigbügelhalter des NS-Staats – Franz Xaver Ritter von Epp und die Zeit des 'Dritten Reichs', in: Krauss (Hg.), Rechte Karrieren, S. 29-51. Epp war ein überzeugter Nationalkonservativer und Traditionalist, „der dem NS-Staat seinem Namen lieb, ohne dessen totalitären Anspruch zu teilen“ (S. 51) und damit von Halt dahingehend sehr ähnlich.

⁷²⁹ Vgl. Heimerzheim, Karl Ritter von Halt, S. 90f.

⁷³⁰ Ritter von Epp war auch nur einer von zweien, die Reichsstatthalter waren, aber nicht zugleich Gauleiter, vgl. Grau, Steigbügelhalter, S. 40f.; Benz, Enzyklopädie, S. 695.

Ritter von Halt hielt als monarchistischer Sympathisant anfänglich Distanz zur NSDAP, er war sogar Mitglied im „Verein zur Bekämpfung des Antisemitismus“.⁷³¹ Die Aussage Halts nach 1945, er wäre nur auf besonderen Wunsch Martin Aufhäusers zum 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten, erscheint daher nicht abwegig. Auch wenn solche späteren Darstellungen aufgrund ihres meist apologetischen Charakters mit großer Vorsicht zu beurteilen sind, hat sie in diesem Fall durchaus Plausibilität und wurde zusätzlich von seinem Vorgesetzten sowie damaligen Generalbevollmächtigten Josef Bayer bestätigt. Die Logik die wohl dahinterstand war, dass Halt „nur als Parteimitglied der Bank in ihrer damaligen politischen Schwierigkeit helfen könnte“, er also mithilfe seiner Stellung und Kontakte die Bank gegen Angriffe der Machthaber abschirmen sollte.⁷³² Ritter von Halt sollte damit bei H. Aufhäuser als eine Art „politischer Verbindungsmann“ (Heimerzheim) fungieren. Und dies auf nationaler wie innerbetrieblicher Ebene.

Trotz dieser günstigen Ausgangssituation ist jedoch nicht erkennbar, dass der Personalchef seine Beziehungen nutzte, um sich bei Behörden für den Fortbestand des Bankhauses H. Aufhäuser oder eine Minderung der nationalsozialistischen Angriffe einzusetzen. Im innerbetrieblichen Verhältnis scheint es sich ähnlich verhalten zu haben. Der Personalchef war zugleich auch Betriebsführer. Diese Position stand normalerweise dem Inhaber zu, doch Martin Aufhäuser wollte offenbar den übergeordneten Organisationen wie dem „Treuhänder der Arbeit“ oder der DAF keine Angriffsfläche bieten und übertrug von Halt diese im Januar 1934 durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“⁷³³ geschaffene obligatorische Stelle, welche das Führerprinzip auch in den Betrieben festsetzte. Die Tätigkeiten von Halts als Personalchef bzw. Betriebsführer müssen mangels überlieferter Unterlagen im Dunkeln bleiben. Es war aber zumindest nicht sein Verdienst, dass jüdische Angestellte weiterhin beschäftigt wurden, denn dies war auch nach seinem Weggang der Fall. Aber Martin Aufhäuser hatte offensichtlich die Hoffnung, dass sein Personalchef im Notfall dabei helfen würde, seine vielfältigen und teils hochrangigen Verbindungen für die Bank, bei der er angestellt war, einzusetzen.⁷³⁴

⁷³¹ Vgl. Heimerzheim, Karl Ritter von Halt, S. 84f., 93f.

⁷³² Vgl. ebd., S. 85, 93 (Zitat). Dass er der Partei entgegen seiner politischen Überzeugung beigetreten sei (S. 93), ist schwer zu beurteilen. Dagegen sprechen seine SA-Zugehörigkeit (siehe auch S. 94) sowie sein sehr ausgeprägter Nationalstolz (insbes. S. 47f). Gleichwohl ist nicht zu leugnen, dass er sich vor allem gegen Ende der Weimarer Republik um eine Völkerverständigung bemühte (S. 77), sich der NSDAP gegenüber reserviert zeigte und wie bereits erwähnt Mitglied im „Verein zur Bekämpfung des Antisemitismus“ war (S. 84f.).

⁷³³ Vgl. RGBI, 1934 (I), S. 45-56.

⁷³⁴ Seine Tätigkeiten als Sportfunktionär waren alle ehrenamtlich, er war also auch auf das Gehalt von Aufhäuser angewiesen, vgl. Heimerzheim, Karl Ritter von Halt, S. 97. Siehe in diesem Zusammenhang auch die Aussage Abs nach dem Krieg, dass von Halt die Bank „über viele Schwierigkeiten hinweg geholfen hat“, Historische Gesellschaft der Deutschen Bank (Hg.), Gründungsveranstaltung, S. 41, zitiert nach ebd., S. 129.

Daher war Martin Aufhäuser nicht bereit, seinen vermeintlich starken Trumpf ohne Weiteres herzugeben: In Reaktion auf ein Angebot der Deutschen Bank 1935 an von Halt war er offenbar sogar bereit, seinen Personalchef zum Teilhaber zu machen.⁷³⁵ Wie Martin Aufhäuser erkannte auch die Deutsche Bank die Vorzüge eines Personalchefs mit NSDAP-Parteibuch, bei dem nicht zu erwarten war, dass er massiv nationalsozialistisches Gedankengut in die Bank einführen würde. Ritter von Halt lehnte Martin Aufhäusers Offerte ab: Anfang 1936 wurde er Personalchef der Deutschen Bank-Zentrale in Berlin und 1938 erstes Vorstandsmitglied mit NSDAP-Parteibuch. Die oben beschriebenen Mechanismen – Zähmung der Bestrebungen der Nationalsozialistischen Betriebszellen (NSBO) und insbesondere der DAF durch einen angesehenen Repräsentanten der NSDAP – konnte sich nun also die Berliner Großbank zunutze machen: „Es war im wesentlichen von Halt zu verdanken, dass die Angriffe von seiten [sic] der NSDAP gegen die Deutsche Bank nicht schärfer und konsequenter vorgetragen wurden.“⁷³⁶ Es hat den Anschein, und dafür sprechen diverse Indizien, dass von Halt sich nicht allzu sehr für eine jüdische Bank exponieren wollte, da er – was bereits bei Kunden der Bank zu beobachten war –, negative Folgen für sich und seine Verbandstätigkeit befürchtete.⁷³⁷ Unwahrscheinlich erscheint daher, dass von Halt dabei geholfen hätte, die „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser in eine für die jüdischen Inhaber vorteilhafte Richtung zu lenken.

Dabei hätte sich mittelfristig gesehen ein Verbleib bei H. Aufhäuser möglicherweise auch für von Halt ausgezahlt: Unter dem immensen Anpassungsdruck ab 1938 hätte eine Lösung *à la* Oppenheim oder Warburg⁷³⁸ mit von Halt an der Spitze von H. Aufhäuser eine Option sein können. Diese Möglichkeit wurde nach dem Weggang von Halts obsolet, zumal er nach seinem Wechsel jeglichen Kontakt zu den Aufhäusers, mit denen er angeblich befreundet war und rauschende Faschingspartys gefeiert hatte, sofort abbrach.⁷³⁹ Er tat dies augenscheinlich nicht als Antisemit, sondern als Opportunist; er wollte die Nähe zu Juden aus Angst vor möglichen Repressalien seitens der Partei meiden. Spätestens mit seinem Weggang zur Deutschen Bank war auch für Martin Aufhäuser offenkundig, dass die Inhaber des Bankhauses H. Aufhäuser mit keinerlei Unterstützung Halts rechnen konnten, worauf er augenscheinlich bis zuletzt gezählt hatte. Sollte die Strategie aufgehen, das jüdische Bankhaus nach außen hin so zu platzieren, als wäre es ein weitgehend „arisches“ Unternehmen, musste ein neuer Weg gefunden werden, um dieses Ziel zu realisieren.

⁷³⁵ So seine Ehefrau, Grete von Halt, in einem Interview vom 25.08.1982 (Historisches Archiv (Institut) der Deutschen Bank), zitiert nach ebd., S. 123 Fn. 536.

⁷³⁶ Beschluss des Präsidiums des Deutsche Bank-Aufsichtsrates in seiner Eigenschaft als Personalausschuss vom 05.09.1938, zitiert nach Carl-Ludwig Holtfrerich, Die Deutsche Bank vom Zweiten Weltkrieg über die Besatzungsherrschaft zur Rekonstruktion 1945-1957, in: Gall u.a. (Hg.), Deutsche Bank, S. 409-578, hier S. 411. Siehe ferner James, Deutsche Bank, S. 38, 342f., 365f.; Heimerzheim, Karl Ritter von Halt, S. 122-125, 128-133.

⁷³⁷ Siehe in diesem Zusammenhang auch Heimerzheim, Karl Ritter von Halt, S. 95.

⁷³⁸ Vgl. Köhler; „Arisierung“, S. 350-356, 328-337.

⁷³⁹ Vgl. Heimerzheim, Karl Ritter von Halt, S. 109; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 73.

5.3.2. Die Eingaben beim Reichswirtschaftsministerium

Das Bankhaus H. Aufhäuser sandte am 20. Juni 1936 ein Schreiben an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und bat von Amtsseite um eine Bestätigung, „dass im Sinne der Reichsregierung der geschäftliche Verkehr mit der Bankfirma wegen des nicht-arischen Charakters der [...] Inhaber einer Beanstandung nicht ausgesetzt ist.“⁷⁴⁰ Dass Geschäftskunden ihre Verbindung zu H. Aufhäuser aus Angst vor Repressalien kappten, gab dabei nicht nur der Geschäftsleitung zu denken, sondern auch dem Inspektor des Bankhauses H. Aufhäuser, Hans Denk. Der Bankinspektor, naturgemäß NSDAP-Mitglied, machte sich das Aufhäuser-Schreiben zu eigen und wandte sich seinerseits direkt an das Reichswirtschaftsministerium. Unter Verweis auf die 150 Angestellten der Bank zeigte er sich besorgt, „dass alte und wichtige Kunden ihre Geschäftsbeziehungen zu der Firma abbrechen, offenbar aus der Besorgnis, dass die Geschäftsverbindungen wegen der Zugehörigkeit der Inhaber zur jüdischen Rasse ihnen nachteilig sein könnte.“ Dadurch seien die Arbeitsplätze der Bankangestellten sowie aufgrund der Kreditbeziehungen zu anderen Unternehmen weitere 40.000 Arbeitnehmer gefährdet.

Der Bankinspektor verlangte aber keineswegs eine rasche „Arisierung“ der Bank; vor einer Liquidation wurde aus naheliegenden Gründen mit dem Hinweis auf die allgemeine Bedeutung der Bank für das bayerische Wirtschaftsleben sogar ausdrücklich gewarnt. Denk wies zudem mit Nachdruck darauf hin, dass bis auf ganz wenige Ausnahmen die Angestellten der Bank „arischer“ Abstammung und über die Hälfte zudem Parteigenossen seien. Darüber hinaus hob er die soziale Einstellung der Bank – und hier können nur die Inhaber gemeint gewesen sein – hervor, von der auch NSDAP-Mitglieder von Anbeginn ihres Kampfes profitiert hätten. Beachtenswert ist, dass der Bankinspektor zum einen diesen Schritt ging, man mithin von einer konzertierten Aktion zwischen den jüdischen Inhabern und dem Parteimitglied sprechen kann. Zum anderen und insbesondere ist die Tatsache hervorzuheben, dass Denk das Bankhaus bzw. seine Inhaber in einem sehr positiven Licht erscheinen ließ und sich kaum verhohlen für ihren Verbleib aussprach.

Die gemeinsame Aktion der Geschäftsinhaber und des Bankinspektors führte zu einem beachtlichen Ergebnis: Das Reichswirtschaftsministerium erstellte eine Richtlinie, „dass angesichts der Wirtschaftslage eine unterschiedliche Behandlung nicht-jüdischer und jüdischer Firmen aus sachlichen Gründen nicht durchgeführt werden kann [...] Auch jüdischen

⁷⁴⁰ BAB, R 3101/15514, RWM (Hoppe/Köhler) an H. Aufhäuser (Denk), 16.07.1936. Für das Folgende und die Zitate siehe ebd. Zitiert auch bei Köhler, „Arisierung“, S. 122; Harold James, Verbandspolitik im Nationalsozialismus. Von der Interessenvertretung zur Wirtschaftsgruppe: Der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes 1932-1945. München/Zürich 2001, S. 176f.; Ulrich, Aufstieg, S. 349. Das Originalschreiben der Bank an das Bayerische Staatsministerium konnte nicht ermittelt werden. Im Schreiben des RWM an Denk wurde darauf jedoch mehrfach Bezug genommen. Der Aufhäuser-Brief wurde auch dem Bankenkommissar weitergeleitet.

Unternehmen, die gewillt sind, sich der nationalsozialistischen Wirtschaftsführung zu fügen und tatkräftig am Aufbau der deutschen Wirtschaft mitzuarbeiten, ist die gesetzliche Möglichkeit dazu gegeben. Im Sinne dieser Richtlinien liegt es daher nicht, wenn der geschäftliche Verkehr mit der genannten Firma lediglich wegen der Rassenzugehörigkeit der Inhaber behindert wird.“ Dass ein weiteres jüdisches Bankhaus oder Unternehmen eine solche Bescheinigung erhielt, ist nicht bekannt. Zwar wurde die Wirkung des Schreibens dahingehend eingeschränkt, dass davon „nicht zu allgemeinen Werbezwecken, sondern nur in begründeten Einzelfällen Gebrauch gemacht werden [darf]“ und es unter dem Vorbehalt „etwaiger besonderer Anordnungen der Partei“ stand, war das Schriftstück dennoch von weitreichender Bedeutung. Den Bankinhabern wurde suggeriert, dass es, wenn es die nationalsozialistischen Regeln befolge und sich im Dienst der Wirtschaft stelle, auch unter jüdischer Führung gleichsam einen Bestandsschutz hätte.⁷⁴¹ Diese Einschätzung wurde dadurch verstärkt, indem vom Reichswirtschaftsministerium darauf verwiesen wurde, dass Ausnahmen zu den erlassenen Richtlinien möglich seien, diese „hier aber nicht in Betracht“⁷⁴² kämen.

Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass zumindest ein Teilerfolg erreicht werden konnte, denn es wurde von einer Reichsbehörde festgelegt, dass das Bankhaus H. Aufhäuser im Wirtschaftsverkehr wie ein „arisches“ Unternehmen zu behandeln wäre. Die Einschränkung, dies dürfe nicht zu Werbezwecken verwandt werden, schränkte den praktischen Nutzen gleichwohl ein. Es scheint darüber hinaus zum ersten Mal durch, was auch bei der „Arisierung“ eine zentrale Rolle spielen sollte: Die meisten beteiligten Personen glaubten, dass die Bank ohne Martin Aufhäuser nicht weitergeführt werden könne. Mit seinen Eingaben trug der Seniorchef gewiss seinen Teil zur Herausbildung dieser Sichtweise bei. Da nur ein Teilerfolg erreicht wurde, sah sich Martin Aufhäuser offensichtlich gezwungen, den ultimativen Schritt zu gehen und als Reichsbürger anerkannt zu werden.

5.3.3. Martin Aufhäusers Ausnahmeantrag auf Vollzug des Reichsbürgergesetzes

Die Bescheinigung des Reichswirtschaftsministeriums war zwar beachtlich und half dabei, das Bankhaus H. Aufhäuser in das nationalsozialistische Wirtschaftssystem bis auf Widerruf einzubinden, war aber aufgrund der Einschränkung für eine Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung nicht verwertbar; die Reduktion der Kunden und damit des Geschäfts ließ sich damit kaum aufhalten. Nachdem auch noch von Halt die Bank Ende 1935 verlassen hatte, dürfte Martin Aufhäuser spätestens jetzt realisiert haben, dass die Existenz von H. Aufhäuser

⁷⁴¹ Das Antwortschreiben des RWM war an das Bankhaus H. Aufhäuser zu Händen an Denk gerichtet. Da die Inhaber und Denk, wie aus dem Schreiben eindeutig hervorgeht, sich abgestimmt hatten, besteht kein Zweifel, dass auch die Gesellschafter von dieser Mitteilung Kenntnis erhielten.

⁷⁴² Unterstreichungen im Original.

akut gefährdet war. Martin Aufhäuser entschloss sich daher zu einem mutigen, unter Privatbankiers nicht einmaligen⁷⁴³, aber gleichermaßen verzweifelten Schritt. Er konsultierte im Mai 1937 die Berliner Reichskanzlei und stellte einen „Ausnahmeantrag auf Vollzugs des Reichsbürgergesetzes“. Was nichts anderes hieß, als dass er als „Reichsbürger“ anerkannt werden wollte, da er nach den Nürnberger Rassegesetzen als „Volljude“ nur noch „Staatsangehöriger“ war. Nach geltendem Recht bestand diese Möglichkeit, bedurfte jedoch der persönlichen Zustimmung Hitlers – und war damit praktisch aussichtslos.⁷⁴⁴

Martin Aufhäusers Vorgehen war dem ungeachtet wohl kalkuliert, er wusste sehr genau, an welchen Stellen er bei seinen Begründungen ansetzen musste. Zum einen führte er die Verbindung des Bankhauses zur Firma Obpacher an. Sollte der Fortbestand von H. Aufhäuser gefährdet sein – was bei seinem Ausscheiden als maßgebliche Person der Bank zu erwarten wäre – wäre durch die Verquickung auch die Existenz von Obpacher in großer Gefahr. Martin Aufhäuser war sicher nicht entgangen, dass die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ein Hauptziel der nationalsozialistischen Führung war und die Realisierung der Vollbeschäftigung ein Großteil ihrer Popularität ausmachte. Indem er auf die gefährdeten Arbeitsplätze anspielte, hoffte er auf ein Entgegenkommen der maßgeblichen Stellen. Da zu der Zeit bereits Fachkräftemangel herrschte, war dies gleichwohl ein relativ schwaches Argument. Zum anderen führte er seine Mitgliedschaft im Reichsanleihekonsortium sowie die Beziehungen zu den ausländischen Banken an. Damit verwies Martin Aufhäuser auf die mögliche Störung bei der inländischen Kreditaufnahme des Reichs sowie auf eine mögliche Kappung der ausländischen Kreditlinien. Beides waren wie bereits dargestellt wurde Punkte für die nationalsozialistischen Machthaber.

Der Antrag Aufhäusers wurde auch nicht rundweg abgelehnt, sondern die Reichskanzlei wandte sich an die Regierung von Oberbayern, die wiederum Ende Oktober 1937 die IHK München-Oberbayern einschaltete und um Informationen zu den von Martin Aufhäuser angeführten Sachverhalten bat. Die IHK ihrerseits ging zweigleisig vor, um die nötigen Auskünfte zu erhalten: Einerseits wandte sie sich am 5. November direkt an den Antragsteller und wollte die ausländischen Bankfirmen, die von ihm persönlich abhingen, „vertraulich“ genannt haben.⁷⁴⁵ Das Hauptaugenmerk der IHK lag dabei – bezeichnenderweise – auf den britischen und US-amerikanischen Banken. Die anderen von Martin Aufhäuser angeführten Punkte wurden an dieser Stelle nicht hinterfragt. Andererseits unterrichtete die IHK am selben Tag den Oberbürgermeister Fiehler, Justizrat Ferdinand Schumann (Hypo-Bank), Heinrich

⁷⁴³ Der Bankier Fritz Andreae vom renommierten Bankhaus Hardy & Co, Berlin, und langjähriger Vorsitzender des AR der Dresdner Bank, hatte sich ebenfalls vergeblich um einen Reichsbürgerbrief bemüht, vgl. Ziegler, Dresdner Bank, S. 151 Fn. 82; http://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Andreae [09.11.2014].

⁷⁴⁴ RGBl, 1935 (I), S. 1146. Siehe hierzu auch Moser/Winkler, Wegmarken, S. 88f.; Köhler, „Arisierung“, S. 366ff.; Friedländer, Dritte Reich, S. 292.

⁷⁴⁵ BWA, K1, XXI/16, 79. Akt, IHK München an M. Aufhäuser, 05.11.1937.

Martin, über den keine Informationen vorliegen, sowie August von Finck über Martin Aufhäusers Antrag; der Kreis wurde im Laufe der Zeit noch erweitert. Die Handelskammer erbat Auskunft zur angeführten Obpacher-Angelegenheit, zur Mitgliedschaft der Bank im Reichsanleihekonsortium sowie zu der Frage, ob H. Aufhäuser „Beziehungen zu ausländischen Banken hat, die für die deutsche Wirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung sind“, wobei die Bedeutung der Person Martin Aufhäusers für diese Kontakte besonders hinterfragt wurde.⁷⁴⁶

Als erster antwortete am 10. November Fiehler – in einem bemerkenswert sachlichen Ton. Ruft man sich die mehrfachen Bemühungen Fiehlers in Erinnerung, die Verbindungen der Stadt zu H. Aufhäuser zu kappen, verwundert es, dass er diese Gelegenheit nicht nutzte, um H. Aufhäuser im Allgemeinen und Martin Aufhäuser im Speziellen in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen und die Rolle der Bank für die deutsche Wirtschaft kleinzureden. Die Wörter „jüdisch“ oder „Jude“ wurden von Fiehler überhaupt nicht verwendet. Warum sich Fiehler so verhielt, kann aufgrund der Akten nicht geklärt werden und muss ein Stück weit rätselhaft bleiben. Aber oft ist ja das interessant, was nicht gesagt wird. So fällt auf, dass Fiehler die Beziehungen H. Aufhäusers zu den englischen Banken Lazard und Kleinworth nur kurz dargelegt hat. Dass H. Aufhäuser über diese Institute Kredite an die Stadt vermittelt hatte, thematisierte Fiehler genauso wenig wie die weiteren Geschäftsbeziehungen der Stadt zur Bank aufgrund der Inlandsanleihen. Dies war womöglich auch der Grund für seine Zurückhaltung: Da ihm die bestehenden Verbindungen zum jüdischen Bankhaus wie gesehen unbehaglich waren, nicht zuletzt aus einem möglichen Imageschaden als Oberbürgermeister der Hauptstadt der Bewegung, hielt er sich hier möglichst bedeckt.

Zu den für Martin Aufhäuser positiven Rückmeldungen zählte die von Otto Stens; von wem er um Stellungnahme gebeten wurde, lässt sich nicht mehr feststellen. Stens war Vorstandsmitglied der Gebr. Obpacher AG und Parteimitglied der NSDAP. Er lobte Martin Aufhäuser in den höchsten Tönen und Stens war der einzige, der sich explizit für die Verleihung der Reichsbürgerrechte an Martin Aufhäuser einsetzte.⁷⁴⁷ Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass dies auch im Interesse der Firma Obpacher selbst war. Denn Stens selbst führte aus: „Diese Hilfe [von H. Aufhäuser] hätte nach meiner fester Überzeugung das Unternehmen von keiner anderen Seite erhalten, sondern wäre völlig zusammengebrochen: Ebenso ist es gänzlich ausgeschlossen, dass nunmehr ein anderes Bankhaus die Kredite der Firma H. Aufhäuser ablösen und zu weiterer Hilfstellung [sic] dem Betriebe gegenüber sich

⁷⁴⁶ Ebd., IHK München an den Oberbürgermeister der Hauptstadt der Bewegung, an Justizrat Ferdinand Schumann, an Heinrich Martin, an August von Finck, 05.11.1937. Dieser Sachverhalt wird auch behandelt bei James, Verbandspolitik, S. 173-184 (James „unterschlägt“ jedoch, dass Finck seitens der IHK um Stellungnahme gebeten wurde); Moser/Winkler, Wegmarken, S. 88f. und Köhler, „Arisierung“, S. 367f.

⁷⁴⁷ BWA, K1, XXI/16, 79. Akt, O. Stens an IHK München, 02.12.1937.

bereitfinden würde. Der Fortbestand dieses Bankgeschäftes bedeutet also eine Lebensfrage für diesen großen Industriebetrieb und die Erhaltung der Arbeitsplätze seiner Gefolgschaft, die angesichts der Lage des graphischen Gewerbes schwerlich Aussicht auf anderweitiges Unterkommen hätte.⁷⁴⁸ Wenn man die Ausführungen Stens' liest, gewinnt man jedoch den Eindruck, dass hier nicht nur opportunistisches Verhalten an den Tag gelegt wurde, sondern der wirkliche Wille vorhanden war, einem Geschäftspartner in einer extremen Lage zu helfen – so, wie es Martin Aufhäuser bei Obpacher getan hatte.

Dass man auch anders auf die IHK-Anfrage antworten konnte, zeigte das Beispiel August von Finck von der Münchener Privatbank Merck Finck & Co.⁷⁴⁹ Seine Ausführungen hatten Gewicht, war er doch Vertrauensmann der Fachgruppe Privatbankiers sowie Landesobmann für den Wirtschaftsbezirk Bayern und mit den neuen Machthabern exzellent vernetzt. Seinen Posten als Vertrauensmann hatte er wohl auch seiner Nähe zu führenden Nationalsozialisten zu verdanken: Die Bank Merck Finck & Co. führte die Partei- und Privatkonten von Christian Weber und Hans Frank, darüber hinaus stand August von Finck in seiner Funktion als Direktor und Finanzverwalter des Renommierprojekts „Haus der deutschen Kunst“ in enger Verbindung zu Hitler.⁷⁵⁰ In mehreren Schritten nutzte von Finck die Chance, Martin Aufhäusers Antrag mit einer Liquidation des Bankhauses H. Aufhäuser in Verbindung zu bringen.

Zu Anfang stellte von Finck die Solidität der Bank in Zweifel, in dem er die Frage unberücksichtigt lassen wollte, „ob im Falle des Ausscheidens des Herrn Martin Aufhäuser die Verbindlichkeiten der Firma auch ohne das private Vermögen des Herrn Martin Aufhäuser als gedeckt zu betrachten sind.“ Gleichzeitig schob er nach, dass eine Nichtgenehmigung des Ausnahmeantrages nicht zwangsläufig ein Ausscheiden Martin Aufhäusers aus der Bank bedeuten würde, da er weiterhin die deutsche Staatsangehörigkeit besäße. Zum Verhältnis Obpacher-Aufhäuser hätte er keine Information, doch vertrat er – im Gegensatz zum Insider Stens – die Meinung, dass ein anderes Bankinstitut die Kredite ablösen könnte; was aufgrund des ihnen innewohnenden Risikos durchaus bezweifelt werden kann. Sollte die Verschuldung jedoch „über die zulässigen Grenzen“ – womit implizit betrügerisches Verhalten in den Raum gestellt wurde – hinausgegangen sein, so müssten bei einer Liquidation von H. Aufhäuser „andere Mittel und Wege gefunden werden, um den Betrieb [von Obpacher] als solchen und damit die Arbeitsplätze für die Gefolgschaft zu erhalten.“ Wiederum spielte von Finck auf eine Liquidation des Bankhauses an, die eigentlich überhaupt nicht zur Debatte stand. August von Finck bestätigte, dass H. Aufhäuser mit einer Quote von 0,5 Prozent Mitglied im

⁷⁴⁸ Ebd. Diese Passage ist vom Empfänger auch markiert worden.

⁷⁴⁹ Ebd., Reichsgruppe Banken. Der Landesobmann für den Wirtschaftsbezirk Bayern an IHK München, 11.11.1937. Folgende Zitate finden sich ebd.

⁷⁵⁰ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 77f., 307; James, Verbandspolitik, S. 173f. Hans Frank war 1933/4 bayerischer Justizminister, anschließend Reichsminister ohne Geschäftsbereich und nach 1939 Generalgouverneur von Polen und massiv in Kriegsverbrechen involviert, vgl. Benz, Enzyklopädie, S. 835.

Reichsanleihekonsortium war. Dies wäre jedoch „in keiner Weise entscheidend, da angenommen werden kann, dass die Zusammensetzung dieses Konsortiums, in dem jüdische Firmen noch mit einer Gesamtbeteiligung von 10-15% vertreten sein dürften, eine Veränderung nach der Richtung erfahren dürften, dass die nicht-arischen Firmen ausscheiden.“

Die Bemerkung Fincks, die „beiden Herren“, gemeint waren Martin und Siegfried Aufhäuser, hätten sich während des Krieges in Schweden und England aufgehalten, ist sicher als wesensverwandt mit der so genannten „Judenanzahl“ des Ersten Weltkriegs⁷⁵¹ zu verstehen. Zumal die Aussage nicht der Wahrheit entsprach, denn Martin Aufhäuser lebte nach seinen Auslandsaufenthalten während seiner Ausbildungszeit permanent in München, auch während der Kriegszeit. Und dass Siegfried Aufhäuser sich als englischer Staatsbürger in London und danach in Schweden aufhielt, konnte man ihm schwerlich vorwerfen. August von Finck hielt die bestehenden Auslandsbeziehungen auch nach einem Ausscheiden des Senior-Chefs durch Siegfried Aufhäuser „im Falle der Fortführung der Firma hinreichend gewährleistet“, gerade im Hinblick auf die Stillhalteabkommen. Damit erkannte von Finck – trotz seiner Einschränkung, dass diese für die deutsche Wirtschaft nicht von „besonderer Bedeutung“ seien – die Relevanz der Auslandsbeziehungen für die deutsche Wirtschaft an. Seine Argumentation bestand darin, die ausländischen Geschäftsbeziehungen von H. Aufhäuser – die er im Detail gar nicht kannte – zu relativieren und sie nicht als Hindernis für ein mögliches Ende Martin Aufhäusers in der Bank gelten zu lassen.

Ohne es offenbar zu merken, verstrickte er sich so in einen eklatanten Widerspruch: Eingangs hatte er noch die Meinung vertreten, dass eine Ablehnung der Vollzugsbestimmungen des Reichsbürgergesetzes „nicht zwangsläufig“ ein Ausscheiden Martin Aufhäusers aus der Bank bedeuten würde und „Siegfried Aufhäuser die Firma allein nicht wird führen wollen.“ Dieser Widerspruch lässt sich dadurch erklären, dass er als Bankfachmann um die Wichtigkeit Martin Aufhäusers für die Bank wusste, sich zugleich aber auch um die bedeutende Rolle der Auslandsbeziehungen der Privatbankiers im generellen und H. Aufhäuser im speziellen für die deutsche Devisenbilanz im Klaren sein musste – auch wenn er dies gegenüber der IHK bestritt. Gerade während dieser Zeit war die deutsche Devisenlage bekanntlich katastrophal. Wider besseres Wissen führte von Finck daher nun an, Siegfried Aufhäuser würde die Bank allein weiterführen. Die Strategie von Fincks war, kein Argument gelten zu lassen, um Martin Aufhäuser die Reichsbürgerschaft zu verleihen. Mittelfristig hoffte er auf eine Liquidation des Bankhauses H. Aufhäuser, die er ungefragt wiederholt ins Spiel brachte. Dies wird durch von

⁷⁵¹ Im Oktober 1916 hatte der preußische Kriegsminister eine – nie veröffentlichte – Zählung angeordnet, um zu überprüfen, ob jüdische Deutsche sich vor dem Kriegsdienst bzw. Fronteinsätzen drücken würden, vgl. Mendes-Flohr, Schatten, S. 20f. Der Zentrumsolitiker Matthias Erzberger verlangte ebenfalls im Oktober 1916 zusätzlich eine Erhebung über vermeintliche jüdische „Kriegsgewinnler“, vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (Band 4), S. 132.

Fincks Schlussbemerkung in seiner „Eigenschaft als Landesobmann“ deutlich: „Das deutsche Privatbankiergewerbe besteht heute immer noch zu einem großen Teil aus nicht-arischen Firmen. Die allmähliche Bereinigung dieses durch das jüdische Element so stark durchsetzten Gewerbes darf nicht durch die Bewilligung von Ausnahmeanträgen noch aufgehalten, sondern muss, soweit die deutschen Wirtschaftsinteressen es einigermaßen zulassen, mit allen Mitteln gefördert werden.“ Mit seiner Einschränkung kam von Finck immerhin nicht umhin einzugestehen, dass die Beseitigung der jüdischen Privatbankiers zu einer Störung des Wirtschaftskreislaufs führen und damit den Interessen der Nationalsozialisten zuwiderlaufen könnte.

Der durch von Finck hinzugezogene Leiter der Fachgruppe Privatbankiers, Baron Kurt von Schröder in Köln, sekundierte diesem in seinem Schreiben an die IHK München: „Was die Bankfirma H. Aufhäuser selbst betrifft, so muss ich auf die grundsätzlichen Bestrebungen hinweisen, das deutsche Privatbankengewerbe von jüdischem Einfluss zu befreien. Für die deutsche Wirtschaft bedeutet es nach meiner Auffassung nicht nur keinen Verlust, sondern einen Gewinn, wenn die jüdischen Banken baldmöglichst verschwinden.“⁷⁵² Auch hier: „baldmöglichst“ und nicht „sofort“. Und weiter: „Die Verbindungen mit dem Ausland sind, namentlich in der jetzigen Zeit der Devisenzwangswirtschaft, nicht von derartiger Bedeutung, dass große deutsche Interessen dadurch geschädigt würden, wenn dem Antrag des Herrn Aufhäuser nicht stattgegeben wird.“ Wie bereits von Finck versuchte von Schröder, die ökonomische Bedeutung der Aufhäuser-Beziehungen ins Ausland kleinzureden, selbst wenn die Argumentation haarsträubend war.

Bemerkenswert sind auch die Ausführungen des um Stellungnahme gebetenen Justizrats Schumann, der Direktor der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank war.⁷⁵³ Einleitend fand er sehr lobende Worte für das Bankhaus H. Aufhäuser; wenngleich einschränkend erwähnt werden muss, dass Martin Aufhäuser bis 1936 im Aufsichtsrat der Hypo-Bank gesessen hatte.⁷⁵⁴ Anschließend argumentierte er mutig gegen die DAF: Der Fortbestand der Bank, so Schumann, „da es eine sehr treue Kundschaft hat“, hänge nur davon ab, ob sie „von seiten [sic] der Partei, insbesondere einer Gliederung derselben, der Deutschen Arbeitsfront,

⁷⁵² BWA, K1, XXI/16, 79. Akt, Der Präsident der IHK zu Köln (Baron von Schröder) an IHK München, 23.11.1937. Folgende Zitate ebd.

⁷⁵³ Ebd., F. Schumann an IHK München, 18.11.1937. Das nationalsozialistische Hetzblatt „Der Stürmer“ hetzte gegen die angeblich judenfreundliche Hypo-Bank und das Kreditinstitut musste sich offenbar „von der Partei wiederholt mangelnde Beziehung zu politischen Instanzen vorwerfen lassen“, vgl. <http://geschichte.hypovereinsbank.de/export/sites/history.hypo/de/stammbaum/bayerische-hypotheken-und-wechselbank.html> [09.11.2014]. Schumann war 1921 bis 1945 Mitglied der Direktion (Kaufmännische Abteilung) der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG und von 1934 bis 1945 „Betriebsführer“, Historisches Archiv der UniCredit Bank AG, E-Mail-Auskunft vom 13.11.2014.

⁷⁵⁴ „Aus dem Aufsichtsrat scheiden die Herrn [...], Geheimer Kommerzienrat Martin Aufhäuser, [...] auf Grund der gesetzlichen Vorschriften über die Amtsdauer von Aufsichtsratsmitgliedern aus“, Historisches Archiv der UniCredit Bank AG, Geschäftsbericht der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG für das Geschäftsjahr 1936, D-Hypo-KOM-PUB-104, Seite 23.

geduldet wird.“ Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die DAF bereits mehrfache Vorstöße unternommen habe, H. Aufhäuser zu „arisieren“; dies kann gleichwohl aus den Unterlagen nicht bestätigt werden, ohne es gänzlich in Abrede stellen zu wollen. Würde man Martin Aufhäuser die Reichsbürgerschaft zuerkennen, so Schumann weiter, „könnte er unter Umständen Angriffe eher abwehren.“ Ob die IHK dieses Argument positiv aufnahm, sei dahingestellt. Schumann ging anschließend unter besonderer Würdigung der vermittelten städtischen Pfund-Anleihe auf die Auslandsbeziehungen der Bank ein.⁷⁵⁵ Auch er bestätigte, dass nicht gesagt werden könne, dass die Verbindungen des Bankhauses H. Aufhäuser für die deutsche Wirtschaft von „ausschlaggebender“⁷⁵⁶ Bedeutung seien; den Nutzen sah er eher in der Zukunft, wenn Deutschland wieder normale Kreditbeziehungen zum Ausland unterhalten würde. Die Ausführungen des Reichskommissars für das Kreditwesen gingen in dieselbe Richtung. Ernst machte dabei auf die besondere Stellung der Privatbanken gegenüber andere größeren Kreditinstituten aufmerksam, indem er hervorhob, dass „insbesondere jedes größere Privatbankgeschäft“ Beziehungen zu ausländischen Banken pflege.⁷⁵⁷

Von „ausschlaggebender Bedeutung“ konnten die Verbindungen von H. Aufhäuser zum Ausland alleine auch gar nicht sein. Dazu war das Bankhaus nicht groß genug – wenngleich es zu den zehn bedeutendsten Privatbanken im Reich und als führend im süddeutschen Raum⁷⁵⁸ zählte. Auch das Volumen der Stillhaltekredite reichte für diese Beurteilung nicht aus. Für 1937 liegen keine Zahlen vor, dafür aber für 1939. Demnach beliefen sich die deutschen Stillhaltekredite auf nur noch 700 Mio. RM. Davon entfielen 900.000 RM auf das Bankhaus H. Aufhäuser, also gerade einmal 0,13%.⁷⁵⁹ Was aber zählte und die nationalsozialistischen Machthaber bisher von einer „Arisierung“ der jüdischen Banken abhielt, waren die Geschäftsbeziehungen der jüdischen Banken ins Ausland in ihrer Gesamtheit und die möglichen Repressalien mit ihren negativen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Das Bankhaus H. Aufhäuser profitierte demnach vom gesamten Spektrum der Auslandsbeziehungen der deutschen jüdischen Banken ins Ausland, d.h. von diesem umfassenden Netzwerk, wovon die Münchener Bank ein wichtiger Bestandteil war. Um es aber nochmals deutlich hervorzuheben: Dies ist kein Beweis einer jüdischen Weltverschwörung. In Umkehrung der Tatsachen mag es fürwahr den Nationalsozialisten als Beleg ihrer propagierten

⁷⁵⁵ Schumann erwähnte als einziger die englische Bank Japhet & Co., zu den H. Aufhäuser „[b]esonders nahe Beziehungen“ gepflegt haben soll. Es bestanden zwar geschäftliche Beziehungen zu der Bank, dass sie besonders eng gewesen seien, kann aufgrund der vorliegenden Unterlagen nicht bestätigt werden. Zum Bankhaus Japhet & Co. siehe Wake, Kleinwort Benson, S. 123, 245; Stanley Chapman, *The Rise of Merchant Banking*. New York 2010, insbes. S. 168. Schumann räumte zugleich ein, dass er die neben der Stadtanleihe hinausgehenden Beziehungen zum Ausland „nicht übersehen“ könne.

⁷⁵⁶ Unterstreichung im Original.

⁷⁵⁷ BWA, K1, XXI/16, 79. Akt, Der Reichskommissar für das Kreditwesen (Ernst) an IHK München, 30.11.1937. Von wem Ernst in dieser Angelegenheit hinzugezogen worden war, konnte nicht ermittelt werden.

⁷⁵⁸ Vgl. Ulrich, *Aufstieg*, S. 349; Köhler, „Arisierung“, S. 366.

⁷⁵⁹ BWA, K1, XXI 16b, 19a. Akt, Fall 30, Bericht Devisenprüfers Max Reiß, 11.01.1939; ebd. F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 187.

jüdischen Weltverschwörung gedient haben, doch hier wurde Aktion und Reaktion willentlich unterschlagen. Die im Raum stehenden Repressalien des Auslands drohten lediglich bei Aktionen im Reich. Und nicht zu vergessen: Vergeltungsmaßnahmen drohten nicht nur aufgrund von Handlungen gegen die jüdische Bevölkerung, sondern gegen weitere Minderheiten und politische Gegner; sie standen am Anbeginn der nationalsozialistischen Herrschaft sogar im Vordergrund.⁷⁶⁰ Man kann dieses Vorgehen auch dahingehend interpretieren, dass die Nationalsozialisten die Androhungen von Repressalien als einen Angriff des Weltjudentums auf das deutsche Volk werteten, für die westlichen Staaten war es dagegen ein Versuch, als universell anzusehende Grundrechte durchzusetzen.⁷⁶¹

Darüber hinaus, und darauf kam es in der Hauptsache an, war die deutsche Wirtschaft auf die offenen Kreditlinien der ausländischen Banken angewiesen. Wenn von Schröder mitteilte, dass in der Zeit der Devisenzwangswirtschaft die Auslandsbeziehungen von H. Aufhäuser nicht von großer Bedeutung seien, missachtet er – bewusst oder unbewusst – den oben beschriebenen Wirkungsmechanismus des jüdischen Bankennetzwerks. Denn namentlich bei der Devisenbewirtschaftung war es von großer Wichtigkeit für die deutsche Wirtschaft und nicht zuletzt der Rüstungsindustrie, dass die ausländischen Banken im Rahmen der Stillhalteabkommen die Kreditlinien für die dringend benötigten Importe offen hielten.⁷⁶² Diese Abkommen mussten jährlich erneuert werden und bei einem abrupten Abzug der Devisen aus dem Reich drohte ein ökonomischer, mithin politischer Kollaps. Zudem bestand bei den jährlichen Verhandlungen immer die Gefahr, dass zumindest ein Teil der Kreditlinien zurückgefahren werden, die Deutschen mithin ein gutes Stück weit auf ein Wohlverhalten der englischen Bankiers angewiesen waren.

Martin Aufhäuser ließ sich fast einen Monat Zeit, um auf die von der IHK München geforderte Offenlegung seiner Verbindungen ins Ausland zu antworten.⁷⁶³ Er betonte einleitend seine zentrale Position in der Bank und verwies darauf, dass er „das Haupt der Beziehungen bilde, die dasselbe im In- und Auslande mit der Wirtschaft verknüpfen.“ Das Gedeihen der Bank

⁷⁶⁰ Vgl. AdR, Regierung Hitler 1933-1945, 1933/34, Band 1,1, Dok. 53, ADGB an den Reichspräsidenten (v. Hindenburg), 10.03.1933; ebd., Dok. 54, Georg Heim an den Reichspräsidenten (v. Hindenburg), 10.03.1933; ebd., Dok. 55, Der stellvertretende Vorsitzende der DNVP (v. Winterfeld) an den Reichskanzler (Hitler), 10.03.1933.

⁷⁶¹ Siehe in diesem Zusammenhang auch ADAP, Serie C, Band I,2, Der Botschafter in London von Hoesch an das AA, 16.08.1933: Die Entrüstung der Engländer „über das deutsche Vorgehen [gegen Juden] ist tief verwurzelt und äußert sich als eine große und schmerzliche Enttäuschung darüber, dass im 20. Jahrhundert von ihm als heilig angesehene Grundsätze, und zwar diese noch dazu von einem führenden Kulturstaat wie Deutschland, über Bord geworfen können.“

⁷⁶² Vgl. Wendt, Economic Appeasement, insbes. S. 90-96. Siehe auch die Ausführungen des Devisenprüfers von der Münchener Devisenstelle, die nicht im Verdacht stehen, besonders judenfreundlich gewesen zu sein: „Die Aufrechterhaltung dieser Kreditlinien [H. Aufhäusers Stillhalteverbindlichkeiten] ist für die deutsche Devisenbewirtschaftung von Bedeutung“, BWA, K1, XXI 16b, 19a. Akt, Fall 30, Bericht Devisenprüfers Max Reiß, 11.01.1939.

⁷⁶³ Ebd., M. Aufhäuser an IHK München, 01.12.1937. Folgende Zitate ebd.

erscheine ihm „auch für die Öffentlichkeit des In- und Auslandes“, so sein geschickter Hinweis, „maßgeblich“ mit seiner Person verknüpft.⁷⁶⁴ Zu den „hauptsächlichen“ Ländern, mit denen H. Aufhäuser in Beziehung stehen würde, wären Großbritannien, die USA, die Schweiz, Schweden, die Niederlande und Belgien. Die folgenden Ausführungen Aufhäusers offenbarten erstklassige Kenntnisse der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Außenpolitik. Es ist daher davon auszugehen, und dafür spricht auch die lange Reaktionszeit, dass Martin Aufhäuser sich profunder Hilfe bei der Formulierung des Briefes bedient hat, beispielsweise bei seinen Rechtsanwälten Alfred Holl und Fritz Hamann. Unter Verweis auf den 20-jährigen Aufenthalt Siegfried Aufhäusers in London und seine intimen Kenntnisse der dortigen Bankenlandschaft, wurde bezeichnenderweise England als erstes und hier die Verbindung zu J. Henry Schröder & Co. angeführt. Martin Aufhäuser griff damit die Themen auf, bei denen er zu recht glauben konnte, dass sie von großer Bedeutung für die nationalsozialistische Führung seien: das Stillhalteabkommen sowie die politischen Beziehungen zu England.⁷⁶⁵ Der deutsche Senior-Chef versuchte, aus seiner Bekanntschaft zu den beiden Partnern (Directors) des Bankhauses J. Henry Schröder, Baron Bruno Schröder (Chairman) und Frank Tiarks, Kapital zu schlagen. Baron Schröder war ein gebürtiger Hamburger und Enkel des Bankgründers Johann Heinrich Schröder.⁷⁶⁶

Einleitend verwies Martin Aufhäuser darauf, dass Tiarks vom Bankhaus J. Henry Schröder & Co, Director der Bank of England sowie Vorstand des englischen Gläubiger-Komitees für die deutschen Stillhalteschulden wäre. Er wie Baron Bruno Schröder, die „zu den hervorragendsten Mitgliedern der englischen Bankenwelt“ zählen würden, wären „prominente Förderer einer deutsch-englischen Verständigung.“ Der Hinweis Aufhäusers ist deutlich: Dies sind einflussreiche Bankiers, die helfen können, die deutschen Kreditlinien in England offen zu halten und die deutsch-englischen Beziehungen zu verbessern; genauso können sie aber natürlich das Gegenteil bewirken. Um dies weiter zu unterfüttern, machte der Privatbankier darauf aufmerksam, dass die Schröder-Bank „sich in sehr wichtigen und langfristigen Geschäften meiner ausschließlichen Vermittlung (bediente)“. Schröder und Tiarks stünden darüber hinaus mit ihm und seinem Bruder „in persönlicher und freundschaftlicher Verbundenheit.“ Beigefügt wurde ein Brief der Londoner Bank vom November 1936, der diese Ausführungen objektiv plausibel machen sollte: „Besonders auch im Hinblick auf die Bande der

⁷⁶⁴ Die Bedeutung der anderen beiden Teilhaber und der Mitarbeiter bei der Pflege der Beziehungen ließ er nicht unerwähnt, da er so offensichtlich auch seinen Bruder und Kraemer schützen wollte. Martin Aufhäuser bewegte sich daher auf einem schmalen Grat zwischen besonderer Hervorhebung seiner Person für die Bank und dem Bedürfnis, die anderen beiden Partner ebenfalls in der Bank zu halten.

⁷⁶⁵ Dies wird auch dadurch ersichtlich, dass – offensichtlich von Seiten der IHK – nur die Ausführungen zu England am Anfang und Ende markiert wurden; der Rest machte wohl weniger Eindruck.

⁷⁶⁶ Johann Heinrich Schröder hatte 1818 in London J. Henry Schröder & Co. gegründet, 1819 J. H. Schröder & Co. in Hamburg, wo er schließlich hin zurückkehrte (1839 hatte er noch J. H. Schröder & Co. in Liverpool etabliert). Der Leiter der Privatbanken in der Reichsgruppe Banken, Kurt von Schröder, war ein Urenkel von Johann Heinrich Schröder, womit zwischen Kurt und Bruno von Schröder ein Verwandtschaftsverhältnis bestand; vgl. Richard Roberts, *Schroders. Merchant & Bankers*. London 1992, S. 32f., 39.

Reziprozität, die wir angesichts der uns in früheren Jahren erwiesenen Gefälligkeiten und Dienste ohne Rückhalt anerkennen, glauben wir ein Anrecht darauf zu besitzen, dass unserer langjährigen Freundschaft zu Ihrer Firma und deren Teilhaber die Geschäftsbasis nicht unterbunden wird. Es würde uns wirklich freuen, wenn es Ihnen möglich wäre, unser Kreditverhältnis mit Ihnen, welches wir auch aus Freundschaftsgründen besonders schätzen, unbeeinträchtigt aufrechtzuerhalten“. Der Netzwerkgedanke der Gegenseitigkeit und Stetigkeit wurde in dem Schreiben deutlich zum Ausdruck gebracht.

Des Weiteren führte Martin Aufhäuser in seinem Schreiben an die IHK die Beziehungen zu anderen britischen Banken aus: Lazard Brothers & Co., mit Angaben zu Kindersleys Position als Director der Bank of England und zwei größeren Krediten, zu Coutts & Co. und Hinweisen auf Besuche der Königsfamilie und der Betreuung durch H. Aufhäuser, so 1935 beim Besuch des Prinz of Wales, zu Kleinwort, Sons & Co., Baring Brothers & Co., Barclays Bank sowie der Lloyds Bank. Daneben bestünden, so Martin Aufhäuser weiter, „langjährige Beziehungen“ zu Versicherungsgesellschaften, Investmenttrusts und zur Großindustrie, die anschließend aufgelistet wurden. Darunter war beispielsweise die Distillers Company („Johnnie Walker“) um Sir Alexander Walker, für die das Bankhaus H. Aufhäuser die Valuta-Geschäfte mit der Reichsbank abwickelte.

Auffallend ist, dass unter den angeführten Unternehmen vielfältige Verbindungen zur Anglo-German Fellowship bestanden: Barclays, Lloyds und John Walker & Sons waren durch Vorstands- und Direktoriumsmitglieder vertreten. Aber vor allem Tiarks und der Ex-Luftfahrtminister Lord Londonderry, Teilhaber von J. Henry Schröder & Co. und von Lazard Brothers, gehörten der Fellowship an. Beide genannten Banken waren darüber hinaus institutionelle Mitglieder.⁷⁶⁷ Die Anglo-German Fellowship war eine Nachfolgeorganisation der Anglo-German Association, die sich 1935 infolge eines Disputs über die jüdischen Mitglieder aufgelöst hatte.⁷⁶⁸ Ziel der Fellowship, der in England eine zu starke Nähe zum Nationalsozialismus vorgeworfen wurde, bestand darin, „das Verständnis zwischen England und Deutschland zu fördern und so zur Erhaltung des Friedens und zur Vergrößerung des Wohlstands beizutragen“. Ihre Schwesterorganisation war die Deutsch-Englische Gesellschaft und diente den Nationalsozialisten zur Einflussnahme auf die britische Politik. Die Struktur der Fellowship war entsprechend egalitär: Unter den 450 Mitgliedern (1936) waren insbesondere Abgeordnete, hohe Militärs, Geschäftsleute und Bankiers, mithin Menschen mit Vermögen und vor allem Einfluss. Bezeichnend, dass mit Ernest Tennant ein Bankier die Initiative zur Gründung der Fellowship ergriffen hatte, sie finanziell fundierte und für den späteren deutschen Außenminister Joachim von Ribbentrop wichtige Kontakte zu englischen Persönlichkeiten

⁷⁶⁷ Vgl. Kershaw, Hitlers Freunde, S. 176; http://de.wikipedia.org/wiki/Anglo-German_Fellowship [19.05.2012].

⁷⁶⁸ Vgl. hier wie zum Folgenden Kershaw, Hitlers Freunde, S. 176f. Folgende Zitat ebd., S. 176.

herstellte. Sichtbar tritt der Wunsch etlicher Vertreter aus Wirtschaft im Allgemeinen und der Finanzwelt im Besonderen hervor, mit Deutschland zu einem (ökonomischen) Ausgleich zu gelangen.

Die britischen Bankiers hatten ein genuines Interesse an einer Befriedung Europas, wovon Deutschland der wichtigste Bestandteil war. Sie hatten die Wahl, entweder die deutschen Kreditlinien drastisch zu reduzieren und damit durch ein erhöhtes Ausfallrisiko einen beträchtlichen Verlust in Kauf zu nehmen⁷⁶⁹, oder auf eine Verbesserung der Verhältnisse in Deutschland zu setzen⁷⁷⁰, d.h. auf eine Rückkehr zu einem normalisierten bi- oder multilateralen Handel. Die Haltung der Londoner Bankiers beruhte nicht zuletzt auf der Annahme einer besonderen Beziehung zwischen beiden Ländern, vor allem auf der Finanzseite.⁷⁷¹ Die Freundschaft zwischen Schacht und dem britischen Notenbankchef Norman war ein vermeintlicher Beleg auf höchster Ebene. Unterfüttert wurde dies sicher nicht zuletzt durch die vertrauensvollen Beziehungen unter den Bankeninhabern, in erster Linie zwischen den englischen *merchant bankers* und den deutschen Privatbankiers. Im Gegensatz zu den großen *clearing banks* hatten sie sich finanziell sehr stark in Mitteleuropa engagiert.⁷⁷² Im besonderen Maße waren die *merchant bankers* betroffen, mit denen H. Aufhäuser im engen Kontakt stand: Kleinwort, Schröders und Lazard.⁷⁷³ Für Bankhäuser wie Kleinworts und Schröders war das Stillhalteabkommen mit Deutschland zumindest in den Anfangsjahren daher eine eigene Überlebensversicherung. Anders als etwa die US-amerikanischen Banken, die darauf bedacht waren, ihre in Deutschland ausstehenden Kredite rasch zu liquidieren, hielten britische Banken ihre Kreditzusagen offen, um den Handel zwischen beiden Ländern aufrecht zu erhalten. Vielsagend der Fall des Bankhauses Schröder, dessen New Yorker Haus, die sogenannte Schrobanco, die Londoner Schröder-Bankiers bedrängte, die Kredite in Deutschland zu liquidieren. Dies kam wie gesehen alleine aus finanzieller Hinsicht weder für

⁷⁶⁹ Solange die Kredite prolongiert wurden, mussten sie nicht (komplett) abgeschrieben und als Verlust verbucht werden, vgl. auch Scott Newton, *Profits of Peace. The Political Economy of Anglo-German Appeasement*. Oxford 1996, S. 92.

⁷⁷⁰ Vgl. Neil Forbes, *Doing Business with the Nazis: Britain's Economic and Financial Relations with Germany, 1931-1939*. London 2000, S. 166-192; ders., *London Banks, the German Standstill Agreements, and „Economic Appeasement“ in the 1930s*, in: *Economic History Review*, 4/1987 (2nd ser. XL), S. 571-587, hier S. 586.

⁷⁷¹ Vgl. Forbes, *London Banks*, S. 586f.

⁷⁷² Inwieweit die Londoner Banken von der Bankenkrise 1931 getroffen worden waren, ist in der Wissenschaft umstritten. Olivier Accominotti, der konkret die Auswirkungen auf die *accepting houses*, d.h. die Banken, die Akzeptkredite gewährt hatten, anhand ihrer Bilanzen untersucht hat, schätzt die Auswirkungen auf die *clearing banks* als relativ gering ein, auf die *merchant banks* hingegen als groß, da diese im großen Stil im Akzeptkreditgeschäft engagiert waren, vgl. Olivier Accominotti, *London Merchant Banks, the Central European Panic and the Sterling Crisis 1931*. Thesis 2009 (http://economix.fr/pdf/seminaires/echanges/2010-02-01_Accominotti.pdf [29.04.2012]).

⁷⁷³ Vgl. zum Folgenden Newton, S. 58-66; Wake, Kleinwort Benson, S. 243; Roberts, Schröders, S. 264f.; Accominetti, *London Merchant Banks*, S. 13 Fn 34. Siehe insgesamt auch Forbes, *Doing Business*, S. 40f.

Baron Schröder noch Tiarks in Frage. Ein wichtiger Umstand spielte fernerhin die emotionale Verbundenheit mit Deutschland, die den Bankiers in New York offenbar weitgehend abging.⁷⁷⁴

Ende 1937 besaß Deutschland noch Kreditlinien bei britischen Banken von insgesamt 41,8 Mio. Pfund; zwei Drittel davon liefen über deutsche Banken, der Rest über Handels- und Industrieunternehmen. Der Kreditrahmen wurde dabei mit 39,2 Mio. Pfund in Anspruch genommen, was einer Auslastung von knapp 94% entsprach.⁷⁷⁵ In der Summe führte es dazu, dass bis 1937 nunmehr über die Hälfte der unter die Stillhalteabkommen fallenden Kredite aus Großbritannien stammte; 1931 hatte das Verhältnis noch 36,2% zu 28,2% zugunsten der USA betragen (siehe Tab. 1).⁷⁷⁶ In Reichsmark berechnet waren die Kreditlinien auch Großbritanniens von 1931 von etwas über eine Mrd. auf 463 Mio. RM gesunken. Dies war aber in erster Linie der massiven Abwertung des Pfundes geschuldet, in den Jahren nach 1934 hielten sich die Zahlen relativ konstant; wenngleich sie kontinuierlich leicht sanken.⁷⁷⁷

Land	08.10.1931	30.09.1937	28.02.1939
USA	36,2	26,7	26,4
Großbritannien	28,2	52,3	56,3
Schweiz	16,0	10,1	8,7
Holland	13,0	7,2	6,7
Weitere	6,6	3,7	1,9

Tab.1. Quelle: Forbes, Doing Business, S. 193 (Tabelle 7). Die Zahlen basieren auf: Midland Bank Archives, Acc. 30/190, German memoranda to standstill conference, December 1937 and May 1939.

Die deutsch-englischen Stillhalteabkommen wurden auf britischer Seite unter wesentlicher Beteiligung der *merchant bankers* ausgehandelt. Die Stillhalte kredite liefen zum Großteil über die deutschen Privatbankiers, die bekanntlich meist jüdischen Ursprungs waren. Es verwundert daher nicht, dass auch unter nationalsozialistischer Herrschaft zu den Verhandlungen etliche jüdische Bankinhaber entsandt wurden. Zwischen den britischen und deutschen Privatbankiers bestanden häufig sehr enge, über Jahre und mitunter Generationen gewachsenen Strukturen; wie insgesamt die wirtschaftlich-finanzielle Verflechtung zwischen beiden Ländern „noch immer

⁷⁷⁴ Vgl. Kynaston, City of London (Vol. III), S. 432f.; Wendt, Economic Appeasement, S. 91.

⁷⁷⁵ Vgl. Forbes, London Banks, S. 574 (Tabelle 1); Forbes, Doing Business, S. 193 (Tabelle 7).

⁷⁷⁶ Vgl. ebd., S. 194 (Tabelle 9), auch abgedruckt in ders., London Banks, S. 585 (Tabelle 4). Siehe auch die Zahlen bei Wendt, Economic Appeasement, S. 164.

⁷⁷⁷ Forbes, London Banks, S. 582.

recht erheblich war“.⁷⁷⁸ Das Wohlergehen des nationalsozialistischen Regimes gegenüber Großbritannien rührte auch daher, dass bei „Arisierungen“ oder sonstigen Repressalien gegenüber den jüdischen Privatbanken die Gefahr bestand, dass die britischen Institute die Stillhaltekredite, deren Abkommen immer nur für ein Jahr galten und danach verlängert werden mussten, fällig stellen oder zumindest reduzieren würden.⁷⁷⁹ Dies hätte einen massiven Abfluss an Devisen, oder das Eingeständnis der Zahlungsunfähigkeit des Reichs nach sich gezogen. Auch ein Zwangsclearing, d.h. die zwangsweise Verwendung deutscher Exporterlöse zum Abbau der Schulden, stand wiederholt im Raum, so insbesondere 1934 und 1937.⁷⁸⁰

Zu den führenden britischen Bankiers, die an den Verhandlungen zu den Stillhalteabkommen beteiligt waren, unterhielt das Bankhaus H. Aufhäuser langjährige Beziehungen. 1932 war aus dem Committee of Bankers das Joint Committee of British Short-term Creditors geworden, das auf englischer Seite die Verhandlungen über die Stillhaltekredite führte. Tiarks vom Bankhaus J. Henry Schröder war einer der führenden Köpfe und maßgeblich am Zustandekommen des ersten Stillhalteabkommens beteiligt gewesen. Die Haltung vieler *merchant bankers* wurde von Tiarks wie folgt auf den Punkt gebracht: „He pointed out, that the Standstill Agreement should not to be looked upon as a basis for getting out of Germany, and that its true object was to tide matters over until the time arrived when it would become unnecessary, owing to the desire of credit givers to resume their ordinary operations of granting credits to German concerns.“⁷⁸¹ Diese langfristige Denkweise stand im vollkommenen Einklang mit der Haltung des britischen Zentralbankpräsidenten Norman. Die zweite führende Persönlichkeit bei den Stillhalteverhandlungen war Brand von Lazard Brothers. Er machte auf die verheerenden Folgen einer zwangsweisen Liquidation der deutschen Schulden etwa durch ein Clearing – das im Übrigen auch den Finanzplatz London als einem der führenden Handels- und Aufbewahrungsorte für Geld und Wertpapiere schwer in Mitleidenschaft gezogen hätte⁷⁸² – aufmerksam und trat wiederholt für eine Stärkung Deutschlands und der Reichsbank ein, um die Kreditlinien bestehen zu lassen.⁷⁸³

Die Bankiers der *accepting houses* waren mithin starke Befürworter für die jährliche Prolongation der Stillhalteabkommen und gewährleisteten damit den beschriebenen, für die deutsche Wirtschaft so wichtigen Mechanismus. Noch im Juli 1938 hatte die Reichsbank festgehalten, „welche außerordentliche Bedeutung die Firma Lazard Brothers & Co. Ltd.,

⁷⁷⁸ Ebd.

⁷⁷⁹ Siehe in diesem Zusammenhang auch ebd., S. 92, 96, 184, 206.

⁷⁸⁰ Vgl. ebd., S. 164-167, 180-219; Dengg, Deutschlands Austritt, S. 370; Kynaston, City of London (Vol. III), S. 439ff.

⁷⁸¹ Tiarks auf der Sitzung des Accepting Houses Committee am 12. Juni 1933, zitiert nach ebd., S. 433.

⁷⁸² Vgl. ebd., S. 434.

⁷⁸³ Vgl. Forbes, London Banks, S. 576f.; ders., Doing Business, S. 172-187; Roberts, Schrodgers, S. 252-262; Kynaston, City of London (Vol. III), S. 432-443.

London, hat und welche große Rolle sie auch für die deutsche Seite im Stillhaltesektor und bei vielen anderen Gelegenheiten spielt. Die übrigen Partner, wie Sir Robert Kindersley und Herr Robert Brand, sind bekanntlich sehr prominente Persönlichkeiten in England und haben auch zur Reichsbank bisher immer in den freundschaftlichsten Beziehungen gestanden.“⁷⁸⁴ Nicht der einzige, aber dennoch ein sehr wichtiger Bezugspunkt in Deutschland für Kindersley, Brand, Tiarks und Schröder war das Bankhaus H. Aufhäuser und seine jüdischen Inhaber. Und nicht zu vergessen: Kindersley saß im Direktorium der Bank of England und bestimmte dadurch die Politik der Notenbank mit.

Bei den Verbindungen von H. Aufhäuser in die USA wurde von Martin Aufhäuser in seinem Antwortschreiben an die IHK nur die Chase National Bank of the City of New York etwas ausführlicher dargelegt.⁷⁸⁵ Im Ganzen fallen diese Ausführungen im Vergleich zu denen über England erheblich ab; dem Bank-Chef gelang es nicht, einen aktuellen Bezug herzustellen. Dies war ihm offenbar selbst bewusst, sieht man sich die kurze Darstellung im Vergleich zu der Ausführung über die Kontakte nach London an. Auch die im vorigen Kapitel dargelegten Kredite von Goldman Sachs an die Küttner AG wurden nicht erwähnt; die New Yorker Bank taucht nicht einmal in der Liste der Bankverbindungen auf. Das spiegelt die beschriebene allgemeine Entwicklung wider, bei der die US-Banken bestrebt waren, ihre Kreditlinien in Deutschland massiv zu reduzieren. Auf gouvernementaler Ebene entsprach dies der US-Politik des „Non-Involvement“⁷⁸⁶, bei gleichzeitig zunehmender Ideologisierung der US-amerikanischen Handelspolitik⁷⁸⁷.

Beim Bruch der deutsch-amerikanischen Beziehungen kam gerade der Wirtschafts- bzw. Schuldenpolitik eine besondere Bedeutung zu. Die US-amerikanischen Gläubiger fühlten sich auch permanent gegenüber den Gläubigern anderer Länder, mit denen zumeist ein separates Verrechnungs- und/oder Zahlungsabkommen ausgehandelt worden waren, diskriminiert. Dies war dann auch ein Hauptgrund, weshalb ab Oktober 1935 der 1925 ratifizierte Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag und damit das Meistbegünstigungsprinzips zwischen den beiden Staaten erlosch und damit die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten faktisch

⁷⁸⁴ BAB, R 3101/15515, Reichsbank (Puhl) an RWM (Brinkmann), 09.07.1938. Siehe auch ebd., RWM (Kohler), Vermerk, 19.10.1938.

⁷⁸⁵ Kursorisch aufgezählt wurden ferner: Bank of the Manhattan Company, Chemical Bank & Trust Company, Irving Trust Company, National City Bank of New York City und die First National Bank of Boston. Die Verbindungen zu Banken in den anderen anfangs angeführten Ländern fanden keine gesonderte Erwähnung und konnten, so Martin Aufhäuser, auf Wunsch angefordert werden. Am Ende listete Martin Aufhäuser noch die fünf Auslandsvertretungen auf, für die H. Aufhäuser die Bankverbindung in München war.

⁷⁸⁶ Vgl. Herbert Sirois, Zwischen Illusion und Krieg: Deutschland und die USA 1933-1941. Paderborn u.a. 2000, S. 51-99; Georg C. Herring, From Colony to Superpower. U.S. Foreign Relations since 1776. New York 2011, S. 502-517. Siehe auch ADAP, Serie C, Band VI,1: 1. November 1936 bis 15. März 1937. Göttingen 1981, Dok. 207, H. Luther an AA, 15.02.1937.

⁷⁸⁷ Vgl. Sirois, Illusion, S. 92f.

auf Eis lagen.⁷⁸⁸ Roosevelt hegte insgesamt eine tiefe Abneigung gegen das nationalsozialistische System im Allgemeinen und gegen Hitler im Besonderen. Ein politischer Interessensausgleich war damit kaum möglich, die ideologischen Gegensätze unüberbrückbar und nachdem auch die ökonomische Verbindung keine Grundlage mehr besaß, war ein Arrangement mit den USA für Hitler daher weder erstrebenswert noch realistisch.

Vor diesem Hintergrund sind die kurzen Ausführungen Aufhäusers zu seinen Beziehungen in die Vereinigten Staaten verständlich. Nur in London besaß H. Aufhäuser noch bedeutende Kreditlinien, hatte die Bank damit bei der Beschaffung von Devisen eine wichtige Rolle inne und besaß zu den wichtigsten Bankiers starke Beziehungen, die über die Stillhaltekredite bestimmten. Diese Karte bildete für Martin Aufhäuser – um die zentrale Stellung Großbritanniens in den strategischen Überlegungen Hitlers wohl wissend – den letzten Trumpf. Die Situation ausnutzend, wollte er die Reichsbürgerschaft erhalten, um seine Position abzusichern und aus dem jüdischen ein „arisches“ Unternehmen zu machen.

Martin Aufhäusers Ausnahmeantrag auf Vollzug des Reichsbürgergesetzes hatte wenn überhaupt allerdings nur Aussicht auf Erfolg, wenn seine wichtige Stellung für die Devisenbeschaffung anerkannt worden wäre und England weiterhin eine zentrale Position in Hitlers Kalkül eingenommen hätte. Doch hatte Ende 1937 für Hitler Großbritannien noch seine zentrale Bedeutung inne? Die Frage ist nicht nur wegen des Reichsbürgerschaft-Antrags von grundlegender Relevanz, sondern ebenfalls für die Stellung der jüdischen Privatbankiers im Reich insgesamt. Ihre Existenz in Deutschland hing einerseits vom Verhalten der anderen, in der Hauptsache Londoner Banken wie auch der ausländischen Regierungen gegenüber dem Reich ab und andererseits von der Relevanz, die die Reichsregierung ihnen beimaß. Waren die Beziehungen zu vielen Ländern, die in der Weimarer Republik von großer Bedeutung waren wie beispielsweise zu den USA und Frankreich, nach dem Machantritt der Nationalsozialisten durch Abwicklung der ökonomischen und politischen Verbindungen gekennzeichnet, bildeten die deutsch-englischen Beziehungen wie Eingangs dargelegt ein Aktivposten.

Hitler musste allerdings ab etwa Herbst 1937 anerkennen, dass Großbritannien keineswegs gewillt war, ihm freie Hand für seine osteuropäischen Expansionspläne zu gewähren. War es in den Anfangsjahren für Hitler noch das außenpolitische Hauptziel gewesen, zu einem Ausgleich mit England zu kommen, schwenkte er nun auf einen Expansionskurs „ohne England“ um.⁷⁸⁹

⁷⁸⁸ Siehe hierzu u.a. ADAP, Serie C: 1933-1937, Band III,1: 14. Juni bis 31. Oktober 1934. Göttingen 1973, Dok. 14, Aufzeichnung des Staatssekretärs des AA von Bülow, 18.06.1934; ebd., Dok. 169, Runderlass des AA, 20.08.1934; ebd., Dok. 237, Der Botschafter in Washington Luther an das AA, 09.10.1934; ebd., Band IV,1, Dok. 284, Reichsbankdirektor Hülse an AA, 03.09.1935; ebd., Band IV,2: 16. September 1935 bis 4. März 1936. Göttingen 1975, Dok. 340, Ministerialdirektor Köpke an die Botschaft in Washington, 09.10.1935; Sirois, Illusion, S. 94f.

⁷⁸⁹ Vgl. Henke, England, S. 99-107; Graml, Hitler, S. 97-104.

Das bedeutete zugleich, dass Rücksichtsnahmen auf englische Empfindlichkeiten als immer weniger notwendig erachtet wurden. Hatte der Antrag Martin Aufhäusers bereits vorher nur sehr geringe Erfolgsaussichten, war er mit dem Bedeutungsrückgang Englands für Hitler chancenlos, weshalb er auch abgelehnt wurde.⁷⁹⁰ Dieser Bedeutungsverlust beruhte allerdings auch zu einem gewissen Grad auf Gegenseitigkeit.

Für London hatte das Empire die zentrale Rolle inne, was neben der daraus abgeleiteten Machtprojektion nicht zuletzt im bestehenden internationalen Wirtschaftssystem begründet lag. Großbritannien hatte bereits seit Ende der 1920er Jahre Schritte unternommen, um dem stetig fallenden Anteil am Freihandel, als dessen Gralshüter die Engländer sich bisher fühlten, durch eine engere ökonomische Anbindung des Empires entgegenzuwirken. Durch die im Zuge der Weltwirtschaftskrise von zahlreichen Staaten eingeführten protektionistischen Maßnahmen wurde dieser Prozess zur Bildung eines Sterling-Blocks forciert und trug dazu bei, dass bis 1938 der Empire-Handel über 40% ausmachte.⁷⁹¹ So ein von Deutschland geführter Handelsblock schwebte ja auch Hitler mit Mitteleuropa vor, um sich durch Abkommen ebenfalls immuner gegen Im- bzw. Exportrestriktionen anderer Staaten zu machen und die dringend benötigten Rohstoffe und Nahrungsmittel problemlos einführen zu können.⁷⁹² Diese wirtschaftliche Neuorientierung der beiden Staaten war ein Prozess, der durch die Weltwirtschaftskrise und in Deutschland zusätzlich durch die politischen Umwälzungen an Dynamik gewonnen hatte.

Hinzu kam, dass sich auch die USA und Großbritannien zur selben Zeit wirtschaftlich wieder annäherten, manifestiert durch den englisch-amerikanischen Handelsvertrag vom November

⁷⁹⁰ Ein entsprechender ablehnender Bescheid ist nicht überliefert. Fakt ist gleichwohl, dass Martin Aufhäuser die Reichsbürgerschaft nicht erhalten hat.

⁷⁹¹ Vgl. Peter Wende, *Das britische Empire. Geschichte eines Weltreichs*. München ²2009, S. 250f. Der Anteil der englischen Exporte ins Empire stieg alleine von 1934 bis 1938 von 35% auf 41,3%, die Importe von knapp 30% auf 41,2%, vgl. ebd., S. 251.

⁷⁹² Wobei auch dies keine originäre Bestrebung der Nationalsozialisten war und spätestens seit der Weltwirtschaftskrise ebenfalls als Ausweg aus der Misere des Welthandels von verschiedenen Kreisen diskutiert wurde, vgl. Andreas Hillgruber, *Deutsche Außenpolitik im Donauraum 1930 bis 1939*, in: ders., *Die Zerstörung Europas. Beiträge zur Weltkriegsepoche 1914 bis 1945*. Frankfurt a.M./Berlin ²1989, S. 137-146; zum Versuch der Realisierung unter den Nationalsozialisten siehe Christoph Buchheim/Marcel Boldorf (Hg.), *Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938-1945*. München 2012. Gerade diese Mitteleuropastrategie war ein starkes Band zwischen Hitler und der deutschen Schwerindustrie, die dort seit der Reichsgründung eine gesicherte Rohstoffversorgung suchte, vgl. Ulrich Wengenroth, *Hoffnung auf Mitteleuropa. Absatzstrategien und Interessenpolitik der deutschen Schwerindustrie im Reichsgründungsjahrzehnt*, in: Ralph Melville u.a. (Hg.), *Deutschland und Europa in der Neuzeit*, 2. Halbband. Stuttgart 1988, S. 537-553. Insgesamt war diese Region (wirtschaftlich) umkämpft und auch britische Investoren versuchten, unterstützt vom Außenministerium, nach dem Ersten Weltkrieg hier vermehrt Fuß zu fassen. Auch an dieser Stelle bildete die Weltwirtschaftskrise einen Wendepunkt mit dem Ergebnis, dass die beiden etablierten Staaten Frankreich und Großbritannien, da selbst wirtschaftlich angeschlagen, sich auf dem Rückzug befanden und Deutschland das Vakuum nach und nach ausfüllte, vgl. György Ránki, *Kredit oder Markt? Zum Wandel der wirtschaftspolitischen Hegemonialbestrebungen der Großmächte in Südosteuropa 1920-1931*, in: ebd., S. 805-824. Ein weiterer umkämpfter Markt, insbesondere zwischen den USA und Deutschland war Südamerika, vgl. Sirois, *Illusion*, S. 96ff.

1938.⁷⁹³ Der deutsche Markt verlor für die britische Wirtschaft damit erheblich an Bedeutung. Auch die Londoner Banken richteten sich neu aus. Trotz der Verlockungen des Sterling-Blocks, wandte sich die City in den 1930er Jahren vermehrt vom internationalen Handel ab und der heimischen Industrie zu.⁷⁹⁴ Damit korrespondiert, dass ab 1936 die Ausleihungen der Londoner Banken an englische Firmen nach Zeiten der Stockung und Rückführung markant hochschnellten.⁷⁹⁵ Dass sich die Beziehung auch ansonsten deutschlandfreundlicher Bankiers zum Reich merklich abgekühlt hatte, kann man auch bei Robert Kindersley vom Bankhaus Lazard Brothers & Co. festmachen. Als 1937 über einen Nachfolger Normans als Gouverneur der Bank of England diskutiert und Otto Niemeyer als Name genannt wurde, lehnte Kindersley, bekanntlich Direktor der britischen Zentralbank, diesen aufgrund seiner deutschen Wurzeln vehement ab.⁷⁹⁶ Er glaubte offensichtlich auch nicht mehr an eine Normalisierung der deutsch-englischen Beziehungen in naher Zukunft; die Zeichen standen vielmehr auf Konfrontation. Dazu passt ebenfalls, dass Tiarks bei den Stillhalteabkommen ab 1937 heftige Kritik entgegengebracht wurde und nicht nur die *clearing bankers* sich allmählich Gedanken über die Sinnhaftigkeit der jährlich verlängerten Abkommen ohne substanziellen Fortschritt Gedanken machten – auch vor dem Hintergrund der für jedermann sichtbaren Aufrüstung in Deutschland, die ja nicht zuletzt durch die City finanziert wurde.⁷⁹⁷

Mochten Bankiers wie Tiarks, Brand und Norman noch für einen deutsch-englischen Ausgleich und für eine Stärkung der Position Schachts eingetreten sein, bröckelte diese Front auch unter den *merchant bankers* zusehends. Dies musste auch Konsequenzen für die Beziehungen zu den deutschen Privatbankiers haben. Gestützt wurde die Stellung der jüdischen Privatbankiers allerdings dadurch, dass die nationalsozialistischen Machthaber noch 1937 nicht auf die inländischen Kapazitäten der jüdischen Bankiers verzichten wollten und versuchten, diese für ihre Ziele dienstbar zu machen.

5.4. Netzwerke und Geschäfte unter nationalsozialistischer Herrschaft

5.4.1. Die Beziehungen zu Georg Eidenschink und die Gründung der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke-Aktiengesellschaft

Mit offensichtlicher Billigung von Hermann Göring, des Beauftragten für den Vierjahresplan und zu der Zeit einer der mächtigsten Männer im Reich, sollte das Bankhaus H. Aufhäuser im

⁷⁹³ Vgl. Sirois, Illusion, S. 96.

⁷⁹⁴ Vgl. Kynaston, City of London (Vol. III), S. 408. Norman hatte bereits 1930 zur „marriage“ zwischen „the industry of the North and the finance of the South“ aufgerufen, s. ebd.

⁷⁹⁵ Vgl. Derek H. Aldcroft, The Inter-War Economy: Britain, 1919-1939. London 1973, S. 337.

⁷⁹⁶ Vgl. Kynaston, City of London (Vol. III), S. 381.

⁷⁹⁷ Vgl. ebd., S. 439ff.

Sommer 1937 an der Gründung der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke-Aktiengesellschaft in Regensburg beteiligt werden.⁷⁹⁸ Die Maßnahme ging von Hermann Göring persönlich aus und wurde vom Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe und damit von der zentralen Behörde des Vierjahresplans⁷⁹⁹ initiiert. Aus dem Abfallholz des Bayerischen Waldes sollten Holzzucker und Hefeprodukte gewonnen werden. Das Werk in Regensburg war das erste, das dieses chemische Verfahren kommerziell anwenden sollte. Die Ernährung der Bevölkerung bildete nicht zuletzt aufgrund des Devisenmangels eine immerwährende Schwierigkeit für die nationalsozialistische Agrarpolitik; zu sehen etwa an der sogenannten „Fettlücke“. Um diese Lücke zu schließen, war insbesondere dem Butterbrot der Kampf angesagt worden.⁸⁰⁰ Der Reichsnährstand hatte daher bereits Anfang 1935 begonnen, eine besonders zuckerhaltige „Volksmarmelade“ zu subventionieren und zu propagieren. „An Zucker sparen grundverkehrt, der Körper braucht ihn, Zucker nährt“ war das entsprechende Motto. Dem Zucker kam dadurch eine gesteigerte Bedeutung zu, da es als Substitut für Fette zum Einsatz kommen sollte, dem einzigen Nahrungsgut, bei dem bereits zu Friedenszeiten eine behördliche Bewirtschaftung eingeführt werden musste.⁸⁰¹ Wie prekär die Lage war, zeigt sich auch darin, dass das Reichswirtschaftsministerium bzw. die Reichsstelle für Öle und Fette an der u.a. vom Bankhaus H. Aufhäuser gegründeten und im vorigen Kapitel erwähnten Centrale Bank voor Spoorwegen Interesse hatte. Mit ihrer starken Bindung nach Ungarn sollte darüber die Einfuhr von dortigen Ölen und Fetten finanziert werden.⁸⁰²

Bei der Einladung des Amtes für Deutsche Roh- und Werkstoffe zur Gründungsversammlung der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke wurden daher die Beteiligten auf die „Bedeutung der Angelegenheit“⁸⁰³ hingewiesen und eindringlich auf das Erscheinen gedrängt. Das unternehmerische Risiko für die neue Firma und damit auch für die Konsortialgesellschaften wurde von der Regierung eliminiert: Vorgesehen waren ein reichsverbürgtes Darlehen für die Süddeutschen Holzverzuckerungswerke von 12,5 Mio. RM sowie eine Preis- und

⁷⁹⁸ Siehe zum Folgenden BWA, K1, XXI/16, 79. Akt, M. Aufhäuser an IHK München, 01.12.1937 (Anlage Abschrift Ministerpräsident Generaloberst Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe u.a. an Bankhaus H. Aufhäuser, 18.06.1937). Siehe auch Moser/Winkler, Wegmarken, S. 88. Die dort gemachte Aussage, dass H. Aufhäuser mit „ausdrücklicher Billigung“ von Hermann Göring an der Gründung der Firma beteiligt wurde, konnte in den Akten nicht bestätigt werden. Zumindest eine stillschweigende Duldung ist gleichwohl vorauszusetzen, da Göring sicher über die Konsortialbanken informiert war, es war schließlich sein Projekt; H. Aufhäuser hatte zudem einen Sitz im Aufsichtsrat (Joseph Bayer), BAB, R 8136/3165, AR-Liste 22.04.1938.

⁷⁹⁹ Vgl. Petzina, Autarkiepolitik, S. 61. Das Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe war die Nachfolgeinstanz des Rohstoff- und Devisenstabes.

⁸⁰⁰ Vgl. Fritz Blach, Wirtschaft und Rüstung im „Dritten Reich“. Düsseldorf 1987, S. 32. Folgende Zitate ebd.

⁸⁰¹ Vgl. Petzina, Autarkiepolitik, S. 175f.

⁸⁰² BWA, K1, XXI 16b, 19a. Akt, Fall 30, Bericht Devisenprüfers Max Reiß, 11.01.1939. Über mündliche Verhandlungen ist das Thema dann nicht hinausgekommen.

⁸⁰³ Ebd., K1, XXI/16, 79. Akt, M. Aufhäuser an IHK München, 01.12.1937, (Anlage Abschrift Ministerpräsident Generaloberst Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe u.a. an Bankhaus H. Aufhäuser, 18.06.1937). Siehe auch die pompöse Eröffnungsfeier mit reichlich Prominenz aus Politik und Wirtschaft, Berliner Börsen-Zeitung, 09.07.1938.

Absatzgarantie der erzeugten Futterhefe.⁸⁰⁴ Auch wenn es sich nicht um einen Rüstungsbetrieb oder Ähnliches handelte, so zeigen doch diese Sicherheiten und die Tatsache, dass das wichtigste Amt des Vierjahresplanes direkt initiativ geworden war, von der Relevanz, die diesem Projekt seitens der Machthaber entgegengebracht wurde. Umso bemerkenswerter ist es, dass zu den neun geladenen Gründungsmitgliedern mit H. Aufhäuser ein jüdisches Bankhaus zählte. Auffällig ist ferner, dass sich unter den vier geladenen Kreditinstituten keine Großbank befand.⁸⁰⁵ Stark vertreten im Konsortium war hingegen die bayerische Landeshauptstadt: Neben H. Aufhäuser noch die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank sowie das Bankhaus Georg Eidenschink; bei Letzterem lag auch die Führung.

Das Bankhaus Eidenschink war ein kleines Institut – doch Georg Eidenschink und sein stiller Teilhaber Adolf Fischer besaßen exzellente Kontakte zu wichtigen Parteigrößen wie Hitler, Himmler und Heydrich.⁸⁰⁶ Besonders hilfreich war in solchen Angelegenheiten darüber hinaus sein Vetter Johann („Hans“) Rattenhuber⁸⁰⁷, auf den wir im Zusammenhang mit der „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser noch zurückkommen werden. Man kann davon ausgehen, dass es solche Kontakte waren, die dazu führten, dass das neue und kapitalschwache Bankhaus Eidenschink die Konsortialführerschaft übernehmen durfte, das auch höchstens über sehr rudimentäre Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügte. Es mag auf den ersten Blick überraschen, dass unter der Führerschaft dieser tief im Nationalsozialismus verwurzelten Bank das jüdische Bankhaus H. Aufhäuser einen Platz im Konsortium erhielt. In der Regel ist es der Konsortialführer, der die weiteren Teilnehmer auswählt, in diesem Falle eben Georg Eidenschink.

Die Inhaber der Bankhäuser Eidenschink und H. Aufhäuser kannten sich bereits durch ein vorangegangenes Geschäft: Der Wirtschaftsstab des Stellvertreters des Führers in München hatte im Frühjahr 1934 die jüdischen Mehrheitsaktionäre der Münchener Export-Malzfabrik AG, Max und Justus Weisenfeld, dazu gedrängt, ihre Aktien zu verkaufen.⁸⁰⁸ Als Käufer war ein Mitarbeiter des Wirtschaftsstabs aufgetreten, Baron Markus Freiherr von Freyberg-Schütz. Da

⁸⁰⁴ Siehe in diesem Zusammenhang auch die in der Wissenschaft stattfindende Diskussion, inwieweit die deutschen Unternehmen mehr staatlichem Zwang ausgesetzt waren, oder doch relative Entscheidungsfreiheit besaßen, vgl. zusammenfassend den Sammelband von Norbert Frei/Tim Schanetzky (Hg.), Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur. Göttingen 2010, vor allem den Beitrag von Norbert Frei, Die Wirtschaft im Dritten Reich. Überlegungen zu einem Perspektivwechsel, in: ebd., S. 9-24, insbes. S. 21-24 sowie die entsprechende Diskussion auf S. 169-174.

⁸⁰⁵ Immerhin war die Dresdner Bank über Hardy & Co., eine Tochtergesellschaft, bei der sie rund 90% der Kapitalanteile hielt, indirekt beteiligt. Spätestens 1939 wurde der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke seitens der Dresdner Bank auch ein Kreditlimit von 12,5 Mio. RM eingeräumt und damit der drittgrößte der Bank überhaupt, vgl. Johannes Bähr, Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reichs. München 2006, S. 30 Fn. 56, 329 Fn. 183.

⁸⁰⁶ Vgl. Johannes Ludwig, Boykott, Enteignung, Mord. Die „Entjudung“ der deutschen Wirtschaft. München 1992, S. 57f., S. 90. Eidenschink war Ende 1931 der NSDAP beigetreten, ebd. S. 98.

⁸⁰⁷ Vgl. Ludwig, Boykott, S. 65, 81; Frank Bajohr, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit. Frankfurt a.M. 2004, insbes. S. 115f.

⁸⁰⁸ Vgl. Ludwig, Boykott, S. 57f.

es ihm an den nötigen finanziellen Mitteln fehlte, hatte er sich an das Bankhaus Eidenschink gewandt. Weil die Bank selbst augenscheinlich kapitalarm war und „im wesentlichen die Bedeutung einer Visitenkarte in der Geschäftswelt hatte“⁸⁰⁹, war H. Aufhäuser mit der Finanzierung des Aktienkaufs der Münchener Export-Malzfabrik beauftragt worden. Als neuer Generaldirektor wurde von Freyberg-Schütz berufen.⁸¹⁰ Die Alteigentümer konnten ins Ausland auswandern, Justus Weisenfeld war sogar zum Generalvertreter der Firma in Belgien ernannt worden. Wenn auch Weisenfelds Vertrag noch im Herbst 1934 unter massiven Einschüchterungsversuchen zu seinen Ungunsten geändert und schließlich 1937 ganz aufgelöst worden war⁸¹¹, ist dennoch zu erkennen, dass Eidenschink und seinen Geschäftspartnern in der Anfangsphase der „Arisierungen“ daran gelegen war, jüdische Bankiers nicht zu verschrecken, da man ihre finanziellen Mittel noch nutzen wollte bzw. auf diese angewiesen war. Dieser Sachverhalt zeigte sich auch bei der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke AG: Auf einer Vorbesprechung zur Gründung der Gesellschaft wurde angemerkt, dass es problematisch gewesen wäre, für dieses Projekt – und dies würden auch andere Gründungsvorhaben zeigen – privates Kapital zu interessieren.⁸¹² Dafür spricht auch, dass der Vertrag von Weisenfeld zu seinen Lasten geändert worden war, kurz nachdem das Geschäft abgeschlossen war, mithin wohl in der Hoffnung, Martin Aufhäuser würde davon keine (größere) Kenntnis nehmen.

Gleichwohl haben sich Bankiers wie die Aufhäuser durchaus zu Komplizen der ersten „Arisierungen“ gemacht, indem sie die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellten. Dies ist keineswegs banal, denn viele Nazi-Größen haben erst durch diese Zukäufe ihre finanzielle Situation erheblich verbessern können und dadurch ihren Status sowie ihre Macht. Das Beispiel Eidenschink und seines Partners Fischer ist eher bezeichnend als singulär.⁸¹³ Es ging diesen nationalsozialistischen Emporkömmlingen nicht zuletzt darum, sich finanziellen und symbolischen Status anzueignen, um Insignien der wirtschaftlichen Macht zu erwerben. In diesem Sinne fand eine Kapitalübertragung von jüdischen zu nicht-jüdischen Bürgern statt.

⁸⁰⁹ So das Statement einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft 1947, zitiert nach Ludwig, Boykott, S. 57.

⁸¹⁰ Vgl. Ludwig, Boykott, S. 88. Die erworbenen Aktien waren letztendlich an die Maizena Gesellschaft in Hamburg mit einem Gewinn von 20 Prozent weiterveräußert worden.

⁸¹¹ Siehe auch ebd.

⁸¹² BAB, R 2/17818, Februar 1937, Vermerk zur Besprechung vom 02.02.1937 wegen Gründung Süddeutsche Holzverzuckerungswerke; ebd., R 8136/3165, Protokoll Gesellschafts-Sitzung, 22.04.1938.

⁸¹³ Vgl. Bajohr, Parvenüs, insbes. S. 105-120.

5.4.2. Die Übernahme von jüdischen Bankkunden

Auch auf einem anderen Gebiet machten sich das soziale und das symbolische Kapital des Bankhauses H. Aufhäuser bezahlt. Wie bereits oben ausgeführt, kämpften die jüdischen Privatbanken mit einem Kundenschwund. Im Zuge der permanenten (inoffiziellen) Diskriminierungen und vor allem nach der Verabschiedung der Nürnberger Rassengesetze 1935 hatten sich in den folgenden Jahren jüdische Bankiers entschieden, ihre Firmen zu liquidieren und Depots wie Konten auf befreundete Institute zu übertragen. Dieser in der Wissenschaft wenig untersuchte Vorgang der Teil-„Arisierung“ im Zuge der Liquidation betraf in der Regel die Übertragung auf Großbanken oder mitunter auf „arische“ Privatbankiers.⁸¹⁴ Dazu zählten vereinzelt Privatbanken, die zuvor selbst noch in jüdischen Händen gelegen hatten, wie etwa M.M. Warburg (Brinckmann, Wirtz & Co.), oder insbesondere die Berliner Privatbank Jacquier & Securius. Ingo Köhler dokumentiert in seiner Studie zwei besondere Fälle, in denen jüdische Inhaber die Kundenbeziehungen auf befreundete jüdische Bankiers überantwortet hatten⁸¹⁵ – man kann daher streng genommen auch nicht von „Arisierung“ sprechen, da eine rein jüdische Angelegenheit. Es war außerdem nicht die Bank als solches übernommen worden, sondern lediglich die Konten und Depots der Kunden.

Dieser Vorgang ist bisher nur bei Münchener Banken beschrieben worden, war aber vermutlich weiter verbreitet. So ist die Übertragung der Kundschaft von J.L. Feuchtwanger auf das Privatbankhaus Gebr. Marx Anfang 1936 belegt; Gebr. Marx selbst wurde schließlich zum Jahreswechsel 1936/37 „arisiert“. Der zweite Fall betraf H. Aufhäuser, auf die ebenfalls 1936 der Kundenstamm der relativ kleinen Privatbank Baer & Auerbach übertragen wurde. Die beiden aufnehmenden Banken Gebr. Marx und H. Aufhäuser hatten neben den Kunden auch die 13 bzw. acht zumeist jüdischen Angestellten zu den bestehenden Gehalts- und Vertragsverhältnissen übernommen. Dadurch waren den Bankinhabern von J.L. Feuchtwanger und Baer & Auerbach nicht zuletzt auch Abfindungs- und Pensionszahlungen erspart geblieben. Diese erhofften sich aber insbesondere Hilfe des befreundeten Instituts bei der raschen Liquidierung des Bankgeschäfts und eine reibungslose Überführung ihrer Kunden. Dabei war es ihnen offensichtlich wichtig, dass die Kunden weiterhin von einer jüdischen Bank betreut wurden⁸¹⁶, wohl nicht zuletzt, da sie über Erfahrungen bei den Ausreisemodalitäten verfügten.

⁸¹⁴ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 319-322, 588f. (Tabelle 4). Die Übertragung von Sollinger, Wasserzug & Co. erfolgte erst 1938, mithin nach der vollständigen „Arisierung“ und nicht wie in der Tabelle ausgewiesen bereits 1936, vgl. ebd., S. 318; Henning Kahmann, Die Bankiers von Jacquier & Securius 1933-1945. Frankfurt a.M. 2002, S. 150-153; BAB, R 3101/15514, Schreiben der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe an Reichswirtschaftsminister, 13.06.1938 (diese Liste der im April 1938 noch bestehenden jüdischen Privatbankhäuser ist auch abgedruckt in Ulrich, Aufstieg, S. 363-367).

⁸¹⁵ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 321f.

⁸¹⁶ Vgl. ebd., S. 322.

Ein weiterer Fall ist im Aufhäuser-Bestand aktenkundig und erlaubt einen Einblick in eine solche Übertragung, einige Sachverhalte müssen aber auch hier im Dunkeln bleiben.⁸¹⁷ Zwischen Ende November 1935 und vereinzelt noch Anfang Januar 1936 waren (alle) 35 ehemalige Kunden des Bankhauses A.M. & J. Heilbronner von H. Aufhäuser angeschrieben worden. Sie wurden informiert, dass nun ein Depot und/oder ein Konto bei H. Aufhäuser eingerichtet worden wäre. Unter den Kunden waren einige Hochadlige, ein Ministerialrat, ein aktiver Oberstleutnant sowie drei Unternehmen. Stand per 31. Januar 1936, dem offensichtlichen Übertragungsdatum, übernahm das Bankhaus H. Aufhäuser Debitoren von 22.377 RM (verteilt auf nur drei Personen) und Kreditoren von 169.463 RM. Ansehnlich waren die einzelnen Depots, die oftmals über 10.000 RM lagen, im Falle des Grafen Gernand Grote bei 229.000 RM. Insgesamt übernahmen die Aufhäuser-Bankiers Depots im Gesamtwert von rund 750.000 RM.

Festzuhalten bleibt, dass H. Aufhäuser durch die Übernahme von Geschäftsbeziehungen befreundeter jüdischer Privatbankiers dem Kundenschwund entgegenwirken konnte und wie im Falle von A.M. & J. Heilbronner zu sehen, ansehnliche Kundendepots übernehmen konnte. Eine dauerhafte Lösung konnte dies aber nicht sein, denn dieser Vorgang war nicht unbegrenzt wiederholbar und es war absehbar, dass zumindest ein Teil der neu hinzugewonnenen Kunden auswandern und ihre Depots und Konten soweit wie möglich wieder auflösen würden. Es lässt sich zwar kaum nachvollziehen, inwieweit sich diese Übertragungen im Bankergebnis niederschlugen. Auffallend ist jedoch, dass es dem Bankhaus H. Aufhäuser nur in den Jahren 1935/36 gelang, den stetigen Niedergang an Kundeneinlagen zu stoppen und die Geschäftszahlen insgesamt zu stabilisieren. Mag die allgemeine wirtschaftliche Erholung eine Rolle gespielt haben, bleibt dennoch festzuhalten, dass dies auch die beiden einzigen Jahre waren, in denen zwischen 1930 und 1938 wenigstens ein kleiner Gewinn erwirtschaftet werden konnte.⁸¹⁸ Man darf diese Kundenübernahmen, die zugleich der Bankenkonzentration Vorschub leisteten⁸¹⁹, aber keineswegs mit dem Vorgang einer „Arisierung“ gleichsetzen. Es wurde nicht die Bank übernommen, sondern nur ihre Kunden und dies auf Wunsch der ehemaligen Inhaber, die eine korrekte Überleitung wünschten sowie ihren Kunden weiterhin die Dienste einer jüdischen Privatbank bieten wollten.⁸²⁰ Zudem wurden die jüdischen Angestellten zu ihren ursprünglichen Konditionen weiterbeschäftigt. Gleichzeitig ist dieser Vorgang ein Beleg

⁸¹⁷ Siehe Akt BWA, F 20/283.

⁸¹⁸ Ebd., F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 4, 12, 1935: 20 TRM, 1936: 77 TRM.

⁸¹⁹ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 321. Köhler bezeichnet dies darüber hinaus als Vorstufe für die eigentliche „Arisierung“ des Bankwesens.

⁸²⁰ Siehe in diesem Zusammenhang auch die jüdischen Bestrebungen, bei Auswanderungsfällen eine (zentrale) Anlaufstelle für die Abwicklung von Vermögenstransfers zu schaffen, wobei den ausländischen Finanzinstituten eine wichtige Rolle zukam, zu denen die deutschen jüdischen Privatbankiers bekanntlich die besten Beziehungen unterhielten, vgl. Lässig, „Judenpolitik“, S. 143f.; Barkai, Boykott, S. 91.

dafür, dass die Inhaber von H. Aufhäuser an eine Zukunft auch unter einem nationalsozialistischen Regime glaubten und nicht gewillt waren, ihre Bank aufzugeben.

5.4.3. Die Geschäfte mit der Reichs-Kredit-Gesellschaft

Auch manche Großbank bediente sich nach vier Jahren nationalsozialistischer Herrschaft weiterhin der Dienste einer jüdischen Bank. Ein Beispiel ist die Reichs-Kredit-Gesellschaft, immerhin eine staatliche Bank. Die Reichs-Kredit-Gesellschaft rangierte unter den fünf Berliner Großbanken gemessen an der Bilanzsumme – wenn auch mit großem Abstand zu den großen Drei – an vierter Stelle. Wie die hinter ihr platzierte Berliner Handels-Gesellschaft besaß die Reichs-Kredit-Gesellschaft keine Filialen. Die Strategie der Banken war, anstatt Filialen zu eröffnen, intensive Geschäftsverbindungen zu Instituten in der Provinz zu knüpfen, zu denen es sich nicht in Konkurrenz sah. Die Privatbankiers ihrerseits wickelten über die Reichs-Kredit-Gesellschaft ihre Börsen sowie Geld- und Kapitalmarktgeschäfte in Berlin ab und sie deponierten dort einen Teil ihrer Liquiditätsreserven.⁸²¹ Selbst nach der Machtergreifung wollte die Reichs-Kredit-Gesellschaft und konnte zumindest mittelfristig wohl auch nicht auf diese Geschäftsbeziehungen mit jüdischen Bankiers verzichten. Am 5. März 1937 kam es in den Räumen des Bankhauses H. Aufhäuser zu einem Gespräch zwischen einem Vertreter der Reichs-Kredit-Gesellschaft sowie Martin Aufhäuser und Emil Kraemer.⁸²² Vielsagend ist, dass der Vertreter der Berliner Bank nach München kam und nicht umgekehrt, was man erst einmal vermuten würde. Die Gesellschafter von H. Aufhäuser sprachen zwei Aktienpakete an: eins von der Bank für Brau-Industrie, Berlin/Dresden, und eins von der Bayerischen Woldecken-Fabrik Bruckmühl AG in München.

Bei der 1899 gegründeten Bank für Brau-Industrie („Braubank“) handelte es sich anders als der Name suggeriert um eine Holdinggesellschaft, unter der die Dresdner Bankiersfamilie Arnholds ihre umfangreichen Beteiligungen an Brau-Unternehmen gebündelt hatten.⁸²³ Unter der Holding waren im Geschäftsjahr 1933/34 über 20 Brauereien geführt worden, darunter mit einer Beteiligung von über 25% die Radeberger Exportbierbrauerei-AG und die Schöffershof-Binding-Bürgerbräu AG.⁸²⁴ Obwohl die Reichs-Kredit-Gesellschaft offenbar schon länger Interesse an

⁸²¹ Vgl. Wixforth, Expansion, S. 3-6.

⁸²² BAB, R 8136/3397, Vermerk Aufhäuser, München (o. Unterschrift [Kürzel Nb[=Neubaur?/Gz in Kopfzeile] und Firmenbezeichnung [RKG]), 06.03.1937.

⁸²³ Vgl. Manfred Köhler, „Vertrauenswürdig wie ein Beichtvater und mit Nerven wie Schiffstau“. Von der Bank für Brau-Industrie zur Frankfurter Bankgesellschaft. Frankfurt a.M. 2011, S. 32-39. Allgemein bleibt festzuhalten, dass der Braubank zwar eine wichtige Funktion in der Branche zukam, diese aber gleichfalls zersplittelt blieb und die Braubank keine beherrschende Stellung innehatte, vgl. ebd., S. 50ff.

⁸²⁴ Ebd., S. 150 (Aufstellung).

der Braubank hatte und deren Aktien wohl zu den interessantesten der Zeit zählten⁸²⁵, zeigte sie sich schlecht informiert bzw. hatte falsche Auskünfte erhalten. Der Vertreter der Reichs-Kredit-Gesellschaft vermutete und stützte sich dabei offenbar auf diverse Quellen, dass durch die Übernahme des Dresdner Geschäfts von Gebr. Arnhold⁸²⁶ ein sehr großes Aktienpaket, womöglich sogar die Majorität zur Dresdner Bank „und ihren Freunden“ gewechselt wäre. Dies entsprach nicht den Tatsachen und konnte sogar der Presse entnommen werden: Bei der Übernahme durch die Dresdner Bank vom Dezember 1935 waren Aktivwerte wie die Beteiligung an der Bank für Brau-Industrie bei der Familie Arnhold verblieben.⁸²⁷ Auch die Bedenken der Reichs-Kredit-Gesellschaft, die in der Braubank enthaltenen Werte seien teilweise durch die Familie Arnhold „ausgepowert“ worden, entsprachen nicht dem tatsächlichen Zustand der Beteiligungen der Holding.⁸²⁸

Kraemer zeigte sich wesentlich besser informiert und teilte diese Ansichten seines Gesprächspartners zu recht nicht. Gleichwohl machte er der Reichs-Kredit-Gesellschaft dahingehend Hoffnung, dass die Familie Arnhold nach dem Tod von Heinrich Arnhold im Oktober 1935 – der Umstand hatte bereits den Verkauf der Dresdner Arnhold-Bank beschleunigt⁸²⁹ – und der folgenden Kapitalauseinandersetzung die Familie Arnhold bereit wäre, das Braubank-Aktienpaket abzustoßen.⁸³⁰ Kraemer und Martin Aufhäuser hatten ihre Informationen von Oskar Thieben, mit dem sie tags zuvor eine lange Unterredung hatten. Thieben hatte für rund zwei Jahrzehnte wesentlich die Geschicke der Braubank bestimmt, war aber im Juli 1936 in den Ruhestand getreten.⁸³¹

Die Hinwendung an ein ausgeschiedenes Vorstandsmitglied kann als Beleg gewertet werden, dass auch das nationale Netzwerk der Aufhäuser-Bankiers zu erodieren begann. So hatte das Gespräch zwischen Martin Aufhäuser, Kraemer und Thieben interessanter Weise einen Tag

⁸²⁵ BAB, R 8136/3397, Vermerk Aufhäuser, München (o. Unterschrift [Kürzel Nb/Gz in Kopfzeile] und Firmenbezeichnung [RKG]), 06.03.1937; Köhler, „Arisierung“, S. 234 sowie das die Braubank sehr positiv beurteilende Dossier der Dresdner Bank von 1937, Köhler, „Vertrauenswürdig“, S. 100, 153.

⁸²⁶ Die Dresdner Bank hatte per Kaufvertrag vom 02.12.1935 den Dresdner Standort des Bankhauses Gebr. Arnhold übernommen, der Berliner Teil verblieb bei der Familie Arnhold, vgl. Ziegler, Dresdner Bank, S. 142 (Textteil von Ingo Köhler).

⁸²⁷ Vgl. ebd., S. 142 und Fn. 53 (Frankfurter Zeitung vom 03. und 04.12.1935). Die Dresdner Bank besaß zwar einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Braubank, dies rührte jedoch aus Aktien im Fremdbesitz, für die sie die Depotbankfunktion ausübte. Bei einem Aktienkapital von 10 Mio. RM hatte die Dresdner Bank wohl nur rund 260 TRM im Eigenbesitz. H. Aufhäuser vertrat im Übrigen auf der Hauptversammlung am 08.11.1937 knapp 45 TRM, wobei offen bleiben muss, inwieweit im Eigen- oder Fremdbesitz, vgl. Köhler, „Vertrauenswürdig“, S. 156f.

⁸²⁸ Siehe hierzu wiederum das Dossier der Dresdner Bank von 1937 zur Braubank, ebd., S. 100, 153.

⁸²⁹ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 217.

⁸³⁰ BAB, R 8136/3397, Vermerk Aufhäuser, München (o. Unterschrift [Kürzel Nb/Gz in Kopfzeile] und Firmenbezeichnung [RKG]), 06.03.1937.

⁸³¹ Oskar Thieben wurde erstmals im Geschäftsbericht 1916/17 als Vorstandsmitglied erwähnt und nach einem Bericht der Berliner Börsen-Berichte im Juli 1936 in den Ruhestand verabschiedet; er wurde im Geschäftsbericht 1935/36 auch nicht mehr als Vorstand genannt. Der Vorstand bestand meist aus zwei bis vier Mitgliedern, vgl. Köhler, „Vertrauenswürdig“, S. 48, 94f., 152.

vor einer wichtigen Aufsichtsrats-Sitzung der Braubank stattgefunden. Auf dieser Sitzung vom 5. März 1937 hatten der langjährige Vorstand Alfred Behrend sowie die drei noch verbliebenen jüdischen Mitglieder des Aufsichtsrats ihre Ämter niedergelegt.⁸³² Unter ihnen war Kurt Arnhold als letzter Vertreter der Familie wie auch Siegfried Aufhäuser. Der Münchener Privatbankiers hatte dem Gremium seit rund zehn Jahren angehört, was zum einen die Verbundenheit des Bankhauses H. Aufhäuser zur Brauindustrie unterstreicht, auch über die Grenzen Bayerns hinaus, und zum anderen die langjährigen engen Kontakte zwischen den beiden Bankhäusern widerspiegelt.⁸³³ Der Verlust von Aufsichtsratssitzen war für die jüdischen Privatbankiers ein generelles und schwerwiegendes Problem, da damit wichtige soziale und geschäftliche Kontakte verloren gingen und Informationsquellen versiegten. War Martin Aufhäuser 1932 noch in zehn Aufsichtsräten vertreten, verlor er bis Oktober 1933 zunächst drei Sitze, bis 1935 einen weiteren und teilte schließlich das Schicksal aller jüdischen Aufsichtsräte, bis längstens 1938 alle Mandate eingebüßt zu haben.⁸³⁴ Zählten Martin Aufhäuser und Kraemer noch zu den von Ingo Köhler definierten 34 „Big Linkers“ unter den Privatbankiers, verloren beide diesen Status bereits 1933 – im Gegensatz zu den vier Arnholds in der Liste, die ihren Status als „Big Linkers“ als eine der wenigen rein jüdischen Privatbankiers zum Teil bis nach 1935 beibehalten konnten; ein weiterer war Max M. Warburg.

Immerhin konnte Kraemer seinem Gegenüber von der Reichs-Kredit-Gesellschaft berichten, dass er in der folgenden Woche Gelegenheit haben werde, über einen möglichen Verkauf der Braubank-Aktien mit einem Mitglied der Familie Arnhold (es war wohl Kurt Arnhold) zu sprechen. Die Familie Arnhold war zwar nicht mehr in den Gremien der Braubank vertreten, aber weiterhin im Besitz eines großen Aktienpakets. Die Reichs-Kredit-Gesellschaft kam in Sachen der Braubank dennoch nicht zum Zuge. Die Dresdner Bank hatte ihre Machtposition bei Gebr. Arnhold bereits vor der kompletten „Arisierung“ soweit ausgebaut gehabt, dass es für andere Institute kaum noch möglich war, nennenswerte Anteile an der Holding zu erwerben; das Hauptaugenmerk der Berliner Großbank bei der „Arisierung“ von Arnhold/Bleichröder lag ja gerade auf deren umfassenden Brauereibeteiligungen.⁸³⁵ Zudem hat womöglich auch eine

⁸³² Dies geschah offenbar auf Druck von Walther Frisch – Behrend war ebenfalls jüdischen Glaubens und mit einer Cousine Heinrich Arnholds verheiratet –, der seit Herbst 1933 Gesellschafter von Gebr. Arnhold war und von der Dresdner Bank kam, vgl. ebd., S. 155. Zu Frisch und seiner teils undurchsichtigen Rolle bei der „Arisierung“ von Gebr. Arnhold siehe insbes. die Hinweise bei Köhler, „Arisierung“, S. 210-243. I. Köhler (S. 211) und J. Bähr (Dresdner Bank, S. 88) weisen wohl zu Recht eine von S. Lässig („Judenpolitik“, S. 154f., 170f.) vermutete strategische Vorgehensweise der Dresdner Bank bei der Bestellung Frischs zum Teilhaber von Gebr. Arnhold zurück.

⁸³³ Köhler, „Vertrauenswürdig“, S. 95, 155. Zufall oder nicht, war rund ein Jahr vor Siegfried Aufhäuser Hermann Schüle in von der mit dem Münchener Bankhaus eng verbundenen Aktienbrauerei zum Löwenbräu in den AR der Braubank gewählt worden, vgl. ebd. S. 95. Da Martin Aufhäuser bereits im AR der Löwenbrauerei saß (Moser/Winkler, Wegmarken, S. 78), war dies womöglich auch der Grund, weshalb bei der Braubank sein Bruder in das Kontrollgremium entsandt wurde, um etwaigen Interessenkonflikten zu entgehen.

⁸³⁴ Vgl. Tabelle bei Köhler, „Arisierung“, S. 141. Bei Kraemer waren die Werte die folgenden: 11 (1933), 4 (1933), 3 (1935), 0 (1938).

⁸³⁵ Vgl. ebd., S. 234.

Rolle gespielt, dass die vormaligen erstklassigen Kontakte der Bankiers von H. Aufhäuser zur Braubank durch das Revirement im Aufsichtsrat sowie an der Spitze der Holding – worüber auch die Vertreter der Reichs-Kredit-Gesellschaft nicht sonderlich erfreut waren⁸³⁶, wohlwissend, dass auf diese Weise viel an Wissen und Einflussmöglichkeiten verloren gegangen waren – kaum noch vorhanden waren.⁸³⁷

Natürlich kann nicht jedes Geschäftsvorhaben erfolgreich abgeschlossen werden. Nachdem die Aufhäuser-Bankiers aber langjährige intensive Beziehungen zur Eigentümerfamilie aufgebaut hatten, die dem Aufsichtsrat vorstand und dominierte, zum Vorstand direkte Kontakte pflegte und selbst im Aufsichtsrat saß – wo zusätzlich noch ein Vertreter von S. Bleichröder präsent war – ist es jedoch kaum vorstellbar, dass ein Aktienkauf der Reichs-Kredit-Gesellschaft unter anderen Umständen nicht doch in der einen oder anderen Weise zustande gekommen wäre.

Etwas anders gelagert waren die Bemühungen der Reichs-Kredit-Gesellschaft um eine Beteiligung an der Bayerischen Woldecken-Fabrik Bruckmühl AG (München). Das Unternehmen hatte sich schon früh streng nationalsozialistisch gegeben und vom allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung sowie von den ersten Arbeitsbeschaffungsprogrammen 1933 profitiert⁸³⁸. Es waren eine Zeit lang 200 Mitarbeiter im Rahmen dieser Programme beschäftigt worden, ohne dass die Woldecken-Fabrik diese entlohnen musste.⁸³⁹ Die Staatsnähe ist auch darin abzulesen, dass das Unternehmen im Zuge der Aufrüstung umfangreiche Heeresaufträge und bei der Neuzuteilung von Rohstoffen eine Bevorzugung erhielt.⁸⁴⁰ Lediglich das Auslandsgeschäft konnte trotz großer Anstrengungen zunächst nicht nachhaltig angekurbelt werden; im Gegenteil: Die Beteiligung in den Niederlanden musste aufgrund des brachliegenden Auslandsgeschäfts verkauft werden. Die Firma konnte erst ab 1937 wieder

⁸³⁶ BAB, R 8136/3397, Vermerk Aufhäuser, München (o. Unterschrift [Kürzel Nb/Gz in Kopfzeile] und Firmenbezeichnung [RKG]), 06.03.1937.

⁸³⁷ Lediglich Paul Julius von Schwabach vom Bankhaus S. Bleichröder war noch im AR vertreten.

⁸³⁸ Vgl. die diversen Geschäftsberichte der Bayerischen Woldecken-Fabrik Bruckmühl unter <http://zbw.eu/beta/p20/company/41748/about.de.html> [20.05.2012]. Geschäftsberichte für die Jahre 1934 und 1935 befinden sich auch im Akt BAB, R 8136/3397, die, anders als von M. Aufhäuser erbeten, nicht an ihn zurückgesandt wurden.

⁸³⁹ <http://zbw.eu/beta/p20/company/41748/about.de.html> [20.05.2012], Geschäftsbericht 1933: „In der Berichtszeit [1933] gehörte es zu unseren ersten Aufgaben, die Reichsregierung im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit zu unterstützen. 200 Erwerbslose konnten wir wieder in den Arbeitsprozess eingliedern, wobei wir uns bewusst waren, dass bei der Arbeitsbeschaffung für die Neueingestellten auf Verdienste von vornherein verzichtet werden musste. [...] Das neue Geschäftsjahr [1934] zeigt die Auswirkungen des großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung.“ Die Reichsregierung hatte im Juni und September 1933 zwei Gesetze zur Minderung der Arbeitslosigkeit erlassen, vgl. Wandel, Deutsche Bankwesen, S. 157. Auch das Auslandsgeschäft stand zumindest vorgeblich im Zeichen der Bedürfnisse der Reichsregierung: „Wir halten es für [...] unsere Pflicht, unter Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten unsere Erzeugnisse auszuführen, um dem Reiche zur Durchführung wichtiger volkswirtschaftlicher Aufgaben Devisen zur Verfügung stellen zu können“ (Geschäftsbericht 1936).

⁸⁴⁰ BAB, R8136/3397, H. Aufhäuser (M. Aufhäuser) an RKG (Direktion), 22.02.1937 (vertraulich), ebd., H. Aufhäuser (M. Aufhäuser) an RKG (Goetz), 04.03.1937 (vertraulich).

außerhalb Deutschlands Fuß fassen, nachdem die Geschäftsleitung beschlossen hatte, nicht die traditionellen, sondern gänzlich neue Absatzmärkte im Ausland zu erschließen.⁸⁴¹ Es zeigt sich damit exemplarisch, dass der Westen mit der Abschottung seiner Märkte dem Drang deutscher Unternehmen nach Osten Vorschub geleistet hat, der sich mit dem von den Nationalsozialisten forcierten Mitteleuropaplänen ideal ergänzte und das an dieser Stelle von den Schwerindustriellen vorgeschmiedete Band zwischen Politik und Wirtschaft weiter verstärkte.

Unabhängig vom Besuch des Repräsentanten der Reichs-Kredit-Gesellschaft in den Räumen von H. Aufhäuser Anfang März, hatte Martin Aufhäuser in einem Brief an die Direktion der Reichs-Kredit-Gesellschaft dieser bereits Ende Februar 1937 ein beträchtliches Aktienpaket an der Bayerischen Woldecken-Fabrik Bruckmühl angeboten gehabt, und darauf hingewiesen, dass die Großbank auf diese Weise ihren Geschäftskreis in Süddeutschland erweitern könne.⁸⁴² Durch einen Todesfall in der Kundschaft des Bankhauses H. Aufhäuser war ein Aktienpaket in Höhe von nominal 336.000 RM freigeworden; der Betrag änderte sich im Verlauf der Verhandlungen noch geringfügig.⁸⁴³ Streng genommen bestand dieses Paket aus zwei Teilen, denn er war etwa zur Hälfte in der Hand von zwei „Auslandsdeutschen“ – sprich ausgewanderten Juden. Da die beiden Erben verkaufen wollten und Martin Aufhäuser das gesamte Aktienpaket nicht selbst übernehmen wollte oder konnte, wandte er sich an die Reichs-Kredit-Gesellschaft. Immerhin ging es beim hier zum Verkauf stehenden Aktienpaket um eine Beteiligung von über 11,5% am Aktienkapital der Bruckmühl von 2,9 Mio. RM. Die Woldecken-Fabrik arbeitete beständig profitabel, was es ihr erlaubte, eine konstante Dividende von sechs Prozent auszuschütten; alleine das machte das Aktienpaket in Zeiten niedriger Zinsen interessant.

Vonseiten der Reichs-Kredit-Gesellschaft nahm sich der Direktor Herbert Goetz, der im Übrigen selbst Jude war und später ebenfalls emigrieren musste⁸⁴⁴, dem Bruckmühl-Thema an. Bereits am Eingangstag des Aufhäuser-Schreibens hatte er einen Brief nach München gesandt und in dem er sich an dem Vorschlag sehr interessiert zeigte, vor allem an dem Umstand, dass dem Käufer dieses Aktienpaketes ein Sitz im Aufsichtsrat in Aussicht gestellt wurde.⁸⁴⁵ Die Aktien sollten inklusive der Dividende für 1936 130% kosten. Martin Aufhäuser erklärte sich aber bereit, wenn von der Reichs-Kredit-Gesellschaft gewünscht, er sich am Kauf beteiligen

⁸⁴¹ Die Geschäftsberichte sind an dieser Stelle unkonkret. Nimmt man aber die (ehemalige) niederländische Beteiligung und die Beschwerden über abgeschottete Märkte als Anhaltspunkte, scheint auch die Bruckmühle sich den westeuropäischen Märkten ab- und denen im Osten zugewandt zu haben.

⁸⁴² BAB, R 8136/3397, H. Aufhäuser (M. Aufhäuser) an RKG (Direktion), 22.02.1937 (vertraulich).

⁸⁴³ Ebd.

⁸⁴⁴ Joachim Scholtyseck, Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945. München 1999, S. 270f.

⁸⁴⁵ Siehe die entsprechenden Markierungen seitens der RKG im Schreiben Aufhäusers, ebd.; ebd., R 8136/3397, RKG (Goe=Goetz/D) an Bankhaus H. Aufhäuser (Geschäftsleitung), 23.02.1937.

und versuchen würde, einen Teil der Aktien bei seiner eigenen Kundschaft zu platzieren. Goetz aktivierte sodann sein eigenes Netzwerk und wandte sich Anfang März an enge Vertraute des Unternehmers Robert Bosch, den er schon lange kannte, um ihnen das Bruckmühl-Aktienpaket anzubieten: Willy Schloßstein, dem Privatsekretär Boschs, sowie dem geschäftsführenden Direktor Hans Walz.⁸⁴⁶ Allerdings rief Goetz einen Kurs von 131% auf, obwohl Martin Aufhäuser der Großbank zu diesem Zeitpunkt bereits einen festen Kurs von 129% zugesagt hatte⁸⁴⁷.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen gewannen für Goetz die Verhandlungen um die Woldecken-Firma eine weitere, alarmierende Dimension: Die Verwaltung der Bruckmühl AG war zwar im Besitz der Aktienmajorität, doch an diesem Aktienpaket war wiederum die Münchener Filiale der Dresdner Bank maßgeblich beteiligt.⁸⁴⁸ Martin Aufhäuser erhöhte zusätzlich den Handlungsdruck auf Goetz, indem er ihn wissen ließ, dass bereits eine der Verwaltung nahestehende Seite einen Kurs von 125% geboten habe und dieses Angebot womöglich noch nachbessern werde. Einen Namen nannte der Münchener Privatbankier nicht, aber so stand im Raum, dass die Dresdner Bank sich ebenfalls um die Bruckmühl-Aktien bemühen würde. Es war wohl dieser Umstand, der die Reichs-Kredit-Gesellschaft handeln ließ, ohne dass die Bank bis dahin jemanden gefunden hätte, um die Aktien weiterzureichen. Mittlerweile ging es auch nur noch um rund die Hälfte des gesamten Aktienpakets – der andere Erbe hatte den Verkauf zurückgestellt – von nunmehr nominal 160.000 RM.⁸⁴⁹ Folglich fiel der Aufsichtsratsposten, auf den Goetz kurz zuvor noch großen Wert gelegt hatte, erst einmal weg.⁸⁵⁰

Der Erwerb wurde am 17. März 1937 vollzogen, der Kaufpreis von 206.400 RM wurde vereinbarungsgemäß zu gleichen Teilen von der Reichs-Kredit-Gesellschaft und H. Aufhäuser

⁸⁴⁶ Ebd., Vermerk (o. Unterschrift (Kürzel Goe/D im Kopfzeile) und Firmenbezeichnung [RKG]), 05.03.1937. Siehe auch Eingangsstempel der RKG vom 05.03.1937 auf dem Aufhäuser-Schreiben. Zu Bosch und Goetz siehe Scholtyseck, Robert Bosch, S. 270. Wenn J. Bähr und P. Erker berichten, dass die Bruckmühl nicht im jüdischen Besitz gewesen sein, stimmt das eben nur teilweise, denn das Aktienpaket, um das es hier ging, stammte von ausgewanderten Juden, vgl. Johannes Bähr/Paul Erker, Bosch. Geschichte eines Weltunternehmens. München 2013, S. 190f. Fn. 55.

⁸⁴⁷ BAB, R 8136/3397, Vermerk betr. Privatsekretariat Dr. Robert Bosch (o. Unterschrift (Kürzel Goe/D im Kopfzeile) und Firmenbezeichnung [RKG]), 05.03.1937; ebd., RKG (Goe/D) an H. Walz (Robert Bosch AG), 05.03.1937. In diesem Schreiben wurde fast der komplette Aufhäuser-Brief zitiert, jedoch die Stelle mit dem Preis ausgelassen. Martin Aufhäuser selbst verdiente an diesem Geschäft nur die „Bankierprovision“, dessen Höhe jedoch nicht bekannt ist, ebd., H. Aufhäuser (M. Aufhäuser) an RKG (Goetz), 04.03.1937 (vertraulich).

⁸⁴⁸ Ebd., H. Aufhäuser (M. Aufhäuser) an RKG (Goetz), 04.03.1937 (vertraulich). Die Wörter „Dresdner Bank Filiale München“ wurden (vom Empfänger) als einzige im zweiseitigen Brief unterstrichen.

⁸⁴⁹ Ebd., Vermerk Bayerische Woldecken (sic) Bruckmühl (ohne Unterschrift und Firmenbezeichnung [RKG]), 17.03.1937. Warum das Aktienpaket nun 160.000 RM betrug und nicht die rechnerischen 168.000 RM, geht aus den Akten nicht hervor. Es gibt jedoch einen Hinweis, dass die beiden Aktienpakete von vorneherein doch nicht exakt gleich groß waren, ebd., Vermerk Bayerische Woldecken (sic) Bruckmühl (o. Unterschrift (Kürzel Goe/Lie unter Datum) und Firmenbezeichnung [RKG]), 17.03.1937.

⁸⁵⁰ Ebd., RKG (Goe/D) an H. Aufhäuser (Geschäftsleitung), 23.02.1937 (vertraulich); ebd., Vermerk Woldeckenfabrik [sic] Bruckmühl (ohne Unterschrift (Kürzel Goe/D in Kopfzeile) und Firmenbezeichnung [RKG]), 11.03.1937.

aufgebracht.⁸⁵¹ Es wurde zudem vereinbart, dass erst nach Zahlung der Dividende versucht werden sollte, die Aktien weiter zu veräußern – die 8.640 RM wurden zunächst ebenfalls geteilt, aber offensichtlich dann doch an den späteren Käufer weitergereicht.⁸⁵² Das zweite Aktienpaket blieb gleichwohl in Verhandlung, und damit auch das Aufsichtsratsmandat.⁸⁵³ Da jedoch der Besitzer des anderen Postens in naher Zukunft seine Aktien nicht verkaufen wollte, stockte auch die Weiterreichung des ersten Pakets. Es rächte sich damit in gewisser Weise das Vorgehen der Reichs-Kredit-Gesellschaft, dieses gekauft zu haben, ohne einen Kunden als endgültigen Käufer gefunden zu haben. Zwar war die Verwaltung von Robert Bosch weiterhin an den Bruckmühl-Aktien interessiert, doch ohne das zweite Paket und den damit in Aussicht gestellten Aufsichtsratssitz war kein Geschäft zu machen.⁸⁵⁴ Letztendlich waren es die Privatbankiers von H. Aufhäuser, die im September 1937 einen Käufer für das erste Bruckmühl-Aktien fanden: Paul Knoke von der Verwaltung Braunschweig-Lüneburg kaufte das Aktienpaket zu 131%.⁸⁵⁵

Wie gezeigt, verlief das Geschäft zwischen der Reichs-Kredit-Gesellschaft und dem Bankhaus H. Aufhäuser keineswegs reibungslos. Die Berliner Großbank tat sich äußerst schwer, einen Käufer für die Bruckmühl-Aktien zu finden; was womöglich am nur rudimentär ausgebildeten eigenen Netzwerk lag. Auch die Aufhäuser-Bankiers fanden erst nach langer Suche einen Käufer. Dies, wie auch die Hinwendung an die Reichs-Kredit-Gesellschaft mögen als Beleg dafür gelten, dass die sozialen Kontakte der Aufhäuser-Bankiers sich zusehends auflösten. In den Jahren zuvor hatte es sich in der Regel so verhalten, dass die Großbanken sich an die Privatbankiers gewandt haben, damit diese über ihre weitverzweigten Kontakte zu solventen Kunden Aktienpakete platzierten. Es wurde beiden Banken vor Augen geführt, dass dieses

⁸⁵¹ Ebd., H. Aufhäuser (M. Aufhäuser) an RKG (Goetz), 17.03.1937 (vertraulich); ebd., RKG an H. Aufhäuser, Buchungsbeleg, 18.03.1937. Technisch war es so geregelt, dass H. Aufhäuser bei der RKG ein Meta-Konto unterhielt, über das alle Zahlungen bezüglich der Bruckmühl-Aktien liefen und die RKG es entsprechend belastete bzw. erkannte, um die Parität wiederherzustellen.

⁸⁵² Ebd., RKG an H. Aufhäuser, Buchungsbeleg, 24.04.1937; ebd., Aus dem Vermerk Dr. Jannsen über den Besuch Exc. Knoke [=Knoke] vom 24.9.1937 (o. Unterschrift und Firmenbezeichnung [RKG]), 27.09.1937.

⁸⁵³ Ebd., Vermerk Bayerische Wolldecken-Fabrik Bruckmühl (o. Unterschrift (Kürzel Goe/Lie unter Datum) und Firmenbezeichnung [RKG]), 17.03.1937; ebd., H. Aufhäuser (M. Aufhäuser) an RKG (Goetz), 17.03.1937 (vertraulich).

⁸⁵⁴ Ebd., Vermerk Bruckmühl (o. Unterschrift (Kürzel Goe/D in der Kopfzeile) und Firmenbezeichnung [RKG]), 25.03.1937. Der Vermerk wurde mehrfach auf Wiedervorlage gelegt, ohne dass in der Angelegenheit Fortschritte zu verzeichnen gewesen wären. Die RKG war letztlich sogar bereit, ein anderes Aktienpaket der Bruckmühl zu erwerben, solange damit ein Sitz im Aufsichtsrat verbunden gewesen wäre. Ein „einigermaßen nennenswertes Paket von Aktien“ (M. Aufhäuser) der Bruckmühl war am Markt jedoch nicht erhältlich, ebd., RKG (Goe/D) an H. Aufhäuser, 10.06.1937 (vertraulich); ebd., H. Aufhäuser (M. Aufhäuser) an RKG (Sekretariat, Goe/D), 15.06.1937 (vertraulich).

⁸⁵⁵ Ebd., Vermerk Bayerische Wolldecken-Fabrik Bruckmühl (o. Unterschrift (Kürzel M/Wb in Kopfzeile) und Firmenbezeichnung [RKG]), 24.09.1937, dort auch handschriftlich „Verkäufer: Aufhäuser?“ „ja“; ebd., Aus dem Vermerk Dr. Jannsen über den Besuch Exc. Knoke [=Knoke] vom 24.9.1937 (o. Unterschrift und Firmenbezeichnung [RKG]), 27.09.1937. Bemerkenswert ist, dass der Sohn von Paul Knoke, Karl Hermann Knoke, 1937 in die RKG eintrat, vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Hermann_Knoke [12.08.2012]. Dabei war wie bereits bei Bosch vorgesehen, zu einem späteren Zeitpunkt auch das zweite Aktienpaket inklusive eines Aufsichtsratsmandats zu erwerben. Was schließlich mit dem anderen Aktienpaket geschehen ist, konnte nicht ermittelt werden.

Geschäftsmodell keine Zukunft mehr hatte, insbesondere für die Reichs-Kredit-Gesellschaft. Da sich durch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik immer mehr jüdische Privatbankiers genötigt sahen, ihre Bank zu verkaufen oder zu liquidieren, sank entsprechend die Zahl der Geschäftspartner der Großbank in der Provinz. Die Reichs-Kredit-Gesellschaft änderte daher ihre Geschäftspraktik und bemühte sich fortan, selbst mit Niederlassungen in der Provinz präsent zu sein – nicht zuletzt durch „Arisierungen“ ehemaliger Geschäftspartner.⁸⁵⁶ Dieses Vorgehen machte gleichzeitig die noch bestehenden Privatbankiers in der Provinz zunehmend entbehrlich, darunter auch das Bankhaus H. Aufhäuser. Nicht zuletzt musste die Reichs-Kredit-Gesellschaft Repressalien fürchten, wenn es weiterhin Geschäfte mit jüdischen Bankiers tätigte, etwa in Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen.⁸⁵⁷

Diese Episode scheint ein Beleg dafür zu sein, dass das nationale Netzwerk der Aufhäusers spätestens 1937 nur noch sehr bruchstückhaft existierte, was eng mit der Erosion ihrer zur Verfügung stehenden Kapitalien verbunden war.

5. Kapitelfazit

Die Bankinhaber entwickelten diverse Abwehrstrategien, um sich gegen die einzelnen, nicht koordinierten Angriffe zur Wehr zu setzen, d.h. sie waren auch hier sehr anpassungsfähig und richteten sich nach den jeweiligen Begebenheiten. Dabei zeigten sie sich stets bestens informiert. Daraus resultiert auch die Gemeinsamkeit aller Resistenzstrategien: Die Bankinhaber erkannten präzise die Ziele und Schwachstellen der nationalsozialistischen Politik und waren darauf bedacht, diese für sich bzw. für den Fortbestand des Bankhauses auszunutzen. Ein essentielles Streben der neuen Machthaber war der Abbau der Arbeitslosigkeit, wollten sie nicht die kurze Lebensdauer der Weimarer Kabinette teilen. Darauf zielte die erste Abwehrmaßnahme der Bankinhaber im Zuge der persönlich motivierten Angriffe, als sie die Verflechtung der Bank mit unterschiedlichen Unternehmen und die Gefahr des Verlusts von Arbeitsplätzen thematisierten.

Bei den antijüdischen Vorstößen von Fiehler und dem Reichspropagandaministerium profitierten die Bankinhaber davon, dass das Bankhaus ein wichtiger Bestandteil des internationalen Finanz-Netzwerkes im Allgemeinen und des deutsch-englischen Netzwerkes im Besonderen war. Die Aufhäuser-Bankiers hatten von diesen Vorgängen wohl keine Kenntnis, aber es hätte ohnehin keiner besonderen Abwehrmaßnahmen seitens der Bankiers bedurft. Denn zumindest bis 1937 war die Reichsführung davon überzeugt, auf die jüdischen Bankiers

⁸⁵⁶ Vgl. Wixforth, Expansion, S. 5f.; Köhler, „Arisierung“, S. 390f.

⁸⁵⁷ Siehe in diesem Zusammenhang auch Kopper, Marktwirtschaft, S. 232.

im Reich nicht verzichten zu können. Deshalb stießen auch die Versuche des Münchener Oberbürgermeister, die Kontakte zum jüdischen Bankhaus H. Aufhäuser zu kappen, wiederholt auf den Widerstand der Reichsbehörden, insbesondere des Reichswirtschaftsministeriums. Mit der angeblich „schützenden Hand“ Schachts hatte dies jedoch nichts zu tun. Vielmehr war das Reich auf die Devisen und Kreditlinien im Ausland und hier speziell in Großbritannien für dringend notwendige Importe angewiesen. Diese offenen Kreditlinien liefen zum Großteil über jüdische Bankiers im Reich und ihren Counterparts in der City. Für britische wie deutsche Bankiers waren die politischen Verhältnisse dabei unbedeutend, ihnen ging es darum, die über Jahrzehnte, teilweise über Generationen gewachsenen Geschäftsbeziehungen aufrechtzuerhalten – und natürlich ums Business. Mitunter dürfte, wie zum Beispiel bei Schröder und Kleinwort, auch die Verbundenheit mit dem ehemaligen Heimatland eine Rolle gespielt haben. Die Religionszugehörigkeit war dabei unwesentlich. Die angebliche Weltverschwörung des jüdischen Finanzkapitals war mithin ein Konstrukt der Antisemiten: eine Fehlinterpretation des Netzwerkes der Banken untereinander. Dies enthüllte zugleich ein Unverständnis über die Funktion von Banken, die aufgrund der Finanzströme und ihrer Rolle als Intermediäre auf diese Netzwerke – auch außerhalb der Bankenwelt – angewiesen sind. Die gesamten Mechanismen der Globalisierung, die ja auf eine starke internationale Vernetzung beruhen, wurden intellektuell von den Nationalsozialisten nicht erfasst.

Die Aufhäuser-Bankiers waren sich der antisemitischen Ideologie und Propaganda der Nationalsozialisten und ihre möglichen Auswirkungen auf die Bank bewusst. Um nicht von den entsprechenden Repressalien getroffen zu werden und das Überleben der Bank zu sichern, war es eine Strategie der Inhaber, das Bankhaus von einem jüdischen in ein (weitgehend) als „arisch“ anerkanntes zu transformieren, gleichzeitig aber die Eigentümerstruktur unangetastet zu lassen. Als erste Maßnahme wurde daher versucht, Ritter von Halt als „politischen Verbindungsmann“ aufzubauen. Dieses Vorhaben scheiterte, weshalb sich Martin Aufhäuser – in Verbindung mit dem Bankinspektor Denk – an das Reichswirtschaftsministerium wandte, damit das Bankhaus einem „arischen“ gleichgestellt wird; durchaus mit Erfolg. Gleichwohl war dies dem Bank-Chef wohl zu unsicher, woraufhin er einen Antrag stellte, um die Reichsbürgerschaft zu erhalten, was auch die Rettung des Kreditinstituts bedeutet hätte. Dieses Vorhaben war ebenso mutig wie chancenlos. Damit blieb dem Bankhaus weiterhin das Stigma anhaften, dass es ein jüdisches Unternehmen war, die Zusage des Reichswirtschaftsministeriums war in der praktischen Handhabung kaum anwendbar – und konnte jederzeit von den Reichsbehörden übergangen oder zurückgezogen werden.

Zentrales Element bei der Begründung zum Ausnahmeantrag auf Vollzug des Reichsbürgergesetzes waren die engen Verbindungen des Bankhauses und ihrer Protagonisten zu wichtigen Adressen der englischen Finanzwelt. Dieses Auslands-Netzwerk

ließ sich hervorragend in die Abwehrstrategie der Bankinhaber integrieren und damit aktiv nutzen. Martin Aufhäuser stellte das in den Mittelpunkt seines Antrags, wohl wissend um die Bedeutung der Devisen und offenen Kreditlinien für die deutsche Wirtschaft. Dieser Sachverhalt wurde von den Reichsbehörden auch entsprechend gewürdigt, weshalb sie bemüht war, reichlich Expertise hierzu einzuholen. Allerdings waren ab etwa 1937 auf politischer und ökonomischer Ebene das zuvor für Hitler so zentrale Verhältnis zu England merklich abgekühlt. Es scheint, dass auch die britischen Bankiers das Interesse an ihren deutschen Geschäftspartnern aus Mangel an Perspektive sukzessive verloren hatten. Infolgedessen nahm auch die Bedeutung des internationalen Netzwerks der jüdischen Privatbankiers für die Reichsführung rapide ab, die mithilfe ihrer Autarkiepolitik und der Perspektive von Eroberungskriegen die Problemfelder Importe und Devisen auf ihre Art zu lösen und damit die deutsch-jüdischen Bankiers mit ihrem Netzwerk endgültig entbehrlich zu machen gedachten. Das korrespondiert auch mit der Beobachtung, dass in der Endphase ihrer Existenz für die jüdischen Privatbankiers das nationale Netzwerk merklich an Bedeutung hinzugewann. Die Reichsführung benötigte noch ihre Verbindungen im Inland und insbesondere die damit verbundene Kapitalkraft. Die Beteiligung des Bankhauses H. Aufhäuser an der Gründung der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke ist ein Beispiel hierfür. Ohne es sicher zu ahnen, entzog sich H. Aufhäuser mit Unterstützung von Gründungen wie die Holzverzuckerungs-Werke die eigene Grundlage, da das Reich dadurch immer weniger von Importen und Devisen angewiesen sein würde.⁸⁵⁸

Es ist vor dem Hintergrund des Wahns Hitlers vor einer jüdischen (Finanz-) Weltverschwörung zudem schlichtweg unvorstellbar, dass er einen Krieg entfesselt und an der „Heimatfront“ die jüdischen Privatbankiers als Teil dieser imaginierten Weltverschwörung belassen hätte. Es ist daher auch eine unzulässige Reduktion der Gegebenheiten, wenn die „Arisierungen“ primär aus fiskalischer Sicht betrachtet werden.⁸⁵⁹ Der monetäre Zugewinn für die unbestreitbar marode Staatskasse scheint dabei ein willkommener Nebeneffekt gewesen zu sein, den man auch ausnutzen wusste, aber Triebfeder der „Arisierungen“ war er sicherlich nicht. Der Fortbestand der jüdischen Bankiers konnte für Hitler in jedem Fall nur von temporärer Dauer sein – dies erkannten viele Bankiers nicht bzw. sie wollten es sich nicht eingestehen. Einer von ihnen war Martin Aufhäuser, der bis zumindest 1937 glaubte, auch unter dem nationalsozialistischen Regime mit seiner Bank fortbestehen zu können, solange er sich integrierte. Wie bedrohlich die Situation für die Bank und ihn persönlich tatsächlich war, sollte im Verlauf des Jahres 1938 auf dramatische Weise zu Tage treten.

⁸⁵⁸ Siehe dazu auch Dengg, Deutschlands Austritt, S. 416f.

⁸⁵⁹ Aly, Volksstaat, insbes. S. 54-66, wobei er sich vor allem auf den Vermögenstransfer an den Staat bezieht. Siehe in Auseinandersetzung mit dieser These insbes. Christopher Kopper, Wer waren die Hauptprofiteure der „Arisierungen“? Zu neuen Forschungen über eine alte Kontroverse, in: Berghoff u.a. (Hg.), Wirtschaft, S. 298-315, insbes. S. 298f.

V. Die „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser, 1938

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Jahr 1938 war im Vergleich zu den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft durch eine weitgehend geänderte Struktur gekennzeichnet, denn die innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Koordinaten hatten sich fundamental verschoben.⁸⁶⁰ Ausgangspunkt waren die Entwicklungen Ende 1937. Vor der politischen und militärischen Führungsspitze hatte Hitler am 5. November sein weiteres Vorgehen umrissen („Hoßbach-Niederschrift“): Er sprach erstmals von den beiden „Hassgegnern England und Frankreich“, die eine deutsche Expansion, die Hitler als einzige Möglichkeit skizzierte, um das Ziel der deutschen Politik, „die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung“ zu erreichen, ablehnten. Die Lösung der deutschen Frage könne daher nur durch Gewalt und durch Inkaufnahme des entsprechenden Risikos erreicht werden. Der Krieg war damit nicht mehr eine Frage des „Ob“, sondern nur noch des „Wann“. Hitler wollte ihn lieber früher als später, da er sich bewusst war, dass die Zeit aufgrund der größeren Ressourcen für die potenziellen Gegner lief. Bis 1943/45 müsse, so Hitler weiter, die Raumfrage gelöst sein, die Notwendigkeit zum Handeln könne aber bereits vorher eintreten. Hitler begründete seinen Zeithorizont nicht zuletzt durch die weiterhin prekäre Devisenlage, wie die „Hoßbach-Niederschrift“ belegte: „Wenn wir bis 1943/45 nicht handelten, könne infolge des Fehlens von Reserven jedes Jahr die Ernährungskrise bringen, zu deren Behebung ausreichende Devisen nicht verfügbar seien. Hierin wäre ein 'Schwächungsmoment des Regimes' zu erblicken.“

Doch auch der seit dem Frühjahr 1937 amtierende britische Premierminister Neville Chamberlain, der sich mehr in außenpolitische Belange einmischte als seine unmittelbaren Vorgänger, hatte mittlerweile das Vorgehen gegenüber dem Reich in eine stringendere Struktur als zuvor eingebettet.⁸⁶¹ Wie im vorangegangenen Kapitel gezeigt, war das Appeasement elementarer Bestandteil der britischen Außenpolitik der 1930er Jahre. Unter Chamberlain erlebte diese Politik ihren Höhepunkt; der neue Premier gilt als Inbegriff des „Appeaser“. Chamberlains Vorgehen bedeutete keineswegs eine Abkehr der bisher gegenüber dem Reich praktizierten Außenpolitik, sondern setzte lediglich besondere Schwerpunkte: *deterrence and*

⁸⁶⁰ Vgl. Barkai, Boykott, Kap. III („Das 'Schicksalsjahr' 1938“); Giles MacDonogh, 1938. Hitler's Gamble. London 2010; Broszat, Staat Hitlers, S. 363; Hildebrand, Dritte Reich, S. 36f., 60f.; ders., Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. Stuttgart 1995, S. 638-645.

⁸⁶¹ Vgl. zum Folgenden Wendt, Economic Appeasement, S. 418-460; Newton, Profits, S. 53-101; P. J. Cain/A. G. Hopkins, British Imperialism, 1688-2000. London ²2002, S. 481f.; Brüggemeier, Geschichte Großbritanniens, S. 187-193; Gerhard L. Weinberg, Hitler's Foreign Policy 1933-1939. The Road to World War II. New York 2010, S. 359f.; Aldcroft, Interwar Economy, S. 260, 321f. Zu den Aufrüstungsanstrengungen siehe auch die Liste in McDonough, Hitler, S. 41; Newton, Profits, S. 69 sowie die Zahlen bei Wendt, Economic Appeasement, S. 425f.

*détente*⁸⁶². Auf der einen Seite wurde die seit 1934 zaghaft begonnene Aufrüstung der britischen Streitkräfte ab 1937 forciert. Doch ähnlich wie in Deutschland, sollte dies nicht zu Lasten des privaten Konsums gehen und insbesondere die Treasury machte sich Sorgen um die ohnehin defizitäre Zahlungsbilanz und damit das britische Pfund, d.h. es befürchtete eine ökonomische Abwärtsspirale. Chamberlain war daher gewillt, dem Reich beim Thema Kolonien und im gewissen Rahmen bei den deutschen Plänen in Ost- und Mitteleuropa entgegenzukommen. Chamberlains Appeasement-Politik war damit kein naives deutschlandfreundliches Verhalten, wie es etwa besonders prominent Winston Churchill nach dem Krieg darzustellen suchte⁸⁶³, sondern sie war Interessen-geleitet und das Zugehen auf das Reich war von Anfang an limitiert⁸⁶⁴. Nach außen sichtbar ging diese britische Außenpolitik einher mit einer Ablösung des deutschlandskeptischen Eden durch Viscount Halifax als neuen Außenminister im Februar 1938.⁸⁶⁵

Es ist wichtig festzuhalten, dass sich zwar die kritischen Stimmen zur offiziellen britischen Außenpolitik mehrten, dazu zählten beispielsweise eine Minderheit im Foreign Office⁸⁶⁶, aber auch Bankiers der *clearing banks* wie etwa der Midland Bank. Doch noch hatten die pro-deutschen Akteure weiterhin die Schlüsselpositionen inne. Der Premierminister, die Bank of England wie die *accepting houses* sowie führende Vertreter des Foreign Office und des Treasury hatten weiterhin ein großes Interesse an Geschäftsbeziehungen mit Deutschland. Vor allem hatten die *accepting houses* – und hier an erster Stelle die eng mit H. Aufhäuser verbundenen Kleinwort und Schröders – weiterhin erhebliche Ausstände im Reich, die bei einer sofortigen Abschreibung in der eigenen Existenz bedroht gewesen wären.⁸⁶⁷ Ein Konkurs dieser renommierten Adressen konnte sich die City bzw. die britische Regierung nicht leisten,

⁸⁶² Newton, Profits, passim.

⁸⁶³ Vgl. insbes. Vernon Bogdanor, „Appeasement“ (Gresham Lecture, 15.02.2011), (<http://www.gresham.ac.uk/lectures-and-events/britain-in-the-20th-century-appeasement-0>, [24.08.2013]).

⁸⁶⁴ Zu Chamberlains Zurückhaltung siehe beispielhaft die Unterredung mit Generalfeldmarschall von Blomberg (in Funktion als offizieller Vertreter des Reichs bei der Krönung Georgs VI) am 14. Mai 1937, zwar noch als Schatzkanzler, jedoch als bereits seine Nachfolge Baldwins als Premier am 28. Mai feststand: „Während der Unterredung verhielt sich Neville Chamberlain außerordentlich zurückhaltend und nahm zu den von deutscher Seite aufgeworfenen Fragen in jedem Fall eine kühl abwartende Haltung ein, ohne von sich aus irgendwelche Anregungen zu geben“, ADAP, VI,2, Dok. 372, Botschaft in London an AA, 19.05.1937, Anl. 3. Siehe ferner ebd., Dok. 380, Der Botschafter in London v. Ribbentrop an den Reichsminister des Auswärtigen Freiherrn v. Neurath, 21.05.1937. Siehe auch die folgende Aussage Chamberlains (noch als *chancellor of the exchequer*): „I am afraid I have a lurking suspicion that there is no real bona fides in Germany, and that she is merely playing for time until she finds herself strong enough to make her next spring. At the same time, one must not let any opportunity slip by, and I am prepared to deal with her on the basis that she means what she says; and, if I could see a prospect of a real settlement, I would be prepared to go a long way to get it“, zitiert bei Weinberg, Hitler's Foreign Policy, S. 336; siehe ferner ebd., S. 359, 361; Newton, Profits, S. 68f.

⁸⁶⁵ Vgl. Weinberg, Hitler's Foreign Policy, Ch. 18; Hildebrand, Deutsche Außenpolitik, S. 63. Flankiert wurde die Politik durch den britischen Botschafter in Berlin, Nevile Henderson (1937-1939), der von Kritikern im Foreign Office als „our Nazi ambassador in Berlin“ betitelt wurde. Einer der größten Kritiker des Nazi-Regimes sowie der Appeasement-Politik, Robert Vansittart (*permanent under-secretary* im Foreign Office), war bereits im Dezember 1937 kalt gestellt worden, vgl. McDonough, Hitler, S. 44-48 (Zitat S. 44).

⁸⁶⁶ Newton, Profits, S. 84f.

⁸⁶⁷ Siehe auch Kynaston, City of London (Vol. III), S. 432. Kynaston (S. 432-447) betont im Gegensatz zu Newton, Profits, mehr die Widerstände gegen die Politik Chamberlains auch in der City.

wollte es nicht noch weiter seine Position als internationales Geld- und Handelszentrum gefährden. Wie dramatisch die Lage für die *accepting houses* noch 1939 war, zeigt das Beispiel von Kleinworts: Die Bank musste auf Anforderung der britischen Zentralbank weitere 3,1 Mio. Pfund der noch 4,5 Mio. Pfund an ausstehenden Stillhaltekredite abschreiben, mit der Folge eines enormen Verlusts, der nur durch einen Millionen-Überbrückungskredit aufgefangen werden konnte.⁸⁶⁸ Wobei im Umkehrschluss Kleinwort bis einen relativ kleinen Rest Ende 1939 die deutschen Stillhaltekredite abgeschrieben hat und damit eine mögliche Zahlungseinstellung Deutschlands seinen Schrecken verlor und natürlich auch das finanzielle Interesse an Deutschland; doch noch sind wir im Jahr 1938.

Anders als bei Chamberlain, führte die englische Absage eines Zusammengehens mit Deutschland bei Hitler zu einer Änderung seiner außenpolitischen Strategie. Dass für Hitler England immer weniger als Partner, sondern mittlerweile vielmehr als Rivale angesehen wurde, offenbarte die bereits oben erwähnte Zusammenkunft der deutschen Führungselite am 5. November 1937. Anlass war die dramatische Rohstoffsituation. Diese drohte die seit dem Vierjahresplan von 1936 forcierten Rüstungsanstrengungen und damit die Hitlersche Lösung der deutschen Frage mittels Krieg massiv zu erschweren. Eine Anpassung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik blieb daher unausweichlich. Ab Sommer 1938 kann man schließlich von der zweiten Phase des Vierjahresplans sprechen, da sich die Konzeption geändert hatte: Die auf Eigenversorgung gerichtete Planung wich nun dem Ziel der direkten Vorbereitung der militärischen Mobilmachung durch die unmittelbare und unbedingte rüstungswirtschaftliche Orientierung („Wehrwirtschaftliche Neue Erzeugungsplan“, WNE).⁸⁶⁹

In der Lagebeurteilung vom 5. November 1937 hatte Hitler das Thema Autarkie vorneangestellt.⁸⁷⁰ Dies zeigt den zentralen Stellenwert dieses Themas für ihn, denn auch seine folgenden Ausführungen basieren auf den daraus zu ziehenden Konsequenzen. In durchaus realistischer Einschätzung der Lage, hielt Hitler auf dem Gebiet der Rohstoffe nur eine bedingte Autarkie für möglich. Für Lebensmittel schloss er aufgrund der begrenzten Möglichkeiten der Eigenproduktion eine Autarkie kategorisch aus. Eine mögliche stärkere Beteiligung an der Weltwirtschaft kam für ihn als Ausweg nicht infrage – der Außenhandel bedeutete für ihn eine „ausgesprochene militärische Schwäche“ – da die relevanten Seewege durch England beherrscht seien. Hitler wollte jedoch die Aufrüstung keineswegs reduziert wissen, sondern tat im Gegenteil alles, um die Stahlproduktion weiter zu steigern und den Streitkräften zuzuführen. Dabei war die Devisen- und Rohstoffsituation nach 1937 weiterhin katastrophal und spitzte sich aufgrund der beschleunigten Aufrüstung sogar wieder zu.

⁸⁶⁸ Was Kleinworts nicht davon abhielt, Krupp im Sommer 1939 weitere 330.000 Pfund bereitzustellen; wenn auch garantiert durch eine britische Firma von Krupp, vgl. insgesamt Wake, Kleinwort Benson, S. 254f.

⁸⁶⁹ Vgl. Petzina, Autarkiepolitik, S. 116-128.

⁸⁷⁰ ADAP, Serie D, Band 1, Dok. 19, Aufzeichnung, 10.11.1937.

Wie die „Hoßbach-Niederschrift“ zeigt, war sich Hitler über die schwierige Devisenlage im Klaren, doch die Schlüsse, die er daraus zog, waren andere, als die Jahre zuvor. Seine Richtschnur war, da sich ein Bündnis mit England als unerreichbares Wunschdenken herausgestellt hatte⁸⁷¹, fortan nicht mehr Zurückhaltung, um auf diese Weise an Devisen beispielsweise der City für den Import wichtiger Rohstoffe zu gelangen, sondern aggressive Expansion, um direkten Zugriff auf die notwendigen Ressourcen in den zu besetzenden Staaten Mittel- und Osteuropas zu erhalten.⁸⁷² Kurz vor Kriegsausbruch fasst Hitler die Lage entsprechend zusammen: „Bei uns ist das Fassen von Entschlüssen leicht. Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen. Unsere wirtschaftliche Lage ist infolge unserer Einschränkungen so, dass wir nur noch wenige Jahre durchhalten können. Göring kann das bestätigen. Uns bleibt nichts anderes übrig, wir müssen handeln.“⁸⁷³

Den Anfang machten der „Anschluss“ Österreichs im März 1938 und die sogleich durchgeführte Akquirierung der österreichischen Gold- und Devisenreserven. Es folgte die nach und nach durchgeführte Zerschlagung der Tschechoslowakei, das kurze Innehalten infolge der Münchener Konferenz sowie die gemeinsamen Erklärung von Hitler und Chamberlain im September 1938. Deuteten manche Zeitgenossen das als Zeichen des Friedens, war Hitler vielmehr entschlossener denn je, seine Eroberungspläne mit Waffengewalt durchzusetzen. Infolge der sogenannten „Reichskristallnacht“ im November sollte schließlich der vermeintlich größte innere Feind aus Sicht der Nationalsozialisten – die Juden – endgültig aus dem deutschen Wirtschaftsleben und generell aus dem Reich hinausgedrängt werden; von nun an ging es für sie nur noch um das nackte Überleben (siehe beispielsweise Hitlers „Prophezeiung“ im Januar 1939 von der Vernichtung der jüdischen Rasse bei einem künftigen Weltkrieg). Mithin wurde für Hitler auch Schacht weitgehend entbehrlich.⁸⁷⁴ Für Hitler und seine

⁸⁷¹ Siehe hierzu auch die Ausführungen Ribbentrops, der allerdings England gegenüber ohnehin sehr skeptisch gegenüberstand, an Hitler, dass England der gefährlichste Feind sei und ein Bündnis mit Italien und Japan gesucht werden solle, um Großbritannien und sein Empire unter Druck zu setzen. Eine Verständigung sei mit England derzeit unmöglich, ADAP, Serie D, Band 1, Dok. 93, Notiz von Ribbentrop über die zukünftige Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen an Hitler, 02.01.1938. Diese Ausführungen dürften Hitler gleichwohl mehr in seiner Meinung bestätigt, als beeinflusst haben, vgl. auch Hildebrand, Deutsche Außenpolitik, S. 62.

⁸⁷² Es ist daher – trotz seiner wenig überzeugenden These von der „Gefälligkeitsdiktatur“ – zu einem gewissen Grad Götz Aly zuzustimmen, der beschreibt, wie sehr die eroberten Länder zur Finanzierung des Krieges ausgeplündert wurden, vgl. Aly, Volksstaat, S. 52ff., „Hauptstütze West“ und „Ergänzungsraum Ost“ (Kapitelüberschriften). Zur Kritik an seinen Berechnungen insbes. Adam Tooze, Doch falsch gerechnet - weil falsch gedacht, in: TAZ, 16.03.2005, wobei auch Tooze nicht bestreitet, dass die besetzten Länder für die deutsche Kriegsführung „einen gewaltigen Beitrag leisten [mussten].“

⁸⁷³ ADAP, Serie D, Band 7, Dok. 192, Aufzeichnung ohne Unterschrift. Ansprache des Führers vor den Oberbefehlshabern, 22.08.1939.

⁸⁷⁴ Schacht schied am 26. November aus dem Amt aus, wobei er ab dem Sommer wiederholt mit einem Rücktritt gedroht hatte. Siehe zu den Umständen und die Auseinandersetzung mit Göring Kopper, Schacht, S. 313-317. Warum Kopper den 27.11. als Datum nennt (S. 317), bleibt offen. In der Wissenschaft wird das Ausscheiden Schachts mal als Rücktritt, mal als Entlassung bezeichnet, vgl. beispielsweise ebd., S. 317; Wandel, Deutsche Bankwesen, S. 170 bzw. wiederum Kopper, Marktwirtschaft, S. 214; Hildebrand, Dritte Reich, S. 36. Festzuhalten bleibt, dass Schacht nicht mehr zur Rüstungspolitik Hitlers passte. Auch im Außenministerium und an der Spitze der Wehrmacht wurde das Personal ausgetauscht.

Rüstungsanstrengungen war Göring der entscheidende Mann, nicht der um eine ausufernde Inflation fürchtende Schacht. Den endgültigen Bruch mit dem Westen wollte Hitler jedoch noch nicht vollziehen, weshalb Schacht zum Minister ohne Geschäftsbereich ernannt wurde und seinen Posten bei der Reichsbank bis zum Januar 1939 behielt.⁸⁷⁵

Mit dem Ausscheiden Schachts aus dem Amt des Reichswirtschaftsministers war der Bruch zwischen Reichsregierung und Reichsbank über die Frage der Finanzierung der Aufrüstung angelegt, aber noch nicht endgültig vollzogen.⁸⁷⁶ Mit dem WNE wurde zudem ab Sommer 1938 nun offiziell vom Prinzip abgesehen, neue wehrwirtschaftlich relevante Anlagen durch die Privatwirtschaft finanzieren zu lassen. Die Investitionen wurden fortan hauptsächlich vom Wehrmachtsetat zur Verfügung gestellt.⁸⁷⁷ Auch durch diese Maßnahme wurden die jüdischen Privatbankiers entbehrlich. Dass ihre Wirtschaftstätigkeit ab 1938 prinzipiell unerwünscht war, zeigten die diversen gesetzliche Bestimmungen⁸⁷⁸, die nun von der Reichsführung erlassen wurden. Das bedeutet, dass bei diesen Maßnahmen die lokalen Eliten erst einmal keine Rolle spielten; es ging aus ihrer Sicht gleichwohl endlich in die Richtung, für die sie seit der Machtergreifung eingetreten waren.⁸⁷⁹

Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft wurde Ende April 1938 mit der „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden“⁸⁸⁰ in die Wege geleitet. Diese relativ harmlos anmutende Anweisung hatte weitreichende Folgen und wurde bereits von Zeitgenossen als erste „Arisierungsverordnung“⁸⁸¹ im eigentlichen Sinne bewertet. Nicht nur, dass Juden ihr Vermögen an- und damit preiszugeben hatten. In der Anordnung zur Verordnung⁸⁸² wurde darüber hinaus festgelegt, dass alle Rechtsgeschäfte von Juden hinsichtlich ihres Betriebes, d.h. auch die Veräußerung, genehmigungspflichtig waren. Eine Schwierigkeit bestand jedoch fort, was die Durchführung der Verordnung zunächst erheblich einschränkte: Es war weiterhin nicht definiert, welche Merkmale ein Unternehmen aufweisen musste, um als „jüdisch“ zu gelten. Zwar hatte Hitler Anfang 1937 das Innenministerium mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Verordnung beauftragt. Diese ersten Versuche führten allerdings zu keinem Ergebnis – nicht zuletzt, da Schachts Reichswirtschaftsministerium nicht mit einbezogen worden war.

⁸⁷⁵ Auch aus innenpolitischer Rücksichtnahme blieb Schacht noch präsent, siehe insgesamt Kopper, Schacht, S. 315.

⁸⁷⁶ Vgl. Wandel, Deutsche Bankwesen, S. 170.

⁸⁷⁷ Vgl. Petzina, Autarkiepolitik, S. 127f.

⁸⁷⁸ Zu den gesetzlichen Maßnahmen siehe Köhler, „Arisierung“, S. 173-180; Barkai, Boykott, S. 128-137.

⁸⁷⁹ Siehe auch Gruner, NS-Judenverfolgung, S. 103.

⁸⁸⁰ RGBl. I (1938), S. 414.

⁸⁸¹ So ein zeitgenössischer Gesetzeskommentar aus dem Regierungspräsidium Berlin, vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 174; s.a. Barkai, Boykott, S. 129f.

⁸⁸² RGBl. I (1938), S. 415f.

Schachts Nachfolger Göring griff die Angelegenheit jedoch auf und erließ am 4. Januar 1938 einen Geheimerlass mit einer Charakterisierung jüdischer Unternehmen.⁸⁸³ Eine offizielle Definition wurde erst mit der „Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 14. Juni 1938⁸⁸⁴ vorgenommen, die als wesentliche Grundlage für die Aktionen in den kommenden Monaten dienen sollte. Die Verordnung ermächtigte zudem den Reichswirtschaftsminister, die Kennzeichnung jüdischer Geschäfte zu verfügen. Sodann sollten die jüdischen Betriebe in ein Verzeichnis aufgenommen und dieses öffentlich zugänglich gemacht werden. Diese nun durch die örtlichen Gewerbeverwaltungsbehörden durchgeführte offizielle Erfassung aller jüdischen Firmen bereitete den Weg hin zur ihrer systematischen und gesamthaften Entfernung aus der deutschen Wirtschaft. Begünstigt wurde dies dadurch, dass die Listen an die zuständigen Regierungs- und Staatspolizeistellen weitergeleitet wurden. Die Unternehmen wurden über die bevorstehende Aufnahme in dieses Verzeichnis („Judenregister“) informiert und es wurde ihnen eine zweiwöchige Einspruchsfrist gewährt. Dies war nicht zuletzt als Druckmittel gedacht, die Firmenverantwortlichen dazu zu bewegen, nun auch die letzten jüdischen Anteilseigner hinauszudrängen⁸⁸⁵, um dem das Geschäft zusehends belastende Stigma entgegenzuwirken, das Unternehmen wäre jüdisch beeinflusst.

Bevor die behördliche Anweisung verlautbart wurde, war es wiederum Kurt von Schröder als Leiter der Fachgruppe Privatbankiers in der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe, der in der Sache vorab initiativ geworden war. Anfang 1938 war an die Mitglieder ein Rundschreiben versandt worden, in dem sie erklären sollten, inwieweit Juden Inhaber der Banken seien. Für diese Art Umfrage bestand keinerlei rechtliche Grundlage, doch von Schröder wusste sich zu helfen: Den Mitgliedsinstituten wurde mitgeteilt, dass sie bei Nichtbeantwortung bis Ende Februar als jüdische Bank angesehen werden. Die Reichsbank zeigte sich alarmiert und versuchte zu intervenieren: Sie machte sich weiterhin Gedanken um die ausländische Reaktion aufgrund dieser Umfrage, mithin um die Stillhaltekreditlinien und die sich dadurch weiter verschärfende Devisensituation.⁸⁸⁶ Mag das von Schröder schon wenig beeindruckt haben – man denke beispielsweise an seine Ausführungen hinsichtlich des Ausnahmeantrags auf das Reichsbürgergesetz Martin Aufhäusers – dürfte das erst recht für den folgenden Einwurf der Reichsbank gegolten haben: „Sollte die Rückfrage mit der Absicht geschehen sein, künftig eine unterschiedliche Behandlung der nicht-arischen Mitglieder im Verhältnis zu den arischen

⁸⁸³ Vgl. Kreutzmüller, Ausverkauf, S. 201f; Joseph Walk (Hg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung. Heidelberg ²1996, S. 210 (Erlass RWM, 04.01.1938, Geheim!). Eine KG galt als jüdisch, „wenn ein persönlich haftender Gesellschafter Jude ist.“ Siehe auch eine frühere Definition hinsichtlich jüdischer Unternehmen (ebd., S. 207, Devisen- und Rohstoffzuteilung an jüdische Firmen, 15.12.1937) sowie den Erlass wegen Kürzung bzw. Streichung von Einfuhrquoten und Devisenzuteilungen (ebd., S. 210, Erlass RWM, Anfang Januar 1938, nicht veröffentlicht).

⁸⁸⁴ RGBl. 1938 (I), S. 627f. Zu den Problemen, die trotz dieser Verordnung weiterhin bestanden, etwa bei der Deutschen Bank, siehe beispielsweise James, Verbandspolitik, S. 144f.

⁸⁸⁵ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 177.

⁸⁸⁶ Vgl. James, Verbandspolitik, S. 142ff.; Köhler, „Arisierung“, S. 178f.

Mitgliedern der Fachgruppe eintreten zu lassen und auch der Öffentlichkeit bekanntzugeben, welche Firmen arisch und welche nicht-arisches sind, so würde dies zweifellos einen starken Geschäftsrückgang bei den betroffenen Firmen zur Folge haben und die nicht-arischen Geschäftsinhaber bzw. Gesellschafter in zunehmendem Maße veranlassen, aus ihren Firmen auszuscheiden.“⁸⁸⁷ Es benötigt wenig Fantasie festzustellen, dass genau das Schröders Intention war!

Wie wiederholt gezeigt, hatte Schacht als Wirtschaftsminister mit Rückendeckung Hitlers bislang gegen derartiges Ansinnen vorgehen können. Ohne dieses Amt und ohne Hitlers Unterstützung musste die Intervention des Reichsbankdirektoriums verpuffen; für die Lösung der Devisenknappheit hatte die Reichsführung wie dargelegt nunmehr andere Pläne, die unabhängig vom westlichen Ausland waren. Kurt von Schröder ließ sich durch solche Eingaben der Reichsbank folglich auch nicht in seinem Vorhaben abbringen: Die Fachgruppe Privatbankiers sandte im April 1938 an das Reichswirtschaftsministerium, der Reichsbank und an den Reichskommissar für das Kreditwesen, Friedrich Ernst, eine Zusammenstellung der noch 209 Privatbanken im jüdischen Besitz.⁸⁸⁸ Die Liste wurde mit handschriftlichen Anmerkungen über den jeweiligen Stand der „Arisierung“ der einzelnen Banken ergänzt und wiederholt aktualisiert. Damit war eine wesentliche Voraussetzung geschaffen, um die jüdischen Privatbanken systematisch auszuschalten. Die Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe versuchte dadurch, zunehmend die Position eines Gestalters der Banken-„Arisierungen“ einzunehmen.⁸⁸⁹

Womöglich als direkte Reaktion darauf, um nicht von anderen Stellen wie eben der Wirtschaftsgruppe an den Rand gedrängt zu werden und Einfluss auf den nicht mehr aufzuhaltenden Prozess zu erlangen, fertigte die Reichsbank ihrerseits eine Liste mit jüdischen Privatbanken an. Dieses Verzeichnis, das um betriebswirtschaftliche Eckdaten wie Bilanzsumme angereichert wurde, beinhaltete nur noch 178 Privatbanken im jüdischen Besitz.⁸⁹⁰ Bei der absoluten Mehrheit von 140 Instituten handelte es sich um sehr kleine Banken mit einer Bilanzsumme unter eine Mio. RM. Lediglich drei Privatbanken –

⁸⁸⁷ Sonderarchiv Moskau (SAM), 1458-1-415, Reichsbank an Reichswirtschaftsministerium, 04.03.1938, zitiert bei James, Verbandspolitik, S. 143f. Friedrich Dreyse hatte das Schreiben im Auftrag des Reichsbankdirektoriums aufgesetzt, vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 178.

⁸⁸⁸ BAB, R 3101/15514, Verzeichnis der jüdischen Privatbankfirmen, 22.04.1938. Siehe auch Köhler, „Arisierung“, S. 179; Ulrich, Aufstieg, S. 332.

⁸⁸⁹ Köhler („Arisierung“, S. 179) spricht davon, dass die Wirtschaftsgruppe zunehmend „die Position eines ‚Buchhalters‘ über den ‚Arisierungsprozess‘ im Privatbankwesen“ sowie eine „Mittlerfunktion zwischen Staat und Wirtschaft“ eingenommen hätte. Das klingt doch zu verharmlosend, da die Wirtschaftsgruppe gerade in der Person v. Schröders wie dargelegt und in Bezug auf Martin Aufhäusers Ausnahmeantrag zum Reichsbürgergesetz an anderer Stelle vermerkt wurde eine gestaltende Position einzunehmen versuchte, die von Köhler an anderer Stelle selbst beschrieben wird (ebd., S. 368). Zudem wandte sich die Wirtschaftsgruppe durch ihr Gebaren gegen einen erheblichen Teil ihrer (zahlenden!) Mitglieder, nämlich der jüdischen Privatbankiers.

⁸⁹⁰ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 179.

Mendelssohn, Hirschland und Warburg – besaßen noch eine Bilanzsumme von über 50 Mio. RM. Das Bankhaus H. Aufhäuser konnte mit einer Bilanzsumme von 25,8 Mio. RM nicht mehr mit diesen drei mithalten, überragte aber die von Köhler definierte nächste Gruppe von 35 Banken mit einer Bilanzsumme zwischen ein und 25 Mio. RM.⁸⁹¹ In München gab es noch zwölf Banken im jüdischen Besitz.⁸⁹²

Im Zuge der „Verordnung über die Anmeldung des jüdischen Vermögens“ vom April forcierte ab dem Sommer 1938 die Reichsregierung die endgültige Ausschaltung der jüdischen Unternehmer aus der Wirtschaft – so, wie es bereits in Österreich nach dem „Anschluss“ vorexerziert worden war.⁸⁹³ Die Linie wurde in einer Besprechung am 29. April vorgegeben, in der die „endgültige Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben, die Umwandlung des jüdischen Vermögens in Deutschland in Werte, die keinen wirtschaftlichen Einfluss mehr gestattet“⁸⁹⁴ als Perspektive definiert wurde. Von Göring beauftragt, legte Reichsinnenminister Frick am 14. Juni einen detaillierten Strategieplan über die „Juden in der Wirtschaft“ vor. Frick gab in seinem geheimen Exposé unmissverständlich zu verstehen, dass in unmittelbarer Zukunft eine Regelung erforderlich werden würde, die auf eine „zwangsweise“ Entfernung der jüdischen Gewerbetreibenden abziele.

Die Reichsbank – wie auch das Reichsfinanzministerium unter Schwerin von Krosigk – lehnte die gemachten Vorschläge des Innenministeriums ab.⁸⁹⁵ Stereotypisch warnte Schacht vor willkürlichen Vermögenskonfiskationen ohne Rechtsbasis aus Angst vor ausländischen Repressalien. Bei Hitler und Göring als maßgebliche Taktgeber dürfte dieses Argument seine Bedeutung jedoch weitestgehend eingebüßt haben. Schwerer wog da Schachts Hinweis auf den Kapitalbedarf, der für die „Arisierungen“ notwendig werden würde und damit die staatliche Kapitalnachfrage beeinträchtigen könnte. Zudem wies er zu Recht darauf hin, dass die bestehenden Kreditbeziehungen nicht auf einen Schlag abgewickelt werden könnten, ohne Schaden auch bei „arischen“ Gläubigern und nicht-jüdischen Banken hervorzurufen.⁸⁹⁶ Schacht konnte so zwar den Strategieplan des Innenministeriums zur Ausschaltung der jüdischen Gewerbetreibenden fürs Erste unterbinden, aufhalten konnte er den in Gang gesetzten Prozess der „Zwangsarisierung“ jedoch nicht mehr. Signalwirkung hatte dabei die Novelle zur deutschen Gewerbeordnung vom 6. Juli 1938: Erstmals wurden für einzelne Branchen dezidiert Betriebsverbote für jüdische Unternehmen ausgesprochen.⁸⁹⁷

⁸⁹¹ Vgl. BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 4; Köhler, „Arisierung“, S. 179. Die Angaben sind mit Stand Ende 1936.

⁸⁹² Vgl. Large, Hitlers München, S. 384.

⁸⁹³ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 180f.; Barkai, Boykott, S. 129f.; Kreutzmüller, Ausverkauf, S. 203.

⁸⁹⁴ Zitiert nach Barkai, Boykott, S. 130. Folgende Zitate und Hervorhebung im Original.

⁸⁹⁵ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 181.

⁸⁹⁶ Vgl. ebd., S. 181f.

⁸⁹⁷ Vgl. zum Folgenden ebd., S. 182f.

Jüdische Bankiers waren davon noch nicht betroffen, doch mehrten sich in den kommenden Wochen die Bestrebungen, auch sie zu inkludieren. Vorangetrieben wurde dies in erster Linie von Rudolf Lencer, dem Leiter des Fachamtes für Bankwesen und Versicherungen der DAF, der sich eng mit dem Anfang 1938 geschaffenen „Referat für Judenfragen“ im Reichswirtschaftsministerium abstimmte. Einen zusätzlichen faden Beigeschmack bekommen die Bemühungen Lencers dadurch, dass er seit 1933 auch Geschäftsführer der DAF-eigenen „Bank der deutschen Arbeit“ war, er sich also auf diese Art lästiger Konkurrenz entledigen konnte. Besonders moniert wurde von Lencer der Umstand, dass „arische“ Unternehmen mit Heeresaufträgen weiterhin mit jüdischen Banken zusammenarbeiteten, dies vor dem Hintergrund der „internationalen Versippung des Judentums“⁸⁹⁸ eine besondere Gefahr für das Reich darstelle. Dieser Umstand war für die nationalsozialistische Führung und insbesondere für Hitler in der Tat untragbar, umso mehr, je weiter die Kriegsplanungen voranschritten.⁸⁹⁹ Folglich ließ Göring Mitte Oktober die Reichsminister wissen, dass alle Juden nun endgültig aus dem Wirtschaftsleben ausgeschlossen gehören. Anders als im Juni, als Frick alleine mit einem entsprechenden Strategiepapier beauftragt worden war und die Angelegenheit im Sande verlief, forderte er nun von allen relevanten Ministerien bis zum 25. Oktober konkrete Pläne an, wie die „Entjudung“ der deutschen Wirtschaft realisiert werden könne. Das Reichswirtschaftsministerium reagierte umgehend mit einem Aktionsplan, dessen erster Punkt die „Arisierung“ der Banken behandelte. Basierend auf einer aktuellen Übersicht über den Stand der „Arisierungsverfahren“ sollte sichergestellt werden, dass „per 1.1.1939 Bankgeschäfte nicht mehr von Juden betrieben werden können“.⁹⁰⁰

Der Prozess der „Entjudung“ des deutschen Bankwesens gewann fortan, d.h. ab Oktober 1938 nochmals an Dynamik. Federführend war das Reichswirtschaftsministerium, das die Banken-„Arisierungen“ in rund drei Wochen weitestgehend umsetzte. Dies geschah in enger Abstimmung mit der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe (WGPKB), die beispielsweise die aktualisierten Listen der jüdischen Privatbanken dem Reichskommissar Ernst übermittelte.⁹⁰¹ Gemäß der Aufstellung der Fachgruppe Privatbanken existierten Anfang November nunmehr lediglich 97 „nicht-arische“ Institute. Doch auch deren rasches Ende war abzusehen, denn alle größeren Privatbanken befanden sich „im Zustand der Arisierung“ und Kohler (RWM) stellte fest, es gäbe nun „weder volkswirtschaftliche noch arbeitspolitische Gesichtspunkte“⁹⁰², die ihrer „Arisierung“ entgegenstünden. Die Hemmnisse, die einer früheren Ausschaltung im Wege

⁸⁹⁸ RGVA, Bestand 1458, Findbuch 1, Akte 454, R. Lencer an A. Krüger (Leiter „Judenreferat“), 16.08.1938, zitiert nach Köhler, „Arisierung“, S. 183.

⁸⁹⁹ Vgl. Herbst, Deutschland, S. 203; Köhler, „Arisierung“, S. 183.

⁹⁰⁰ RGVA, Bestand 1458, Findbuch 1, Akte 454, Aktenvermerk W. Kohler (RWM), 18.10.1938, F. 26, zitiert nach Köhler, „Arisierung“, S. 183.

⁹⁰¹ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 183f.

⁹⁰² RGVA, Bestand 1458, Findbuch 1, Akte 454, Aktenvermerk W. Kohler (RWM), ohne Datum [22.10.1938], F. 36f., zitiert nach Köhler, „Arisierung“, S. 184.

standen, wurden an dieser Stelle nochmals klar definiert. Die Reichsbank teilte diese Meinung weiterhin nicht, da sie bei einer weitgehend ungesetzlichen Entfernung der jüdischen Privatbanken für sich Nachteile im Ausland befürchtete⁹⁰³; auch dies eine bezeichnende Argumentation. Richtig ist gleichwohl, dass diese „Arisierungs“-Bestrebungen keine gesetzliche oder ähnliche Grundlage besaßen. Der Gesetzesweg dauerte den Protagonisten zu lange, eine Verordnung wurde ebenso wenig erlassen.⁹⁰⁴

Die Zeitumstände nutzend, versuchte das Reichswirtschaftsministerium alleine durch den Aufbau einer Drohkulisse zum Ziel zu gelangen. Im Auftrag des Ministeriums richtete sich die WGPB an die verbliebenen jüdischen Privatbankiers mit der Aufforderung, dass sie bis spätestens zum 31.12.1938 ihre Bankgeschäfte zu schließen und zu liquidieren hätten: „Für den Fall, dass Ihre Entscheidung nicht im Sinne der gegebenen Anregung ausfallen sollte, würden Sie mit der Möglichkeit einer Untersagung der Fortführung Ihres Geschäftsbetriebes zu rechnen haben.“ Dies als „Anregung“ darzustellen, war sicher der fehlenden Gesetzesgrundlage geschuldet. Dass wesentlich mehr dahinterstand, wurde den Bankiers einleitend zu verstehen gegeben, indem ihnen mitgeteilt wurde, dass die Fortführung jüdischer Banken den „Anschauungen des nationalsozialistischen Staates“⁹⁰⁵ widersprechen würde. Wir erinnern uns: H. Aufhäuser war noch 1936 vom Reichswirtschaftsministerium eine Art Bestandsschutz gewährt worden, wenn sich das Bankhaus im Sinne der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik einsetze. Ein unübersehbarer Fingerzeig, dass sich die Zeiten endgültig geändert hatten.

Die Ausschaltung der jüdischen Privatbanken war mithin bereits vor den Ausschreitungen in Folge des Pogroms am 9. November 1938 in die Wege geleitet worden und die Banken waren zum Zeitpunkt der Ausschreitungen entweder bereits „arisiert“ bzw. liquidiert, oder befanden sich in „Arisierungs“-Verhandlungen. Das endgültige Aus für die jüdischen Handels-, Gewerbe- und Industriebetriebe erfolgte mit der von Göring als Beauftragter des Vierjahresplans erlassenen „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 12.11.1938.⁹⁰⁶ Demzufolge war es Juden untersagt, nach dem 1. Januar 1939 die

⁹⁰³ Vgl. hier wie zum Folgenden Köhler, „Arisierung“, S. 184f.

⁹⁰⁴ Aus welchen Gründen keine Verordnung erlassen wurde, bleibt nebulös. Köhlers Argumentation („Arisierung“, S. 184f.) verfängt nicht. Er schreibt, dass „eine Regelung auf dem Verordnungsweg allerdings der Zustimmung des zuständigen Reichskommissars [das ist Ernst] und der Reichsbank bedurfte“, was suggeriert, dass aus diesem Grund davor zurückgeschreckt wurde. Kurz danach ist zu lesen, dass dem vorgeschlagenen Verfahren des RWM „alle beteiligten Instanzen“ zugestimmt hätten. Ernst habe darüber hinaus erklärt, den „Arisierungs“-Prozess zu überwachen und etwaige Zuwiderhandlungen der jüdischen Bankiers zu bestrafen.

⁹⁰⁵ Archiv des Bundesverbandes deutscher Banken (ArchBdB), Bestand Liquidationen A-Z („gelb“), Rundschreiben der WGPB, diverse Aktenvorgänge, zitiert nach Köhler, „Arisierung“, S. 185. Es war Bestandteil der Diskussion, auf welchem Weg eine Untersagung des Geschäftsbetriebs erfolgen könne: Auf dem Verordnungsweg aufgrund persönlicher Unzuverlässigkeit, oder durch § 54 KWG („Herbeiführung einer zweckmäßigeren Gestaltung des Kreditwesens“), ebd., S. 184. Folgende Zitat ebd.

⁹⁰⁶ RGBl. 1938 (I), S. 1580.

Funktion eines Betriebsführers auszuüben und damit die Leitung eines Unternehmens innezuhaben. Das, was zunächst für die jüdischen Banken als Ziel ausgegeben worden war, wurde damit auf alle jüdischen Betriebe ausgeweitet; die deutsche Unternehmenswelt sollte ab 1939 das sein, was in der folgenden Zeit von den Nationalsozialisten als „Erfolgsmeldung“ für ganz Europa angestrebt wurde: „judenfrei“.

2. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Juden

Weitreichende Folgen hatte das Scheitern der Flüchtlingskonferenz von Evian im Juli 1938. Das Ergebnis der Konferenz stand schon vor Beginn fest: „[I]t should be understood that no country would be expected or asked to receive a greater number of emigrants than is permitted by its existing legislation.“⁹⁰⁷ Ziel war ohnedies nur eine Erleichterung („fascilitating“) der Immigration aus Österreich (und Deutschland). Da selbst diese minimalen Vorsätze nicht erreicht werden konnten, war die von Roosevelt einberufene Konferenz im Ergebnis sogar kontraproduktiv. Denn nicht nur wurden andere Staaten wie Italien, die der deutschen Rassepolitik bisher skeptisch gegenübergestanden hatten, indirekt dazu ermutigt, nun ebenfalls antijüdische Gesetze zu erlassen.⁹⁰⁸ Es wurde aber vor allem den nationalsozialistischen Machthabern aufgezeigt, dass die Solidarität der westlichen Mächte mit den Juden ihre Grenzen hatte, nämlich da, wo Geld ins Spiel kam und die Regierungen Angst vor möglichen sozio-ökonomischen Folgen einer massenhaften jüdischen Einwanderung hatten.⁹⁰⁹

Und die Konferenz dürfte Hitler vor Augen geführt haben, dass der Einfluss der von ihm imaginierten „jüdischen Weltverschwörer“ auf die westlichen Regierungen offensichtlich doch nicht so groß war, wie von ihm bisher kalkuliert. Auffallend ist nämlich, dass die Reichsführung keinerlei Veranlassung sah, Rücksicht auf die Evian-Konferenz zu nehmen, sondern in dieser Zeit vielmehr eine Reihe von antisemitischen Maßnahmen ergriff.⁹¹⁰ Das Innenministerium verfügte am 23. Juli 1938, dass alle Juden bis Ende des Jahres bei der Polizei eine Kennkarte beantragen mussten, die stets mitzuführen war.⁹¹¹ Damit wurde nach der totalen Erfassung der jüdischen Vermögenswerte ab 1938 die systematische Registrierung der jüdischen Personen vorangetrieben und zum Ende des Jahres abgeschlossen. Bereits Ende 1937 hatten alle Juden

⁹⁰⁷ Foreign Relations of the United States (FRUS), 1938, Band 1. Washington D.C. 1950. The Secretary of State (Hull) to the Ambassador in the United Kingdom (Kennedy), 23.03.1938.

⁹⁰⁸ Vgl. Friedländer, Dritte Reich, S. 271.

⁹⁰⁹ Siehe auch Friedländer, Dritte Reich, S. 270f.

⁹¹⁰ Walk (Hg.), Sonderrecht, S. 231-235; <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1938&pos=3&size=45> [09.12.2012].

⁹¹¹ Vgl. Friedländer, Dritte Reich, S. 276. In diesem Kontext ist auch das Gesetz vom August zu sehen, dass Juden ab dem 1.1.1939 einen typisch jüdischen Namen zu tragen hatten. Nicht-Juden mussten nur in absoluten Ausnahmefällen eine Kennkarte beantragen, vgl. Walk (Hg.), Sonderrecht, S. 233 (Bekanntmachung RMI, 23.07.1938).

in Deutschland ihre Pässe abgeben müssen. Nur nach Befürwortung durch die Industrie- und Handelskammer und der Gestapo war es jüdischen Geschäftsleuten überhaupt noch möglich, ins Ausland zu reisen, sofern es „im volkswirtschaftlichen Interesse“ lag.⁹¹² Waren beispielsweise die Aufhäuser-Bankiers über die Jahre hinweg regelmäßig geschäftlich im Ausland, lässt sich für 1938 nur eine Reise vom 6. bis 10. Juni nach Budapest nachweisen.⁹¹³

Für die jüdische Bevölkerung und hier speziell für viele Privatbankiers war bis 1937 wenn auch nicht ein uneingeschränktes, aber dennoch ein Leben unter erschwerten Bedingungen möglich. Die Aktionen der nationalsozialistischen Führung ab der Jahreswende führten nunmehr dazu, dass eine Existenz in Deutschland praktisch unmöglich gemacht wurde. Die unternehmerischen Tätigkeiten mussten Juden bis spätestens zum 1. Januar 1939 einstellen, Arbeiter und Angestellte waren schon zuvor aus dem Wirtschaftsleben ausgegrenzt worden. Die Reise- und Bewegungsfreiheit wurde extrem eingeschränkt und polizeilich überwacht. Es war ihnen nicht mehr möglich, als Akteure am öffentlichen Leben teilzunehmen, auch aus dem kulturellen Geschehen blieben sie fortan ausgeschlossen. Die sozialen Kontakte zu Nicht-Juden hatten bereits seit 1933 immer mehr an Bindung verloren und blieben in Folge der allmählichen Ghettoisierung („Judenhäuser“) nach dem Novemberpogrom fast gänzlich auf das Inner-Jüdische beschränkt; ansonsten hielt man sich hauptsächlich in den eigenen vier Wänden auf.⁹¹⁴

3. Das Bankhaus und seine geschäftlichen Tätigkeiten

Aufgrund der „Arisierung“ im November 1938 existiert keine vollständige Bilanz für dieses Jahr. Was jedoch vorliegt ist eine Auseinandersetzungsbilanz per 14. November mit dem Stand vom 31. Oktober 1938.⁹¹⁵ Die daraus zu lesenden Kennzahlen verdeutlichten einen weiteren Niedergang des Geschäfts. Die Bilanzsumme verminderte sich nochmals um rund 6,5% gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr knapp 22,8 Mio. RM; zehn Jahre zuvor hatte sie noch bei über 100 Mio. RM gelegen. Entsprechend war auch das Kreditgeschäft als eine der Hauptstützen der Bank weiter rückläufig und betrug im November 1938 lediglich 12,2 Mio. RM, auf dem Höhepunkt der Geschäftstätigkeit 1928 hatte der Wert annähernd sieben Mal so hoch

⁹¹² Vgl. Walk (Hg.), Sonderrecht, S. 206 (Runderlass RMI, 16.11.1937, nicht veröffentlicht), dort auch die weiteren drei Ausnahmefälle. Die Münchener Gestapo besaß ein eigenes Judenreferat, vgl. Erich Kasberger, Karrierewege Münchner Gestapobeamter aus dem ‚Judenreferat‘. Eine Kollektivbiografie, in: Krauss (Hg.), Rechte Karrieren, S. 189-229.

⁹¹³ BWA, F 20/305.

⁹¹⁴ Vgl. zu den einschränkenden Maßnahmen, die vom Verbot des Besuchs von Kinos, Theatern und Konzerten über einen „Judenbann“ für bestimmte Anlagen und Straßen bis zur Konzentration in „Judenhäusern“ reichten u.a. Barkai, Etappen, S. 217f., 239.

⁹¹⁵ BWA, F 20/606, Auseinandersetzungsbilanz per 14.11.1938 (Abschrift).

gelegen. Spiegelt sich an dieser Stelle eine auch bei anderen Privatbanken⁹¹⁶ sowie den Berliner Großbanken zu beobachtende Tendenz wider⁹¹⁷, war der Rückgang des Geschäftsvolumens bei H. Aufhäuser⁹¹⁸ dennoch überproportional. Der Abbau des Kreditgeschäfts war von den Nationalsozialisten wie gesehen intendiert, sollten die Unternehmen sich doch möglichst selbst finanzieren und sich dadurch unabhängiger von den privaten (oftmals jüdischen bzw. jüdisch beeinflussten) Banken machen. Bemerkenswert ist, dass bei H. Aufhäuser die Schulden der Kreditinstitute und der sonstigen Schuldner – das dürften in der Hauptsache Privatpersonen und Unternehmen gewesen sein – nur zur Hälfte gedeckt waren. Bei einem Gesamtschuldenstand dieser beiden Posten von über zehn Mio. RM waren damit rund fünf Mio. RM ungedeckte Schulden.⁹¹⁹ Das sollte sich bei der „Arisierung“ dann auch als Thema erweisen.

Positiv entwickelten sich lediglich – auf den ersten Blick überraschend – die Kundeneinlagen, die im Vergleich zum Vorjahr um knapp sechs Prozent auf 18,2 Mio. RM gestiegen waren.⁹²⁰ An dieser Stelle dürfte sich das Erodieren des jüdischen Bankwesens im Reich bemerkbar gemacht haben, d.h. jüdische Privatpersonen und Unternehmer transferierten ihre Gelder auf eins der wenigen noch bestehenden Banken in jüdischem Besitz. Gleichzeitig ging die jüdische Kundschaft aber auch verstärkt dazu über, ihr Vermögen möglichst liquide zu halten, um es im Bedarfsfall schnell verfügbar zu haben. Dafür spricht außerdem, dass – wie bei allen jüdischen Privatbanken – die Spareinlagen zurückgingen.⁹²¹

Auffallend ist, dass bei der Reichsbank fast kein Guthaben von H. Aufhäuser mehr lagerte (knapp 220 TRM), dafür aber der Wechselbestand der Privatbank stark auf 5,3 Mio. RM angestiegen war. Ein mögliches Indiz dafür, dass man nicht von Reichsstellen abhängig sein wollte und einseitige Aktionen gegen jüdische Banken befürchtete. Gewinne waren in den 1930er Jahren teilweise gar nicht, teilweise wohl nur durch Auflösung von Reserven erzielt

⁹¹⁶ Siehe die entsprechenden Zahlen für M.M. Warburg bei Köhler, „Arisierung“, S. 329.

⁹¹⁷ Vgl. Deutsche Bundesbank (Hg.), Deutsches Geld- und Bankwesen, S. 78 (Tabelle 1.03). Die Daten: 1928: 8,8 Mrd. RM, 1933: 4,9 Mrd. RM, 1938: 3,7 Mrd. RM.

⁹¹⁸ Siehe auch BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 77.

⁹¹⁹ Wobei der Posten „sonstige Schuldner“ ca. 9,7 Mio. RM betrug, „Kreditinstitute“ nur knapp 550.000 RM ausmachten, BWA, F 20/606, Auseinandersetzungsbilanz per 14.11.1938 (Abschrift). Bei der Deutschen Bank beispielsweise betrug der gedeckte Schuldenstand knapp 65%, http://www.bankgeschichte.de/de/docs/Geschaeftsbericht_1938.pdf [22.12.2012], S. 16.

⁹²⁰ BWA, F 20/606, Auseinandersetzungsbilanz per 14.11.1938 (Abschrift). Etwas abweichende Zahlen bei BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 4. Im Vergleich zum Tiefpunkt 1934 waren die Kundeneinlagen bis November 1938 sogar um fast 20 Prozent gestiegen. Auch wenn man berücksichtigt, dass dies stichtagsbezogene Daten sind, ist die Tendenz doch eindeutig.

⁹²¹ Vgl. Fischer, Münchens Finanzinstitute, S. 175f.; ders., Privatbanken, S. 15.

worden.⁹²² Mithin war das Bankhaus H. Aufhäuser – vor allem wegen der Beteiligung an Obpacher – in den 1930er Jahren meist bzw. möglicherweise gar nicht profitabel.⁹²³ Eigenkapital wurde in der Auseinandersetzungsbilanz aufgrund der laufenden Übertragung nicht ausgewiesen; 1937 hatte es noch 2,8 Mio. RM betragen.⁹²⁴ Ein Großteil des Kapitals dürfte für die notwendige Sanierung von Obpacher verwandt worden sein.⁹²⁵ Diese Beteiligung hing wie ein Damokles-Schwert über der Bank und beeinflusste auch die „Arisierung“ massiv: Denn ohne eine Bereinigung dieser Angelegenheit würde sich kein Käufer für die Bank finden lassen.⁹²⁶ Dies war umso schwieriger zu bewerkstelligen, als sich die finanzielle Situation der Privatbank durch zunehmenden Boykottdruck seit dem Frühjahr weiter verschärft hatte; die Reserven waren weitgehend erschöpft⁹²⁷ und auch die familieneigenen Mittel waren bereits in Anspruch genommen worden⁹²⁸. Dennoch begannen die Aufhäuser-Bankiers im Vergleich zu anderen noch bestehenden großen Instituten wie M.M. Warburg und Hirschland, die bereits seit Anfang 1938 Gespräche zur Überführung ihrer Bank an neue Eigentümer führten, relativ spät mit der Einleitung des Verkaufs der Bank.⁹²⁹ Sie hatten offenbar bis zuletzt gehofft, sich und die Bank auch ohne „Arisierung“ über die nationalsozialistische Zeit retten zu können.

4. Netzwerk und Kapitalien: ihr Nutzen für die Bank

Der in der Überschrift genannte „Nutzen“ kann an dieser Stelle nicht mehr heißen, die „Arisierung“ zu verhindern, sondern dass die Überführung des Kreditinstituts an neue Eigentümer von den bisherigen Inhabern gesteuert und nach ihren Vorstellungen umgesetzt würde. Den jüdischen Privatbankiers wurde durch die forcierten antisemitischen Maßnahmen drastisch vor Augen geführt, dass ihr Fortbestand nunmehr auch von den höchsten nationalsozialistischen Entscheidungsträgern nicht mehr gewünscht war. Für die zwei jüdischen Gesellschafter der Bank – Martin und Siegfried Aufhäuser – konnte es im Frühsommer 1938 daher nur noch darum gehen, die Unabhängigkeit bzw. überhaupt die

⁹²² BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 12; ebd., F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 75.

⁹²³ Siehe auch ebd., S. 40, 53f. Im Vergleich hierzu gelang es M.M. Warburg & Co. bis 1937, einen Gewinn zu erzielen (ob dafür ebenfalls Reserven aufgelöst werden mussten, muss an dieser Stelle gleichwohl offen bleiben), vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 329.

⁹²⁴ BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 4. Zum Vergleich: M.M. Warburg verfügte unmittelbar vor der „Arisierung“ im April 1938 noch über ein Eigenkapital von 18 Mio. RM, vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 329.

⁹²⁵ BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik, S. 78); siehe ferner Moser/Winkler, Wegmarken, S. 89f. Seiler behauptete nach dem Krieg im Spruchkammerverfahren, womit die Zahlen mit Vorsicht zu betrachten sind, dass Aufhäuser die Obpacher-Beteiligung in fünf Jahren 4,5 Mio. RM gekostet habe, BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 53.

⁹²⁶ Siehe auch ebd.

⁹²⁷ Die Reserven und Anlagen betrugen noch 7,2 Mio. RM, BWA, F 20/606, Auseinandersetzungsbilanz per 14.11.1938 (Abschrift). Dabei ist auszugehen, dass die Anlagen den größeren Teil ausmachten.

⁹²⁸ BayHStA, Landesentschädigungsamt (LEA) 178 (A. Ortlieb), Siegfried Stern [Anwalt von A. Ortlieb] an Bayerisches LEA, 22.07.1963.

⁹²⁹ Köhler, „Arisierung“, S. 331f., 374f.

weitere Existenz von H. Aufhäuser zu sichern, ihnen genehme Nachfolger zu finden und nach Möglichkeit einen gewissen Einfluss auf die Bank zu bewahren. Als Blaupause diente offenbar die wenige Monate zuvor durchgeführte „Arisierung“ des Bankhauses M.M. Warburg⁹³⁰: Die Aufhäuser-Bankiers strebten eine Beteiligung der Alteigentümer von 25 Prozent am Grundkapital an und als Kommanditisten sollten Geschäftspartner der Bank gewonnen werden. Komplementäre waren zwei vorgesehen, einer davon sollte der Generalbevollmächtigte der Bank und Aufhäuser-Vertraute Josef Bayer werden.⁹³¹

Parallel zur Klärung der Frage nach der Übertragung der Firmenleitung gingen die jüdischen Inhaber daran, neue Anteilseigner für das Münchener Bankhaus zu gewinnen. Geht man von dem oben genannten Kommanditkapital von rund 2,8 Mio. RM und einem angestrebten Anteil von 25 Prozent der Alteigentümer aus, mussten Kommanditisten mit einer Einlage von knapp 2,1 Mio. RM gewonnen werden. Das Kapital von H. Aufhäuser hatte sich 1937 wie folgt zusammengesetzt: Das Bankhaus S. Bleichröder war mit 400.000⁹³² beteiligt gewesen, das restliche Kapital hatte in den Händen der beiden Komplementäre Martin Aufhäuser mit 2,28 Mio. RM und Siegfried Aufhäuser mit nur noch 120.000 RM gelegen. Nennenswerter Anteilseigner des Bankhauses H. Aufhäuser war mithin lediglich Martin Aufhäuser, nachdem 1937 Kraemer, der offenbar unter erheblichen finanziellen Schwierigkeiten gelitten hatte⁹³³, seine komplette Einlage von 266.000 RM und Siegfried Aufhäuser einen Anteil von 146.000 RM an den Senior-Chef verkauft hatten. Es war zudem absehbar, dass die seit 1917 bestehende Kommanditbeteiligung des jüdischen Bankhauses S. Bleichröder abgelöst werden müsste. Martin Aufhäuser war bereits 1937 als Gesellschafter von S. Bleichröder zurückgetreten und die Berliner Bank befand sich selbst im „Arisierungs“-Prozess.⁹³⁴ Die im Zuge der Weltwirtschaftskrise eingegangene Interessengemeinschaft von S. Bleichröder mit der Privatbank Gebr. Arnhold wirkte sich zur Jahreswende 1937/8 derart aus, dass nach dem frühen Tod von Paul Julius v. Schwabach die Privatbank Gebr. Arnhold die Geschäftsführung von S. Bleichröder übernommen hatte. Die seit Herbst 1937 laufenden „Arisierungs“-Gespräche des Bankhauses Gebr. Arnhold mit der Dresdner Bank respektive Hardy & Co.

⁹³⁰ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 328-337. Eine Umwandlung in eine Kommanditgesellschaft, wie Köhler („Arisierung“, S. 368) und Ulrich (Aufstieg, S. 350) schreiben, bedurfte es nicht, da H. Aufhäuser seit dem Einstieg von S. Bleichröder 1917 bereits eine KG war. Siehe auch ArchBdB, Bestand Liquidationen A-Z („gelb“), Fragebogen H. Aufhäuser, 11.12.1934.

⁹³¹ Die Grundzüge der Vorgänge sind bereits beschrieben bei Köhler, „Arisierung“, S. 366-374 (mit jedoch teils verwirrenden Quellenangaben); Ulrich, Aufstieg, S. 349-353; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 90-96.

⁹³² Nach der Währungsumstellung 1923 hatte das Kommanditkapital Bleichröders noch bei 750 TRM gelegen. Dies war ab 1931 sukzessive zurückgefahren worden, BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 87f.

⁹³³ Kraemer besaß zur Zeit der „Arisierung“ ein Wertpapierdepot mit einem Kurswert von rund 28.000 RM, hatte allerdings auch ein Debetsaldo von über 50.000 RM, BWA, F 20/22, Seiler & Co. an Devisenstelle München, 12.12.1938.

⁹³⁴ Der Reichskommissar gedachte schon im Mai 1938, die Geschäfte von Bleichröder/Arnhold einstellen zu lassen, wollte aber dann doch die Verhandlungen mit Hardy & Co. noch abwarten, ArchBdB, Bestand Liquidationen A-Z („gelb“), Notiz Lutze, 24.05.1938. Siehe auch die dortige Korrespondenz mit der Verschleppung der Liquidation von Bleichröder/Arnhold.

hatten damit direkten Einfluss auf die „Arisierung“ von S. Bleichröder. Die Kommanditbeteiligung von S. Bleichröder an H. Aufhäuser blieb davon zwar zunächst noch unberührt, doch war das Erodieren der Beziehungen zwischen den beiden Privatbanken nicht zu übersehen, die alten personalen Verbindungen waren praktisch gänzlich abhanden gekommen.

Als erster Interessent für eine Kapitaleinlage beim Bankhaus H. Aufhäuser kristallisierte sich Paul Knoke in seiner Funktion als Chef der obersten Fürstlichen Verwaltung des Gesamthauses Braunschweig und Lüneburg heraus. Die Verwaltung war ja bereits beim Kauf der Bruckmühl-Aktien in Erscheinung getreten. Zwar schrieb Martin Aufhäuser Mitte Juni an Warburg von „wohl in Bälde auftretenden Wünsche des Herrn K.“ (womit in der Regel Knoke gemeint war), ohne diese näher zu definieren.⁹³⁵ Es besteht jedoch kaum ein Zweifel, dass die Initiative von Martin Aufhäuser ausging. Auch der Zeitpunkt und die Abläufe deuten darauf hin, dass der Bank-Chef der Initiator war: Die Altinhaber benötigten dringend neue Anteilseigner und suchten diese bei langjährigen Kunden.⁹³⁶ Fest steht, dass Herzog Ernst August von Braunschweig und Lüneburg nicht die treibende Kraft war, sondern erst von seinem Vermögensverwalter über den anstehenden Verkauf des Bankhauses informiert worden war.⁹³⁷ Bei einem Besuch Knokes in München in den Tagen vor dem 11. Juli hatte der Bankier dem Vermögensverwalter eine Beteiligung an H. Aufhäuser angeboten gehabt.⁹³⁸ Nicht zuletzt durch die Reichs-Entschädigung von acht Mio. RM im Zusammenhang mit dem sogenannten „Welfenfonds“ im Jahr 1933 stand der Fürstlichen Vermögensverwaltung ausreichend Anlagekapital zur Verfügung.⁹³⁹ Der Herzog bekundete zwar frühzeitig sein prinzipielles Interesse an einer Beteiligung an der Bank⁹⁴⁰, dennoch gestalteten sich die Gespräche

⁹³⁵ BWA, F 20/25, M. Aufhäuser an M. Warburg, 13.06.1938 (Persönlich). Paul Knoke (1874-1963), war seit 1921 Chef der obersten Verwaltung des Gesamthauses Braunschweig und Lüneburg des letzten regierenden Herzogs Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg (1887-1953), vgl. Hermann A. L. Degener, Wer ist's? Berlin 1928, S. 821.

⁹³⁶ Wie lange die Beziehungen des Bankhauses zur Vermögensverwaltung des Hauses Braunschweig und Lüneburg bestanden, konnte nicht ermittelt werden. Sie existierten aber mit Sicherheit spätestens seit den 1920er Jahren und stehen womöglich in Zusammenhang mit der Ernennung Knokes zum Verwaltungs-Chef (s.o.). Siehe auch die Auflistung der „Anwerbungsschreiben“ der Aufhäuser-Inhaber bei Köhler, „Arisierung“, S. 370 Fn. 546. Diese Schreiben sind zu finden im Akt BWA, F 20/25. Darauf wird weiter unten noch näher einzugehen sein.

⁹³⁷ Ebd., P. Knoke an M. Aufhäuser, 14.07.1938. Martin Aufhäuser ließ Knoke darüber hinaus auch wissen, dass er sehr „über eine zustimmende Einstellung Seiner Königlichen Hoheit erfreut wäre“, ebd., M. Aufhäuser an P. Knoke, 18.07.1938.

⁹³⁸ BWA, F 20/25, M. Aufhäuser an P. Knoke, 11.07.1938 (Vertraulich! Persönlich!). Die entsprechende Passage lautete: „Eurer Exzellenz [Knoke] danke ich nochmals bestens für den letzten Besuch und für das freundliche Interesse, mit dem Ex. bei dieser Gelegenheit meinen Ausführungen folgten.“

⁹³⁹ Die Angelegenheit rührte aus der Annexion Hannovers durch Preußen 1866. Es scheint, als habe Gerson v. Bleichröder den beschlagnahmten Welfenfonds verwaltet bzw. sei zumindest daran beteiligt gewesen; die Zinsen daraus bildeten den geheimen „Reptilienfonds“ Bismarcks. Später hatte Bleichröder auch versucht, in dieser Angelegenheit zwischen Preußen, den Welfen und dem britischen Königshaus zu vermitteln – ohne Erfolg, vgl. Stern, Gold, S. 170, 319f. Die Entschädigung daraus sollte nun also dabei helfen, auch die Bank S. Bleichröder durch einen neuen Anteilseigner bei H. Aufhäuser abzulösen.

⁹⁴⁰ BWA F 20/25, P. Knoke an M. Aufhäuser, 20.07.1938.

schwierig. Dies lag daran, dass zumindest anfänglich ein Junktim zwischen einer Beteiligung der Fürstlichen Vermögensverwaltung und von Paul Reusch bestanden hatte.⁹⁴¹

Reusch war die ideale Lösung: Er war Vorstandsvorsitzender eines der größten deutschen Industrieunternehmen, der Gutehoffnungshütte (MAN), und seine Einstellung war nicht antisemitisch, er hielt vielmehr auch in der nationalsozialistischen Zeit weiterhin engen Kontakt zu jüdischen Bankiers und Industriellen. Reusch biederte sich zudem nicht (mehr) an das neue System an, sondern geriet vielmehr wiederholt in Konflikt mit der NSDAP.⁹⁴² Es war damit offenkundig, dass er – trotz seiner antidemokratischen Grundeinstellung und anfänglich widersprüchlichen Haltung zu Hitler – kein Anhänger der Nationalsozialisten war.⁹⁴³ Vor allem vom sozialen und symbolischen Kapital Reuschs konnte das Vorhaben der Übertragung des Bankhauses in „arische“ Hände daher nur profitieren, selbst wenn sein Verhältnis zu den Nationalsozialisten nicht frei von Konflikten war. Die Aufhäuser-Bankiers waren sich bewusst, dass eine Beteiligung Reuschs aufgrund seiner Beziehungen und seines Renommees einen enormen Schub bei der Suche nach neuen Anteilseignern bedeutet hätte.⁹⁴⁴

Die Verhandlungen mit Reusch liefen nicht direkt über die Gesellschafter von H. Aufhäuser, sondern über Max Warburg. Bemerkenswert ist, dass bis Anfang der 1930er zwischen den Banken M.M. Warburg und H. Aufhäuser kein substanzieller Kontakt bestanden hatte. Geschäftliche Beziehungen sind für die Zeit davor aus den vorliegenden Akten nicht nachzuweisen, eingehende persönliche Begegnungen scheint es ebenso wenig gegeben zu haben. Der Besuch Warburgs bei den Münchener Bankiers im November 1932 scheint der erste seiner Art gewesen zu sein. Erst die Weltwirtschafts- und Finanzkrise hatte das Bankhaus H. Aufhäuser ins Visier von Max Warburg rücken lassen, da er offenkundig auf der Suche nach neuen Geschäften gewesen war. Er hatte vor allem das im großen Stil von H. Aufhäuser durchgeführte Arbitrage-Geschäft in Renten im Blick. Zwar wäre „vieles eingefroren, aber lebensfähig“⁹⁴⁵, so die Einschätzung des Hamburger Bankiers. Das Münchener Bankhaus hatte für diese Transaktionen in erster Linie die Dienste der Gebr. Arnhold in Anspruch genommen, die in New York über ein kleines Büro verfügten. Warburg wollte einen Teil dieses Geschäfts

⁹⁴¹ Siehe beispielsweise ebd., M. Aufhäuser an M. Warburg, 13.06.1938 (Persönlich).

⁹⁴² RWWA, 130-240-3, P. Reusch an H. Schacht, 21.09.1932. Siehe auch seine diversen Absagen zu Einladungen, u.a. an Hitler, ebd. 130-262-2.

⁹⁴³ Siehe als konzisen Überblick Johannes Bähr, Paul Reusch und Friedrich Flick. Zum persönlichen Faktor im unternehmerischen Handeln der NS-Zeit, in: Berghoff (Hg.), Wirtschaft, S. 275-297, hier insbes. S. 280, 283f, 289, 295. Bemerkenswert und für 1938 sicher ungewöhnlich war, dass Reusch einen Brief an den Hamburger Bankier mit der Anrede „Lieber Freund Warburg“ eröffnete; zumal das Schreiben ins Ausland ging (Vittel), und der Industrielle damit rechnen musste, dass es von nationalsozialistischen Stellen mitgelesen wird, BWA, F 20/25, P. Reusch an M. Warburg, 07.07.1938 (Abschrift). Siehe in kritischer Auseinandersetzung mit der nonkonformistischen Haltung Reuschs sowie zu den Bespitzelungen Peter Langer, Macht und Verantwortung. Der Ruhrbaron Paul Reusch. Essen 2012, S. 709-736 bzw. S. 721, 726.

⁹⁴⁴ BWA, F 20/25, M. Aufhäuser an M. Warburg, 13.06.1938 (Persönlich).

⁹⁴⁵ SWA, Akt H. Aufhäuser, Notiz Max Warburg, 08.11.1932 (Abschrift), dort auch die Bemerkung „wir sollten mit ihnen [H. Aufhäuser] arbeiten“.

auf die eigene Präsenz in den Vereinigten Staaten lenken⁹⁴⁶; der Konkurrenzgedanke war also auch Privatbankiers nicht gänzlich fremd.

Es dauerte lediglich einen Monat, bis der Besuch Warburgs erste Früchte trug: Das Bankhaus H. Aufhäuser hatte fortan kleine Effektenorders über M.M. Warburg getätigt. Darüber hinaus waren beide Banken insbesondere wegen offener Brauereitransaktionen sowie des von Warburg erhofften Verkaufs von Auswandererspermark über Warburg & Co. in Amsterdam vermehrt in Kontakt getreten.⁹⁴⁷ Das Effektengeschäft kann man auch als Goodwill Martin Aufhäusers ansehen, da er zur selben Zeit seinerseits versuchte, mit Warburg in einer anderen Angelegenheit zusammenzuarbeiten: Vor dem Hintergrund der Stillhalteabkommen hatte Martin Aufhäuser der Reichsregierung Vorschläge für eine dauerhafte Lösung des Problems der deutschen Auslandsschulden gemacht. Ziel müsste es sein, so der Münchener Bankiers, eine Möglichkeit zu schaffen, die kurzfristigen Stillhaltetegelder in langfristiges Kapital zu transformieren. Dies könnte nur durch die Aufbringung einer internationalen Anleihe erreicht werden, prozentual aufgelegt in den Gläubigerländern. Die Schwierigkeit der Bonität und Einbringlichkeit dieser Emission hatte Martin Aufhäuser durch eine zusätzlich zu schaffende Garantie zu begegnen versucht. An dieser Stelle hatte er die innovative Idee einer Kreditversicherung ins Spiel gebracht. Er hatte sich erhofft, dass „die leistungsfähigsten Privatversicherer der Welt“ in der Versicherung der Anleihe ein „großes und attraktives Geschäft“ erblickten und sich sodann in einem Pool zusammentun würden. Auf derartiger Basis wäre die Emission der für Deutschland bestimmten Auslandsanleihe realisierbar.⁹⁴⁸

Reichskanzler Franz von Papen war von diesem Vorschlag in Kenntnis gesetzt worden, woraufhin er sich eingehend mit Martin Aufhäuser besprochen und die Idee vermutlich dem Reichsbankpräsidenten Hans Luther vorgetragen hatte.⁹⁴⁹

Martin Aufhäuser seinerseits hatte nun versucht, sein Konzept in die Realität umzusetzen, indem er britische Versicherungen dafür gewinnen wollte. Als Vermittler hatte ein Ungar namens Halmos fungiert.⁹⁵⁰ Der Münchener Bankiers hatte zudem versucht, Warburg für seine Idee zu begeistern – mit Erfolg. Warburg hatte gegenüber seinem Bankpartner Carl Melchior geäußert, dass er Aufhäusers Grundgedanken, trotz aller noch bestehenden

⁹⁴⁶ Ebd., Notiz M. Warburg, 08.11.1932 (Abschrift).

⁹⁴⁷ Ebd., diverse Schriftstücke; ebd., Akt Holstein-Brauerei, dortige Korrespondenz zwischen M. Warburg und S. Aufhäuser im November/Dezember 1935 über Anfrage Warburgs, ob die Aufhäusers in ihrer Kundschaft Interessenten für 4 bis 5.000 Holstenbrauerei-Aktien hätten, die im Besitz der Warburg-Bank waren.

⁹⁴⁸ BAB, R 43-I/318, M. Aufhäuser an Graf Alfred von Oberndorff, 22.09.1932. Graf Oberndorff (1870-1963) war Diplomat, seit 1921 jedoch ohne offizielle Verwendung (http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/admr/kap1_3/para2_3.html, [20.01.2013]) –, aber offensichtlich in Verbindung mit Reichskanzler Franz von Papen stehend („Kabinett der Barone“). Der Idee Aufhäusers kommen heutzutage die Credit Default Swaps (CDS) sehr nahe.

⁹⁴⁹ SWA, Akt H. Aufhäuser, Abschrift M. Warburg an C. Melchior, 08.11.1932.

⁹⁵⁰ Die Verbindung war über den Münchener Rechtsanwalt Ernst Wilmersdoerffer (1890-1933) zustande gekommen, der Halmos über den Erzherzog Maximilian von Österreich, Königlicher Prinz von Ungarn und Böhmen (1895-1952) kennen gelernt hatte.

Unklarheiten und Schwierigkeiten, für „hochinteressant“ halte.⁹⁵¹ Für Warburg hatte die Angelegenheit noch einen zusätzlichen Reiz, der vor allem im Krisenjahr 1932 nicht zu unterschätzen war: „Bei dem Geschäft ist zu verdienen.“⁹⁵² Soweit kam es allerdings nicht, da sich sowohl für Martin Aufhäuser wie für Warburg, der seinerseits Auskünfte über Halmos eingeholt hatte, im Laufe des Dezember 1932 herauskristallisiert hatte, dass dieser unzuverlässig und nicht im Stande war, den erhofften Kontakt zu den großen englischen Versicherungsgesellschaften herzustellen.⁹⁵³

Nichtsdestotrotz bildete diese Episode den Grundstein für eine weit über das geschäftliche hinausgehende Beziehung zwischen den Vertretern beider Bankhäuser. Es waren nicht nur die Bankinhaber, die den Kontakt untereinander fortan intensiv pflegten (wobei die Aufhäuser-Bankiers und Kraemer auch die Büros der Warburg-Bank in Berlin und Amsterdam besuchten), sondern auch zwischen den Sachbearbeitern entstand ein reger Austausch. Man kann davon ausgehen, dass für M.M. Warburg das Bankhaus H. Aufhäuser in den 1930er Jahren die zentrale Anlaufstelle für den süddeutschen Raum geworden war.⁹⁵⁴ Etwas überraschend ist, dass es Siegfried Aufhäuser war, der besonders enge Bindung zum Bankhaus Warburg aufgebaut hatte. So hatte zwischen ihm und Ernst Spiegelberg, dem Leiter der Berliner Warburg-Filiale, ein „gemeinsames rituelles Abendessen bei Schloss“ bestanden.⁹⁵⁵ Und Warburg hatte Siegfried Aufhäuser gewünscht, dass er nach einer hartnäckigen Erkrankung bald wieder gesund werde, „damit wir wieder Schulter an Schulter gegen all diese jetzt vorliegenden Schwierigkeiten ankämpfen können.“⁹⁵⁶ Dass der Hamburger Bankiers die Aufhäusers als enge Verbündete für seinen Kampf zur Verbesserung der Lage bzw. insbesondere der Auswanderung der deutschen Juden betrachtete, zeigt sich auch darin, dass H. Aufhäuser von Beginn an beim Warburg-Projekt zur Gründung der „Allgemeinen Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung GmbH“ („Altreu“) eingebunden war.

⁹⁵¹ Ebd., M. Warburg an C. Melchior, 08.11.1932 (Abschrift). Siehe auch den intensiven Schriftwechsel zwischen den M. Aufhäuser und M. Warburg im November/Dezember 1932, wobei sich auch Kraemer und Melchior einschalteten. M. Warburg war von der Idee regelrecht elektrisiert, siehe beispielsweise ebd., M. Warburg an C. Melchior, 10.11.1932, „je mehr ich über den Vorschlag Aufhäuser nachdenke, je mehr interessiert er mich“.

⁹⁵² Ebd., M. Warburg an C. Melchior (Abschrift), 08.11.1932.

⁹⁵³ Ebd., M. Warburg an M. Aufhäuser, 11.12.1932; ebd., M. Aufhäuser an M. Warburg, 17.12.1932; ebd., M. Warburg an M. Aufhäuser, 20.12.1932.

⁹⁵⁴ Siehe die diversen Schriftstücke in SWA, Akt H. Aufhäuser sowie im Akt Berliner Chef-Besprechungen vom 01.10.1934-30.11.1935 (Mappe 5). So fragte Spiegelberg bei H. Aufhäuser nach einem geeigneten Anwalt nach, woraufhin Warburg dies anlässlich einer Sitzung mit [Martin?] Aufhäuser besprach, ebd., Akt H. Aufhäuser, Notiz nach Angaben von M. Warburg, 17.01.1936.

⁹⁵⁵ Ebd., E. Sp[iegelberg] an S. Aufhäuser, 29.07.1937. Das Geschäft blieb bei diesen Treffen nicht außen vor und es wurde an diesem Tag ein gemeinsames Aktiengeschäft beschlossen. Doch spricht die Bezeichnung „rituell“ und die Bemerkung Spiegelbergs, dass er das Treffen auch unabhängig vom Geschäftsabschluss „in sehr angenehmer Erinnerung“ hatte, sowie der gesamte Duktus des Briefes, dass auch eine starke persönliche Bindung zwischen beiden bestand.

⁹⁵⁶ Ebd., M. Warburg an S. Aufh., 13.04.1938.

Warburg benötigte dringend Mitstreiter in Deutschland, denn seine bisherigen, über Jahre gehenden Versuche, Geld für die Auswanderung deutscher Juden in London und New York über Spenden bzw. eine Anleihe zu organisieren, waren allesamt gescheitert. Das Grundproblem war stets dasselbe: Wie kann das Streben der Nationalsozialisten nach einem jüdischen Exodus und ihrem Wunsch, das jüdische Vermögen möglichst im Land zu belassen, in Einklang gebracht werden mit der Notwendigkeit, den jüdischen Auswanderern Valuta zum Aufbau einer neuen Existenz zur Verfügung zu stellen, ohne die prekäre Devisensituation der Reichsbank weiter zu strapazieren. Ähnlich des Haavara-Abkommens (realisiert gemäß des Bestimmungslandes Palästina unter „Paltreu“), das jedoch auf einem Warenexportwert basierte, sollte es Juden nun über die Altreu ermöglicht werden, Devisen für die Auswanderung – und zwar nicht nur nach Palästina – zu erwerben.⁹⁵⁷ Diese Frage war für die Auswanderer umso dringlicher geworden, als das Haavara-Abkommen von verschiedenen nationalsozialistischen Stellen ab März 1937 als nicht mehr tragbar angesehen worden war.⁹⁵⁸

Das folgende Kompetenzgerangel zwischen Befürwortern und Gegnern des Haavara-Abkommens konnte nicht ohne Rückwirkungen auf die jüdische Auswanderung bleiben. Der Schwebezustand war erst im Januar 1938 durch eine Weisung Hitlers in dem Sinne endgültig entschieden worden, dass die forcierte jüdische Auswanderung weiterhin gewünscht wäre, bevorzugt nach Palästina. Inmitten dieser Diskussion – wobei das Monopol des Haavara-Abkommens fortan zur Disposition stand – war auf Initiative Warburgs im Mai 1937 die Altreu gegründet worden. Diese konnte von der Deutschen Golddiskontbank Devisen für jüdische Auswanderer erwerben. Die Abschläge auf den Vermögenstransfer waren immens und hatten in der Regel 78 Prozent und mehr betragen.⁹⁵⁹ Im August 1937 waren es 17 jüdische Banken, die der Altreu Kredite von 2,2 Mio. RM gewähren sollten. Waren zwölf Banken lediglich zur Teilnahme eingeladen worden, hatte es sich Warburg vorbehalten, die restlichen fünf zusätzlich noch anzurufen. Zu den letzteren hatte auch das Bankhaus H. Aufhäuser gezählt.⁹⁶⁰ Man kann diese Sonderbehandlung dahingehend interpretieren, dass dem Hamburger Bankiers die

⁹⁵⁷ Vgl. Fritz Kieffer, *Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939*. Stuttgart 2002, insbes. S. 93-131; Hoffmann, Warburg, S. 157-169, 184ff.; Conze u.a., *Amt*, S. 106-111. Das im August 1933 zwischen zionistischen Vertretern, dem Reichswirtschaftsministerium und Palästina (britisches Mandatsgebiet) geschlossene Haavara-Abkommen sollte aus deutscher Sicht nicht nur die jüdische Auswanderung forcieren, sondern zugleich den Export fördern und einem befürchteten Handelsboykott entgegenwirken. Es bleibt dabei ein Rätsel der Wissenschaft, weshalb Schacht eine von Warburg über Londoner Bankiers vermittelte Anleihe von einer Millionen Pfund Ende 1936 abgelehnt hatte.

⁹⁵⁸ Gegner des Abkommens fürchteten einen jüdischen Staat und sahen lieber „eine Zersplitterung des Weltjudentums“ und machten einen volkswirtschaftlichen Schaden geltend, Kieffer, *Judenverfolgung*, S. 145-153; Conze u.a., *Amt*, S. 108ff.

⁹⁵⁹ Minderbemittelte Auswanderer mussten ein Abschlag von 50% hinnehmen, bessergestellte 78% und mehr. Vorteil der Altreu war, dass sie nicht auf Palästina beschränkt blieb und Auswanderer das gesamte Vermögen über die Altreu leiten konnten, womit eine Auswanderung vielfach überhaupt erst ermöglicht wurde, vgl. Kieffer, *Judenverfolgung*, S. 153f.; Hoffmann, Warburg, S. 171f.

⁹⁶⁰ SWA, Berliner Chef-Besprechungen vom 01.05.1937-[offen], Protokoll 03.08.1937. Die anderen Banken waren J. Dreyfus & Co. (Frankfurt/M.-Berlin), Simon Hirschland (Essen), S. & H. Goldschmidt (Frankfurt/M.) und Straus & Co. (Karlsruhe).

Teilnahme dieser fünf Banken besonders wichtig war: Sie waren alle starke Regionalbanken. So war H. Aufhäuser das einzige Kreditinstitut in Bayern, das sich an Altreu beteiligt hatte. Aus legitimatorischer Sicht zur Durchsetzung des Altreu-Vorhabens gegenüber den nationalsozialistischen Instanzen ein nicht zu unterschätzender Faktor. Der finanzielle Beitrag der Münchener Bankiers, der meist in der unteren Hälfte angesiedelt war und im oben genannten Fall 100.000 RM, also 4,55% betrug⁹⁶¹, war daher eher von sekundärer Bedeutung.

Auf Basis dieses gegenseitigen Vertrauens besuchte Martin Aufhäuser Ende April 1938 Warburg und Spiegelberg in Hamburg. Der Münchener Privatbankier schilderte „sehr offen die Situation seiner Firma“ und Warburg hatte den Eindruck, dass er „sehr dankbar für gewisse Ratschläge [war]“, welche die Hamburger Bankiers ihm gaben. Es kann nicht anders sein, als dass Aufhäuser bei dieser Unterhaltung den Verkauf seiner Bank besprochen hatte, wahrscheinlich das erste Mal mit Außenstehenden. Doch auch in dieser Situation vergaß Warburg nicht das Geschäftliche: Er konnte sich vorstellen, „dass für die Zukunft diese Aussprache recht vorteilhaft gewesen ist.“ Was er sich konkret davon versprach, ist nicht überliefert, da nur mündlich übermittelt.⁹⁶² Es war aber sicher kein Zufall, dass kurze Zeit nach dem Gespräch ein bester Kunde Warburgs, eben jener Paul Reusch⁹⁶³, als erster neuer Kommanditist für das Bankhaus H. Aufhäuser ins Gespräch gebracht worden war. Die Korrespondenz zwischen den Aufhäuser-Bankiers und dem Inhaber des Hamburger Bankhauses fand in strengster Geheimhaltung statt: So wurden die Namen nicht ausgeschrieben, sondern Reusch war „Herr R.“ und Knoke „Herr K“.⁹⁶⁴ Nur an einer Stelle wurde der Name Reusch überhaupt aufgelöst. Martin Aufhäuser hatte die Befürchtung, dass die Übertragung der Bank nicht allen genehm sein würde und bei Bekanntgabe der potenziellen Anteilseigner diese „Kreise“ die Angelegenheit „im Keime zu ersticken versuchen.“ Wie noch zu sehen sein wird, war diese Sorge Aufhäusers nicht unbegründet. Es ist anzunehmen, dass Martin Aufhäuser zu diesen „Kreisen“ in erster Linie August von Finck zählte, den er im Gespräch mit Warburg als „entschieden unfreundlich“ gegenüber dem Bankhaus H. Aufhäuser beschrieb.⁹⁶⁵

Für Martin Aufhäuser war eine Beteiligung Reuschs „von ganz besonders großer Wichtigkeit [.], nicht nur wegen des hohen Ansehens seiner Persönlichkeit und seiner Unternehmung, sondern

⁹⁶¹ Ebd. Der Beitrag von A.E. Wassermann belief sich beispielsweise auf 0,5 Mio. RM.

⁹⁶² Ebd., Akt H. Aufhäuser, Auszug Brief M. Warburg an M.M. Warburg, 22.04.1938. Möglicherweise erhoffte sich Warburg eine Vermittlungsprovision, die in einem anderen Fall, bei der Spiegelberg vermittelnd tätig war, 2,5% des Vertragswertes betragen sollte, vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 213.

⁹⁶³ Siehe als Zusammenfassung des Engagements Warburgs bei GHH ebd., Akt Adolf van Biema, Berlin, Rheinland-Reise m/Dr. Brinckmann. So gehörte M.M. Warburg mit 5% zum Anleihe-Konsortium und war Zahlstelle.

⁹⁶⁴ Die Korrespondenz ist zu finden in BWA, F 20/25 sowie nun auch im Warburg-Archiv.

⁹⁶⁵ SWA, Akt H. Aufhäuser, Notiz nach Angaben von M. Warburg, 11.11.1935 sowie weitere ähnliche Äußerungen. Siehe ferner BWA, F 20/25, M. Warburg an S. Aufhäuser, 18.06.1938: „Es ist sehr schade, dass die Angelegenheit sich hinauszögert, denn jeder Tag bedeutet eine neue Gefahr“.

auch weil damit für das Projekt ein Kristallisationspunkt geschaffen wäre, der eine erfolgreiche Behandlung der Angelegenheit zweifellos sehr erleichtern würde.“⁹⁶⁶ Für Knoke war eine Beteiligung Reuschs ebenfalls „von ausschlaggebender Bedeutung“, um sich selbst am Bankhaus zu beteiligen. Der Verkauf der Münchener Privatbank nahm damit seit Juni 1938 konkrete Formen an, es gab zwei prominente Interessenten. Martin Aufhäuser maß einem Engagement Reuschs folglich eine Anker-Funktion zu, die den Verkauf der Bank beschleunigen sollte. Nur eine zügige Übertragung der Bank schien dafür Gewähr zu bieten, dass die Inhaber ihre Interessen wahren können.

Dass Martin Aufhäuser Warburg als Vermittler einschaltete, zeugte einerseits davon, dass zwischen den beiden Privatbankiers innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne vor dem Hintergrund einer für beide Seiten existenziellen Notsituation ein besonderes Vertrauensverhältnis aufgebaut worden war. Andererseits kann man davon ausgehen, dass der Senior-Chef des Münchener Bankhauses bewusst das Gespräch in Hamburg geführt hatte, um vom Netzwerk Warburgs zu profitieren. Martin Aufhäuser konnte zumindest zu diesem Zeitpunkt keinen Unternehmer vom Renommee eines Paul Reuschs aufweisen. Doch auch für Reusch konnte eine Beteiligung an H. Aufhäuser Vorteile generieren. Der offensichtliche Versuch Reuschs, die Bayerische Vereinsbank als Hausinstitut zu installieren, war spätestens im März 1938 gescheitert. Auf Druck von Hermann Göring hatte die GHH ihre rund zehnprozentige Beteiligung an die NSDAP verkaufen müssen und Reusch verlor seinen Posten im Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender er seit Ende 1935 gewesen war.⁹⁶⁷ Der Unternehmer hatte damit nach den Münchner Neuesten Nachrichten⁹⁶⁸ sein zweites wichtiges Standbein in München verloren. Da MAN in Bayern traditionell sehr stark präsent war, bot sich eine ebensolche tief verwurzelte Bankverbindung vor Ort an, eben das Bankhaus H. Aufhäuser.

Reusch hatte auch einen Betrag genannt, mit dem er sich an der Bank zu beteiligen gedachte: Er lag bei einem Viertel des Kommanditkapitals.⁹⁶⁹ Allerdings fand Martin Aufhäuser diese Beteiligungsquote „reichlich niedrig“ und wünschte, dass sie „aus Kreisen des Herrn R. heraus wesentlich erhöht würde.“⁹⁷⁰ Damit wird deutlich, dass der Münchener Bankier die Hoffnung hatte, dass Reusch sein soziales Kapital einsetzen würde, um weitere Anteilseigner für das Bankhaus zu gewinnen. Den Industriellen wegen der niedrigen Beteiligungsquote unter Druck

⁹⁶⁶ Ebd., M. Aufhäuser an M. Warburg, 13.06.1938 (Persönlich). Folgende Zitate ebd. Siehe ferner SWA, Akt H. Aufhäuser, Notiz nach Angaben von M. Warburg, 13.06.1938: „Er [M. Aufhäuser] scheint mit anderen Leuten erst sprechen zu wollen, nachdem Reusch sich geäußert hat.“

⁹⁶⁷ Vgl. Bähr, MAN, S. 295. Dazu diene auch, dass mit Ludwig Kastl ein mit Reusch befreundeter Jurist in den Vorstand der Vereinsbank berufen worden war. Siehe insgesamt ferner Bähr u.a., Geschichte, 152f.; Langer, Macht, S. 713ff.

⁹⁶⁸ Siehe hierzu Kurt Koszyk, Paul Reusch und die „Münchner Neuesten Nachrichten“. Zum Problem „Industrie und Presse“ in der Endphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/1972 (20. Jahrgang), 75–103.

⁹⁶⁹ BWA, F 20/25, M. Warburg an S. Aufhäuser, 18.06.1938.

⁹⁷⁰ Ebd., M. Aufhäuser an M. Warburg, 13.06.1938 (Persönlich).

zu setzen, hatte Martin Aufhäuser jedoch Bedenken, da er befürchtete, dass dieser abspringen könnte und dafür schätzte er die erhoffte „baldige prinzipielle Zusage von dieser Seite zu hoch ein, um durch falsches Drängen jetzt diese Interessennahme überhaupt zu gefährden.“ Der Münchener Bankier erhoffte sich dennoch eine mindestens doppelt so hohe Beteiligung Reuschs.⁹⁷¹ Warburg wollte sein soziales Kapital einsetzen, um zusätzlich über einen Freund auf Reusch einzuwirken. Während die Angelegenheit zunächst also in der Schwebe blieb, meldete sich aus eigenen Stücken ein weiterer Interessent. Der Vorgang ist gleichzeitig eine Bestätigung dafür, dass der „Anschluss“ Österreichs im März 1938 und die anschließend dort durchgeführten „Arisierungen“ auch vonseiten der Wirtschaft als ein Fanal für die jüdischen Unternehmer im Altreich gedeutet wurden.⁹⁷²

Direktor Otto Gerlitz von der Reichs-Kredit-Gesellschaft war Anfang Juni 1938 zu Gesprächen in Wien gewesen und zeigte sich – so Martin Aufhäuser – „von den dortigen Verhältnissen recht stark beeindruckt“.⁹⁷³ Gerlitz und der in Wien weilende RKG-Vorstand Otto Neubaur kamen daher zur Überlegung, dass doch sicherlich auch für Martin Aufhäuser „der Gedanke an gewisse zeitbedingte Veränderungen akut geworden sein müsse.“ Der Direktor empfahl dem Münchener Seniorchef eine Lösung wie bei M.M. Warburg, d.h. eine Beteiligung von Freunden des Bankhauses am Kommanditkapital. Sollte es zu einer solchen Vereinbarung kommen, bat Gerlitz unter Betonung der „sehr alten und freundschaftlichen Beziehungen“ der beiden Bankinstitute, dass doch auch die Reichs-Kredit-Gesellschaft berücksichtigt werden möge. Dass eine derartige Regelung *à la* Warburg bereits angestrebt wurde, verschwieg der Münchener Bankiers seinem Gegenüber keineswegs. Martin Aufhäuser reagierte auch nicht im Geringsten indigniert ob dieser Anfrage. Als Geschäftsmann und aufgrund der langjährigen Beziehungen⁹⁷⁴ brachte er vielmehr ein gewisses Verständnis hierfür auf und nahm daher Gerlitz' Vorstoß „so freundschaftlich [auf], wie dieser von ihm gemeint sei“, wie er es dem Bankdirektor gegenüber ausdrückte. Für ihn war der Kontakt zur Großbank auch weiterhin von großer Bedeutung, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Auflösungserscheinungen bei der Bindung zu S. Bleichröder und damit zur wichtigsten Verbindung in Berlin.⁹⁷⁵ Hinzu kam eine weitere persönliche Beziehung aus den Reihen der Reichs-Kredit-Gesellschaft: Der langjährige frühere Direktor und nun im Aufsichtsrat vertretene Franz Belitz bot auf Anfrage an, als Treuhänder für neue Aufhäuser-Kommanditisten fungieren zu können, sollte hierfür Bedarf

⁹⁷¹ Ebd., M. Warburg an S. Aufhäuser, 18.06.1938.

⁹⁷² Siehe mit anderer Meinung Friedländer, Dritte Reich, S. 268f.

⁹⁷³ BWA, F 20/25, Aktennotiz M. Aufhäuser, 21.06.1938. Folgende Zitate ebd. Die Reichs-Kredit-Anstalt hatte sich wenige Monate zuvor bereits am Chemnitzer Bankhaus Bayer & Heinze beteiligt. Die Großbank war ab Oktober 1938 zudem Kommanditist der „arisierten“ Kasseler Privatbank S.I. Werthauer jr. Nachfolger (fortan von Wangenheim & Co.), vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 361, 365, 390f. Siehe hierzu insgesamt auch das vorige Kapitel über die Expansionsbestrebungen der RKG in die Provinz.

⁹⁷⁴ Auch M. Aufhäuser bezeichnete die Verbindung zur RKG als „eine der ältesten und vornehmsten“, ebd., M. Aufhäuser an O. Gerlitz, 10.08.1938 (Vertraulich!).

⁹⁷⁵ Dies kommunizierte M. Aufhäuser auch ganz offen, ebd.

bestehen.⁹⁷⁶ Martin Aufhäuser baute mithin für den Fall vor, dass sich jemand am Bankhaus H. Aufhäuser beteiligen wollte, ohne in Erscheinung treten zu wollen.

Martin Aufhäuser lehnte eine Beteiligung der Reichs-Kredit-Gesellschaft Gerlitz gegenüber auch nicht rundweg ab, sondern hielt sich diese Option zunächst offen. Die Beteiligung einer Großbank wäre aber lediglich der allerletzte Ausweg gewesen und wurde von ihm eigentlich nicht gewünscht.⁹⁷⁷ Damit lag er auf einer Linie mit dem Reichskommissar Ernst und der Reichsbank. Letztere hatte bereits in der Bankenenquête von 1933 in Person von Schacht festgestellt, „dass im deutschen Bankwesen alles gut bestellt sei und irgendwelche Maßnahmen nicht getroffen zu werden brauchten.“⁹⁷⁸ Aber vor allem Ernst als Oberaufseher für das Kreditwesen intervenierte wiederholt, wenn bei „Arisierungen“ von Privatbanken sich abzeichnete, dass Großbanken einen maßgeblichen Einfluss gewinnen könnten.⁹⁷⁹ Dies dürfte den Münchener Bankiers aus den vorangegangenen „Arisierungen“ sicher nicht entgangen sein und sie in ihrem Bestreben bestärkt haben, H. Aufhäuser möglichst als Privatbank weiterbestehen zu lassen. Was sie vermutlich aber nicht wussten war, dass Ernst – obwohl die letzte Entscheidungsbefugnis ihm oblag – sich nie über Gutachten der Gauwirtschaftsämter als zentrale parteipolitische Genehmigungsbehörde hinwegsetzte.⁹⁸⁰

Ab Juli 1938 begangen die Aufhäuser-Inhaber, staatliche Stellen über ihre Absichten zu informieren.⁹⁸¹ Das hatte zweierlei Gründe: Zum einen hatte Reusch Anfang Juli Warburg mitgeteilt, dass er sich nicht an H. Aufhäuser beteiligen werde; obgleich die Signale Reuschs in der Folgezeit widersprüchlich blieben. Über die Gründe gibt es nur vage Hinweise. Hatte er Bedenken, dass der Kauf einer jüdischen Bank von den Machthabern nicht goutiert worden wäre und damit das Rüstungsgeschäft der GHH in Gefahr gebracht hätte? Darauf deutet seine gegenüber Warburg gemachte Äußerung hin, dass „man wegen anderer Sachen Wert darauf

⁹⁷⁶ Ebd., M. Aufhäuser an O. Gerlitz, 10.08.1938 (Vertraulich!).

⁹⁷⁷ Gerlitz fragte offenbar in der kommenden Zeit mehrfach nach, woraufhin M. Aufhäuser ihm im August endgültig mit dem Hinweis absagte, maßgebliche Stellen wollten den Charakter einer Privatbank gewahrt wissen, ebd., was aber auch seiner Sicht entsprach.

⁹⁷⁸ Untersuchung des Bankwesens 1933, Teil I, Band I. Berlin 1933, S. 9 (Ansprache des Herrn Reichsbankpräsident Dr. Schacht in der Sitzung des Untersuchungsausschusses, 06.09.1933); siehe ferner Köhler, „Arisierung“, S. 68-71, 311.

⁹⁷⁹ Siehe die Beispiele in Bezug auf diverse Banken-Arisierungen bei Köhler, „Arisierung“, S. 215 Fn. 63, 251, 316, 338, 378; ferner James, Deutsche Bank, S. 77-90.

⁹⁸⁰ Vgl. Köhler, „Arisierung“, insbes. S. 544f. Ferner BWA, F 20/25, M. Aufhäuser an Herbert Göring, 23.07.1938. Siehe die ähnlichen Bestrebungen der Essener Gauleitung im Zusammenhang mit der „Arisierung“ des Bankhauses Simon Hirschland, die eine Bevorzugung der Deutsche Bank tunlichst vermeiden und Hirschland am liebsten liquidieren wollte sowie die Haltung des Reichskommissars Ernst, der ebenfalls gegen die Deutsche Bank intervenierte, Hirschland als Privatbank aber bestehen lassen wollte. Im Oktober 1938 wurde Hirschland in die Kommanditgesellschaft Burkhardt & Co. umgewandelt, wobei die Deutsche Bank einen erheblichen Einfluss erhielt; auch Merck, Finck & Co. spielte in der Angelegenheit eine tragende Rolle, vgl. insbes. Keith Ulrich, Das Privatbankhaus Simon Hirschland im Nationalsozialismus, in: Manfred Köhler/Keith Ulrich (Hg.), Banken, Konjunktur und Politik. Beiträge zur Geschichte deutscher Banken im 19. und 20. Jahrhundert. Essen 1995, S. 129-142; Joachim Scholtyseck, Die Geschichte der National-Bank 1921 bis 2011. Stuttgart ²2011, S. 186-206.

⁹⁸¹ BAB, R 3101/15515, B. Beneke an RWM (Lange), 23.07.1938.

legt, Zurückhaltung zu zeigen“⁹⁸² und daher „augenblicklich die Angelegenheit von seiner Seite nicht gefördert werden kann.“⁹⁸³ Reusch ließ Warburg ferner wissen, dass die Absage „in keiner Weise“ mit der Bank an sich im Zusammenhang stehen würde, er aber „triftige Gründe gehabt habe“.⁹⁸⁴ Martin Aufhäuser wollte sich mit der Absage Reuschs nicht abfinden und bemühte unabhängig von Warburg einen weiteren Informanten. Dieser gab – gleichsam den obigen Äußerungen – kund, dass Reusch sich mündlich hinsichtlich einer Beteiligung an H. Aufhäuser „ganz positiv ausgesprochen hat, allerdings nicht für den Augenblick, sondern dass er erst im späteren Verlaufe in Erscheinung treten wolle.“ Die Zurückhaltung habe er sich „aus Rücksicht auf das bayerische Milieu [auferlegt].“⁹⁸⁵ Nicht einsichtig ist, weshalb dann aber die oben angedachte Möglichkeit der Treuhandschaft nicht einmal zur Sprache gebracht worden war, da sie als ideale Lösung erscheint.⁹⁸⁶

Zum anderen reagierten die Aufhäuser-Bankiers, im Gegensatz zur Haltung Warburgs, der zwar ein schnelles Agieren in der Sache anerkannte, aber dennoch etwas zuwarten wollte⁹⁸⁷, umgehend auf Reuschs Absage. Alle drei Komplementäre von H. Aufhäuser setzten sofort ihr soziales Kapital in Aktion, um von politischen und wirtschaftspolitischen Reichsstellen Zusagen zu erhalten, dass diese keine Handlungen ergreifen würden, solange Verhandlungen über die Übertragung der Bank liefen. Martin Aufhäuser baute darüber hinaus den Generalbevollmächtigten Josef Bayer als wichtigen Verbindungsmann nach Berlin auf. Eine Schlüsselposition kam vonseiten der Aufhäuser-Bankiers dabei Kurt Lange, im Reichswirtschaftsministerium seit 1938 Leiter der Hauptabteilung „Geld-, Kredit-, Bank- und Versicherungswesen“⁹⁸⁸, zu. Da die Aufhäuser-Bankiers offensichtlich über keinen persönlichen Kontakt im Reichswirtschaftsministerium verfügten, setzten Anfang Juli 1938 die Komplementäre ihre Beziehungen in Berlin ein, um über Dritte auf Lange einzuwirken. Die

⁹⁸² BWA, F 20/25, M. Warburg an M. Aufhäuser, 08.08.1938.

⁹⁸³ Ebd., M.M. Warburg [Max Hamlet?] an M. Aufhäuser, 01.09.1938 (Unterstreichung im Original).

⁹⁸⁴ Ebd., P. Reusch an M. Warburg, 07.07.1938 (Abschrift). Wie sehr Warburg die Angelegenheit am Herzen lag, lässt sich daran ermesen, dass er von Evian aus, wo zu der Zeit die internationale Flüchtlingskonferenz tagte, versuchte, Reusch umzustimmen. Zudem unterrichtete er M. Aufhäuser regelmäßig aus Evian über die neueste Entwicklung in Sachen Reusch, ebd., M. Warburg an M. Aufhäuser, 03.07.1938; ebd., M. Warburg an M. Aufhäuser, 04.07.1938. Am 14. Juli sollte ein Treffen zwischen Knoke und Reusch in Wiesbaden stattfinden. Doch konnte Knoke ihn augenscheinlich nicht umstimmen. Ein direktes Gespräch zwischen Reusch und M. Aufhäuser schien nicht realisierbar und man hat den Eindruck, von Reusch auch nicht erwünscht, ebd., M. Aufhäuser an M. Warburg, 08.07.1938.

⁹⁸⁵ ebd., M. Aufhäuser an M. Warburg, 06.08.1938. Ähnlich auch ebd., M.M. Warburg an M. Aufhäuser, 01.09.1938.

⁹⁸⁶ Bis in den Oktober hinein wurde eine Treuhandschaft auch als Option für die Beteiligung der Vermögensverwaltung des Herzogs von Braunschweig und Lüneburg diskutiert, ebd., M. Aufhäuser an P. Knoke, 04.10.1938.

⁹⁸⁷ Ebd., M. Warburg an M. Aufhäuser, 04.07.1938.

⁹⁸⁸ Vgl. zu Lange Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945. Hamburg 1997, S. 255 Fn. 116. Lange wurde 1942 damit beauftragt, die Berliner Großbanken gemäß einer „nationalsozialistischen Ausrichtung“ umzugestalten („Bormann-Ausschuss“); ferner Kopper, Marktwirtschaft, S. 215. Der gleichzeitige Reichsbankvizepräsident (ab 1939/40) wird als „ein reiner Parteibuchkarrierist, der das Vertrauen Bormanns genoss“ beschrieben, aber auch als jemand, der über Bankinterna gut informiert war, d.h. über entsprechende Kontakte verfügt haben muss, vgl. Bähr, Dresdner Bank, S. 108, 110 Fn. 121.

Münchener Bankiers wollten vor allem erreichen, die „Arisierung“ des Bankhauses nach ihren Vorstellungen und ohne Einmischung von Reichs- und insbesondere lokaler Stellen durchführen zu können. Von den zuständigen Reichsstellen erhofften sie sich augenscheinlich ein Entgegenkommen und damit einen Schutz vor Maßnahmen der örtlichen Akteure, die sie mit ihrer Vorgehensweise frühzeitig zu unterbinden versuchten.

Kraemer suchte Friedrich Wilhelm Seiler vom Bankhaus Carlo Z. Thomsen auf, der aufgrund seiner Nähe zu Luftfahrtunternehmen über exzellente Kontakte ins Reichswirtschaftsministerium verfügte.⁹⁸⁹ Die Verbindung war aufgrund der Obpacher-Beteiligung des Bankhauses H. Aufhäuser zustande gekommen: Seiler war zugleich Vermögensverwalter und Generalbevollmächtigter der Familie von Michel-Raulino. Diese hatte im 19. Jahrhundert erfolgreich eine Verlagsgruppe gegründet und nutzte das dadurch gewonnene Vermögen, um in den 1920er Jahren eine Finanzholding aufzubauen. Zu einer der zahlreichen Beteiligungen der Holding zählte die Münchener Firma Kunst im Druck Müller & Co. KG.⁹⁹⁰ Leiter der Firma war Lambert Müller⁹⁹¹. Da das Unternehmen sich sehr positiv entwickelte, hatte man über einen Neubau nachgedacht, wovon Eidenschink erfahren hatte, der sowohl mit Müller und, wie gesehen, mit den Aufhäuser-Bankiers gut bekannt war. Eidenschink hatte deshalb gegenüber Müller angeregt, dass Kunst im Druck statt eines Neubaus doch besser mit Obpacher fusionieren und dessen Kapazitäten nutzen sollte. Zwar hatte H. Aufhäuser sich vordergründig aus dem Unternehmen zurückgezogen und die Aktien in die Hände von – nicht näher definierten – „Vertrauensmännern“ gegeben, damit Obpacher als „arisch“ angesehen werden konnte.⁹⁹² Gleichwohl war das Bankhaus – mit Stand November 1938 – weiterhin mit 22,5 Prozent des Grundkapitals an Obpacher beteiligt und das Unternehmen hatte eine Kontokorrentschuld von rund 2 Mio. RM bei H. Aufhäuser.⁹⁹³ Auch in Hinblick auf eine „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser war eine Lösung des verlustreichen Obpacher-Engagement unabdingbare Voraussetzung, wenn die Bankiers neue Eigentümer gewinnen wollten.

Müller hatte Gefallen an Eidenschinks Idee gefunden und seit Januar 1938 wurde über eine Fusion zwischen Kunst im Druck und Obpacher verhandelt. Protagonisten waren auf der einen

⁹⁸⁹ Seiler war Verfasser der programmatischen Denkschrift „Der Zwang zur unwirtschaftlichen Betriebsführung in der Luftfahrtindustrie“ vom Februar 1937, vgl. Till Lorenzen, BMW als Flugmotorenhersteller 1926-1940. Staatliche Lenkungsmaßnahmen und unternehmerische Handlungsspielräume. München 2008, S. 181 Fn. 168 und passim. Siehe zu Seiler die Ausführungen weiter unten.

⁹⁹⁰ Vgl. Köhler, „Arisierung“, 368f.

⁹⁹¹ Lambert Müller sen. stand von 1929 bis 1963 an der Spitze von Kunst im Druck (Obpacher AG), Die Zeit, Nr. 04 (25.01.1963).

⁹⁹² BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 2. Eine Scheinübertragung wurde erst ab Juni 1938 unter Strafe gestellt, vgl. Benz, Enzyklopädie, S. 375.

⁹⁹³ BayHStA, MHIG, 8125, Vormerkung, 15.11.1938.

Seite Kraemer und auf der anderen Seite Seiler, der als Sanierungsspezialist galt.⁹⁹⁴ Aufgrund der Fusionsgespräche hatte sich zwischen den beiden Verhandlungsführern ein gutes zwischenmenschliches Miteinander entwickelt⁹⁹⁵, weshalb es nahe lag, dass Kraemer Seiler bat, seine Kontakte ins Reichswirtschaftsministerium dazu zu nutzen, dass die Übertragung von H. Aufhäuser ohne schädlichen äußeren Einfluss vonstattengehe. Seiler hatte aufgrund seiner Funktion als Vermögensverwalter der Familie von Michel-Raulino ebenfalls ein eigenes genuines Interesse, dass die „Arisierung“ des Bankhauses in Ruhe durchgeführt werde, damit die Fusion zwischen den beiden Kunstdruck-Firmen in aller Stille zum Ende gebracht werden konnte. Der Hamburger Bankier nahm sodann Kontakt zu Lange im Reichswirtschaftsministerium auf und konnte nach eigenen Angaben von diesem die Zusicherung erreichen, dass das Ministerium still halte, solange die „Arisierungs“-Verhandlungen laufen würden. Seiler ließ Kraemer daher wissen, er könne „voll und ganz beruhigt sein“.⁹⁹⁶

Wie bereits bei den Gesprächen mit den Verantwortlichen der Warburg-Bank fällt auf, dass Siegfried Aufhäuser in der Kommunikationsoffensive der Alteigentümer einen wichtigen Part übernahm. Ist seine Handschrift im operativen Bankgeschäft nicht zu erkennen, nutzte er sein soziales Kapital, um der Bank in der prekären Zeit des Nationalsozialismus tatkräftig zu unterstützen und entwickelte eine rege Reisetätigkeit. Zugute kam ihm dabei sicher auch seine eingangs beschriebene charmante und umgängliche Art.⁹⁹⁷ Während seines Aufenthaltes in der Reichshauptstadt suchte er den Reichsbankdirektor Pirr auf. Mit diesem stand die Aufhäuser-Geschäftsleitung insgesamt im regen Kontakt. In mündlicher und schriftlicher Form wurde versucht, die Reichsbank von Aktionen abzuhalten, indem man ihr berichtete, dass die Bank mit der Umwandlung beschäftigt wäre und mit den zuständigen Stellen in Verbindung stünde.⁹⁹⁸ Ob aufgrund des permanenten Einwirkens, oder aufgrund eigener Interessen kann nicht mehr nachvollzogen werden, aber Aktionen wegen der Umstellung des Bankhauses H. Aufhäuser sind seitens der Reichsbank nicht bekannt.

Während seines Aufenthalts in Berlin suchte Siegfried Aufhäuser ebenfalls den langjährigen Kunden der Bank Otto D. Schaefer⁹⁹⁹ auf. Seine Rolle bei der „Arisierung“ von H. Aufhäuser

⁹⁹⁴ BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 2.

⁹⁹⁵ Ebd.

⁹⁹⁶ Ebd., F 20/25, F. Seiler an E. Kraemer, 16.07.1938.

⁹⁹⁷ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 61.

⁹⁹⁸ BWA, F 20/25, M. Aufhäuser an Reichsbank-Direktorium (Pirr), 23.07.1938.

⁹⁹⁹ Siehe zum Folgenden ebd., O. Schaefer an M. Aufhäuser, 12.07.1938. Die Angabe I. Köhlers, es handle sich hierbei um eine „Notiz des Bankmitarbeiters Otto Schaeffer (sic)“ („Arisierung“, S. 369 Fn. 544), ist nicht zutreffend, da es ein offizielles Schreiben mit Berliner Briefkopf war und Schaefer an anderer Stelle berichtete, dass er „seit etwa 18 Jahren in der angenehmsten geschäftlichen Verbindung mit der [...] Privatbankfirma H. Aufhäuser [stehe]“, ebd., O. Schaefer an G. Winkler, 22.09.1938 (sehr vertraulich!). Schaefer war entsprechend ein Kunde der Bank – möglich, dass er Inhaber der Münchener Firma Gloria-Gas-

bedarf einer besonderen Würdigung. Schaefer stand nicht nur in geschäftlichen, sondern auch in persönlichen Beziehungen zu den drei jüdischen Bankiers, die ihn intensiv in die Geschehnisse mit einbezogen, denn er war ausnehmend gut darüber informiert.¹⁰⁰⁰

Außergewöhnlich ist, dass Schaefer selbst initiativ wurde, um die Alteigentümer bei der Übertragung der Bank zu unterstützen, und dabei offensichtlich keinerlei eigene Interessen verfolgte.¹⁰⁰¹ Man kann sein Tun auch als eine Art Resistenz werten, da er „großen Wert darauf [lege], in diesen persönlichen Beziehungen zu den selben [Aufhäuser-Inhabern] auch nicht die geringste Änderung heute eintreten zu lassen.“ Hier wollte sich jemand nicht vorschreiben lassen, mit wem er geschäftlich und privat verkehren darf und mit wem nicht; 1938 eine durchaus mutige Haltung, zumal er sie schriftlich fixierte.

Zum einen bemühte Schaefer sich, Bekannte zu überzeugen, sich an H. Aufhäuser zu beteiligen.¹⁰⁰² Gewissermaßen bezeichnend, dass es den Aufhäuser-Bankiers trotz des exzellenten Rufs des Bankhauses schwer fiel, neue Kommanditisten zu finden, war die Haltung Gustav Winklers. Dieser war Inhaber der Gustav Winkler KG Taschentücher-Fabriken sowie der GREIFF-Werke AG¹⁰⁰³. Er habe Schaefers Vorschlag einer Beteiligung an H. Aufhäuser „mit größten Interesse gelesen“, so Winkler, und es sich „immer und immer wieder durch den Kopf gehen lassen, um so mehr, als ja auch mir die Bedeutung und der Ruf der in Frage stehenden Bankfirma seit Jahrzehnten bekannt ist.“¹⁰⁰⁴ Dennoch müsse er bzw. sein Unternehmen aufgrund der eigenen hohen Verbindlichkeiten und Investitionen sowie – und hier hatte der Unternehmer ein sehr feines Gespür für die doch prekäre (internationale) Situation, in der sich das Reich befand – der „ungeklärten politischen Lage“ davon Abstand nehmen, sich an H. Aufhäuser zu beteiligen; man wolle lieber „eine längere Zeit auf der Stelle treten“. ¹⁰⁰⁵

Zum anderen brachte Schaefer seine Verbindung ins Reichswirtschaftsministerium ein, um den Aufhäuser-Gesellschaftern die Möglichkeit zu geben, die „Arisierung“ in ihrem Sinne zu kanalisieren. Schaefer hatte sich Anfang Juli 1938 mit Herbert Göring in Verbindung gesetzt, einem Vetter von Hermann Göring und seit 1934 als Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium tätig. Seine Verwandtschaft zum Beauftragten für den

Hausversorgung Schaefer & Koch war, deren Adresse er während seines Aufenthaltes in München als Kontakt hinterlegt hatte, ebd.

¹⁰⁰⁰ Ebd. Folgendes Zitat ebd.

¹⁰⁰¹ Als einziges mögliches Interesse als Kunde erscheint der Erhalt der Privatbank an sich bzw. die Verhinderung einer Übernahme durch eine Großbank (dies klinkt auch an in ebd., O. Schaefer an G. Winkler, 22.09.1938 (sehr vertraulich!)), erklärt aber nur ansatzweise sein großes Engagement. Dass er selbst jüdischer Abstammung war, scheint ausgeschlossen.

¹⁰⁰² BWA, F 20/25, O. Schaefer an G. Winkler, 22.09.1938 (sehr vertraulich!).

¹⁰⁰³ http://de.wikipedia.org/wiki/Greiff_Mode [05.12.2013].

¹⁰⁰⁴ BWA, F 20/25, G. Winkler an O. Schaefer, 28.09.1938. Folgende Zitate ebd.

¹⁰⁰⁵ Dies war wohl insbesondere international gemeint, denn es folgte unmittelbar darauf die Feststellung, dass sein Sohn Helmut, mit dem zusammen er die Geschäfte führte, „seit 14 Tagen an einer sehr gefährdeten Stelle an der tschechischen Grenze Dienst“ tat, weshalb er die Diskussion um eine Beteiligung bei H. Aufhäuser nicht nochmals eröffnen mochte, ebd.

Vierjahresplan und seine Position im Ministerium machten ihn zu einer von Unternehmern besonders frequentierten Person.¹⁰⁰⁶ Auch Schaefer nutzte seine Nähe zu Herbert Göring, um Informationen darüber zu erhalten, wie die Aufhäuser-Eigentümer am besten vorzugehen hätten, um das Wohlwollen zumindest des Reichswirtschaftsministeriums zu erlangen. Der Unternehmer gab diese Orientierung an Martin Aufhäuser weiter, der sodann ein über dreiseitiges Schreiben mit einer knapp achtseitigen Anlage mit Angaben über das Bankhaus H. Aufhäuser an Herbert Göring sandte. Das Augenmerk wurde auf die enge Verflechtung mit der einheimischen Wirtschaft – die Beteiligung an der Gründung der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke im Rahmen des Vierjahresplans wurde besonders hervorgehoben – und die Unterstützung von Unternehmen auch in schwierigen Zeiten wie der Weltwirtschaftskrise sowie auf die Vermittlung von Auslandskrediten gelegt. Mit diesen Verweisen sollten Herbert Göring Informationen an die Hand gegeben werden, damit dieser sich bei den relevanten Stellen dafür einsetzte, dass das Bankhaus genügend Zeit erhalte, um die Umwandlung in Ruhe durchführen zu können. Dazu wäre es notwendig, so Martin Aufhäuser an Herbert Göring, dass die Bemühungen des Bankhauses „nicht durch von irgend welcher Seite ausgehende Eingriffe in den Geschäftsbetrieb gestört werden und dass das Geschäftsvolumen durch die Zeitverhältnisse nicht noch stärkeren Einbußen ausgesetzt ist.“¹⁰⁰⁷ Dieser Punkt darf nicht unterschätzt werden, denn nur bei einer halbwegs gesunden Bank konnten sich die Inhaber Hoffnung machen, einen Käufer zu finden. Schließlich mussten nicht nur neue Geschäftsführer, sondern und insbesondere neue Anteilseigner gewonnen werden.

Es bleibt unklar, inwieweit sich Herbert Göring tatsächlich für die Bankinhaber einsetzte. Martin Aufhäuser mochte sich aber ohnehin nicht allein auf diesen Kontakt verlassen, so nützlich er auch sein konnte. Nachdem den Bankiers zudem offenbar bewusst geworden war, dass ihre sozialen Kontakte in die Reichshauptstadt nicht ausreichend waren, engagierten sie den renommierten Berliner Anwalt Bodo Beneke.¹⁰⁰⁸ Es gab fortan eine Art Arbeitsteilung: Der Anwalt und weitere Mittelsmänner in Berlin sollten die Reichstellen bearbeiten, die Münchener Bankiers insbesondere die lokalen Akteure; eine gewisse Ausnahme bildete Bayer, der als „Arier“ auch häufig in Berlin Verhandlungen führte.

¹⁰⁰⁶ Vgl. Kim Christian Priemel, Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 2007, S. 395f., 769; Jost Dülffer, Die „Gruppe Otto Wolff“ 1929 bis 1945, in: Peter Danylow/Ulrich S. Soénus (Hg.), Otto Wolff. Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik. München 2005, S. 153-243, hier S. 176, 217 (sowie S. 196, wo gezeigt wird, dass das Beziehungsgeflecht keineswegs eine Einbahnstraße war, sondern auch Hermann Göring seinen Vetter benutzte, um Druck auf Unternehmen auszuüben); Joachim Scholtyseck, Der Aufstieg der Quandts. Eine deutsche Unternehmerdynastie. München 2011, S. 544f., 552 (zu den Beziehungen eines Luxemburger Unternehmers (Léon Laval) zu Herbert Göring). Insgesamt bleibt die Person Herbert Görings jedoch historisch blass.

¹⁰⁰⁷ BWA, F 20/25, M. Aufhäuser an Herbert Göring, 23.07.1938.

¹⁰⁰⁸ Köhler irrt in seiner Annahme, Beneke sein Münchener Anwalt gewesen, vgl. ders., „Arisierung“, S. 369.

So hatten sich die Bankiers als ersten Schritt vom Oberbürgermeister Fiehler bereits Ende Mai 1938 bestätigen lassen, dass sie durch die Vermittlung der Auslandskredite die „Stadt München in diesen Jahren wesentlich unterstützt“ hatten und „darüber hinaus der damaligen Stadtverwaltung bei ihren Wertpapierbereinigungen in erheblichen Ausmaße behilflich“ waren. Zudem wurde anerkannt, dass H. Aufhäuser „bis heute“ den Zins- und Tilgungsdienst für diese Darlehen abwickelte.¹⁰⁰⁹ Man kann sich vorstellen, wie schwer Fiehler solche Zusagen gefallen sein mussten, behinderten sie doch womöglich seine jahrelangen Bemühungen, die Geschäftskontakte zu H. Aufhäuser zu kappen. Erstaunlich ist, dass der Oberbürgermeister überhaupt auf dieses Ersuchen reagierte – er hätte es beispielsweise einfach verschleppen können. Es zeigt sich aber wiederum, dass Fiehler beim „Fall“ H. Aufhäuser durchaus sachlich und bei den Fakten blieb. Ihm mag es in der Tat daher mehr um die Außenwirkung der Beziehungen zum jüdischen Bankhaus gegangen sein, als um persönliche Aversionen. So sind auch keine durch den Oberbürgermeister initiierten Sonderaktionen gegen das Bankhaus H. Aufhäuser bekannt, wie etwa die bereits beschriebenen Drangsalierungen jüdischer Bankiers in Dresden.

Im Juli 1938 hatte Beneke ein Gespräch mit Lange, dem ein für den Fortgang der „Arisierung“ des Bankhauses wichtiger Schriftwechsel folgte.¹⁰¹⁰ Beneke war von den Inhabern von H. Aufhäuser und mit Genehmigung der NSDAP-Reichsleitung mit der Vertretung des Bankhauses im „Arisierungs“-Verfahren betraut worden.¹⁰¹¹ Bemerkenswert ist, in welcher Art der Aufhäuser-Anwalt vorging: Er stellte dem Reichswirtschaftsministerium einen dezidierten Sechs-Punkte-Plan vor, wie die „Arisierung“ vonstattenzugehen hätte und wie die vom Ministerium zu gestalteten Rahmenbedingungen dafür auszusehen hätten. Ist diese Vorgehensweise doch sehr erstaunlich, ist sie keineswegs einmalig.¹⁰¹² Auch Beneke wählte das Bankhaus H. Aufhäuser offensichtlich in einer Position, einen solchen Anforderungskatalog aufstellen zu können. Dies leitete er augenscheinlich daraus ab, dass die bisherigen Inhaber über „weitreichende Beziehungen zum Ausland“ verfügten und implizierte, dass nur bei entsprechender Vorgehensweise die Gewähr bestünde, „dass die bestehenden Stillhalteabkommen von den ausländischen Gläubigern bei Übernahme von 75% der Anteile durch arische Wirtschaftskreise nicht gekündigt werden.“ Die prekäre Devisenlage des Reichs sollte folglich noch ein letztes Mal zum Vorteil gereichen. Die Beteiligungsquote hatten auch einen handfesten Hintergrund: Gemäß eines Erlasses vom Reichswirtschaftsministerium vom

¹⁰⁰⁹ BWA, F 20/25, M. Aufhäuser an Herbert Göring, 23.07.1938.

¹⁰¹⁰ Ebd., B. Beneke an RWM (K. Lange), 01.08.1938 (Abschrift). Folgende Zitate wenn nicht anders angegeben aus ebd. Die Korrespondenz ist auch erhalten in BAB, R 3101/15515 sowie abschriftlich im StAM, Gewerbeamt (GA), Hog. 7/12, Nr. 10. Die Abmachungen waren mithin dem Münchener Gewerbeamt bekannt, jedoch erst ab September.

¹⁰¹¹ BWA, F 20/25, B. Beneke an G. Eidenschink, 23.07.1938.

¹⁰¹² Köhler, „Arisierung“, S. 331f.

13. Mai 1938 durften sich nur Unternehmen als „arisch“ bezeichnen, bei denen im Aufsichtsrat kein jüdisches Mitglied mehr vertreten war und 75% der Gesellschafter nicht-jüdisch waren.¹⁰¹³

Beneke zielte mit seinem Schreiben ferner darauf ab „Klarheit und grundsätzliche Genehmigung des Reichswirtschaftsministerium“ über die folgenden Punkte zu erlangen: Als erstes wollte er grundsätzlich festgehalten wissen, dass aus „kapitalwirtschaftlichen Standpunkt“ her der Erhalt des Privatbankierstandes „höchst bedeutungsvoll“ wäre und sonach „besonderer Wert darauf gelegt [werde], dass die Bankfirma Aufhäuser bei ihrer Anpassung an die Grundsätze der Wirtschaftsführung als ein im In- und Ausland wirksames Privatbankierunternehmen erhalten bleibt.“ Daher sollte das Reichswirtschaftsministerium – zweitens – bestätigen, dass es die Beteiligung aus Wirtschaftskreisen und privaten Vermögensverwaltungen am Bankhaus „begrüßt“ und – drittens – eine Beteiligung bis zu 25% der Alteigentümer „keine Bedenken“ habe. Zum ersten Mal wurde in diesem Zusammenhang ergänzend erläutert, dass der Generalbevollmächtigte Josef Bayer als Komplementär vorgesehen wäre.

Beneke legte in seinem Schreiben dem Reichswirtschaftsministerium – viertens –nahe, darauf hinzuwirken, „dass diejenigen Stellen, die zuvor mit dem Bankhaus in Verbindung standen, ihre Beziehungen aufrecht erhalten bzw. wieder aufnehmen.“ Zudem sollte das Reichswirtschaftsministerium – fünftens – sicherstellen, dass die „einschlägigen Instanzen [...] Eingriffe und Störungen jeder Art von dem Betriebe fernzuhalten und sich gegebenenfalls der Umstellung nützlich zu erweisen“ hätten. Schließlich riet Beneke dem Reichswirtschaftsministerium, es sollte „sich die Entscheidung hinsichtlich der Umstellung des Bankhauses selbst vorbehalten“. Dieser Hinweis war im Prinzip unnötig, da gemäß Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 26. April 1938 die Erteilung der Genehmigung des „Arisierungs“-Verfahrens beim Reichswirtschaftsministerium angesiedelt war.¹⁰¹⁴ Die Intention Benekes zielte hier wie insgesamt unübersehbar darauf ab, dass das Ministerium das Heft des Handelns fest in der Hand halten und sich nicht von lokalen oder parteipolitischen Stellen beeinflussen lassen sollte. Auch wenn die Punkte auf vorher gemachten mündlichen Abreden basierten, ist man dennoch erstaunt, in welcher Art und Weise der Anwalt einer jüdischen Bank dem Ministerium vorschrieb, wie es sich bei der „Arisierung“ von H. Aufhäuser zu verhalten hätte.

¹⁰¹³ Walk (Hg.), Sonderrecht, S. 225; BWA, K1, XXVI/60, Reichswirtschaftskammer an Reichgruppen, Wirtschaftskammern, Außenhandelsstellen, 20.05.1938.

¹⁰¹⁴ StAM, GA, Hog. 7/12, Nr. 10, Reichswirtschaftsminister (i.A. Humbert) an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, 17.09.1938 (Schnellbrief, Abschrift).

Das Reichswirtschaftsministerium stimmte nicht nur Benekes Ausführungen ohne Einschränkung und Einwände zu.¹⁰¹⁵ Es nahm sogar die Rolle des Schutzherrn der so dargelegten Umwandlung an: Kohler machte sich Benekes Ausführungen zu Eigen und mahnte in Richtung des Anwalts, „dass die Überführung der Bank in arische Hände nur dann Erfolg haben wird, wenn Sie [Beneke] in der dargelegten Weise verfahren werden. Falls sich Schwierigkeiten ergeben sollten, bitte ich um Mitteilung“.¹⁰¹⁶ Zudem stellte Kohler fest, dass für die „bankfachlichen Entscheidungen“ der Reichskommissar Ernst zuständig wäre.

Damit hatten die Eigentümer von H. Aufhäuser zunächst ihre wesentlichen Ziele erreicht: Die Großbanken sowie die örtlichen Behörden sollten bei der „Arisierung“ außen vor bleiben, sie bekamen die gewünschte Zeit, um die Umstellung in Ruhe zu gestalten und eine Beteiligung der Alteigentümer blieb eine realistische Option. Durch Kohlers Einwirken konnte darüber hinaus erreicht werden, dass auch Krügers Judenreferat sich der beschriebenen Vorgehensweise anschloss.¹⁰¹⁷ Krüger ließ lediglich wissen, dass ihm „an einer besonderen Kräftigung oder auch besonderen Befürwortung des deutschen Privatbankierstandes nicht gelegen ist. Nach der Erhaltung dieses Standes kann eine Förderung nur im Rahmen der allgemeinen Möglichkeiten vor sich gehen.“¹⁰¹⁸

Anfang August konnte das Bankhaus H. Aufhäuser ferner einen zweiten wichtigen Etappenerfolg verbuchen: Knoke informierte Martin Aufhäuser per Telegramm, dass der Herzog von Braunschweig und Lüneburg „grundsätzlich einverstanden“ mit einer Beteiligung an der Bank war.¹⁰¹⁹ Anders als vom jüdischen Privatbankier befürchtet, bildete die fehlende Zusage Reuschs doch kein Hindernisgrund für eine Beteiligung der Fürstlichen Vermögensverwaltung an H. Aufhäuser. Durch sein Renommee und seine verwandtschaftlichen Beziehungen nach England¹⁰²⁰ erhofften sich die Bankiers auch Vorteile bei den für die „Arisierung“ zuständigen Reichsstellen.¹⁰²¹ Auch an dieser Stelle wurde

¹⁰¹⁵ BWA, F 20/25, B. Beneke an G. Eidenschink, 05.08.1938.

¹⁰¹⁶ Ebd., F 20/43, W. Kohler (RWM) an B. Beneke, 20.09.1938.

¹⁰¹⁷ Ebd., F 20/25, Notiz [M. Aufhäuser], 13.08.1938; ebd., F 20/43, B. Beneke an J. Bayer, 20.09.1938.

¹⁰¹⁸ StAM, GA, Hog. 7/12, Nr. 10, A. Krüger (RWM) an B. Beneke, 10.08.1938 (Abschrift).

¹⁰¹⁹ BWA, F 20/25, P. Knoke an M. Aufhäuser, 05.08.1938 (Telegramm).

¹⁰²⁰ Sein Urgroßvater war König Georg III von Großbritannien und Irland. Die Hochzeit von Herzog Ernst August und Viktoria Luise, der einzigen Tochter von Kaiser Wilhelm II, war das gesellschaftliche Ereignis 1913; alle wichtigen gekrönten Häupter trafen sich ein letztes Mal in Frieden. Bezeichnend, dass zwei Artikel in einer Zeitschrift, die die Stimmung 1913 beschreiben, diese Vermählung näher beschreiben. Sie war zudem Anlass für die erste farbige Filmaufnahme in Deutschland, vgl. APuZ 12/2013 (63. Jahrgang), darin: Florian Illies, Schlaglichter aus dem Jahr 1913, S. 3-8 (S. 6) und Michael Epkenhans, Europa am Abgrund? Großmächte zwischen Krisendiplomatie und Aufrüstung, S. 9-14 (S. 9); http://www.weltkrieg.cc/kaiser-wilhelm-ii/kaiser-wilhelm-ii-1913-in-farbe-hochzeit-der-prinzessin-viktoria-luise-mit-prinz-ernst-august-iii-video_48359b1b8.html [14.04.2013].

¹⁰²¹ BWA, F 20/25, E. Kraemer an K. Richter, 06.08.1938: „Bei dem hohen Standing dieses Herrn [Herzog von Braunschweig und Lüneburg] erscheint dies [Beteiligung an H. Aufhäuser] besonders bedeutsam, insbesondere im Hinblick auf sein Ansehen bei den maßgeblichen deutschen Stellen und seine engen verwandtschaftlichen Beziehungen zum englischen Königshause; seine Beliebtheit dort und an den übrigen

versucht, dass soziale Kapital nach England zugunsten der „Arisierung“ einzusetzen. Alleine aufgrund der politischen Lage war diese Bestrebung nunmehr hoffnungslos, was aber von den Bankiers kaum überblickt werden konnte. Immerhin verfügten die Altinhaber aber nun über einen Anker-Investor, mittels dem weitere Interessenten angezogen werden konnten.¹⁰²²

Martin Aufhäuser strebte eine Homogenität im Gesellschafterkreis an, nicht zuletzt was das „Standing“ der Anteilseigner anbelangte. Mit dem Herzog war die Messlatte hoch angelegt. Dazu benötigte er auch eine passende Geschäftsleitung.¹⁰²³ Es war damit abzusehen, dass die Suche nach geeigneten, zueinander passenden Komplementären und Kommanditisten noch viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Diesen „erforderlichen zeitlichen Spielraum“¹⁰²⁴ dachten die Bankinhaber über die positiven Signale aus dem Reichswirtschaftsministerium erhalten zu haben; Martin Aufhäuser gönnte sich sogar Urlaub. Zieht man die beschriebenen Geschehnisse und die daraus resultierenden psychischen und physischen Folgen in Betracht¹⁰²⁵, ist das durchaus verständlich. Nur erscheint dies wie ein Zeichen für einen generellen Befund, nämlich dass die Inhaber nach dem Wohlwollen des Reichswirtschaftsministerium einen Faktor in der Folge offensichtlich unterschätzt bzw. gänzlich vernachlässigt hatten: Die politischen Umstände konnten sich jederzeit zu Ungunsten der jüdischen Bankiers weiter ändern. Zu denken hätte den Inhabern geben müssen, dass das Reichswirtschaftsministerium den Bankinhabern partout kein Schriftstück zukommen lassen wollte, in dem die Vorgehensweise bestätigt wurde¹⁰²⁶; alles basierte nur auf dem Antwortschreiben des Ministeriums an den Anwalt Beneke. Immerhin hielt sich das Reichswirtschaftsministerium an die Vereinbarungen und informierte Reichskommissar Ernst „eingehend“ über die „Arisierungs“-Verhandlungen des Bankhauses H. Aufhäuser und es hatte Anfang September mit den Behörden in München Kontakt aufgenommen, um diese entsprechend zu instruieren.¹⁰²⁷

Im August konkretisierte sich auch die Suche nach einem neuen Komplementär. Martin Aufhäuser ließ Ende August über Kraemer dem aus den Obpacher-Verhandlungen bekannten

europäischen Höfen könnte künftig unserem Hause ein besonderes Relief geben.“ Über Richter versuchte Kraemer zwei weitere neue Interessenten zu werben.

¹⁰²² Auch Schaefer nannte Winkler gegenüber diese Verbindung, ebd., O. Schaefer an G. Winkler, 22.09.1938 (sehr vertraulich!).

¹⁰²³ Ebd., M. Aufhäuser an M. Warburg, 06.08.1938.

¹⁰²⁴ Ebd.

¹⁰²⁵ Der Urlaub erfolgte immerhin auf Anraten seines Arztes, ebd., M. Aufhäuser an P. Knoke, 12.08.1938 (Vertraulichst!).

¹⁰²⁶ Trotz mehrfacher Nachfrage hat das RWM weder der Bank im Allgemeinen noch den Inhabern im Speziellen die Vorgehensweise mit einem amtlichen Schreiben bestätigt. Einzig der Brief Benekes an Bayer vom 15. August diente als Grundlage, ließ sich aber für Werbungszwecke nur sehr eingeschränkt verwenden, s. insbes. ebd., Notiz vom 13.08.1938 [o. Verf., Kürzel „N/G“]; ebd., M. Aufhäuser an F. Seiler, 12.09.1938.

¹⁰²⁷ Ebd., B. Beneke an J. Bayer (H. Aufhäuser), 07.09.1938; ferner ebd., F. Seiler an M. Aufhäuser (H. Aufhäuser), 10.09.1938; BAB, R 3101/15515, RWM (Kohler), Vermerk, 20.09.1938.

Friedrich Seiler die Position des persönlich haftenden Gesellschafters antragen.¹⁰²⁸ Der Bank-Chef ließ ihm anschließend detaillierte Geschäftszahlen zukommen, zugleich holten sich die Bankinhaber Auskünfte über Seiler ein. Diese waren nicht durchweg positiv: Zwar wurden seine außerordentliche Intelligenz und seine guten Beziehungen zu den Ministerien sowie einzelnen Industrie-Unternehmen hervorgehoben. Jedoch wurde gewarnt, dass er „nicht so sehr als der bestimmende Faktor [in der Bank Carlo Z. Thomsen] angesehen [wird], wie es anscheinend anderwärts der Fall ist“¹⁰²⁹ und es wurde gemahnt, dass „wenn man sich geschäftlich mit ihm einlässt, immerhin eine gewisse Vorsicht“¹⁰³⁰ walten lassen sollte. Dass er keinen uneingeschränkt guten Ruf besaß zeigte sich nicht zuletzt darin, dass der Rechtsanwalt und einer der größten deutschen Kinobesitzer, Jacob Koerfer, sich angeblich wegen der Person Seiler nicht am Bankhaus H. Aufhäuser beteiligte.¹⁰³¹ Diese Beschreibung Seilers änderte jedoch nichts am Entschluss der Bankinhaber, Seiler die Komplementär-Stelle anzubieten, denn sie deckten sich offenbar ohnehin weitgehend mit ihren eigenen Einschätzungen.¹⁰³² Die Charakterstudien erreichten die Bankiers zumindest zum Teil auch erst nach der Zusage Seilers, die am 26. August 1938 erfolgt war.¹⁰³³ Seiler verlor auch sonst keine Zeit: Am selben Tag hatte er einen Termin mit dem Reichskommissar Ernst vereinbart¹⁰³⁴ und zwei Tage später beabsichtigte er, den Bankinhaber Carlo Thomsen sen. über sein Vorhaben zu informieren. Diese zupackende Art Seilers in Verbindung mit seinen exzellenten Verbindungen in das für die „Arisierung“ federführende Reichswirtschaftsministerium sowie zur Industrie¹⁰³⁵ dürften für die Aufhäuser-Bankiers die ausschlaggebenden Punkte gewesen sein, weshalb sie Seiler trotz einiger skeptischer Äußerungen hinsichtlich seiner Person die Position des Komplementärs angeboten hatten. Mitte September 1938 ließ das Reichswirtschaftsministerium Seiler wissen, dass es – vorbehaltlich der Genehmigung des

¹⁰²⁸ BWA, F 20/25, F. Seiler an M. Aufhäuser, 26.08.1938; ebd. M. Aufhäuser an F. Seiler, 26.08.1938 (Durchschlag), wobei die Inhaber mit dem Vornamen Seilers noch nicht richtig vertraut waren, da sie ihn anfänglich wiederholt mit „Fritz“ anstelle von „Friedrich“ anscrieben. Ebd., F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947 (1. Verhandlungstag), S. 73.

¹⁰²⁹ Ebd. F 20/25, Notiz (ohne Datum und Verfasser). Diese stammt offensichtlich vom bekannten Wirtschaftsjournalisten der Frankfurter Zeitung, Albert Oeser; ebd., A. Oeser an E. Kraemer, 13.09.1938; ebd., E. Kraemer an A. Oeser, 14.09.1938.

¹⁰³⁰ Ebd., R. Samson an M. Aufhäuser, 09.09.1938, als Anlage Abschrift eines Briefes an Richard Samson [Inhaber der jüdischen Bank D. Samson in Hamburg] von einem unbekannten Verfasser mit den Angaben über Seiler, 08.09.1938.

¹⁰³¹ Ebd., J. Koerfer an E. Kraemer, 24.08.1938. Koerfer war Seiler gegenüber skeptisch eingestellt und wurde darin von zwei Gesprächspartnern betätigt: „[...] habe ich allerdings auch Bedenken gegen die wohl insbesondere von Herrn Geheimrat Aufhäuser geplante Lösung der personellen Frage. Ich möchte vielmehr nach wie vor für notwendig erachten, dass eine Persönlichkeit interessiert würde, die aufgrund ihres beruflichen Ansehens und ihrer beruflichen Erfahrung den bisherigen Repräsentanten Ihrer Firma nahe käme.“ Zu Koerfer siehe auch die Ausführungen weiter unten.

¹⁰³² Ebd., R. Samson an M. Aufhäuser, 09.09.1938.

¹⁰³³ Ebd., F. Seiler an M. Aufhäuser, 26.08.1938. Seiler hatte also bereits zugesagt, bevor die Geschäftszahlen ihn erreicht haben konnten, da beide Briefe vom selben Tag datieren; Seiler weilte zudem in Berlin, der Aufhäuser-Brief ging nach Hamburg.

¹⁰³⁴ Ernst forderte offenbar im Anschluss an dieses Gesprächs Schriftstücke wie das Schreiben des RWM an Beneke an, „aus denen hervorgeht, dass Sie [Kraemer bzw. H. Aufhäuser] sich mit den in Frage kommenden amtlichen Stellen in voller Übereinstimmung befinden“, ebd., F. Seiler an E. Kraemer, 30.08.1938.

¹⁰³⁵ Siehe dazu auch ebd., Notiz (ohne Datum und Verfasser [A. Oeser]).

zuständigen Reichskommissars Ernst – nichts gegen seinen Eintritt in das Bankhaus H. Aufhäuser als persönlich haftende Gesellschafter hätte.¹⁰³⁶

Einflussreiche Kontakte ins Reichswirtschaftsministerium waren auch dringend notwendig, denn das Münchener Gewerbeamt forcierte die Eintragung der jüdischen Gewerbetreibenden in ein entsprechendes Verzeichnis. Eine Aufnahme in dieses sogenannte „Judenverzeichnis“ galt es vonseiten der Bankinhaber unbedingt zu verhindern, da Geschäfte mit „arischen“ Unternehmen, die weiterhin einen wichtigen Bestandteil der Bankaktivitäten von H. Aufhäuser darstellten, endgültig vor dem Aus gestanden hätten. Das Münchener Gewerbeamt hatte bereits im März 1937, also weit über einem Jahr vor der gesetzlichen Grundlage durch die Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz, auf eigene Initiative damit angefangen, eine Juden- und Ausländerkartei zu erstellen.¹⁰³⁷ Das Bankhaus H. Aufhäuser sowie seine Inhaber waren offensichtlich seit Februar 1938 bereits im städtischen Verzeichnis gelistet¹⁰³⁸; den Bankiers und der Öffentlichkeit dürfte dies jedoch unbekannt geblieben sein. Ebenso wie die Zuverlässigkeitsprüfung, die das Gewerbeamt im April 1938 für die jüdischen Gewerbeinhaber mit Hilfe der Bezirks-Inspektion durchführt hatte.¹⁰³⁹ Nachdem im Juni 1938 nun auch offiziell die Erstellung eines Verzeichnisses der jüdischen Gewerbetreibenden für die spätere Kennzeichnung ihrer Geschäfte verfügt worden war, erhielten die Betroffenen schließlich Mitteilung hierüber bzw. mussten sich per Ausweis legitimieren.¹⁰⁴⁰ Bis zur offiziellen Erstellung der Judenverzeichnisse vergingen – trotz der bereits vorab durchgeführten Maßnahmen der lokalen Behörden – noch einige Wochen, da nun der amtliche Weg beschritten werden musste. Das Münchener Gewerbeamt verlor dem ungeachtet jedoch keine Zeit und stellte noch vor der Durchführungsverordnung und Dezernatsverfügung¹⁰⁴¹ Anfang Juli 1938 bei der IHK München

¹⁰³⁶ BAB, R 3101/15515, RWM (Köhler) an F. Seiler, 14.09.1938 (Abschrift, Original persönlich überreicht). Seiler hatte in seinem Schreiben an das RWM ebenfalls angekündigt, dass Bayer mit ihm als pHG eintreten werde (ebd., F. Seiler an RWM (Lange), 09.09.1938), was das RWM zur Kenntnis nahm, aber nicht explizit zustimmte.

¹⁰³⁷ Vgl. Wolfram Selig, „Arisierung“ in München: Die Vernichtung jüdischer Existenz 1937-1939. Berlin 2004, S. 26ff. Siehe zu ähnlichen Bestrebungen weiterer Städte Bajohr, „Arisierung“, S. 118 (in Duisburg war bereits 1935 ein entsprechendes Verzeichnis erstellt worden); Köhler, „Arisierung“, S. 176.

¹⁰³⁸ So Selig, „Arisierung“, S. 657; siehe auch ebd., S. 27. Insgesamt enthielt diese Liste 1.750 Namen und wurde an alle städtischen Dienststellen sowie an weitere Behörden, Wirtschaftskammern u.Ä. weitergeleitet. Im November des Jahres sollte sich die Liste als dienlicher Wegweiser für die nationalsozialistischen Schlägertrupps erweisen. Ferner Hanke, Geschichte, 148.

¹⁰³⁹ StAM, GA, Hog. 7/12 Nr. 10, Städtische Gewerbeamt an Bezirks-Inspektion, 11.04.1938. Dabei ging es nicht nur um das politische, strafrechtliche, steuerliche und sittliche Gebaren, sondern auch darum ob „bei Verkaufsstellen die Ladenanschrift in Augenhöhe in deutlich lesbarer Schrift angebracht“ war. Die Bezirks-Inspektion konnte nichts Negatives über das Bankhaus H. Aufhäuser berichten, ebd., Notiz Bezirks-Inspektion, 11.04.1938.

¹⁰⁴⁰ Ebd., Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe in München. Dort der Eintrag bei den drei jüdischen Komplementären „Pässe vorgelegt!“. Kraemer wurde als „Inhaber“ geführt, was er zu der Zeit jedoch bekanntlich nicht mehr war.

¹⁰⁴¹ Am 14. Juli erfolgte die Durchführungsverordnung und neun Tage später die Dezernatsverfügung der Stadt München; die entsprechenden Formulare wurden offensichtlich erst am 5. August gedruckt, ebd., Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe in München; Walk (Hg.), Sonderrecht, S. 233 (Runderlass RMI, 14.07.1938).

die Anfrage, ob das Bankhaus H. Aufhäuser als jüdischer Gewerbebetrieb zu gelten habe.¹⁰⁴²

Am 22. Juli wurde dem Gewerbeamt seitens der IHK sodann bestätigt, es handele sich aufgrund der jüdischen Abstammung der Inhaber „bei der Firma H. Aufhäuser um ein jüdisches Unternehmen im Sinne der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.6.1938.“¹⁰⁴³

Trotz allem Aktionismus seitens des Münchener Gewerbeamts gab der bürokratische Weg den Aufhäuser-Bankiers bzw. ihrem Anwalt die Möglichkeit, einzugreifen, bevor das Bankhaus in das Verzeichnis aufgenommen wurde. In seinem Schreiben an das Reichswirtschaftsministerium hob Beneke hervor, dass die Übertragung von H. Aufhäuser eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen werde, weshalb „in der Zwischenzeit das Bankhaus wie ein arisches Unternehmen zu behandeln“ wäre, um eine Beeinträchtigung des Geschäfts zu verhindern.¹⁰⁴⁴ Mithin wäre eine Eintragung von H. Aufhäuser in die Liste der jüdischen Unternehmungen „hinderlich“, nicht zuletzt, da damit auch die Gefahr bestünde, dass aufgrund des Rückgangs der Geschäftstätigkeit potenzielle Käufer der Bank sich zurückziehen würden. Die Sorge war wie gesehen begründet. Auch Kunden der Bank wurden zusehends nervös: Es ist zumindest ein Fall belegt, dass nach einem Gespräch bei der IHK München zusätzlich noch schriftlich nachgefragt wurde, ob denn aufgrund der von der Bank vorgelegten Papiere – womit also auch unbeteiligte Dritte über die laufenden Übertragungs-Verhandlungen informiert waren – „Aussicht auf baldige Arisierung des Unternehmens besteht oder nicht“ und man bat um „dringende Erledigung“ der Anfrage.¹⁰⁴⁵

Benekes argumentierte, dass sich die Nicht-Eintragung in das „Judenverzeichnis“ durch die britische Staatsbürgerschaft Siegfried Aufhäusers und seine Tätigkeit als Schwedischer Generalkonsul „umsomehr [sic] vertreten“ lasse. Zwar galt eine Kommanditgesellschaft nach der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom Juni 1938 dann „als jüdisch, wenn ein oder mehrere persönlich haftende Gesellschafter Juden sind“ (Art. I, § 1 Abs. 2). Gleichwohl bedurfte die Eintragung in das Register die Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums, wenn an dem Gewerbebetrieb „Juden fremder Staatsangehörigkeit beteiligt sind“ (Art. II, § 7 Abs. 2).¹⁰⁴⁶ Das Bankhaus H. Aufhäuser wurde zwar am 19. August 1938 in das Verzeichnis

¹⁰⁴² BWA, K1, XXI/16, 79. Akt, Der Oberbürgermeister der Hauptstadt der Bewegung (Gewerbeamt) an IHK München, 08.07.1938.

¹⁰⁴³ Ebd., IHK München an Oberbürgermeister der Hauptstadt der Bewegung (Gewerbeamt), 22.07.1938.

¹⁰⁴⁴ Ebd., F 20/25, Beneke an RWM (Lange), 01.08.1938 (Abschrift). Vgl. auch Köhler, „Arisierung“, S. 177f. Siehe dort zudem die Bedenken der Reichsbank.

¹⁰⁴⁵ Ebd., K1, XXI/16, 79. Akt, Brief Oskar von Schab an [IHK München (Mattner)], 19.09.1938

(Unterstreichungen im Original). Es ist nicht eindeutig, ob Oskar oder seine Mutter Else von Schab Kunde der Bank war – oder beide. Zumindest sollte das Antwortschreiben auch an Else von Schab gesandt werden.

Oskar von Schab war Schauspieler sowie auch künstlerisch tätig (1901-1977), vgl.

<http://www.imdb.com/name/nm0902929/>; <http://www.artnet.de/K%C3%BCnstler/oskar+von-schab/auktionsresultate> [03.05.2013]. Ein Antwortschreiben der IHK ist nicht überliefert.

¹⁰⁴⁶ RGBl, 1938 (I), S. 627f.

der jüdischen Gewerbebetriebe in München aufgenommen.¹⁰⁴⁷ Dies geschah jedoch offenbar mehr *pro forma*, denn Bayer konnte gegenüber der Dienststelle erreichen, dass die Angelegenheit für zunächst rund zwei Wochen zurückgestellt wurde.¹⁰⁴⁸ Daraus resultierte wohl auch der Vermerk in der Kartei, dass gegen die Eintragung beim Reichswirtschaftsministerium Beschwerde eingelegt wurde und nach den vorliegenden Schriftsätzen abzusehen wäre, dass „derart entschieden werden wird, dass das Unternehmen nicht in das jüdische Verzeichnis eingetragen wird u. das Unternehmen arisiert werden kann.“¹⁰⁴⁹

Um die Angelegenheit endgültig aus der Welt zu schaffen, intervenierte Beneke im Reichswirtschaftsministerium bei Hans Humbert vom „Judenreferat“.¹⁰⁵⁰ Nicht wie verabredet am selben Tag, aber immerhin nach rund eineinhalb Wochen wies Humbert das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft schriftlich an. Einleitend wurde dem Staatsministerium deutlich zu verstehen gegeben, dass die Entscheidung über die „Arisierung“ von H. Aufhäuser beim Reichswirtschaftsminister läge.¹⁰⁵¹ Darüber sollte auch die Regierung von Oberbayern unterrichtet werden. Ganz im Sinne des Forderungskatalogs Benekes wurde der lokalen Behörde von der Reichsstelle damit klar kommuniziert, wer die Entscheidungen traf – nämlich das Reichswirtschaftsministerium – und wer ausführendes Organ war. Um die Eintragung in das „Judenverzeichnis“ zu verhindern, bediente sich Humbert der oben dargelegten Argumentation Benekes und verwies auf die englische Staatsbürgerschaft Siegfried Aufhäusers¹⁰⁵², womit die Genehmigung zur Eintragung dem Ministerium obliegen würde. Das Reichswirtschaftsministerium verweigerte die Zustimmung und eine Aufnahme in die Liste wurde erst nach einem ergebnislosen „Arisierungs“-Verfahren in Aussicht gestellt.¹⁰⁵³ Die Intervention Benekes bzw. der Aufhäuser-Inhaber – Humbert nahm in seinem Schreiben an das Bayerische Staatsministerium darüber hinaus direkten Bezug auf die Befürchtungen des

¹⁰⁴⁷ StAM, GA, Hog. 7/12, Nr. 10, Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe in München.

¹⁰⁴⁸ BWA, F 20/25, Notiz [o. Verfasser], 07.09.1938.

¹⁰⁴⁹ StAM, GA, Hog. 7/12, Nr. 10, Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe in München. Das Zitat stammt aus der Rubrik „Bemerkungen (Staatsangehörigkeit)“. Handschriftlich wurde am unteren Rand ohne Datum noch vermerkt: „Vorbescheid der Rg. v. Obb. dass Genehmig. erteilt ist, nicht in die Liste aufgenommen zu werden.“ Zudem: „In Arisierung befindlich“. Siehe auch [Fn. 106].

¹⁰⁵⁰ BWA, F 20/25, Beneke an Bayer, 07.09.1938; ebd., Notiz (o. Verfasser), 07.09.1938.

¹⁰⁵¹ StAM, GA, Hog. 7/12, Nr. 10, Humbert (RWM) an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, 17.09.1938 (Schnellbrief!). Das Reichswirtschaftsministerium berief sich dabei auf die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26.04.1938 bzw. die dazugehörige Durchführungsverordnung, vgl. BWA, K1, XVII 114 (1938), Reichswirtschaftsminister an diverse Adressaten, 05.07.1938 (Abschrift); StAM, GA, Hog. 7/12, Nr. 10, Der Reichswirtschaftsminister (i.A. Humbert) an Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, 17.09.1938 (Schnellbrief, Abschrift). Wobei die Verordnung vom April eigentlich in keinem direkten Zusammenhang mit den „Arisierungen“ stand (§ 7) und erst durch die Durchführungsverordnung in Kontext mit Beteiligungsveräußerungen gesetzt wurde. Zudem stand in der Verordnung, dass der Beauftragte für den Vierjahresplan die erforderlichen Maßnahmen treffen könne. Inwieweit das RWM (Funk) die Initiative in Absprache mit Göring ergriff oder diesen Übergang kann an dieser Stelle nicht geklärt werden.

¹⁰⁵² Andere Firmen im Besitz von Juden mit ausländischem Pass wurden durchaus in das „Judenverzeichnis“ aufgenommen, vgl. Longerich, Politik, S. 166.

¹⁰⁵³ StAM, GA, Hog. 7/12, Nr. 10, Der Reichswirtschaftsminister (i.A. Humbert) an Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, 17.09.1938 (Schnellbrief, Abschrift), als Anlage von Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft an Oberbürgermeister der Bewegung, 21.09.1938. Beide Schriftsätze wurden intern an das Münchener Gewerbeamt weitergeleitet (Stempel vom 23.09.1938).

Bankhauses – war damit erfolgreich.¹⁰⁵⁴ Das Bankhaus H. Aufhäuser wurde fortan zumindest nach außen wie ein „arisches“ Unternehmen behandelt.

Dennoch dürfen die von den Bankiers initiierten Aktionen in Berlin nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Aufhäuser das Heft des Handelns weiter bei sich sahen, zumindest was die Kommunikation mit den örtlichen Akteuren anbelangte. Mag das in der Theorie nachvollziehbar sein, entpuppte sich dieser Wunsch in der Handhabung als kaum durchführbar. Denn einerseits war das Reichswirtschaftsministerium wiederholt aufgefordert worden, auf die lokalen Behörden einzuwirken, andererseits wollten sich die Aufhäuser-Bankiers die „Arisierungs“-Verhandlungen vor Ort selbst vorbehalten. Reibungspunkte konnten dabei nicht ausbleiben, wie die indignierte Reaktion Martin Aufhäusers offenbart, als er erfuhr, dass der Reichskommissar Ernst im September Verhandlungen mit den Münchener Stellen aufgenommen hatte.¹⁰⁵⁵ Aber auch an dieser Stelle intervenierte der Senior-Chef nicht selbst, sondern überließ das dem „Arier“ Seiler.

Ein weiterer Akteur, der den Aufhäuser-Bankiers dabei half, in ihrem Sinne auf die maßgeblichen staatlichen Stellen einzuwirken, war Georg Eidenschink. Die Ansicht Ingo Köhlers, Eidenschink habe als Vertreter der IHK der Familie Aufhäuser „weit reichende Auflagen für den Inhaberwechsel“ diktiert, ist nicht haltbar. Zum einen gibt es keinerlei Hinweise darauf, dass Eidenschink die IHK München vertreten hätte.¹⁰⁵⁶ Zum anderen spielte Eidenschink eine gänzlich andere und zudem eine weitaus vielschichtigere Rolle bei der „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser, als die von Köhler wie der Forschung insgesamt zugewiesene.¹⁰⁵⁷ Eidenschink scheint nicht nur beim Obpacher-Thema von großer Bedeutung, sondern auch ein wichtiges Bindeglied im Dreieck Aufhäuser – Reichsregierung – lokale Behörden gewesen zu sein. Entsprechend gab Seiler nach dem Krieg zu Protokoll, dass Eidenschink „ja seit Jahren Vertrauensmann der Familie Aufhäuser gewesen sei.“¹⁰⁵⁸ Folgerichtig hatte das erste Treffen zwischen Seiler und Müller, bei dem Möglichkeiten einer Fusion von Obpacher und Kunst im Druck eruiert worden war, bei Eidenschink stattgefunden. Die Aufhäuser-Bankiers waren nicht zugegen gewesen, jedoch hatte Eidenschink sie

¹⁰⁵⁴ Siehe auch BAB, R 3101/15515, RWM (Köhler) an H. Aufhäuser, 04.10.1938.

¹⁰⁵⁵ BWA, F 20/25, M. Aufhäuser an F. Seiler, 09.09.1938; siehe auch ebd., B. Beneke an J. Bayer, 07.09.1938 (Persönlich!!).

¹⁰⁵⁶ Dass Eidenschink Vertreter der IHK (München) gewesen war, lässt sich weder in den zeitgenössischen noch in den Lebensläufen Eidenschinks nach dem Krieg festmachen, Ludwig, Boykott, Abb. S. 98 (von 1941); Headquarters 3rd US Army Screening Center, 21.09.1945

(http://library2.lawschool.cornell.edu/donovan/pdf/Batch_7/Vol_XVII_53_013.pdf) [23.06.2013]. Woher Köhler daher diese Feststellung ableitet, bleibt rätselhaft. Auch aus der von ihm angegebenen Aktennotiz der IHK München geht das nicht hervor (Köhler, „Arisierung“, S. 372 Fn. 553.)

¹⁰⁵⁷ Nur bei Köhler, „Arisierung“, S. 372 findet Eidenschink überhaupt Erwähnung, aber auch erst nach dem November-Pogrom.

¹⁰⁵⁸ BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 2.

vertreten.¹⁰⁵⁹ Eidschink hatte mithin als Türöffner für die vordringliche Lösung des Obpacher-Problems fungiert.

Spätestens ab Juli 1938 war Eidschink dann auch direkt im „Arisierungs“-Vorhaben von H. Aufhäuser eingebunden.¹⁰⁶⁰ War der Gegenstand eher trivial – er war von Beneke gebeten worden, wegen des seiner Meinung nach zu niedrigen Honorars mit Bayer zu sprechen¹⁰⁶¹ – zeigte das Zugehen auf Eidschink vor allem eins: Er wurde als jemand wahrgenommen, der gegenüber den Aufhäuser-Bankiers über genügend Sozialkapital verfügte, um vermittelnd tätig werden zu können. Eine offizielle Funktion bei der „Arisierung“ besaß er nicht. Wie Eidschink insgesamt keine herausragenden amtlichen Positionen bekleidete: Seit 1931 Parteigenosse, war er lediglich einfaches Mitglied bei der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, der DAF und des Bundes Oberneuland.¹⁰⁶² Diese Gruppierungen waren vergleichsweise unverfänglich und Massenorganisationen¹⁰⁶³, denen man sich kaum entziehen bzw. Mitglied sein konnte, um seine nationalsozialistische Gesinnung demonstrieren zu können, ohne sich allzu sehr exponieren zu müssen. Doch viel wichtiger als Ämter war das personale Netzwerk Eidschinks, oder wie er es 1949 vor der Münchener Spruchkammer selbst und sicher zutreffend formulierte: „Ich gebe zu: ich habe sämtliche Machthaber im Laufe des Dritten Reichs kennengelernt.“¹⁰⁶⁴ Auffallend ist, dass Eidschink sein soziales Kapital auf zweierlei Art einsetzte: sowohl anti- als auch pro-jüdisch. Sieht man sich diverse Unternehmer- und Managerbiographien an, war das Verhalten Eidschinks so gesehen weit verbreitet¹⁰⁶⁵, d.h. viele Entscheidungsträger nutzten einerseits die Notsituation einiger jüdischer Firmeninhaber aus, halfen aber andererseits selektiv anderen. Gleichzeitig ist Eidschinks Tun doch außergewöhnlich, da es in die eine wie auch in die andere Richtung extrem war.

Gerade in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft war die eine Seite Eidschinks sichtbar geworden, die des opportunistischen Unternehmers, der im Windschatten der politisch-gesellschaftlichen Umwälzung mit Hilfe seiner Bank und Beziehungen ökonomisch zu profitieren suchte. Zugute kam Eidschink hierbei nicht zuletzt die Verbindung zu seinem Vetter Hans Rattenhuber. Dieser war 1934 mit der Bildung des

¹⁰⁵⁹ Ebd.

¹⁰⁶⁰ Ebd., F 20/25, B. Beneke an G. Eidschink, 23.07.1938.

¹⁰⁶¹ Ebd. Bayer hatte Beneke erklärt, dass dem Bankhaus ein ähnliches Honorar wie in der „Arisierungs“-Angelegenheit Lebrecht & Co. vorschwebte, was der Rechtsanwalt als vollkommend ungenügend ansah, da der Fall H. Aufhäuser doch wesentlich umfangreicher sei. Beneke bat daher Eidschink um Vermittlung; wie der Kontakt zustande gekommen war, ließ sich nicht ermitteln. Der Anwalt verlangte ein Honorar von 100.000 RM und hat dieses auch letztlich erhalten, ebd., K1/XXI 16b, 19a. Akt, Fall 30, Bericht des Devisenprüfers Max Reiß, 11.01.1939, S. 14. Siehe auch die Quittungen in ebd., F 20/25.

¹⁰⁶² Ludwig, Boykott, Abb. S. 98 (von 1941); s.a. Headquarters 3rd US Army Screening Center, 21.09.1945 (http://library2.lawschool.cornell.edu/donovan/pdf/Batch_7/Vol_XVII_53_013.pdf) [23.06.2013].

¹⁰⁶³ Vgl. Hildebrand, Dritte Reich, S. 9.

¹⁰⁶⁴ Zitiert bei Ludwig, Boykott, S. 94.

¹⁰⁶⁵ Vgl. als Überblick und unter besonderer Berücksichtigung des Netzwerkgedankens Nina Grunenberg, Die Wundertäter. Netzwerke der deutschen Wirtschaft 1942-1966. München 2007.

Reichssicherheitsdienstes beauftragt worden, der für die Sicherheit der nationalsozialistischen Führungsebene zuständig war. Rattenhuber selbst fungierte bis zu dessen Selbstmord am 30. April 1945 als persönlicher Leibwächter Hitlers.¹⁰⁶⁶ Eidenschink und Rattenhuber arbeiteten zumindest bei der „Arisierung“ der Brauerei-Besitzungen des jüdischen Unternehmers Ignatz Nacher im Jahr 1934 eng zusammen.¹⁰⁶⁷ Zwar waren die Berliner NSDAP-Gauleitung und in erster Linie die Dresdner Bank die Hauptprotagonisten für eine der brutalsten „Arisierung“.¹⁰⁶⁸ Dennoch hatten Eidenschink – zusammen mit seinem Teilhaber Adolf Fischer und dem Anwalt Josef Müller – zu dieser Entwicklung mit beigetragen. Zu unterscheiden sind dabei zwei Ablaufstränge.¹⁰⁶⁹

In einer ersten Aktion hatten sich 1933/34 die Dresdner Bank und die Stadt Berlin durch Drohungen und fragwürdigen Methoden einen beherrschenden Einfluss bei der Engelhardt AG gesichert. In der Folge war Nacher dazu gedrängt worden, sich endgültig aus der Engelhardt AG zurückzuziehen und Aktien der zahlreichen anderen Brauereien in seinem Besitz abzutreten. Im Sommer 1934 war schließlich eine zweite Interessengruppe in Konkurrenz zur Dresdner Bank aufgetreten. Eidenschink hatte ein Konsortium zusammengestellt, das Engelhardt-Aktien des Nacher-Bestandes (Borussia AG¹⁰⁷⁰) aufkaufen wollte. Es war ein Vorvertrag geschlossen worden – Nacher war zuvor offensichtlich mit der Einlieferung in das KZ Dachau gedroht worden¹⁰⁷¹ –, von dem allerdings die Dresdner Bank erfahren hatte. Diese war Hausbank der Engelhardt-Brauerei und sah durch dieses Konsortium – das zudem noch die finanzielle Rückendeckung der Reichskreditanstalt besaß – ihre Stellung in Gefahr. Es besteht wenig Zweifel, dass Nacher daher auf Intervention der Dresdner Bank und mithilfe deren Beziehung zur Berliner NSDAP-Gauleitung verhaftet und so erpresst worden war, sein Aktienpaket an der Engelhardt-Brauerei unter Wert an die Dresdner Bank zu verkaufen.¹⁰⁷² Nacher war jedoch nicht gleich nach dem Verkauf aus dem Gefängnis freigekommen. Das hatten Eidenschink und Rattenhuber besorgt – nicht jedoch, ohne im Gegenzug eine Entschädigung von 150.000 RM für die entgangenen Engelhardt-Aktien abgepresst zu haben.

¹⁰⁶⁶ Vgl. Ludwig, Boykott, S. 65, 81. Ob es Rattenhuber war, der die Leiche Hitlers verbrannte (Ludwig, Boykott, S. 81), ist strittig, vgl. Jürgen Finger/Sven Keller/Andreas Wirsching, Dr. Oetker und der Nationalsozialismus. Geschichte eines Familienunternehmens 1933-1945. München 2013, S. 503f. Fn. 132.

¹⁰⁶⁷ Vgl. Ludwig, Boykott, S. 66.

¹⁰⁶⁸ Vgl. Ziegler, Dresdner Bank, insbes. S. 319f., 330. Siehe auch Zieglers Beitrag in: Ralf Ahrens, Die Dresdner Bank 1945-1957. Konsequenzen und Kontinuitäten nach dem Ende des NS-Regimes. München 2007, S. 369-381 (Restitution als Investition: Der Engelhardt-Brauereikonzerne), insbes. S. 369f.; Finger u.a., Dr. Oetker, S. 238-243; Ludwig, Boykott, insbes. S. 63-67. Ausgangspunkt für die Entziehungsmaßnahmen bildete ein angeblicher, gerichtlich nie bewiesener Bestechungsvorwurf wegen eines Grundstücksgeschäfts in Berlin.

¹⁰⁶⁹ Darauf verweisen insbes. Finger u.a., Dr. Oetker, S. 241.

¹⁰⁷⁰ Nacher hatte seine nord- und westdeutschen Brauereibesitzungen (darunter die Engelhardt-Aktien) in der Borussia AG für Brauereibeteiligungen gebündelt, die der süddeutschen Brauereien in der Bayerischen Braubank AG Bamberg, vgl. Ziegler, Dresdner Bank, S. 293f.

¹⁰⁷¹ Vgl. ebd., S. 317 Fn. 174.

¹⁰⁷² Vgl. ebd., S. 317-320; Ludwig, Boykott, S. 58-65.

Die anschließende Freilassung hatte man sich noch zusätzlich mit 100.000 RM vergüten lassen, nachdem Nacher in seiner Wohnung bis zur Bezahlung festgesetzt worden war.¹⁰⁷³

Die Dresdner Bank hatte – nicht zuletzt aufgrund ihres eigenen Netzwerkes – das Eidenschink-Konsortium mithin ausgebootet. Dem Eingreifen der Berliner NSDAP-Gauleitung hatte der Münchener Bankier in der Kürze der Zeit nichts entgegensetzen können. Womöglich ein Grund, warum die Dresdner Bank keine Zeit verlieren wollte und zum drastischen Vorgehen der unrechtmäßigen Inhaftierung Nachers gegriffen hatte.¹⁰⁷⁴ Man kann sich vorstellen, dass Eidenschink über das Vorgehen der Berliner Großbank nicht erfreut war, die ihm ein äußerst lukratives Aktienpaket unmittelbar vor dem Kauf weggeschnappt hatte. Der Versuch, gerichtlich gegen die Dresdner Bank vorzugehen, war auch nicht erfolgreich gewesen. Die NSDAP-Gauleitung wie die Dresdner Bank um ihren „industriellen Berater“, Hilarius Giebel¹⁰⁷⁵, konnten an einer Gerichtsverhandlung kein Interesse haben und hatten durch ihr soziales Kapital auch die Möglichkeiten, das zu unterbinden: Eidenschink und Fischer waren nach Berlin zitiert worden, wo ihnen die Gestapo unter Androhung einer Verhaftung klar zu verstehen gab, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen.¹⁰⁷⁶

Gänzlich leer waren Eidenschink und seine Mitstreiter gleichwohl nicht ausgegangen, womit die zweite Aktion gegen Nacher begann: Dieser hatte bei seiner Haftentlassung zusichern müssen, dass er seine restlichen Brauerei-Aktien nur über das Eidenschink-Konsortium veräußern dürfte. Derart konnten sie diverse kleinere bayerische Brauereien und vor allem im Oktober 1934 zu einem sehr günstigen Kurs von 83 Prozent die renommierte Malzbierbrauerei Groterjan erwerben. Das Geschäft von Eidenschink war gewesen, die Aktienpakete zu einem höheren Preis weiterzureichen. Über mehrere Zwischenstationen waren so die Groterjan-Aktien ab 1936 zur Indubeg gelangt, die zur Firma Dr. Oetker gehörte. Der Kauf der Malzbierbrauerei Groterjan hatte das neue Brauerei-Geschäftsfeld des Dr. Oetker-Konzerns begründet.¹⁰⁷⁷ In der Folge tätigten Eidenschink und sein Kompagnon Fischer unter Einschaltung ihres Anwalts Müller weiterer solcher „Arisierungs“-Geschäfte.¹⁰⁷⁸

Eidenschink offenbarte während der Zeit des Nationalsozialismus aber auch eine andere Seite. Wie gezeigt, arbeitete er bei der Gründung der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke AG

¹⁰⁷³ Vgl. Ziegler, *Dresdner Bank*, S. 320; Ludwig, *Boykott*, S. 66.

¹⁰⁷⁴ Vgl. auch Finger u.a., *Dr. Oetker*, S. 241f.

¹⁰⁷⁵ Zu seiner Rolle siehe Ziegler, *Dresdner Bank*, S. 311-320, zusammenfassend S. 324f.

¹⁰⁷⁶ Ludwig, *Boykott*, S. 70.

¹⁰⁷⁷ Vgl. Finger u.a., *Dr. Oetker*, S. 242f.; Ziegler, *Dresdner Bank*, S. 320; auf unsicherer Aktenlage Ludwig, *Boykott*, S. 67, 87. Zum weiteren Fortgang des Engelhardt-Aktienpakets der Dresdner Bank, bei der auch das Bankhaus Gebr. Arnhold und die Braubank eine wichtige Rolle spielten, siehe Ziegler, *Dresdner Bank*, S. 323ff.; Ludwig, *Boykott*, S. 70-86. Nacher starb verarmt kurz nach seiner Ausreise im September 1939 in Zürich; die meisten Familienmitglieder überlebten den Holocaust nicht.

¹⁰⁷⁸ Vgl. Ludwig, *Boykott*, S. 89-94 („Arisierungs“-Liste S. 90).

eng mit dem jüdischen Bankhaus H. Aufhäuser zusammen, was sich nicht nur auf das Geschäftliche reduzieren lässt. Die Wertschätzung war reziprok bzw. man wusste das jeweilige soziale Kapital des anderen gewinnbringend einzusetzen. 1938 hatte sich der Inhaber der Firma Weiermann (Burgkunstadt/Franken) an Martin Aufhäuser gewandt,¹⁰⁷⁹ da der Gauwirtschaftsberater in Bayreuth sich das Unternehmen weit unter Preis aneignen wollte und bat den Bank-Chef um Vermittlung. Martin Aufhäuser hatte daraufhin dem Firmen-Inhaber den Hinweis gegeben, er solle sich wegen der Verhandlungen zusätzlich an die Bank Eidenschink wenden. Die „langwierigen und schweren Auseinandersetzungen“ mit dem Gauwirtschaftsberater hatten – aus naheliegenden Gründen – in der Hauptsache Vertreter der Bank Eidenschink geführt, wobei aus den Akten nicht ersichtlich wird, ob es Eidenschink persönlich war.

Die Zusammenarbeit hatte sich für die Bankleitung sowie den Inhaber der Firma Weiermann ausgezahlt: Es konnte erreicht werden, dass der Gauwirtschaftsberater mehr als das Doppelte des ursprünglichen Betrags bezahlen musste. Ein beachtlicher Erfolg, der sicher den Beziehungen der Eidenschink-Inhaber zu verdanken war.¹⁰⁸⁰ Die vereinbarte Provision von 40.000 Mark hatten sich die beiden Banken geteilt. Es ist mithin unstrittig, dass H. Aufhäuser finanziell von dieser „Arisierung“ profitiert hatte. Martin Aufhäuser dürfte es allerdings als Freundschaftsdienst für einen in Not geratenen jüdischen Unternehmer und als „normales“ Geschäft angesehen haben, für das eine Provision fällig geworden war, was zumindest aus heutiger Sicht möglicherweise etwas anstößig erscheinen mag.¹⁰⁸¹ Zu berücksichtigen gilt allerdings, dass weder Martin Aufhäuser noch die Eidenschink-Vertreter die „Ariseure“ waren, sondern vielmehr eine Dienstleistung anboten, indem sie ihr Netzwerk einsetzten, um einen wesentlich höheren Verkaufspreis zu erreichen, der nicht zuletzt dem Unternehmer zu Gute kam.¹⁰⁸² Die Inhaber von H. Aufhäuser boten auch Koerfer die Dienste von Eidenschink an, als sein Versuch, die Zigaretten-Firma Garbaty zu übernehmen, ins Stocken geraten war.¹⁰⁸³

¹⁰⁷⁹ BWA, F 20/43, Aktennotiz zu dem Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers Kesel für das Geschäftsjahr 1939, 12.12.1946. Das folgende Zitat aus ebd.

¹⁰⁸⁰ Nach Erinnerung des Wirtschaftsprüfers nach dem Krieg konnte der Preis von ca. 60% auf 145% gesteigert werden, BWA, F 20/43, Aktennotiz zu dem Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers Kesel für das Geschäftsjahr 1939, 12.12.1946.

¹⁰⁸¹ Vergleichbar ist dies am ehesten mit den Provisionszahlungen der Opfer-Anwälte während der Wiedergutmachungsverhandlungen, die mitunter ebenfalls für Aufsehen sorgten, vgl. Tobias Winstel, Die Testamentsvollstrecker. Zur Rolle von Anwälten und Rechtshilfeorganisationen, in: Norbert Frei/José Brunner/Constantin Goschler (Hg.), Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel. Bonn 2010 (BpB), S. 533-553, hier S. 548-552, insbes. S. 549.

¹⁰⁸² Dabei ist es für diese Betrachtung nicht wesentlich, ob es dem Unternehmer aufgrund der staatlichen antijüdischen Maßnahmen beispielsweise des Reichsfinanzministeriums tatsächlich gelang, über das Vermögen zu verfügen und ggf. ins Ausland zu transferieren.

¹⁰⁸³ BWA, F 20/25, J. Koerfer an E. Kraemer, 24.08.1938. Zur schließlich im Oktober 1938 vollzogenen Übernahme durch Koerfer – wobei unklar bleiben muss, inwieweit sie Eidenschink zu verdanken war – siehe Erik Lindner, Die Reemtsmas. Geschichte einer deutschen Unternehmerfamilie. München/Zürich 2008, S. 190-193, 432-439.

In ähnlicher Weise, wenn auch noch um Einiges substantieller, schaltete sich Eidenschink in die „Arisierungs“-Verhandlungen von H. Aufhäuser ein. Dabei versuchte er die Inhaber von H. Aufhäuser so zu unterstützen, dass die Übertragung der Bank soweit wie möglich nach ihren Vorstellungen erfolgen sollte. Da dieses Verhalten im scharfen Gegensatz zu seinem Tun bei der Engelhardt-„Arisierung“ stand, stellt sich die Frage nach seiner Motivation. War bei der Engelhardt-Angelegenheit die Aussicht auf einen finanziellen Gewinn handlungsleitend, scheidet dieses Motiv an dieser Stelle aus. Er trat nicht als „Ariseur“ auf – wobei dies rückblickend durchaus eine Option hätte sein können, aber offenbar nie ins Auge gefasst worden war – und er erhielt wohl auch sonst keinen finanziellen Vorteil. Das Verhalten Eidenschinks scheint daher mehr über die zwischenmenschliche Ebene erklärbar zu sein. Es war zwischen beiden Bankiers ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis entstanden, wie die Zusammenarbeit bei der Gründung der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke AG sowie das Hinzuziehen der Eidenschink-Bank bei der „Arisierung“ der Firma Weiermann veranschaulichte. Man darf zudem nicht die Auseinandersetzung zwischen den Eidenschink-Bankiers und der Dresdner Bank im Zuge der Engelhardt-„Arisierung“ außer Acht lassen.¹⁰⁸⁴ Vor diesem Hintergrund ist daher davon auszugehen, dass Eidenschink auch unter allen Umständen verhindern wollte, dass die Dresdner Bank oder eine andere Großbank sich eine renommierte Adresse wie H. Aufhäuser aneigneten; was darüber hinaus die Konkurrenz in München zusätzlich angefacht hätte. Mit diesem Standpunkt stand Eidenschink keineswegs alleine da, wie beispielsweise bei Reichskommissar Ernst zu beobachten war.

Es war offensichtlich die Aufgabe Eidenschinks, die Aufhäuser-Strategie auf lokaler Ebene zusätzlich abzusichern¹⁰⁸⁵ und hier vor allem auf den Wirtschaftsbeauftragten der Stadt München, Christian Weber, einzuwirken. Der „Alte Kämpfer“ Weber, skrupellos und selbst für damalige Verhältnisse maßlos korrupt, wusste seine Nähe zu Hitler so zu inszenieren, dass er in München trotz seiner vielen Widersacher nahezu unantastbar war.¹⁰⁸⁶ Er avancierte nach 1933 „zum zentralen Hauptdarsteller und einflussreichsten Strippenzieher“¹⁰⁸⁷ in München. Diese Funktion war durch seine Ernennung zum „Sonderbeauftragten für Wirtschaftsangelegenheiten der Hauptstadt der Bewegung“ 1937 weiter gefestigt worden. Die Bankinhaber gingen daher davon aus, dass ihm daraus eine wichtige Funktion bei der „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser erwachsen und diese für die Münchener Bankenlandschaft wichtige Übertragung ohne seine Zustimmung kaum zu bewerkstelligen wäre. Webers Einfluss auf die „Arisierungs“-Vorgänge war vor allem jenseits der vorgegebenen Verfahrensstrukturen anzusiedeln, da er nach Maßgabe des Reichswirtschaftsministeriums

¹⁰⁸⁴ Siehe dazu auch Ludwig, Boykott, S. 70.

¹⁰⁸⁵ BWA, F 20/25, F. Seiler an Ch. Weber, 15.09.1938: „Zunächst bedanke ich mich für die Unterredung, die Sie [Weber] mir [Seiler] und Herrn Bayer durch Vermittlung des Herrn Bankier Eidenschink gestern gewährt haben.“

¹⁰⁸⁶ Siehe zu Weber Martin, Aspekte; Heusler, Braune Haus, S. 190-201.

¹⁰⁸⁷ Ebd., S. 193.

eigentlich kein besonderes Mitspracherecht besaß. Es ist deshalb bemerkenswert, dass das Reichswirtschaftsministerium dennoch Weber über die bevorstehende „Arisierung“ von H. Aufhäuser informieren wollte.¹⁰⁸⁸ Die Reichsstelle wusste offensichtlich um die Mächtekongstellaton in München und wollte so möglichen späteren Disputen frühzeitig entgegenwirken. Das Bayerische Wirtschaftsministerium war zum Beispiel gar nicht über die Vorgänge bei H. Aufhäuser informiert worden und wurde erst nach der „Arisierung“ davon in Kenntnis gesetzt – nachdem das Ministerium von Stens davon erfahren hatte.¹⁰⁸⁹

Kaum stand fest, dass Seiler der favorisierte „Ariseur“ war, sandte Eidenschink Unterlagen an Weber mit der Bitte, ihm und Bayer, der bekanntlich ebenfalls Komplementär werden sollte, seine Unterstützung bei der „Arisierung“ von H. Aufhäuser zu gewähren. Außerdem wäre er Weber dankbar, wenn er die „Unterstützung auch bei der Regierung von Oberbayern zum Ausdruck bringen [würde]“. ¹⁰⁹⁰ Seiler hatte in einem separaten Schreiben an Weber noch mitgeteilt, dass er bei der Namensgebung den Namen H. Aufhäuser beibehalten wolle „mit Rücksicht auf das Ansehen, das das Bankhaus unter seinem Namen im In- und Ausland genießt“¹⁰⁹¹. Weber schaltete sich sofort in die „Arisierung“-Vorgänge beim Bankhaus H. Aufhäuser ein. Unmittelbar nach Eidenschinks Brief ließ er noch vor einer anstehenden Reise telefonisch das Münchener Gewerbeamt das Folgende wissen: „1). Die Firmenbezeichnung „Aufhäuser“ kann bleiben. 2). Die Firma soll nicht in das Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe aufgenommen werden.“¹⁰⁹² Als Begründung führte Weber an, dass H. Aufhäuser Entgegenkommen verdiene, da das Bankhaus „als einzige die Münchener Stadtanleihe bestens untergebracht hat.“¹⁰⁹³

Weber bezog sich zwar auf die Unterlagen des Reichswirtschaftsministeriums¹⁰⁹⁴, die er dem Gewerbeamt zukommen ließ, doch ist sein Verhalten ein Spiegelbild seiner Amtsanmaßung: Er hatte überhaupt nicht zu entscheiden, ob H. Aufhäuser ins Verzeichnis der jüdischen

¹⁰⁸⁸ BWA, F 20/25, Notiz vom 13.08.1938 [o. Verf., Kürzel „N/G“]. Als die Aufhäuser-Bankiers über Eidenschink Kontakt zu Weber aufnahmen, machte es aber nicht den Anschein, als ob Weber bereits vom RWM informiert worden wäre.

¹⁰⁸⁹ BayHStA, MHIG, 8125, Arisierung der Bankfirma Heinrich Aufhäuser in München, 15.11.1938. Der Vorfall zog ziemlich weite Kreise, da er großen Missmut hervorrief. Er beschäftigte auch den Bayerischen Ministerpräsidenten und es fand eine Anhörung der Landesregierung statt, siehe die diversen Belege in ebd.

¹⁰⁹⁰ StAM, GA, Hog. 7/12, Nr. 10, G. Eidenschink an Ch. Weber, 16.09.1938 (Abschrift). Zu den zugesandten Unterlagen zählten das Schreiben Benekes an Lange (RWM) mit den sechs Punkten sowie die Zustimmung des Judenreferats zu diesen.

¹⁰⁹¹ BWA, F 20/25, F. Seiler an Ch. Weber, 15.09.1938.

¹⁰⁹² StAM, GA, Hog. 7/12, Nr. 10, Notiz betreffend Bankhaus Aufhäuser/Anruf Ch. Weber, 20.09.1938 (Unterstreichungen im Original).

¹⁰⁹³ Ebd. Gemeint war wohl die Stadtanleihe von 1929, danach waren keine neuen mehr emittiert worden und war auch vonseiten der nationalsozialistischen Regierung untersagt.

¹⁰⁹⁴ In dem Schriftstück heißt es dazu: „Herr Präsident Weber befürwortet die Sache in dieser Form [Punkte 1-2] auf Grund der Unterlagen des Reichswirtschaftsministeriums“, StAM, GA, Hog. 7/12, Nr. 10, Notiz betreffend Bankhaus Aufhäuser/Anruf Ch. Weber, 20.09.1938.

Gewerbebetriebe aufgenommen werden sollte oder nicht.¹⁰⁹⁵ Und welchen Namen das zu arisierende Bankhaus haben sollte, war gänzlich jenseits seiner Kompetenz. Das zu entscheiden war Sache des Reichswirtschaftsministeriums sowie des Bankenkommissars und nicht des Münchener Sonderbeauftragten für Wirtschaftsangelegenheiten. Sieht man sich aber Webers Selbstverständnis an, wird ersichtlich, weshalb es für die Inhaber von H. Aufhäuser wichtig erschien, auch Weber in die Angelegenheit einzuschalten. Sie konnten jedoch nicht wissen, dass Weber sich für die überregionalen „Arisierungen“ bis dato offensichtlich nicht interessiert hatte bzw. er darüber nicht informiert war. Erst der Fall Aufhäuser scheint ihn darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass wichtige „Arisierungen“ in München ohne sein Wissen vorstättengingen.¹⁰⁹⁶

Die angekündigte Verständigung Webers seitens des Reichswirtschaftsministeriums hatte augenscheinlich auch einen Monat nach der Ankündigung noch nicht stattgefunden. Erst nach wiederholtem Drängen der Bankiers kündigte nun auch Langer an, bei seinem kommenden Besuch in München mit Weber über die Angelegenheit sprechen zu wollen.¹⁰⁹⁷ In diesem Zusammenhang ist der nur ein paar Tage später geäußerte Hinweis vom Ministerialrat Wolff vom Reichswirtschaftsministerium bezeichnend: Obgleich die „Arisierung“ von H. Aufhäuser Sache des Reichswirtschaftsministerium wäre, hielt er es für „zweckmäßig“, wenn der Aufhäuser-Anwalt Beneke persönlich Kontakt zu den lokalen Behörden aufnehmen würde.¹⁰⁹⁸ Allerdings war man sich offensichtlich nicht ganz einig, wer kontaktiert werden sollte. Wie Wolff an Beneke schrieb und sich dabei auf das gemeinsame Gespräch am 16. September bezog, sollte er sich mit der IHK München und dem Gauleiter, das war Adolf Wagner, in Verbindung setzen.¹⁰⁹⁹ Das war formal korrekt, gemäß Erlass des Reichswirtschaftsministers Funk vom 5. Juli 1938 mussten bei einer solchen „Arisierung“ diese beiden Dienststellen angehört werden – und zwar nur diese.¹¹⁰⁰ Beneke ließ unter Bezugnahme auf dasselbe Gespräch Bayer wissen, dass Wolff ihn zur Kontaktaufnahme mit dem Gauwirtschaftsberater, das war Hans Buchner, geraten habe. Ein Übertragungsfehler scheint weniger wahrscheinlich als ein Beispiel für das Kompetenzwirrwarr in der nationalsozialistischen Zeit. Beneke scheint sich in der

¹⁰⁹⁵ Siehe dazu auch BWA, F 20/25, Notiz vom 06.09.1938 (Martin Aufhäuser), Durchschlag. Der Punkt 6 besagte: „Erforderliche behördliche Entscheidungen trifft das Reichswirtschaftsministerium selbst.“

¹⁰⁹⁶ Direkt nach Eidenschinks Schreiben und augenscheinlich unmittelbar nach seiner Reise ließ Weber den Leiter des Dezernats 5, dem das Gewerbeamt unterstellt war, wissen, dass er vom Dezernat stärker in den Bereich der „Arisierungen“ einbezogen werden wollte, Selig, „Arisierung“, S. 58f.

¹⁰⁹⁷ BWA, F 20/25, F. Seiler an Ch. Weber, 15.09.1938. Was bekanntlich das RWM schon längst hätte selbst tun wollen, vgl. BWA, F 20/25, Notiz vom 13.08.1938 (o. Verf., Kürzel „N/G“).

¹⁰⁹⁸ BWA, F 20/25, B. Beneke an J. Bayer, 20.09.1938. Das Zitat ist folglich eine Widergabe Benekes, dürfte aber so oder zumindest in der Art gesagt worden sein.

¹⁰⁹⁹ BWA, F 20/25, Wolf (für Reichskommissar für das Kreditwesen) an B. Beneke, 24.09.1938 (Abschrift). Bemerkenswert ist, dass das RWM den Gauleiter auf ihrer ursprünglichen Liste der zu kontaktierenden lokalen Stellen nicht aufgeführt wurde, dabei war er es ja, der auf jeden Fall hätte informiert werden müssen, BWA, F 20/25, Notiz vom 13.08.1938 [o. Verf., Kürzel „N/G“].

¹¹⁰⁰ Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 05.07.1938, [http://www.digam.net/index.php?dok=8018&h\[0\]=reichswirtschaftsminister&PHPSESSID=ed8a8c5942a5b51cd179744fd83ff7c9](http://www.digam.net/index.php?dok=8018&h[0]=reichswirtschaftsminister&PHPSESSID=ed8a8c5942a5b51cd179744fd83ff7c9) [30.11.2013].

Kompetenzstruktur von München auch nur leidlich gut ausgekannt zu haben und ging wahrscheinlich davon aus, dass der Gauwirtschaftsberater für den „Arisierungs“-Vorgang von Bedeutung wäre. Dies war bei den „Arisierungen“ in München jedoch nicht der Fall, denn Buchner hatte diesbezüglich keinerlei Ansprüche und entsprechend im August 1938 seine Zuständigkeiten, die wie gesehen ohnehin mehr im- als explizit bestanden, an die IHK München abgetreten.¹¹⁰¹ Umso wichtiger war es, dass die Bankinhaber selbst Kontakt zu den lokalen Stellen aufnahmen, die sie für wesentlich erachteten, da sie über die Machtstrukturen vor Ort besser informiert waren; nicht zuletzt wahrscheinlich durch Eidenschink.

Es ist auch nicht erkennbar, dass Beneke oder jemand von der Bank sich mit Buchner oder Wagner getroffen hätte. Die Bankinhaber hatten offensichtlich mehr die faktischen Machtverhältnisse in München im Blick, denn sie suchten bevorzugt den Kontakt zu Weber, wohl in der Hoffnung, dass durch sein oben beschriebenes Wohlwollen die weiteren regionalen und lokalen Machthaber in Schach gehalten werden könnten. Es zeichnete sich damit bereits ab, was ab November 1938 mit aller Deutlichkeit zu Tage treten sollte: Der Versuch der Reichsleitung, die lokalen Parteikader und Machthaber bei den „Arisierungen“ kaltzustellen, war gescheitert. Ein erstes Zugeständnis an sie war der oben angeführte Erlass Funks vom Juli. Kurzum, die Macht des Faktischen konnte nicht durch Gesetz außer Kraft gesetzt werden, d.h. „Arisierungen“ konnten im Zweifelsfall nicht gegen den Widerstand der örtlichen Machtstrukturen durchgeführt werden, sondern nur in Abstimmung mit ihnen und unter Berücksichtigung ihrer individuellen Interessen.

Die Suche nach neuen Anteilseignern lief währenddessen weiter, gestaltete sich jedoch äußerst schwierig. Mitte September konnte Martin Aufhäuser dem Reichskommissar Ernst lediglich mitteilen, dass zwei Fürstliche Vermögensverwaltungen ihre „grundsätzliche Zustimmung“ gegeben hätten, als Kommanditisten bei H. Aufhäuser einzutreten.¹¹⁰² Dokumente, um welche zweite Fürstliche Vermögensverwaltung es sich neben dem Haus Braunschweig und Lüneburg handelte, liegen nicht vor, es dürfte aber das Haus der Wittelsbacher gewesen sein¹¹⁰³, mit dem Martin Aufhäuser seit Jahrzehnten im engen Kontakt stand. Das liegt auch deshalb nahe, da eine andere Fürstliche Vermögensverwaltung, die des Prinzen Friedrich Christian zu Sachsen, bereits Ende Juli abgesagt hatte.¹¹⁰⁴ Siegfried sowie insbesondere Martin Aufhäuser und Kraemer hatten seit dem Sommer weitere Gespräche

¹¹⁰¹ Gerd Modert, Motor der Verfolgung – Zur Rolle der NSDAP bei der Entrechtung und Ausplünderung der Münchner Juden, in: Angelika Baumann/Andreas Heusler (Hg.), München arisiert. Entrechtung und Enteignung der Juden in der NS-Zeit. München 2004, S. 145-175, hier S. 154-161, insbes. S. 157f. Siehe in diesem Zusammenhang auch BAB, NS 1/549, Besuchsvermerk (Saupter, Schieder, Ender), 19.11.1938.

¹¹⁰² BWA, F 20/25, M. Aufhäuser an F. Ernst, 17.09.1938. Davon berichtete auch Siegfried Aufhäuser, ebd., S. Aufhäuser an A. Jacobs, 22.10.1938.

¹¹⁰³ Siehe auch die Ausführungen weiter unten.

¹¹⁰⁴ BWA, F 20/25, C. Weicken an M. Aufhäuser, 30.07.1938.

geführt bzw. etliche „Anwerbungsschreiben“¹¹⁰⁵ versandt, die bis dahin jedoch nicht zu festen Vereinbarungen geführt hatten. Die Bankiers waren nun auch unter Zeitdruck: Sie bemerkten sicher, dass alle anderen großen Privatbanken diesen Schritt bereits vollzogen hatten und sie eine der letzten waren. Bereits im Mai 1938 hatte das Reichswirtschaftsministerium festgestellt, dass „an größeren jüdischen Bankfirmen, die Devisenbanken sind, [...] nur noch das Haus Aufhäuser in München“ bestünde.¹¹⁰⁶ Zumal der Kreis der Interessenten begrenzt war und diese über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen mussten.

Ende Oktober konnte immerhin eine weitere feste Zusage verbucht werden: Der Direktor der in München ansässigen Vereinigte Bleicherdefabriken AG¹¹⁰⁷, Hermann Römer, hatte Martin Aufhäuser bestätigt, dass sich die Firma mit bis zu 500.000 RM am Bankhaus beteiligen werde.¹¹⁰⁸ Die Chemiefirma war Kunde der Bank und ebenfalls an der Gründung der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke AG beteiligt gewesen. Damit hatten die Bankinhaber Zusagen für rund 1,45 Mio. RM. Folgt man der oben gemachten Rechnung, dass fremde Kommanditisten für rund 2,1 Mio. RM gefunden werden mussten, bestand Ende Oktober noch weiterhin eine Lücke von etwa 650.000 RM. Die Kontakte der Aufhäuser-Bankiers schienen nun auch allmählich ausgeschöpft gewesen zu sein.

Seit September bemühte sich daher Seiler ebenfalls um neue Anteilseigner, darunter war auch die Gruppe um die Familie von Michel-Raulino.¹¹⁰⁹ Diese Bemühungen wurden jedoch dadurch erschwert, dass er sich wegen einer militärischen Einberufung für einige Zeit nur sehr eingeschränkt dieser Angelegenheit widmen konnte und auch für die Bankinhaber nur bedingt zur Verfügung stand.¹¹¹⁰ Seilers uneingeschränkte Anwesenheit wäre gerade in der Endphase der Bankübertragung unerlässlich gewesen und Martin Aufhäuser war, wie er gegenüber dem Reichskommissar Ernst zum Ausdruck brachte, über diese „unliebsame Unterbrechung“¹¹¹¹ wenig erfreut – zu Recht, wie sich noch herausstellen sollte. Denn Seilers Anwesenheit war nicht nur wegen der Suche nach neuen Kommanditären wichtig, sondern auch bei der

¹¹⁰⁵ So Köhler, „Arisierung“, S. 370, Fn. 546. Es wurden beispielsweise neben den bereits Erwähnten noch Adolf Jacobs von der Photo-Schaja KG und der Industrielle Anton Zapf angefragt, siehe die diversen Schriftstücke im Akt BWA, F 20/25.

¹¹⁰⁶ Vermerk RWM, 11.05.1938, zitiert nach Fischer, Jüdische Privatbanken, S. 33.

¹¹⁰⁷ 1941 erfolgte die Fusion mit der Bayerischen AG für chemische und landwirtschaftlich-chemische Fabrikate zur Süd-Chemie AG (BAG), die 2011 von Clariant aufgekauft und anschließend der Name getilgt wurde, vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/S%C3%BCd-Chemie> [06.12.2013]. Die Verbindung zur Süd-Chemie war in den kommenden Jahrzehnten sehr eng: Mit anderen Banken legte Seiler & Co. 1940 eine Millionenanleihe für die BAG auf (Moser/Winkler, Wegmarken, S. 102), mit der vermutlich die Fusion mit der Vereinigte Bleicherde-Fabriken AG finanziert wurde.

¹¹⁰⁸ BWA, F 20/25, M. Aufhäuser an P. Knoke, 24.10.1938. Die Darstellung Köhlers („Arisierung“, S. 370), Römer hätte Interesse an einer Einlage von 400.000 RM bekundet, ist widersprüchlich, da die Bekundung bei 500.000 RM lag, die tatsächliche Beteiligung dann bei 400.000 RM.

¹¹⁰⁹ Ebd., C. Langbehn an E. Kraemer, 19.09.1938.

¹¹¹⁰ Ebd., M. Aufhäuser an F. Ernst, 17.09.1938; ebd., J. Bayer an B. Beneke, 17.09.1938.

¹¹¹¹ Ebd., M. Aufhäuser an F. Ernst, 17.09.1938.

persönlichen Abstimmung des Gesellschaftsvertrags mit den neuen Eigentümern von essentieller Bedeutung.¹¹¹²

Die Ausarbeitung des Vertrags zur Übertragung des Bankhauses lief seit Ende September an. Seiler hatte hierzu den renommierten Anwalt Carl Langbehn aus Berlin eingeschaltet. Dieser übte sogleich Druck auf die Alt-Eigentümer aus und ermahnte, dass die Übertragung „beschleunigt zum Abschluss“ gebracht werden müsse.¹¹¹³ Langbehn berief sich dabei auf Gespräche Seilers mit Otto Schniewind von der Reichsbank und dem Reichskommissar Ernst. Ist der Wortlaut der Unterredungen nicht überliefert, offenbarte sich wieder ein Mal, wie wichtig die Kontakte Seilers zu den Entscheidern in den Reichsstellen waren, wurde ihm doch von beiden offenkundig zu verstehen gegeben, dass nicht mehr viel Zeit bliebe, um eine geordnete „Arisierung“ durchzuführen.¹¹¹⁴ Möglich, dass die beiden Gesprächspartner auf Interna hinwiesen, die in der Mitteilung Görings Mitte Oktober an die Minister gipfelten, dass die Judenfrage „jetzt mit allen Mitteln angepackt werden [müsste], denn die Juden müssten aus der Wirtschaft raus.“¹¹¹⁵ Göring war nicht der einzige Reichsminister, der vermehrt Druck auf eine beschleunigte Entfernung der Juden aus dem Wirtschaftssystem ausübte. So war von Martin Bormann, dem *de facto* Chef des Parteibüros¹¹¹⁶, bereits im Juli 1938 dazu aufgerufen worden, dass es eine „Ehrpflicht der Partei“ wäre, darauf hinzuwirken, bei Firmen-Übertragungen „verdienten“ Parteimitgliedern „zu einer selbstständigen Existenz zu verhelfen“¹¹¹⁷. Seiner Meinung nach sollten die Parteidienststellen „eine aktive Arisierungspolitik betreiben und nicht lediglich Einspruchsstelle sein.“ Mithin wurde die Intention Funks, den „Arisierungs“-Prozess in seinem Ministerium zu zentralisieren, nicht nur von lokalen Machthabern, sondern auch von mächtigen, ihm überlegenen Reichsinstanzen schon frühzeitig torpediert und er war damit, je länger der „Arisierungs“-Prozess dauerte, chancenlos. Dies erkannten wohl auch Schniewind und Ernst. Ferner verdichteten sich die Indizien, dass es zu einem „echten und dramatischen Pogrom großen Ausmaßes“¹¹¹⁸ in Deutschland kommen werde.

Wie berechtigt die Hinweise von Ernst und Schniewind waren, verdeutlichen die ab Oktober vermehrt durchgeführten „Zwangsarisierungen“ und die besonders beschleunigt in Angriff

¹¹¹² Siehe hierzu bspw. ebd., M. Aufhäuser an P. Knoke, 07.11.1938.

¹¹¹³ Ebd., C. Langbehn an E. Kraemer, 19.09.1938.

¹¹¹⁴ Ist nicht auszuschließen, dass es Seiler und Langbehn darum ging, eine Drohkulisse aufzubauen, um die „Arisierung“ zu beschleunigen, erscheint dies trotzdem eher unwahrscheinlich und die späteren Ereignisse sprechen für sich und waren wohl zumindest teilweise absehbar; siehe dazu die Ausführungen weiter unten.

¹¹¹⁵ Zitiert nach Jonny Moser, Entrechtung der Juden im Dritten Reich. Diskriminierung und Terror durch Gesetze, Verordnungen und Erlasse, in: Walter H. Pehle (Hg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht zum Völkermord. Frankfurt a.M. 9 1999, S. 118-131, hier S. 120.

¹¹¹⁶ Benz u.a. (Hg.), Enzyklopädie, S. 824.

¹¹¹⁷ Longerich, Politik, S. 168. Folgende Zitat ebd. Was aber im Gegensatz zur Auffassung Görings stand, der gerade österreichische Verhältnisse verhindern wollte, d.h. dass die „Arisierungen“ zum „Versorgungssystem für untüchtige Parteigenossen“ werden, zitiert nach Moser, Entrechtung, S. 120.

¹¹¹⁸ Georg Landauer an Martin Rosenblüth, 08.02.1938, zitiert nach Friedländer, Dritte Reich, S. 292.

genommene Entfernung jüdischer Bankiers.¹¹¹⁹ Standen die jüdischen Banken zuvor noch unter einer Art „Reichsschutz“, sollten sie nun forciert aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgeschlossen werden; die Kriegsplanungen warfen ihren Schatten voraus.¹¹²⁰ Auch Beneke erkannte die Zeichen der Zeit und ließ sich Ende Oktober von den Bankinhabern vorab die Einwilligung geben, falls von behördlicher Seite Einspruch gegen die 25-prozentige Beteiligung Martin Aufhäusers am „arisierten“ Bankhaus – was bekanntlich vom Reichswirtschaftsministerium gebilligt worden war – bestünde, die Höhe oder die Zeitdauer eingeschränkt werden könnte.¹¹²¹ Mithin glaubten auch sie nicht mehr an die alleinige Verfügungsgewalt und/oder den Durchsetzungswillen des Ministeriums bzw. des Reichskommissars. Denn je länger der „Arisierungs“-Prozess anhielt – und nicht so recht vorankam – desto mehr musste auch der Beharrungswille der lokalen Machthaber mit ins Kalkül gezogen werden. Diese hatten zwar kurzzeitig die Initiative an die Reichsstellen verloren, sich in Sachen „Arisierungen“ und Terror gegen die jüdische Bevölkerung aber nicht gänzlich an den Rand drängen lassen, wie beispielsweise die Juni-Aktion in Berlin verdeutlichte.¹¹²² Auch in München wurde der Druck seitens nationalsozialistischer Stellen weiter aufrecht erhalten. Das Polizeipräsidium München ließ Ende September die jüdischen Bankhäuser in der Stadt wissen, dass ihnen laut Gesetz vom 6. Juli 1938¹¹²³ unter Strafandrohung ab 1. Januar 1939 diverse Tätigkeiten untersagt werden, insbesondere die Darlehensvergabe.¹¹²⁴ Dazu passt auch der Umstand, dass in München bereits im Sommer 1938 mit dem Abriss der Hauptsynagoge mit der vorgeschobenen Begründung, sie wäre ein „Verkehrshindernis“, begonnen worden war.¹¹²⁵

In den Tagen unmittelbar vor dem 7. November konnte beim Bankhaus H. Aufhäuser immerhin die Suche nach neuen Kommanditisten erfolgreich abgeschlossen werden. Dies war auch höchste Zeit, denn die WGPB hatte am 5. November die weniger als 100 noch existierenden jüdischen Privatbanken wissen lassen, dass sie ihre Bankgeschäfte bis zum Ende des Jahres einzustellen hätten. Eine Aufforderung ohne rechtliche Grundlage, die jedoch mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem Bankenkommissar abgesprochen war.¹¹²⁶ Es waren nun allerdings nicht mehr die Alt-Inhaber, sondern Seiler, der über seine Geschäftsbeziehungen

¹¹¹⁹ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 182ff. sowie die einleitenden Ausführungen des Kapitels.

¹¹²⁰ Siehe hierzu insbes. Herbst, Deutschland, S. 202f.

¹¹²¹ BWA, F 20/25, E. Kraemer an B. Beneke, 24.10.1938.

¹¹²² Vgl. Kreutzmüller, Ausverkauf, S. 156-162. Die Gestapo unterdrückte eine Berichterstattung ausländischer (Foto-)Journalisten von beschmierten und zerstörten jüdischen Geschäften massiv, vgl. ebd., S. 160. Dabei kam es auch erstmals zu Massenverhaftungen und brutalen Misshandlungen der ins KZ verschleppten Juden, vgl. ebd., S. 164f.

¹¹²³ RGBI 1938 (I), S. 823.

¹¹²⁴ StAM, GA, Hog. 7/12, Nr. 10, Polizeipräsidium München an Gewerbeamt München, 05.10.1938. Der im Schreiben genannte Stichtag 01.01.1938 ist ein Fehler, wie nicht zuletzt aus dem Gesetz ersichtlich (Art. II (1)).

¹¹²⁵ Vgl. beispielsweise Doris Seidel, Die jüdische Gemeinde Münchens 1933-1945, in: Baumann/ Heusler (Hg.), München, S. 31-53, hier S. 35ff.

¹¹²⁶ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 185.

zwei neue Anteilseigner gewinnen konnte. Zum einen war dies Ende Oktober Lilly (auch „Lilli“) Stromeyer, geborene Freiin von Michel-Raulino, die eine Kommanditbeteiligung von 500.000 RM übernahm. Die Familie von Michel-Raulino, deren Vermögensverwalter und Generalbevollmächtigter Seiler bekanntlich war, hatte wie oben beschrieben bereits maßgeblich an der Bereinigung der Obpacher-Angelegenheit mitgewirkt. Zum anderen hatte um den 7. November¹¹²⁷ Wilhelm („Willy“) Messerschmitt ebenfalls eine Beteiligung von 500.000 RM verbindlich zugesagt.¹¹²⁸ Auffallend ist die sehr enge Bindung der Familien von Michel-Raulino respektive Stromeyer zur in Augsburg ansässigen Bayerische Flugzeugwerke AG (BFW) bzw. Messerschmitt-Flugzeugbau AG.¹¹²⁹ Im Zuge der Reprivatisierung der BFW 1928 hatte die Familie von Michel-Raulino im Zusammenspiel mit dem Flugzeugkonstrukteur Messerschmitt, der technischer Geschäftsführer der BFW geworden war, Unternehmens-Anteile von 330.000 RM übernommen. Die Familie von Michel-Raulino hatte der notleidenden Firma 1930 mit weiteren 250.000 RM ausgeholfen.¹¹³⁰ Verbunden war diese Beteiligung mit dem Posten des Aufsichtsrats-Vorsitzenden für Otto Stromeyer, dem Ehemann von Lilly Stromeyer, einem Konstanzer Kunsthistoriker.¹¹³¹

Doch auch die wesentliche Teilhaberin Lilly Stromeyer galt als „langjährige Förderin des Werkes“ und wurde bei einer Bildmontage des Aufsichtsrats und Vorstands zum zehnjährigen Bestehen sogar an der Spitze abgebildet.¹¹³² Als Vermögensverwalter der Familie von Michel-Raulino war Seiler damit ebenfalls intensiv in die Geschehnisse des Flugzeug-Konzerns eingebunden, zumal er maßgeblich an der Sanierung der BFW Anfang der 1930er Jahre beteiligt war.¹¹³³ Der Bankier blieb in der Folge weiter eng mit dem Unternehmen verbunden, dessen Aufsichtsrat er seit 1933 angehörte.¹¹³⁴ Diese engen Beziehungen sprechen für die

¹¹²⁷ BWA, F 20/352, M. Aufhäuser an P. Knoke, 07.11.1938.

¹¹²⁸ Ebd., F 20/22, W. Messerschmitt an F. Seiler, 07.11.1938.

¹¹²⁹ Die 1926 gegründete BFW hatte 1927 mit der in Bamberg ansässigen Messerschmitt Flugzeugbau GmbH einen „Interessengemeinschaftsvertrag“ abgeschlossen. Die BFW konnte nach der Konkursanmeldung ab 1933 wieder den Betrieb aufnehmen. Die Messerschmitt-Flugzeugbau GmbH bestand über all die Jahre weiter. 1938, also wenige Wochen vor Messerschmitts Beteiligung an H. Aufhäuser, erfolgte die Umbenennung der BFW unter Verschmelzung mit der Messerschmitt-Flugzeugbau GmbH zur Messerschmitt AG, vgl. Hans J. Ebert/Johann B. Kaiser/Klaus Peters, Willy Messerschmitt – Pionier der Luftfahrt und des Leichtbaues. Eine Biographie. Bonn 1992, S. 52-62, 81f., 190; Lutz Budraß, Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918-1945. Düsseldorf 1998, S. 199f., 256ff., 309; BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 10.

¹¹³⁰ Vgl. Ebert u.a., Willy Messerschmitt, S. 61f., 81f.; Budraß, Flugzeugindustrie, S. 256ff., 309.

¹¹³¹ <http://www.lagis-hessen.de/pnd/118581376> [15.12.2013]. Es ist daher wahrscheinlich, dass Seiler schon seit Ende der 1920er Jahre die Fäden im Hintergrund der Messerschmitt-Firma mit in der Hand hielt.

¹¹³² Vgl. Ebert u.a., Willy Messerschmitt, S. 187. 1952 heirateten schließlich Lilly v. Michel-Raulino und Willy Messerschmitt, vgl. ebd.

¹¹³³ Vgl. Ebert u.a., Willy Messerschmitt, S. 394; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 99.

¹¹³⁴ Seiler war seit 1933 stellvertretender und seit 1942 Vorsitzender des Aufsichtsrats, vgl. Ebert u.a., Willy Messerschmitt, S. 174, 187. Wobei Seiler wohl ab 1943 direkt vom Reichsluftfahrtministerium zum Generalkommandeur des Messerschmitt-Konzerns berufen wurde, BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 31. Auch für Messerschmitt sollten Seilers Kontakte zu den Reichsministerien vom großen Vorteil sein, vgl.

These, dass die Gruppe um Seiler H. Aufhäuser in der Tat zur Hausbank der Messerschmitt AG machen wollten.¹¹³⁵ Dennoch darf nicht übersehen werden, dass die Gruppe Messerschmitt-Stromeyer nur eine Minderheit an der Bank halten sollte.

Die Hereinnahme von Messerschmitt verzögerte möglicherweise den „Arisierungs“-Prozess der Bank um die entscheidenden Tage, da der Gesellschaftsvertrag entsprechend angepasst werden musste. Denn eigentlich lag am 7. November bereits ein mit allen bisherigen Beteiligten inklusive dem Reichswirtschaftsministerium und Ernst abgestimmter Gesellschaftsvertrag vor.¹¹³⁶ Im Entwurf vom 2. November hatte Martin Aufhäuser die folgenden Kommanditisten handschriftlich eingetragen:

- Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg, 750.000 RM
- „Herzog L.W.“¹¹³⁷, 200.000 RM
- Vereinigte Bleicherdefabriken AG, 400.000 RM
- sowie Lilly Stromeyer, 500.000 RM

Das Kommanditkapital der neuen Anteilseigner betrug mithin 1,85 Mio. RM, dazu kamen stille Reserven von 500.000 RM, die in der Bank belassen wurden. Hinzu kam noch die Beteiligung Martin Aufhäusers. Diese betrug 750.000 RM, davon waren 250.000 eine Kapitaleinlage sowie 500.000 ein Gesellschafterdarlehen. Damit war Martin Aufhäuser mit den vom Reichswirtschaftsministerium genehmigten Anteil von knapp 25 Prozent weiterhin an der Bank beteiligt.¹¹³⁸ Die notwendigen Vollmachten zur Unterzeichnung des Vertrags lagen Seiler bzw. Langbehn vor.¹¹³⁹

Bevor die dramatischen Ereignisse nach der Reichspogromnacht geschildert werden, ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, wie der „Arisierungs“-Stand von H. Aufhäuser unmittelbar davor aussah. Die Inhaber des Bankhauses hatten ihre wesentlichen Ziele zur Übertragung

Ebert u.a., Willy Messerschmitt, S. 144, Budraß, Flugzeugindustrie, S. 482, 696, 763; Lorenzen, BMW, S. 181, Fn. 168 und passim.

¹¹³⁵ BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 10f.; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 102ff. Josef Bayer und der Otto Schniewind (phG ab 1939) verhinderten dies; dazu im Epilog Näheres.

¹¹³⁶ Seit dem 22.10.1938 hatten vier Entwürfe zur jeweiligen Abstimmung vorgelegen, wobei beim Entwurf vom 07.11. Knoke – über den der Abstimmungsprozess in der Hauptsache lief – im 19-seitigen Vertrag nur noch eine kleine Anmerkung hatte, BWA, F 20/352. Siehe auch die Korrespondenz in ebd., F 20/25. Siehe generell Köhler, „Arisierung“, S. 371; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 91.

¹¹³⁷ In einem Entwurf vom 22.10.1938 steht „Hg. L. W. in B.“, was höchst wahrscheinlich die Abkürzung für „Herzog Luitpold Wittelsbach in Bayern“ ist, das ist Herzog Luitpold Emanuel in Bayern, mit dem Martin Aufhäuser im engen Kontakt stand und 1927 eine Bürgschaft (in seinem Auftrag für Herzog Siegfried in Bayern) von 250.000 RM übernommen hatte, BWA, F 20/22, Vereinbarung zwischen Seiler & Co. und M. Aufhäuser, 30.12.1938.

¹¹³⁸ Ebd., F 20/352, Gesellschaftsvertragsentwurf vom 02.11.1938 (Abschrift, Version von M. Aufhäuser). Mit anderen Angaben Moser/Winkler, Wegmarken, S. 91.

¹¹³⁹ Siehe hierzu die Schriftstücke im Akt BWA, F 20/22 (Reiter „Verschiedene Duplikate“).

erreicht: Sie verfügten mit Seiler über einen „Ariseur“, den sie selbst ausgewählt hatten, die Reichsbehörden und lokalen Ämter waren über die Überleitung der Bank informiert; alle maßgeblichen Akteure billigten und unterstützten aktiv den avisierte „Arisierung“-Plan in der von den Alt-Inhabern vorgeschlagenen Form.¹¹⁴⁰ Das beinhaltete eine Beteiligung Martin Aufhäusers am Kommanditkapital von 25 Prozent, die Beibehaltung des Namens H. Aufhäuser sowie die Aufnahme des Aufhäuser-Vertrauten Josef Bayer als Komplementär. Die neuen Kommanditisten standen fest, der Gesellschaftsvertrag war ausformuliert und vom Reichskommissar Ernst gebilligt worden. Der Weg für eine geordnete Übertragung des Bankhauses war geebnet und die „Arisierung“ stand unmittelbar bevor.¹¹⁴¹ Jedoch veränderte die Reichspogromnacht vom 9. zum 10. November 1938 die Situation radikal.

Die Vorgänge um die Ermordung des Legationssekretärs Ernst vom Rath in der Deutschen Botschaft in Paris durch den polnischen Juden Herschel Grynszpan, dessen Familie unmittelbar vor der Tat aus Deutschland ausgewiesen worden war, sind hinreichend beschrieben.¹¹⁴² Im Zusammenhang mit der „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser sind zwei Umstände hervorzuheben: Zum einen wurde wiederum eine außenpolitische Situation, die die ausländischen Regierungen in die Defensive gedrängt hatte, für eine massive Ausweitung antisemitischer Maßnahmen genutzt. Zum anderen waren fortan nicht mehr nur das finanzielle Fundament der Bankinhaber gefährdet, sondern Leib und Leben. Letzteres wurde direkt in der Pogromnacht akut. Besonders dramatisch gestaltete sich zunächst die Lage für Kraemer.¹¹⁴³ Da Hitler verfügt hatte, dass der „Volkszorn“ nicht von der Partei organisiert werden durften, waren die örtlichen Organisationen die Hauptakteure, vor allem die lokalen SA-Einheiten. Als Besonderheit beteiligten sich in München auch führende Funktionäre der Hitlerjugend (HJ) an den Plünderungen, Erpressungen und Morden. Ein Hauptprotagonist war der HJ-Obergebietsführer Emil Klein.¹¹⁴⁴ Er war es auch, der mit seinem Trupp in der Nacht vom 9. zum 10. November bei Kraemer und seiner Frau Elisabeth klingelte. Was danach geschah ist nicht gänzlich geklärt. Übernahm die ältere Forschung die offizielle Darstellung eines

¹¹⁴⁰ Ebd., F 20/25, J. Bayer an B. Beneke, 17.09.1938; ebd., B. Beneke an J. Bayer, 20.09.1938.

¹¹⁴¹ Siehe auch Ebd., F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 73.

¹¹⁴² Siehe mit Bezug auf die Ereignisse in München, der zentralen Leitstelle, da Hitler und seine Entourage während der Eskalation in der Stadt weilten (Hitler-Putsch-Feierlichkeiten), insbes. Andreas Heusler/Tobias Weger, „Kristallnacht“. Gewalt gegen die Münchner Juden im November 1938. München 1998; Large, Hitlers München, S. 383-390. Als Überblick über Aktionen an anderen Orten siehe Friedländer, Dritte Reich, S. 291-323.

¹¹⁴³ Vgl. zum Folgenden Michael Buddrus, „Wir fahren zum Juden Geld holen!“. Hitlerjugend, Antisemitismus, Reichskristallnacht, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung, 18 (1999), S. 13-156; Armin Nolzen, The Nazi Party and its Violence Against the Jews, 1933-1939: Violence as a Historiographical Concept (Shoah Ressource Center) [2003], S. 21; Heusler/Weger, „Kristallnacht“, S. 95-111.

¹¹⁴⁴ Irene Struif: „Jugendführer“ Emil Klein - vom Parteimitglied der NSDAP zum Stabsleiter des Kultusministeriums, in: Krauss (Hg.), Rechte Karrieren, S. 133-151.

Selbstmordes des Ehepaares¹¹⁴⁵, legt die Ausarbeitung von Michael Buddrus, der die Gerichtsakten auswertete, nahe und es erscheint plausibler, dass sie ermordet wurden – wie über 100 weitere Juden an diesen Tagen.¹¹⁴⁶ Andere Leittragende des Pogroms waren Martin Aufhäuser und seine Frau Auguste. Denn nicht nur, dass erstmals auch das Bankgebäude direkt betroffen war, war nun auch die Aufhäuser-Villa in Bogenhausen Ziel der Angriffe. Die New York Times berichtete am 11. November über die Verwüstungen im Bankhaus H. Aufhäuser¹¹⁴⁷ und es sagt viel über die Wahrnehmung der Bank im Ausland aus, wenn die Zeitung anmerkte: „Aufhaeuser is one of Germany's most important banking concerns.“

Die Zeugenaussagen im Zuge der Entschädigungsverhandlungen geben einen guten Einblick in die Vorgänge in Folge der Reichspogromnacht. Sind solche Statements kritisch zu hinterfragen, sind sie dennoch eine wichtige und teilweise die einzige Quelle. Da mehrere Zeugenaussagen vorliegen, bei denen nicht vorderhand davon auszugehen ist, dass sie abgesprochen waren (dafür sind sie auch zu unterschiedlich), kann auch eine gewisse Plausibilitätsprüfung vorgenommen werden; es waren zudem eidesstattliche Versicherungen, ohne gleichwohl diesen Umstand überbewerten zu wollen. Es kommt an dieser Stelle auch nicht auf jedes Detail der Verfolgung an, sondern es geht um die Umstände, unter denen Martin Aufhäuser die Bank letztendlich verkaufen musste.

Anders als bei Kraemer, trat bei Martin Aufhäuser die Gestapo in Erscheinung. Dieser Umstand gab den Vorgängen einen offiziellen Anstrich und durch die „Judenverzeichnisse“ wusste die Gestapo, wo sie zuzuschlagen hatte. Es ist der Beginn des eigenständigen staatlichen Terrors gegen die Juden durch die Gestapo, die die Aktion als Ausgangspunkt nahm, um die Judenpolitik in ihrem Sinne zu steuern.¹¹⁴⁸ Martin Aufhäuser wurde in der Nacht vom 9. zum 10. November¹¹⁴⁹ festgenommen, wie zehntausende weitere Juden auch („Aktionshäftlinge“);

¹¹⁴⁵ Vgl. bspw. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 93; Heusler/Weger, „Kristallnacht“, S. 106 (die Kraemer teilweise mit einem anderen Kraemer verwechseln, siehe S. 111, Fn. 29), 142.

¹¹⁴⁶ Vgl. Friedländer, Dritte Reich, S. 295, 297f.; Hildebrand, Dritte Reich, S. 52.

¹¹⁴⁷ The New York Times, Jews are ordered to leave Munich, 11.11.1938. Die Zeitung zeigte sich gut informiert: [...] a Nazi commissar took control of the business which was already in the process of being „Aryanized“. Auch über den Tod von Kraemer wusste die Zeitung bereits zu berichten. Siehe ferner Moser/Winkler, Wegmarken, S. 92f.; Heusler/Weger, „Kristallnacht“, S. 52.

¹¹⁴⁸ Vgl. Carsten Dams/Michael Stolle, Die Gestapo. Herrschaft und Terror im Dritten Reich. München 2008, S. 119.

¹¹⁴⁹ KZ-Gedenkstätte Dachau, Mitteilung vom 04.09.2014. Demnach wurde Martin Aufhäuser am 10.11. als sogenannter „Schutzhäftling“ mit der Nummer 19434 eingeliefert und am 12.11. überführt (zur Gestapo). Siehe auch Thiede, Martin Aufhäuser, S. 98 Fn. 11. Mit anderen Angaben: BayHStA, Landesentschädigungsamt (LEA) 178 (A. Ortlieb), Eidesstattliche Versicherung Anna Vielberth [Bankbevollmächtigte 1921-1955]. Sie gab zu Protokoll, dass am Morgen des 9. November die Bankmitarbeiter über die Verhaftung von Martin Aufhäuser informiert wurden, er mithin in der Nacht vom 8. zum 9. November verhaftet worden war. Da in dieser Nacht zwar bereits erste Ausschreitungen stattfanden, jedoch keine größeren Verhaftungen (vgl. Friedländer, Dritte Reich, S. 293; Heusler/Weger, S. 122), liegt eine Datumsverwechslung nahe.

davon alleine in München um die 1.000.¹¹⁵⁰ Letztere wurden wie Martin Aufhäuser ins KZ Dachau verbracht, wo sie zunächst „Objekte besonderer Misshandlung“¹¹⁵¹ waren. Den Häftlingen wurden die Haare geschoren und sie wurden aufs Extremste gepeinigt – viele überlebten diese Qualen nicht. Martin Aufhäuser wurde durch seine Zeit im KZ Dachau schwer gezeichnet. Übereinstimmend wurde berichtet, dass er „aus dem Lager als körperlich und seelisch gebrochener Mann zurückkam.“¹¹⁵² Was er konkret erlebt hatte, berichtete er weder seiner Familie, noch Vertrauten. Der Gedanke, dass er nun ein „Zuchthäusler“ war, ließ ihn nicht wieder los und es scheint, als wäre das für ihn mit das Schlimmste gewesen. Wenige Jahre zuvor noch ein allgemein hoch geschätzter und respektierter Bankier, war er nun wie ein Schwerverbrecher behandelt und gedemütigt worden. Das war auch so von den Nationalsozialisten intendiert: Der bisherige bürgerliche Status sollte zerstört werden, ihr symbolisches und vor allem soziales Kapital sollte ihnen durch die Demütigungen und Stigmatisierung genommen werden; die Ausgrenzung sollte total sein, sie sollten aus dem Feld der Interaktion mit Nicht-Juden ausgeschlossen werden.¹¹⁵³ Eine Szene veranschaulicht, wie wertlos Martin Aufhäuser sich vorkam. Als die Köchin des Hauses, Anna Wöhr, Martin Aufhäuser nach seiner Entlassung die Hand gab, bemerkte er: „Anna, Sie geben einem Zuchthäusler noch die Hand?“¹¹⁵⁴. Doch nicht nur privat wurde der Bankier verfolgt, sondern auch das Bankhaus H. Aufhäuser wurde vom nationalsozialistischen Terror heimgesucht. Wobei beide Ereignisse natürlich nicht zu trennen, sondern vielmehr eng miteinander verzahnt waren: Die Inhaftierungen und der Terror sollten nicht zuletzt die „Arisierungen“ beschleunigen, indem die Firmeninhaber in eine Zwangslage gebracht wurden.¹¹⁵⁵

Bereits am Nachmittag des 10. November hatte Hitler Göring befohlen, die wirtschaftliche Lösung des Judenproblems zu Ende zu bringen und die Koordination zu übernehmen. Zwei Tage später gab Göring in einer Konferenz hochrangiger Beamter bekannt, von Hitler beauftragt worden zu sein, dass „die Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefasst werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist.“¹¹⁵⁶ Die entscheidenden Schritte sollten zentral zusammengefasst werden. Noch am selben Tag wurde die „Erste Verordnung zur

¹¹⁵⁰ Vgl. Heusler/Weger, „Kristallnacht“, S. 122. Eine weit verbreitete Angabe ist die Zahl von 26.000 Aktionshäftlingen, Heydrich berichtete von 20.000, Heusler/Weger selbst gehen von 30-60.000 aus. Hitlers Ziel waren 20-30.000, vgl. Friedländer, Dritte Reich, S. 294.

¹¹⁵¹ Wolfgang Benz, Mitglieder der Häftlingsgesellschaft auf Zeit: „Die Aktionsjuden 1938/9“, in: ders./Angelika Königseder (Hg.), Das Konzentrationslager Dachau. Geschichte und Wirkung nationalsozialistischer Repression. Berlin 2008, S. 207-218, hier S. 210. Dort auch eine Beschreibung des Lagerzustandes und der Misshandlungen, vgl. ferner Heusler/Weger, „Kristallnacht“, S. 122-136.

¹¹⁵² BayHStA, LEA 178 (A. Ortlieb), S. Stern an Bayerisches LEA, 27.09.1956 (Anlage) [Eidesstattliche Versicherungen von drei Personen]. Siehe auch ähnliche Berichte bei Benz, Mitglieder, insbes. S. 216.

¹¹⁵³ In Anlehnung an Benz, Mitglieder, S. 215.

¹¹⁵⁴ BayHStA, LEA 178 (A. Ortlieb), Eidesstattliche Versicherung Anna Wöhr [Köchin bei Aufhäusers 1935-39].

¹¹⁵⁵ Diese Methode wurde – bereits vor dem Novemberpogrom – auch bei der „Arisierung“ Arnhold/Bleichröder angewandt, vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 232f.

¹¹⁵⁶ Friedländer, Dritte Reich, 302f. (Zitat S. 303); zum Folgenden ebd.; RGBl, 1938 (I), S. 1580; Herbst, Deutschland, S. 208ff.

Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben“ verabschiedet, mit der den Juden praktisch jede wirtschaftliche Betätigung untersagt wurde. Hitler wollte damit eine zentrale Steuerung der „Arisierungen“ durch Göring, mithin der Reichsstellen erreichen. Am Zug waren aber dennoch erst einmal lokale Akteure.

Es gilt im Falle Aufhäuser zwischen zwei Ereignisse, die zwar verbunden waren, aber doch unterschiedliche Initiatoren hatten, zu differenzieren.¹¹⁵⁷ In der Reichspogromnacht vom 9. zum 10. November waren SS-Leute mit Lastwagen vorgefahren und mit Waschkörben in die Bank gestürmt und besetzten sie.¹¹⁵⁸ Sie hatten es auf die Akten der Inhaber abgesehen und es wurde das Gerücht verbreitet, die Bank wäre in Devisenschiebungen verwickelt; ein beliebtes wie meist haltloses Argument der Machthaber, um jüdische Banken in Misskredit zu bringen.¹¹⁵⁹ Der Vorgang zeigt wiederum, dass unterschiedliche Stellen – Siegfried Aufhäuser vermutete eine gezielte Indiskretion seitens der Münchener Devisenstelle, um die Bank zu „erledigen“¹¹⁶⁰ – sofort die Umstände in ihrem Sinne auszunutzen gedachten. Seiler, der von Bayer nach München zur Unterstützung gerufen worden war¹¹⁶¹, nahm diese Anschuldigen so ernst, dass er die Übernahme der Bank nach eigenen Angaben abbrechen wollte. Nach Gesprächen mit Bayer und Siegfried Aufhäuser, die ihm versicherten, dass die Anschuldigungen unhaltbar seien, konnte er zum Bleiben überredet werden.

Seiler wurde sodann selbst aktiv und erreichte, dass er mit dem Vorgesetzten der SS-Besatzer telefonisch in Kontakt treten konnte, der auch die Wiederherausgabe der Akten verfügte. Zudem durfte den Bankkunden mitgeteilt werden, dass die Anschuldigungen aufgeklärt wären. Die ganze Nacht durch bis morgens um sechs Uhr wurden die Unterlagen in der Bank geprüft und es stellte sich in der Tat heraus, dass es für Devisenschiebungen keinerlei Hinweise gab.¹¹⁶² Auch wenn nach dem Krieg behauptet wurde, dass durch diese Aktion erhebliche Mittelabzüge der Kunden stattgefunden hätten, scheint es vielmehr so gewesen zu sein, dass Kunden nur in sehr begrenztem Umfang Geld von der Bank abgehoben hatten.¹¹⁶³ Dass

¹¹⁵⁷ Eine etwas hiervon abweichende Darstellung bei Köhler, „Arisierung“, S. 385f.

¹¹⁵⁸ Zum Folgenden BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 6. Wobei Hitler die Order gegeben hatte, dass die SS sich aus Aktionen heraushalten sollte, vgl. Herbst, Deutschland, S. 208.

¹¹⁵⁹ Köhler, „Arisierung“, S. 232, 371.

¹¹⁶⁰ BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 6. Es handelte sich dabei um Regierungsrat Dirke (und nicht wie angegeben „Gierke“), siehe ebd., (Reiter „Arisierungsgenehmigung der Devisenstelle München“) und die sich bis April 1939 hinziehende Korrespondenz, bis schließlich die Devisenstelle den „Arisierungs“-Vertrag schriftlich genehmigte.

¹¹⁶¹ Siehe auch ebd., Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 73.

¹¹⁶² Siehe auch die ausführliche Devisenprüfung Ende 1938, die keinerlei Beanstandungen erbrachte, ebd., K1, XXI 16b, 19a. Akt, Fall 30, Bericht Devisenprüfers Max Reiß, 11.01.1939.

¹¹⁶³ Ebd. Dort ist eine Tagesnotierung der Einlagengelder des Hauptbuchhalters vom 31.10. bis zum 22.11. hinterlegt. Bei Kreditoren von rund 15 Mio. RM waren die Abhebungen sehr überschaubar und betrugen maximal 400 TRM an einem Tag, wobei es auch immer wieder zu Einzahlungen kam.

offensichtliche Ziel der SS, die Reputation der Bank zu schädigen, war damit nicht aufgegangen.

Dieser offene Terror durch die SS wurde anschließend durch Maßnahmen der DAF abgelöst: Am 10. November besetzten zwei Kommissare der Hauptfachabteilung Banken und Versicherungen H. Aufhäuser.¹¹⁶⁴ Die Einsetzung der Kommissare geschah „auf Anweisung der Gauleitung“ (Wagner) und hatten die Aufgabe, „den Geschäftsbetrieb nach den von oben gegebenen Richtlinien soweit wie möglich aufrecht zu erhalten“. Zieht man die Aktivitäten seitens der SS in der Nacht vom 9. zum 10. November in Betracht, war diese Besetzung einerseits womöglich tatsächlich als Schutzmaßnahme gedacht, um den Bankbetrieb wieder aufnehmen zu können und damit die nicht-jüdischen Angestellten zu schützen.¹¹⁶⁵ Am 11. November (ein Freitag) konnte die Bank dann auch ihre Bankschalter wieder öffnen. Andererseits war dies sicher keine Maßnahme, um das Vertrauen der Kundschaft wiederzuerlangen. Die Intention der Leitung des Gau München-Oberbayern war dann auch eine andere: Fakten zu schaffen, Reichsstellen zuvorzukommen und die „Arisierung“ der letzten jüdischen Banken durchzusetzen.¹¹⁶⁶

Allen Beteiligten wurde aufgrund dieser Aktionen unzweideutig vor Augen geführt, dass die „Arisierung“ nun sehr zügig abgeschlossen werden musste.¹¹⁶⁷ Die Machtstrukturen hatten sich dabei durch die Reichspogromnacht verschoben: Die örtliche SS – im Zusammenspiel mit der Gestapo und wohl der Münchener Devisenstelle¹¹⁶⁸ – hatte Druck ausgeübt, die DAF durch die Besetzung der Bank Tatsachen geschaffen. Auch auf Seiten des Bankhauses kam es zu Verschiebungen: Martin Aufhäuser war im KZ, Kraemer tot und Siegfried Aufhäuser blieb zwar aufgrund seines englischen Passes und seiner Tätigkeit als Schwedischer Generalkonsul verschont, hielt sich aber verständlicherweise im Hintergrund. Bayer und insbesondere Seiler führten nun die Verhandlungen alleine, notgedrungen ohne große Rücksprache mit den Alteigentümern. Um die „Arisierung“ nach der Reichspogromnacht voranzutreiben, musste Seiler zuerst „eine Verständigung mit der Deutschen Arbeitsfront herbeiführen, damit die

¹¹⁶⁴ Zum Folgenden ebd., F 20/22, Aktennotiz [wohl von J. Bayer] über die Besprechung mit Herrn Weiss (Leiter der Hauptfachabteilung Banken und Versicherungen der DAF), bestätigt durch Weiss, 11.11.1938; Seiler war ebenfalls bei dieser Besprechung anwesend. Das wiederholt eigenmächtige Vorgehen von Weiss wurde in der Partei nicht gern gesehen, BAB, NS 1/549, Besuchsvermerk (Sauptert, Schieder, Ender), 19.11.1938.

¹¹⁶⁵ Der Verfasser der Aktennotiz [wohl J. Bayer] schrieb ebenfalls von einer „von mir unbedingt dankbar anerkannten Maßnahme“, ebd. Dies scheint keine Beschwichtigungsfloskel gewesen zu sein, da sehr direkt gesprochen wurde und auch Missstände offen benannt wurden. Es ging der DAF nicht zuletzt um die 180 Arbeitsplätze, ebd., B. Beneke an J. Bayer, 10.11.1938. Siehe wegen der Arbeitsplätze auch Köhler, „Arisierung“, S. 371.

¹¹⁶⁶ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 371. Zum ähnlichen Vorgehen im Gau Franken (Streicher) siehe Axel Drecol, Der Fiskus als Verfolger. Die steuerliche Diskriminierung der Juden in Bayern 1933-1941/42. München 2009, S. 77-91.

¹¹⁶⁷ Siehe auch BWA, F 20/22, B. Beneke an J. Bayer, 10.11.1938.

¹¹⁶⁸ Siehe zur engen Verzahnung von Gestapo und Devisenstellen Drecol, Fiskus, S. 189-192.

weiteren Verhandlungen mit Herrn Präsident Christian Weber, den hiesigen amtlichen Stellen und den Berliner Stellen auf Grund dieser Einigung weitergeführt werden können.“¹¹⁶⁹ Man beachte die neue Reihenfolge: zuvorderst musste eine Einigung mit den örtlichen Stellen erzielt werden, dann erst beabsichtigte man, die Reichsbehörden einzuschalten. In Umkehrung der im Sommer intendierten Gesetzgebung, verkamen zumindest bei dieser Banken-„Arisierung“ das Reichswirtschaftsministerium und der Reichskommissar so zu einer reinen Akklamationsstelle. Göring erließ gemäß Hitlers Befehl der zentralen Lenkung zwar die Verordnung zur Vertreibung der Juden aus der Wirtschaft, doch die eher lokal-regional agierende DAF hatte ihre eigenen Vorstellungen, wie zumindest die „Arisierung“ von H. Aufhäuser vonstatten zu gehen hatte.¹¹⁷⁰

In Übereinstimmung mit der Gauleitung bestimmte die DAF, dass der Name H. Aufhäuser aufgegeben werden müsste, und empfahl den Bankverantwortlichen, „sich dieser Ansicht anzuschließen, da nach den Erfahrung[en] der Nacht vom 9. auf 10. November für die Hauptstadt der Bewegung jüdische Firmennamen, auch wenn sie arisiert seien, untragbar seien.“¹¹⁷¹ Als weiteres prangerte die DAF die Personalie Bayer an. Herbert Weiss, Gaufachabteilungsverwalter der DAF, empfand Bayer weder als Komplementär noch als Generalbevollmächtigten vertretbar. Das Problem: Bayer war mit einer – nach nationalsozialistischer Rassenlehre – Jüdin verheiratet, hatte das den entsprechenden Stellen bisher jedoch nicht mitgeteilt. Unter vier Augen konnte Seiler Weiss davon überzeugen, dass der Verbleib Bayers „eine lebenswichtige Frage darstelle“ und er – angeblich auch aufgrund des Wunsches der maßgeblichen Kommanditisten – „nicht zu entbehren sei.“¹¹⁷² Nach einem zusätzlichen Vieraugengespräch zwischen Weiss und Bayer wurde der folgende Kompromiss gefunden: Bayer sollte auch in der „arisierten“ Bank Generalbevollmächtigter bleiben. Sollten neue gesetzliche Regelungen einen Verbleib Bayers unmöglich machen, würde der Bank eine ausreichende Übergangszeit und Bayer eine Entschädigung zustehen. Ebenfalls noch am 10. November hatte Seiler ein Gespräch mit Weber und Eidenschink. Der Wirtschaftsbeauftragte der Stadt München schloss sich den oben skizzierten Anregungen „voll und ganz“ an, woraufhin Weiss die neue Firma – es fiel an dieser Stelle erstmals die Bezeichnung „Seiler & Co.“ – entsprechend den Vereinbarungen „in jeder Hinsicht“, auch gegenüber anderen amtlichen Stellen unterstützen wollte.¹¹⁷³

¹¹⁶⁹ BWA, F 20/22, Aktennotiz über die Besprechung mit Herrn Weiss, 11.11.1938.

¹¹⁷⁰ Dass Weber und sogar Eidenschink (als angeblicher Vertreter der IHK, wofür es keinerlei Hinweise gibt) neben der DAF der Familie Aufhäuser nun den Inhaberwechsel diktiert habe, wie es Köhler („Arisierung“, S.372) anführt, ist nicht stichhaltig. Weber hatte sich wie zuvor auch jetzt nicht in die Verhandlungen eingebracht, sondern nur befürwortet, was bereits ausgehandelt worden war. Für die zugeschriebene negative Haltung Eidenschinks gibt es keine Belege und erscheint auch nicht plausibel.

¹¹⁷¹ BWA, F 20/22, Aktennotiz über die Besprechung mit Herrn Weiss, 11.11.1938. So durfte beispielsweise M.M. Warburg & Co. den Namen nach der „Arisierung“ im Mai 1938 noch behalten und mussten ihn erst 1941 ändern, vgl. bspw. Köhler, „Arisierung“, S. 337.

¹¹⁷² BWA, F 20/22, Aktennotiz über die Besprechung mit Herrn Weiss, 11.11.1938.

¹¹⁷³ Ebd.

Als weiterer wichtiger Akteur im „Arisierungs“-Prozess schaltete sich nun auch wieder die Gestapo ein. Diese lehnte den ursprünglichen Vertrag ebenfalls ab und verlangte desgleichen diverse Änderungen.¹¹⁷⁴ Die von der Gestapo und der DAF angeführten Einwände führten dazu, dass der Gesellschaftsvertrag vom Anfang November in der bestehenden Form nicht mehr unterschrieben werden durfte, sondern in Teilen neu ausgehandelt werden musste. Die Verhandlungen gestalteten sich derart, dass Seilers Anwalt Langbehn¹¹⁷⁵ der Gestapo die neuen Vertragsklauseln überbrachte und diese sie annahm, oder eben ablehnte. Strittig waren zwei Punkte: Die Beteiligung Martin Aufhäusers sowie der Name H. Aufhäuser. Am 14. November lagen dann schließlich die neuen Verträge vor. In der Einleitung des Gesellschaftsvertrags¹¹⁷⁶ wurde festgehalten, dass die bisherigen Komplementäre Martin und Siegfried Aufhäuser sowie Emil Kraemer per „Arisierungs“-Vertrag vom 14. November – der nicht überliefert ist¹¹⁷⁷ – ausgeschieden wären. Gleiches galt für die Kommanditistin S. Bleichröder¹¹⁷⁸; das war auch bereits vor dem 9. November so vorgesehen gewesen. Neu war, dass der Name der Bank in „Kommanditgesellschaft Seiler & Co., München“ geändert werden musste. Alleiniger Komplementär wurde Friedrich W. Seiler. Das Kommanditkapital verteilte sich nun wie folgt:

- Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg, 750.000 RM
- Willy Messerschmitt, 500.000 RM
- Lilly Stromeyer, 500.000 RM
- Vereinigte Bleicherdefabriken AG, 400.000 RM

Das Kommanditkapital betrug folglich lediglich 2,15 Mio. RM. Seiler leistete keine Einlage. Dies war auch offenbar nie Gegenstand der Verhandlungen der Aufhäuser-Bankiers mit Seiler gewesen, zugleich war es von den Reichsstellen offenbar auch nicht erwünscht. Es wurde daher die Regelung getroffen, dass die Reichsbank die Einlage Seilers beim Bankhaus Carlo

¹¹⁷⁴ Ebd., F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 7.

¹¹⁷⁵ Ebd. Dort ist zwar von „Dr. Langwied (?)“ die Rede, es kann sich jedoch nur um Langbehn handeln; es sind in dem Schriftstück ohnehin etliche Namen mit Fragezeichen versehen und falsch angegeben.

¹¹⁷⁶ Ebd., F 20/352. Dort ist ein Originalvertrag enthalten. Er unterschied sich im Vergleich zum Entwurf vom 02.11. „nur“ beim Namen der Gesellschaft und den Kommanditisten.

¹¹⁷⁷ Dieser „Arisierungs“-Vertrag müsste gemäß Inhaltsverzeichnis im Akt BWA, F 20/352 vorliegen, was jedoch nicht der Fall ist. Dies ist umso erstaunlicher, da ansonsten von den anderen Schriftstücken mehrere Abschriften u.Ä. vorliegen, von diesem Vertrag nicht. Nur ein Durschlag der Aufhäuser-Bürgschaften und die Auseinandersetzungs-Bilanz sind überliefert; es ist nicht auszuschließen, dass diese Dokumente den „Vertrag“ bildeten.

¹¹⁷⁸ Per Telegramm hatte S. Bleichröder in Person von Kurt Arnhold am 14.11.1938 Siegfried Aufhäuser eine Vollmacht zur Beendigung des Kommanditverhältnisses erteilt, ebd., F 20/22, Telegramm vom 14.11.1938. Gebr. Arnhold und S. Bleichröder waren im Februar 1938 „arisiert“ worden. Die rechtlich weiterhin getrennten Bankhäuser traten später erst in die stille, seit Anfang 1939 in die offene Liquidation, die bis in die Gegenwart verzögert wurde, vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 233, 242.

Z. Thomsen als ausreichend ansah.¹¹⁷⁹ Man mag dies auch als Zeichen werten, dass dadurch bereits eine Rückabwicklung nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft angedacht war. Dafür sprechen würde auch die von Otto Schniewind, der im April 1939 als Komplementär bei Seiler & Co. eintrat, angeführte Treuhandschaft. Demnach war er nur Treuhänder für die Aufhäuser-Bankiers, mit der Maßgabe, dass sie wieder in die Bank hätten zurückkehren können.¹¹⁸⁰ Beides sind lediglich Indizien, denn weder für das eine, noch für das andere existieren Belege – aus naheliegenden Gründen, da solche Absprachen nicht erlaubt waren. Die vermeintliche Treuhandschaft wird im Epilog im Zusammenhang mit der Wiedergutmachung nochmals thematisiert werden.

Martin Aufhäuser war damit aus der Bank ausgeschieden; die Zusage des Reichswirtschaftsministeriums vom Sommer, dass er mit 25 Prozent beteiligt bleiben könnte, war durch die Intervention der Gestapo und DAF hinfällig geworden. Ein deutliches Indiz dafür, dass nun die örtlichen Stellen um die Gestapo sowie die reichsweite, aber gleichwohl mit lokalem Bezug agierende DAF die Entscheidungsgewalt besaßen. Neue Kapitalgeber konnten in der Kürze der Zeit verständlicherweise nicht gewonnen werden. Wobei, wie zuvor, auch unter den neu geschaffenen Umständen von externer Seite kein Einfluss auf die Zusammensetzung der neuen Anteilseigner genommen und kein Versuch unternommen wurde, überzeugte Nationalsozialisten in die Bank zu platzieren.¹¹⁸¹ Die Kapitaldecke war damit dünn, doch fürs Erste ausreichend. Zumal die Reichsbank Seiler & Co. weitestmöglich entgegenkam, indem sie das Kontingent der Bank für Privatkonten zwar vorläufig auf 2,5 Mio. RM festsetzte, aber es zuließ, dass dieser Rahmen vorübergehend „um einige 100.000 Reichsmark“ überschritten werden konnte¹¹⁸².

In aller Eile wurde für den 14. November eine Auseinandersetzungsbilanz mit Stand 31. Oktober 1938 erstellt, da nun nicht nur neue Kommanditisten hinzutraten und die Komplementäre ausgewechselt wurden, sondern – anders als ursprünglich beabsichtigt – eine vollständige Übertragung der Bank bevorstand.¹¹⁸³ Weil im „Arisierungs“-Vertrag vom 14. November aufgrund der kurzen Zeit offenbar nur allgemeine Regelungen getroffen worden waren, sah es Seiler als notwendig an, die Vereinbarungen zu präzisieren, was am 30.

¹¹⁷⁹ BWA, K1, XXI 16b, 19a. Akt, Fall 30, Besprechung 18.02.1939 bei der IHK München, 22.02.1939; ebd., Bericht Devisenprüfers Max Reiß, 11.01.1939.

¹¹⁸⁰ Siehe beispielsweise BWA, F 20/344, Protokoll Wiedergutmachungskammer LG München, 11.07.1951 (Abschrift).

¹¹⁸¹ Dies scheint ein genereller Befund für die Privatbanken zu sein, vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 333. Anders sah es bei den Großbanken aus, wo teilweise erheblicher Druck ausgeübt wurde, um überzeugte Nationalsozialisten in den Vorstand bzw. Aufsichtsrat zu platzieren, vgl. Kopper, Marktwirtschaft, S. 349-353.

¹¹⁸² BWA, F 20/22, Aktennotiz [von F. Seiler] über verschiedene Besprechungen mit Reichsbankdirektor Pirr, 14.12.1938.

¹¹⁸³ Ebd., F 20/352. Leicht abweichende Zahlen bei ebd., F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 4. Die Zahlen sind bereits bei der Darstellung des Bankgeschäfts erläutert worden, weshalb an dieser Stelle nicht nochmals darauf eingegangen werden muss.

Dezember 1938 geschah.¹¹⁸⁴ Dabei war wesentlich, dass bisher davon ausgegangen worden war, Martin Aufhäuser würde der Bank noch für längere Zeit zur Verfügung stehen und er könnte mit Friedrich Seiler die offenen Punkte wie den Verkauf der Obpacher-Beteiligung mehr oder weniger gemeinsam abwickeln. Da sich jedoch eine kurzfristig bevorstehende Auswanderung von Martin Aufhäuser herauskristallisierte, mussten die noch ungeklärten Positionen nun schriftlich fixiert werden. Siegfried Aufhäuser, der mit 120.000 RM an der Bank beteiligt gewesen war, war ausgezahlt worden, weshalb es zu einer reinen Vereinbarung zwischen Seiler & Co. und Martin Aufhäuser kam; auch die Bürgschaften mussten nur von ihm geleistet werden.¹¹⁸⁵

Wegen des Obpacher-Engagements der Bank war Seiler bereit, seinen Beitrag zu leisten, darüber hinausgehende Forderungen sollten zu Lasten des Alteigentümers gehen: Zum 31.12.1938 wurde Obpacher ein Forderungsnachlass von 350.000 RM gewährt. Sollten rückwirkend weitere Verluste auftreten, gingen diese vollständig zu Lasten von Martin Aufhäuser. Würden darüber hinaus dem ausscheidenden Vorstandsvorsitzenden Stens eine Abfindung oder Entschädigung zustehen, wofür die Bank geradezustehen hätte, müsste auch dies von Martin Aufhäuser getragen werden.¹¹⁸⁶ Seiler & Co. gewährte Obpacher ferner ein Darlehen von 300.000 RM, auf fünf Jahre unkündbar und zu sechs Prozent. Sollten von Martin Aufhäusers Bürgschaftskonto Beträge bis zu dieser Höhe frei werden, würden diese in ein Darlehen an Seiler & Co. umgewandelt, das mit dem Kredit an Obpacher gekoppelt wäre. Hinsichtlich des Bankengagements bei Meisenbach, Riffarth & Co. AG musste Martin Aufhäuser ebenfalls Bürgschaften bis zu 230.000 RM gewähren. Auch gegenüber der Ansprüche der Familie Wochinger haftete die Bank bis zu 69.000 RM, darüber hinaus gehende Zahlungen würden wiederum zu Lasten von Martin Aufhäuser gehen.

Einen weiteren Punkt bildete die Beteiligung an der N.V. Centrale Bank voor Spoorwegen, Amsterdam, bei der bekanntlich die ungarischen Bahnaktien verwaltet wurden. Die Bank wurde in der Eröffnungsbilanz von Seiler & Co., das ist die Schlussbilanz von H. Aufhäuser, zum angegebenen Buchwert übernommen. Bei Verkauf der Beteiligung würde Martin Aufhäuser je zur Hälfte bei Gewinn oder Verlust partizipieren.¹¹⁸⁷

¹¹⁸⁴ Zum Folgenden BWA, F 20/352, Vereinbarung zwischen Seiler & Co. und Martin Aufhäuser, 30.12.1938. Siehe ferner ebd., F 20/22, Seiler & Co. an Oberfinanzpräsidenten – Devisenstelle, 13.12.1938.

¹¹⁸⁵ Ebd., F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 40. Kraemer war bereits am 10.11.1938 durch Tod ausgeschieden. Die Auseinandersetzung wurde damit eine zwischen Irma Heilbronner (Tochter von Emil und Elisabeth Kraemer) und Martin Aufhäuser, ebd., F 20/22, Seiler & Co. an Oberfinanzpräsidenten – Devisenstelle, 13.12.1938. Dazu sollte es jedoch erst nach 1945 im Zuge der Wiedergutmachungsverhandlungen kommen. Siehe ferner ebd., Seiler & Co. an Oberfinanzpräsidenten – Devisenstelle, 12.12.1938.

¹¹⁸⁶ Am 24.01.1939 wurde das Bürgschaftskonto von Martin Aufhäuser wegen der Zahlung der Bank an Stens dann auch mit 70 TRM belastet, ebd., F 20/22, Mitteilung Seiler & Co. an M. Aufhäuser, 30.01.1939.

¹¹⁸⁷ Die Bank wurde 1942 abgestoßen; vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 102. Da aber das Vermögen von Martin Aufhäuser aufgrund seiner Auswanderung eingezogen und seine Konten aufgelöst worden waren,

Die größten Posten bestanden aus Haftungen, die Martin Aufhäuser für geleistete Bürgschaften und dubiose Forderungen leisten musste; an einer positiven Entwicklung dieser Kredite würde Martin Aufhäuser jedoch teilhaben. In einer separaten, angehängten Liste wurden 15 Posten mit dubiosen Forderungen und Ähnliches aufgelistet (zumeist Einzelpersonen), für die er haften musste. Eine Gesamtsumme, für die Martin Aufhäuser die Bürgschaft übernehmen musste, lässt sich aufgrund der unsicheren Höhe des Ausfalls bei Obpacher¹¹⁸⁸ lediglich annähernd ermitteln. Laut der Liste vom 14. November, die etwas von der vom 30. Dezember differierte, aber dafür eine relativ detaillierte Auflistung bietet, übernahm Martin Aufhäuser folgende Haftungen (in RM):

- Effektenbestand: 69.527,37
- Immobilienbesitz: 37.022,10
- Debitoren (13 Positionen): 482.045,33
- Zinsrückstände Debitoren (zwei Positionen): 198.378

Das ergab eine Summe von 786.972,80 RM. Da im Zusatzvertrag vom Dezember Haftungen für 200.000 RM hinzukamen, erhöhten sich die festen Bürgschaften Martin Aufhäusers auf knapp 1 Mio. RM.¹¹⁸⁹ Zusätzlich war die ursprünglich angedachte Beteiligung Martin Aufhäusers in ein Darlehen von 1 Mio. RM an Seiler & Co. mit einer Verzinsung von 6 Prozent umgewandelt worden. Dieses konnte mit bis zu 200.000 RM ebenfalls für Ausfälle in Regress genommen werden. Gleichwohl ist das Darlehen an sich positiv zu bewerten, denn damit blieb Martin Aufhäuser der Bank eng verbunden. Er war durch die sechsprozentige Verzinsung auch den anderen Kommanditisten gleichgestellt, die ebenfalls in dieser Höhe am Gewinn der Bank beteiligt wurden.¹¹⁹⁰

Diese Vereinbarungen waren ausgehandelt worden, während Martin Aufhäuser zuerst im KZ Dachau und seit dem 12. November im Wittelsbacher Palais der Gestapo inhaftiert war. Er dürfte damit von den „Aktionshäftlingen“ immerhin einer der ersten gewesen sein, der das KZ wieder verlassen konnte, da die „Aktion“ von Heydrich erst am 16. November für beendet erklärt wurde.¹¹⁹¹ Über die Umstände seiner frühzeitigen Verlegung existieren unterschiedliche Aussagen. Dass seine Entlassung primär mit dem Verkauf seiner Immobilien an die NSDAP

konnte er auch nicht mehr am Gewinn beteiligt werden. Dies war auch Bestandteil der Wiedergutmachungsverhandlung, BWA, F 20/43, J. Bayer an S. Aufhäuser, 01.02.1946 (Auszugsweise Abschrift).

¹¹⁸⁸ Bayer gab nach dem Krieg zu Protokoll, dass die Bereinigung des Obpacher-Engagements Martin Aufhäuser 400 TRM gekostet habe, BWA, F 20/344, Protokoll Wiedergutmachungskammer LG München, 11.07.1951 (Abschrift).

¹¹⁸⁹ Siehe auch ebd., F 20/22, Notiz über Martin Aufhäuser, o. Verfasser [wohl Rühl], 14.03.1939.

¹¹⁹⁰ Siehe beispielsweise ebd., F 20/347, Seiler & Co. an P. Knoke, 15.07.1944.

¹¹⁹¹ Benz, Mitglieder, S. 214.

zusammenhing¹¹⁹², erscheint sehr zweifelhaft und es gibt dafür keine weiteren Hinweise. Vielmehr dürfte sein Netzwerk ausschlaggebend gewesen sein. Ritter von Halt bzw. seine Frau beanspruchten nach dem Krieg für sich, dass eine Intervention bei Wolff, einem Mitarbeiter des Reichsführers-SS, Heinrich Himmler, zur frühzeitigen Entlassung Martin Aufhäusers geführt hätte. Dies wurde jedoch von dessen Sohn, Robert Aufhäuser, bestritten und er gab zu Protokoll, dass seine Schwester von der Familie von Halt vielmehr mit ihrer Bitte, sich für ihren Vater einzusetzen, abgewiesen worden war.¹¹⁹³ Möglich erscheint auch, dass sich Eidenschink für Martin Aufhäuser eingesetzt hatte, so wie er es offenbar ein paar Jahre später für Bayer getan hatte, als dieser im Nachgang des Hitler-Attentats 1944 verhaftet worden war. Wer nun an welcher Stelle interveniert hatte, kann damit nicht abschließend geklärt werden, aber dass sich jemand für seine Freisetzung bzw. Verlegung eingesetzt hatte, steht aufgrund des frühen Zeitpunkts außer Frage.

Auf Basis der beschriebenen Ergebnisse fand am 14. November die letzte Überleitungsbesprechung in den Räumen des Bankhauses in der Löwengrube statt.¹¹⁹⁴ Bei der folgenden Darstellung muss mangels anderer Quellen auf Aussagen von Beteiligten nach dem Krieg zurückgegriffen werden, die in den wesentlichen Punkten jedoch stringent sind. Vom Wittelsbacher Palais von SS-Männern vorgeführt, war nun auch Martin Aufhäuser das erste Mal wieder zugegen. Anwesend waren zudem Siegfried Aufhäuser, Seiler, Bayer, Langbehn, Schramm (Anwalt der Aufhäusers), Michael Meister (Anwalt der Bank) sowie zwei Vertreter der Vereinigten Bleicherdefabriken. Die SS war während der Gespräche stets präsent und bildete eine nicht unerhebliche Drohkulisse. Als Martin Aufhäuser sich nach seiner Frau erkundigen wollte, zischte ein SS-Mann mit den Worten dazwischen: „Kein privates Wort, sonst müsste geschossen werden.“ Der ehemalige Bankinhaber war einem Teilnehmer zufolge derart von der Haft mitgenommen, dass er „den Inhalt der Verträge nicht in sich aufnehmen konnte.“ Man hätte daher die Verhandlungen extra hinausgezögert, um ihm wenigstens etwas Haftentlastung zu gewähren.

Nachdem die Verträge gegen 18 Uhr unterschrieben waren, fuhr der Bank-Anwalt zu Weber, um durch eine Mitunterschrift auf einem Exemplar dessen Genehmigung einzuholen und die Zeitungsannonce über die Umfirmierung genehmigen zu lassen. Um 20 Uhr genehmigte Ernst den Vertrag; darauf hatte selbst die Gestapo wertgelegt. Eine Stunde später wurde diese

¹¹⁹² So die Aussage nach dem Krieg eines Mithäftlings, der jedoch alleine dadurch an Glaubwürdigkeit einbüßt, dass er berichtete, Martin Aufhäuser sei nach rund zehn Tagen entlassen worden, vgl. Benz, Mitglieder, S. 216.

¹¹⁹³ Vgl. Heimerzheim, Karl Ritter von Halt, S. 134f. Wobei sich beide Aussagen nicht zwangsläufig widersprechen müssen. Es handelte sich wahrscheinlich um Karl Wolff, SS-Obergruppenführer, der eng mit Himmler zusammenarbeitete (worauf im Epilog noch zurückzukommen sein wird), vgl. Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. München/Zürich ⁴1985, S. 367.

¹¹⁹⁴ Siehe zum Folgenden BayHStA, LEA 178 (A. Ortlieb), M. Meister an Wiedergutmachungskammer beim Landgericht München I, 21.07.1951. Folgende Zitate ebd.

Genehmigung vom Reichskommissar laut Aussage von Seiler allerdings widerrufen, da er sich wiederholt abfällig über die SS geäußert hätte. Daraufhin reiste Langbehn zu Verhandlungen nach Berlin und konnte erreichen, dass die Sperre wieder aufgehoben wurde.¹¹⁹⁵ Am 15. November genehmigte Ernst schließlich die „Arisierung“ von H. Aufhäuser. Er verband seine Genehmigung jedoch mit zwei Auflagen: Das Darlehen Martin Aufhäusers musste auf Anforderung des Reichskommissars gegebenenfalls vor Vertragsfrist zurückgezahlt werden. Zudem müsste die Generalvollmacht von Bayer gelöscht werden.¹¹⁹⁶ Man hat den Eindruck, dass bei diesen Auflagen die örtlichen Stellen wie insbesondere die Devisenstelle intensiv mitgewirkt hatten, denn die angeführten Punkte waren bereits von diesen zuvor thematisiert worden und wurden in der Folgezeit von diesen weiterbehandelt.¹¹⁹⁷

Die „Arisierung“ des Bankhauses H. Aufhäuser war damit abgeschlossen: Martin und Siegfried Aufhäuser mussten die Bank ihrer Vorfahren verkaufen, Kraemer war durch den nationalsozialistischen Terror ums Leben gekommen. Wann der Senior-Chef endgültig aus der Haft entlassen wurde, muss an dieser Stelle ungeklärt bleiben, sollte aber kurz nach der „Arisierung“ gewesen sein. Martin Aufhäuser blieb durch sein Darlehen zumindest auf eine gewisse Weise weiterhin an der Bank beteiligt – wie der Bescheid vom Reichskommissar Ernst aber bereits andeutete, musste das nicht von Dauer sein. Es wurde schließlich auf Druck des Reichswirtschaftsministeriums im November 1939 ausbezahlt, da die Reichsstelle jeglichen jüdischen Einfluss unterbinden wollte.¹¹⁹⁸ Damit war auch die letzte Bindung der Altinhaber zu ihrer Bank gelöst.

Auch wenn keine direkten Dokumente zum Auseinandersetzungsguthaben von Martin Aufhäuser vorliegen, kann es einigermaßen rekonstruiert werden. Bis zur „Arisierung“ hatte sein Kapitalkonto 2,28 Mio. RM betragen. Seine Einlage war restlos ausbezahlt und eine Million davon in das genannte Darlehen umgewandelt worden.

¹¹⁹⁵ BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 7.

¹¹⁹⁶ Ebd., F 20/22, Reichskommissar für das Kreditwesen (Ernst) an H. Aufhäuser, 15.11.1938 (Durch Eilboten! Abschrift).

¹¹⁹⁷ Siehe die diversen Schriftstücke im Akt BWA, F 20/22 (Reiter „Arisierungsgenehmigung der Devisenstelle München“).

¹¹⁹⁸ Ebd., K1, XXI 16b, 19a. Akt, Fall 30, IHK München an Chr. Weber, 13.11.1939 (Abschrift).

Von seinem Konto bei Seiler & Co. waren laut eine Auflistung vom März 1939 die folgenden Abgänge zu verzeichnen gewesen (in RM):

- Reichsfluchtsteuer¹¹⁹⁹ und Sühneabgabe¹²⁰⁰: 213.353,09
- Abgabe an israelitische Kultusgemeinde: 100.000,00
- Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank für das Umzugsgut¹²⁰¹: 50.000

Zu beachten gilt dabei, dass diese Auflistung für die IHK München bestimmt war und das Guthaben Martin Aufhäusers möglichst gering erscheinen musste, um dem Vorwurf der Kammer zu widerlegen, dass mit dem Geld des früheren Inhabers „weiter gearbeitet“ würde.¹²⁰² Dies war gleichwohl technisch kaum möglich, da das Guthaben zu Gunsten des Finanzamts seit dem 14.11.1938 gesperrt war („Sperrkonto“) und nur mit dessen Genehmigung bewegt werden durfte, was sehr restriktiv gehandhabt wurde.¹²⁰³

Hinzu kamen gemäß einer Auflistung im Zuge der Wiedergutmachungs-Verhandlungen weitere Kosten in Folge der „Arisierung“, die alle über das entsprechende Konto abgerechnet worden waren (in RM)¹²⁰⁴:

- Übernahme des Verlustvortrags 1937: 166.832,53
- Übernahme des Geschäftsverlustes 1938: 2.445,06
- Bildung eines Sozialfonds (für Mitarbeiter): 50.000¹²⁰⁵
- „Arisierungs“-Kosten bis 31.10.: 213.265,75

In der letzten Position waren vor allem Anwaltskosten von 100.000 RM und Abgaben an die DAF von 80.000 RM¹²⁰⁶ enthalten. Insgesamt lagen die Abgänge bei rund 850.000 RM.¹²⁰⁷

¹¹⁹⁹ Siehe hierzu Drecoll, Fiskus, S. 126-136, 146-158. Die Reichsfluchtsteuer brachte dem Staat insgesamt wohl knapp 1 Mrd. RM ein, vgl. Martin Friedenberger, Die Rolle der Finanzverwaltung bei der Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung der deutschen Juden, in: ders. u.a. (Hg.), Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus. Bremen 2002, S. 10-94, hier S. 30 (Dok. 3).

¹²⁰⁰ Die jüdischen Unternehmer sollten die Kosten für die Wiederherstellung der Geschäfte nach der Pogromnacht selbst tragen (die sogenannte Sühneabgabe von 1 Mrd. RM, im Endeffekt wurden es 1,127 Mrd. RM (Friedenberger, Rolle, S. 21)); die Versicherungszahlungen wurden konfisziert. Dies lag nicht zuletzt daran, dass das Glas aus Belgien stammte und damit Devisen von ca. 3 Mio. USD (Herbst spricht von RM) fällig gewesen wären. Göring kommentierte das gegenüber Heydrich mit den viel zitierten Worten: „Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet“. Insgesamt beliefen sich alle jüdischen Zahlungen an die Reichskasse auf über 2 Mrd. RM, vgl. Friedländer, Dritte Reich, S. 303; Herbst, Deutschland, S. 209f.; Aly, Volksstaat, S. 60-63.

¹²⁰¹ Die Auswanderer mussten für ihre Wertsachen, die sie mitnehmen durften, eine Abgabe an die Golddiskontbank leisten, siehe dazu Drecoll, Fiskus, S. 205ff.

¹²⁰² BWA, F 20/22, Seiler & Co. an IHK München (Fischer), 17.03.1939 (Abschrift).

¹²⁰³ Ebd., F 20/344, Protokoll Wiedergutmachungskammer LG München, 11.07.1951 (Abschrift). Ein Teil seines Guthabens war bereits am 27.10.1938 gesperrt worden, ebd.

¹²⁰⁴ Ebd., F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 40f.

¹²⁰⁵ Die letzten zehn jüdischen Mitarbeiter mussten nach der „Arisierung“ die Bank verlassen.

Damit war von seinem Erlös, den er für den Verkauf seiner Bank erhalten hatte, ein erheblicher Teil durch diverse Abgaben bereits kurz nach der „Arisierung“ aufgezehrt worden; ein weiterer Teil war bekanntlich in ein Darlehen umgewandelt worden und er musste umfangreiche Bürgschaften leisten. Um diese angeführten „Arisierungs“-Kosten zu decken war Martin Aufhäuser daher gezwungen, private Reserven in Form von Wertpapieren im beträchtlichen Ausmaß aufzulösen.¹²⁰⁸ Es hat infolgedessen durchaus seine Berechtigung, wenn behauptet wird, er habe Deutschland „[n]ahezu mittellos“¹²⁰⁹ verlassen. Die angeführten Abgaben bestanden einerseits aus staatlichen sanktionierten, aber auch aus willkürlichen, von lokalen und parteipolitischen Stellen eingezogenen Beiträgen. Alleine anhand dieses kleinen Beispiels wird bereits aufgezeigt, dass es nicht gelang, das jüdische Vermögen aus der „Arisierung“ alleine dem Staatshaushalt zuzuführen; was wiederum gegen Alys These der „Wohlfühldiktatur“ spricht.¹²¹⁰

Welche Schuld trugen die „Arisere“ daran bzw. wie ist diese „Arisierung“ insgesamt zu bewerten? Ist das doch eine von der Wissenschaft wiederholt aufgeworfene Frage.¹²¹¹ Fakt ist, dass die Familie Aufhäuser vor 1933 nicht geplant hatte, ihre Bank zu verkaufen und dies unter anderen Umständen auch nicht getan hätte. Martin Aufhäusers Sohn Walter war bereits für die Nachfolge aufgebaut worden, sein Bruder Robert wäre ihm sicherlich gefolgt. Dessen muss man sich stets gewahr sein, um jedoch einen heuristischen Wert zu erlangen, muss die „Arisierung“ nach den bestehenden Umständen beurteilt werden. Als persönlich haftender Gesellschafter war mit Seiler jemand eingetreten, der von den Aufhäuser-Bankiers ausgewählt worden war. Auch die Kommanditisten waren von den Alteigentümern ausgesucht worden bzw. entsprachen ihren Vorstellungen. Man kann Seiler und den neuen Eigentümern zudem keine bösen Absichten oder eine besondere Vorteilsnahme unterstellen. Seiler hatte als Bankier bei Carlo Z. Thomsen bereits eine gesicherte und herausgehobene Stellung inne; die Geschäftsführertätigkeit bei H. Aufhäuser/Seiler & Co. erweiterte zwar seine Möglichkeiten,

¹²⁰⁶ Die 80 TRM wurden an Herbert Weiss (Gaufachabteilungsverwalter DAF) gezahlt, der es wie folgt aufteilte: 30 TRM an Gauleiter, Staatsminister Adolf Wagner, München, 28 TRM an Gauleiter DAF, Gauobmann Wilhelm Wettschureck, München, 20 TRM an den stellv. Gauleiter Otto Nippold, München, 2 TRM an die DAF, Gaufachabteilung Banken und Versicherungen, München, BWA, K1, XXI 16b, 19a. Akt, Fall 30, Bericht Devisenprüfers Max Reiß, 11.01.1939; BayHStA, LEA 178 (A. Ortlieb), S. Stern an Bayerisches LEA, 19.11.1963. Obwohl die oben angeführte Devisenprüfung nichts Auffälliges gefunden hatte, wurde M. Aufhäuser vor der Abreise noch eine Strafe wegen angeblicher Devisenvergehen von über 300 TRM aufgebürdet, die mit 5.000 Pfund beglichen wurde, ebd.

¹²⁰⁷ Es ist nicht auszuschließen, dass in dem Posten „Arisierungs“-Kosten bereits weiter oben genannte Abgänge enthalten waren, siehe in diesem Zusammenhang BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 41.

¹²⁰⁸ Siehe den Verkauf von seinen Wertpapieren und die seiner Frau, u.a. BayHStA, LEA 178 (A. Ortlieb), S. Stern an Bayerisches LEA, 20.05.1957.

¹²⁰⁹ Moser/Winkler, Wegmarken, S. 96.

¹²¹⁰ Vgl. insbes. Kopper, Hauptprofiteure, S. 298f.; Dieter Ziegler, Erosion der Kaufmannsmoral. „Arisierung“, Raub und Expansion, in: Frei/Schanetzky (Hg.), Unternehmen, S. 156-168, hier S. 164f.

¹²¹¹ Stellvertretend Köhler, „Arisierung“, S. 373.

aber er war davon nicht abhängig. Auch die vier neuen Kommanditisten waren finanziell nicht auf ihre Beteiligung an H. Aufhäuser/Seiler & Co. angewiesen.

Folgende Motive scheinen vielmehr handlungsleitend gewesen zu sein. Der Vereinigten Bleicherde ging es bei ihrer Beteiligung wohl darum, bewährte Geschäftsbeziehungen auch unter den neuen Umständen und damit die Bank an sich zu erhalten.¹²¹² Bei den zwei Kommanditisten, die Seiler in die Bank geholt hatte, Stromeyer und Messerschmitt, dürfte es hauptsächlich ebenfalls darum gegangen sein, die Geschäftsbeziehungen aufrechtzuerhalten bzw. zu intensivieren, in diesem Fall zum Hamburger Bankier. Insbesondere bei der Fürstlichen Vermögensverwaltung Braunschweig und Lüneburg dürfte darüber hinaus das finanzielle Motiv ein wesentlicher Gesichtspunkt gewesen zu sein, sich an der Bank zu beteiligen. In Zeiten niedriger Zinsen und beschränkter Anlagemöglichkeiten war ein Engagement beim Münchener Bankhaus mit einer festen Verzinsung des eingesetzten Kapitals von sechs Prozent lukrativ. Wo andere Angefragte möglicherweise mehr Skrupel hatten, besaß die Fürstliche Vermögensverwaltung wenige Berührungängste.¹²¹³ Gleichwohl muss berücksichtigt werden, dass sowohl bei der Bruckmühl-Transaktion wie beim Aufhäuser-Engagement die Fürstliche Vermögensverwaltung angefragt worden war und in beiden Fällen die jüdischen Bankiers händeringend einen Geschäftspartner gesucht hatten. Und es darf insgesamt ein wichtiger Aspekt nicht außer Acht gelassen werden: Seiler und die neuen Kommanditisten hatten ihre Zusagen getätigt, als Martin Aufhäuser noch der größte einzelne Anteilseigner bleiben sollte, und dies auch vom Reichswirtschaftsministerium zugesichert worden war. Hoch anzurechnen ist Seiler und den neuen Kommanditisten schließlich, dass sie sich nicht an der „gesellschaftlichen Barbarisierung“ beteiligten. Denn sie nutzten nach der Reichspogromnacht nicht die Notsituation der Aufhäuser-Bankiers und ihre wesentliche bessere Verhandlungsposition gegenüber ihren jüdischen Geschäftspartnern aus, wie es beispielsweise bereits zuvor bei der Dresdner Bank und der „Arisierung“ von Gebr. Arnhold zu beobachten war.¹²¹⁴

Die Wissenschaft hat drei Verhaltensmuster bei Käufern von jüdischen Unternehmen identifiziert: den „gutwilligen Erwerber“, den „skrupellosen Erwerber“ und den „kühl kalkulierenden ausnutzenden Erwerber“.¹²¹⁵ Profitierten Seiler und die neuen Kommanditisten von den Zeitumständen und waren damit auch „stille Teilhaber“¹²¹⁶ der wirtschaftlichen

¹²¹² Siehe in diesem Zusammenhang auch Köhler, „Arisierung“, S. 384f.

¹²¹³ Siehe auch Die Story im Ersten: Adel ohne Skrupel, ARD, 18.08.2014.

¹²¹⁴ Neil Gregor, Wissenschaft, Politik, Hegemonie. Zum Boom der NS-Unternehmensgeschichte, in: Frei/Schanetzky (Hg.), Unternehmen, S. 79-93, hier S. 89 (Zitat). Dies ist ja auch der Grundtenor bei Aly, Volksstaat.

¹²¹⁵ Zusammenfassend Ziegler, Erosion, S. 162f.

¹²¹⁶ Vgl. Avraham Barkai, Die „stillen Teilhaber“ des NS-Regimes, in: Lothar Gall/Manfred Pohl (Hg.), Unternehmen im Nationalsozialismus. München 1998, S. 117-120.

Verfolgung der jüdischen Unternehmer, fällt es dennoch schwer, sie zu der dazugehörigen Kategorie der „ausnutzenden Erwerber“ zu zählen. Denn sie nutzten gerade nicht die Notsituation nach der Reichspogromnacht aus und das Darlehen Martin Aufhäusers kann man als mögliche Extrazahlung ansehen. Auch eine von Anfang an angedachte Rückabwicklung schien wie oben dargelegt nicht ausgeschlossen. Man ist daher am ehesten geneigt, Seiler und die neuen Anteilseigner in die Kategorie der „gutwilligen Erwerber“ einzuordnen, wenngleich in solchen Fällen eine objektive Bewertung schwer festzulegen ist.

Die Bürgschaften, die Martin Aufhäuser übernehmen musste, waren zwar umfangreich und in der Summe beträchtlich. Jedoch muss bedacht werden, dass sich die Bank nach knapp sechs Jahren erschwerten Wirtschaftens in einem relativ schlechten Zustand befand. Nicht nur, dass das wichtige Auslandsgeschäft zunehmend eingebrochen war, sondern auch die Relation von Kreditoren und Debitoren befand sich in einem Missverhältnis: Sollten bei einer Bank die Schuldner die Geldgeber überragen, war bei H. Aufhäuser dieses Verhältnis seit 1936 gekippt und die Kreditoren übertrafen die Debitoren 1938 um mehr als 50 Prozent.¹²¹⁷ Dies war ein Zeichen für geringe geschäftliche Aktivitäten. Eine offene und auch nach dem Krieg kontrovers diskutierte Frage war ferner, inwieweit die Bankinhaber 1938 alleine aus finanzieller Sicht gezwungen waren, neue Anteilseigner aufzunehmen.¹²¹⁸ Diese Frage lässt sich im Nachhinein jedoch kaum beantworten und muss auch an dieser Stelle offen bleiben. Nachdem die Kapitaldecke aber unbestreitbar dünn war, musste Seiler & Co. weitere Risiken minimieren, um die Bank zu gesunden. Daher erscheinen die Bürgschaften aus betriebswirtschaftlicher Sicht angebracht und sinnvoll. Martin Aufhäuser partizipierte darüber hinaus an einer positiven Entwicklung der dubiosen Forderungen. Und ein Faktor darf generell bei diesen Fragen nicht übersehen werden: Die jüdischen Konten waren von der Devisenstelle gesperrt und für die Kontoinhaber bis auf geringe Beträge nicht zugänglich. So dramatisch der Umstand für Martin Aufhäuser unbestreitbar war, so erfüllte sein Vermögen wenigstens noch einen betriebswirtschaftlichen Zweck zum Erhalt der Bank, bevor es dann letztendlich von der Devisenstelle im Zuge seiner Auswanderung eingezogen wurde. Schon zuvor war sein Vermögen wie auch das anderer jüdischer Bürger durch spezielle, nur sie betreffenden

¹²¹⁷ Vgl. BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 4; ebd., F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 75. Schniewind gab nach 1945 zu Protokoll, die Kreditoren hätten bei 12 Mio. RM und die Debitoren noch bei 10 Mio. RM gelegen (zudem wäre es zu Mittelabflüssen von 2,5 Mio. RM gekommen), ebd., S. 36. Es ist zwar nicht ersichtlich, auf welchen Zeitraum Schniewind das bezog, aber auch diese Zahlen spiegeln das ungünstige Verhältnis wider.

¹²¹⁸ Nach Bayers Ausführungen „war doch ganz klar, dass nur die Söhne [Walter und Robert] und der Schwiegersohn [Leo Engel] des Geheimrats [Martin Aufhäuser] für die leitende Stellen in der Bank in Aussicht genommen waren“. Nach seinen Angaben bestand auch keine finanzielle Notwendigkeit, die Bank zu verkaufen (trotz Obpacher-Belastung), da Martin Aufhäuser ein Reinvermögen von 1,8 Mio. RM sowie Grundbesitz und eine bedeutende Kunstsammlung besessen hätte, BWA, F 20/344, Protokoll Wiedergutmachungskammer LG München, 11.07.1951 (Abschrift). In eine andere Richtung gehen die Ausführungen des Sachverständigen Ludwig Kastl nach dem Krieg, ebd., F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 53f. sowie ebd., F 20/598 (Hoppenstedt-Recherche), S. 52.

Abgaben und Steuern im erheblichen Umfang gemindert sowie in Folge der Reichspogromnacht durch schlichten Raub oder Erpressung weggenommen worden.

Wiederholter Streitpunkt bei den Wiedergutmachungsverhandlungen¹²¹⁹ und der wissenschaftlichen Beurteilung von „Arisierungen“ ist die Frage nach der Vergütung des Goodwills¹²²⁰ der Firma, also den schwer messbaren, über den Substanzwert hinausgehenden Unternehmensmehrwert. Eine direkte Vergütung des Goodwills war nicht praktikabel, da nicht genehmigungsfähig.¹²²¹ Doch wie hoch wäre der Goodwill von H. Aufhäuser Ende 1938 zu bewerten gewesen? Bei einer Bank besteht der Unternehmensmehrwert vor allem aus der Reputation, die eng mit dem Firmennamen verbunden ist, und dem Kundenstamm. Der Wert des Letzteren war bei H. Aufhäuser 1938 begrenzt, da die Bank viele jüdische Kunden besaß und sich aufgrund der nationalsozialistischen Boykottmaßnahmen gegen jüdische Unternehmen offenbar auch viele nicht-jüdische Kunden aus der Bank zurückgezogen hatten.¹²²² Gleichwohl bestanden vielversprechende Geschäftsbeziehungen zu (Fürstlichen) Vermögensverwaltungen und Firmen fort. Zudem musste der alte, gemeinhin bekannte Name der Bank aufgegeben werden. Sicher war den meisten Wirtschaftssubjekten bewusst, dass Seiler & Co. der neue Name der Aufhäuser-Bank war, aber präsent war er eben nicht mehr. Die Zukunft der Bank – und damit die Grundlage des Goodwills – war nicht abzusehen und als jüdisches Unternehmen war ein Fortbestand überhaupt nicht möglich.

Für die damals herrschenden Umstände ist mithin ein Goodwill sehr schwer zu berechnen und eher niedrig anzusetzen. Unter anderen, „normalen“ Gegebenheiten wäre der Goodwill als unbedingt notwendig und hoch zu bewerten gewesen. Folglich ist es eine Frage, welche Maßstäbe man ansetzt und für jeden Gesichtspunkt gibt es gute Gründe. Unter den gegebenen Verhältnissen von 1933 bis 1938 ist die Beurteilung des Goodwills letztendlich eine ethisch-moralische Frage – doch wie diese in Vermögenswerten taxieren? Selbst die Frage, ob Seiler einen Goodwill bezahlt hat, oder nicht, lässt sich nicht beantworten, da dies wie erwähnt nur indirekt geschehen konnte. Als einen Goodwill kann man das Darlehen Martin Aufhäusers ansehen, mit dem er weiterhin mit der Bank verbunden blieb und er eine sechsprozentige Verzinsung dafür bekam, die ihm auch (auf sein Sperrkonto) gutgeschrieben wurde.¹²²³ Doch war es wirklich als Goodwill intendiert? Zudem stand stets im Raum, dass nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft die Alteigentümer wieder in die Bank eintreten bzw. ganz zurückerhalten würden; es sich mithin um eine provisorische Geschäftsübertragung handelte.

¹²¹⁹ Ebd., S. 75.

¹²²⁰ Siehe zur Definition Gabler Wirtschaftslexikon. Wiesbaden ¹⁶2004, S 1072f.

¹²²¹ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 335.

¹²²² BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 75; BayHStA, LEA 181 (Siegfried Aufhäuser), Wilhelm Motzet (Anwalt S. Aufhäusers) an Bayerisches LEA, 21.01.1958.

¹²²³ So bspw. 22.666,66 RM für das erste Quartal 1939, BWA, F 20/22, Beleg Zahlungseingang, 06.04.1939.

Dafür spricht auch, dass Seiler weiterhin an Carlo Z. Thomsen beteiligt blieb, er keine Einlage geleistet hatte und sich nur leidlich für die laufenden Geschäfte interessierte.¹²²⁴

Seiler und den neuen Kommanditisten kann man daher nur schwerlich bei der „Arisierung“ ein Fehlverhalten vorwerfen. Die Radikalisierung und vollständige Vertreibung der Aufhäuser-Bankiers aus der Bank und schließlich aus Deutschland sowie der Entzug ihrer Vermögen hatten andere Stellen zu verantworten – vor allem die Gestapo, DAF und Münchener Devisenstelle aber auch das Reichsfinanzministerium.

5. Kapitelfazit

Hitler hatte im Laufe des Jahres 1937 seine Politik endgültig auf Krieg ausgerichtet und das gegebenenfalls auch gegen Großbritannien. Er hatte akzeptieren müssen, dass ein deutsch-englisches Bündnis nicht im Interesse der Londoner Regierung lag. Aufgrund der Neuausrichtung und der damit einhergehenden Versorgung durch die zu besetzenden Gebiete verloren für die Reichsleitung die City-Banken und ihre Stillhaltekredite erheblich an Bedeutung; die Devisen und Rohstoffe wollte man sich auf anderem Weg aneignen. Bis 1937 hatte das Bankhaus H. Aufhäuser als Mitglied des Netzwerkes profitiert, über das viele Stillhaltekredite in England liefen. Im Zuge des erheblichen Bedeutungsverlusts dieses sozialen Kapitals waren die jüdischen Bankiers wie H. Aufhäuser für die Reichsleitung entbehrlich geworden. Aus Sicht Hitlers stellten sie im anstehenden Kriegsfall sogar eine Gefahr da, weshalb ihr baldiges Ende als zwangsläufig anzusehen war.

In die Wege geleitet wurde der jüdische Exodus damit, dass ihnen zuvor ihre Kapitalien soweit wie möglich entzogen worden waren. Ihr ökonomisches Kapital stand ihnen nur noch bedingt zur Verfügung, nachdem sie ihre Vermögen offenlegen mussten und diese auf Sperrkonten lagerten. Das symbolische Kapital, d.h. vor allem ihr Prestige, hatte sich infolge der antijüdischen Politik aufgelöst und war höchstens noch im inner-jüdischen Verkehr bedeutsam. Das kulturelle Kapital war lediglich noch begrenzt einsetzbar. Martin Aufhäusers Titel eines Geheimen Kommerzienrates wurde zwar auch von den Nationalsozialisten respektiert, blieb aber letztendlich ohne Relevanz. Handfeste Vorteile bot Siegfried Aufhäusers Titel des Schwedischen Generalkonsuls. Er wurde aufgrund seiner diplomatischen Immunität von den Nationalsozialisten verschont, vor allem, nachdem sie um gute (wirtschaftliche) Beziehungen zum neutralen Schweden bemüht waren. Zur Rettung der Bank konnte er jedoch dadurch nicht beitragen, da sein Bruder die maßgebliche Person in der Bank war. Bezeichnend ist, dass

¹²²⁴ Köhler, „Arisierung“, S. 372 Fn. 554; BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, S. 74-80.

diese beiden Titel inkorporiertes kulturelles Kapital waren, d.h. personengebunden und damit nicht (durch Zwang) übertragbar. Anders sah es beim objektivierten kulturellen Kapital aus, das in Form von Bildern, Silber, Büchern und weiteren Wertgegenständen zumindest zum Teil noch vorhanden war, aber im Zuge der Reichpogromnacht und spätestens mit der Auswanderung von den Nationalsozialisten angeeignet wurde, womit diese ihr eigenes kulturelles Kapital beträchtlich erhöhten.

Wesentlich auf dem Weg zu den „Arisierungen“ war die Reduktion des sozialen Kapitals der jüdischen Unternehmer. Durch Auswanderung bereits erheblich dezimiert, wurden die Juden durch die antisemitische Politik von den meisten „Arier“ als aus der „Volksgemeinschaft“ Ausgestoßene angesehen und entsprechend behandelt, d.h. die meisten wollten mit ihnen weder gesellschaftlich noch beruflich verkehren. Insgesamt herrschte eine weitverbreitete Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der jüdischen Bevölkerung, materielle Bereicherungen auf ihre Kosten waren an der Tagesordnung. Auch der Kontakt zu anderen jüdischen Bankiers nahm durch „Arisierungen“ und Liquidationen stetig ab. So hätte die enge Beziehung zur Privatbank S. Bleichröder das Potenzial gehabt, im Zentrum der Macht in Berlin eine wichtige Rolle für die Aufhäuser-Bankiers zu spielen. Die Inhaber von S. Bleichröder verfügten über reichlich soziales Kapital in der Reichshauptstadt, das sie im Sinne einer geregelten, von den Aufhäuser-Bankiers geleiteten „Arisierung“ zur Verfügung hätten stellen können. Doch stand die Bank in der für H. Aufhäuser schwierigen Phase selbst im Übertragungs-Prozess und konnte keine Hilfe mehr sein; die Verbindung stand nur noch auf dem Papier und es war abzusehen, dass sie nicht mehr lange bestehen würde.

Das Netzwerk der Aufhäuser-Bankiers war zu Beginn der Übertragungsverhandlungen damit nur noch ein Fragment. Ein gravierender Mangel des Aufhäuser-Netzwerkes trat dabei offen zu Tage: Es war zum erheblichen Teil auf das Ausland ausgerichtet. Für den „Arisierungs“-Prozess essentielle soziale Kontakte im Inland bestanden praktisch keine. Martin Aufhäuser griff daher auf eine Methode zurück, die bereits sein Großvater angewandt hatte: Den Anschluss an ein großes, bereits bestehendes Netzwerk, um davon zu profitieren. Ein solches bot ihm Max Warburg, der exzellent in Deutschland verdrahtet war. Jedoch hatte dessen Netzwerk Defizite in Süddeutschland, weshalb er auch ein Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Münchener Bankiers besaß. Warburg hatte mit Reusch zwar einen idealen und hoch angesehenen Interessenten für den Kauf des Münchener Bankhauses, der sich jedoch – wohl mit Rücksicht auf die Rüstungsgeschäfte der GHH – im Sommer zurückgezogen hatte. Und spätestens mit der ausgedehnten Reise Warburgs im August 1938, die letztendlich seine Auswanderung bedeutete, war diese Netzwerk-Strategie gescheitert.

Die Münchener Bankiers selbst verfügten – mit Ausnahme zu Pirr von der Reichsbank, die jedoch bei den „Arisierungen“ nur eine Nebenrolle einnahm – über keinen direkten Kontakt zu den wichtigsten Machtzentren in Berlin. Diese Verhandlungen und Beeinflussungsmaßnahmen liefen daher stets über Dritte. In der Anfangsphase konnte über den Anwalt Beneke erreicht werden, dass das Reichswirtschaftsministerium als formal entscheidender Faktor den von den Bankiers favorisierten Übertragungsweg zustimmte und sogar protegierte. Dieses Zugeständnis war zwar einerseits wichtig, um die Übertragung der Bank in Ruhe – möglicherweise auch mit zu viel Ruhe – in die Wege leiten zu können. Andererseits war es wiederum nur eingeschränkt nutzbar, da kein offizielles Schreiben des Ministeriums an die Bank vorlag und es damit für Werbungszwecke nur sehr begrenzt einsetzbar war, beispielsweise für die Neugewinnung von Kommanditisten. Die Bankiers wussten, möglicherweise durch die Mithilfe von Eidenschink, um die existierenden Machtstrukturen in München, weshalb sie sich auf die Zusage des Reichsministeriums alleine nicht verlassen wollten. Daher waren sie frühzeitig bemüht, die lokalen Akteure in den „Arisierungs“-Vorgang mit einzubinden, was mit Hilfe von Eidenschink auch vorzüglich gelang. Wie wichtig es war, neben den formal zuständigen Reichsstellen auch die lokalen Akteure mit einzubinden, zeigte sich beispielhaft beim sogenannten „Judenregister“: Die Einschaltung Webers beschleunigte die Angelegenheit immens, auch wenn er formalrechtlich nicht zuständig war.

Man kann davon ausgehen, dass Seiler, der über keinen makellosen Ruf verfügte, hauptsächlich wegen seiner hervorragenden Beziehungen zum Reichswirtschaftsministerium die Position des Komplementärs angeboten bekommen hatte. Seiler setzte sein soziales Kapital ganz im Sinne der Aufhäuser-Bankiers ein, damit die „Arisierung“ im von ihnen vorbestimmten Weg hätte vollzogen werden können. Wenn man von der Übernahme der Bank durch Seiler spricht, dann muss man sich gleichwohl bewusst sein, dass es nie vorgesehen war, dass er eine Einlage in die Bank leisten würde und Martin Aufhäuser mit dem höchst möglichen Betrag von 25 Prozent am Kommanditkapital beteiligt bleiben sollte. Zudem war von Anfang an geplant, dass mit Bayer ein sehr enger Vertrauter der Aufhäuser neben Seiler Komplementär der Bank werden sollte. Mithin hätte Martin Aufhäuser unter diesen vorgesehenen, vom Reichswirtschaftsministerium genehmigten Umständen noch erheblichen Einfluss in der Bank gehabt. Seiler wird sich dessen bewusst gewesen sein, dennoch war er gewillt, in die Geschäftsleitung der Bank einzutreten. Dass der Mord in Paris und die anschließende Reichspogromnacht dies alles ändern würde, war für ihn nicht absehbar.

Auch bei der Suche nach geeigneten Kommanditisten war Seilers soziales Kapital von großer Bedeutung. Die Aufhäuser-Bankiers hatte trotz intensiver Versuche und Kontaktaufnahmen unter ihren bestehenden Kunden lange lediglich die Fürstliche Vermögensverwaltung des Hauses Braunschweig und Lüneburg als Kommanditist gewinnen können. Erst Ende Oktober

konnte mit der Vereinigte Bleicherdefabriken AG eine zweite Zusage verbucht werden. Der Kapitaleinsatz dieser beiden vorgesehenen Kommanditisten war aber alleine vollkommen ungenügend. Dank der Beziehungen Seilers konnten über ihn ebenfalls zwei neue Anteilseigner gewonnen werden, wobei Seiler hiermit womöglich auch noch weitere Ziele verfolgte. Seilers soziales Kapital konnte damit zwei Zwecke bedienen: die politischen Machthaber in Berlin zu beeinflussen und neue Kommanditisten zu gewinnen. Wobei anfänglich mit großer Wahrscheinlichkeit nur Erstes beabsichtigt gewesen und Zweites der Notlage entsprungen sein dürfte.

Die Funktion des Eidenschink-Netzwerkes war dahingehend etwas eindimensionaler als das von Seiler. Zwar war die Bekanntschaft Eidenschinks zu Müller wichtig für die Bereinigung des auf der Bank lastenden Obpacher-Problems, doch konnten die Kontakte Eidenschinks in der Hauptsache nur dazu genutzt werden, die politischen Machtzentren in München dazu zu bewegen, sich der von den Aufhäuser-Bankiers imaginierten „Arisierung“ anzuschließen oder ihr zumindest nicht im Weg zu stehen. Hierbei war Eidenschinks Bekanntschaft zu Weber mit Abstand die wichtigste. Auch wenn er nach eigener Aussage jede Nazi-Größe kannte, waren seine Einflussmöglichkeiten nämlich in Berlin gering, andere Netzwerke wirkungsmächtiger, wie er selbst bei der Engelhardt-„Arisierung“ erfahren musste. Doch auch in München war sein Einfluss letztendlich begrenzt, wie die Ereignisse nach dem 9. November zeigten.

Wie sich die ökonomischen Verhältnisse im Reich geändert hatten wird nicht zuletzt dadurch ersichtlich, dass die örtlichen Akteure, für die mögliche negative wirtschaftliche Folgen der Vertreibung der jüdischen Unternehmer weitestgehend irrelevant waren, nach der Reichspogromnacht die „Arisierungen“ weitestgehend diktieren konnten. Reichskommissar Ernst hat das Treiben der örtlichen Stellen ebenfalls hingenommen und sich offensichtlich sogar von diesen die Auflagen der Geschäftsübertragungen diktieren lassen. Für die Reichsbank war die Devisenfrage zwar noch akut, sie stand mit dieser Argumentation aufgrund der neuen ökonomischen Gegebenheit aber auf einem verlorenen Posten. Auch die Banken der City nahmen die „Arisierungen“ hin, sofern die Altinhaber ihnen bestätigten, dass die Bankübertragung formal korrekt abgeschlossen worden war und die neuen Geschäftsführer den britischen Bankiers versicherten, sich an die Stillhalteabkommen zu halten.¹²²⁵ Ein Druckmittel hatten die City-Banker ohnehin nicht mehr in der Hand, ihr Verhalten war für die Reichsregierung nun ohne Belang.

¹²²⁵ Siehe auch die Schreiben von Kleinwort & Sons (02.01.1939) sowie J. Henry Schröder (23.11.1938), in denen die City-Bankiers auf eine Reise der Altinhaber nach London drängten, BWA, F 20/20.

VI. Epilog

Mit dem Ausscheiden der Altinhaber Ende 1938 löste sich auch deren Netzwerk *peu á peu* auf. Das lag nicht an Siegfried und Martin Aufhäuser, die vielmehr besonders darum bemüht waren, die Auslandskontakte für Seiler & Co. offen zu halten. Unmittelbar nach der erfolgten Übertragung der Bank hatten beide auf „eigenen Vorschlag in mehreren hundert Fällen an in- und ausländische Geschäftsfreunde“¹²²⁶ Briefe versandt, um insbesondere die Londoner Banken dazu zu bewegen, die laufenden Stillhaltekredite auf Seiler & Co. zu übertragen. Namentlich genannt wurden Lloyds Bank Ltd., Kleinwort Sons & Co. sowie J. Henry Schröder & Co. Die Skepsis der City-Banken wie auch der ausländischen Presse über das Zustandekommen der „Arisierung“ war weit verbreitet.¹²²⁷ Es machte sich negativ bemerkbar, dass die Aufhäuser-Bankiers die ausländischen Banken im Vorfeld augenscheinlich unzureichend – wenn überhaupt, denn entsprechende Schriftwechsel sind nicht überliefert – über die Übertragung der Bank informiert hatten. Dass die rasche Durchführung unmittelbar im Anschluss an den Novemberpogrom nach außen dann wie eine „Zwangsarisierung“ aussah, ist nachvollziehbar und nicht so schnell aus der Welt zu schaffen gewesen. Die beiden Aufhäuser-Brüder sahen es daher als ihre Pflicht, die Bankiers und Pressevertreter im Ausland vor Ort – zunächst in Europa, anschließend in den USA – über die „tatsächlichen Verhältnissen“ und der von Seiler „in der loyalsten Weise durchgeführten Arisierung des Bankhauses H. Aufhäuser“ zu unterrichten.¹²²⁸ Es war vor allem Siegfried Aufhäuser, der sich zur Aufgabe gemacht hatte, „irgend welche [sic] irrigen Presse-Auffassungen, die sich an ausländischen Bankzentren innerhalb der letzten Wochen gebildet haben sollten, nach Kräften zu zerstreuen.“¹²²⁹

Auch nach der „Arisierung“ fühlten sich die Alteigentümer folglich weiterhin der Bank verpflichtet und versuchten durch das Einwirken auf ausländische Akteure der neuen Geschäftsleitung „und der treuen Gefolgschaft die schwere Übergangszeit [zu] erleichtern“.¹²³⁰ Dabei mag eine Rolle gespielt haben, dass sie womöglich hofften, die Bank nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wieder übernehmen zu können und durch die Aufrechterhaltung der Auslandskontakte zum Überleben der Bank beizutragen. Dennoch ist ihr Verhalten bemerkenswert, wenn man sich vor Augen führt, was ihnen in Deutschland angetan

¹²²⁶ BWA, F 20/43, M. und S. Aufhäuser an Seiler & Co., 07.12.1938 (Vertraulich!) (Abschrift). Die Alt-Inhaber hatten wohl vor dem 09.11. zugesagt, solche Einführungsschreiben für die neue Geschäftsleitung zu versenden und sich auch nach dem Pogrom daran gehalten, ebd., F 20/380, J. Bayer an LG München I, 10.07.1951, S. 8.

¹²²⁷ Ebd., K1, XXI 16b, 19a. Akt, Fall 30, Bericht Devisenprüfers Max Reiß, 11.01.1939; ebd., F 20/43, Martin und S. Aufhäuser an Seiler & Co., 07.12.1938 (Vertraulich!) (Abschrift); ebd., S. Aufhäuser an Seiler & Co., 08.12.1938 (Vertraulich!) (Abschrift).

¹²²⁸ Ebd. Siehe auch ebd., M. und S. Aufhäuser an Seiler & Co., 07.12.1938 (Vertraulich!) (Abschrift).

¹²²⁹ Ebd., F 20/43, S. Aufhäuser an Seiler & Co., 08.12.1938 (Vertraulich!) (Abschrift).

¹²³⁰ Ebd. Inwieweit die Bemühungen der Aufhäuser-Brüder erfolgreich waren, konnte nicht rekonstruiert werden, zumindest die Stillhaltekredite dürften aber weitergelaufen sein. Nach Kriegsausbruch war dies dann hinfällig, die Abkommen wurden seitens der Alliierten gekündigt.

wurde: Nicht nur, dass sie gezwungen worden waren, die Bank ihres Vaters zu verkaufen und Deutschland zu verlassen, es war ihnen in ihrer Heimat praktisch ihr gesamter Besitz entzogen worden.

Gemäß der Verordnung vom 26. April 1938 mussten Juden ihr in- und ausländisches Vermögen über 5.000 RM anmelden und bei einem Verdacht einer Auswanderung wurde das Vermögen unter Kuratel der Devisenstelle gestellt. Diese musste auch eine Unbedenklichkeitserklärung erteilen, bevor Juden auswandern durften. Die oben beschriebene ablehnende Haltung der englischen Banken scheint die Ausstellung dieser Bescheinigung beschleunigt zu haben, denn nur mit dieser war es möglich, dass Martin Aufhäuser mit seinem Bruder nach London reisen konnte, um die City-Bankiers zu beschwichtigen.¹²³¹ Siegfried Aufhäusers Guthaben wurde als englischer Staatsbürger auf einem Ausländer-Sperrkonto geführt, das ebenfalls unter der Verfügungsgewalt der Reichsfinanzverwaltung stand. Sein ausländisches Vermögen hatte er jedoch nicht anzugeben und es stand ihm nach seiner Auswanderung frei zur Verfügung.¹²³² Inwieweit er rechtzeitig zumindest einen Teil seines Vermögens hatte ins Ausland schaffen können, lässt sich nicht mehr nachvollziehen; weiter unten wird dieses Thema nochmals aufgegriffen. Bei aller Vorsicht, mit der die Aussagekraft der Wiedergutmachungsakten zu bewerten ist, geben sie wohl dennoch einen relativ verlässlichen Überblick über die Enteignung von Martin Aufhäuser und seiner Frau Auguste. Die Akten beruhen nicht zuletzt auf zeitgenössischen Listen der Gestapo, weshalb eine weitgehende Plausibilität gewährleistet scheint. Es geht hier auch nicht um jeden Gegenstand, der entwendet wurde, sondern um die Darstellung einer generellen Linie.

Bereits am 10. November hatte die Gestapo wertvolle Schmuckgegenstände beschlagnahmt. In den folgenden Tagen und Monaten wurden kistenweise Silber, Möbel, Teppiche, Gemälde und kostbare Bücher (u.a. „Biblia Pauperum“ von 1464) beschlagnahmt, teilweise mit dem Hinweis, es wäre „Kulturgut“.¹²³³ Neben dem ökonomischen wurde Martin Aufhäuser und seiner Frau mithin auch das symbolische Kapital entzogen. Es ging den nationalsozialistischen Enteignern daher wohl nicht nur, womöglich noch nicht einmal primär, um den materiellen Wert, sondern man kann davon ausgehen, dass sie Juden deren symbolisches Kapital wegnahmen, um es sich selbst – mit der entsprechenden Außenwirkung – anzueignen.¹²³⁴ So

¹²³¹ Ebd., K1, XXI 16b, 19a. Akt, Fall 30, Bericht Devisenprüfers Max Reiß, 11.01.1939

¹²³² Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden, 26.04.1938, RGBl 1938 (I), S. 414f.

¹²³³ BayHStA, LEA 178 (A. Ortlieb), A. Müller an LEA, 29.09.1950 (Anlage Entschädigungsantrag Auguste Aufhäuser). Der Schaden wurde mit über 300 TRM angegeben. Siehe auch Thiede, Martin Aufhäuser, S. 100-104. Selig berichtet von 150 TRM („Arisierung“, S. 659). Diese Art der Enteignung war keineswegs einzigartig, siehe beispielsweise den Fall der Münchener Familie Bernheimer, vgl. ebd., S. 613-620.

¹²³⁴ Siehe in diesem Zusammenhang auch Jonathan Petropoulos, Kunstraub und Sammelwahn. Kunst und Politik im Dritten Reich. Berlin 1999, S. 15, 17f., 25f. sowie beispielsweise die Selbstinszenierung Hermann Görings, vgl. Volker Knopf/Stefan Martens, Görings Reich. Selbstinszenierung in Carinhall. Berlin ⁴2007,

soll auch Gauleiter Weber selbst in die Aufhäuser-Villa gekommen sein, um für sich antikes Silber abtransportieren zu lassen.¹²³⁵

Heidi Thiede hat am Beispiel der Kunstsammlung den Umfang der beschlagnahmten Gegenstände intensiv untersucht.¹²³⁶ Sie konnte 176 Kunstobjekte von Martin Aufhäuser identifizieren, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden. Wie hoch die Aufhäuser-Sammlung einzuschätzen ist zeigt der Umstand, dass Werke von Lucas Cranach d.Ä., Eduard Grützner und Henrik Verschuring für das geplante Linzer Führermuseum angekauft wurden. Auch Häuser und Grundstücke wurden schließlich nach der Auswanderung beschlagnahmt. Hermann Göring war ein prominentes Beispiele für den Kauf bzw. Raub von jüdischen und ausländischen Kunstgegenständen. Das sollte Martin Aufhäuser und seiner Frau allerdings auch zugutekommen. Sie waren im März 1939 in die Niederlande ausgewandert. Aufgrund eines fehlenden Visums sowie des schlechten Gesundheitszustands von Martin Aufhäuser infolge der KZ-Haft und der vielen anschließenden Verhöre durch die Gestapo, bei denen er mehrfach Herzanfälle erlitten hatte, hatte die USA sie nicht einreisen lassen.

Als im Mai 1941 schließlich die Ausreise seitens der USA bewilligt worden war, waren sie vom Einmarsch der deutschen Wehrmacht überrascht worden; die Deutschen wollten sie nun nicht ausreisen lassen.¹²³⁷ Über den Münchener Anwalt Adolf Freiherr von Harnier, der die Auswanderung der Eheleute Aufhäuser betreut und die Vertretung ihrer Vermögensinteressen in Deutschland übernommen hatte und über gute Kontakte zum „Büro Göring“ verfügte¹²³⁸, war nach Auskunft von Auguste Aufhäuser ein Austauschgeschäft arrangiert worden.¹²³⁹ Die Aufhäuser besaßen ein Gemälde, das Göring unbedingt für seine umfangreiche Sammlung haben wollte. Das Kunstwerk war im Besitz von holländischen Freunden und diese machten die Ausreise der Eheleute Aufhäuser zur Bedingung für den Verkauf des Gemäldes.¹²⁴⁰ Eine spannende wie ungeklärte Frage ist, wie die holländischen Bekannten in den Besitz des Gemäldes gelangt waren, da es nicht mit dem Aufhäuser-Umzug mitgenommen werden konnte. Bekanntlich waren alle (bedeutenden) Wertsachen beschlagnahmt und das

insbes. S. 125-132; Hanns Christian Lühr, *Der Eiserne Sammler. Die Kollektion Hermann Göring. Kunst und Korruption im „Dritten Reich“*, Berlin 2009, S. 19-22.

¹²³⁵ Thiede, Martin Aufhäuser, S. 102.

¹²³⁶ Ebd., S. 103.

¹²³⁷ BayHStA, LEA 178 (A. Aufhäuser), Eidesstattliche Versicherung Ludwig Maurer; ebd., LEA 178, Eidesstattliche Versicherung Auguste Aufhäuser.

¹²³⁸ Christina M. Förster, *Der Harnier-Kreis. Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Bayern*. Paderborn u.a. 1996, S. 236. Siehe auch die Anwaltskosten 1941/42 von Martin Aufhäuser an von Harnier, BayHStA, LEA 178 (A. Aufhäuser), S. Stern an Bayerisches LEA, 03.11.1961, ferner Lühr, *Eiserne Sammler*, S. 105f.

¹²³⁹ BayHStA, LEA 178 (A. Aufhäuser), Eidesstattliche Versicherung A. Aufhäuser. Göring betätigte öfters solche Austauschgeschäfte, vgl. Petropoulos, *Kunstraub*, S. 248; ferner Lühr, *Eiserne Sammler*, S. 24. Siehe in diesem Zusammenhang auch die Verbindung Harniers zum bekannten Münchener Kunsthändler Otto Bernheimer, die durch Martin Aufhäuser zustande gekommen war, vgl. Förster, *Harnier-Kreis*, S. 244-252.

¹²⁴⁰ Zu den Verbindungen Görings in die Niederlande, bei denen der Münchener Bankier Alois Miedl ein zentraler Verbindungsmann war, siehe Lühr, *Eiserne Sammler*, S. 35f. Inwieweit diese Beziehung für die Transaktion relevant war, konnte nicht ermittelt werden.

Auswanderungsgut war penibel überwacht worden.¹²⁴¹ Es kam zügig zu dieser Abmachung und bereits am 15. Mai 1941 konnten Martin und Auguste Aufhäuser unter abenteuerlichen Umständen über Spanien, Lissabon und New York nach Los Angeles auswandern.¹²⁴² Ein letztes Mal hatte sich das soziale und symbolische Kapital Martin Aufhäusers bezahlt gemacht.

Wie den Aufhäusers erging es vielen Juden in Deutschland, mithin auch den Bankkunden, deren Zahl durch Auswanderungen sowie der ab 1941 beginnenden Deportationen¹²⁴³ entsprechend stetig abnahm. Da nach Ausbruch des Krieges 1939 auch die Verbindungen ins westliche Ausland gekappt waren, war es daher folgerichtig, dass die neue Geschäftsleitung bestrebt war, der Bank neue Kunden zuzuführen – und dies jenseits des zuvor ausgeprägten Privatkundengeschäfts inklusive der Vermögensverwaltung. Zwar bekannten sich die neuen Gesellschafter zu den übernommenen in- und ausländischen Geschäftsverbindungen¹²⁴⁴, doch war gleichzeitig das Bemühen erkennbar, die alten, unrentablen Engagements zu beenden und dafür neue, insbesondere Industriebeziehungen aufzubauen¹²⁴⁵. Die Geschäftsführung von Seiler & Co. war dabei im April 1939 um Otto Schniewind erweitert worden, der bereits bei den „Arisierungs“-Verhandlungen in Erscheinung getreten war. Es waren wohl die Gebrüder Aufhäuser gewesen, die ihm im Zuge dieser Gespräche schon frühzeitig die Stelle eines Komplementärs angeboten hatten. Dieser hatte schließlich aus Protest gegen die Finanzpolitik Ende 1938 seinen Posten im Reichsbankdirektorium aufgegeben. Für ihn war insbesondere die Stelle des Schwedischen Generalkonsuls interessant, die ihm Siegfried Aufhäuser nach seiner Anstellung bei Seiler & Co. übertrug.¹²⁴⁶

Die neue Geschäftsführung, zu der auch noch Josef Bayer hinzugezählt werden muss, der im Innenverhältnis wie ein Komplementär angesehen wurde und entsprechend agierte¹²⁴⁷, trennte

¹²⁴¹ So waren sie im März 1939 unter Bewachung eines Zollinspektors von der Zollfahndungsstelle zur niederländischen Grenze gebracht worden, BayHStA, LEA 178 (A. Aufhäuser), Eidesstattliche Versicherung Auguste Aufhäuser.

¹²⁴² Ebd.

¹²⁴³ Am 20.11.1941 erfolgte der erste Transport von 999 Juden – darunter 42 Kleinkinder – aus München nach Kowno (Litauen); alle wurden am 25.11. ermordet; vgl. Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie. Wiesbaden 2005, S. 106ff.

¹²⁴⁴ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 99.

¹²⁴⁵ Vgl. ebd.

¹²⁴⁶ Zu Schniewind sei an dieser Stelle auf die Ausführungen im Folgenden bzw. im vorigen Kapitel verwiesen. Allgemein und zur schwierigen Aktenlage seine Person betreffend siehe Joachim Scholtyseck, Otto Schniewind [1887-1970], in: Hans Pohl (Hg.), Deutsche Bankiers des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2008. S. 373-385.

¹²⁴⁷ Siehe hierzu den Akt BWA, F 20/339, insbes. Abschrift Vereinbarung Seiler & Co. und J. Bayer, 26.11.1938 und ebd., Erklärung Seilers vom 29.04.1939. Die von Regierungsstellen nach der „Arisierung“ lediglich vorläufig geduldete Belassung Bayers in der Bank war damit (stillschweigend) zum Dauerzustand geworden. Bayer selbst führte nach dem Krieg aus, dass die Auflage, er dürfe nur ein Jahr in der Bank angestellt sein, „in Vergessenheit geriet“, was „wohl dem Einsatz des Vertreters der Stadt München [wohl Rechtsrat Meister] zu verdanken [war]“, ebd., F 20/380, J. Bayer an LG München I, 10.07.1951, S. 6. Ganz „in Vergessenheit“ war es gleichwohl nicht geraten, denn zumindest dem Reichswirtschaftsministerium und der

sich in den folgenden Jahren dann auch von den Altbeständen der Bank. Das letzte Aktienpaket an der Münchener Kunst im Druck-Obpacher AG, wie das fusionierte Unternehmen fortan hieß, wurde Ende 1940 veräußert, womit dieses verlustreiche Kapitel für die Bank abgeschlossen werden konnte. Seiler & Co. trennte sich zudem von seinen Anteilen an der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke AG und der Meisenbach, Riffarth & Co. AG. Mit dem Verkauf der rund ein Dutzend Beteiligungen an ungarischen Bahngesellschaften mit einem Wert von rund 1,5 Mio. RM wurden 1942 die letzten noch größeren Aufhäuser-Engagements abgewickelt, die meist im Zuge von Konsortialgeschäften während der 1920er Jahre aufgebaut worden waren. Den Krieg überdauert hat lediglich eine Teilhabe an der Pfälzischen Hypothekenbank Ludwigshafen, die 1930 eingegangen worden war.¹²⁴⁸

Das Augenmerk der neuen Unternehmensleitung und wohl auch der Gesellschafter lag mithin beim Aufbau neuer Geschäftsbeziehungen und nicht bei der Verwaltung alter Verbindungen. Welche neuen Kontakte Seiler, Schniewind und Bayer sowie die Kommanditisten im Einzelfall vermittelten, lässt sich im Nachhinein kaum noch eindeutig klären.¹²⁴⁹ In der Anfangszeit waren es nachweislich in erster Linie die Bekanntschaften von Seiler, über die zusätzliche Geschäfte generiert werden konnten. Hilfreich war sicher zudem, dass er in über 20 Aufsichts- und Beiräten saß.¹²⁵⁰ Seiler & Co. beteiligte sich entsprechend an den folgenden, eng mit Messerschmitt und Seiler verbundenen Unternehmen¹²⁵¹: Uher & Co., Gesellschaft für Apparatebau, Leichtmetall Regensburg GmbH, Eiso-Schrauben GmbH sowie an die Messerschmitt GmbH Regensburg.¹²⁵² Ab 1940 hielt Seiler & Co. zudem eine Unterbeteiligung an der Rauchtabak-, Zigarren- und Zigarettenfabrik Ruhtenberg-Raulino & Co. Deutlich trat damit Seilers Nähe auch zur Familie Raulino zu Tage.

Damit ersetzte zunächst das neue Seiler- weitgehend das vormalige Aufhäuser-Netzwerk. Gleichwohl war auch dieses nur von begrenzter Dauer: Schniewind und Bayer einte, dass sie anti-nationalsozialistisch eingestellt waren und daher Engagements der Seiler & Co. an

WGPB war noch 1941 bekannt, dass Bayer als Generalbevollmächtigter in der Bank tätig war, ebd., F 20/43, WGPB an Seiler & Co., 01.02.1941 (Geheim! Einschreiben!).

¹²⁴⁸ Vgl. ebd., S. 101f.; BWA, F 20/43, J. Bayer an S. Aufhäuser, 01.02.1946 (Auszugsweise Abschrift).

¹²⁴⁹ Bayer gab nach dem Krieg zu Protokoll, dass Schniewind nur zwei Geschäfte (Telefonbau und Normalzeit sowie Joseph Gautsch AG) für die Bank vermittelt habe, ebd., F 20/380, Fragenkatalog an J. Bayer, S. 6.

¹²⁵⁰ Gerhard Hetzer, Unternehmer und leitende Angestellte zwischen Rüstungseinsatz und politischer Säuberung, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München ³1990, S. 551-592, hier S. 569. Siehe auch BWA, F 20/43, Aktennotiz für Herrn Bayer, 09.05.1947 (Unterschrift nicht lesbar [Müller?]).

¹²⁵¹ Nach dem Krieg wurde versucht, diese Engagements als Aktivitäten von Friedrich Seiler bzw. der Bank Carlo Z. Thomsen, wo er ja weiterhin Teilhaber war, darzustellen, ebd., insbes. S. 3f. Das ist im Nachhinein schwer nachzuprüfen, aber zumindest wird ebd. angeführt, dass Uher zum Jahresende 1938 von Seiler & Co. gegründet worden war.

¹²⁵² Vgl. Moser/Winkler, S. 99f. Zumindest 1943 hatte Friedrich Seiler bei allen genannten Firmen den Aufsichtsratsvorsitz inne, vgl. Hetzer, Unternehmer, S. 569. Siehe ferner BWA, F 20/43, Max Reschreiter [RA von F. Seiler] an Spruchkammer VI, München, 02.05.1947 (Durchschlag).

Rüstungsgeschäften ablehnten.¹²⁵³ Diese Sicht wird durch den Umstand gestützt, dass die meisten der oben genannten Engagements nur kurzfristiger Natur waren, denn vielen haftete die Nähe zum Messerschmitt-Konzern an. Durch die Zurückführung dieser Beteiligungen war der im vorigen Kapitel beschriebene Versuch, Seiler & Co. zur Hausbank des Flugzeugbauers zu machen, nun weithin sichtbar gescheitert. Eine vollständige Trennung zwischen Bank und dem Messerschmitt-Konzern kann dennoch nicht konstatiert werden: Die Bank war maßgeblich für die Emission einer 25-Millionen-Anleihe der Messerschmitt GmbH Regensburg verantwortlich und fungierte darüber hinaus gegenüber der Messerschmitt GmbH als Treuhänder für die 46 beteiligten Versicherungsgesellschaften.¹²⁵⁴ Zudem war die Bank bei der Auflegung einer Anleihe für die Messerschmitt GmbH Tirol beteiligt.¹²⁵⁵ Wegen der Messerschmitt-Anleihen sowie Beteiligungen an kritisch zu bewerteten Emissionstätigkeiten für weitere Flugzeughersteller¹²⁵⁶ kann nicht gänzlich davon gesprochen werden, dass Seiler & Co. sich nicht an Rüstungsgeschäften beteiligt hätte. Dennoch bildeten sie bei rund 55 Emissionskonsortien, an denen die Bank zwischen 1940 und 1944 beteiligt war, mit unter zehn Prozent eine absolute Minderheit.

Diese Tätigkeiten können als Konzession gegenüber Seiler und als Zeichen des guten Willens gegenüber den nationalsozialistischen Stellen gewertet werden.¹²⁵⁷ Denn Schniewind und Bayer hatten dafür gesorgt, dass Seiler & Co. nach Kriegsbeginn aus dem Reichsanleihekonsortium austrat – Reichsanleihen wurden fortan angeblich auch nur noch zu den überprüfbaren Stichtagen gehalten – und damit auch aus den Reichsbankausschüssen ausgeschlossen wurden.¹²⁵⁸ Die Bank agierte auf dieser Basis dennoch sehr erfolgreich und konnte alle Kennziffern erheblich steigern. Bis 1944 wurde stets ein ansehnlicher Gewinn erwirtschaftet und Seiler & Co. zählte während des Krieges zu den fünf größten Privatbanken in Deutschland.¹²⁵⁹ Und das, obwohl vielfältige Verbindungen zu diversen Widerstandsgruppen¹²⁶⁰

¹²⁵³ Ebd., F. Seiler an J. Bayer, 10.12.1941: "Ihr [Bayer] Wunsch, sich bei Messerschmitt G.m.b.H., Eiso und Uher möglichst zu distanzieren, ist von der Gegenseite vollkommen klar erkannt worden." Ferner Moser/Winkler, Wegmarken, S. 103f.

¹²⁵⁴ Moser/Winkler, Wegmarken, S. 102f.

¹²⁵⁵ BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 55.

¹²⁵⁶ Diese waren: Junkers, Arado, Heinkel und Henschel, ebd., S. 54f., 64f. 1941 kam eine Beteiligung an der Flugzeugwerk Graudenz GmbH hinzu. Ist bei einem „totalen“ Krieg eine Trennung von kriegsrelevanten und - irrelevanten Unternehmen kaum zu ziehen, sind die restlichen Emissionen zumindest keinen Rüstungsfirmen zuzuordnen; es waren auffallend viele Berg- und Hüttenwerke sowie Treibstoffhersteller darunter.

¹²⁵⁷ Siehe in diesem Zusammenhang auch ebd., F 20/43, F. Seiler an J. Bayer, 10.12.1941: "[...] ich [Seiler] bin jedoch mit Ihnen [Bayer] nicht einig, wenn Sie wegen eines ungünstigen Kreditsatzes [...] eine Geschäftsverbindung wie Uher einfach fallen lassen wollen [...] Sie müssen mir schon glauben, dass man unsere Überlegungen, Handlungen usw. sehr genau beobachtet".

¹²⁵⁸ BWA, F 20/43, Notiz Albrecht Müller [RA bei Seiler & Co. Er war zuvor Assessor Langbehns], 18.12.1946; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 104.

¹²⁵⁹ Vgl. ebd., S. 103f.

¹²⁶⁰ Es soll eine weitgehende Definition des Begriffs „Widerstand“ im Sinne von Aktionen, die den Bestrebungen und der Politik des nationalsozialistischen Regimes zuwiderliefen, Anwendung finden. Siehe zu den begrifflichen Fragen Hildebrand, Dritte Reich, S. 304-309.

bestanden. Negative Auswirkungen auf die Bankaktivitäten scheinen diese aber offensichtlich nicht gehabt zu haben, obwohl die Geschäftsleitung zum Teil direkt involviert war.

Während der Zeit des nationalsozialistischen Regimes waren gute Kontakte zu Partei- und Regierungsgrößen fast notwendige Voraussetzungen für ein wirtschaftliches Vorankommen eines Unternehmens. Über dieses soziale Kapital verfügte nach der „Arisierung“ in erster Linie Seiler. Das war die eine, die offizielle Seite. Doch Bayer war dem Regime gegenüber sehr kritisch eingestellt und teilte deren Ideologie und Politik in keinsten Weise. Wenn man über Widerstand schreibt, stößt man schnell an Grenzen, denn: Belegen lässt sich Bayers Rolle nicht, man kann es nur an wenigen Indizien ableiten und ist auf die – generell kritisch zu bewertenden – Aussagen nach 1945 angewiesen, bei denen meist die Tendenz vorherrscht, die Nähe zu Nationalsozialisten klein- und die zu Widerstandsgruppen großzureden. Es lag in der Natur der Sache, dass konspirativ gearbeitet werden musste und wegen Zensur sowie der allgemeinen Gefahr möglichst „nichts Schriftliches von Politik“¹²⁶¹ festgehalten werden durfte. Bei Bayer muss die Frage daher offen bleiben, ob er tatsächlich Kontakt zum Widerstand hatte, und nur nichts Schriftliches darüber überliefert ist, oder ob schlicht keine Beziehung dorthin bestanden hat.¹²⁶² Gleichwohl war er im Blickfeld der Gestapo und wurde nach dem gescheiterten Stauffenberg-Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 in Lagerhaft genommen.¹²⁶³ Bei der Verhaftung dürften die Ereignisse während der „Arisierung“ und seine – nach den Kriterien der nationalsozialistischen Rassenlehre – jüdische Frau (die allerdings lange Zeit zuvor zum Katholizismus übergetreten und eine „überzeugte Katholikin“ war¹²⁶⁴) zumindest mitentscheidend gewesen sein. Es war möglicherweise Eidenschink, der die Entlassung Bayers aus der Haft vorangetrieben hatte.¹²⁶⁵

Einschneidender waren die Verfolgungsmaßnahmen infolge des Hitler-Attentats für Schniewind. Er war von einem der Hauptprotagonisten des konservativen Widerstandes gegen Hitler, dem ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler, zuerst als Finanzminister, laut seiner Regierungsliste vom Januar 1943 anschließend als Wirtschaftsminister vorgesehen gewesen. Schniewind sollte wohl eine wichtige Funktion als Verbindungsmann in den süddeutschen Raum zukommen. Über die nötigen Kontakte verfügte

¹²⁶¹ Babara von Haeften, „Nichts Schriftliches von Politik“. Hans Bernd von Haeften. Ein Lebensbericht. München 1997, s. auch S. 5, 39, 98.

¹²⁶² Auch sein Sohn, Rudolf Bayer, geht davon aus, dass keine direkte Verbindung zum Widerstand bestanden hatte; in der Familie sei das aber nie ein Thema gewesen, Rudolf Bayer, Telefoninterview, 05.01.2012. Eine in diesem Zusammenhang interessante Anweisung der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums: Bayer sollte im Februar 1941 „ab sofort [sic] vom Fernsprech- und Telegrammverkehr mit dem nichtfeindlichen Ausland ausgeschlossen [werden]“, BWA, F 20/43, WGPB an Seiler & Co., 01.02.1941 (Geheim! Einschreiben!). Ob zuvor eine entsprechende Anweisung für das „feindliche Ausland“ erlassen worden war, konnte nicht ermittelt werden.

¹²⁶³ Moser/Winkler, Wegmarken, S. 104f.

¹²⁶⁴ Rudolf Bayer, Telefoninterview, 05.01.2012.

¹²⁶⁵ So die Kenntnis seines Sohnes, ebd.

er nicht zuletzt dank seiner Tätigkeiten bei Seiler & Co.; wie sich generell vordergründige Wirtschaftsaktivitäten für informelle Treffen mit Widerstandsgruppen nutzen ließen. Die Zusammenarbeit Schniewind-Goerdeler war aber offenbar nur von kurzer Dauer, denn der Name Schniewind war in den Kabinettslisten nach August 1943 nicht mehr geführt worden. Wahrscheinlicher Grund waren wohl Spannungen mit Goerdeler. Dennoch war die Gestapo nach dem Attentat vom 20. Juli zwangsläufig auf Schniewind aufmerksam geworden. Er wusste um seine prekäre Lage und versuchte unterzutauchen, wurde aber im August 1944 aufgespürt und ins KZ Ravensbrück verbracht.¹²⁶⁶ Dass Schniewind nicht wie so viele Mitverschwörer und -wisser des Attentats mit der Todesstrafe bedacht wurde, ist zwei Umständen zuzuschreiben: Zum einen wurde er nach eigenen Angaben durch Aussagen Goerdelers bei dessen Verhören entlastet.¹²⁶⁷ Zum anderen hatte ihm bekanntlich Siegfried Aufhäuser sein Amt als Schwedischer Generalkonsul übertragen und die Regierung in Stockholm forderte Schniewinds Freilassung. Es war vor allem diesem, von Siegfried Aufhäuser an Schniewind übertragenem, von der schwedischen Regierung legitimiertem kulturellen Kapital zu verdanken¹²⁶⁸, dass er relativ glimpflich entkam: Im März 1945 wurde er aus dem KZ entlassen und konnte in die Bank zurückkehren.

Ein zentraler Kontakt für die schwedische Regierung bei ihren Bemühungen um die Freilassung Schniewinds war Heinrich Himmler.¹²⁶⁹ Dieser zweifelte immer mehr am Sieg Hitlers¹²⁷⁰ und unterhielt auch Kontakte zum Widerstand, bei denen der Rechtsanwalt von Friedrich Seiler, Carl Langbehn, der, wie gesehen, bei der „Arisierung“ von H. Aufhäuser eine wichtige Funktion inne hatte und bei den finalen Überleitungsgesprächen zugegen war, eine Schlüsselrolle zukam. Langbehn war ein führendes Mitglied des konservativen Widerstandskreises und diente beispielsweise dem Diplomaten Ulrich von Hassell sowie insbesondere ab 1942 dem Politiker Johannes Popitz als wichtiger Verbindungsmann zu ganz unterschiedlichen Personenkreisen.¹²⁷¹ Goerdeler hatte in seinen wiederholt angepassten Kabinettslisten zeitweise Langbehn als Justiz-, von Hassell als Außen- und Popitz als Finanz-

¹²⁶⁶ Vgl. Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1955, Anhang IX; Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. München/Zürich 1985, S. 453f. (Tabelle); Scholtyseck, Otto Schniewind, S. 377; Moser/Winkler, Wegmarken, S. 104f.

¹²⁶⁷ Ritter, Carl Goerdeler, S. 412, Fn. 16.

¹²⁶⁸ Es war ja gerade dieser Titel, der die Stelle bei H. Aufhäuser/Seiler & Co. so attraktiv für ihn machte, da er mit seiner nonkonformistischen Haltung jederzeit damit rechnen musste, ins Visier der Gestapo zu gelangen. Das wurde auch in den Spruchkammer- und Wiedergutmachungsverhandlungen wiederholt thematisiert – insbesondere vor dem Hintergrund, dass er ein angeblich (finanziell) lukrativeres Angebot des Bankhauses Delbrück abgelehnt hatte – wozu er selbst jedoch nie klar Stellung bezogen hat. Siehe hierzu die diversen Schriftstücke in BWA, F 20/43; ebd., F 20/608.

¹²⁶⁹ Scholtyseck, Otto Schniewind, S. 377.

¹²⁷⁰ Himmler zweifelte wohl seit Anfang 1941, definitiv ab Herbst 1943 an Hitlers Sieg, vgl. insgesamt Karl-Günter Zelle, Hitlers zweifelnde Elite. Goebbels – Göring – Himmler – Speer. Paderborn u.a. 2010, S. 175-247, zur Zeitangabe S. 205f.

¹²⁷¹ Hoffmann, Widerstand, S. 52, 255.

bzw. Kultusminister vorgesehen.¹²⁷² Langbehn – seit 1933 NSDAP-Mitglied – war mit Himmler privat bekannt und dieser wusste um dessen allmähliche Hinwendung zu oppositionellen Gruppierungen¹²⁷³, deckte ihn aber zunächst. Denn der Reichsführer SS bemühte sich selbst seit etwa 1942 um Friedensgespräche mit den Westalliierten und nutzte Langbehn als Verbindungsmann.¹²⁷⁴ So gesehen versuchten sowohl Verschwörer wie auch eine maßgebliche Person der nationalsozialistischen Führung das reichlich vorhandene soziale Kapital Langbehns für ihre Zwecke zu nutzen. Eine zentrale Rolle nahmen für Himmler die so hergestellten Kontakte nach Schweden ein; was möglicherweise auch die Lage und schließlich Haftentlassung Schniewinds beförderte. Langbehn vermittelte im August 1943 auch ein Gespräch zwischen Popitz und Himmler¹²⁷⁵, der kurz zuvor zusätzlich das Reichsministerium des Innern übernommen hatte. Popitz hatte den Minister wissen lassen, dass er den Krieg für verloren halte und man Friedensverhandlungen mit den Westalliierten aufnehmen sollte, hielt sich zunächst aber mit weitergehenden Äußerungen zurück.¹²⁷⁶

Damit war jedoch für den Widerstand ein wichtiger Kontakt zu einer der maßgeblichen Machtzentralen des nationalsozialistischen Regimes, der SS, hergestellt, auf dem sich aufbauen ließ. Weitere Gespräche waren vereinbart worden, zu denen es allerdings nicht mehr kommen sollte: Die Gestapo hatte im September 1943 ein alliiertes Telegramm abgefangen, in dem über Langbehns Beziehungen in die Schweiz und zum US-amerikanischen Geheimdienst OSS berichtet wurde. Himmler ließ Langbehn sofort fallen und verhaften, obwohl die Bern-Reise ihm ja dazu dienen sollte, über dessen Kontakte zu den Alliierten die Möglichkeiten zu sondieren, Hitler abzusetzen.¹²⁷⁷ Popitz war zunächst freigeblieben, blieb aber in der Folge von der deutschen Widerstandsbewegung isoliert. Zum Prozess gegen beide sollte es erst nach dem Attentat vom 20. Juli kommen, in dem sich das weit verzweigte Netz ihres konspirativen Kreises offenbarte. Beide bezahlten das mit ihrem Leben.¹²⁷⁸ In diesem Zusammenhang soll

¹²⁷² Ritter, Carl Goerdeler, S. 363f., Anhang IX; Hoffmann, Widerstand, S. 453f. (Tabelle).

¹²⁷³ Langbehn begann offenbar nach der KZ-Einlieferung seines jüdischen Lehrprofessors 1938 sich von der NSDAP zu distanzieren, vgl. Allen Welsh Dulles, Germany's Underground, New York 1947, S. 147f.

¹²⁷⁴ Hoffmann, Widerstand, S. 366f, Karl-Günter Zelle, Hitlers zweifelnde Elite, S. 224. Zur allgemeinen Einordnung Langbehns in den Widerstand siehe auch Gerhard Schulz, Nationalpatriotismus und Widerstand. Ein Problem der europäischen Krise und des Zweiten Weltkriegs – nach vier Jahrzehnten Widerstand, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1984 (32. Jahrgang), S. 331-372, hier S. 338, s. ferner S. 345, Fn. 43. Siehe zu Langbehn auch den recht detaillierten Eintrag unter http://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Langbehn [12.04.2014].

¹²⁷⁵ Dass der bereits erwähnte SS-Obergruppenführer Wolff das Gespräch mit Popitz vermittelt hatte (darauf weist als Alternative hin Hedwig Maier, Die SS und der 20. Juli 1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1966 (14. Jahrgang), S. 299-316, hier S. 304. Zu Langbehn und Himmler s. ferner ebd., S. 307, 310f., 314f.) ist wohl dahingehend zu interpretieren, dass Langbehn ab Mai 1943 Wolff, den er ebenfalls kannte, als zusätzlichen Unterhändler zu Himmler einschaltete, vgl. Dulles, Germany's Underground, S. 157f.; ferner Hoffmann, Widerstand, S. 367f.; Karl-Günter Zelle, Hitlers zweifelnde Elite, S. 222.

¹²⁷⁶ Vgl. Dulles, Germany's Underground, S. 158-160; Hoffmann, Widerstand, S. 367; Karl-Günter Zelle, Hitlers zweifelnde Elite, S. 224f.

¹²⁷⁷ Vgl. Dulles, Germany's Underground, S. 162f.; Karl-Günter Zelle, Hitlers zweifelnde Elite, S. 225.

¹²⁷⁸ Vgl. Dulles, Germany's Underground, S. 162ff; Ritter, Goerdeler, S. 356. Himmler erwähnte Langbehn in seiner wirren Rede zum 20. Juli vor den Gauleitern und bezeichnete ihn als „Dr. X“, vgl. Dokumentation: Die

nicht unerwähnt bleiben, dass auch der Anwalt Harnier, der wie oben beschrieben Martin Aufhäuser und seiner Frau maßgeblich die Auswanderung in die USA ermöglicht hatte, als einer der maßgeblichen Protagonisten des monarchistischen Harnier-Kreises im Widerstand tätig war und er das letztendlich ebenfalls mit seinem Leben bezahlte.¹²⁷⁹

Auf einer anderen Ebene spielten sich die konspirativen Aktivitäten Siegfried Aufhäusers ab, die aufgrund der äußerst spärlichen Quellenlage nur sehr begrenzt verlässlich aufgedeckt werden können. Gemäß den Überlieferungen der Familie Aufhäuser setzte er sein ökonomisches und soziales Kapital ein, um Juden bei ihrer Auswanderung zu unterstützen.¹²⁸⁰ Dabei soll er in erster Linie mit Francis („Frank“) Foley zusammengearbeitet haben, der als „Britain's Schindler“ bezeichnet wird. Foleys Einsatz für die Juden in Deutschland blieb über Jahrzehnte weitgehend unbekannt, da praktisch nur mündliche Zeugnisse darüber zugänglich sind und wesentliche Akten weiterhin unter Verschluss liegen.¹²⁸¹ Als gesichert kann angesehen werden, dass Foley seine Stelle in der Passabteilung der britischen Botschaft in Berlin dazu nutzte, um deutschen Juden – „by hook or by crook“¹²⁸² – die notwendigen Visa zur Ausreise zu beschaffen. Dieser Posten war gleichwohl nur eine Tarnung für seine eigentliche Tätigkeit als MI6-Agent und Bereichsleiter in der Reichshauptstadt. Seine Aktivitäten, zu denen noch weit spektakulärere gehörten¹²⁸³, waren damit umso riskanter, da er keine diplomatische Immunität genossen hat und jederzeit als Agent enttarnt werden konnte. Foley arbeitete eng mit den jüdischen Verbänden zusammen, vor allem mit dem 1901 gegründeten Hilfsverein der deutschen Juden. Das Prinzip der Reziprozität sozialer Beziehungen wirkte selbst an dieser Stelle. Viele der jüdischen Kontakte Foleys hatten hochrangige Positionen inne und konnten ihn daher mit wichtigen Informationen über die Geschehnisse in Deutschland versorgen.¹²⁸⁴ Der Hilfsverein unterstützte die Ausreisenden auch mit Geld bzw. stellte Verbindungen zu Geldgebern her. Ein wesentliches Element, um die Ausreise zu beschleunigen, war – wie

Rede Himmlers vor den Gauleitern am 3. August 1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4/1953 (1. Jahrgang), S. 357-394, hier S. 361, 376.

¹²⁷⁹ Vgl. Förster, Harnier-Kreis, S. 545-570; Hartmut Mehringer, Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner. München 1997, S. 141-144. Harnier starb kurz nach seiner Befreiung aus der Haft am 12. Mai 1945 an Fleckfieber.

¹²⁸⁰ Gespräch am 13.07.2011 mit Judy Aufhäuser. Sie ist bekannt mit Zeitzeugen, die von Frank Foley gerettet worden waren, und ist zudem gut über das Filmprojekt informiert (siehe folgende Fn.).

¹²⁸¹ Ein ehemaliger britischer Agent wurde auf den Fall aufmerksam gemacht und machte ihn 1999 publik, Michael Smith, Foley. The Spy Who Saved 10.000 Jews. London 1999. Zum Zitat und der schwierigen Quellensituation siehe ebd., S. 278. Auch ein geplanter Film scheiterte an der unnachgiebigen Haltung des britischen Geheimdienstes, vgl. http://www.burnhamandhighbridgeweeklynnews.co.uk/news/1150937.cherie_blair_could_help_foley_film/ [13.04.2014]. Erst in den Jahren nach 1999 erhielt Foley, der bereits 1958 gestorben war, diverse Ehrungen, so den Titel „Gerechter unter den Völkern“.

¹²⁸² Vgl. Smith, Foley, S. 66.

¹²⁸³ So soll er Juden versteckt haben, darunter Leo Baeck (Präsident der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland), und in Konzentrationslager gegangen sein, um Inhaftierte herauszuholen, vgl. Smith, Foley, ab Kap. 11.

¹²⁸⁴ Vgl. Smith, Foley, S. 66. Siehe allgemein Bajohr, Parvenüs, S. 123.

während des nationalsozialistischen Regimes weit verbreitet¹²⁸⁵ – erhebliche Bestechungsgelder an deutsche Offizielle zu zahlen.¹²⁸⁶ Es war folglich ein beträchtlicher Geldfluss notwendig, an dem wohl Siegfried Aufhäuser an der einen oder anderen Stelle involviert war. Immerhin hatte er den Vorteil, dass er englischer Staatsbürger war und damit wie gesehen höchst wahrscheinlich über Auslandskonten verfügt hat, über die er auch bis zu seiner Auswanderung 1939 aus Deutschland heraus Transaktionen durchführen konnte. Auffallend ist ferner, dass er gemäß einer Devisenprüfung Ende Dezember 1938 außer dem Auseinandersetzungsguthaben infolge der „Arisierung“ (120.000 RM) und der Wohnungseinrichtung keinerlei nachweisbares Vermögen in Deutschland besessen hat, er alleine 1937 und 1938 immerhin aber knapp 60.000 RM als Privatentnahme aus der Bank erhalten hatte. Das war kaum weniger als sein Bruder, dessen Vermögen, je nach Berechnung, auf 2,8 bis 3,4 Mio. RM taxiert worden war.¹²⁸⁷ Selbstverständlich ist das nur ein sehr grober Indikator.

Bankiers waren insgesamt für diese Aufgabe prädestiniert, da sie über die nötigen internationalen Kontakte verfügten und das Know-how der Finanztransaktionen – auch über den legalen Rahmen hinaus, der aufgrund der nationalsozialistischen Repressalien eng begrenzt war. Hilfreich konnte dabei eine weitere Berufsgruppe sein, die alleine durch ihre Tätigkeit über umfangreiches soziales Kapital verfügte: Diplomaten. So war beispielsweise der ehemalige deutsche Botschaftsrat in London, Albrecht Graf von Bernstorff¹²⁸⁸ bereits 1935 in das ehemals jüdische Bank A. E. Wassermann (Berlin) eingetreten.¹²⁸⁹ Ausschlaggebend für die Hereinnahme Bernstorffs waren sehr wahrscheinlich seine sozialen Verbindungen, insbesondere nach England. Neben dem Devisengeschäft sollte das vor allem für die jüdische Emigrationshilfe eingesetzt werden; im vorangegangenen Kapitel war auch das überproportionale Engagement der A. E. Wassermann für die Altreu kurz aufgezeigt worden.¹²⁹⁰ Dabei bediente sich Bernstorff bei der Emigrationshilfe offenbar nicht nur legalen Mitteln¹²⁹¹, anders war das sicher auch nicht zu bewerkstelligen gewesen. Es ist zu vermuten,

¹²⁸⁵ Vgl. Frank Bajohr, Korruption in der NS-Zeit als Spiegel des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in: Jens Ivo Engels/Andreas Fahrmeir/Alexander Nützenadel (Hg.), Geld – Geschenke – Politik: Korruption im neuzeitlichen Europa. Historische Zeitschrift, Beiheft. München 2009, S. 231-248.

¹²⁸⁶ Vgl. Smith, Foley, S. 64ff.

¹²⁸⁷ BWA, K1, XXI 16b, 19a. Akt, Fall 30, Bericht Devisenprüfers Max Reiß, 11.01.1939.

¹²⁸⁸ Bernstorff hatte Anfang der 1920er Jahre ein Praktikum beim Bankhaus Delbrück, Schickler & Co. absolviert und besaß freundschaftliche Verbindungen u.a. zu Paul von Schwabach, vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 396 Fn. 637. Siehe allgemein zu Bernstorff Reinhard R. Doerris, Individualist und Diplomat. Albrecht Graf von Bernstorff, in: Jan Erik Schulte/Michael Wala (Hg.), Widerstand und Auswärtiges Amt. Diplomaten gegen Hitler. München 2013, S. 35-49.

¹²⁸⁹ Bernstorff war 1935 als Generalbevollmächtigter eingetreten, 1937 wurde er Teilhaber, vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 396f.; Hoffmann, Widerstand, S. 51. Von Weggefährten wurde Bernstorffs Eintritt in das jüdische Bankhaus gar als „Kriegserklärung“ an das Regime, das ihn im November 1933 in den einstweiligen Ruhestand versetzt hatte, bezeichnet, vgl. Doerris, Individualist, S. 42.

¹²⁹⁰ Diverse Belege in SWA, Berliner Chef-Besprechungen vom 01.05.1937-[offen]; Köhler, „Arisierung“, S. 397.

¹²⁹¹ Vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 398; Doerris, Individualist, S. 43; allgemein Mehringer, Widerstand, S. 204.

dass Siegfried Aufhäuser in seiner Bank eine ähnliche Rolle spielte wie Bernstorff. Für diese These spricht, dass Siegfried Aufhäuser, nachdem sein Ausscheiden aus der Bank abzusehen war, sich darum bemühte, den ehemaligen Legationsrat an der Deutschen Botschaft in London, Hilger van Scherpenberg, in die Bank zu holen.¹²⁹² Wie bei Bernstorff sollten dessen soziale Beziehungen ins Ausland nutzbar gemacht werden, wobei auffällt, dass sowohl Bernstorff wie auch Scherpenberg langjährige und hochrangige Mitarbeiter der deutschen Botschaft in London waren. Scherpenberg war seit 1928 an der Botschaft in London tätig gewesen und Siegfried Aufhäuser hatte ihn dort kennen gelernt.¹²⁹³ Dies zeigt ferner, dass Siegfried Aufhäuser auch nach seinem Abschied aus Großbritannien engen Kontakt dorthin pflegte. Norman hatte ebenfalls die Nähe van Scherpenbergs zu Schacht, dessen Schwiegersohn er war¹²⁹⁴, genutzt, um über ihn vertraulich mit dem Reichsbankpräsidenten zu kommunizieren.¹²⁹⁵ Durch seine Bekanntschaft zu Mitgliedern des Widerstandes, insbesondere zum diplomatischen Solf-Kreis, geriet Scherpenberg ins Visier der Gestapo und er wurde am 1. Juli 1944 zu zwei Jahren Haft verurteilt.¹²⁹⁶

Die nationalsozialistische Herrschaft in München fand schließlich mit dem Einmarsch der US-amerikanischen Truppen am 30. April 1945 ihr Ende. Zwar konnte bis zum Schluss der Kundenverkehr gewährleistet werden¹²⁹⁷, verschont war Seiler & Co. jedoch keineswegs geblieben. Viele Mitarbeiter waren zum Militärdienst eingezogen worden, so dass 1945 von den vormals 149 Beschäftigten die verbliebenen 66 den Bankbetrieb aufrechterhalten mussten. Das Bankhaus war 13 Mal durch Bombenangriffe der Alliierten getroffen worden, bis das Gebäude bei Ende des Krieges fast vollständig zerstört war; die zentrale Lage unweit des Marienplatzes und im Schatten der Frauenkirche hatte sich negativ bemerkbar gemacht. Fortan besaß die US-Militärregierung in Bayern die oberste Gewalt, die Seiler & Co. zuerst den weiteren Betrieb untersagte und im Juni 1945 unter der alliierten Vermögenskontrolle (*Property Control*) wiedereröffnen ließ. Friedrich Seiler durfte nicht mehr als Komplementär zurückkehren, er

¹²⁹² Siegfried Aufhäuser an van Scherpenberg: „[...] Ihnen vor kurzem über die hier im Hause ausreifenden Pläne und über die sich für neue Kräfte event. ergebenden Tätigkeits-Möglichkeiten einige Worte zu sagen. [...] die Möglichkeit zu eröffnen, Überlegungen über Ihre event. Mitwirkung in einer für alle Teile genehmen Form anzustellen. Hierbei denke ich für Ihre Person primär an die Ausschaltung einer kapitalistischen Leistung und eines persönlichen Risikos“, BWA, F 20/25, S. Aufhäuser an van Scherpenberg, 11.08.1938. Es war folglich die Stelle eines Komplementärs ohne Einlage vorgesehen, so wie es bei Seiler und Schniewind zur Anwendung kam.

¹²⁹³ BWA, F 20/25, S. Aufhäuser an van Scherpenberg, 11.08.1938.

¹²⁹⁴ Vgl. Kopper, Hjalmar Schacht, S. 244; Wendt, Economic Appeasement, S. 207.

¹²⁹⁵ Vgl. Kopper, Hjalmar Schacht, S. 244.

¹²⁹⁶ Vgl. Conze, Amt, S. 304, 359. Eine aktive Unterstützung des Solf-Kreises konnte ihm der Volksgerichtshof nicht nachweisen, vgl. Kopper, Hjalmar Schacht, S. 351f. Bernstorff überlebte den Krieg nicht, wenngleich er wahrscheinlich keiner festen Widerstandsgruppe angehörte (anders Conze, Amt, S. 304), aber in jedem Fall engen Kontakt zu einzelnen Personen des Widerstandes hielt. Womöglich spielte der oben genannten SS-Führer Wolff eine Rolle bei seiner (ersten) Verhaftung, vgl. Doerries, Individualist, S. 44-49.

¹²⁹⁷ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 105ff.

erhielt vielmehr Hausverbot und seine Konten wurden gesperrt.¹²⁹⁸ Otto Schniewind wurde ebenfalls von der Geschäftsleitung ausgeschlossen und 1947 überdies von der Münchener Spruchkammer als „Hauptschuldiger“ angeklagt, was im Zusammenhang mit seinen Stellen als Ministerialdirektor im Reichsministerium für Wirtschaft und im Reichsbankdirektorium zu sehen war.¹²⁹⁹ Gleichwohl blieb er bis zum ersten gerichtlichen Teil-Beschluss 1951 *pro forma* Komplementär.¹³⁰⁰ Als Treuhänder wurde von den US-Amerikanern am 20. Dezember 1945 Josef Bayer eingesetzt. Wie schon 1938 war er der Einzige, der profunde Kenntnisse hinsichtlich des Kreditinstituts und seiner Geschäfte aufwies.¹³⁰¹ Man kann seine Berufung zudem vor dem Hintergrund seines sozialen, symbolischen und kulturellen Kapitals bewerten, da er über langjährige und enge Verbindungen zur Familie Aufhäuser verfügte – die Berufung Bayers beruhte auch auf ihre Empfehlung –, als Statthalter der Alt-Inhaber sowie als Gegner der Nationalsozialisten angesehen wurde und er damit die höher zu bewerteten Status sowie die älteren Rechte gegenüber Schniewind hatte.¹³⁰² Es war mithin seitens der Bank an Bayer, die Wiedergutmachungsverhandlungen mit der Familie Aufhäuser sowie Seiler & Co. aus der alliierten und ab 1948 auch der bayerischen Vermögenskontrolle zu führen.

Bis eine Regelung für das Bankhaus erreicht werden konnte, dauerte es alleine zehn Jahre, was trotz der komplizierten Materie und den divergierenden Interessen auch im Vergleich zu anderen ähnlich gelagerten Fällen lang war.¹³⁰³ Doch selbst danach war die Angelegenheit noch längst nicht abgeschlossen und die gerichtlichen Auseinandersetzungen wurden bis weit in die 1960er Jahre geführt.¹³⁰⁴ Die vielfältigen Aufhäuser-Rückerstattungsverfahren wurden dabei nicht nur vor bayerischen Gerichten, sondern ebenfalls vor dem Obersten Rückerstattungsgericht der US-amerikanischen Zone, dem United States Court of Restitution Appeals (CORA), verhandelt. Denn zuständig waren das jeweilige Land bzw. die alliierte Besatzungszone. Hier offenbarten sich mitunter unterschiedliche Herangehensweisen und

¹²⁹⁸ Vgl. zum Folgenden die diversen Belege unter BWA, F 20/26, auf die bereits Köhler bei seiner Darstellung zurückgegriffen hat („Arisierung“, S. 510-514). 1952 wurde seitens der Bank mit Seiler ein Teilvergleich geschlossen, wonach er mit Wirkung vom 21. Juni 1948 als persönlich haftender Gesellschafter von Seiler & Co. ausschied und 31 TDM als Ausgleich erhielt, BWA, F 20/344, Protokoll Wiedergutmachungskammer LG München, 06.08.1952 (Ausfertigung).

¹²⁹⁹ BWA, F 20/43, Der öffentliche Kläger bei der Spruchkammer München VI, Klageschrift gegen O. Schniewind auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946, 08.04.1947. Siehe zu seinen Tätigkeiten Scholtyseck, Otto Schniewind, S. 375.

¹³⁰⁰ BWA F 20/344, Teil-Beschluss Wiedergutmachungskammer LG München, 08.10.1951 (Ausfertigung, Durchschlag).

¹³⁰¹ Siehe allgemein Moser/Winkler, Wegmarken, S. 108-112. Bayer wurde am 1.10.1948 vom Bayerischen Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung als Treuhänder des Bankhauses bestätigt, BWA, F 20/344, Protokoll Wiedergutmachungskammer LG München, 06.08.1952 (Ausfertigung).

¹³⁰² Siehe in diesem Zusammenhang BWA, F 20/367, Valentin Heins [RA Familie Aufhäuser] an A. Müller, 05.10.1966 (mit diversen Anlagen).

¹³⁰³ So hatte man sich beispielsweise bei Warburg bereits im August 1949 auf einen Rückerstattungsvergleich geeinigt, vgl. Köhler, „Arisierung“, S. 516. Allerdings gab es auch bei Warburg weitere Streitfälle, vgl. ebd., S. 517f.

¹³⁰⁴ Streng genommen wurden bis in die Gegenwart Wiedergutmachungsverfahren geführt, da beispielsweise Robert Aufhäuser, der Sohn Martin Aufhäusers, 2001 das Wiedergutmachungsverfahren wieder aufnahm, BayHStA, LEA 178 (A. Aufhäuser), Robert Aufhäuser an LEA, 05.07.2001.

Urteile der deutschen bzw. alliierten Gerichte.¹³⁰⁵ Nicht berücksichtigt sind dabei die Wiedergutmachungsverfahren die jüdischen Kunden betreffend, die die Bank über Jahrzehnte intensiv beschäftigten und bei denen H. Aufhäuser in Deutschland eine führende Rolle einnahm.¹³⁰⁶

Darüber hinaus wurden in Spruchkammer-Verfahren persönliche Schuld bzw. Unschuld beurteilt, wobei die Fälle Seiler und Schniewind gleichzeitig vor der Münchener Spruchkammer verhandelt wurden.¹³⁰⁷ Das Urteil erging im Mai 1947. Seiler wurde einerseits zugestanden, dass er „kein unangenehmer Nazi“¹³⁰⁸ gewesen wäre und „zweifellos auf Kosten der rassisch Verfolgten keine übermäßigen Vorteile für sich erzielte“, andererseits wurden ihm seine hohen Profite, die er aus seinen Tätigkeiten beim Messerschmitt-Konzern und damit bei einem Rüstungskonzern erlangt hatte, angelastet. Daher wurde er in der Gruppe der „Belasteten“ einsortiert, er erhielt u.a. für fünf Jahre Berufsverbot (mit der Möglichkeit der Verkürzung), sein halbes Vermögen wurde eingezogen und er musste Arbeitsdienst leisten, auf eine Einweisung in ein Arbeitslager wurde aber verzichtet. Schniewind wurde zwar freigesprochen und sein antinationalsozialistisches Verhalten besonders hervorgehoben, ein Zurück in die Bank blieb ihm dennoch durch die Entscheidung der US-Vermögenskontrolle verwehrt. Dies sowie die Berufung Bayers als Treuhänder statt seiner führte auch zu einem eminenten persönlichen Zwist zwischen Schniewind und Bayer¹³⁰⁹, wobei auf beiden Seiten auch machtpolitische Gesichtspunkte wesentlich gewesen sein dürften, waren sie doch selbstbewusste, willensstarke und energische Personen¹³¹⁰. Die Folge war, dass Schniewind fortan auf Distanz zur Bank ging und Siegfried Aufhäuser bereits 1948 wissen ließ, dass er beabsichtige, sich der aufstrebenden Münchener Konkurrenz anzuschließen: Neuvians, Reuschel & Co. Die Bank war 1947 durch die ehemaligen Angestellten von Aufhäuser/Seiler Eugen Neuvians und Wilhelm

¹³⁰⁵ Vgl. allgemein und zu den gesetzlichen Grundlagen Walter Schwarz, Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland. Ein Überblick, in: Ludolf Herbst/Constantin Goshler, Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland. München 1989, S. 33-54 sowie Köhler, „Arisierung“, S. 524-541. So wurde bspw. auch eine erste Vereinbarung zwischen der Bank und F. Seiler von den US-Amerikanern nicht anerkannt, BWA, F 20/344, Entscheidung OLG München, 28.06.1952 (Durchschlag, englische Übersetzung). Dies bedeutete ebenfalls, dass die alliierten Gerichte auch nach Gründung der Bundesrepublik die Rückerstattungen weiterhin als ihre Angelegenheit und als Kontrollorgan ansahen, vgl. Schwarz, Wiedergutmachung, S. 39, 41; Jürgen Lillteicher, Westdeutschland und die Restitution jüdischen Eigentums in Europa, in: Constantin Goshler/Philipp Ther, Raub und Restitution. „Arisierung“ und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa. Frankfurt a.M. 2003, S. 92-107, hier S. 100f.

¹³⁰⁶ Vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 117.

¹³⁰⁷ BWA, F 20/608, Verhandlung der Spruchkammer München VI gegen Friedrich Wilhelm Seiler-Vierling und Dr. Otto Schniewind am 16.05.1947, insbes. S. 95-100; folgende Zitate ebd.

¹³⁰⁸ So auch die Einschätzung von Ursula Seuffert, damalige Assistentin in der Rechtsabteilung von Seiler & Co., Interview mit Ursula Seuffert, 14.04.2011.

¹³⁰⁹ BWA, F 20/367, V. Heins an A. Müller, 05.10.1966 (mit diversen Anlagen).

¹³¹⁰ Siehe hierzu auch die Ausführungen in einer Aktennotiz ohne Verfasser vom 25.08.1951 (BWA, F 20/363). Darin wurde zudem erwähnt, dass Eidenschink sich gegenüber Schniewind selbst für die Bankleitung von Seiler & Co. empfahl und er die Vertretung der Anteilseigner übernehmen wollte. Ob dies mit oder ohne Bayer vorgesehen war, geht aus der Notiz nicht hervor. Schniewind hielt Eidenschink jedoch für ungeeignet.

Reuschel ins Leben gerufen worden.¹³¹¹ Formeller Eintritt Schniewinds erfolgte schließlich zum 1. Januar 1952. Neuvians hatte vor Gericht bestätigt – und Schniewind hatte sich ähnlich geäußert –, dass seine Bank durchaus als ein Konkurrenzunternehmen zu Seiler & Co. zu sehen war.¹³¹² So plante Schniewind unter anderem, die Beteiligungen aus dem Firmenvermögen herauszulösen und mit allen Kommanditisten in Neuvians, Reuschel & Co. zu fusionieren.¹³¹³ Mit anderen Worten: Schniewind beabsichtigte das Ende der Existenz von Seiler & Co. Vor allem hatte Schniewind die wertvollste Beteiligung von Seiler & Co. – die an der Telefonbau und Normalzeit Lehnher & Co., Frankfurt a.M. (TuN) – im Blick, die seiner Meinung nach nur durch ihn möglich geworden war.¹³¹⁴ Auch wenn Schniewind in jeder Instanz verlor und sein Vorgehen auf großes Unverständnis nicht zuletzt der Gerichte stieß, ließ er erst 1966 und damit unmittelbar nach dem Tod von Bayer davon ab.¹³¹⁵ Diese Zwietracht zwischen Schniewind und Bayer beeinträchtigte die Wiedergutmachungsverhandlungen ganz erheblich und muss bei den folgenden Ausführungen stets mit bedacht werden.

Versuche, einen Vergleich zwischen der Gruppe Aufhäuser¹³¹⁶ auf der einen sowie den Komplementären und Kommanditisten der Bank¹³¹⁷ auf der anderen Seite auf gutlichem Weg

¹³¹¹ BWA, F 20/363, A. Müller an V. Heins, 29.09.1959 (Durchschlag). Wohl im November 1949 hatte Schniewind seine Möbel von Seiler & Co. zu Neuvians, Reuschel umziehen lassen. Siehe auch Die Zeit, Eine aufstrebende Privatbank, 08.12.1955. Die Gründung basierte auf der bereits existierenden Bank Witzig & Co., die Umfirmierung erfolgte 1948. Neuvians war 1927 bei H. Aufhäuser eingetreten (bis 30.9.1947), Reuschel 1946 lediglich für drei Monate bei Seiler & Co. tätig gewesen, BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 103, 107.

¹³¹² BWA, F 20/363, A. Müller an V. Heins, 29.09.1959 (Durchschlag). Das ging angeblich soweit, Seiler & Co. beim bayerischen Landesamt für Vermögensverwaltung anzuschwärzen und beim bayerischen Finanzministerium zu intervenieren, um die Aufhebung der Vermögenskontrolle zu verhindern, BWA, F 20/367, V. Heins an A. Müller, 05.10.1966 (mit diversen Anlagen).

¹³¹³ BWA, F 20/363, Aktennotiz (ohne Verfasser), 25.08.1951.

¹³¹⁴ Der Frankfurter Telefonbau- und Fernmeldekonzern war 1899 von Harry Fuld unter dem Namen Deutsche Privat-Telefon-Gesellschaft H. Fuld & Co. gegründet worden. Der Telekommunikations-Konzern war mit mehr 4.400 Mitarbeitern (1938) einer der größten seiner Zeit. Die TuN war seit 1937 aufgrund von Devisen- und Steuerverfahren in einer Gesamthöhe von über 20 Mio. RM in erhebliche finanzielle Bedrängnis geraten. Im November 1939 war die Geschäftsführung daher an Seiler & Co. herangetreten, um die Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium zu führen. Erst im zweiten Anlauf hatte Seiler & Co. schließlich das Mandat im April 1940 übernommen. Nach langwierigen Unterredungen konnte beim Reichsfinanzministerium erreicht werden, dass die Steuerschuld erheblich herabgesetzt wurde. Zudem war es Seiler & Co. gelungen, das benötigte frische Kapital für die TuN durch die Aufnahme neuer Gesellschafter zu beschaffen. Die Bank selbst hatte sich 1941 mit 1,15 Mio. RM an TuN beteiligt, was einem Anteil von 3,19% am Kommanditkapital entsprach, BWA, F 20/366, Endurteil LG München, 08.12.1961 (Ausfertigung). Allgemein: Telefonbau und Normalzeit (Hg.), Telefonbau und Normalzeit. Ein firmenkundlicher Bericht. O.O. 1956, S. 46.

¹³¹⁵ BWA, F 20/344, LG München, 29.07.1966 (Ausfertigung). Die TuN-Beteiligung, die zu diesem Zeitpunkt wohl über fünf Mio. DM wert war, blieb vollständig im Besitz von H. Aufhäuser. Siehe ferner ebd., F 20/366, Brief an Meta Gadesmann [ehem. Gesellschafterin TuN], 20.06.1960 (Verf. unbekannt, Foto-Kopie).

¹³¹⁶ Die Gruppe Aufhäuser, wie sie der Einfachheit halber genannt werden soll, bestand aus Walter Aufhäuser, ältester Sohn und Nachlassverwalter Martin Aufhäusers, Siegfried Aufhäuser bzw. nach dessen Tod 1949 sein Testamentsvollstrecker Rudolf B. Schlesinger (er war ein Cousin von M. und S. Aufhäuser) sowie Irmgard Heilbronner als Tochter von Emil Kraemer. Zeitweise klagte auch Tatjana Aufhäuser, Ehefrau Siegfried Aufhäusers seit 1948, auf Rückerstattung des Bankhauses, was 1951 als unbegründet zurückgewiesen wurde, BWA F 20/344, Teil-Beschluss Wiedergutmachungskammer LG München, 08.10.1951 (Ausfertigung, Durchschlag).

¹³¹⁷ Diese waren 1945: Herzog E. A. von Hannover und Lüneburg, W. Messerschmitt, L. Stromeyer-Raulino, Südchemie (ehem. Vereinigte Bleicherdefabriken AG) (alle seit November 1938), Graf und Gräfin Trips (seit 1939) sowie Familie Neuerburg (seit 1940). Die Kommanditisten spielten bei den Wiedergutmachungsverhandlungen keine besondere Rolle, d.h. auch die „Arisierung“ der Bank 1938 durch sie

zu erreichen, waren bis 1948 geführt worden, eine Einigung konnte allerdings nicht erzielt werden. Zwar waren auch die Rückerstattungsverhandlungen zwischen der Aufhäuser-Gruppe und Josef Bayer als Vertreter von Seiler & Co. nicht frei von Unstimmigkeiten, da sie mehr Einfluss erhalten wollten, als der Treuhänder und die Kommanditisten zugestehen wollten.¹³¹⁸ Eine wesentliche Rolle dürfte dabei gespielt haben, dass Bayer einerseits die Notwendigkeit der Wiedergutmachung anerkannte und moralisch für unbedingt geboten ansah, andererseits den Fortbestand der Bank sichern wollte, und dies ohne allzu große Verwerfungen.¹³¹⁹ Dennoch hatte in erster Linie Schniewind die Verzögerungen zu verantworten, denn mit allen anderen neun Beteiligten wurde relativ schnell eine Übereinkunft erzielt, die jedoch aufgrund seiner ablehnenden Haltung nicht umgesetzt werden konnte.

Dürfte das angespannte Verhältnis zu Bayer für die intransigente Haltung Schniewinds maßgeblich gewesen sein¹³²⁰, scheiterte eine Einigung vordergründig an Schniewinds finanziellen Forderungen, d.h. er war nicht gewillt, den Alteigentümern bzw. deren Erben eine finanzielle Entschädigung zukommen zu lassen, sondern forderte seinerseits eine stattliche Abfindung für einen freiwilligen Rückzug aus der Bank.¹³²¹ Schniewind begründete das mit einer zwischen ihm und Siegfried Aufhäuser im Februar 1939 (angeblich) getroffenen Vereinbarung eines Treuhandverhältnisses. Deren Inhalt konnte auch gerichtlich nie geklärt werden, soll aber laut Aussage von Schniewind darin bestanden haben, dass nach Ende des Hitler-Regimes die Aufhäusers wieder in ihre alte Stellung in der Bank zurückkehren sollten und er selbst ebenfalls persönlich haftender Gesellschafter bleiben dürfte. Während der nationalsozialistischen Herrschaft fungierte er demnach als Treuhänder der Aufhäusers. Diese Treuhandenschaft wurde zwar von den diversen Gerichtsbeschlüssen anerkannt– obwohl sie von allen anderen Beteiligten bestritten bzw. nicht bestätigt werden konnte¹³²² – gleichzeitig wurde stets sein Ausscheiden aus der Bank bekräftigt.¹³²³

war kein Streitpunkt an sich, eine persönliche Bereicherung zulasten der Aufhäusers wurde offensichtlich nie angenommen.

¹³¹⁸ Darauf hat schon Köhler, „Arisierung“, S. 510-514 hingewiesen. Der Gedanke Siegfried Aufhäusers, das Bankhaus in eine Kapitalgesellschaft umzuwandeln, stand dem zentralen Argument Josef Bayers entgegen, den Charakter einer Privatbank zu wahren, damit die Kunden auch weiterhin „von einem persönlich haftenden und verantwortungsvollen Bankier“ beraten werden, vgl. Moser/Winkler, Wegmarken, S. 111f., ferner Köhler, „Arisierung“, S. 512. Heute sieht man dies nicht mehr so kritisch und viele Privatbanken fungieren beispielsweise als Kommanditgesellschaften auf Aktien (KGaA).

¹³¹⁹ Diese Sicht wird auch von seinem Sohn ausdrücklich geteilt, Telefoninterview mit Rudolf Bayer, 05.01.2012. Siehe auch BWA, F 20/26, Seiler & Co. an Aufhäuser-Gruppe, 12.06.1947.

¹³²⁰ Siehe auch BWA, F 20/344, Beschluss LG München I, 29.07.1966.

¹³²¹ Siehe die diversen Gerichtsbeschlüsse im Akt BWA, F 20/344; zusammenfassend ebd., V. Heins an CORA, 03.09.1952.

¹³²² Erstaunlich ist, wie einmütig die (angebliche) Treuhandenschaft Schniewinds von den Gerichten anerkannt wurde (siehe diverse Gerichtsbeschlüsse in Akt BWA, F 20/344), da diese nicht (schriftlich) belegt werden konnte, sie von Siegfried Aufhäuser nie bestätigt wurde und er viele Fragen unbeantwortet ließ, gerade was seinen Verbleib bei H. Aufhäuser nach dem Ende des Nazi-Regimes anbelangte, vgl. zusammenfassend ebd., F 20/344, V. Heins an CORA, 03.09.1952 sowie BayHStA, LEA 181 (S. Aufhäuser), W. Motzet an LEA, 21.1.58 (Anlage). Martin Aufhäusers Tochter, Dora Engel, bestritt nach dem Krieg in einer eidesstattlichen Versicherung ebenfalls, dass irgendein Treuhandverhältnis bestanden habe, BWA, F 20/380, Eidesstattliche Versicherung Dora Engel, 15.02.1952. Es war auch langer, nicht zu klärender Streitpunkt, ab wann

Ende 1953 konnte schließlich eine Regelung der Wiedergutmachung erreicht und damit auch die das Geschäft belastende Vermögenskontrolle aufgeboben werden¹³²⁴: Der Gruppe Aufhäuser wurde rückwirkend zum 21. Juni 1948 eine 40-prozentige Beteiligung am Kommanditkapital zugestanden. Den Erben wurde die Möglichkeit des Eintritts als Komplementäre in die Bank angeboten, was diese jedoch nicht annahmen.¹³²⁵ Damit wurde lediglich Josef Bayer persönlich haftender Gesellschafter der Bank. Die Bank erhielt Anfang 1954 zudem ihren Namen "H. Aufhäuser" zurück, was in Anwesenheit der Witwe und Tochter Martin Aufhäusers feierlich begangen wurde. Die Erben Aufhäuser veräußerten allerdings bereits im März 1955 rückwirkend zum 1. Januar 1955 ihre Beteiligung am Bankhaus H. Aufhäuser von nominal 641.400 DM. Davon entfielen 506.800 DM auf die Kommanditeinlage und 134.600 DM auf das Kapitalkonto.¹³²⁶ Die Familie Aufhäuser hatte sich damit vollständig aus der Bank, die nun wieder ihren Namen trug, zurückgezogen.

festgestanden hätte, dass Otto Schniewind als Komplementär vorgesehen gewesen war, wobei erschwerend hinzukam, dass sein Bruder Fritz Schniewind (als Personalchef) ebenfalls Anfang 1939 in die Bank eintrat und es so zu Namensverwechslungen kam, siehe hierzu die diversen Belege in BWA, F 20/380 sowie ebd., F 20/344.

¹³²³ Siehe die diversen Gerichtsbeschlüsse im Akt BWA, F 20/344; zusammenfassend ebd., V. Heins an CORA, 03.09.1952.

¹³²⁴ BWA, F 20/344, Teil-Beschluss Wiedergutmachungskammer LG München, 08.10.1951, (Ausfertigung, Durchschlag) sowie weitere Gerichtsentscheidungen, ferner Moser/Winkler, Wegmarken, S. 112; Köhler, „Arisierung“, S. 513f.

¹³²⁵ Offizielle Gründe hierfür liegen nicht vor, aber offensichtlich wollten sie nach den Geschehnissen in Deutschland nicht zurück in ihr Geburtsland, siehe auch Köhler, "Arisierung", S. 513f. Bezeichnend ist, dass beide nicht bei der Rückfirmierungsfeier 1954 anwesend waren. Robert Aufhäuser kam erst viele Jahre später auf Einladung der Bank regelmäßig nach München. Was bei der Warburg-Bank für erhebliche Differenzen sorgte, d.h. das Ziel von Erich M. Warburg, einen aktiven Einfluss auf die Unternehmensleitung zu nehmen und nicht nur passiver Anteilseigner zu sein (ebd., S. 516-519, 524), wurde bei H. Aufhäuser angeboten aber nicht wahrgenommen.

¹³²⁶ BWA, F 20/344, Vertrag zwischen V. Heins [hier: Treuhänder Gruppe Aufhäuser-Kraemer] und Mechtild Pankofer, 11.03.1955 (Abschrift). Das Kommanditkapital betrug 1,267 Mio. DM, die Gruppe Aufhäuser-Kraemer verkaufte mithin ihren gesamten Anteil von 40%.

VII. Schlussbetrachtung

Warum also konnten manche jüdischen Privatbankiers annähernd sechs Jahre unter nationalsozialistischer Herrschaft weiterhin bestehen und ihrem Geschäft nachgehen?

Dies lag in erster Linie daran, dass die Reichsführung, und hier ist vor allem Hitler selbst zu nennen, eine sehr pragmatische Politik ausübte. Mit der Folge, dass trotz des antisemitischen und gegen Banken gerichteten Parteiprogramms sowie der entsprechenden Ideologie jüdische Bankiers ihrer Tätigkeit vorerst auch im nationalsozialistischen Wirtschaftssystem nachgehen konnten. Ausschlaggebend hierfür waren die prekäre Devisensituation im Reich und die Abhängigkeit vom Import wichtiger Rohstoffe. Dies galt in besonderen Maßen für die Rüstungsindustrie, die im Wirtschaftsdenken Hitlers uneingeschränkt die zentrale Stellung einnahm. Devisen in Form von Auslands-Anleihen oder Ähnliches waren für das Reich aufgrund der Stillhalteabkommen sowie der Regelungen für die mittel- und langfristigen Schulden, die einer weitgehenden deutschen Zahlungseinstellung gleichkamen, nicht zu erlangen – und von Hitler aufgrund der daraus resultierenden Bindungen höchst wahrscheinlich auch gar nicht erwünscht. Um trotz angespannter Devisenlage dennoch die notwendigen Rohstoffe einführen zu können, war die Reichsleitung auf die bestehenden, insbesondere aus vor den Stillhalteabkommen resultierenden offenen Kreditlinien angewiesen. Diese liefen im Reich zu einem beträchtlichen Teil über jüdische Privatbankiers und stammten vor allem von City-Banken, da die New Yorker Banken ihre deutschen Engagements massiv zurückgeführt hatten.

Ein Teil dieser Kreditlinien lief über das Bankhaus H. Aufhäuser. Das Volumen dieser meist in Form von Akzepten bereitgestellten Kredite, die das Münchener Bankhaus hielt, war überschaubar, weshalb es alleine auch nie von „ausschlaggebender Bedeutung“ sein konnte. Wesentlich war vielmehr, dass das Bankhaus H. Aufhäuser Bestandteil dieses deutsch-englischen Netzwerkes war, über das ein Großteil dieser für die Reichsführung wichtigen offenen Kreditlinien lief. Es ist dabei nicht ohne Tragik, dass die deutsch-jüdischen und Londoner Bankiers damit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und damit zur Legitimierung des nationalsozialistischen Systems leisteten. Dabei verfolgten sie durchaus eigene Ziele. Die Londoner Banken hatten erhebliche Summen in Deutschland ausstehen und konnten diese nicht einfach abschreiben, ohne ihre eigene Existenz zu gefährden. Es war also aus betriebswirtschaftlicher Sicht rational, die Stillhalte-Gelder in Deutschland zu belassen und die Kreditlinien zu prolongieren; Alternativen im Inland bestanden wohl zunächst keine. Die deutsch-jüdischen Bankiers handelten so, um ihre „nationale Einstellung“ zu demonstrieren und auf diesem Weg das Überleben ihrer Banken, die sie von ihren Vätern übernommen hatten und ihr ökonomisches wie soziales Sein bedeutete, zu sichern. Vor demselben Hintergrund ist

Martin Aufhäusers Annäherung an das nationalsozialistische Regime insbesondere im Zusammenhang mit seinem Antrag zur Erlangung der Reichsbürgerschaft zu sehen, was ihn aus heutiger Sicht möglicherweise angreifbar macht. Die Alternative hätte aber nur lauten können, mit Hilfe der anderen (jüdischen) Privatbanken und der City-Bankiers, das entsprechende in- und insbesondere ausländische Netzwerk in die Richtung zu instrumentalisieren, den Devisenfluss nach Deutschland gänzlich zu unterbinden und die Kredite im Ausland zugleich fällig zu stellen. Die ökonomischen Folgen hätte das Regime kaum überstanden. Eine realistische Möglichkeit war das jedoch kaum, da dies die wirtschaftliche Not in Deutschland nochmals erheblich verschärft hätte – die katastrophale Lage nach der Weltwirtschaftskrise war noch nicht überwunden und sehr präsent –, mit der beträchtlichen Chance eines Bürgerkriegs. Dies hätte der Theorie der angeblichen jüdischen Weltverschwörung mit dem Ziel der Weltherrschaft erheblichen Auftrieb gegeben, mit der anzunehmenden Folge von Pogromen gegen die Juden. Gleichwohl ist nicht zu verleugnen, dass die jüdischen Privatbankiers mit ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit das System stützten, das sie existenziell bedrohte; wobei selbstredend auch andere Banken und Unternehmen ihren erheblichen Beitrag zur Stabilisierung des Systems beitrugen, von anderen Elementen ganz abgesehen. Das war den jüdischen Bankiers entweder nicht bewusst, oder sie gingen dieses Risiko ein, in der Hoffnung, dass auch diese Zeit wieder vorübergehen werde.

Diese Erwartungshaltung war nicht unbegründet, war der gesamte hier betrachtete Zeitraum auch einer, der vom Antisemitismus geprägt war. Es war ein schon gewohnter Reflex, dass bei Krisen eine antijüdische Stimmung aufkam. Das war infolge der Wirtschaftskrise in der 1870er Jahren der Fall, im und nach dem Ersten Weltkrieg und den anschließenden revolutionären Ausschreitungen zu beobachten sowie schließlich im Anschluss der Weltwirtschafts- und Finanzkrise festzustellen. Es war also ein bekanntes Bild und meistens beruhigte sich die Lage wieder. Neu war, dass Ende des 19. Jahrhunderts der sogenannte „moderne Antisemitismus“ entwickelt worden war, der pseudo-wissenschaftlich daherkam und entscheidend für die nationalsozialistische Ideologie werden sollte. Ungewohnt war ferner, dass, wie nach 1933 geschehen, der Antisemitismus zur Staatsdoktrin erhoben wurde und es auch keinen nennenswerten Widerstand dagegen gab. Im Gegenteil: Viele „Arier“ versuchten, die Situation für sich auszunutzen und ihren Vorteil daraus zu ziehen. Sie scheuten nicht einmal davor zurück, Gerichte für ihre unhaltbaren Vorwürfe einzuschalten. Dies war auch keineswegs *per se* aussichtslos, sondern hing sehr stark von den örtlichen Machtverhältnissen (und der Branchenstruktur) ab.¹³²⁷

¹³²⁷ Vgl. insgesamt Maren Janetzko, Die „Arisierung“ mittelständischer jüdischer Unternehmen in Bayern 1933-1939. Ein interregionaler Vergleich. Ansbach 2012, insbes. S. 181, 327.

Der Münchener Oberbürgermeister Fiehler hatte zwar nominell durch seine Stellung als Leiter des NSDAP-Hauptamtes für Kommunalpolitik und durch die Bezeichnung Münchens als „Hauptstadt der Bewegung“ eine herausgehobene Stellung inne, dennoch agierte er, trotz seiner unbestreitbar antisemitischen Grundeinstellung, gerade was die Beziehungen der Stadt zum Bankhaus H. Aufhäuser anbelangte, relativ vorsichtig. Wesentlich war, dass die Bankinhaber der Stadt 1928 eine Pfund-Anleihe vermittelt hatten, an der Emission einer Stadt-Anleihe beteiligt waren und einen Kredit bei Kleinwort & Sons, London, beschafft hatten. Durch die Abkommen hinsichtlich der deutschen Auslandsschulden waren die angeführten Kredite zum Bestandteil der internationalen Beziehungen geworden. Fiehler wusste darum bzw. um die Abhängigkeit des Reichs von diesen Devisen, weshalb er es nicht wagte, die bestehenden Bindungen der Stadt zum jüdischen Bankhaus ohne Rücksprache mit der Reichsführung zu kappen. Diese unterband vorerst Fiehlers Bestrebungen mit dem Hinweis auf die wichtigen Kreditlinien in England. Gleichzeitig wurde aber auch auf die weiterhin wichtige Funktion der jüdischen Privatbanken bei der Mobilisierung von Kapital im Inland hingewiesen. Auch aus diesem Grund genossen Institute wie H. Aufhäuser noch 1937 den Schutz übergeordneter Reichsstellen.

Neben dieser strukturellen Eingebundenheit („embeddedness“), die in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft entscheidend für das Überleben des Bankhauses H. Aufhäuser war, verfügten die Aufhäuser-Bankiers über zusätzliches wichtiges soziales Kapital insbesondere nach England. Vor allem Tiarks, Brand und Kindersley waren bedeutende Akteure der britischen Finanzwelt und der Stillhalteabkommen, die jährlich verlängert werden mussten. Beide hielten engen geschäftlichen und persönlichen Kontakt zu den Aufhäuser-Bankiers. Basis dieser Beziehung war das soziale Kapital, das Siegfried Aufhäuser während seiner Tätigkeit in der City aufgebaut hatte. Dieses war nach dem Ersten Weltkrieg wieder aktiviert worden und bildete ein zentrales Element für die gewinnbringende Tätigkeit des Bankhauses, das in der Zwischenkriegszeit seine erfolgreichsten Jahre erlebt hatte. Das verdeutlicht, wie persistent diese geschäftlichen Verbindungen waren, die scheinbar mühelos wieder aufgenommen werden konnten, dem menschenverachtenden und die Nationen spaltenden Krieg zum Trotz. Es zeigte sich ferner, dass internationale Netzwerke unabhängig vom herrschenden politischen System funktionieren können. So basierten die Beziehungen der Aufhäuser-Bankiers nach London aus der Zeit des Kaiserreichs, wurden während der Weimarer Republik erheblich intensiviert und hatten auch sechs Jahre unter der nationalsozialistischen Diktatur Bestand. Dies dürfte dem Umstand geschuldet gewesen sein, dass „Akteure den Handel mit solchen Partnern [bevorzugen], die sie aus eigener Erfahrung als ehrlich und zuverlässig kennen“.¹³²⁸ Das geben Geschäftsleute nicht so einfach auf, vor allem

¹³²⁸ Jansen, Einführung, S. 20, siehe ferner ebd., S. 29.

wenn man bisher lukrative Geschäfte abgewickelt hatte und für die Zukunft weitere erwartete. In gewisser Parallelität zum anzutreffenden Tatbestand, dass selbst Antisemiten zu manchem Juden gehalten haben, den sie gut kannten, scheint auch hier die konkrete Beziehung mehr Gewicht gehabt zu haben, als etwa die antideutsche Kriegspropaganda in der britischen Presse – und natürlich *vice versa*. Auch dies ist eine Form des sozialen Kapitals.

Hinzu kam, dass jüdische Privatbankiers Bestandteil oder Hauptakteur ihres jeweiligen Beziehungsgeflechts waren, das in seiner Totalität ein mehr oder weniger homogenes Gesamtnetzwerk ergab. Dieses bestand zumeist jedoch nicht nur aus Juden, sondern war in der Regel ein gemischt jüdisch-„arisches“ Netzwerk. Mit der Folge, dass insbesondere in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft einer oder gar mehrere jüdische Netzwerk-Mitglieder herausgerissen, d.h. jüdische Bankiers aus diesem System entfernt worden wären, dieses auseinandergefallen und nicht mehr funktionsfähig gewesen wäre – mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftssystem. Wobei das nicht nur für die jüdischen Bankiers galt, sondern auch für weitere jüdische Unternehmen, die ebenfalls eine wichtige Funktion im Wirtschaftskreislauf inne hatten und eben Arbeitsplätze beschafften; ob ein Unternehmen weiterhin tätig sein konnte oder nicht, hing dabei wohl hauptsächlich von den lokalen Machtstrukturen ab. Dennoch ist zu konstatieren, dass die jüdischen Bankiers aufgrund ihrer exponierten Stellung im internationalen Geflecht und ihrer besonderen Funktion einen exzeptionellen Schutz seitens der Reichsführung erhielten, was sich beispielhaft an ihrer expliziten Ausklammerung beim April-Boykott 1933 manifestierte. Allgemein lässt sich formulieren, dass so ein Netzwerk-System erst zerstört oder seine Funktionen zurücksetzt werden kann, wenn ein neues Netzwerk-System an seine Stelle tritt, oder allgemein gesprochen, wenn man nicht mehr auf die volle Funktionsfähigkeit des alten Systems angewiesen bzw. diese nicht mehr existent ist. Dies betraf zum einen die Reichsführung, die ihre außenpolitische und ökonomische Ausrichtung ab Ende 1937 geändert und sich von England abgewandt hatte. Als die ersten Annexionen vollzogen, die Ressourcen, zunächst vor allem Devisen, angeeignet worden waren und weitere territoriale Übergriffe bevorstanden, wurden damit die jüdischen Bankiers mit ihren Auslandsverbindungen entbehrlich. Zum anderen galt das auch für die neuen Inhaber der Münchener Bank. Das Netzwerk der jüdischen Bankiers war nicht mehr funktions- und zukunftsfähig, weshalb insbesondere Seiler sein bereits bestehendes und funktionstüchtiges Netzwerk in die Bank einbrachte.

In diesem Zusammenhang ist auch das Ausscheiden Schachts zu sehen. Er hatte eine zentrale Funktion bei der essentiellen Verbindung nach England besessen – vor allem zum englischen Notenbank-Chef Norman – und er hatte als Integrationsfigur im In- und Ausland für die konservativen Eliten fungiert. Genauso wie die jüdischen Bankiers ab 1937/8 entbehrlich wurden, hatte auch Schacht seine Funktion für Hitler verloren. Er ahnte wahrscheinlich gar

nicht, wie eng sein Schicksal mit den jüdischen Bankiers verknüpft war. Es ist daher unsäglich, wenn bis in die Gegenwart es so dargestellt wird, als ob Schacht die jüdischen Bankiers geschützt hätte und mit seinem Ausscheiden diese dann quasi hilflos den Nationalsozialisten ausgeliefert gewesen waren.¹³²⁹ Beide hatten schlicht eine sehr ähnliche Funktion innegehabt und diese wurde ab 1937/8 nicht mehr benötigt. So gesehen war – neben dem Jüdischsein – das Aufhäuser-Netzwerk im Endeffekt hinderlich, da die Bankiers damit Teil der von den Nationalsozialisten imaginierten jüdischen Weltverschwörung waren und dementsprechend als potenzielle Gefahr angesehen wurden, weshalb sie aus deren Sicht aus dem Wirtschaftssystem entfernt und am besten aus dem Land vertrieben werden mussten.

Diese Fehleinschätzung der Funktion des jüdischen Netzwerkes wie insgesamt das Konstrukt der Weltverschwörung der jüdischen Bankiers basierten sicher nicht zum geringen Teil darauf, dass das Bankgeschäft damals wie heute nicht in der Öffentlichkeit stattfindet, was Argwohn und Verschwörungstheorien hervorrufen kann. Was Grundlage einer vernetzten, auf einer liberalen Ordnung basierenden Wirtschaft war, wurde von den nationalsozialistischen Theoretikern als jüdische „Weltverschwörung“ über- und damit missinterpretiert. Hinzu kommt, dass die Finanzwirtschaft eine komplexe Materie darstellt, die wenig Transparent und damit für Viele nicht greifbar ist.¹³³⁰ Damit haftet dem Bankgeschäft seit jeher etwas Anrüchiges an und der Vorwurf der Zockerei und Bestechlichkeit ist stets präsent. Wenn dann wie in den Krisen der 1870er und 1920/30er Jahre Korruptionsskandale aufgedeckt werden, wird dies von interessierten Kräften gern verallgemeinert und publikumswirksam verbreitet. Korruption ist dabei etwas, was der Gesellschaft – oder um es im nationalsozialistischem Jargon auszudrücken: der Volksgemeinschaft – schadet, was beseitigt gehört, darüber ließ und lässt sich leicht Konsens herstellen. Gleichzeitig wussten die Antisemiten bzw. Nationalsozialisten dies zu nutzen, um über dieses Vehikel Juden und das kapitalistische System insgesamt zu diskreditieren, es für ihren Kampf gegen das eng damit verknüpfte demokratische Regierungssystem zu instrumentalisieren und für das Führerprinzip als einfachen wie einzigen Ausweg zu werben.¹³³¹

Die Nationalsozialisten haben auf diesem Weg und durch weitere Maßnahmen gezielt Juden stigmatisiert. Dabei entzog man ihnen ganz bewusst ihr symbolisches, kulturelles und vor allen Dingen ihr soziales Kapital. Hatten sich die Aufhäuser-Bankiers seit 1870 immer mehr

¹³²⁹ Kopper, Profiteure, S. 298.

¹³³⁰ Sehr anschaulich: Wallwitz, Odysseus, S. 7 und passim.

¹³³¹ Vgl. Jens Ivo Engels, Die Geschichte der Korruption. Von der Frühen Neuzeit bis ins 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 2014, S. 325-329, 336, 346f. [An dieser Stelle möchte ich dem Betreuer dieser Arbeit, Prof. Engels, für die keineswegs selbstverständliche Unterstützung und die wertvollen Hinweise danken!]. Siehe in diesem Zusammenhang auch Martin Fiedler, Zur Rolle des Vertrauens in der „Deutschland AG“: Verflechtung zwischen Finanz- und Nichtfinanzunternehmen im 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1/2005, S. 93-106, hier S. 96.

Kapitalien angeeignet und damit Handlungsoptionen, hatte sich das seit 1933 umgekehrt. Ihre Kapitalien wurden durch nationalsozialistische Maßnahmen in ihrem Wert reduziert, der Markt hatte an den Kapitalien der Juden kein Interesse mehr, bis sie schließlich wertlos waren. Besonders dramatisch war dies für das jüdische Sozialkapital, da es sich direkt auf das Netzwerk auswirkte, das maßgeblich die Banktätigkeit beeinflusste. Die jüdischen Bankiers wurden dadurch von wichtigen Akteuren, die die Finanzmärkte wesentlich mitgestaltet hatten, zu Verwaltern des *status quo* in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft, bis sie spätestens nach der Reichspogromnacht nur noch reagieren konnten und zu Getriebenen wurden. Ihre Handlungsdispositionen waren nach dem 9. November 1938 durch den weitestgehenden Entzug ihres sozialen Kapitals nicht mehr vorhanden; am deutlichsten in Erscheinung getreten durch die Einlieferung in das KZ ohne Kontakt zur Außenwelt. Als letzter Schritt wurde den jüdischen Bankiers noch ihr ökonomisches Kapital entzogen, d.h. ihr Bankgeschäft und damit auch ihre finanzielle Basis.

Quasi in Umkehrung des Bourdieu'schen Paradigmas, wonach ökonomisches Kapital Grundlage für die weiteren Kapitalsorten ist, war zunächst vor allem das jüdische Sozialkapital angegriffen und nach und nach entzogen worden, um von dieser Basis aus ihre wirtschaftliche Existenz zu vernichten. Dieser Kapitalentzug führte auch zu einer geänderten Haltung der Bevölkerung gegenüber den Juden: Vor der Machtergreifung war der Kontakt zu jüdischen Privatbankiers förderlich zur Steigerung der eigenen Kapitalsorten, man – das sind hier besonders „arische“ Geschäftspartner, aber auch dass, was man gemeinhin unter „konservatives Bürgertum“ subsumieren könnte – suchte aufgrund ihres Renommees den Kontakt, um sich nach außen hin mit ihrer Bekanntschaft zu schmücken; möglicherweise noch gesteigert durch einen Sitz des jüdischen Bankiers im Aufsichtsrat des eigenen Unternehmens. Man wertete dadurch die eigene soziale Bedeutung auf und entsprechend sein symbolisches Kapital.¹³³² Damit einhergehen konnte die Vermehrung des sozialen Kapitals, da man Teil des weitverzweigten Beziehungsgeflechts der jüdischen Privatbankiers werden und daran partizipieren konnte. Dies wiederum ermöglichte dem „arischen“ Unternehmer, durch die Knüpfung neuer Geschäftskontakte sein ökonomisches Kapital zu steigern.

Selbst das kulturelle Kapital ließ sich erhöhen, beispielsweise dadurch, dass man wertvolle Kunstgegenstände geschenkt bekam, oder man über die Kontakte der jüdischen Bankiers einen privilegierten Zugang zu ihnen erhielt. Gänzlich anders verhielt es sich nach 1933. Die eigenen Kapitalsorten ließen sich – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – durch den Kontakt zu den jüdischen Privatbankiers nicht mehr vermehren. Im Gegenteil: Die öffentlichen und zumeist auch die privaten Kontakte wurden aus Angst vor Repressalien seitens der

¹³³² Siehe dazu allgemein Fuchs-Heinritz/König, Bourdieu, S. 171.

zahlreichen reichsweiten oder lokalen nationalsozialistischen Organisationen gemieden, um nicht in den Verdacht zu geraten, man tätige weiterhin Geschäfte mit den jüdischen Privatbankiers oder man wäre sogar ein „Judenfreund“. Das Verhalten von Halts und mancher Kunden, sich aus diesen Ängsten heraus vom jüdischen Bankhaus H. Aufhäuser und damit von den Inhabern zu distanzieren, leiste der allgemeinen Ausgrenzung der Juden Vorschub und ließ die Hemmschwelle der Nationalsozialisten für ihren antisemitischen Terror weiter absinken, da eine emotionale Trennung weiter Teile der Bevölkerung von den jüdischen Mitbürgern bereits stattgefunden hatte. Die Ausführungen Otto Stens' und Ferdinand Schumanns hinsichtlich der Stellungnahme zu Martin Aufhäusers Ausnahmeantrag auf Vollzug des Reichsbürgergesetzes zeigen, dass es auch 1937 noch Geschäftspartner gab, die zur Bank und ihren jüdischen Inhabern standen; aber sie dürften in der absoluten Minderheit gewesen sein. Das Verhalten der Mehrheit hatte nicht notwendigerweise etwas mit einer antisemitischen Einstellung zu tun, sondern eher mit einer opportunistischen. Positiver gewertet kann man auch davon sprechen, dass sie die eigene geschäftliche Existenz und gesellschaftliche Stellung nicht gefährden wollten. Das Resultat war in jedem Fall verheerend.

Gegen die jüdischen Bankiers gingen die übergeordneten Behörden bis 1937 gleichwohl sehr behutsam vor. Dabei offenbarte sich, dass neben den ausländischen Beziehungen auch ihr inländisches Eingebundensein und ihre zur Verfügung stehenden Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten wichtig für die Aufrüstungs- und Autarkiebestrebungen des Reichs waren. Das war im Zusammenhang mit der Einbeziehung des Bankhauses H. Aufhäusers bei der Gründung der Süddeutschen Holzverzuckerungswerke zu sehen und ebenfalls daran, dass das jüdische Bankhaus bis 1938 im Reichsanleihekonsortium vertreten war. Von der Reichsbank wurde das wie gesehen als weitere Begründung angeführt, um gegen die Bestrebungen Fiehlers, die Beziehungen der Stadt zum Bankhaus H. Aufhäuser zu kappen, zu argumentieren. Da das Bankhauses H. Aufhäuser also nicht nur über die ausländischen Verbindungen, sondern ebenfalls im Inland für die Wirtschaft weiterhin einen Nutzen produzierte, dürften sich die Aufhäuser-Bankiers darin bestätigt gefühlt haben, dass sie auch unter der nationalsozialistischen Führung ihren Platz im Wirtschaftssystem behalten könnten. Ihre gute Vernetzung dürfte sie daher verleitet haben, ihr Unternehmen eben nicht aufzugeben und auszuwandern, sondern weiter ihrem Bankgeschäft in Deutschland nachzugehen. Die in der Einleitung angeführte „Überschätzung der Netzwerke“ sollte bei den Aufhäuser-Bankiers entsprechend zutreffend gewesen sein und zumindest einen Teil ihres Beharrungsvermögens ausgemacht haben.

Insgesamt nahm proportional zur Verschiebung der Wichtigkeit Englands in Hitlers Kalkül ab 1937 die Bedeutung des inländischen Netzwerkes zu. Dies gilt vor allem in Hinblick auf das Bestreben der Bankinhaber, die Übertragung des Instituts nach ihren Vorstellungen

durchzuführen. Dabei offenbarte sich das Defizit des Aufhäuser-Netzwerkes, das stark in das Ausland und den süddeutschen Raum ausgerichtet war. Mit dem Berliner Bankhaus S. Bleichröder verfügten die Münchener Bankiers potenziell über einen starken Kontakt in der Reichshauptstadt, doch S. Bleichröder befand sich selbst in „Arisierungs“-Verhandlungen und fiel damit aus. Die Aufhäuser-Bankiers bedienten sich daher einer Vorgehensweise, die bereits der Bankgründer Heinrich Aufhäuser angewandt hatte: Sie dockten sich an ein bestehendes Netzwerk an, um vom sozialen Kapital eines Protagonisten dieses Netzwerkes zu profitieren. Das galt zunächst für die Verbindung zum Hamburger Bankiers Max Warburg, wie nach dessen Auswanderung zum ebenfalls aus Hamburg stammenden Bankier Friedrich Seiler. Auch der Kontakt zum Münchener Bankier Georg Eidenschink war für die Beeinflussung der lokalen Stellen hilfreich. Damit wird auch deutlich, dass ein Netzwerk kein starres Gebilde ist, sondern Mitglieder kommen hinzu, andere verlassen es. Alleine aus biologischen Gründen kann ein Netzwerk nicht über einen langen Zeitraum aus denselben Mitgliedern bestehen. Die Strukturen können aber weitervererbt werden, weshalb es auch sinnvoll erschien, die Geschichte des Bankhauses H. Aufhäuser von Anbeginn zu erzählen. Viele Netzwerkstrukturen, die in den 1930er Jahren zum Tragen kamen, waren über die Jahrzehnte aufgebaut worden; ebenso wie die Kapitalien, die dem Netzwerk zu Grunde lagen.

Der lange Betrachtungszeitraum zeigte auch auf, dass die Unternehmensführung sich permanent in einem Überlebenskampf befand; was gleichwohl auf jede Firma und zu jeder Zeit zutrifft. Die Bankinhaber begegneten diesem Kampf mit einer enormen Flexibilität. Das betraf zum einen das Bankgeschäft. Heinrich Aufhäuser richtete seine Dienstleistungen neu aus, nachdem sich abzeichnete, dass das Wertpapiergeschäft nicht mehr lukrativ sein würde. Er erschloss sich mit dem Firmenkundengeschäft einen neuen Kundenkreis und formte aus der auf das Effektenkommissionsgeschäft spezialisierten Bank ein umsatzstarkes Kreditinstitut. Seine Söhne führten das fort und erweiterten dies um Börseneinführungen, Kapitalerhöhungen und die Beschaffung von Auslandskrediten, wodurch sie gleichzeitig das nach 1933 wirkungsmächtige Netzwerk formten. Zum anderen offenbarte sich die beachtliche Flexibilität bei der Definition der Abwehrstrategien gegen staatlich oder persönlich motivierte Angriffe. Konstanten dieser Strategie waren die Auslandsverbindungen und Arbeitsplätze (beim Bankhaus wie bei anderen Unternehmen). Diese Argumente wurden eingesetzt, wenn es um die Abwehr der Vorstöße im Zusammenhang mit der Obpacher AG ging, oder um die Diskriminierung des Bankhauses zu unterbinden, etwa mittels der Eingabe beim Reichwirtschaftsministerium oder bei der Begründung seines Antrags auf Erhalt des Reichsbürgerrechts. Martin Aufhäuser als maßgeblicher Akteur des Bankhauses wusste um die Schwächen der Nationalsozialisten und versuchte, sie für sich nutzbar zu machen. Wenn er merkte, dass eine Abwehrmaßnahme nicht fruchtete, hatte er relativ schnell eine neue parat. Fehlen vergleichbare Studien, scheint diese Flexibilität und dieser Aktionismus doch

außergewöhnlich und sie demonstrieren, dass er alle seine Möglichkeiten einsetzte, um das Bankhaus am Leben zu erhalten. Generell lässt sich formulieren, dass die Disponibilität von Optionen bei den Bankinhabern vielfältig war und sie mehrfach das Überleben des Münchener Bankhauses sicherte. Zugleich wirkte das Netzwerk dahingehend, dass es die Handlungsoptionen der Kontrahenten, also der nationalsozialistischen Stellen, einschränkte, zumindest was die Zeit bis 1937 anbelangte. Nachdem die Reichsführung neue Möglichkeiten entwickelt hatte, um das jüdische Netzwerk überflüssig zu machen, drehte sich das Blatt. Damit waren die „Arisierungen“ der Banken auch ein gutes Stück weit von den internationalen Gegebenheiten, also der politischen „Großwetterlage“ abhängig.

Dieser Kampf um die ökonomische Existenz wurde und wird also nicht nur aus wirtschaftlichen Zwängen heraus geführt, sondern ihm liegen wiederholt politische Handlungen zu Grunde. Diese sind meist Aktionen in Folge von Wirtschafts- und/oder Finanzkrisen, wie beispielsweise nach dem Gründerboom im 19. Jahrhundert, nach 1929/31 oder aktuell nach der Subprime-Krise 2007/8. Die getroffenen Maßnahmen sollen eine Wiederholung vermeiden helfen und gehen jedoch oft zu Lasten der Privatbanken. Da die getroffenen Vorschriften meist mit einer Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen einhergehen, trifft das besonders die Privatbanken, da anders als die Aktienbanken sich die Privatbankiers das Kapital in der Regel nicht über den Markt, sondern bei den bestehenden Anteilseignern besorgen bzw. neue requirieren müssen. Dies ist in Zeiten schwerer Finanz- und Bankenkrisen kein leichtes Unterfangen und es kann massive Auswirkung auf die Eignerstruktur der Bank haben. Von anderer Qualität waren jedoch die Vorgänge während der nationalsozialistischen Herrschaft. War das Privatbankwesen durch die Beschlüsse der Bankenenquête noch 1934 bestätigt worden, führten die rassistisch motivierten politischen Taten zu einer Beseitigung der jüdischen Privatbankiers. Das Verschwinden der jüdischen Bankhäuser war mithin keine, dem kapitalistischen System immanente Marktbereinigung, sondern ein politischer Akt, begünstigt durch einen weit verbreiteten Antisemitismus in der Gesellschaft bzw. einer vielerorts anzutreffenden Gleichgültigkeit gegenüber den zuvor angesehenen jüdischen Mitbürgern.

Diese Indifferenz herrschte auch in den Aufsichtsräten, obwohl manche jüdischen Bankiers diesen seit vielen Jahren angehörten. Gleichwohl war der Nutzen der Aufsichtsratsmandate für die Aufhäuser-Bankiers offenbar begrenzt, in der existentiellen Krisenzeit des Nationalsozialismus unbedeutend. Es ist nicht erkennbar, dass der Verlust dieser Ämter sich nachteilig auf das Prestige oder das Sozialkapital der Münchener Bankiers ausgewirkt hätte. Die wesentlichen Kontakte für die Abwehrstrategie der Aufhäuser-Bankiers beruhten nicht auf Beziehungen in Aufsichtsräten, sondern basierten auf anderem Sozialkapital, beispielsweise zu Geschäftspartnern. Letztendlich ist der Wert dieser Mandate davon abhängig, was von der einzelnen Person daraus gemacht wird. Es gab und gibt sicher Individuen, die daraus einen

großen Nutzen ziehen können, bei den Aufhäuser-Bankiers ist eher das Gegenteil zu konstatieren. Denn der Vorsitz im Aufsichtsrat der Obpacher AG brachte erhebliche finanzielle Einbußen und nicht unerhebliche Risiken für die Bank mit sich. Offensichtlich fühlten sich die Aufhäuser-Bankiers durch den Aufsichtsratsvorsitz für das Unternehmen verantwortlich und hielten es mit erheblichen Kapitalspritzen am Leben, was betriebswirtschaftlich betrachtet wenig sinnvoll war. Wobei die Bankinhaber sicher auch vor demselben Problem standen, wie die englischen Bankiers mit ihren Ausständen in Deutschland: Es wurde versucht, die Kredite mit einer Prolongation und/oder mit neuen Krediten zu retten.

Es ist auch das Obpacher-Engagement der Bank zusammen mit der Bankenkrise, die es heutzutage schwierig machen, die finanzielle Situation der Bank und damit die „Arisierung“ einschätzen zu können. Oder kontrafaktisch gewendet: Wäre das Bankhaus H. Aufhäuser auch ohne die antisemitische Politik der Nationalsozialisten in den 1930er Jahren überlebensfähig gewesen? Eine eindeutige Antwort kann darauf naturgemäß nicht gegeben werden, sie hat aber einen gewissen heuristischen Wert, um die „Arisierung“ einordnen zu können. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass insbesondere die Beteiligung an Obpacher die Suche nach neuen Anteilseignern erheblich erschwerte. Gleichzeitig ist aber auch festzustellen, dass dieses Engagement wohl nicht die Bank in ihrer Existenz gefährdet hatte und nach einer Bereinigung der Beteiligung eine positive Entwicklung von H. Aufhäuser das wahrscheinlichste Szenario gewesen wäre. Dass die Bank im Kern gesund war, zeigte das Wachstum nach der „Arisierung“. Es trat dabei aber ebenso deutlich zutage, dass die Bank frische Kontakte benötigte und die neue Geschäftsleitung das Geschäft größtenteils neu ausrichten musste, nachdem das alte Netzwerk mit den vielen jüdischen und ausländischen Verbindungen nicht mehr lebensfähig war. Es wäre aber insbesondere Martin Aufhäuser unbedingt zuzutrauen gewesen, dass er die Bank durch diese schwierige Phase hindurch navigiert und auf die neuen Umstände mit einer zumindest partiellen Neuausrichtung der Bank reagiert hätte – so, wie er es die Jahre zuvor bereits getan hatte. Folglich ist es rein den Nationalsozialisten und ihrer antisemitischen Politik geschuldet, dass Martin Aufhäuser und sein Bruder die Bank aufgeben mussten; Emil Kraemer war zuvor schon vom Mob in den Tod getrieben oder schlicht ermordet worden. Dass die Wiedergutmachung Angesichts dieses Leids sich über Jahre hinzog und keiner der jüdischen Inhaber diese noch erleben konnte, ist das letzte traurige Kapitel dieser Geschichte.

VIII. Anhang

1. Inhaber bzw. ab 1918 Komplementäre

1870: Heinrich Aufhäuser
Samuel Scharlach

1893: Heinrich Aufhäuser

1901: Heinrich Aufhäuser
Martin Aufhäuser

1917: Martin Aufhäuser

1921: Martin Aufhäuser
Siegfried Aufhäuser
Emil Kraemer

1922: Martin Aufhäuser (zusätzlich Komplementär bei S. Bleichröder)
Siegfried Aufhäuser
Emil Kraemer
Ernst Kritzler (Komplementär bei S. Bleichröder)

1931: Martin Aufhäuser
Siegfried Aufhäuser
Emil Kraemer

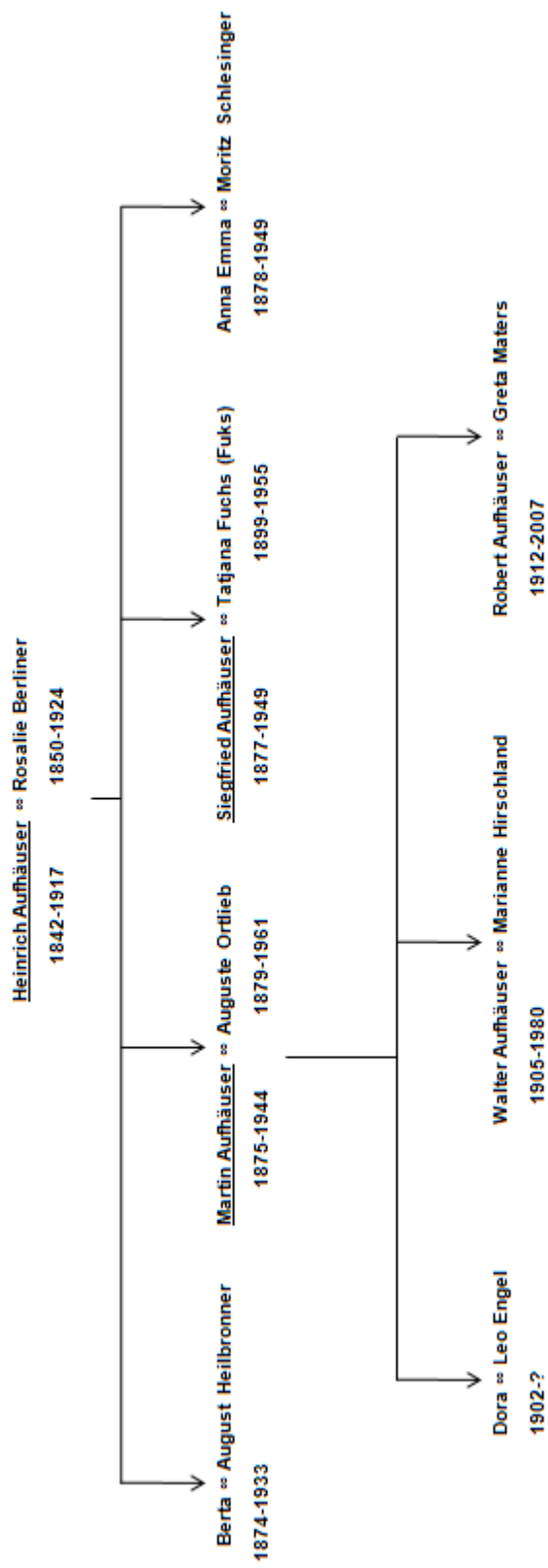
1937: Martin Aufhäuser
Siegfried Aufhäuser

1938: Friedrich W. Seiler

1939: Friedrich W. Seiler
Otto Schniewind
(Josef Bayer)

2. Stammbaum der Familie Aufhäuser

Stammbaum Familie Aufhäuser



Unterstrichen: Bankinhaber bzw. persönlich haftender Gesellschafter

3. Kennziffern des Bankhauses H. Aufhäuser

Jahr	Bilanzsumme (in Tausend)	Eigenkapital (in Tausend)	Reingewinn/ Verlust	Währung
1870	44	14	5	Forint
1871	82	18	34	Forint
1872	131	51	45	Forint
1873	126	117	-24	Forint
1874	103	83	18	Forint
1875	112	98	14	Forint
1876	212	188	20	Mark
1877	209	202	20	Mark
1878	229	216	28	Mark
1879	301	238	53	Mark
1880	311	288	34	Mark
1881	351	321	42	Mark
1882	395	358	17	Mark
1883	400	376	26	Mark
1884	428	404	30	Mark
1885	425	366	44	Mark
1886	412	389	47	Mark
1887	424	411	26	Mark
1888	483	414	64	Mark
1889	585	455	66	Mark
1890	552	498	70	Mark
1891	719	541	42	Mark
1892	-	-	-	Mark
1893	414	289	30	Mark
1894	398	240	53	Mark

Jahr	Bilanzsumme (in Tausend)	Eigenkapital (in Tausend)	Reingewinn/ Verlust	Währung
1895	436	275	54	Mark
1896	398	308	44	Mark
1897	466	275	63	Mark
1898	684	314	51	Mark
1899	990	345	64	Mark
1900	1.677	393	20	Mark
1901	1.820	518	50	Mark
1902	1.807	534	54	Mark
1903	1.537	556	71	Mark
1904	1.980	596	74	Mark
1905	2.122	643	77	Mark
1906	2.379	734	87	Mark
1907	3.203	753	58	Mark
1908	3.608	819	101	Mark
1909	-	-	-	Mark
1910	5.168	884	76	Mark
1911	6.329	1.162	224	Mark
1912	6.930	1.397	277	Mark
1913	10.049	1.601	256	Mark
1914	9.763	1.623	76	Mark
1915	10.640	1.624	71	Mark
1916	11.817	1.656	96	Mark
1917	19.194	970	187	Mark
1918	22.140	2.250	187	Mark
1919	19.533	2.250	1.000	Mark
1920	97.721	2.250	3.201	Mark
1921	304.117	2.250	5.702	Mark

Jahr	Bilanzsumme (in Tausend)	Eigenkapital (in Tausend)	Reingewinn/ Verlust	Währung
1922	33.855.267	15.000	120.878	Mark
1923	3.276.815	50.000	-	Mark
1924	20.722	3.845	472	Reichsmark
1925	25.017	3.845	381	Reichsmark
1926	42.375	3.845	618	Reichsmark
1927	91.059	3.845	615	Reichsmark
1928	107.282	3.845	617	Reichsmark
1929	93.804	3.845	16	Reichsmark
1930	70.270	3.845	-	Reichsmark
1931	29.666	3.000	(-1.699)	Reichsmark
1932	29.312	3.000	-	Reichsmark
1933	25.430	2.500	-	Reichsmark
1934	23.828	2.500	-95	Reichsmark
1935	25.567	2.500	20	Reichsmark
1936	25.796	2.500	77	Reichsmark
1937	24.368	2.800	-169	Reichsmark
1938	25.318	2.150	2 (ab.14.11.)	Reichsmark
1939	25.329	2.550	116	Reichsmark
1940	56.976	3.000	466	Reichsmark
1941	77.309	4.013	901	Reichsmark
1942	92.231	4.250	2.525	Reichsmark
1943	94.552	5.320	835	Reichsmark
1944	50.192	5.320	327	Reichsmark
1945	68.980	3.744	-	Reichsmark

Quelle: BWA, F 20/384 (Fischer-Chronik), S. 1-5, 9-13. Bis 30.06.1910 keine GuV-Rechnung, Gewinnermittlung mittels Vermögensvergleich.

4. Wichtige Akteure

Es werden nur Personen aufgelistet, die in einer engen Beziehung zur Bank standen und wiederholt Erwähnung finden; die Liste soll lediglich der besseren Orientierung dienen.

Heinrich Aufhäuser (1842-1917)

Heinrich Aufhäuser gründete zusammen mit Samuel Scharlach 1870 die Bank Aufhäuser & Scharlach, die nach der Auszahlung Scharlachs in Bankhaus H. Aufhäuser umfirmierte (1894) und fortan von ihm alleine bzw. ab 1901 als Senior-Chef geleitet wurde.

Martin Aufhäuser (1875-1944)

Martin Aufhäuser war der älteste Sohn von Heinrich Aufhäuser. 1901 wurde er Teilhaber und ab 1918 Komplementär beim Bankhaus H. Aufhäuser. Nach dem Tod seines Vaters 1917 war er Senior-Chef der Bank bis 1938. Er war die maßgebliche Person in der Bank und bei den „Arisierungs“-Verhandlungen. Nach der „Arisierung“ des Bankhauses floh er 1939 über Holland in die USA, wo er 1944 starb.

Siegfried Aufhäuser (1877-1949)

Siegfried Aufhäuser war der jüngere Sohn von Heinrich Aufhäuser. Er machte seine Ausbildung bei Londoner Banken, seit 1906 war er englischer Staatsbürger. 1921 trat er beim Bankhaus H. Aufhäuser als Teilhaber und persönlich haftender Gesellschafter ein. Siegfried Aufhäuser genoss als Schwedischer Generalkonsul diplomatische Immunität, floh nach der „Arisierung“ der Bank dennoch nach London und anschließend in die USA.

Joseph Bayer (1897-1965)

Bayer gehörte seit 1924 dem Bankhaus H. Aufhäuser an, ab 1936 als Generalbevollmächtigter. Aufgrund seiner jüdischen Frau konnte er nach der „Arisierung“ nicht phG werden, dennoch *de facto* als solcher angesehen worden. Er war ein enger Vertrauter der Familie Aufhäuser. Nach dem Krieg wurde er Komplementär des Bankhauses H. Aufhäuser und war damit die maßgebliche Person bei den Wiedergutmachungsverhandlungen.

Dr. Bodo Beneke (unbek.)

Beneke war ein bekannter Berliner Rechtsanwalt, der im Auftrag der Aufhäuser die „Arisierungs“-Verhandlungen insbesondere mit dem Reichswirtschaftsministerium führte.

Georg Eidenschink (1901-unbek.)

Eidenschink war Inhaber der Privatbank Georg Eidenschink und tätigte diverse Geschäfte mit dem Bankhaus H. Aufhäuser. Er war NSDAP-Mitglied, aber mit guten Kontakten zu Martin Aufhäuser und während der „Arisierungs“-Phase in diversen Funktionen für ihn tätig.

Dr. Karl Ritter von Halt (1891-1964)

Ritter von Halt war Veteran des Ersten Weltkriegs und Sportfunktionär mit guten Kontakten zu führenden Nationalsozialisten. Martin Aufhäuser wollte seinen Personalchef als Verbindungsmann zur NS-Regierung aufbauen und bot ihm wohl die Position als Komplementär an, die von Halt nicht annahm. Er wechselte stattdessen zur Deutschen Bank.

Robert Kindersley (1871-1954)

Senior der Bank Lazard Brothers & Co. London, der von Zeitgenossen auch „The God of the City“ genannt wurde. Er war zugleich langjähriges Direktoriums-Mitglied der Bank of England. Ein wichtiger Partner Kindersleys bei Lazard war Robert Brand.

Dr. Emil Kraemer (1877-1938)

Kraemer war Komplementär des Bankhauses H. Aufhäuser ab 1921. Er führte maßgeblich die Verhandlungen zur Bereinigung der Obpacher-Beteiligung; dadurch auch erster Kontakt zu Friedrich Seiler. Kraemer fand während der Pogromnacht zusammen mit seiner Frau unter ungeklärten Umständen den Tod.

Dr. Carl Langbehn (1901-1944)

Langbehn war der Rechtsanwalt Seilers und damit maßgeblich mit der Ausarbeitung der „Arisierungs“-Verträge beauftragt. Seine Nähe zum Widerstand kostete ihm das Leben, trotz seiner Bekanntschaft zu Himmler.

Samuel Scharlach (1841-1912)

Scharlach gründete zusammen mit Heinrich Aufhäuser die Bank Scharlach & Aufhäuser. Er war wohl hauptsächlich der Finanzier. Scharlach wurde 1894 ausbezahlt und schied aus der Bank aus.

Dr. Otto Schniewind (1887-1970)

Schniewind war ab 1935 als Ministerialdirektor im Reichsministerium tätig und wurde 1937 ins Direktorium der Reichsbank berufen. Aufgrund von Differenzen wegen der Rüstungsfinanzierung aus der Reichsbank ausgetreten und ab April 1939 Komplementär bei Seiler & Co. Im Zuge der Verfolgungen nach dem Hitler-Attentat wurde er ins KZ verbracht. Die US-Militärregierung entfernte ihn aus der Bank. Nach dem Krieg u.a. Komplementär der Münchener Bank Neuvians, Reuschel & Co.

Paul von Schwabach (1867-1938)

Schwabach war Senior-Chef des Bankhauses S. Bleichröder. Unter seiner Führung ging die Berliner Bank mit dem Bankhaus H. Aufhäuser 1918 eine Interessengemeinschaft ein. Diese war insbesondere während der Weltwirtschafts- und Bankenkrise von großer Wichtigkeit für die Münchener Bank. Die Interessengemeinschaft wurde im Zuge der „Arisierungen“ 1938 aufgelöst.

Friedrich Wilhelm Seiler (1895-unbek.)

Seiler war Mitinhaber der Hamburger Bank Carlo Z. Thomsen und besaß enge Verbindungen zum Messerschmitt-Konzern und zur Familie Michel-Raulino. Die Aufhäuser-Bankiers trugen ihm die Stelle des Komplementärs an, die er ab November 1938 in der „arisierten“ Bank übernahm; Umfirmierung der Bank in Seiler & Co. Er war die maßgebliche Person auf Seiten der „Arisierung“, ohne jedoch tief im Nationalsozialismus verstrickt gewesen zu sein. Nach dem Krieg wurde Seiler von der US-Militärregierung aus der Bank ausgeschlossen. Er gründete später eine eigene Bank.

Frank C. Tiarks (1874-1952)

Tiarks war seit 1893 Partner der Bank J. Henry Schröder, London, und Direktor der Bank of England. Er hatte auf englischer Seite bei den regelmäßig stattfindenden Stillhalteverhandlungen eine Schlüsselposition inne. Zudem war er tragendes Mitglied der Anglo-German Fellowship.

5. Finanzbegriffe

Anleihe

Aufnahme eines Kredits über den Kapitalmarkt. Der Gläubiger hat den Anspruch auf eine Zinszahlung und die Tilgung der Schuld nach Ende der Laufzeit.

Akzeptkredite

Akzeptkredite werden vor allem im Außenhandel zur Finanzierung von Importgeschäften verwendet. Der Akzeptkredit stellt einen Wechselkredit dar, bei dem ein Kreditinstitut gegen Berechnung einer Akzeptprovision einen von ihrem Kunden gezogenen Wechsel akzeptiert. Die Bank haftet damit für die Einlösung des Wechsels. Akzeptkredite gehören zu den Geschäften der Kreditleihe, bei denen das Kreditinstitut seine (gute) Bonität auf den Wechsel überträgt. Beim hier zu betrachtenden Außenhandel kam vor allem der Rembourskredit als Sonderform des Akzeptkredits zum Einsatz. Dabei zog der englische Exporteur (oder seine Hausbank) einen Wechsel auf H. Aufhäuser, wodurch der deutsche Importeur einen Kredit in Pfund erhielt, den er nach einer gewissen Zeit wieder zurückzahlen musste.

Bilanzsumme

Schlusssumme der Aktiva bzw. Passiva der Bilanz. Kennzahl für das Geschäftsvolumen.

Credit Default Swaps (CDS)

Eine Kreditausfallversicherung, die den Gläubiger vor dem Zahlungsausfall des Schuldners absichert; meist im Anleihegeschäft eingesetzt.

Debitoren

Schuldner/Kreditnehmer

Komplementär

Persönlich haftender Gesellschafter (phG) einer Kommanditgesellschaft. Der phG haftet persönlich und gesamtschuldnerisch mit seinem vollständigen Vermögen für die Verbindlichkeiten der Kommanditgesellschaft.

Kommanditist

Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft. Dieser muss nur mit seiner individuell festgelegten Haftsumme für Verbindlichkeiten der Gesellschaft einstehen.

Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden

Alle Zins- und Tilgungszahlen für deutsche mittel- und langfristige Auslandsschulden mussten an die Konversionskasse geleistet werden, die einen Teil an die Gläubiger weiterleitete. Die Zahlungen waren damit nicht mehr in der Hand der Schuldner, sondern des Reichs.

Kreditoren

Gläubiger/Kreditgeber

Moratorium

- Hoover-Moratorium (Juli 1931): Aussetzung der interalliierten Schulden und deutsche Reparationszahlungen für ein Jahr in Folge der deutschen Bankenkrise
- Stillhalteabkommen: Gewährung einer vorübergehenden Einstellung der Zinszahlungen und/oder der Tilgungen. Hier: Baseler Stillhalteabkommen vom August 1931. Zunächst für ein halbes Jahr gültig, wurde es ab 1932 jährlich verlängert (Deutsches Kreditabkommen), betraf aber lediglich die kurzfristigen deutschen Schulden. Fortan fanden auch Zinszahlungen und Tilgungen im begrenzten Umfang statt. Das Deutsche Kreditabkommen blieb mit England bis zum Ausbruch des Krieges am 3. September 1939 gültig. Das Baseler Stillhalteabkommen führte dazu, dass die ausländischen Gläubiger ihre Kredite an deutsche Banken und Industrieunternehmen nicht ohne Weiteres abziehen bzw. reduzieren konnten.

Scripts

Schuldscheine auf Mark lautend, die 1933/4 in Folge der deutschen Schuldenkrise von der Konversionskasse an die ausländischen Gläubiger ausgegeben wurden und – gegen einen erheblichen Abschlag – bei der Deutschen Golddiskontbank gegen Devisen eingetauscht werden konnten.

Sicherungs-/Sperrkonto

Konten, über die nur nach Maßgabe bzw. Genehmigung durch die Devisenstelle verfügt werden durfte. Konten wurden oft bereits als „Sicherungskonto“ geführt, wenn der Verdacht bestand, die Person könnte auswandern, auch wenn sie sich noch in Deutschland aufhielt.

Sperrmark

Guthaben von Ausländern in Deutschland. Ein Devisenumtausch war nur über die Deutsche Golddiskontbank möglich. Abschläge zum offiziellen Umtauschkurs von 20 Prozent (1934) bis 96 Prozent (1939).

Stillhalte Kredite

Kredite, die unter das Stillhalteabkommen (s. Moratorium) fielen.

6. Abkürzungsverzeichnis

AA: Auswärtiges Amt
ADAP: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
ADGB: Allgemeiner Deutsche Gewerkschaftsbund
AdR: Akten der Reichskanzlei
Altreu: Allgemeine Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung
APuZ: Aus Politik und Zeitgeschichte
BA: Bankhistorisches Archiv
BAB: Bundesarchiv Berlin
BayHStA: Bayerisches Hauptstaatsarchiv (München)
BFW: Bayerische Flugzeugwerke AG
BGBl: Bundesgesetzblatt
BIZ: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BpB: Bundeszentrale für politische Bildung
BSP: Bruttosozialprodukt
BWA: Bayerisches Wirtschaftsarchiv
CORA: (United States) Court of Restitution Appeals
DAF: Deutsche Arbeitsfront
Danatbank: Darmstädter- und Nationalbank
DBFP: Documents on British Foreign Policy
DDP: Deutsche Demokratische Partei
DNVP: Deutschnationale Volkspartei
DRAfL: Deutscher Reichsausschuss für Leibesübungen
Fr: Französische Franc
GA: Gewerbeamt
Gestapo: Geheime Staatspolizei
GHH: Gutehoffnungshütte
GM: Goldmark
GmbH: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HJ: Hitlerjugend
IbF: Institut für bankhistorische Forschung
IHK: Industrie- und Handelskammer
IOC: International Olympic Committee
KG: Kommanditgesellschaft
KGaA: Kommanditgesellschaft auf Aktien
KWG: Kreditwesengesetz
KWG: Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (zur Förderung der Wissenschaft)

KWI: Kaiser-Wilhelm-Institute
KZ: Konzentrationslager
LEA: Landesentschädigungsamt
LG: Landgericht
LpB: Landeszentrale für politische Bildung
M.A.N./MAN: Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A.G.
MHIG: Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe
MPG-Archiv: Archiv der Max-Planck-Gesellschaft
NSBO: Nationalsozialistische Betriebszellen
NSDAP: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OHG: Offene Handelsgesellschaft
OLG: Oberlandesgericht
OSS: Office of Strategic Services
Paltreu: Palästina Treuhand Gesellschaft
phG: persönlich haftender Gesellschafter
RA: Rechtsanwalt
RFM: Reichsfinanzministerium
RGBI: Reichsgesetzblatt
RKG: Reichs-Kredit-Gesellschaft
RM: Reichsmark
RMI: Reichsministerium des Inneren
RSHA: Reichssicherheitshauptamt
RWM: Reichswirtschaftsministerium
SFr: Schweizer Franken
SS: Schutzstaffel
StK: Staatskanzlei
StS: Staatssekretär
StadtAM: Stadtarchiv München
SWA: Stiftung Warburg Archiv
USPD: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VEJ: Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden
WGPB: Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe
WNE: Wehrwirtschaftliche Neue Erzeugungsplan
WPA: Wirtschaftspolitische Abteilung
ZpB: Zentrale für politische Bildung

7. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Europakarte mit internationalem Netzwerk des Bankhauses H. Aufhäuser im Kaiserreich, S. 56.

Abbildung 2: Bankgründer Heinrich Aufhäuser mit Söhnen vor dem Bankhaus, 1905, S. 62.

Tabelle 1: Deutsche Verschuldung im Ausland, 1931-1939, S. 179.

Tabelle 2: Kennziffern des Bankhauses H. Aufhäuser, 1870-1945, S. 301.

Anmerkung: Um einen durchgehenden Lesefluss zu gewährleisten, wurden Zitate behutsam der neuen Rechtschreibung angepasst.

8. Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Unveröffentlichte Quellen

Archiv des Bundesverbandes deutscher Banken (ArchBdB), Berlin

- Bestand Liquidationen A-Z („gelb“)

Bundesarchiv Berlin (BAB), Berlin

- Reichsschatzmeister der NSDAP (NS 1): 549
- Reichsfinanzministerium (R 2): 17818
- Neue Reichskanzlei (R 43-I): 318
- Deutsche Reichsbank (R 2501): 9371
- Reichswirtschaftsministerium (R 3101): 15514, 15515
- Reichs-Kredit-Gesellschaft (R 8136): 3397, 3165

Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA), München

- Landesentschädigungsamt (LEA): 178, 181
- Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe (MHIG): 6411, 8125
- Staatskanzlei (StK): 5340, 6411, 6730

Bayerisches Wirtschaftsarchiv (BWA), München

- H. Aufhäuser (F 20): 11, 12, 13, 22, 25, 43, 305, 344, 347, 352, 363, 381, 384, 598, 606, 608
- IHK München/Oberbayern (K1): XXI/16, 3. Akt., XXI/16, 79. Akt., XXI 16b, 19a. Akt, Fall 30, XXVI/60
- Obpacher (V5): V219

Historisches Archiv der UniCredit Bank AG, München

- D-Hypo-KOM-PUB-104
- E-Mail-Auskunft vom 13.11.2014

KZ-Gedenkstätte Dachau, Dachau

- E-Mail-Auskunft vom 04.09.2014

Max-Planck-Gesellschaft-Archiv (MPG-Archiv), Berlin

- Abt. II, Rep. 1A

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA AA), Berlin

- R 117161

Rheinisch Westfälisches Wirtschaftsarchiv (RWVA), Köln

- Bestand Paul Reusch (130): 236-2, 240-3, 251-2

Stadtarchiv München (StadtAM), München

- Haushaltsausschuss-Sitzungen: Film 701/1, Film 702/11
- Gewerbeamt (GA): Hog. 7/12, Nr. 10
- Pett 1-2079 bis 2081

Stiftung Warburg-Archiv (SWA), Hamburg

- Akt Adolf van Biema
- Akt H. Aufhäuser
- Akt Holstein-Brauerei

- Berliner Chef-Besprechungen vom 01.10.1934-30.11.1935
- Berliner Chef-Besprechungen vom 01.05.1937-[offen]

Beim Besuch des Archivs wurde der Bestand erst aufgebaut und verzeichnet, weshalb keine (aktuellen) Aktenverzeichnisse angegeben werden können. Die Angaben erfolgen so, dass aber eine Identifizierung leicht möglich sein sollte.

Interviews u.Ä.

Judy Aufhauser, Gespräch (13.07.2011)

Rudolf Bayer, Telefoninterview (05.01.2012)

Michael Hauck, Gespräch (o.D.)

Raimund Hilbert, Interview (18.11.2014)

Ursula Seuffert, Interview (14.04.2011)

B. Veröffentlichte Quellen und Quelleneditionen

ADAP, Serie A: 1918-1925, Band VII: 1. Januar bis 31. Mai 1923. Göttingen 1989.

ADAP, Serie A: 1918-1925, Band IX: 16. November 1923 bis 6. April 1924. Göttingen 1991.

ADAP, Serie A: 1918-1925, Band XI: 5. August bis 31. Dezember 1924. Göttingen 1993.

ADAP, Serie B: 1925-1933, Band X: 1. September bis 31. Dezember 1928. Göttingen 1977.

ADAP, Serie B: 1925-1933, Band XVIII: 1. Juli bis 15. Oktober 1931. Göttingen 1981.

ADAP, Serie C: 1933-1937, Band I,2: 16. Mai bis 14. Oktober 1933. Göttingen 1971.

ADAP, Serie C: 1933-1937, Band III,1: 14. Juni bis 31. Oktober 1934. Göttingen 1973.

ADAP, Serie C: 1933-1937, Band IV,1: 1. April bis 13. September 1935. Göttingen 1975.

ADAP, Serie C: 1933-1937, Band VI,1: 1. November 1936 bis 15. März 1937. Göttingen 1981.

ADAP, Serie C: 1933-1937, Band VI,2: 16. September 1935 bis 4. März 1936. Göttingen 1975.

ADAP, Serie D: 1937-1945, Band 1: Von Neurath zu Ribbentrop, September 1937 bis September 1938. Baden-Baden 1950.

ADAP, Serie D: 1937-1945, Band 7: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch, 9. August bis 3. September 1939. Baden-Baden 1961.

AdR, Weimarer Republik. Die Kabinette Marx III und IV, Band 2: 29. Januar 1927 bis 29. Juni 1928. Boppard a. Rh. 1988.

AdR, Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I und II, Band 2: 01.03.1931-10.10.1931. Boppard a.Rh. 1982.

AdR, Regierung Hitler 1933-1938. Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Band 1: 30.01. bis 31.08.1933. Boppard a.Rh. 1983.

AdR, Regierung Hitler 1933-1938. Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Band 2: 12.09.1933 bis 27.08.1934. Boppard a.Rh. 1983.

Adress-Buch von Frankfurt a.M., 1877. Herausgegeben von Georg Friedrich Krug. Frankfurt a.M. 1877.

Götz Aly u.a. (Hg.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945 (VEJ), Band 1: Deutsches Reich 1933-1937. München 2008.

Deutsche Bank, Geschäftsberichte 1894, 1938.

Deutsche Bundesbank (Hg.), Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876-1975. Frankfurt a.M. 1976.

Die Rede Himmlers vor den Gauleitern am 3. August 1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4/1953 (1. Jahrgang), S. 357-394.

Gottfried Feder (Hg.), Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken von Dipl.-Ing. Gottfried Feder. München ⁴⁰1930.

Elke Fröhlich (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I, Bd. 3/1 (April 1934 bis Februar 1936). München 2005.

Foreign Relations of the United States, 1938, Band 1. Washington D.C. 1950.

Landeshauptstadt München, Verwaltungsbericht 1927-1929 (01.04.1927-31.03.1930).

Landeshauptstadt München, Verwaltungsbericht 1930-1933 (01.04.1930-31.03.1933).

Herbert Michaelis (Hg.), Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung, Bd. 6: Die Weimarer Republik. Die Wende der Nachkriegspolitik, 1924-1928. Rapallo, Dawesplan, Genf. Berlin 1960.

Reichsbank, Verwaltungsbericht 1928.

Reichsgesetzblatt, diverse Jahrgänge.

Statistisches Reichsamt (Bearb.), Die öffentliche Verschuldung im Deutschen Reich am 31.3.1928 und am 31.12.1929. Berlin 1930.

Wilhelm Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2/1955 (3. Jahrgang), S. 184-210.

Untersuchung des Bankwesens 1933, Teil I, Band I. Berlin 1933.

Joseph Walk (Hg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung. Heidelberg ²1996.

C. Forschungs- und Memoirenliteratur

Olivier Accominotti, London Merchant Banks, the Central European Panic and the Sterling Crisis 1931. Thesis 2009.

Erich Achterberg, Frankfurter Bankherren. Frankfurt a.M. ²1971.

Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich. Düsseldorf ²1979.

Ralf Ahrens, Die Dresdner Bank 1945-1957. Konsequenzen und Kontinuitäten nach dem Ende des NS-Regimes. München 2007.

Ralf Ahrens, Unternehmensgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 01.11.2010, <http://docupedia.de/zg/Unternehmensgeschichte?oldid=75859> [14.12.2013].

Derek H. Aldcroft, The Inter-War Economy: Britain, 1919-1939. London 1973.

Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub. Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Bonn 2005 (BpB).

Gerold Ambrosius, Von Kriegswirtschaft zu Kriegswirtschaft (1914-1945), in: Michael North (Hg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick. München ²2005, S. 287-355.

Elisabeth Angermair, Eine selbstbewusste Minderheit (1892-1918), in: Richard Bauer/Michael Brenner (Hg.), Jüdisches München. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2006, S. 110-136.

Ralph Angermund, „Recht ist, was dem Volke nutzt.“ Zum Niedergang von Recht und Justiz im Dritten Reich, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft. Bonn 1992 (BpB).

Johannes Bähr, Die Dresdner Bank in der Wirtschaft des Dritten Reichs. München 2006.

Johannes Bähr, Die M.A.N.: Vorgeschichte, Entstehung und Aufstieg (1840-1920), in: ders./Ralf Banken/Thomas Fleming, Die MAN. Eine deutsche Industriegeschichte. München 2008, S. 132-227.

Johannes Bähr, Modernes Bankrecht und dirigistische Kapitallenkung, in: Dieter Gosewinkel (Hg.), Wirtschaftskontrolle und Recht in der nationalsozialistischen Diktatur. Frankfurt a.M. 2005, S. 199-223.

Johannes Bähr, Paul Reusch und Friedrich Flick. Zum persönlichen Faktor im unternehmerischen Handeln der NS-Zeit, in: Hartmut Berghoff/Jürgen Kocka/Dieter Ziegler (Hg.), Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Österreichs und Deutschlands. Im Gedenken an Gerald D. Feldman. München 2010, S. 275-297.

Johannes Bähr/Paul Erker, Bosch: Geschichte eines Weltunternehmens. München 2013.

Johannes Bähr/Bernd Rudolph, 1931 – Finanzkrisen – 2008. München/Zürich 2011.

Johannes Bähr/Axel Drecolt/Bernhard Gotto, Die Geschichte der Bayern LB. München/Zürich 2009.

Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945. Hamburg 1997.

Frank Bajohr, Korruption in der NS-Zeit als Spiegel des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in: Jens Ivo Engels/Andreas Fahrmeir/Alexander Nützenadel (Hg.), Geld – Geschenke – Politik: Korruption im neuzeitlichen Europa. Historische Zeitschrift, Beiheft. München 2009, S. 231-248.

Frank Bajohr, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit. Frankfurt a.M. 2004.

Frank Bajohr/Michael Wildt (Hg.), Volksgemeinschaft: Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus. Frankfurt a.M. 2009.

Marc Balbaschewski, Die Pfund-Anleihe Münchens 1928. Kommunale Verschuldung, internationaler Kapitalmarkt und Politik, in: Bankhistorisches Archiv. Banking and Finance in Historical Perspective 1/2007 (33. Jahrgang), S. 3-37.

Marc Balbaschewski, Münchens Pfund-Anleihe von 1928. Devisenbewirtschaftung, das Londoner Schuldenabkommen und die Kontroverse um die Erstattung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Bankhistorisches Archiv. Banking and Finance in Historical Perspective 1/2010 (36. Jahrgang), S. 28-60.

Theo Balderston, Economics and Politics in the Weimar Republic. Cambridge 2002.

Markus Baltzer, Der Berliner Kapitalmarkt nach der Gründung 1871. Gründerzeit, internationale Finanzmarktintegration und der Einfluss der Makroökonomie. Berlin 2007.

Ralf Banken, Die deutsche Goldreserven- und Devisenpolitik 1933-1939 in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1/2003, S. 49-78.

Bankhistorisches Archiv. Zeitschrift zur Bankengeschichte, Beiheft 41 (2003). Der Privatbankier. Nischenstrategie in Geschichte und Gegenwart.

Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945. Frankfurt a.M. 1988.

Avraham Barkai, Die „stillen Teilhaber“ des NS-Regimes, in: Lothar Gall/Manfred Pohl (Hg.), Unternehmen im Nationalsozialismus. München 1998, S. 117-120.

Avraham Barkai, Jüdisches Leben in seiner Umwelt, in: Michael A. Meyer (Hg.), Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit 1918-1945 (Band 4). München 2000, S. 50-73.

Avraham Barkai, Politische Orientierung und Krisenbewusstsein, in: Michael A. Meyer (Hg.), Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit 1918-1945 (Band 4). München 2000, S. 102-124.

Araham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943. Frankfurt a.M. 1988.

Boris Barth, Die deutsche Hochfinanz und die Imperialismen. Banken und Außenpolitik vor 1914. Stuttgart 1995.

Heinrich Baumann, Der Kommunalkredit seit der Währungsstabilisierung mit Berücksichtigung des Kredits der Stadt München. Regensburg o.J. [1934].

Rudolf Baur, Geschichte und Bedeutung der Börse zu München 1829-1952. München 1953.

Wolfgang Benz, Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung. München 2007.

Wolfgang Benz u.a. (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München ⁴2001.

Wolfgang Benz, Mitglieder der Häftlingsgesellschaft auf Zeit: „Die Aktionsjuden 1938/9“, in: ders./Angelika Königseder (Hg.), Das Konzentrationslager Dachau. Geschichte und Wirkung nationalsozialistischer Repression. Berlin 2008, S. 207-218.

Helmut Berding, Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1988.

Hartmut Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte. Eine themen- und theorieorientierte Einführung. Paderborn 2004.

Hartmut Berghoff, Wozu Unternehmensgeschichte? Erkenntnisinteressen, Forschungsansätze und Perspektiven des Faches, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 2/2004 (49. Jahrgang), S. 131-148.

Hartmut Berghoff/Ingo Köhler, Redesigning a Class of its Own. Social and Human Capital Formation in the German Banking Elite, 1870-1990, in: Financial History Review 1/2007 (14. Issue), S. 63-87.

Hartmut Berghoff/Jörg Sydow, Unternehmerische Netzwerke – Theoretische Konzepte und historische Erfahrung, in: dies. (Hg.), Unternehmerische Netzwerke: Eine historische Organisationsform mit Zukunft? Stuttgart 2007, S. 9-43.

Werner Bergmann, Geschichte des Antisemitismus. München ²2004.

Walther L. Bernecker, Europa zwischen den Weltkriegen 1914-1945. Stuttgart 2002.

Fritz Bläich, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise. München ²1990.

Fritz Bläich, Wirtschaft und Rüstung im „Dritten Reich“. Düsseldorf 1987.

Carlotta von Bock und Polach, Neue Institutionenökonomie und Netzwerkanalyse. Theoretische und methodische Anknüpfungspunkte am Beispiel des Spargelanbaus in Brandenburg, in: Christian Stegbauer (Hg.), Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie: Ein neues Paradigma in der Sozialwissenschaft. Wiesbaden 2008, S. 429-441.

Vernon Bogdanor, „Appeasement“ (Gresham Lecture, 15.02.2011).

Knut Borchardt, Anerkennung und Versagen. Ein Jahrhundert wechselnder Einschätzungen von Rolle und Leistung der Volkswirtschaftslehre in Deutschland, in: Reinhard Spree (Hg.), Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert. München 2001, S. 200-222.

Knut Borchardt, Währung und Wirtschaft, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975. Frankfurt a.M. 1976.

Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise: Finanzen und Politik. München 1967.

Karl Erich Born, Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1977.

Karl Erich Born, Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zum Ende der Weimarer Republik (1914-1933), in: Institut für bankhistorische Forschung (Hg.), Deutsche Bankengeschichte (Band 3). Frankfurt am Main 1983.

Pierre Bourdieu, Die verborgenen Mechanismen der Macht. Herausgegeben von Margareta Steinrücke. Hamburg 2005.

Alexander Brakel, Der Holocaust. Judenverfolgung und Völkermord. Berlin-Brandenburg 2008 (ZpB).

Franz-Josef Brüggemeier, Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert. München 2010.

Christoph Buchheim, Das NS-Regime und die Überwindung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3/2008 (56. Jahrgang).

Christoph Buchheim/Marcel Boldorf (Hg.), Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938-1945. München 2012.

Gunilla Budde, Blütezeit des Bürgertums. Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Darmstadt 2009.

Michael Buddrus, „Wir fahren zum Juden Geld holen!“. Hitlerjugend, Antisemitismus, Reichskristallnacht, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung, 18 (1999), S. 13-156.

Lutz Budraß, Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918-1945. Düsseldorf 1998.

Carsten Burhop, Die Kreditbanken in der Gründerzeit. Frankfurt am Main 2004.

P. J. Cain/A. G. Hopkins, British Imperialism, 1688-2000. London ²2002.

Youssef Cassis, Capitals of Capital. The Rise and Fall of International Financial Centres 1780-2009. Cambridge 2010.

Stanley Chapman, The Rise of Merchant Banking. New York 2010.

Alfred D. Chandler, Scale and Scope. The Dynamics of Industrial Capitalism. Cambridge/London 1990.

Alfred D. Chandler, Strategy and Structure. Chapters in History of Industrial Enterprise. Cambridge, Mass. ²¹2001.

Ron Chernow, Die Warburgs. Odyssee einer Familie. Berlin 1994.

William D. Cohan, The last Tycoons. The Secret Story of Lazard Frères & Co. New York 2007.

Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten um Dritten Reich und in der Bundesrepublik. München 2010.

P. L. Cottrell, London financiers and Austria, 1863-75: The Anglo-Austrian Bank, in: Business History 11 (1969), S. 107-119.

Markus Dahlem, Die Professionalisierung des Bankbetriebs. Studien zur institutionellen Strukturen deutsche Banken im Kaiserreich 1871-1914. Essen 2009.

Carsten Dams/Michael Stolle, Die Gestapo. Herrschaft und Terror im Dritten Reich. München 2008.

Nina Degele/Christian Dries, Modernisierungstheorie. München 2005.

Hermann A. L. Degener, Wer ist's? Berlin ⁹1928.

Sören Dengg, Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und Schachts „Neuer Plan“. Zum Verhältnis von Außen- und Außenwirtschaftspolitik in der Übergangsphase von der Weimarer Republik zum Dritten Reich (1929-1934). Frankfurt a.M. 1986.

Reinhard R. Doerris, Individualist und Diplomat. Albrecht Graf von Bernstorff, in: Jan Erik Schulte/Michael Wala (Hg.), Widerstand und Auswärtiges Amt. Diplomaten gegen Hitler. München 2013, S. 35-49.

Klaus A. Donaubauer, Privatbankiers und Bankenkonzentration in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1932 unter besonderer Berücksichtigung der Übernahmen und Kommanditierungen der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank und der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank. Frankfurt a. M. 1988.

Axel Drecol, Der Fiskus als Verfolger. Die steuerliche Diskriminierung der Juden in Bayern 1933-1941/42. München 2009.

Jost Dülffer, Die „Gruppe Otto Wolff“ 1929 bis 1945, in: Peter Danylow/Ulrich S. Soénus (Hg.), Otto Wolff. Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik. München 2005, S. 153-243.

Allen Welsh Dulles, Germany's Underground. New York 1947.

Hans J. Ebert/Johann B. Kaiser/Klaus Peters, Willy Messerschmitt – Pionier der Luftfahrt und des Leichtbaues. Eine Biographie. Bonn 1992.

Michael Ebi, Export um jeden Preis. Die Deutsche Exportförderung von 1932-1938. Stuttgart 2004.

Alexander Emmerich, Olympia 1936. Trügerischer Glanz eines mörderischen Systems. Köln 2011.

Jens Ivo Engels, Die Geschichte der Korruption. Von der Frühen Neuzeit bis ins 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 2014.

Michael Epkenhans, Europa am Abgrund? Großmächte zwischen Krisendiplomatie und Aufrüstung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12/2013 (63. Jahrgang), S. 9-14.

Paul Erker, Aufbruch zu neuen Paradigmen. Unternehmensgeschichte zwischen sozialgeschichtlicher und betriebswirtschaftlicher Erweiterung, in: Archiv für Sozialgeschichte 1997 (37. Jahrgang), S. 321-365.

Mathias Erlei/Martin Leschke/Dirk Sauerland (Hg.), Neue Institutionenökonomik. Stuttgart²2007.

Otmar Escher, Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Bremen 1931 und der Fall Schröderbank. Frankfurt a.M. 1988.

Andreas Fahrmeir, Ehrbare Spekulanten. Stadtverfassung, Wirtschaft und Politik in der City of London (1688-1900). München 2003.

Gerald D. Feldman, Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933-1945. München 2001.

Gerald D. Feldman, Die Deutsche Bank vom Ersten Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise 1914-1933, in: Lothar Gall u.a. (Hg.), Die Deutsche Bank 1870-1995. München 1995, S. 138-314.

Gerald D. Feldman, Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870-1924. München 1998.

Gerald D. Feldman, The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation. New York/Oxford 1997.

Niall Ferguson, The House of Rothschild. The World's Banker 1849-1999. London 2000.

Martin Fiedler, Zur Rolle des Vertrauens in der „Deutschland AG“: Verflechtung zwischen Finanz- und Nichtfinanzunternehmen im 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1/2005, S. 93-106.

Martin Fiedler/Bernhard Lorentz, Kontinuitäten in den Netzwerkbeziehungen der deutschen Wirtschaftselite zwischen Weltwirtschaftskrise und 1950. Eine quantitative und qualitative Analyse, in: Volker R. Berghahn/Stefan Unger/Dieter Ziegler (Hg.), Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität. Essen 2003, S. 51-74.

Jürgen Finger/Sven Keller/Andreas Wirsching, Dr. Oetker und der Nationalsozialismus. Geschichte eines Familienunternehmens 1933-1945. München 2013.

Albert Fischer, Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenfrage“. Köln u.a. 1995.

Albert Fischer, Jüdische Privatbanken im „Dritten Reich“, in: Scripta Mercaturae, I-2/1994 (28. Jahrgang), S. 1-54.

Albert Fischer, Münchens Finanzinstitute in Kriegs- und Krisenzeiten, in: Hans Pohl (Hg.), Geschichte des Finanzplatzes München. München 2007, S. 141-184.

Wolfram Fischer, Unternehmensgeschichte und Wirtschaftsgeschichte. Über die Schwierigkeiten, mikro- und makroökonomische Ansätze zu vereinen, in: Hermann Kellenbenz/Hans Pohl (Hg.), Historia Sociales et Oeconomica. Stuttgart 1987, S. 61-71.

Neil Forbes, Doing Business with the Nazis: Britain's Economic and Financial Relations with Germany, 1931-1939. London 2000.

Neil Forbes, London Banks, the German Standstill Agreements, and „Economic Appeasement“ in the 1930s, in: Economic History Review, 4/1987 (2nd ser. XL), S. 571-587.

Christina M. Förster, Der Harnier-Kreis. Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Bayern. Paderborn u.a. 1996.

Norbert Frei, Die Wirtschaft im Dritten Reich. Überlegungen zu einem Perspektivwechsel, in: ders./Tim Schanetzky (Hg.), Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur. Göttingen 2010, S. 9-24.

Jeffrey A. Frieden, Global Capitalism. Its Fall and Rise in the Twentieth Century. New York 2007.

Martin Friedenberger, Die Rolle der Finanzverwaltung bei der Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung der deutschen Juden, in: ders./Klaus-Dieter Gössel/Eberhard Schönknecht (Hg.), Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus. Bremen 2002, S. 10-94.

Werner Fuchs-Heinritz/Alexandra König, Pierre Bourdieu. Eine Einführung. Konstanz 2005.

Lothar Gall, Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie. München 2006.

Lothar Gall, Die Deutsche Bank von ihrer Gründung bis zum Ersten Weltkrieg 1870-1914, in: ders. u.a. (Hg.), Die Deutsche Bank 1870-1995. München 1995, S. 1-135.

Rainer Gömmel, Der Aufstieg zum führenden bayerischen Finanzplatz (1860er Jahre bis 1914), in: Hans Pohl (Hg.), Geschichte des Finanzplatzes München. München 2007, S. 91-140.

Rainer Gömmel, Entstehung und Entwicklung der Effektenbörsen im 19. Jahrhundert bis 1914, in: Hans Pohl (Hg.), Deutsche Börsengeschichte. Frankfurt a.M. 1992.

Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie. Wiesbaden 2005.

Gernot Grabher, The Weakness of Strong Ties. The Lock-in of Regional Development in the Ruhr Area, in: ders. (Hg.), The Embedded Firm. On the Socioeconomics of Industrial Networks. London 1993, S. 255-277.

Hermann Graml, Hitler und England. Ein Essay zur nationalsozialistischen Außenpolitik 1920 bis 1940. München 2010.

Hermann Graml, Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher. München 2001.

Bernhard Grau, Steigbügelhalter des NS-Staats – Franz Xaver Ritter von Epp und die Zeit des 'Dritten Reichs', in: Marita Krauss (Hg.), Rechte Karrieren in München. Von der Weimarer Zeit bis in die Nachkriegsjahre. München 2010, S. 29-51.

Neil Gregor, Wissenschaft, Politik, Hegemonie. Zum Boom der NS-Unternehmensgeschichte, in: Norbert Frei/Tim Schanetzky (Hg.), Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur. Göttingen 2010, S. 79-93.

Dorle Gribl, Prominenz in Bogenhausen. Villen und ihre berühmten Bewohner. München 2009.

Nina Grunenberg, Die Wundertäter. Netzwerke der deutschen Wirtschaft 1942-1966. München 2007.

Wolf Gruner, Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1/2000 (48. Jahrgang), S. 75-126.

Gottfried Haberler, Die Weltwirtschaft und das internationale Währungssystem in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975. Frankfurt a.M. 1976, S. 205-248.

Rüdiger Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Band 1. Göttingen 2007.

Babara von Haeften, „Nichts Schriftliches von Politik“. Hans Bernd von Haeften. Ein Lebensbericht. München 1997.

Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler. Frankfurt a.M. 2002.

Sebastian Haffner, Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick. München 1987.

Heinz Haller, Die Rolle der Staatsfinanzen für den Inflationsprozess, in: Deutsche Bundesbank (Hg.), Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975. Frankfurt a.M. 1976, S. 115-155.

Peter Hanke, Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945. München 1967.

Leslie Hannah, London as the Global Market for Corporate Securities before 1914, in: Laure Quennouëlle-Corre/Youssef Cassis (Hg.), Financial Centres and International Capital Flows in the Nineteenth and Twentieth Centuries. New York 2011, S. 126-160.

Hauck & Aufhäuser Privatbankiers (Hg.), Unabhängig – Persönlich – Unternehmerisch. Eine Chronik von Hauck & Aufhäuser Privatbankiers seit 1796. Frankfurt a.M. o.D. [2010].

Rudolf Haus, Die Deutsche Golddiskontbank. Köln 1959.

Rudolf M. Heilbrunn, Das Bankhaus J. Dreyfus & Co. Frankfurt a.M. – Berlin, 1868-1939. O.O. 1962.

Peter Heimerzheim, Karl Ritter von Halt – Leben zwischen Sport und Politik. Sankt Augustin 1999.

Josef Henke, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939. Boppard a.Rh. 1973.

Friedrich-Wilhelm Henning, Börsenkrisen und Börsengesetzgebung von 1914 bis 1945 in Deutschland, in: Hans Pohl (Hg.), Deutsche Börsengeschichte. Frankfurt a.M. 1992, S. 209-290.

Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München 2014.

Ludolf Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Frankfurt a.M. 1996.

Georg C. Herring, From Colony to Superpower. U.S. Foreign Relations since 1776. New York 2011.

Arno Herzig, Jüdische Geschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München 2005 (BpB).

Gerhard Hetzer, Unternehmer und leitende Angestellte zwischen Rüstungseinsatz und politischer Säuberung, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München ³1990, S. 551-592.

Andreas Heusler, Das Braune Haus. Wie München zur „Hauptstadt der Bewegung“ wurde. München 2008.

Andreas Heusler/Tobias Weger, „Kristallnacht“. Gewalt gegen die Münchner Juden im November 1938. München 1998.

Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Band 1. Frankfurt a.M. ⁹1999.

Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich. München ⁶2003.

Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. Stuttgart 1995.

Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart u.a. ⁴1980.

Andreas Hillgruber, Deutsche Außenpolitik im Donauraum 1930 bis 1939, in: ders., Die Zerstörung Europas. Beiträge zur Weltkriegsepoche 1914 bis 1945. Frankfurt a.M./Berlin ²1989, S. 137-146.

Gabriele Hoffmann, Max M. Warburg. Hamburg 2009.

Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. München/Zürich ⁴1985.

Carl-Ludwig Holtfrerich, Amerikanischer Kapitalexport und Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft 1919-1923 im Vergleich zu 1924-1929, in: Michael Stürmer (Hg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Königstein/Ts. ²1985, S. 131-157.

Carl-Ludwig Holtfrerich, Die Deutsche Bank vom Zweiten Weltkrieg über die Besatzungsherrschaft zur Rekonstruktion 1945-1957, in: Lothar Gall u.a. (Hg.), Die Deutsche Bank 1870-1995. München 1995, S. 409-578.

Carl-Ludwig Holtfrerich, Finanzplatz Frankfurt. Von der mittelalterlichen Messestadt zum europäischen Bankenzentrum. München 1999.

Boris Holzer, Netzwerke. Bielefeld 2006.

Florian Illies, Schlaglichter aus dem Jahr 1913, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 12/2013 (63. Jahrgang), S. 3-8.

Institut für bankhistorische Forschung (Hg.), Deutsche Bankengeschichte. Band 1-3, Frankfurt a.M. 1982-1983.

Klaus Jaitner, Deutschland, Brüning und die Formulierung der britischen Außenpolitik. Mai 1930 bis Juni 1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4/1980 (28. Jahrgang), S. 440-486.

Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936. Stuttgart 1988.

Harold James, The Reichsbank and Public Finance in Germany 1924-1933: A Study of the Politics of Economics during the Great Depression. Frankfurt a.M. 1985.

Harold James, Verbandspolitik im Nationalsozialismus. Von der Interessen zur Wirtschaftsgruppe: Der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes 1932-1945. München/Zürich 2001.

Harald James/Martin L. Müller (Hg.), Georg Solmssen. Ein deutscher Bankier. Briefe aus einem halben Jahrhundert 1900-1956. München 2012.

Maren Janetzko, Die „Arisierung“ mittelständischer jüdischer Unternehmen in Bayern 1933-1939. Ein interregionaler Vergleich. Ansbach 2012.

Dorothea Jansen, Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. Wiesbaden ³2006.

Werner Jochmann, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945. Hamburg 1988.

Henning Kahmann, Die Bankiers von Jacquier & Securius 1933-1945. Frankfurt a.M. 2002.

Erich Kasberger, Karrierewege Münchner Gestapobeamter aus dem ‚Judenreferat‘. Eine Kollektivbiografie, in: Marita Krauss (Hg.), Rechte Karrieren in München. Von der Weimarer Zeit bis in die Nachkriegsjahre. München 2010, S. 189-229.

Ian Kershaw, Hitlers Freunde in England. Lord Londonderry und der Weg in den Krieg. München 2005.

Fritz Kieffer, Judenverfolgung in Deutschland – eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939. Stuttgart 2002.

Hendrikje Kilian, Die jüdische Gemeinde in München 1813-1871. Eine Großstadtgemeinde im Zeitalter der Emanzipation. München 1989.

Hans-Dieter Kirchholtes, Jüdische Privatbanken in Frankfurt am Main. Frankfurt a.M. ²1989.

Eckart Kleßmann, M. M. Warburg & CO. Die Geschichte eines Bankhauses. Hamburg 1998.

Dietrich O. A. Klose/Franziska Jungmann-Stadler, Königlich Bayerisches Geld. Zahlungsmittel und Finanzen im Königreich Bayern 1806-1918. München 2006.

Malte Kluck, Netzwerkcharakteristika und Sozialkapital als Erfolgsfaktoren bei Unternehmensgründungen. Duisburg 2010.

Heike Knortz, Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Eine Einführung in Ökonomie und Gesellschaft der ersten Deutschen Republik. Göttingen 2010.

Volker Knopf/Stefan Martens, Görings Reich. Selbstinszenierung in Carinhall. Berlin ⁴2007.

Jürgen Kocka, Das lange 19. Jahrhundert. Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft. Stuttgart 2001.

Jürgen Kocka, Geschichte des Kapitalismus. München 2013.

Ingo Köhler, Die „Arisierung“ der Privatbanken im Dritten Reich. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung. München 2005.

Ingo Köhler, Wirtschaftsbürger und Unternehmer – Zum Heiratsverhalten deutscher Privatbankiers im Übergang zum 20. Jahrhundert, in: Dieter Ziegler (Hg.), Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Göttingen 2000, S. 116-143.

Manfred Köhler, „Vertrauenswürdig wie ein Beichtvater und mit Nerven wie Schiffstaue“. Von der Bank für Brau-Industrie zur Frankfurter Bankgesellschaft. Frankfurt a.M. 2011.

Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik. München ⁷2009.

Christopher Kopper, Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier. München/Wien 2006.

Christopher Kopper, Kreditlenkung im nationalsozialistischen Deutschland, in: Manfred Köhler/Keith Ulrich (Hg.), Banken, Konjunktur und Politik. Beiträge zur Geschichte deutscher Banken im 19. und 20. Jahrhundert. Essen 1995, S. 117-128.

Christopher Kopper: Neue Widersprüche im Leben einer widersprüchlichen Persönlichkeit, in: Deutsches Historisches Institut Moskau, Bulletin Nr. 2/2008.

Christopher Kopper, Wer waren die Hauptprofiteure der „Arisierungen“? Zu neuen Forschungen über eine alte Kontroverse, in: Hartmut Berghoff/Jürgen Kocka/Dieter Ziegler (Hg.), Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Österreichs und Deutschlands. Im Gedenken an Gerald D. Feldman. München 2010, S. 298-315.

Christopher Kopper, Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im „Dritten Reich“ 1933-1939. Bonn 1995.

Kurt Koszyk, Paul Reusch und die „Münchner Neuesten Nachrichten“. Zum Problem „Industrie und Presse“ in der Endphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/1972 (20. Jahrgang), 75–103.

Detlef Krause, Die Commerz- und Disconto-Bank 1870-1920/23. Bankgeschichte als Systemgeschichte. Stuttgart 2004.

Detlef Krause, Jüdische Traditionslinien in der Commerzbank von ihrer Gründung im Jahr 1870 bis zur Mitte der Weimarer Republik, in: Ludolf Herbst/Thomas Weihe (Hg.), Die Commerzbank und die Juden 1933-1945. München 2004, S. 20-42.

Karoline Krenn, Von der „Macht der Banken“ zur Leitidee des deutschen Produktionsregimes, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 1/2008 (53. Jahrgang), S. 70-99.

Paul Krugman/Robin Wells, Volkswirtschaftslehre. Stuttgart 2010.

Konrad Kwiet, Gehen oder bleiben? Die deutschen Juden am Wendepunkt, in: Walter H. Pehle (Hg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord. Frankfurt a.M. 1999, S. 132-145.

David Kynaston, The City of London. Volume III: Illusions of Gold 1914-1945. London 2000.

David S. Landes, Die Macht der Familie. Wirtschaftsdynastien in der Weltgeschichte. München 2008.

Peter Langer, Macht und Verantwortung. Der Ruhrbaron Paul Reusch. Essen 2012.

Simone Lässig, Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert. Göttingen 2004.

Simone Lässig, Nationalsozialistische „Judenpolitik“ und jüdische Selbstbehauptung vor dem Novemberpogrom: Das Beispiel der Dresdner Bankiersfamilie Arnhold, in: Reiner Pommerin (Hg.), Dresden unterm Hakenkreuz. Köln 1998, S. 129-191.

Karin Lehmann, Wandlungen der Industriefinanzierung mit Anleihen in Deutschland (1923/24-1938/39). Stuttgart 1996.

Rainer Liedtke, Im Auftrag der Banken – Agenten als Träger europaweiter Kommunikationsnetze für den Kapitalverkehr im 19. Jahrhundert, in: Ralf Roth (Hg.), Städte im europäischen Raum. Verkehr, Kommunikation und Urbanität im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2009, S. 157-186.

Rainer Liedtke, N M Rothschild & Sons. Kommunikationswege im europäischen Bankenwesen im 19. Jahrhundert. Köln u.a. 2006.

Rainer Liedtke, Zur mäzenatischen Praxis und zum kulturellen Selbstverständnis der jüdischen Wirtschaftselite in Deutschland: Die Hamburger Warburgs im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. in: Dieter Ziegler (Hg.), Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Göttingen 2000, S. 187-203.

Jürgen Lillteicher, Westdeutschland und die Restitution jüdischen Eigentums in Europa, in: Constantin Goschler/Philipp Ther, Raub und Restitution. „Arisierung“ und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa. Frankfurt a.M. 2003, S. 92-107.

Erik Lindner, Die Reemtsmas. Geschichte einer deutschen Unternehmerfamilie. München/Zürich 2008.

Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland, 1921-1932. Düsseldorf 1970.

Martin Liepach, Das Krisenbewusstsein des jüdischen Bürgertum in den *Goldenen Zwanzigern*, in: Andreas Gotzmann/Rainer Liedtke/Till van Rahden (Hg.), Juden, Bürger, Deutsche. Zur Geschichte von Vielfalt und Differenz 1800-1933. Tübingen 2001, S. 395-417.

Hanns Christian Lühr, Der Eiserne Sammler. Die Kollektion Hermann Göring. Kunst und Korruption im „Dritten Reich“, Berlin 2009.

Peter Longerich, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung. München 1998.

Till Lorenzen, BMW als Flugmotorenhersteller 1926-1940. Staatliche Lenkungsmaßnahmen und unternehmerische Handlungsspielräume. München 2008.

Werner M. Loval, We Were Europeans. A Personal History of a Turbulent Century. Jerusalem 2010.

Steven M. Lowenstein, Anfänge der Integration 1780-1871, in: Marion Kaplan (Hg.), Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland. Vom 17. Jahrhundert bis 1945. München 2003, S. 126-224.

Johannes Ludwig, Boykott, Enteignung, Mord. Die „Entjudung“ der deutschen Wirtschaft. München 1992.

Niklas Luhmann, Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart 42009.

Loukas Lymperopoulos, Kurze Geschichte Griechenlands, in: APuZ 35-37/2012 (62. Jahrgang), S. 23-30.

Hedwig Maier, Die SS und der 20. Juli 1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1966 (14. Jahrgang), S. 299-316.

Thomas Martin, Aspekte der politischen Biographie eines lokalen NS-Funktionärs. Der Fall Christian Weber, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, 1994 (54. Jahrgang), S. 435-484.

Herbert Matis/Fritz Weber, Bankensysteme und Bankenkonzentration von den 1850er Jahren bis 1918: Kaisertum Österreich – Donaumonarchie, in: Hans Pohl (Hg.): Europäische Bankengeschichte. Frankfurt a.M. 1993, S. 316-332.

Marcel Mauss, Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. Frankfurt am Main ³1984.

Giles MacDonogh, 1938. Hitler's Gamble. London 2010.

Frank McDonough, Hitler, Chamberlain and Appeasement. Cambridge ⁹2011.

Hartmut Mehringer, Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner. München 1997.

Michael Meister, Kleine Geschichte Englands. Stuttgart 2002 (BpB).

Paul Mendes-Flohr, Im Schatten des Weltkriegs, in: Michael A. Meyer (Hg.), Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit 1918-1945 (Band 4). München 2000, S. 15-36.

Wolfgang Michalka, Kriegsrohstoffbewirtschaftung, Walther Rathenau und die „kommende Wirtschaft“, in: ders. (Hg.), Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. München/Zürich 1994, S. 485-505.

Ronald C. Michie, Der Aufstieg der City of London als Finanzplatz: Vom Inlandsgeschäft zum Offshore-Zentrum?, in: Christoph Maria Merki (Hg.), Europas Finanzzentren. Geschichte und Bedeutung im 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 2005, S. 23-51.

Gerd Modert, Motor der Verfolgung – Zur Rolle der NSDAP bei der Entrechtung und Ausplünderung der Münchner Juden, in: Angelika Baumann/Andreas Heusler (Hg.), München arisiert. Entrechtung und Enteignung der Juden in der NS-Zeit. München 2004, S. 145-175.

Hans Mommsen, Auschwitz, 17 Juli 1942. Der Weg zur europäischen „Endlösung der Judenfrage“. München 2002.

Eva Moser/Richard Winkler, Wegmarken. 125 Jahre Bankhaus H. Aufhäuser. München 1995.

Jonny Moser, Entrechtung der Juden im Dritten Reich. Diskriminierung und Terror durch Gesetze, Verordnungen und Erlasse, in: Walter H. Pehle (Hg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht zum Völkermord. Frankfurt a.M. ⁹1999, S. 118-131.

Werner E. Mosse, Jewish Entrepreneurship in Germany 1820-1935, in: ders./Hans Pohl (Hg.), Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 64. 1992, S. 54-66.

Werner E. Mosse, The German-Jewish Economic Élite 1820-1935. A Socio-cultural Profile. Oxford 1989.

Klaus Müller, Die Unternehmerfamilie Küttner. Begründer einer langen Industriegeschichte in Pirna, in: Erhpeter, 11/2003, S. 4-6.

Scott Newton, Profits of Peace. The Political Economy of Anglo-German Appeasement. Oxford 1996.

Gottfried Niedhardt, Die Außenpolitik der Weimarer Republik. München ²2006.

Armin Nolzen, The Nazi Party and its Violence Against the Jews, 1933-1939: Violence as a Historiographical Concept (Shoah Ressource Center) [2003].

Jochen Oltmer, Globale Migration. Geschichte und Gegenwart. Bonn 2012 (BpB).

Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. München 2009.

Jürgen Osterhammel/Niels P. Petersson, Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen. München 2003.

Dorothea Peters, Kunstverlage, in: Ernst Fischer/Stephan Füssel (Hg.), Geschichte des Deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Band 2/1: Die Weimarer Republik 1918-1933. München 2007, S. 463-508.

Jonathan Petropoulos, Kunstraub und Sammelwahn. Kunst und Politik im Dritten Reich. Berlin 1999.

Dietmar Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan. Stuttgart 1968.

Toni Pierenkemper, „Moderne“ Unternehmensgeschichte auf vertrauten (Irr-)Wegen?, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 1/2012 (57. Jahrgang), S. 70-85.

Toni Pierenkemper, Unternehmensgeschichte. Eine Einführung in ihre Methoden und Ergebnisse. Stuttgart 2000.

Ernst Piper, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe. München 2007.

Werner Plumpe, Die Unwahrscheinlichkeit des Jubiläums – oder: warum Unternehmen nur historisch erklärt werden können, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1/2003, S. 143-156.

Werner Plumpe, Perspektiven der Unternehmensgeschichte, in: Günther Schulz u.a. (Hg.), Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. München 2005, S. S. 403-425.

Werner Plumpe, Unternehmen, in: Gerold Ambrosius/Dietmar Petzina/Werner Plumpe (Hg.), Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen. München 2006, S. 61-94.

Werner Plumpe, Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart. München 2010.

Manfred Pohl, Entstehung und Entwicklung des Universalbankensystems. Konzentration und Krise als wichtige Faktoren. Frankfurt a.M. 1986.

Manfred Pohl, Festigung und Ausdehnung des deutschen Bankwesens zwischen 1870-1914, in: Institut für bankhistorische Forschung (Hg.), Deutsche Bankengeschichte (Band 2). Frankfurt a.M. 1982.

Manfred Pohl, Konzentration im deutschen Bankwesen 1848-1980. Frankfurt a.M. 1982.

Manfred Pohl/Angelika Raab-Rebentisch, Calendarium Deutsche Bank 1870-2002. München/Zürich 2002.

Kim Christian Priemel, Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 2007.

Arthur Prinz, Juden im Deutschen Wirtschaftsleben. Soziale und wirtschaftliche Struktur im Wandel 1850-1914. Tübingen 1984.

Marcus Pyka, Das Werden einer großstädtischen Gemeinde (1848-1892), in: Richard Bauer/Michael Brenner (Hg.), Jüdisches München. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2006, S. 89-109.

György Ránki, Kredit oder Markt? Zum Wandel der wirtschaftspolitischen Hegemonialbestrebungen der Großmächte in Südosteuropa 1920-1931, in: Ralph Melville u.a. (Hg.), Deutschland und Europa in der Neuzeit, 2. Halbband. Stuttgart 1988, S. 805-824.

Lutz Raphael, Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914-1945. München 2011.

Aribert Reimann: Der Erste Weltkrieg – Urkatastrophe oder Katalysator?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 29–30/2004, S. 30–38.

Wolfgang Reinhard, Freunde und Kreaturen. „Verflechtung“ als Konzept zur Erforschung historischer Führungsgruppen. Römische Oligarchie um 1600. München 1979.

Wolfgang Reinhard, Lebensformen Europas. Eine historische Kulturanthropologie. München 2004.

Morten Reitmayer, Bankiers im Kaiserreich. Sozialprofil und Habitus der deutschen Hochfinanz. Göttingen 1999.

Morten Reitmayer, Der Strukturwandel im Bankwesen und seine Folgen für die Geschäftstätigkeit der Privatbankiers im Deutschen Reich bis 1914, in: Bankhistorisches Archiv, Beiheft 41 (2003), S. 11-26.

Monika Richarz, Berufliche und soziale Struktur, in: Steven M. Lowenstein u.a. (Hg.), Deutsch-jüdische Geschichte der Neuzeit (Band 3). München 2000, S. 39-68.

Monika Richarz, Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung, in: Steven M. Lowenstein u.a. (Hg.), Deutsch-jüdische Geschichte (Band 3). München 2000, S. 13-38.

Rudolf Richter/Eirik G. Furubotn: Neue Institutionenökonomik. Eine Einführung und kritische Würdigung. Tübingen ³2003.

Albrecht Ritschl, Deutschlands Krise und Konjunktur 1924-1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre. Berlin 2002.

Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1955.

Eduard Rosenbaum/A. J. Sherman, Das Bankhaus M.M. Warburg & Co. Hamburg 1982.

Emily S. Rosenberg (Hg.), Weltmärkte und Weltkriege, 1870-1945. München 2012.

Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa. Berlin 1967.

Reinhard Rürup, Wissenschaft und Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus: Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: Hartmut Berghoff/Jürgen Kocka/Dieter Ziegler (Hg.), Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur

Unternehmensgeschichte Österreichs und Deutschlands. Im Gedenken an Gerald D. Feldman. München 2010, S. 245-252.

Adelheid von Saldern, Netzwerke und Unternehmensentwicklung im frühen 19. Jahrhundert. Das Beispiel der Schoeller-Häuser, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 2/2008 (53. Jahrgang), S. 147-176.

Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens. Bad Wörishofen 1953.

Michael Schäfer, Familienunternehmen und Unternehmerfamilien. Zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der sächsischen Unternehmer 1850-1940. München 2007.

Markus Schiefer, Vom 'Blauen Bock' in die Residenz – Christian Weber, in: Marita Krauss (Hg.), Rechte Karrieren in München. Von der Weimarer Zeit bis in die Nachkriegsjahre. München 2010, S. 152-165.

Klaus Schlegelmilch, Die Entwicklung des Privatbankiergewerbes seit 1900 unter besonderer Berücksichtigung der Liquidationsursachen. Frankfurt a. M. 1964.

Gustav Schmidt, England in der Krise: Grundzüge und Grundlagen der britischen Appeasement-Politik 1930-1937. Opladen 1981.

Isabel Schnabel, The German Twin Crisis of 1931, in: SonderForschungsBereich 504, Working Paper Series, Nr. 02-48 (2002).

Julius H. Schoeps, Das Erbe der Mendelssohns. Biographie einer Familie. Frankfurt a.M. 2010.

Gregor Schöllgen, Das Zeitalter des Imperialismus. München ³1994.

Joachim Scholtyseck, Der Aufstieg der Quandts. Eine deutsche Unternehmerdynastie. München 2011.

Joachim Scholtyseck, Die deutschen Eliten im Jahr 1933. War Widerstand möglich?, in: Andreas Wirsching, Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft. Göttingen 2009.

Joachim Scholtyseck, Die Geschichte der National-Bank 1921 bis 2011. Stuttgart ²2011.

Joachim Scholtyseck, Hjalmar Schacht. Opportunistischer Weltgänger zwischen Nationalsozialismus und Widerstand – anstelle einer Rezension, in: Bankhistorisches Archiv. Zeitschrift zur Bankengeschichte, 1/1999 (25. Jahrgang), S. 38-46.

Joachim Scholtyseck, Otto Schniewind [1887-1970], in: Hans Pohl (Hg.), Deutsche Bankiers des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2008. S. 373-385.

Joachim Scholtyssek, Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945. München 1999.

Stephen A. Schuker, American „Reparations“ to Germany, 1919-1933. Implikations for the Third-World Debt Crisis. Princeton N.J. 1988.

Margit Schulte Beerbühl, Deutsche Kaufleute in London. Welthandel und Einbürgerung (1600-1818). München 2007.

Gerhard Schulz, Nationalpatriotismus und Widerstand. Ein Problem der europäischen Krise und des Zweiten Weltkriegs – nach vier Jahrzehnten Widerstand, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1984 (32. Jahrgang), S. 331-372.

Ulrike Schulz, Simson. Vom unwahrscheinlichen Überleben eines Unternehmens 1856-1993. Göttingen ²2013.

Joseph A. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmerrisiko, Kapital, Kredit, Zins und Konjunkturzyklus. Berlin ⁹1997.

Paul von Schwabach, Aus meinen Akten. Berlin 1927.

Walter Schwarz, Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland. Ein Überblick, in: Ludolf Herbst/Constantin Goschler, Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland. München 1989, S. 33-54.

Doris Seidel, Die jüdische Gemeinde Münchens 1933-1945, in: Angelika Baumann/Andreas Heusler (Hg.), München arisiert. Entrechtung und Enteignung der Juden in der NS-Zeit. München 2004, S. 31-53.

Wolfram Selig, „Arisierung“ in München: Die Vernichtung jüdischer Existenz 1937-1939. Berlin 2004.

Holger Siebert, Ökonomische Analyse von Unternehmensnetzwerken, in: Jörg Sydow (Hg.), Management von Netzwerkorganisationen. Beiträge aus der „Managementforschung“. Wiesbaden ⁴2006, S. 7-27.

Herbert Sirois, Zwischen Illusion und Krieg: Deutschland und die USA 1933-1941. Paderborn u.a. 2000.

Michael Smith, Foley. The Spy Who Saved 10.000 Jews. London 1999.

Heike Specht, Zerbrechlicher Erfolg (1918-1933), in: Richard Bauer/Michael Brenner (Hg.), Jüdisches München. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2006, S. 137-160.

Georg Spenkuch, Zur Geschichte der Münchener Börse. Leipzig 1908.

Stadtarchiv München (Hg.), Biographisches Gedenkbuch der Münchner Juden 1933-1945, Band 1, München 2003.

Franz Steffan, Bayerische Vereinsbank 1869-1969. Eine Regionalbank im Wandel eines Jahrhunderts. Würzburg 1969.

Christian Stegbauer, Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Einige Anmerkungen zu einem neuen Paradigma, in: ders. (Hg.), Netzwerkanalyse, S. 11-19.

Fritz Stern, Der Traum vom Frieden und die Versuchung der Macht. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. München 2006.

Fritz Stern, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder. Hamburg 2000.

Irene Struif: „Jugendführer“ Emil Klein – vom Parteimitglied der NSDAP zum Stabsleiter des Kultusministeriums, in: Marita Krauss (Hg.), Rechte Karrieren in München. Von der Weimarer Zeit bis in die Nachkriegsjahre. München 2010, S. 133-151.

Michael Stürmer/Gabriele Teichmann/Wilhelm Treue, Wägen und Wagen. Sal. Oppenheim jr. & Cie. Geschichte einer Bank und einer Familie. München 1989.

Jörg Sydow, Strategische Netzwerke: Evolution und Organisation. Wiesbaden 1992.

Telefonbau und Normalzeit (Hg.), Telefonbau und Normalzeit. Ein firmenkundlicher Bericht. O.O., 1956.

Heidi Thiede, Martin Aufhäuser und seine Kunstsammlung. Die Akte: „ehemalige Judenbesitz – Wiedergutmachungsakt“, in: Münchner Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur, 2/2012 (6. Jahrgang), S. 95-104.

Mirjam Thulin, Jüdische Netzwerke, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2010-12-03; <http://ieg-ego.eu/de/threads/europaeische-netzwerke/juedische-netzwerke>.

Richard Tilly, Die Entwicklung der europäischen Wertpapierbörsen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert: Eine vergleichende Betrachtung, in: Christoph Maria Merki (Hg.), Europas Finanzzentren. Geschichte und Bedeutung im 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M./New York 2005, S. 223-244.

Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. Bonn 2007 (BpB).

Adam Tooze, Doch falsch gerechnet - weil falsch gedacht, in: TAZ, 16.03.2005.

Cornelius Torp, Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860-1914. Göttingen 2005.

Wilhelm Treue, Das Schicksal des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. im Dritten Reich. Wiesbaden 1983.

Hans-Peter Ullmann, Der deutsche Steuerstaat. Geschichte der öffentlichen Finanzen. München 2005.

Keith Ulrich, Aufstieg und Fall der Privatbankiers. Die wirtschaftliche Bedeutung von 1918 bis 1938. Frankfurt a.M. 1998.

Keith Ulrich, Das Privatbankhaus Simon Hirschland im Nationalsozialismus, in: Manfred Köhler/Keith Ulrich (Hg.), Banken, Konjunktur und Politik. Beiträge zur Geschichte deutscher Banken im 19. und 20. Jahrhundert. Essen 1995, S. 129-142.

Shulamit Volkov, Die Juden in Deutschland 1780-1918. München 1994.

Martin Vogt, Gibt es einen deutschen Antisemitismus?, in: Wolfgang Michalka/Martin Vogt (Hg.), Judenemanzipation und Antisemitismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Tagungsband. Eggingen 2003, S. 9-38.

Oliver Volckart, Institutionsökonomische Erklärungen und wirtschaftshistorischen Modelle, in: Günther Schulz u.a. (Hg.), Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. München 2005, S. 619-637.

Jehanne Wake, Kleinwort Benson. The History of Two Families in Banking. Oxford 1997.

Georg von Wallwitz. Odysseus und die Wiesel. Eine fröhliche Einführung in die Finanzmärkte. München 2014.

Rolf Walter, Geschichte der Weltwirtschaft. Eine Einführung. Köln u.a. 2006.

Rolf Walter, Wirtschaftsgeschichte. Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart. Köln u.a. 2003.

Eckhard Wandel, Das deutsche Bankwesen im Dritten Reich (1933-1945), in: Institut für bankhistorische Forschung (Hg.), Deutsche Bankengeschichte (Band 3). Frankfurt am Main 1983, S. 149- 203.

Max M. Warburg, Aus meinen Aufzeichnungen. Glückstadt 1952.

Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen⁵2002.

Max Weber, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Vollständige Ausgabe, herausgegeben und eingeleitet von Dirk Kaesler. München ²2006.

Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914. München 2008.

Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. München 2008.

Gerhard L. Weinberg, Hitler's Foreign Policy 1933-1939. The Road to World War II. New York 2010.

Volker Wellhöner, Großbanken und Großindustrie im Kaiserreich. Göttingen 1989.

Peter Wende, Das britische Empire. Geschichte eines Weltreichs. München ²2009.

Peter Wende, Vom Inselreich zum Weltreich. Anmerkungen zum Aufstieg und zur Struktur des Britischen Empire, in: Herfried Münkler (Hg.), Zeitschrift für Weltgeschichte. Interdisziplinäre Perspektiven, 2/2010 (11. Jahrgang), S. 109-123.

Bernd J. Wendt, Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933-39. Düsseldorf 1971.

Bernd J. Wendt, Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes. München ²1993.

Ulrich Wengenroth, Hoffnung auf Mitteleuropa. Absatzstrategien und Interessenpolitik der deutschen Schwerindustrie im Reichsgründungs Jahrzehnt, in: Ralph Melville u.a. (Hg.), Deutschland und Europa in der Neuzeit, 2. Halbband. Stuttgart 1988, S. 537-553.

Christoph Wetzel, Die Auswirkungen des Reichsbankgesetzes von 1896 auf die Effektenbörsen im Deutschen Reich, insbesondere auf die Berliner Fondsbörse. Münster 1996.

Verena von Wiczlinski, Im Zeichen der Weltwirtschaft. Das Frankfurter Privatbankhaus Gebr. Bethmann in der Zeit des deutschen Kaiserreichs 1870-1914. Frankfurt a.M. 2011.

Michael Wildt, Geschichte des Nationalsozialismus. Göttingen 2008 (ZpB).

Oliver E. Williamson, Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus. Unternehmen, Märkte, Kooperationen. Tübingen 1990.

Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Band 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reichs bis zum Untergang der Weimarer Republik. München 2000.

Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914-1945. Bonn 2011 (BpB).

Tobias Winstel, Die Testamentsvollstrecker. Zur Rolle von Anwälten und Rechtshilfeorganisationen, in: Norbert Frei/José Brunner/Constantin Goschler (Hg.), Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel. Bonn 2010 (BpB), S. 533-553.

Reinhard Wittmann, Hundert Jahre Buchkultur in München. München 1993.

Harald Wixforth/Dieter Ziegler, Deutsche Privatbanken und Privatbankiers im 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaften, 2/1997 (23. Jahrgang), S. 205-235.

Harald Wixforth, Expansion durch „Arisierung“? – Die Geschäftsausweitung der Reichs-Kredit-Gesellschaft in die „Provinz“, in: Bankhistorisches Archiv. Banking and Finance in Historical Perspective 1/2009 (35. Jahrgang), S. 1-24.

Harald Wixforth, Industriekredit und Kapitalmarktfinanzierung zwischen Reichgründung und Weltwirtschaftskrise, in: Bankhistorisches Archiv. Zeitschrift zur Bankengeschichte, Beiheft 40 (2002), S. 15-38.

Birgit Wörner, Frankfurter Bankiers, Kaufleute und Industrielle: Werte, Lebensstil und Lebenspraxis 1870 bis 1930. Frankfurt a.M. u.a. 2011.

Karl-Günter Zelle, Hitlers zweifelnde Elite. Goebbels – Göring – Himmler – Speer. Paderborn u.a. 2010.

Dieter Ziegler, Das Zeitalter der Industrialisierung 1815-1914, in: Michael North (Hg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick. München ²2005, S. 197-286.

Dieter Ziegler, Die Aufsichtsräte der deutschen Aktiengesellschaften in den zwanziger Jahren. Eine empirische Untersuchung zum Problem der „Bankenmacht“, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 2/1998 (43. Jahrgang), S. 194-215.

Dieter Ziegler, Die Dresdner Bank und die deutschen Juden. Die Dresdner Bank im Dritten Reich, Band 2. München 2006.

Dieter Ziegler, Erosion der Kaufmannsmoral. „Arisierung“, Raub und Expansion, in: Norbert Frei/Tim Schanetzky (Hg.), Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur. Göttingen 2010, S. 156-168.

Dieter Ziegler, Restitution als Investition: Der Engelhardt-Brauereikonzerne, in: Ralf Ahrens, Die Dresdner Bank 1945-1957. Konsequenzen und Kontinuitäten nach dem Ende des NS-Regimes. München 2007, S. 369-381 (Beitrag).

D. Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehen u.Ä.

ARD

Berliner Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung, Im Interview: Michael Hauck

Burnham and Highbridge Weekly News

Europas Volkswirtschaft in Wort und Bild

Financial Times Deutschland

Frankfurter Zeitung

Industrie- und Handelskammer Frankfurt a.M. u.a., hg. v.d. IHK Frankfurt a.M.-Hanau

Manager-Magazin

Münchener Abendblatt

Münchener Börse

Süddeutsche Zeitung

The New York Times

TAZ – Die Tageszeitung

TIME Magazine

Die Zeit

E. Internet-Adressen

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1938&pos=3&size=45> [09.12.2012].

<http://forum.ahnenforschung.net/showthread.php?t=15984&page=3> [09.03.2010].

http://www.alemannia-judaica.de/hainsfarth_synagoge.htm#Zur%20Geschichte%20der%20j%FCdischen%20Gemeinde [16.12.2009].

<http://www.alemannia-judaica.de/images/Images%20Bayern/OBERNDOERFFER-family.htm> [3.5.2009].

<http://www.artnet.de/K%C3%BCnstler/oskar+von-schab/auktionsresultate> [03.05.2013].

http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrmr/kap1_3/para2_3.html, [20.01.2013].

[http://www.digam.net/index.php?dok=8018&h\[0\]=reichswirtschaftsminister&PHPSESSID=ed8a8c5942a5b51cd179744fd83ff7c9](http://www.digam.net/index.php?dok=8018&h[0]=reichswirtschaftsminister&PHPSESSID=ed8a8c5942a5b51cd179744fd83ff7c9) [30.11.2013].

<http://geschichte.hypovereinsbank.de/export/sites/history.hypo/de/stammbaum/bayerische-hypothesen-und-wechselbank.html> [09.11.2014].

<http://www.hainsfarth.de/geschichte/geschichte.html> [16.12.2009].

<http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetail.php?id=2682> [17.03.2012].

http://www.homebank.de/etc/medialib/i210m0182/pdf/ueber_uns.Par.0032.File.tmp/Interview_Humar.pdf. [03.11.2010].

http://www.hrb.at/bzt/doc/zgt/b16/presse/ranshofen-wertheimer_kohr.html [09.03.2010].

<http://www.imdb.com/name/nm0902929/> [03.05.2013].

<http://www.lagis-hessen.de/pnd/118581376> [15.12.2013].

http://library2.lawschool.cornell.edu/donovan/pdf/Batch_7/Vol_XVII_53_013.pdf [23.06.2013].

http://marjorie-wiki.org/wiki/Gebr%C3%BCder_Obpacher_Lithographisch-artistische_Anstalt [28.11.2010].

http://members.gaponline.de/aloes.schwarzmueller/ns_zeit_1936_olympiade_text/06_ritter_von_halt.htm [06.10.2012].

http://www.merckfinck.de/lenya/mfweb/live/ueberuns/Geschichte/Historie_Download.pdf
[27.03.2010].

https://www.oppenheim.de/dede/unternehmen_geschichte/literatur.htm [20.08.2014].

http://www.weltkrieg.cc/kaiser-wilhelm-ii/kaiser-wilhelm-ii-1913-in-farbe-hochzeit-der-prinzessin-viktoria-luise-mit-prinz-ernst-august-iii-video_48359b1b8.html [14.04.2013].

http://de.wikipedia.org/wiki/Anglo-German_Fellowship [19.05.2012].

http://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Langbehn [12.04.2014].

http://de.wikipedia.org/wiki/Daniel_Bernhard_Weisweiler [09.03.2010].

http://de.wikipedia.org/wiki/Flagge_Deutschlands#cite_ref-9 [25.04.2011].

http://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Andreae [09.11.2014].

http://de.wikipedia.org/wiki/Greiff_Mode [05.12.2013].

http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Hermann_Knoke [12.08.2012].

http://en.wikipedia.org/wiki/Louis_B._Brodsky [28.04.2011].

<http://de.wikipedia.org/wiki/Salzburg-Tiroler-Bahn> [19.04.2010].

<http://de.wikipedia.org/wiki/S%C3%BCd-Chemie> [06.12.2013].

<http://zbw.eu/beta/p20/company/41748/about.de.html> [20.05.2012].

Dank

Ohne Doktorvater keine Doktorarbeit: Mein Dank gilt daher zuerst Prof. Dr. Jens Ivo Engels für viele wichtige Hinweise, für das Einbinden in den wissenschaftlichen Betrieb und die richtige Mischung zwischen langer Leine und dem Bestehen auf Zeitplänen – und nicht zuletzt dafür, dieses Abenteuer mit einem externen Berufstätigen überhaupt eingegangen zu sein. Danken möchte ich zudem Prof. Dr. Werner Plumpe für das Zweitgutachten und insbesondere für die positive Aufnahme meiner Dissertations-Idee, was mich ermutigt hat, diesen Schritt zu wagen.

Dass diese Arbeit überhaupt in Angriff genommen wurde, ist nicht zuletzt Dr. Eva Moser vom Bayerischen Wirtschaftsarchiv zu verdanken, da sie mir eine Ausarbeitung über das Bankhaus H. Aufhäuser und Wiedergutmachung ans Herz gelegt hatte. Damit fing alles an, wenngleich das Hauptthema doch ein anderes geworden ist. Für die lebenswürdige Aufnahme bei meinen diversen Besuchen im Archiv und die umfangreiche Unterstützung möchte ich mich bei ihr wie insgesamt beim Team des Wirtschaftsarchivs herzlich danken. Wie insgesamt die Besuche von diversen Archiven durch die große Hilfsbereitschaft immer eine große Freude waren.

Namentlich möchte ich mich bei Dipl.-Hist. Elke Pfnür vom Archiv der UniCredit Bank AG – HypoVereinsbank für das stete Interesse an meiner Dissertation und die schnelle Hilfe in Sachen Ferdinand Schumann bedanken. Prof. Dr. Johannes Bähr möchte ich für das Lesen von Teilen der Arbeit – trotz seiner immensen Schreibtätigkeit – und die anregenden Gespräche meinen Dank aussprechen, ebenso Manfred Köhler für die Bereitstellung seines lesenswerten Buches u.a. über die Braubank, das mir eine große Hilfe war.

Nicht verschwiegen werden soll, dass ich während der gesamten Entstehungszeit der Arbeit bei einem Nachfolgerinstitut des Bankhauses H. Aufhäuser, Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA, angestellt war. Die notwendige Distanz zum Untersuchungsobjekt gebietet ein seriöses wissenschaftliches Arbeiten; ob dies eingehalten wurde, muss jeder Leser letztendlich für sich entscheiden. Der Versuch einer Einflussnahme seitens „der Bank“ auf diese Dissertation hat jedenfalls nicht stattgefunden, die Arbeit wurde auch nicht vorab vorgelegt. Gedankt sei an dieser Stelle Robert Sprogies, der die Arbeit von Anfang an soweit wie möglich unterstützt hat, Silja Kaduk, Christian Rubarth und Raimund Hilbert.

Erinnern möchte ich auch an die Familie Aufhäuser. Insbesondere Werner Loyal, als Kind von den Nationalsozialisten aus Deutschland vertrieben, baut unermüdlich Brücken nach Deutschland und zeigt seiner Verwandtschaft bei großen Familientreffen sein Geburtsland, so auch das Münchener Bankhaus. Die Besuche sind für mich immer besondere Momente gewesen und sie boten mir die Möglichkeit, einen Ururenkel des Bankgründers und seine Frau kennen zu lernen, die mir interessante Einblicke in die Familie Aufhäuser gaben.

Ganz besonders möchte ich aber meiner Familie danken, die mir beim Lektorat half, den Rücken frei hielt und zeigte, dass es neben der Arbeit auch noch ein anderes schönes Leben gibt. Meiner Frau Tanja und meinem Sohn Niclas ist daher die Arbeit gewidmet. Meiner Mutter Karin danke ich, dass sie mir das Studium in vielerlei Hinsicht überhaupt erst ermöglicht hat und damit das Fundament für diese Arbeit gelegt werden konnte. Ihr stetes Interesse sowie das meiner Schwester Irina waren mir auch über die meist großen Entfernungen hinweg eine große Motivation. Gern erinnere ich mich auch an die Gespräche mit der Familie meiner Schwester Alessandra. Mein geschichtliches und (außen-)politisches Interesse habe ich vor allem meinen leider viel zu früh verstorbenem Vater Alexander durch seine Fliegergeschichten – die ich als Kind voller Begeisterung aufgesogen habe, heute vielleicht kritischer sehen würde – und die beruflichen Auslandsaufenthalte mit den vielen Reisen zu historischen Stätten zu verdanken. Wodurch auch meine Geschichte hiermit zumindest einen gewissen Abschluss findet.